51

51

Stilke's
Rechtsbibliothek

Die Satzung des Völkerbundes

Mit Einleitung und Erläuterungen

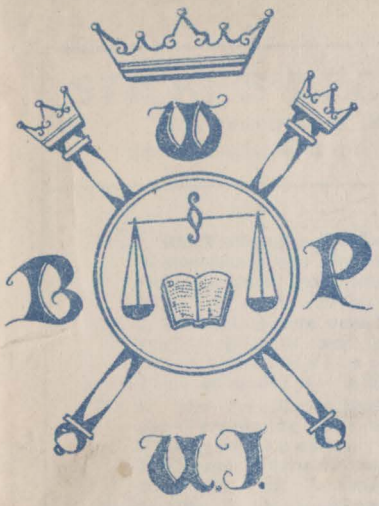
von

Dr. Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven
Professor der Rechte
Mitglied des Reichstags



von Georg Stilke in Berlin

DZIAŁOWA BIBLIOTEKA WYDZ. PRAWNICZY U.J.
XII-1926-Frh



ITSBIBLIOTHEK

schen Reichs und der
tematischen Erläuterungen

ichen Reichs. Ein Kommentar für
on Dr. Gerhard Anschütz,
Prof. an der Universität Heidel-
Leinen gebunden 10,— RM.

März 1920 nebst den ergänzenden
esrechtlichen Bestimmungen von
Amtsgerichtsrat, Frankfurt a. O.

hutzordnung vom 30. 9. 25 nebst
lehnung auf Jagdpacht und
Wagemann, Ministerialrat
n, und Dr. Marwitz, Senats-
Preis in Leinen geb. 12,— RM.

esetz vom 12. 5. 20 nebst den da-
nmungen und Erlassen, von
Preuß. Justizministerium. Preis

XII- 1926- Frb

2,25 RM.

Nr. 7. Die Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. 11. 20 mit Erläuterungen von Dr. Ludwig Waldecker, o. ö. Professor des öffentlichen Rechts in Königsberg. Preis gebunden 2,— RM.

Nr. 8. Wehrgesetz vom 23. 3. 21 in der Fassung des Gesetzes zur Abänderung des Wehrgesetzes vom 18. 6. 21, von Paul Semler, Geh. Kriegsrat und Ministerialrat im Reichswehrministerium. Preis 1,50 RM.

Nr. 9. Urheberrecht und Urhebervertragsrecht. Ein Kommentar zu den Gesetzen über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst, das Verlagsrecht und der revidierten Berner Uebereinkunft nebst Bestimmungen des Friedensvertrages von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanwalt und Notar zu Berlin. Preis gebunden 2,50 RM.

Nr. 11. Das Waldrecht der Auflösungsgesetze, insbesondere Schutzforst, Waldgut und Waldstiftung unter Abdruck der gesetzlichen Bestimmungen und der Allgemeinen Verfügungen des Justizministers sowie unter Berücksichtigung des amtlichen Materials und der Rechtsprechung des Landesamtes für Familiengüter, von Breme, Ministerialrat im Preuß. Justizministerium, Stellvertretender Präsident des Landesamtes für Familiengüter. Preis 2,50 RM.

Nr. 13. Gesetz zum Schutze der Republik. Mit Kommentar von R. Mangold, Direktor im Reichspensionsamt. Preis 0,70 RM.

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

STILKE'S RECHTSBIBLIOTHEK

Die Gesetze des Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen

Nr. 15. Das internationale Zivilprozeßrecht auf Grund der Staatsverträge des Deutschen Reiches unter Berücksichtigung der Praxis der Justizverwaltung und unter Beigabe der Vertragstexte, von Dr. Alexander v. Normann, Landgerichtsrat im Preuß. Justizministerium. Preis 2,50 RM.

Nr. 17. Das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken mit den Ausführungsbestimmungen an Hand der amtlichen Begründung und sonstigem Gesetzesmaterial, von Bergbohm, Regierungsrat im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, und Wagemann, Justizrat im Preußischen Justizministerium. Preis 1,50 RM.

Nr. 18. Jugendgerichtsgesetz mit Erläuterungen von Dr. Albert Hellwig, Landgerichtsdirektor in Potsdam. Preis 6,— RM.

Nr. 19. Militärstrafgesetzbuch mit Erläuterungen von Wilhelm Fuhse, Geheimer Kriegsrat und Ministerialrat im Reichswehrministerium. 2. Aufl. Preis in Leinen geb. 8,— RM.

Nr. 20. Reichshaushaltsordnung vom 31. 12. 22 mit Erläuterungen von R. Schulze, Geheimer Oberregierungsrat, Abteilungsleiter im Reichsfinanzministerium, und Dr. jur. E. Wagner, Oberregierungsrat im Reichsfinanzministerium. 2. erweiterte Auflage. Preis in Leinen gebunden 10,— RM.

Nr. 21. Mieterschutzgesetz vom 1. 6. 23 nebst der Verfahrensanordnung der Reichsregierung für die Mieteinigungsämter vom 19. 9. 23 und den preuß. Ausführungsverordnungen von Dr. Erich Schubart, Amtsgerichtsrat in Berlin. 2. Auflage.

Nr. 22. Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. 10. 23 nebst Einleitung, Anmerkungen, Sachregister von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Preis 1,50 RM.

Nr. 23. Kartellrecht und Kartellgericht. Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. 11. 23 nebst Verordnung über das Verfahren vor dem Kartellgericht auf Grund der Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung vom 2. 11. 23 sowie Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht vom 21. 5. 20 und 30. 7. 21 mit Anmerkungen und Sachregister von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. 2. Auflage. Preis in Leinen gebunden 7,50 RM.

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

STILKE'S RECHTSBIBLIOTHEK

Die Gesetze des Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen

Nr. 24. Zivilprozeßreform, Bd. 1. Die Beschleunigungs-Verordnung vom 22. Dezember 1923, von Hermann Lucas, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium. Preis 1,80 RM.

Nr. 25. Zivilprozeßreform, Bd. 2. Die Verordnung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 13. 2. 24, von Hermann Lucas, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium, und Dr. Heinrich Richter, Gerichtsassessor im Preußischen Justizministerium. Preis in Leinen gebunden 4,— RM.

Nr. 26. Die Goldbilanzverordnung vom 28. 12. 23 nebst Durchführungsbestimmungen vom 5. Februar und 28. März 1924. Erläutert von Dr. Hans Rambke, Landgerichtsrat, und Dr. Alfred Keichel, Gerichtsassessor, Hilfsarbeiter im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Preis in Leinen gebunden 10,— RM.

Nr. 27. Die neue Gewerbesteuer in Preußen einschließlich des Finanzausgleichsgesetzes und der 2. und 3. Steuernotverordnung nebst Ausführungsbestimmungen von Dr. jur. Frielinghaus, Ministerialrat im Preuß. Handelsministerium, und Dr. rer. pol. Sogemeier im Zentralverband der Wirtschaftsvertretungen. Preis in Leinen gebunden 6,50 RM.

Nr. 27 a. Die neue Gewerbesteuerverordnung in Preußen vom 6. Mai 1926 in der Fassung des Gesetzes vom 23. März 1926, nebst Ausführungsanweisung, herausgegeben von Dr. jur. Otto Frielinghaus, Ministerialrat, und Dr. rer. pol. Martin Sogemeier. In Leinen gebunden 4,50 RM.

Nr. 29. Strafrecht und Strafprozeß des Deutschen Reiches und Preußens. Teil I. Strafrecht. Strafgesetzbuch, Militärstrafgesetzbuch, Verordnungen über Vermögensstrafen und Bußen, Gesetz zum Schutze der Republik, der notwirtschaftlichen Verordnungen und die sonstigen wichtigsten strafrechtlichen Nebengesetze des Reiches und Preußens von E. Schäfer und F. Hartung, Ministerialräten im Preuß. Justizministerium. Preis in Leinen gebunden 8,— RM.

Nr. 30. Strafrecht und Strafprozeß des Deutschen Reiches und Preußens. Teil II. Strafprozeß. Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung, Jugendgerichtsgesetz und die strafprozeßrechtlichen Nebengesetze des Reiches

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

Stilke's Rechtsbibliothek Nr. 51

Liw 13/8.
BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

Die Satzung des Völkerbundes

Mit Einleitung und Erläuterungen

von

Dr. Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven
Professor der Rechte
Mitglied des Reichstags

Staatsbibliothek Krakau
SEMINARYJUM PRAWNICZE I POLIT... UNIW... X. 437.
BIBL. SEMIN. PRAW... U. J.
Inw: 5139
Dział: X 437
w:..... t:..... egz:....
1926
Wydz. Bibl. Prawnicza
1806137905

VERLAG VON GEORG STILKE, BERLIN

Alle Rechte vorbehalten





BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

Vorwort

Mehr denn sechs Jahre sind verflossen, seit der Völkerbund ins Leben trat. Kaum ein Gebiet der internationalen Beziehungen gibt es, auf das seine Tätigkeit sich nicht bereits erstreckt hätte. Umfangreiche Bände berichten über seine Arbeit und unaufhaltsam wächst das ihm gewidmete Schrifttum. Das Urteil über ihn aber ist heute kaum einheitlicher, als zur Zeit seiner Begründung. Vielleicht stehen Freunde und Gegner sich in der Form weniger schroff gegenüber, als einst. In der Sache ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Immer noch sehen in ihm die einen den Träger des großen Friedensgedankens und glauben, daß er sich nur von einigen Schlacken und Unvollkommenheiten zu befreien brauche, um als Verwirklichung eines erhabenen Ideals dazustehen. Immer noch betrachten ihn die anderen als bloßes Werkzeug der Hauptmächte des Weltkrieges, ja, als Verewigung der Entente. Gerade aus dieser Auffassung heraus lehnen ihn die bewußt nationalen Elemente innerhalb der unterlegenen Völker ab und selbst in den einst neutralen Ländern, noch mehr in den außereuropäischen Staaten beruht auf ihr ein nicht fortzuleugnendes Mißtrauen gegen den Völkerbund.

Zwischen Bewunderern und Feinden aber stehen die geistigen Väter des Völkerbundes und ihre politischen Erben. Sie erblicken in ihm ein trotz mancher Mängel wertvolles Mittel zur Sicherung des durch den Weltkrieg Erreichten und darüber hinaus ein Mittel zur Beeinflussung der internationalen Politik, sei es

durch die ständige Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten, sei es auf dem Umwege über die öffentliche Meinung. Deshalb halten sie ungeachtet innerer Reibungen und äußerer Mißerfolge am Völkerbunde fest und deshalb suchen sie die ihm noch fernstehenden Staaten zum Beitritt oder doch zu teilweiser Mitarbeit zu bewegen.

Am unvermitteltsten wohl stehen sich die Meinungen in Deutschland gegenüber. Eine Einigung zwischen Freunden und Gegnern des Völkerbundes ist unter politischen Gesichtspunkten nicht zu erzielen. Vor allem ist sie nicht möglich in der Frage, ob der bevorstehende, augenscheinlich unabwendbar gewordene Eintritt Deutschlands zu begrüßen oder zu beklagen und ob die im Beitritt Deutschlands enthaltene stillschweigende Anerkennung der Ergebnisse des Weltkrieges mit seiner Hoffnung auf eine Wiedererstehung vereinbar ist.

An dieser Sachlage läßt sich auf absehbare Zeit nichts ändern. Dagegen muß eine Einigung darüber zu erreichen sein, daß der Völkerbund, gleichviel, wie man sonst über ihn denkt, einen politischen Faktor und ein politisches Werkzeug von größter Bedeutung darstellt, daß es notwendig ist, ihn in die Rechnung einzustellen und daß es Pflicht eines jeden Staates, der ihm wohl oder übel angehört, ist, von den Möglichkeiten, die er bietet, zum eigenen Besten Gebrauch zu machen, mit anderen Worten, so zu verfahren, wie es die Begründer des Völkerbundes von vornherein getan haben und noch heute tun.

Die Voraussetzung dafür ist eine gründliche, bis in alle Einzelheiten gehende Kenntnis vom Wesen des Völkerbundes, von seinen Aufgaben und Zielen, von dem Aufbau und den Machtvollkommenheiten seiner Organe, von seiner bisherigen Geschichte, von seinen

Taten und Unterlassungen, eine Kenntnis, die nicht durch vorgefaßte Meinungen, durch Liebe oder Haß, nicht durch politische Bestrebungen getrübt sein darf.

Diese Kenntnis kann sich nur auf nüchternstem, von strengem Willen zur Objektivität getragenem Studium der Satzung des Völkerbundes und seiner Praxis aufbauen. Eine politische oder gar sittliche Wertung, sei es der Satzung, sei es der Praxis, darf dabei nicht in Frage kommen. Ebensowenig dürfen politische Ziele dieser oder jener Art berücksichtigt werden. Gegnerschaft dem Völkerbunde gegenüber darf nicht dazu verführen, die Gefahren, die aus dem Beitritt erwachsen können, schwärzer zu malen, als es den Tatsachen entspricht. Ebenso unstatthaft wäre es, Vorteile zu zeigen, die nur oberflächlicher Optimismus zu erhoffen wagt. Das gilt auch dann, wenn es auf den ersten Blick scheinen kann, als vermöchte eine in dieser Richtung unternommene Auslegung der Satzung die Stellung des Vaterlandes im Bunde zu stärken. Zu herbsten Enttäuschungen müßte es führen, wenn etwa der Versuch gemacht werden sollte nachzuweisen, daß Deutschland unter Berufung auf Art. 11 seinen nicht durch Verträge geschützten Minderheiten zu helfen vermag, daß Art. 19 eine Handhabe zur Revision des Versailler Friedensvertrages bietet oder Art. 22 ihm die Wiedererlangung von Kolonialbesitz gewährleistet. Denn weil eine solche objektiv falsche Auslegung niemanden bände, würde eine auf sie gestützte Politik nur Mißerfolge zeitigen. Wenn irgendwo, so gilt es hier, daß die Gebote wissenschaftlicher Ehrlichkeit sich mit den Forderungen der praktischen Politik decken.

Man wende auch nicht ein, daß eine rein wissenschaftliche Betrachtung der Satzung des Völkerbundes nicht möglich sei, weil sich in ihr Rechtliches mit Politischem unlöslich verbinden. Gewiß besteht eine

solche Verbindung. In einer ganzen Reihe von Fällen ist unverkennbar, daß die Satzung selbst sie will und daß die in ihr enthaltenen Rechtsregeln nur unter der Voraussetzung angewandt werden sollen, daß das der politischen Lage entspricht. Darüber hinaus liegt es im Wesen der Sache, daß diese Voraussetzung auch dort Geltung hat, wo die Satzung scheinbar nichts von ihr weiß und wo ihre Worte den Eindruck wecken, als beabsichtige sie, Regeln von bedingungsloser Kraft aufzustellen. Prüft man die Praxis nach, so erweist sich, daß diese vermeintlich absoluten Regeln keineswegs immer und keineswegs gleichmäßig angewandt werden, daß sie vielmehr ebenso relativen Charakter haben, wie jene. Auch sie stehen unter der politischen Voraussetzung.

Doch diese bloß relative Geltung der Satzung des Völkerbundes ist nichts ihr eigentümliches. Sie findet sich überall auf öffentlich-rechtlichem, vor allem auf völkerrechtlichem Gebiet. Ueberall gilt, wenn auch in verschiedener Stärke, die politische Voraussetzung und sie ist es, die die vielberufene Verbindung von Rechtlichem mit Politischem schafft. Sie macht aber eine objektiv juristische Behandlung der Satzung so wenig unmöglich, wie sie die Entstehung einer Wissenschaft des öffentlichen und insbesondere des Völkerrechts gehindert hat. Es heißt nur, bei der Feststellung und Klärung der in der Satzung enthaltenen Normen stets im Auge behalten, daß sie unter der Herrschaft der politischen Voraussetzung stehen und daß ihnen deshalb die absolute Geltung, wie sie etwa die Normen des bürgerlichen Rechts haben, fehlt. Andererseits sind sie darum keineswegs wertlos. Nicht nur, daß sie Anwendung finden werden, wenn das keine tiefgreifenden Interessenkonflikte hervorruft. Darüber hinaus wird sich zu ihren Gunsten im Laufe der Zeit

jene Kraft geltend machen, die auch dem nicht erzwingbaren Recht erfahrungsgemäß innewohnt.

Die ganze Darstellung und Erläuterung der Satzung steht deshalb unter dem Vorbehalt der politischen Voraussetzung. So entfällt jede Veranlassung zu politischen Erörterungen, die unvermeidlich ein subjektives Moment enthalten müßten und es darf der Hoffnung Raum gegeben werden, daß nicht andererseits die Gefahr einer wirklichkeitsfremden, an Artikeln und Paragraphen haftenden Begriffsjurisprudenz erwächst, daß vielmehr auf diese Weise eine feste Grundlage für die Erkenntnis und Beurteilung des Völkerbundes geschaffen wird.

Das ist die Aufgabe, die dieser Kommentar sich stellt. Ihr soll insbesondere auch die Darstellung der Praxis des Völkerbundes dienen, die so eingehend behandelt ist, als der Rahmen des Buches irgend gestattete. Unberücksichtigt ist nur die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts geblieben. Abgesehen davon, daß die Satzung in Art. 23a bloß einen kurzen Hinweis auf diese enthält und ihre Regelung in einem besondern Teil der Friedensverträge erfolgt, fehlt es auch an einem notwendigen innern Zusammenhang zwischen der Arbeit des Völkerbundes und der des Arbeitsamts. Dagegen ist die Praxis des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in den Kreis der Betrachtung einbezogen, obgleich der Gerichtshof ebenso wie das Arbeitsamt zu den sog. autonomen Institutionen des Völkerbundes gehört. Steht doch der Gerichtshof im Dienst derjenigen Aufgabe des Völkerbundes, die neben der Aufrechterhaltung der Pariser Friedensverträge als die wichtigste der ihm gesetzten Aufgaben erscheint, der der Friedensbewahrung. Deshalb gebührt seiner Praxis

dieselbe Aufmerksamkeit, wie der des Rates, die dem gleichen Ziel gewidmet ist. Wiederum ist eine Ueberschreitung des durch die Satzung gezogenen Rahmens insofern gegeben, als die Praxis des Rates auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes zur Darstellung gelangt, trotzdem dieser Schutz nicht auf der Satzung, sondern auf Sonderverträgen beruht. Das rechtfertigt sich nicht nur durch die Wichtigkeit des Gegenstandes, sondern auch formell durch die Erwägung, daß es sich hier um ein Arbeitsgebiet des Rates handelt.

Da dieser Kommentar nicht nur für den Berufspolitiker und den Juristen bestimmt ist, sondern allen denen dienen möchte, die auf außenpolitischem Gebiet nach einem selbständigen, sachlich begründeten Urteil streben, insbesondere auch der akademischen Jugend, aus der die Führer des kommenden Geschlechts erstehen müssen, schien es angebracht, in einem Anhang eine Reihe von Urkunden zum Abdruck zu bringen, deren Kenntnis zum vollen Verständnis der Satzung wie der Praxis des Völkerbundes notwendig ist. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurden auch der englische und der französische Text der Satzung in den Anhang verwiesen, obgleich sie, wie allgemein bekannt, nach den Schlußbestimmungen der Friedensverträge, deren Bestandteil die Satzung des Völkerbundes bildet, allein und in gleicher Weise maßgebend sind, während es einen deutschen Wortlaut von authentischer Bedeutung nicht gibt.

Der hier wiedergegebene deutsche Wortlaut der Satzung beruht auf der Uebersetzung, die in Heft 8/9 der „Völkerbund-Fragen“ von 1925 abgedruckt ist und sich ihrerseits auf die Uebersetzung im Kommentar von Schücking und Wehberg stützt (vgl. auch die von

Fehlern nicht freie amtliche Uebersetzung im RGBl. 1920 717 f.). Er weicht nur dort von der Vorlage ab, wo es zur Erreichung einer genaueren Wiedergabe des Sinnes oder aus stilistischen Rücksichten geboten erschien.

Die Geschäftsordnungen der Bundesversammlung und des Rats sowie die Satzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs (Anhang Nr. 4, 5, 6) sind von Herrn Referendar Sigfrid Ludwig in Breslau aus den Ursprachen übersetzt. Ich sage ihm auch an dieser Stelle meinen aufrichtigen Dank.

Die Uebersetzung des Genfer Protokolls (Anhang Nr. 9) ist mit gütiger Erlaubnis des Herrn Privatdozenten Dr. Strupp in Frankfurt a. M. seinem „Haager und Genfer Kriegsverhütungsrecht" Mannheim 1925, die des estländischen Gesetzes über die kulturelle Selbstverwaltung der völkischen Minderheiten (Anhang Nr. 8) mit stilistischen Abänderungen der deutschen „Dorpater Zeitung" entnommen. Diese ist nach dem estnischen Original angefertigt, während hier nur die englische und französische Uebersetzung im Journal officiel zur Verfügung stand.

Zum Schluß möchte ich nicht unterlassen, dem Direktor der Reichstags-Bibliothek, Herrn Dr. Rowe und seinen Mitarbeitern, insbesondere Frl. Hanke meinen aufrichtigen Dank für die wertvolle Förderung auszusprechen, die sie mir in besonders liebenswürdiger und entgegenkommender Weise erzeigt haben.

Berlin, im Juli 1926.

Inhaltsverzeichnis.

Abkürzungen XIX
Quellen und Schrifttum XXI

Einleitung.

I. Die Entstehung des Völkerbundes.
§ 1. Die Vorgeschichte 1
§ 2. Die Entstehung der Satzung 3
§ 3. Die Errichtung des Völkerbundes 6
II. Das Wesen des Völkerbundes.
§ 4. Die Rechtsnatur des Völkerbundes 9
§ 5. Der politische Charakter des Völkerbundes 17
§ 6. Probleme des Völkerbundes 22

Die Satzung des Völkerbundes.

Der Vorspruch.
Allgemeines: Die Bedeutung des Vorspruchs . . . 30
1. Einschränkung des Rechts der Kriegsführung . 32
2. Oeffentlichkeit der internationalen Beziehungen 32
3. Beobachtung der Vorschriften des Völkerrechts 32
4. Herrschaft der Gerechtigkeit 33
5. Inkrafttreten der VBS 33

Artikel 1.
Vorbemerkung.
1. Die Universalität der Mitgliedschaft 34
2. Die Universalität des Wirkungskreises 35
3. Die Mitarbeit der Nichtmitglieder 36
Allgemeines: Ursprüngliche und nichtursprüngliche Mitglieder 36
1. Die Unterzeichner der FrV 37
2. Die neutralen Staaten 38
3. „Freie Selbstregierung“ 39
4. Beobachtung internationaler Verpflichtungen und Rüstungsordnung 41
5. Das Aufnahmeverfahren 43
6. Ablehnung von Aufnahmegesuchen 47
7. Die Zwergstaaten 48
8. Der Eintritt Deutschlands 49
9. Der Austritt aus dem VB 52

Artikel 2.

Vorbemerkung: Die Konstruktion der Bundesorgane 53
Allgemeines: Die formelle Bedeutung des Art. 2 . . 54
1. Das Verhältnis zwischen VBV und VBR 55
2. Ausschließliche Zuständigkeit eines Organs . . . 57
3. Zusammenwirken von VBV und VBR 58
4. Konkurrierende Zuständigkeit 59
5. Sonstige ständige Organe des VB 60

Artikel 3.

Allgemeines: Das demokratische Prinzip im VB . . 61
1. Bestand der VBV 62
2. Die Vertreter 62
3. Zuständigkeit der VBV 63
4. Die Geschäftsordnung 63
5. Die Sprachenfrage 66

Artikel 4.

Vorbemerkung: Der neue Absatz 3 68
Allgemeines: Das Uebergewicht des VBR 68
1. Zusammensetzung des VBR 69
2. Die nichtständigen Mitglieder 72
3. Die Vertreter 75
4. Teilnahme von Nichtmitgliedern 76
5. Zeit und Ort der Tagungen 76
6. Die Geschäftsordnung 77
7. Die satzungsgemäße Zuständigkeit 78
8. Zuständigkeit außerhalb der VBS 79
A. Die Verwaltung ehemals deutscher Gebiete
a) Saargebiet 80
b) Danzig 80
c) Memelland 81
B. Minderheitenschutz 82
a) Geschichte 82
b) Die Rechtssätze 84
c) Das Verfahren 85
d) Die Praxis 87

Artikel 5.

Allgemeines: Die Bedeutung der Einstimmigkeit . . 90
1. Einstimmige Beschlüsse 90
2. Mehrheitsbeschlüsse 91
3. Die Beschlußfassung in den Ausschüssen 92
4. Die Form der Abstimmung 93
5. Beschlußfähigkeit 93

6. Bindung der Mitglieder durch Beschlüsse 94
7. Die Einberufung der ersten Tagungen 94

Artikel 6.

Vorbemerkung: Absatz 5 95
Allgemeines: Die Bedeutung des Sekretariats 95
1. Der Sitz des Sekretariats 96
2. Der Generalsekretär 96
3. Das Personal 98
4. Die Organisation des Sekretariats 99
5. Die Finanzwirtschaft des VB 100

Artikel 7.

Allgemeines: Aufbau des Art. 7 102
1. Der Sitz des VB 102
2. Die Gleichberechtigung der Geschlechter 103
3. Die diplomatischen Vorrechte der Vertreter und Beamten 103
4. Die Unverletzlichkeit der Gebäude 105

Artikel 8.

Vorbemerkung: Die Entstehung des Art. 8 106
Allgemeines: Die FrV und Art. 8 106
1. Höchst- oder Mindestgrenze der Rüstungen . . . 107
2. Die Abrüstungspläne 108
3. Die private Rüstungsindustrie 109
4. Nachrichtenaustausch 110
5. Beschränkung der Militärbudgets 111
6. Das Genfer Protokoll 113
7. Sondergebiete 117
A. Abrüstung zur See 117
B. Verbot des Gaskrieges 118
8. Die Investigationsordnung 118

Artikel 9.

Allgemeines: Militär- und Zivilausschuß 121
1. Der Ständige Ausschuß 121
2. Der Zeitweilige Ausschuß 123
3. Die Rüstungsabteilung des Sekretariats 123

Artikel 10.

Allgemeines: Art. 10 als Quintessenz der VBS . . . 124
1. Der Gegenstand des Schutzes 124
2. Art und Umfang der Hilfeleistung 126
3. Die Locarno-Verträge 128
4. Die Praxis 130

Artikel 11.

Allgemeines: Die Wahrung des Weltfriedens 131
1. Der VB als Weltenrichter 131
2. Krieg und Kriegsgefahr 132
3. Latente Konflikte 133
4. Die Praxis 135

Artikel 12.

Vorbemerkung: Die Ergänzung des Art. 12 durch die II. VBV 144
Allgemeines: Art. 12 und die Friedensbewahrung . . 144
1. Zwei Wege 145
2. Ultimatum, Abbruch der Beziehungen, Repressalien 145
3. Frist für die Entscheidung 146
4. Wartefrist 147
5. Die Praxis 147

Artikel 13.

Vorbemerkung: Die Ergänzung des Art. 13 durch die II. VBV 149
Allgemeines: Verhältnis zu Art. 12 und 15 149
1. Entscheidungsfreiheit der Parteien 149
2. Apolitische Fragen 150
3. Die Auswahl des Gerichts 150
4. Erfüllung des Spruches 151

Artikel 14.

Vorbemerkung 152
1. Entstehung der Satzung des StIG 152
2. Nordamerika und der StIG 152
Allgemeines: StIG und Haager Schiedshof 153
1. StIG und VBS 154
2. Die Satzung des StIG 154
3. Gutachten 157
4. Zusammensetzung 158
5. Die Praxis 159
A. Entscheidungen 159
B. Gutachten 161

Artikel 15.

Vorbemerkung: Die Ergänzung des Art. 15 durch die II. VBV 169
Allgemeines: Materieller Wert des Art. 15 169
1. Eröffnung des Verfahrens 170
2. Voraussetzungen des Verfahrens 171

3. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten . . . 171
4. Die Formen des Verfahrens 173
5. Schlichtungsverfahren 174
6. Berichtsverfahren 176
7. Anrufung der VBV 178
8. Ausgestaltung durch das Genfer Protokoll 179
9. Die Praxis 180

Artikel 16.

Vorbemerkung: Abänderungsanträge und Richtlinien 184
Allgemeines: Erzwingbarkeit des VB-Rechts 186
1. Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 16 . 187
2. Wirtschaftliche Maßnahmen 188
3. Militärische Maßnahmen 190
4. Das Durchzugsrecht 192
5. Die Exekution als Krieg 193
6. Das Ziel der Exekution 193
7. Der Ausschluß von Mitgliedern 194
8. Ausgestaltung durch das Genfer Protokoll 195
9. Die Praxis 196

Artikel 17.

Allgemeines: Art. 17 und das Völkerrecht 197
1. Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 17 . 198
2. Das Vorverfahren 199
3. Das Hauptverfahren 200
4. Nichtunterwerfung einer Partei 202
5. Nichtunterwerfung beider Parteien 203
6. Die Praxis 204

Artikel 18.

Vorbemerkung: Ergänzungsversuche 207
Allgemeines: Art. 18 und die Geheimdiplomatie . . . 207
1. Eintragungspflichtige Staaten 208
2. Eintragungspflichtige Verträge 209
3. Die Bedeutung der Eintragung 210
4. Die Praxis 211

Artikel 19.

Vorbemerkung: Die Entstehung des Art. 19 212
Allgemeines: Verhältnis zu Art. 10 212
1. Voraussetzungen für die Anwendung des Art. 19 . 213
2. Unverbindlichkeit der Aufforderung 214
3. Die Praxis 215

Artikel 20.

Allgemeines: Die Probleme des Art. 20 216
1. Sonderverträge zwischen Mitgliedern 217
2. Verträge mit Nichtmitgliedern 218
3. Die Praxis 219

Artikel 21.

Vorbemerkung: Die Entstehung des Art. 21 221
Allgemeines: Verhältnis zu Art. 20 221
1. Schiedsverträge 222
2. Regionalverträge 222
3. Die Monroe-Doktrin 223

Artikel 22.

Vorbemerkung: Annexionspläne und Mandatssystem 227
Allgemeines: VB und Hauptmächte 227
1. Verteilung und Entziehung der Mandate 228
2. Die Souveränität über die Mandatsländer 229
3. Die Befugnisse der Mandatsmacht 229
4. Die Rechtsstellung der Eingeborenen 231
5. Die Beaufsichtigung durch Mandatsausschuß und VBR 233

Artikel 23.

Allgemeines: Programmatischer Charakter des Art. 23 238
1. Arbeitsrecht 238
2. Eingeborenenrecht 239
3. Frauen- und Kinderhandel 240
4. Opium 241
5. Waffen- und Munitionshandel 241
6. Verkehr 242
7. Wirtschaft und Finanzen 243
8. Krankheiten 244
9. Geistige Zusammenarbeit 245
10. Völkerrecht 246
11. Flüchtlingsfürsorge 248
12. Unsittliches Schrifttum 248
13. Intermunizipalität 249

Artikel 24.

Allgemeines: Programmatischer Charakter des Art. 24 250
1. Voraussetzung der Anwendung 250
2. Anwendungsgebiet 251
3. Wesen der Angliederung 252
4. Förderung sonstiger internat. Angelegenheiten . . 253
5. Die Praxis 253

Artikel 25.

Allgemeines: Verhältnis zu Art. 23 und 24 255
1. Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz 255
2. Das Projekt Ciraolo 256

Artikel 26.

Vorbemerkung: Abänderungsanträge 257
Allgemeines: Berechtigung d. Mehrheitsentscheidung 258
1. Der Beschluß der VBV 259
2. Die Ratifikation 261
3. Das Recht zum Austritt 263
4. Authentische Auslegung der Satzung 265
5. Die Praxis 266

Anhang.

1. Die Heilige Allianz 270
2. Des Präsidenten Wilson Punkt 14 271
3. Französischer und englischer Text der VBS . . . 272
4. Geschäftsordnung der VBV 302
5. Geschäftsordnung des VBR 312
6. Satzung des StIG 316
7. Auszug aus dem polnischen Minderheitenschutz-Vertrage 330
8. Das estländische Kulturautonomiegesetz 334
9. Das Genfer Protokoll 342
10. Die Verträge von Locarno 354
11. Das Aufnahmegesuch Deutschlands 368

Sachverzeichnis 369
Länderverzeichnis 376
Personenverzeichnis 378

Abkürzungen.

GS	Generalsekretär des Völkerbundes.
JO	Journal officiel.
LFrV	Friedensvertrag von Lausanne.
NFrV	Friedensvertrag von Neuilly.
RTr	Recueil des Traités et des engagements intern enregistrés par le Secrétariat de la S. d. N.
SFrV	Friedensvertrag von Sèvres.
StGFrV	Friedensvertrag von St. Germain.
StIG	Ständiger Internationaler Gerichtshof.
TrFrV	Friedensvertrag von Trianon.
VB	Völkerbund.
VBR	Rat des Völkerbundes.
VBS	Satzung des Völkerbundes
VBV	Völkerbundsversammlung.
VFrV	Friedensvertrag von Versailles.

Quellen.

1. Veröffentlichungen des VB.

a) Journal Officiel — Official Journal, erscheint allmonatlich, enthält die Protokolle der Sitzungen des VBR mit den zugehörigen Berichten, sowie sonstige Materialien aus der Arbeit des VB, insbesondere Berichte der ständigen Ausschüsse des VB, in gewissen Abständen eine Uebersicht über die Unterzeichnung und Ratifizierung internationaler Abkommen und alljährlich im Januarheft das Budget des VB und eine Liste des Personals des Sekretariats. Das Journal officiel erschien anfänglich in einer zweisprachigen Ausgabe, seit 1922 erscheint es getrennt englisch und französisch, wobei die Seitenzahlen sich mit geringen Abweichungen decken. Am 1. 7. 26 lag als letztes das Maiheft 26 vor. Hier zitiert als JO nach der französischen Ausgabe.

b) Nach Bedarf erscheinen Ergänzungshefte (suppléments spéciaux — special supplements) zum JO, die Materialien zu Sonderfragen (Streit um die Alandinseln, litauisch-polnischer Streitfall u. a. m.) bringen, vor allem aber die stenographischen Berichte und die Ausschußprotokolle der VBV enthalten. Auch sie erschienen anfänglich in zweisprachiger Ausgabe, seit 1922 erscheinen sie getrennt englisch und französisch. Am 1. 7. 26 waren die Materialien der VI. VBV vollständig erschienen, die der VII. standen noch aus. Das letzte z. Zt. vorliegende Ergänzungsheft trägt die Nr. 39. Hier zitiert, soweit es sich um Materialien zu Sonderfragen handelt, als JO Suppl. Spéc. mit Angabe der Nummer, soweit es sich um die VBV handelt, nach folgendem Schema: I. VBV Pl. 86 bedeutet I. Völkerbundsversammlung, Stenographischer Bericht der Plenarsitzungen, Seite 86; I. VBV I. A. 12 bedeutet I. Völkerbundsversammlung, Protokoll des I. Ausschusses, Seite 12.

c) Sammlung der beim Sekretariat eingetragenen internationalen Verträge (Recueil des Traités et des engagements internationaux enregistrés par le Secrétariat de la S. d. N. — Treaty Series, Publication of treaties and international engagements registered with the Secretariat of the L. o. N.), erscheint nach Bedarf, bringt die Verträge in den Originalsprachen, gegebenenfalls mit englischer und französischer Uebersetzung. Am 1. 7. 26 lagen

39 Bände vor. Hier zitiert als RTr mit Angabe des Bandes und der Seitenzahl.

d) Eine vom Sekretariat herausgegebene Monatliche Uebersicht über die Arbeiten des VB (Resumé mensuel des Travaux de la S. d. N. — Monthly Summary of the League of Nations) ist für wissenschaftliche Zwecke nicht verwertbar.

2. Veröffentlichungen des StIG.

Die Veröffentlichungen des StIG (Publications de la Cour Permanente de Justice Internationale — Publications of the permanent court of international justice) erscheinen in 5 Reihen. Reihe A enthält in fortlaufend numerierten Einzelheften die vom StIG gefällten Entscheidungen, B ebenso die von ihm erteilten Gutachten, C die Sitzungsprotokolle und Materialien zu diesen, D in Band 2 die Materialien zur Entstehung des Règlement des StIG, während Band 1 noch nicht erschienen ist, E in Band 1 einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit des StIG in der Zeit vom 1. 1. 22 bis zum 15. 6. 25. Hier zitiert Publ. mit Angabe des Reihen-Buchstabens, gegebenenfalls des Hefts und der Seitenzahl.

3. Urkundensammlungen.

a) de Martens, Recueil des principaux traités d'alliance, de paix, de trève, etc. und Nouveau recueil, Göttingen 1791 f.

b) Kraus und Rödiger, Urkunden zum Friedensvertrage von Versailles, Berlin 1921.

c) Strupp, Documents pour servir à l'histoire du droit des gens, Berlin 1923 (2. Aufl.).

d) Strupp, Haager und Genfer Kriegsverhütungsrecht, Mannheim 1925.

4. Eine Mittelstellung zwischen Quellen und Schrifttum nimmt die hier als Commentary zitierte, gewöhnlich als amtlicher englischer Kommentar bezeichnete Denkschrift der englischen Regierung zur VBS (The covenant of the League of Nations with a commentary thereon, presented to Parliament by Command of his Majesty, June 1919, Accounts and papers, session 4. 2. 10—23. 12. 19, vol. LIII, miscellaneous Nr. 3. Abgedruckt bei Kluyver, Documents und bei Butler, Handbook, hier nach letzterem zitiert) ein. Sie ist von Lord Robert Cecil of Chelwood stark beeinflußt, wenn nicht von ihm verfaßt, war ursprünglich nur für das Kabinett bestimmt, gelangte durch eine Indiskretion in die Presse und wurde dann dem Parlament überreicht (Kluyver 100). Diese Entstehungsgeschichte erklärt die Offenheit, mit der sie sich über Wesen, Aufgaben und Ziele des VB äußert.

Schrifttum.

Annuaire de l'Institut de droit international XXX f. Paris 1924 f.

Baker, The Geneva Protocol for the pacific settlement of international disputes, London 1925.

Bourgeois, Le Pacte de 1919 et la S. d. N., Paris 1919.

—, L'Etat actuel de la S. d. N., Paris 1922.

—, L'oeuvre de la S. d. N., Paris 1923.

v. Bülow, Der Versailler Völkerbund, Stuttgart 1923.

Bustamante, La cour permanente de justice internationale, Paris 1925.

Butler, Sir George, A handbook to the L. o. N., London 1925 (2. Aufl.).

Calonder, Schweiz und Völkerbund, Zürich 1920.

Fachiri, The permanent court of international justice, London 1925.

Fauchille, Traité de droit international public, 3 Bände, Paris 1922/24 (8. Auflage von Bonfils, Manuel de droit intern. publ.).

Goellner, La révision des traités, Paris 1925.

Grabowsky, Grundprobleme des VB, Berlin 1919.

Gralinski, Le règlement pacifique obligatoire de différends internationaux suivant le Pacte de la S. d. N., Paris 1925.

Harris, What the L. o. N. is., London 1925.

Hatschek, Völkerrecht als System rechtlich bedeutsamer Staatsakte, Leipzig 1923.

Herre-Jagow, Politisches Handwörterbuch, 2 Bände, Leipzig 1923.

Kluyver, Documents on the L. o. N., Leiden 1920.

Kraus, Vom Wesen des VB, Berlin 1920.

—, Der VB und die Friedensverträge, Berlin 1920.

Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen, Berlin 1921.

Larnaude, La S. d. N., Paris 1920.

—, La S. d. N. depuis 1920, Paris 1921.

Lawrence, Lectures on the L. o. N., Bristol 1919.

Levermore, What the L. o. N. has accomplished in one year, New York 1920.

v. Liszt-Fleischmann, Völkerrecht, Berlin 1925 (12. Aufl.).

Lukas, Deutschland und die Idee des VB, Münster 1921.

Magyary, Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit im VB, Berlin 1922.

Meurer, Die Grundlagen des Versailler Friedens und der VB, Würzburg 1920.
Mitrany, The problem of International Sanctions, London 1926.
Munch, Les origines et l'oeuvre des la S. d. N., 2 Bände, Kopenhagen 1923/24.
Murray, The covenant explained, London 1919
—, The League and its Guarantees, London 1920.
Pollock, Sir Frederic, The L. o. N., London 1922 (2 Aufl.)
Rappard, Die Politik der Schweiz im VB 1920/25, Chur u. Leipzig 1925.
Salvioli, La corte permanente di giustizia internazionale, Padua 1924.
Scelle, Le Pacte des nations et sa liaison avec le traité de paix, Paris 1919.
—, La S. d. N., Dijon 1922.
Schmitt, Die Kernfrage des VB, Berlin 1926.
Schücking und Wehberg, Die Satzung des VB, Berlin 1924 (2. Aufl.).
Sevens, Le régime nouveau des traités internationaux, Gent 1925.
Strupp, Theorie und Praxis des Völkerrechts, Berlin 1925.
—, Das Werk von Locarno, Berlin 1926.
—, Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie, 2 Bände, Berlin 1922/26.
Wilson, Memoiren und Dokumente, herausg. v. R. St. Baker, Leipzig 1923.

Einleitung.

I. Die Entstehung des Völkerbundes.

§ 1. Die Vorgeschichte.

Nach der Zerstörung der Weltreiche des Altertums, nach dem Scheitern des in Kaiser und Papst verkörperten mittelalterlichen Universalismus bedeutete die am 26. 9. 1815 zu Paris geschlossene Heilige Allianz den ersten Versuch einer Zusammenfassung der zivilisierten Staaten. Denn wenngleich ihr zunächst nur die Herrscher Oesterreichs, Preußens und Rußlands angehörten und sie auch in der Folge die gewollte erdumfassende Bedeutung nicht erlangte, war sie doch als ein Bund gedacht, dem alle Monarchen beitreten sollten, die gesonnen waren, ihre Politik „auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die Religion des göttlichen Heilandes lehrt". Das so gesetzte Ziel wurde freilich nicht erreicht. Aber der Versuch, die durch eine bestimmte Mächtekonstellation geschaffene politische Lage mit dem Schimmer des Rechts zu umkleiden und zu verewigen, bleibt denkwürdig und lehrreich[1]).

Die Heilige Allianz, die auf Europas, namentlich aber auf Deutschlands Geschicke maßgebenden Einfluß ausübte, brach mit dem Krimkriege endgültig zusammen, und mehr als ein Menschenalter verging, bis auf den Haager Konferenzen (1899 und 1907) ein neuer Versuch gemacht wurde, die Staatenwelt auf rechtlicher Grundlage zu organisieren. Denn wenn inzwischen zahlreiche Verwaltungsgemeinschaften[2]), wie der Welt-

[1]) Die Gründungsurkunde ist im Anhang No. 1 wiedergegeben. Es ist nicht ohne Reiz, ihre religiös-romantische Denkweise und Sprache mit Denkweise und Sprache der ganz rationalistischen VBS zu vergleichen.

[2]) Vgl. v. Liszt-Fleischmann 219 f., Hatschek 264 f.

telegraphenverein, der Weltpostverein u. a. begründet worden waren, so war ihnen doch nur ein begrenztes, wirtschaftliches und technisches oder humanitäres Ziel gesetzt. Im Haag dagegen war größeres geplant.

Die Anregung zu den Konferenzen ging von Kaiser Nikolai II. aus, der unter dem Einfluß seines auf Einschränkung der militärischen Ausgaben bedachten Finanzministers Witte Vereinbarungen über eine allgemeine Abrüstung zuwege bringen wollte[3]). Das freilich mißlang. Aber neben anderen Vereinbarungen, die der Fortbildung des Völkerrechts dienten, wurde ein „Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten"[4]) geschlossen, ein ständiger Schiedshof errichtet und das Verfahren geregelt. Eine obligatorische Verpflichtung allerdings zur Anrufung des Schiedshofs wurde nicht anerkannt. Doch mag es gerade die lose Organisation des Haager Schiedshofes zusammen mit dem Fehlen jeden Zwanges gewesen sein, die dazu führte, daß er in immer steigendem Maße angerufen wurde, und daß daneben ein immer dichteres Netz von Schiedsverträgen die Welt umspann[5]). Ohne jede Gewaltsamkeit und ohne Ueberstürzung bereitete sich so eine Entwicklung vor, die auch diejenigen gutheißen konnten, die nicht vergaßen, daß das Wesen des Staates Macht ist und daß jede erfolgreiche Politik auf Machtentfaltung beruht.

Diese Entwicklung wurde durch den Weltkrieg unterbrochen. Aber in seinem Verlauf begann ein Gedanke Gestalt zu gewinnen, der bisher nur im Reiche der Utopie gelebt hatte, der Gedanke des ewigen Friedens, der durch einen Bund aller Völker gesichert wäre. Dieser Gedanke, den zuerst Immanuel Kant in

---

[3]) Actes de la Conférence internat. de la Paix, Nouv. éd. 1907; Deuxième Conférence internat. de la Paix, Actes et documents, 1909; Meurer, Die Haager Friedenskonferenz; Nippold, Die zweite Haager Friedenskonferenz.

[4]) Wehberg, Kommentar; Strupp, Schiedsgerichtsbarkeit bei Strupp II 451 f.

[5]) Strupp a. a. O.; Veidl, bei Strupp I 484 f.; Strupp, Die wichtigsten Arten der völkerrechtl. Schiedsverträge, Veröff. d. Kieler Instit. f. Internat. R. 1917 IV.

feste Form goß[6]), dem früher nur die einflußlosen und verhältnismäßig engen Kreise der Pazifisten aller Länder angehangen hatten, gewann nun, unter dem Eindruck der Schrecken des Krieges, unzählige Anhänger. Vor allem war es der Präsident Wilson, der ihm im letzten seiner 14 Punkte vom 8. 1. 18[7]) die Fassung gab und der von da ab als der in der ganzen Welt anerkannte Prophet des Völkerbundes galt.

§ 2. Die Entstehung der Satzung.

Als der Weltkrieg durch den Zusammenbruch der Mittelmächte endete, stand es für die öffentliche Meinung aller Länder fest, daß aus dem Friedensschluß der Völkerbund hervorgehen müsse. Dafür hatten neben den Staatsmännern der Entente zahlreiche private Vereinigungen gewirkt, in England außer den Fabiern die „League of Nations Society", in Amerika die „League to enforce peace", in Holland der „Anti-Orloog-Raad", in Deutschland seit 1918 die „Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht". Im Auftrage der Regierungen sowohl kriegführender, als neutraler Länder waren Satzungsentwürfe für den kommenden Völkerbund ausgearbeitet[8]).

Von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung[9]) war der Entwurf einer britischen Regierungskommission unter dem Vorsitz Sir Walter Phillimores. Er wurde im März 1918 dem Präsidenten Wilson überreicht und diente einem Entwurf des Obersten House, des Vertrauensmannes des Präsi-

[6]) Kant, Vom ewigen Frieden 1795. Vgl. auch v. Grauert, Zur Gesch. des Weltfriedens, des VölkerR.'s u. d. Idee einer Liga der Nationen in Hist. Jhrb. 1918/19, 114 f., 557 f.

[7]) S. Anhang No. 2.

[8]) Lange bei Munch I 1 f., Fauchille I 1 168 f. Für die VB-Bewegung in Deutschland Wehberg bei Munch I 440 f. – Schücking-Wehberg 6 f. zählen nicht weniger als 51 Entwürfe auf. 7 gehen von Entente-Regierungen aus, 3 von neutralen, 1 von der deutschen. Die übrigen 40 gehen von privaten Vereinigungen und Privatpersonen aus.

[9]) Scelle bei Munch I 62 f., Kluyver, Documents on the League of Nations 1 f., Fauchille I 1 182 f. Den Wortlaut der verschiedenen Entwürfe s. bei Wilson III 61 f.

denten, als Grundlage. Auf diesem wiederum baute sich der eigene erste Entwurf Wilsons auf, der, in seinem Inhalt vergleichsweise dürftig, vor allem auf die gegenseitige Garantie der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit der Bundesmitglieder abzielte und eine Herabsetzung der Rüstungen vorsah. Eine internationale Gerichtsbarkeit war nicht ins Auge gefaßt.

Nach seinem Eintreffen in Europa im Dezember 1918 unterzog Wilson seinen Entwurf zweimal einer Neubearbeitung, so daß ein zweiter und dritter Entwurf entstand. Hierbei benutzte er die in den Entwürfen anderer Personen, vor allem des Burengenerals Smuts, enthaltenen Gedanken. Sein dritter Entwurf wurde zusammen mit einem neuen Entwurf der britischen Regierung einem weiteren Entwurf zugrunde gelegt, den der amerikanische Jurist D. H. Miller und der britische Kronjurist Sir Cecil Hurst ausarbeiteten. Von diesem Miller-Hurstschen Entwurf gingen dann die Beratungen der Friedenskonferenz aus.

Es lagen nun zwei Möglichkeiten vor: man konnte Friedensschluß und Völkerbund als zwei von einander unabhängige Dinge betrachten oder man konnte sie miteinander verkoppeln. Die französische Regierung wünschte jenes, Wilson bestand auf diesem und setzte seinen Willen durch. Er glaubte, auf solche Weise das Inslebentreten des Völkerbundes zu sichern, das, wenn der Friede unabhängig davon geschlossen würde, sich zum mindesten verzögern konnte. Er glaubte auch, die Friedensverträge mit dem Geist des Völkerbundes durchdringen zu können. Das erste seiner Ziele hat er erreicht. Was das zweite betrifft, so liegt die Frage nahe, ob nicht umgekehrt die Friedensverträge dem Völkerbund ihren Stempel aufgeprägt haben.

Auf der zweiten Plenarsitzung der Friedenskonferenz am 25. 1. 19 wurde eine Entschließung gefaßt, die die Begründung eines Völkerbundes für notwendig erklärte. Der Zutritt zu ihm solle allen zivilisierten Völkern offen stehen und er solle eine dauernde Organisation erhalten. Ein Ausschuß der Konferenz wurde beauftragt, seine Satzung auszuarbeiten.

Um die Zusammensetzung des Ausschusses gab es einigen Streit. Im Ergebnis entsandten die fünf Hauptmächte je zwei Vertreter und fünf Mittelstaaten, nämlich Belgien, Brasilien, China, Portugal und Serbien je einen. In der Folge wurde noch je ein Vertreter Griechenlands, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei hinzugezogen. Zu nennen sind unter diesen Vertretern Wilson, der den Vorsitz übernahm, Oberst House, Lord Robert Cecil, General Smuts, Bourgeois, Scialoja, Baron Makino, Venizelos, Dmowski, Kramarz. Der Ausschuß tagte zunächst vom 3. bis 13. 2. im Hotel Crillon in Paris und legte am 14. 2. der Plenarsitzung der Friedenskonferenz einen einstimmig angenommenen Entwurf vor, wobei Wilson den Bericht erstattete. In der anschließenden Debatte drang Frankreich auf die Schaffung einer internationalen Polizeimacht, Japan auf die ausdrückliche Anerkennung der Gleichheit aller Rassen.

Am 20. und 21. 3. fand unter dem Vorsitz Lord Robert Cecils eine Besprechung des Entwurfs statt, zu der die Vertreter der 13 neutralen Staaten, die später zum Beitritt aufgefordert wurden, geladen waren[10]). Ihre Einwände und Vorschläge wurden nur in unwesentlichen Punkten beachtet. Dagegen ergab sich die Notwendigkeit zu Abänderungen, als Wilson von einer inzwischen unternommenen Reise nach Amerika zurückkehrte und der Ausschuß nunmehr in die zweite Lesung des Entwurfs eintrat. Unter dem Einfluß der dem Völkerbunde wenig günstigen Stimmung in Amerika[11]) mußte insbesondere ein Vorbehalt zugunsten der Monroedoktrin gemacht werden. Dagegen drangen Frankreich und Japan mit ihren abermals vorgebrachten Wünschen wieder nicht durch. Trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten gelang es, die zweite Lesung, die vom 22. 3. bis zum 11. 4. gedauert hatte, mit einer einstimmigen Annahme des Entwurfs zu schließen. Doch muß hervorgehoben werden, daß die Ausschußsitzungen hinter ver-

[10]) Munch bei Munch I 161 f. Hier finden sich auch Angaben über die Berücksichtigung der Wünsche der Neutralen.

[11]) Vgl. Schou bei Munch I 297 f.

schlossenen Türen stattfanden und daß nur knappe amtliche Kommuniqués über sie veröffentlicht wurden, während die Protokolle bis heute geheim gehalten werden.

Der Entwurf zweiter Lesung wurde von dem Plenum der Friedenskonferenz am 28. 4. genehmigt, nicht ohne daß die Vertreter einer Anzahl von Staaten ihrem Bedauern über die Ablehnug der von ihnen eingebrachten Vorschläge lebhaften Ausdruck gegeben hätten[12]). Zugleich wurde ein Organisationsausschuß niedergesetzt, der die tatsächliche Errichtung des VB vorbereiten sollte.

Die Satzung ist dann in der Fassung vom 28. 4. mit nur unwesentlichen Aenderungen Bestandteil der Pariser Friedensverträge geworden. Als Datum der VBS ist der 28. 6. 19 anzusehen, da an diesem Tage der Versailler Friedensvertrag und damit auch die Satzung zum ersten Male von den Gründern des VB unterzeichnet wurde.

§ 3. Die Errichtung des Völkerbundes.

Nach der Schlußbestimmung des Versailler Vertrages sollte dieser selbst und somit auch die Satzung des VB mit der Ratifikation des Vertrages durch Deutschland und drei Hauptmächte in Kraft treten. Die Ratifikation ist am 10. 1. 20 erfolgt und dieses Datum gilt amtlich als der Tag, an dem der VB begonnen hat zu bestehen. Einige formale Unstimmigkeiten waren dabei praktisch unvermeidlich: der von der Friedenskonferenz am 28. 4. 19 zum GS ernannte Sir Eric Drummond nebst einem Beamtenstabe übte tatsächlich sein Amt schon vor diesem Tage aus und das Budget lief vom 5. 5. 19 ab. Doch trat der Rat zum ersten Male am 16. 1. 20 in Paris zusammen, die Versammlung am 15. 11. 20 in Genf.

Nach der Satzung sollten dem VB als ursprüngliche Mitglieder die in der Anlage verzeichneten Mächte angehören, und zwar erstens die Signatarmächte der Friedensverträge außer Deutschland und seinen Ver-

[12]) Scelle bei Munch I 133 spricht von einer unanimité de parade, die hier erzielt worden sei.

bündeten, zweitens 13 neutrale Staaten. Für jene war naturgemäß die Ratifikation eines der Verträge gleichbedeutend mit dem Beitritt, während diese binnen einer Frist von zwei Monaten eine Beitrittserklärung abzugeben hatten. Demgemäß wurden sie von dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clémenceau, am 10. 1. 20 davon benachrichtigt, daß die Frist zu laufen begonnen habe.

Außer den Vereinigten Staaten hatten die alliierten und assoziierten Hauptmächte rechtzeitig ratifiziert[13]), und zwar England bereits am 31. 7. 19, worauf die Dominions im Laufe des September folgten und die Ratifikationsurkunde für Großbritannien, die Dominions und Indien am 10. 10. 19 in Paris niedergelegt wurde, Frankreich am 12. 10. 19, Japan am 30. 10. 19. Seitens Italiens erfolgte, da die Kammer aufgelöst war, die Ratifikation durch königliches Dekret vom 6. 10. 19. Rechtzeitig ratifiziert hatten auch Belgien und Brasilien, die neben Griechenland und Spanien die vier nichtständigen Sitze im VBR zunächst besetzen sollten. Griechenland hingegen befand sich mit der Ratifikation im Rückstande. Erst am 24. 2. 20 verabschiedete die Kammer den Gesetzentwurf über die Ratifikation. Nichtsdestoweniger nahm der Vertreter Griechenlands bereits an der Januartagung des Rats teil. Im Schrifttum wird das als Beitritt durch konkludente Handlung betrachtet, eine Auffassung, deren Richtigkeit streitig scheinen kann. Doch ist die Frage durch die nachfolgende Ratifikation erledigt. Spanien, das als neutrales Land eine besondere Beitrittserklärung abgeben mußte, tat das unter dem 10. 1. 20 auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes, das vom Senat am 5. und von dem Kongreß am 7. 8. angenommen und vom König am 14. 8. 19 unterzeichnet war.

Bei dieser Sachlage konnte der VBR in Tätigkeit treten. Der den Vereinigten Staaten vorbehaltene Ratssitz blieb freilich unbesetzt und sollte es auch fernerhin bleiben[14]).

---

[13]) Kluyver, Documents 190 f., Schücking-Wehberg 193 f., v. Bülow 11 f.

[14]) Vgl. unten Art. 1 Z. 1.

Auch Ecuador und Hedjas ratifizieren nicht[15]) und werden infolge dessen nicht Mitglieder des VB. Dagegen tun es sämtliche anderen Signatarmächte[16]), so daß diese Gruppe der ursprünglichen Mitglieder sich auf 29 beläuft.

Die 13 Staaten der zweiten Gruppe sind dem VB sämtlich beigetreten. Eine Besonderheit formaler Art ergibt sich bei Venezuela, und dem Eintritt der Schweiz gehen umfangreiche Verhandlungen über ihre Neutralität voraus, die zu wichtigen Zugeständnissen seitens des VB führen[17]).

Die erste VBV (15. 11. bis 18. 12. 20) konnte sonach bei einem Bestande von 42 Mitgliedern eröffnet werden. Sie brachte einen Zuwachs von 6 weiteren Mitgliedern. Albanien, Bulgarien, Costa Rica, Finnland, Luxemburg und Oesterreich wurden in den VB aufgenommen[18]). Die II. VBV (5. 9. bis 5. 10. 21) nahm die drei vormals russischen Randstaaten Estland, Lettland und Litauen auf[19]), die III. (4. bis 30. 9. 22) Ungarn[20]), die IV. (3. bis 29. 9. 23) Abessinien und Irland[21]), die V. (1. 9. bis 2. 10. 24) St. Domingo[22]). Der VB zählt somit 55 Mitglieder. Ihm gehören nicht an von den alten Großmächten Deutschland, Rußland samt den in ihm zusammengeschlossenen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten, ebensowenig die Türkei, von den europäischen Kleinstaaten Andorra, Danzig, Island, Liechtenstein, Monaco, San Marino; von den amerikanischen Staaten Ecuador, und trotz wiederholt ergangener Aufforderung, Mexiko; endlich in Asien Afghanistan, Anam, die arabischen Staaten, ins-

---

[15]) Schücking-Wehberg 233.

[16]) Kluyver 190 f., Schücking-Wehberg 193 f.

[17]) Vgl. unten Art. 1 Z. 2.

[18]) I. VBV Pl. 643 f., 668 f.; 581 f.; 582 f.; 584 f.; 585 f.; 561 f.; 570 f.

[19]) II. VBV Pl. 315 f.; 333 f.; 315 f.; 335 f.; 319 f.; 337 f.

[20]) III. VBV Pl. I 115 f., 128 f., II 123 f., vgl. II. VBV Pl. 575.

[21]) IV. VBV Pl. 125 f.; 24 f.

[22]) V. VBV Pl. 188 f.

besondere die Signatarmacht Hedjas, Bhutan und Nepal und in Afrika Aegypten, Marokko, Sansibar, Tunis. Auch der Papst ist nicht Mitglied. Der Eintritt Deutschlands steht jedoch unmittelbar bevor und auch die Einreichung eines Aufnahmegesuches seitens der Türkei wird, nachdem ihr Streit mit England um Mossul erledigt ist, erwartet. Anderseits haben inzwischen Brasilien und Costa Rica die Mitgliedschaft gekündigt[23]). Argentinien hat sich seit der I. VBV vom VB zurückgezogen, nachdem die von ihm gestellten, auf eine Demokratisierung des VB abzielenden Anträge nicht die von ihm gewünschte geschäftsordnungsmäßige Behandlung fanden und in der Folge abgelehnt wurden. Erst in jüngster Zeit hat es sich wieder an der Arbeit beteiligt[24]). Auch Bolivien und Peru lassen sich, enttäuscht durch die Behandlung ihrer Streitfrage mit Chile, nicht mehr vertreten[25]).

II. Das Wesen des Völkerbundes.

§ 4. Die Rechtsnatur des VB.

Ein zutreffendes Bild vom Wesen des VB läßt sich nur gewinnen, wenn von vornherein Klarheit darüber besteht, daß er ein politisches Gebilde darstellt, das zur Erreichung bestimmter praktischer Ziele gestaltet worden ist. Von den Männern, die bei der Begründung des VB in entscheidender Stellung mitgewirkt haben, hat schwerlich einer auch nur einen Gedanken an die juristische Konstruktion des Bundes verloren. Läßt doch der amtliche englische Kommentar zur Satzung in jeder Zeile durchblicken, daß es nicht auf ihren rechtlichen Inhalt ankomme, sondern auf das Kräfteverhältnis der Bundesmitglieder und auf die durch dieses bedingte Handhabung der Satzung[26]).

---

[23]) S. unten Art. 1 Z. 9.

[24]) S. unten Art. 1 Z. 9.

[25]) S. unten Art. 1 Z. 9 und Art. 19 Z. 3.

[26]) Vgl. das oben im Quellenverzeichnis Z. 4 über diesen Kommentar Gesagte.

Andererseits darf bei aller gebotenen Vorsicht die Bedeutung der juristischen Form nicht unterschätzt werden. Sicherlich ist nicht sie bestimmend. Doch ist sie ebensowenig gleichgültig. Es wohnt ihr eine Kraft inne, die sich auswirken muß. Die immanente Logik der juristischen Form in Verbindung mit der heute tiefer denn früher wurzelnden Scheu vor dem Odium des Rechtsbruches bleibt nicht ohne Einfluß auf das Handeln der Beteiligten. Ihr entspringen Hemmungen, die in die Rechnung eingestellt werden können und müssen, wenngleich sie durch wirkliche oder vermeintliche staatliche Notwendigkeiten häufig genug überwunden werden und wenngleich nicht vergessen werden darf, daß auf öffentlich-rechtlichem und vor allem auf völkerrechtlichem Gebiet sich alles im Flusse befindet und daß Begriffe und Normen hier nicht annähernd die Festigkeit und Bestimmtheit haben, wie im bürgerlichen Recht.

Ist man sich jedoch dieser Einschränkungen bewußt, so läßt sich der rein juristischen Klärung der Natur des VB der Wert nicht absprechen.

Es sind bisher nicht weniger als vier Ansichten über die Rechtsnatur des VB geäußert worden, von denen freilich eine nicht im wissenschaftlichen Schrifttum, sondern in einer politischen Debatte aufgestellt worden ist. Immerhin verdient auch sie Berücksichtigung.

(1) Als im November 1925 die deutsche Reichsregierung beim Reichstage um die Ermächtigung zur Stellung des Aufnahmegesuches einkam, vertrat sie die Auffassung, daß der VB nichts anderes darstelle, als ein Bündnis[27]). Die politische Grundlage dieser Auffassung ist nicht zu übersehen. Nach Art. 45 der Reichsverfassung genügt für den Abschluß eines Bündnisses die einfache Mehrheit. Eine solche stand der Regierung zur Verfügung. Eine Zweidrittel-Mehrheit dagegen, wie die Opposition sie für erforderlich hielt, wäre nicht zu erlangen gewesen.

Die Auffassung des VB als eines Bündnisses oder einer Allianz ist zweifellos unrichtig, wenn man

[27]) Sten. Ber. d. Reichstags III 4642 f. v. 27. 11. 25.

nicht diesem Begriff willkürlich einen anderen Inhalt geben will, als er ihn bisher nach allgemeinem Uebereinkommen hatte. Der Aufgabenkreis des VB reicht weit über den eines Bündnisses hinaus und die ständigen Organe, die er sich geschaffen hat, sind eine Einrichtung, die dem Begriff des Bündnisses fremd ist.

(2) Von anderer Seite wird der VB unter die internationalen Verwaltungsgemeinschaften eingereiht[28]). Auch das ist unzutreffend. Die Verwaltungsgemeinschaften verfolgen durchweg begrenzte wirtschaftliche und technische oder humanitäre Ziele, während politische Ziele ihnen fremd sind. Gerade diese aber stehen im VB im Vordergrunde und gerade um ihretwillen ist er begründet worden. Es wäre eine Verkennung des eigentlichen Sinnes alles staatlichen Lebens, wollte man eine Vereinigung, die über Krieg und Frieden entscheidet, auf eine Stufe mit Gemeinschaften stellen, deren Bedeutung sich in der zweckmäßigen Regelung des postalischen oder telegraphischen Verkehrs erschöpft. Daran vermag auch Art. 24 der VBS nichts zu ändern, der die Angliederung und Unterordnung der bestehenden Verwaltungsgemeinschaften ins Auge faßt. Wird dieses Ziel erreicht, so wird zwar der VB einen Teil seiner Tätigkeit den Aufgaben der jetzigen Verwaltungsgemeinschaften widmen. Sein eigentlicher Sinn und Zweck aber wird bleiben, der er ist.

(3) Nach einer weiteren Meinung stellt der VB einen Staatenbund[29]) dar. Hierbei wird Jellineks Begriffsbestimmung[30]) zugrunde gelegt: „Der StB ist die dauernde, auf Vereinbarung beruhende Verbindung unabhängiger Staaten zum Zwecke des Schutzes des Bundesgebiets nach außen und innerer Friedensbewahrung zwischen den verbündeten Staaten, wozu auch die Verfolgung anderer Zwecke verabredet werden kann. Diese Verbindung bedarf einer dauernden Organisation zur Realisierung der Bundeszwecke."

---

[28]) Hatschek 141 f.

[29]) Kraus, Vom Wesen des VB, Schücking-Wehberg 103 f.

[30]) Allg. Staatslehre 762.

Es kann hier dahingestellt bleiben, wieweit das Kennzeichen der Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten für den StB zutrifft. Für den VB trifft es nicht zu, da ihm auch Dominien und Kolonien angehören können. Wesentlicher ist der Umstand, daß bisher in einem StB nur Staaten zusammengeschlossen waren, die durch ihre gemeinsame Geschichte und ihr gemeinsames Volkstum oder ihre gemeinsame Kultur eng miteinander verknüpft waren, wie die Niederlande von 1580—1795, die Vereinigten Staaten von 1776—1787, der Rheinbund, der Deutsche Bund, die Schweiz von 1815 bis 1848. Für sie bedeutete der StB nur eine vorläufige Form des Zusammenschlusses, die dann durch die des Bundesstaates abgelöst wurde. Daher stand auch die innere Friedensbewahrung unter den Zielen des StB an erster Stelle und der Krieg von 1866 führte mit innerer Notwendigkeit zur Auflösung des Deutschen Bundes. Im VB dagegen fehlt es an dieser inneren Verknüpfung[31]) und seine Satzung sieht die Möglichkeit innerer Kriege vor, ohne daß durch sie der Fortbestand des VB in Frage gestellt würde. Nicht zu übersehen ist weiter, daß der VB sich grundsätzlich auf der Rechtsungleichheit der Mitglieder aufbaut. Einerseits haben die sogenannten Hauptmächte Anspruch auf einen ständigen Sitz im VBR, während die übrigen nur Vertreter entsenden, an deren Wahl noch dazu die Hauptmächte teilnehmen. Andererseits sind bestimmten Mächten besondere Verpflichtungen auferlegt, deren Einhaltung vom VB kontrolliert wird. Es sind das erstens alle nicht ursprünglichen Mitglieder im Hinblick auf die Verpflichtungen aus Art. 1 Abs. 2. Zweitens gehören hierher diejenigen ursprünglichen Mitglieder, die Minderheitenverträge haben abschließen müssen. Dabei ist es beachtenswert, daß der Abschluß solcher Verträge nicht nach objektiven, sondern nach subjektiven, rein politischen Gesichtspunkten erfolgte. Sie wurden nicht allen Staaten auferlegt, in deren Gebiet Minderheiten leben, sondern nur denen unter ihnen, die sich in Abhängigkeit von der Entente befanden. Drittens sind hier Deutschland und seine

[31]) So auch Schmitt 63 f.

Verbündeten zu nennen, denen durch die Pariser Friedensschlüsse Bindungen auferlegt sind, deren Einhaltung vom VB zu überwachen ist. Eine solche grundsätzliche und tiefgreifende Rechtsungleichheit war den bisherigen StB fremd, da etwa der Vorsitz Oesterreichs im Deutschen Bunde sich davon nicht nur dem Grade, sondern angesichts seines formalen Charakters auch dem Wesen nach unterschied. Endlich kommt noch in Betracht, daß der VB sich unumwunden die Wahrung des aus den Pariser Friedensschlüssen hervorgegangenen Besitzstandes zum Ziele setzt. Auch bei Verzicht auf jedes Werturteil über diese Friedensschlüsse bleibt die Tatsache bestehen, daß sie sich auf dem äußern und innern Zusammenbruch der einen Seite aufbauten und daß die Annahme des wichtigsten unter ihnen, des Versailler Friedens, durch ein Ultimatum erzwungen wurde. Daß auf solcher Grundlage ein StB im bisherigen Sinne nicht errichtet werden kann, bedarf keines Beweises, liegt vielmehr auf der Hand.

Es ist daher die Auffassung des VB als eines StB, sei es schlechthin, sei es mit diesen oder jenen Vorbehalten, abzulehnen.

(4) Eine Reihe von Schriftstellern verzichtet darauf, eine eigentliche Begriffsbestimmung des VB zu geben oder ihn in einen bestimmten Typus einzureihen. So begnügt sich Fleischmann[32]) damit, festzustellen, daß er eine Parallelerscheinung zum StB darstelle, aber sich in wesentlichen Zügen von diesem unterscheide. Der StB sei nur als Hilfskonstruktion zu verwerten. Fauchille[33]) erklärt, der VB sei mehr als eine Allianz, aber weniger als ein Oberstaat oder ein StB. Er sei die organisierte Gemeinschaft der Staaten. Larnaude[34]) wiederum sieht in ihm einen absolut neuen Typus, ohne daß er versuchte, diesen Typus zu bestimmen. Ihm schließt sich Huber[35]) an, der damit einen grund-

[32]) 391 f.

[33]) I 1 214 f.

[34]) Société d. N. 4 f.

[35]) Ztsch. f. VR XII 18 f.; 370 f.

sätzlichen Widerspruch gegen die Festlegung von Typen auf öffentlich-rechtlichem Gebiet verbindet.

Grundsätzlich wird man allen diesen, namentlich in der Verneinung, zustimmen. Zugleich aber wird man folgende Begriffsbestimmung des VB aufstellen dürfen:

Der VB ist eine auf Vertrag beruhende und auf die Dauer berechnete Verbindung von Staaten und staatenähnlichen Gebilden zu ungleichem Recht. Ihr Zweck ist die Aufrechterhaltung des durch die Pariser Friedensschlüsse des Jahres 1919 geschaffenen Besitzstandes, die Schlichtung von Streitigkeiten der Mitglieder untereinander und mit dritten Staaten, bedingterweise auch der Streitigkeiten unter dritten Staaten, sowie die Verwirklichung wirtschaftlicher, sozialer, humanitärer und kultureller Aufgaben. Sie bedient sich hierbei ständiger Organe.

Fraglich kann es scheinen, wieweit die Universalität des VB in die Begriffsbestimmung aufzunehmen ist. Zu berücksichtigen ist sie in doppelter Richtung, nämlich erstens im Hinblick auf die Mitgliedschaft, zweitens im Hinblick auf den Wirkungskreis. Was diesen betrifft, hat der VB zweifellos die Neigung, seine Tätigkeit auf den ganzen Erdkreis auszudehnen und bringt das auch in der VBS zum Ausdruck[36]). Ihrer Verwirklichung stehen allerdings Schwierigkeiten entgegen, die sich einerseits aus dem Mangel an eigenen Machtmitteln des VB, anderseits aus der ablehnenden Haltung der großen Nichtmitgliedstaaten ergeben. Nicht zu übersehen ist auch, daß in der VBS ausdrücklich die Monroedoktrin anerkannt ist[37]). Die Universalität der Mitgliedschaft hingegen kommt in der VBS nicht zur Geltung und man wird in der Annahme kaum fehlgreifen, daß der Wille zum mindesten eines Teils der Begründer ursprünglich auf die Fernhaltung Deutschlands gerichtet war. Erst im Laufe der Zeit ist darin eine Aenderung eingetreten und ist die Tendenz zur Universalität auch in dieser Richtung

[36]) Vgl. vor allem Art. 11 u. 17.

[37]) Art. 21.

wach geworden. Immerhin trägt sie mehr politischen, als rechtlichen Charakter.

Jedenfalls aber liegt in dieser Universalität sowohl des Wirkungskreises, als der Mitgliedschaft ein weiteres Unterscheidungsmerkmal des VB den sonst bekannten Typen von Staatenverbindungen gegenüber.

Bei dieser Sachlage dürfte der Versuch, den VB unter einen bestimmten Typus von Staatenverbindungen zu bringen, vergeblich sein. Sicherlich weist der VB manche Züge auf, die ihm mit dem StB gemeinsam sind. Andere, die freilich nur sehr vereinzelt sind, erinnern an ein Bündnis. Mit dem Oberstaat wiederum verbinden ihn zum mindesten gewisse Tendenzen, die in ihm lebendig sind und sich vielleicht mit der Zeit stärker entwickeln werden. Aber die analoge Anwendung von Grundsätzen, die für einen dieser Typen gelten, auf den VB erscheint höchstens im Einzelfalle und nur mit größter Vorsicht zulässig. Erheblicher Gewinn läßt sich davon nicht erhoffen. Noch weniger Gewinn kann der Versuch bringen, zu bestimmen, welchem dieser Typen der VB näher, welchem er ferner steht. Eine exakte Antwort auf eine dahingehende Frage ist unmöglich, eine allgemein gehaltene, die sich auf subjektives Empfinden stützt, kann leicht mehr schaden als nützen.

Der VB ist als neuer Typus unter den Staatenvereinigungen anzuerkennen. In erster Reihe sind deshalb auf ihn die Rechtsregeln anzuwenden, die sich aus seiner Satzung, aus seinen anerkannten Zielen und aus seinem Wesen ergeben. In zweiter Reihe kommen die Grundsätze in Frage, die für Staatenverbindungen überhaupt anerkannt sind. Nur in Ausnahmefällen und nur mit äußerster Vorsicht kann, wie schon betont, die analoge Anwendung von Rechtsregeln in Betracht gezogen werden, die für einen bestimmten Typus von Staatenverbindungen gelten.

Im Zusammenhang damit muß noch eine Frage hervorgehoben werden, die zwar an sich keine Schwierigkeiten bietet, aber trotzdem häufig zu Mißverständnissen führt. Es ist die nach dem Wesen der VBS.

Die VBS ist Vertrag und nichts als Vertrag, wie denn auch die amtlichen Texte in den Ursprachen sie

als „pacte“ und als „covenant“ bezeichnen. Was sie enthält, ist daher Vertragsrecht, das allein die Teilhaber des Vertrages bindet. Für die Staaten, die den VB weder mitbegründet haben, noch ihm später beigetreten sind, hat die VBS grundsätzlich ebensowenig Geltung, wie die Normen eines zwischen den Staaten A und B geschlossenen Bündnis- oder Handelsvertrages für den Staat C Geltung haben[38]).

Diese Auffassung ist auch vom StIG in einem Beschluß vom 23. 7. 23 ausdrücklich anerkannt worden[39]). Unter Berufung darauf, daß die VBS ein Vertrag sei, durch den die Nichtmitglieder nicht gebunden werden, hat er es abgelehnt, das vom VBR erbetene Gutachten über den Streit um Ostkarelien zwischen Finnland und Sowjetrußland zu erstatten. Auch ein Gutachten würde dem Wesen nach eine Entscheidung über den zwischen den Parteien schwebenden Streit darstellen. Die eine der Parteien sei jedoch nicht Mitglied des VB und daher durch die VBS nicht gebunden. Deshalb könne ein Streit, an dem sie beteiligt sei, nur mit ihrer Zustimmung nach den von der VBS aufgestellten Grundsätzen entschieden werden.

Der VBR hat diesen Beschluß am 27. 9. 23 zur Kenntnis genommen[40]). Gleichzeitig hat er freilich die Schlußfolgerung seines Berichterstatters gebilligt, daß es ihm freistehe, die notwendigen Maßnahmen, darunter auch die Einholung eines Gutachtens des StIG, zu ergreifen, um die ihm durch die VBS im Interesse des Friedens auferlegten Pflichten zu erfüllen. Aber der darin enthaltene mittelbare Einspruch gegen die Stellungnahme des StIG vermag nichts an der Tatsache zu ändern, daß jener Beschluß gefaßt wurde und daß der vom VB selbst eingesetzte Gerichtshof die VBS als Vertrag anerkannt hat, der nur für die Parteien Geltung hat.

Angesichts der dem VB innewohnenden, insbesondere in Art. 11 und 17 zum Ausdruck kommenden

---

[38]) Ueber die Frage der sog. passiven Mitgliedschaft vgl. unten Art. 1 Vorbem. 2.

[39]) Publ. B 5. Vgl. unten Art. 14 Z. 5 B e, Art. 17 Z. 6 S.

[40]) JO 23 1335 f., 1501 f.

Tendenz, zum mindesten im Interesse der Friedensbewahrung eine gewisse Aufsicht und Vormundschaft auch über die Nichtmitgliedstaaten auszuüben, ist diese Feststellung von besonderer Wichtigkeit. Aus ihr ergibt sich, daß der Betätigung des VB in dieser Richtung eine rechtliche Grundlage fehlt, ja, daß sie rechtswidrig sein kann. Denn neben dem Vertragsrecht des VB besteht das Völkerrecht fort. Dieses aber anerkennt ein Recht der Intervention nur im Rahmen des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle. Was über das hier vorgesehene Angebot guter Dienste oder einer Vermittlung hinausgeht, muß demnach als völkerrechtswidrig angesehen werden[41]). Daraus ergibt sich weiter, daß ein innerer Widerspruch zwischen VBS und Völkerrecht besteht, der unter Umständen zu schweren Konflikten führen kann. Im allgemeinen freilich ist anzunehmen, daß dank der Zugehörigkeit der meisten Großmächte zum VB die VBS sich dem Völkerrecht gegenüber durchsetzen wird. Rechnet man aber mit Schwierigkeiten zwischen dem VB oder seinen Mitgliedern einerseits, den Vereinigten Staaten oder Rußland anderseits, so erscheint der Ausgang auch unter rechtlichen Gesichtspunkten durchaus zweifelhaft.

§ 5. Der politische Charakter des Völkerbundes.

Auch die rechtliche Beurteilung des VB muß unvollständig und einseitig bleiben, wenn das politische Moment nicht herangezogen wird. Denn der VB ist in erster Reihe ein politisches Gebilde und will es sein.

Richtunggebend für den VB ist schon seine Entstehung aus dem Weltkriege. Er ist eine Schöpfung der alliierten und assoziierten Hauptmächte. Die Mitverbündeten wurden als ursprüngliche, die Neutralen als spätere Mitglieder herangezogen, während die Gegner zunächst ausgeschlossen blieben. Die VBS wurde zu einem Bestandteil der Pariser Friedensverträge, die unbestritten Diktatverträge sind. In diesen Verträgen wurden dem VB auch außerhalb der

[41]) Vgl. auch unten Art. 17 bes. Z. 4.

VBS bestimmte Aufgaben gestellt[42]). Dadurch wurde der VB im Rahmen dieser Aufgaben zu einem ausführenden Organ oder, wenn man es unter Verzicht auf juristische Genauigkeit so ausdrücken will, zum Rechtsnachfolger der Entente[43]). Darüber hinaus ist ihm die gleiche Stellung zugewiesen und von ihm übernommen worden, soweit die Aufrechterhaltung der Pariser Friedensverträge zu seinen Zielen gehört.

Auf Grund von Aeußerungen der im VB führenden Staatsmänner ließe sich ohne Schwierigkeit der Beweis dafür erbringen, daß gerade die Aufrechterhaltung dieser Verträge das weitaus wesentlichste Ziel des VB darstellt, dem alle anderen, ihm zugewiesenen Aufgaben unterzuordnen sind. Aber auch wenn man diese Aeußerungen außer Betracht lassen wollte, weil sie offensichtlich politischen Zwecken dienen sollten und deshalb der Objektivität ermangelten, auch wenn man gleichartige Aeußerungen selbst der im VB maßgebenden Juristen, wie etwa des Belgiers Rolin[44]) aus ähnlichen Gründen beiseite schieben wollte, bliebe doch die Tatsache bestehen, daß Art. 10 den Mitgliedern die Wahrung des derzeitigen, auf den Pariser Verträgen beruhenden Besitzstandes und damit die Aufrechterhaltung dieser Verträge selbst zur Pflicht macht. Das ist um so bezeichnender, als die im Art. 19 vorgesehene Möglichkeit einer Revision geltender Verträge praktisch bedeutungslos ist[45]). Unter diesen Umständen könnte sogar der Nachweis unternommen werden, daß auch die Bestimmungen der VBS, die der Friedensbewahrung dienen sollen, in Wirklichkeit allem zuvor dem gleichen Ziele dienen, wie Art. 10, nämlich der Aufrechterhaltung der Friedensverträge und daß somit der VB im Grunde nur diese eine politische Aufgabe hat, neben der bloß noch die humanitären und wirtschaftlichen Aufgaben als solche zweiten Ranges herlaufen.

Im Zusammenhang damit befindet sich die Tat-

[42]) Vgl. unten Art. 4 Z. 8.

[43]) Vgl. Scelle 249 f., 255, 265, 374: »la société comme héritière de la conférence«.

[44]) Vgl. unten Art. 10 Allg.

[45]) Vgl. unten Art. 19.

sache, daß zwischen dem VBR und den Organen der Entente, als welche der Oberste Rat und die Botschafterkonferenz anzusehen sind, von der Begründung des VB an Beziehungen bestanden haben, die für die Oeffentlichkeit wenig durchsichtig sind und sich erst in letzter Zeit zu lockern scheinen. Wiederholt ergibt sich aus den Drucksachen des VB, daß namentlich aus Anlaß von Konflikten verschiedener Staaten untereinander eine Zusammenarbeit vor allem der Botschafterkonferenz mit dem VBR stattgefunden hat und nicht immer kann man sich dem Eindruck entziehen, daß der VBR jene als ein wenigstens bis zu gewissem Grade übergeordnetes Organ betrachtete. Freilich ergab sich diese Zusammenarbeit zum Teil daraus, daß durch die Friedensverträge, insbesondere durch den VFrV, den Hauptmächten gewisse Souveränitätsrechte übertragen und daß diese Rechte durch die in Rede stehenden Streitigkeiten berührt wurden. Das traf beispielsweise anläßlich des litauischen Handstreichs auf Memel im Januar 23 zu[46]). Aber einerseits war das durchaus nicht immer, so nicht im Korfu-Streit[47]), der Fall. Anderseits war es nicht das, was den Charakter der Beziehungen zwischen VBR und Konferenz bestimmte.

Engste Bindungen zwischen VB und Entente, unmittelbarster innerer Zusammenhang zwischen VBS und Friedensverträgen waren ursprünglich zweifellos gegeben. Auch wird man kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß zum mindesten einige der Begründer des VB in diesem eine Verewigung der Entente sehen und ihm tatsächlich als einzig wesentliche Aufgabe die Gewährleistung der Friedensverträge zuweisen wollten. Und unzweifelhaft sind diese Tendenzen zunächst für die Wirksamkeit des VB maßgebend gewesen.

Im Laufe der Jahre ist darin eine gewisse Aenderung eingetreten. Die politische Atmosphäre des Krieges begann sich zu verflüchtigen, die Mitarbeit der Neutralen und selbst derjenigen außereuropäischen Länder, die sich mehr oder weniger unfreiwillig auf

[46]) Unten Art. 11 Z. 4 D.
[47]) Unten Art. 15 Z. 9 Q.

die Seite der Entente gestellt hatten, ohne von den Kriegsleidenschaften ergriffen zu sein, machte sich geltend und nicht zuletzt übte die Notwendigkeit, den Forderungen der VBS gerecht zu werden, ihren Einfluß aus. Aber bestimmte Staaten hielten an ihrer anfänglichen Stellungnahme fest. Sie tun es auch heutigen Tages noch in allen wesentlichen Fragen und werden es voraussichtlich auch fernerhin tun. Für sie bleibt der VB ein Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Pariser Verträge. Trotzdem darf festgestellt werden, daß diese Aufgabe des VB nicht mehr als die einzige betrachtet wird. Zwar hat sie auch noch auf den letzten zwei ordentlichen VBV in den Jahren 1924 und 1925 einen außerordentlich breiten Raum eingenommen. Waren doch diese mehr als mit andern Gegenständen mit dem Genfer Protokoll[48]) beschäftigt, das letzten Endes den Zweck hatte, eine neue Sicherung des Pariser Besitzstandes zu schaffen. Aber immerhin spielen die wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Fragen eine mit der Zeit stets größer werdende Rolle. Es wäre ungerecht, wollte man ihnen heute noch nur dekorative Bedeutung zugestehen. Auf diesem Gebiet ist unstreitbar wertvolle Arbeit geleistet worden, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß der VB auf dem Fundament weiterbaut, das die alte völkerrechtliche Staatengemeinschaft bereits gelegt hatte[49]).

Die sonstigen Aufgaben des VB freilich stehen nach wie vor im Hintergrunde. Die allgemeine Abrüstung macht nicht einmal im Rahmen des Art. 8 Fortschritte und die Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses, der am 18. 5. 26 in Genf zusammentrat, zeitigen keinerlei Ergebnis[50]). Die Schlichtung von Streitigkeiten hat zwar den VBR intensiv beschäftigt, und gerade in letzter Zeit ist ihm die Beilegung des griechisch-bulgarischen Zusammenstoßes gelungen. Es ist aber nicht zu übersehen, daß einem solchen Erfolge nicht wenige Fälle gegenüberstehen, in denen die Schlichtung mißlang oder in einer Weise geschah, die für das Rechtsgefühl

[48]) Unten Art. 8 Z. 6.

[49]) Unten Art. 23 u. 24.

[50]) Unten Art. 8 Z. 6.

wenig befriedigend war[51]). Auch darf nicht vergessen werden, daß die Tätigkeit des VBR auf diesem Gebiet sich zwar in neuen Formen bewegt, aber doch dem Wesen nach nichts anderes ist, als eine Fortsetzung der vom Konzert der Großmächte in früheren Jahren befolgten Politik. Und wenn daneben Streitfälle überwiegend rechtlichen Charakters vom StIG in mustergültiger Art entschieden wurden[52]), so ist das gewiß anzuerkennen und zu begrüßen. Doch wiederum muß darauf hingewiesen werden, daß der StIG zwar in der Form eine Schöpfung des VB darstellt, daß er aber einen Gedanken verkörpert, der sehr viel älter ist, als der VB. Dieser Gedanke war ohnehin auf dem Marsch. Auch ohne den VB hätte er sein Wirkungsfeld im Laufe der Jahre immer mehr erweitert.

Gewiß könnte man es dem VB als Verdienst anrechnen, daß er auf dem schwierigen Gebiet der Friedensbewahrung keinen Rückschritt herbeigeführt, sich vielmehr als Träger der naturgemäßen Fortentwicklung bewährt hat. Aber das wäre augenscheinlich ein gar mageres Lob, da dieses mehr negative Verdienst in einem unleugbaren Mißverhältnis zu dem gewaltigen Apparat steht, aus dem es hervorgegangen.

Nicht zu übersehen ist endlich, daß der VB auch den ihm außerhalb der VBS gestellten Aufgaben nicht hat gerecht werden können[53]). Die Verwaltung des Saargebiets gab unter der Leitung des erst kürzlich durch den Kanadier Stephens ersetzten Präsidenten Rault-Frankreich zu immer erneuten Beschwerden der Bevölkerung und zu oppositioneller Haltung des nur mit beratenden Rechten ausgestatteten Landesrats Anlaß[54]). Der planmäßigen Ausdehnung des polnischen Einflusses in Danzig wurde kein Widerstand ge-

[51]) Vgl. bes. unten Art. 11 Z. 4 B, J, K, M, N, O, Art. 15 Z. 9 Q.

[52]) Unten Art. 14 Z. 5.

[53]) Unten Art. 4 Z. 8.

[54]) Vgl. Rappard 42, der die Saarverwaltung als „eine der anstößigsten Episoden" der Politik des VBR bezeichnet, von einem Versagen des VBR und einer Schädigung seines moralischen Ansehens spricht. S. auch 32 f., wo er auf die Abneigung der Schweiz, an der Ausführung der Friedensverträge beteiligt zu werden, hinweist.

leistet und bei der Ernennung des neuen Oberkommissars, des als Deutschenfeind bekannten Holländers van Hamel, bewies der VBR keine glückliche Hand. Vor allem aber muß die Tätigkeit des VBR auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes als unzulänglich bezeichnet werden. Freilich handelt es sich um ein neues und ungemein verwickeltes Problem und unleugbar sind die in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten durch die in den Minderheitenverträgen getroffene Regelung der Frage noch verschärft worden. Aber der VBR selbst hat sich eine Verfahrensordnung gegeben, die einer gerechten und zweckmäßigen Behandlung der einlaufenden Beschwerden nicht dienlich ist und hat dann durch Beschluß vom 10. 6. 25 die Mängel jener Ordnung vertieft. Darüber hinaus haben zwei im VBR maßgebende Persönlichkeiten, Chamberlain-England und der ständige Berichterstatter für Minderheitenfragen de Mello-Franco-Brasilien, in der Dezember-Tagung 25 des VBR als Ziel des den Minderheiten gewährten Schutzes ihr Aufgehen im Volkstum des Staates, dem sie angehören, bezeichnet und damit eine völlige Verkennung der ihnen übertragenen Aufgabe bewiesen. Denn mit dieser Stellungnahme haben sie den auf Entnationalisierung ihrer Minderheiten bedachten Staaten einen Freibrief für die Bestrebungen ausgestellt, deren Hintanhaltung der einzige Sinn der Minderheitenverträge ist.

Auch auf diesem Gebiet wird man die Ursache der Unzulänglichkeit der geleisteten Arbeit in den Hemmungen sehen müssen, die sich aus dem politischen Charakter des VB ergeben. Denn die Schutzpflichten, die ihm dem Saargebiet und Danzig, ebenso wie den Minderheiten gegenüber übertragen sind, stellen nichts dar, als Zugeständnisse an die öffentliche Meinung, durch die dieser die Pariser Verträge annehmbar gemacht werden sollten. Es liegt auf der Hand, daß diese Zugeständnisse sich nicht auswirken können, so lange die innere Bindung des VB an jene Verträge andauert.

§ 6. Probleme des Völkerbundes.

Das große zentrale Problem des VB bleibt trotz aller Fortentwicklung seine Bindung an die Pariser

Verträge. Sie prägt seinem Wesen und seiner Wirksamkeit den Stempel auf. Sie ist es, die alle anderen ihm obliegenden Aufgaben außer der Aufrechterhaltung dieser Verträge in den Hintergrund drängt und ihre Lösung hindert. Sie ist es, die seine Fortbildung zu einer wirklichen Gemeinschaft der Staaten unmöglich macht, zu einer Gemeinschaft, die zwar Gegensätze, Streitigkeiten und Kriege so wenig aus der Welt schaffen könnte, wie alles sonstige menschliche Elend, die aber doch eine segensreiche Wirksamkeit zu entfalten imstande wäre. Denn wenn auch die Träume der Pazifisten niemals Gestalt gewinnen werden, so lange die Menschheit durch die Natur selbst in Völker gegliedert ist und so lange die Völker sich in Staaten zusammenschließen, so lehrt uns doch die geschichtliche Erfahrung, daß durch eine zweckmäßige Organisation der internationalen Beziehungen unendlich viel Unheil verhütet werden kann. Wenn es um Ehre und Existenz des Staates geht, wird jeder Schiedsspruch versagen. Aber groß ist die Zahl der Fragen, weit der Kreis der Fälle, in denen diese höchsten Güter unberührt bleiben und doch Streit zwischen den Staaten entbrennt. Da bietet sich der vermittelnden, schlichtenden und richtenden Tätigkeit der Völkergemeinschaft ein fruchtbares Feld. Was im Haag begonnen, kann der VB zur Vollendung führen. Zur Vollendung führen kann er auch das große Werk der Zusammenarbeit der Staaten auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, humanitärem Gebiet, dem er bereits jetzt einen Teil seiner Kräfte widmet.

Aber alles das kann ihm nur gelingen, wenn er sich von dem Urfehler löst, der ihm anhaftet. Tut er das nicht, so bleibt er ein Zwittergebilde, das, selbst die Frucht eines Krieges, für die Zukunft Kriege verhüten will. Das ist ein innerer Widerspruch, an dem er zugrunde gehen muß.

Hier ist nicht der Ort, die Unhaltbarkeit der Pariser Friedensverträge nachzuweisen. Aber es bedarf auch keines Nachweises dafür, daß Friede in Europa und in der Welt nicht herrschen kann, solange ein Sechzigmillionenvolk auf engsten Raum zusammengepfercht ist und es dulden muß, daß weitere Millionen seiner An-

gehörigen unter fremder Zwangsherrschaft stehen. Das muß mit Naturnotwendigkeit eines Tages zu einem Ausbruch führen, der die Erde von neuem in Flammen setzt. Und die Verantwortung dafür wird nicht auf dieses Volk fallen, sondern auf diejenigen, die einen aus Kriegspsychose geborenen Vertrag zu verewigen suchen. Gewiß ist es heute unmöglich zu sagen, wie da Abhilfe geschaffen werden soll. Nur sehr folgerechte Optimisten werden der Meinung sein, daß das auf dem Wege einer Ausgestaltung des Art. 19 der VBS gelingen könnte. Doch das eine darf man mit Sicherheit behaupten, daß der VB nur dann lebensfähig und leistungsfähig sein wird, wenn er sich von der Bindung an die Pariser Verträge zu befreien weiß. Geschieht das nicht, so wird er zusammenbrechen, sowie eine andere, nicht als Fortsetzung der Entente erscheinende Mächtekonstellation sich bildet. Vielleicht entsteht dann ein neuer VB, der seinen Aufgaben in höherem Maße gewachsen ist, als der gegenwärtige. Aber man darf sich nicht verhehlen, daß der Weg zu ihm über eine Katastrophe führen müßte, in der nur allzu leicht die gesamte heutige Zivilisation zugrundegehen kann.

Die Bindung an die Pariser Verträge ist es auch, die ein anderes Problem, an dem der VB krankt, verwickelt und erschwert. Das ist das Problem des Verhältnisses Europas zu den übrigen Weltteilen.

Mehr als ein Jahrhundert ist es her, daß Präsident Monroe seine Doktrin verkündete und damit der europäischen Vorherrschaft den ersten schweren Stoß versetzte. Der Weltkrieg hat die Emanzipation der anderen Erdteile mächtig gefördert, und im VB mußte die Summe dieser Entwicklung gezogen werden. Das mußte in zweifacher Richtung geschehen. Einmal hieß es, die Probleme der Weltpolitik in den Mittelpunkt der Arbeit des VB stellen. Zum andern war es unumgänglich, daß den Vertretern der außereuropäischen Staaten die volle Gleichberechtigung eingeräumt wurde.

Beides unterblieb. Zum Zentralproblem wurde die Aufrechterhaltung der Pariser Friedensverträge, vor allem die des Versailler Friedens. Niemand fragte sich, welches Interesse denn letzten Endes etwa die 19 südamerikanischen Staaten, die der Zahl nach ein volles

Drittel der Mitglieder darstellen, an der Frage haben können, ob Elsaß-Lothringen zu Deutschland oder zu Frankreich gehört, ob der polnische Korridor fortbesteht oder nicht, ob Oberschlesien bei Polen, Nordschleswig bei Dänemark, Eupen und Malmedy bei Belgien, Huldschin bei der Tschechoslowakei bleiben. Ueberaus bezeichnend in derselben Richtung war es, daß de Mello-Franco im Rahmen eines dem VBR über Minderheitenfragen erstatteten Berichts mit aller Offenheit erklärte, daß man in Südamerika gar kein Verständnis für diese Fragen habe[55]), diese Fragen, die doch auch erst durch die Pariser Verträge die Schärfe erlangt haben, die sie heute auszeichnet.

Gerade diese zentrale Stellung rein europäischer Probleme brachte es mit sich, daß den europäischen Hauptmächten die Heranziehung derjenigen Staaten zu engerer Mitarbeit im VB wünschenswert erscheinen mußte, die an diesen Problemen selbst interessiert sind. Mit anderen Worten, die Berufung vorwiegend europäischer Staaten in den VBR war eine unmittelbare Folge der Bindung des VB an die Pariser Verträge. Gewiß haben dabei tiefeingewurzelte Anschauungen von der überragenden Bedeutung der europäischen Staaten mitgespielt. Aber auch ohne sie hätte die innere Logik der Dinge zu einer Bevorzugung Europas geführt.

So hat sich denn im VBR eine Vertretung der außereuropäischen Staaten ergeben, die ihrer Bedeutung keineswegs entspricht. Von den ständigen Sitzen entfallen drei auf Europa, nur einer auf Asien und an diesem Mißverhältnis kann der Umstand nichts ändern, daß der fünfte, unbesetzt gebliebene den Vereinigten Staaten zugedacht war. Von den nichtständigen Sitzen aber, deren ursprüngliche Vierzahl schon 1922 auf sechs erhöht wurde, werden seit 1924 nicht weniger als vier von europäischen Staaten eingenommen, während Brasilien seit 1920, Uruguay seit 1923 Sitze inne haben. Asien war nur von 1921 bis 1923 durch China, Afrika und Australien, dessen Lage allerdings Besonderheiten aufweist, waren noch gar nicht vertreten[56]).

[55]) JO 26 138 f.

[56]) Vgl. unten Art. 4 Z. 2.

Auf diese Sachlage sind letzten Endes auch die Schwierigkeiten zurückzuführen, die sich im März 26 ergaben und die schließlich zum Verzicht Brasiliens auf seinen Ratssitz und zur Kündigung seiner Mitgliedschaft geführt haben. Die Beratungen des Studienausschusses im Mai 26 hätten gerade ihrer Beseitigung gewidmet sein müssen. Aus den bisher veröffentlichten Berichten läßt sich jedoch nicht entnehmen, daß die Wurzel dieser Schwierigkeiten richtig erkannt worden wäre. Die ins Auge gefaßte Vermehrung der Zahl der nichtständigen Sitze kann sogar in Verbindung mit der bekannten chinesischen Formel, die Berücksichtigung der geographischen, rassischen und sonstigen Gliederung der Welt fordert, keine Abhilfe schaffen. Wenn man nicht annehmen will, daß es den außereuropäischen Staaten nur um das äußere Prestige geht, wenn man vielmehr davon ausgeht, daß sie es ablehnen, in einem VB mitzuarbeiten, der ein Werkzeug bloß europäischer Politik ist und daß sie statt dessen einen VB wollen, der die weltpolitischen Fragen in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit rückt, dann kann man nicht übersehen, daß auch dieses Problem nur zu lösen ist, wenn die Bindung des VB an die Pariser Verträge fällt.

Noch ein weiteres Problem von höchster Bedeutung für den VB ist es, das durch diese Bindung belastet wird.

Der VB stellt heute ein sehr loses Gefüge dar. Die Souveränität der Mitglieder wird rechtlich sorgfältig gewahrt, Beschlüsse können nur einstimmig gefaßt werden und jeder Staat hat die Freiheit, selbst zu entscheiden, ob er sich an einem Vorgehen des Bundes beteiligen will. Es mag sein, daß heute die Zeit für eine straffere Organisation noch nicht gekommen ist, daß der VB sich zunächst damit begnügen muß, nach einem Wort Baldwins „a clearing office for international disputes“[57]) zu sein. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die innere Logik der Dinge zu einer Fortentwicklung drängt. Sicherlich muß man sich hüten, politische Probleme wie Rechenexempel zu behandeln und die in der Geschichte mitwirkenden irrationalen Momente

[57]) Schmitt 14.

außer Ansatz zu lassen. Immerhin ist jene innere Logik ein Faktor unter anderen. Deshalb ist es schwer vorstellbar, daß die Art. 15 und 16 der VBS in ihrer heutigen Fassung etwas anderes sein sollten, als ein Anfang. Es ist zum mindesten wahrscheinlich, daß die Tendenz zur Ausfüllung der Lücken, die jetzt noch im System der Streitschlichtung klaffen, im Laufe der Zeit anwachsen wird und es ist nicht unmöglich, daß sie sich allmählich durchsetzt. Dasselbe gilt von den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, das Vorgehen des VB gegen ein bundesbrüchiges Mitglied oder einen äußeren Feind wirksamer zu gestalten, als das jetzt auf Grund der VBS möglich ist. Tatsächlich ist ein Versuch in dieser Richtung schon unternommen worden. Er verkörperte sich im Genfer Protokoll, das rechtlich betrachtet nichts anderes war, als ein Entwurf zur Ausgestaltung der Art. 15 und 16.

Dieser Versuch scheiterte und mußte scheitern. Denn der politische Sinn des Protokolls war unverkennbar, wie schon hervorgehoben wurde, eine weitere Sicherung des Pariser Besitzstandes oder, anders ausgedrückt, eine noch engere Bindung des VB an die Friedensverträge. Die Mehrung der Befugnisse des VBR und der sich daraus ergebende straffere Zusammenschluß der Mitglieder war ausschließlich Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Dieser Versuch konnte nicht gelingen, trotzdem die V. VBV unter dem Einfluß einer Art von Massensuggestion dem Protokoll einmütig und fast begeistert zustimmte. Besonders bezeichnend ist hierbei, daß es augenscheinlich die englischen Dominions gewesen sind, die in erster Reihe es zum Scheitern brachten. Zwar sind Australien, Neuseeland, Südafrika selbst am Versailler Vertrage interessiert, auf dem ihre Mandatsherrschaft über die deutschen Kolonien beruht. Aber ihre Interessen hielten sie offenbar nicht für gefährdet, da es nicht um die Kolonien ging, sondern um den europäischen Besitzstand. In die Streitigkeiten um diesen wollten sie als außereuropäische Mächte nicht hineingezogen werden und deshalb hieß es für sie zu verhindern, daß der VB noch enger als bisher mit den Pariser Verträgen verknüpft werde.

Zweifellos haben auch noch andere Erwägungen entscheidend mitgespielt. Insbesondere ist England grundsätzlich Gegner der stärkeren Bindung gewesen, die seiner Politik durch eine Ausgestaltung der VBS auferlegt worden wäre. Nicht umsonst betont der englische amtliche Kommentar immer wieder, daß die VBS die Souveränität der Mitglieder nicht antaste und daß sie es vermeide, starre Regeln aufzustellen, dem Takt und dem politischen Ermessen der führenden Staatsmänner Fesseln anzulegen. Aber wer die englische Denkschrift, die am 12. 3. 25 im VBR bekanntgegeben wurde[58]), aufmerksam liest, wird erkennen, daß für die Verwerfung des Genfer Protokolls vielleicht in noch höherem Maße die Abneigung bestimmend war, sich selbst und die Dominions noch tiefer als bisher in kontinentaleuropäische Zwistigkeiten hineinziehen zu lassen.

Die Schlichtung von Streitigkeiten ist für die Staaten, die nicht an dem Kampf um die Pariser Friedensschlüsse beteiligt sind, also für die neutralen europäischen und mit gewissen Einschränkungen für alle außereuropäischen Staaten, das Kernstück des VB. Daß die heute bestehende Regelung, wie sie in den Art. 15 f. gefaßt ist, unvollständig ist und daß sie gerade in schwierigen und wichtigen Fällen versagen muß, liegt auf der Hand. Anderseits ist es klar, daß eine Ausfüllung der Lücken und Beseitigung der Mängel nur durch eine Vermehrung der Rechte des VBR zu erreichen ist. Ebenso klar ist, daß diese mit einer Minderung der Selbständigkeit der Mitglieder gleichbedeutend ist. Die Mitglieder werden mit der Zeit unausweichlich vor die Frage gestellt werden, welches der beiden Uebel ihnen erträglicher scheint. Wenn sie sich aber für eine Ausgestaltung des VB entschließen sollten, würde das heute besagen, daß das von ihnen gebrachte Opfer in erster Reihe nicht ihnen selbst, nicht der Erhaltung des Weltfriedens, nicht dem VB als solchem zugute käme, sondern den Nutznießern der Pariser Verträge. Der VB würde noch tiefer in die Fesseln verstrickt werden, die heute seine gesunde Entwicklung hindern, er würde

[58]) JO 25 446 f.

vollends zum Werkzeuge der Entente werden und seine Machtmittel würden allem zuvor der Niederhaltung der im Weltkriege unterlegenen Völker dienen müssen.

Ein wirklich objektives Urteil darüber, ob eine Ausgestaltung der Art. 15 und 16 tunlich und erwünscht ist, kann heute kaum gefällt werden. Aber worauf es ankommt, ist, daß eine sachliche Erörterung und Entscheidung dieser so überaus wichtigen Frage unmöglich bleibt, solange auf dem VB die Pflicht zur Aufrechterhaltung der Pariser Verträge lastet.

Diese Pflicht bildet den Hemmschuh für jegliche gesunde Entwicklung des VB. Ob es darum geht, ihn zu einer universalen Völkergemeinschaft mit universalem Wirkungskreis und universalen Aufgaben auszugestalten, ob darum, die Gegensätze in seiner eigenen Mitte zu beseitigen oder darum, ihn zur Friedensbewahrung und Kriegsverhütung fähig zu machen — immer und überall tritt hindernd diese Pflicht in den Weg.

Der VB wird sich von ihr befreien oder er wird sich damit abfinden müssen, eine vorübergehende Erscheinung zu sein, die mit dem Zerfall der Interessengemeinschaft, die ihn ins Leben gerufen hat, schwindet und an deren Stelle wieder das einstige Chaos tritt oder aber ein neuer VB, der seinen Namen mit Recht trägt.

Die Satzung des Völkerbundes.

Vorspruch.

In der Erwägung, daß es zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist,

bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten,

in aller Oeffentlichkeit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen zu unterhalten,

die Vorschriften des internationalen Rechts, die fürderhin als Richtschnur für das tatsächliche Verhalten der Regierungen anerkannt sind, genau zu beobachten,

die Gerechtigkeit herrschen zu lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker sorgfältig zu achten,

stimmen die Hohen vertragschließenden Teile der gegenwärtigen Satzung des Völkerbundes zu.

Allgemeines.

Es entspricht einer seit alters bestehenden internationalen Uebung, daß einem Vertrage, namentlich wenn ihm größere Bedeutung beigemessen wird, eine Einleitung vorausgeschickt wird, die die Grundsätze, auf denen sich das Vertragswerk aufbaut, mit einer gewissen Feierlichkeit darlegt. Eine derartige Einleitung ist jedoch nicht im eigentlichen Sinne Bestandteil des Vertrages. Schon aus dem Wortlaut ergibt sich, daß erst die auf die Einleitung folgenden Bestim-

mungen den Vertrag bilden und daß die Einleitung nur die Beweggründe wiedergibt, die zum Abschluß des Vertrages geführt haben. Sie schafft für die Vertragsgegner weder Rechte noch Pflichten. Deshalb kommt sie auch für die rechtliche Betrachtung an sich nicht in Frage und kann nur als Material für die Auslegung des Vertrages dienen, da sich aus ihr die Willensrichtung der Parteien erkennen läßt. Doch darf ihr Wert auch in dieser Richtung nicht überschätzt werden. Soweit sie nicht einfach einer auf Ueberlieferung beruhenden amtlichen Phraseologie entspringt und somit rein dekorativen Zwecken dient, werden mit ihr politische und nicht juristische Ziele verfolgt. Das trifft in besonders hohem Maße für ein Vertragswerk zu, wie es die VBS darstellt, weil hier die Gewinnung der öffentlichen Meinung von wesentlicher Bedeutung ist.

Unter diesen Umständen trifft die am Vorspruch vielfach geübte Kritik weniger das Wesen des VB, als vielmehr das redaktionelle Geschick oder Ungeschick der Väter der VBS. Unter diesem Gesichtspunkt freilich wird man Schücking-Wehberg zustimmen müssen, wenn sie (160 f.) darauf hinweisen, daß die Einleitung zum „Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten" vom 18. 10. 07 viel inhaltsreicher war. Dagegen wird man sich nicht ihrer Ansicht anschließen können, daß irgend etwas gewonnen wäre, wenn die Pariser Konferenz gemäß einem mehrfach verlautbarten Wunsche etwa „Grundrechte der Völker" in die Präambel aufgenommen hätte. Ohne juristischen Wert ist es auch, wenn van Vollenhoven (Kluyver S. VI) die Lücken des Vorspruchs zu ergänzen sucht, indem er hervorhebt, daß das wichtigste Ziel des VB, die Begründung des Weltfriedens, in der Einleitung zu Teil XIII des VFrV genannt und die Möglichkeit der zwangsweisen Durchsetzung der Erfüllung internationaler Pflichten in Art. 8 und 16 der VBS berücksichtigt ist. Sehr wohlbegründet und zugleich sehr bezeichnend ist es demgegenüber, daß Commentary über den Vorspruch stillschweigend hinweggeht. Er wird in ihm überhaupt nicht erwähnt.

Wright (Amer. Journ. of Intern. Law 20 565 f.) sucht den Nachweis zu erbringen, daß der Vorspruch auf einem wohldurchdachten, kunstvollen Aufbau beruht, der stufenweise von sittlichen zu rechtlichen Verpflichtungen führt. Seine Beweisführung ist nicht überzeugend. Doch würde auch ihre Richtigkeit die Bedeutung des Vorspruchs nicht zu steigern vermögen.

Im Einzelnen.

(1) Die Mitgliedstaaten sollen „bestimmte" oder „gewisse" Verpflichtungen (der französische Text spricht von „certaines obligations", der englische schlechtweg von „obligations") übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten. Es handelt sich also nur um eine Einschränkung und nicht um eine Aufhebung des Rechts der Kriegsführung. Das entspricht den Bestimmungen der Art. 12 bis 17, die die Möglichkeit vorsehen, daß einerseits Bundeskriege zur Durchführung von Bundesbeschlüssen, anderseits aber auch nach Erschöpfung der Mittel zu friedlicher Beilegung von Zusammenstößen Einzelkriege zwischen Mitgliedern geführt werden. Auf den Bundesmitgliedern liegt nur die Pflicht, die in der Satzung vorgesehenen Mittel zur Vermeidung von Kriegen anzuwenden, bevor sie die Feindseligkeiten eröffnen.

(2) Das Schwergewicht des zweiten Punktes liegt auf der Oeffentlichkeit der internationalen Beziehungen. Es soll hier der vielberufenen Geheimdiplomatie abgesagt werden. Demgemäß schreibt Art. 18 die Registrierung und Veröffentlichung aller Verträge vor. Die Praxis hat jedoch bereits Ausnahmne zugelassen (unten Art. 18 Z. 2). Im übrigen gibt es selbstverständlich kein Mittel, durch das unförmliche geheime Vereinbarungen zwischen leitenden Staatsmännern unmöglich gemacht werden könnten.

(3) Die genaue Beobachtung der Vorschriften des internationalen Rechts ist amtlich seit jeher von allen Staaten als bindende Pflicht anerkannt worden. Eine sehr erhebliche Schwierigkeit ergibt sich jedoch daraus, daß es an einer Kodifikation des Völkerrechts fehlt und daher in weitgehendem

Maße Zweifel darüber möglich sind, wieweit bestimmte Regeln als Bestandteile des geltenden Völkerrechts anerkannt werden müssen. Darüber hinaus wird es im Ernstfalle stets streitig werden, wieweit die Lebensnotwendigkeiten eines Staates auch den unbestrittenen Vorschriften des Völkerrechts vorgehen.

(4) Auch der vierte der hier verkündeten Grundsätze ist in dieser Allgemeinheit unanfechtbar, und die Schwierigkeiten ergeben sich erst bei der praktischen Anwendung. Der Begriff der Gerechtigkeit kann von subjektiver Färbung nicht gereinigt werden. Die Frage, wieweit es richtig ist, daß allen Verträgen die clausula rebus sic stantibus innewohnt, bleibt ungelöst.

(5) Im letzten Absatz besteht eine Unstimmigkeit zwischen dem französischen und englischen Text. Jener bringt durch die Wendung „qui institue la Société des Nations" die Meinung zum Ausdruck, daß durch das Inkrafttreten der Satzung der VB bereits geschaffen werde. Das ist unzutreffend (vgl. oben S. 6).

Artikel 1.

Ursprüngliche Mitglieder des Völkerbundes sind diejenigen Signatarmächte, deren Namen in der Anlage zu der gegenwärtigen Satzung aufgeführt sind, sowie die ebenfalls in der Anlage genannten Staaten, die der gegenwärtigen Satzung ohne jeden Vorbehalt durch eine binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten der Satzung im Sekretariat niedergelegte Erklärung beitreten. Die Beitrittserklärung ist allen anderen Bundesmitgliedern bekanntzugeben.

Alle Staaten, Dominien oder Kolonien mit voller Selbstverwaltung, die nicht in der Anlage genannt sind, können Bundesmitglieder werden, wenn ihre Zulassung von zwei Dritteln der Bundesversammlung ausgesprochen wird, vorausgesetzt, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirksame Gewähr leisten und die hinsichtlich ihrer Streitkräfte und Rüstungen zu Lande, zur See und in der Luft festgesetzte Ordnung annehmen.

Jedes Bundesmitglied kann mit zweijähriger Kündigung aus dem Bunde austreten, vorausgesetzt, daß es zu dieser Zeit alle seine internationalen Verpflichtungen einschließlich derer aus der gegenwärtigen Satzung erfüllt hat.

Vorbemerkung.

(1) Die Idee eines VB ist unlöslich verbunden mit dem Begriff der Universalität der Mitgliedschaft. Ein VB, der diesen Begriff nicht in sich schlösse und nicht zum mindesten das Streben nach Universalität hätte, könnte als solcher nicht anerkannt werden, stellte vielmehr nichts dar, als eines der Bündnisse, wie die Geschichte sie in den verschiedenartigsten Formen und in verschiedener Ausdehnung kennt. Anderseits braucht Universalität nicht in dem Sinne verstanden zu werden, daß jedem Staat der Beitritt ohne weiteres freisteht. Die Aufstellung von Bedingungen, die sich gegebenenfalls als Hindernisse für den Beitritt erweisen können, ist mit der Idee eines VB durchaus vereinbar. Nur müssen sie den Zweck verfolgen, den Charakter des VB zu gewährleisten und dürfen nicht darauf abzielen, bestimmte Staaten aus politischen Rücksichten dem Bunde fernzuhalten.

Es kann dahingestellt bleiben, ob und wieweit die Ausschließung ihrer vormaligen Feinde in den Plänen der Begründer des VB oder einiger von ihnen lag. Die VBS läßt das jedenfalls nicht erkennen. Die in ihr aufgestellten Bedingungen tragen objektiven Charakter und sind geeignet, die Erreichung der satzungsmäßigen Ziele zu sichern. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß sie auch die Möglichkeit eines Mißbrauchs offen lassen. Davon abgesehen, wird durch sie der Unterschied zwischen den ursprünglichen und den später aufgenommenen Mitgliedern verewigt, ein Unterschied, dessen Aufrechterhaltung dem Geist eines idealen VB nicht entspricht.

Bereits auf der I. VBV wurde von Argentinien der Antrag eingebracht, „allen souveränen, von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Staaten" den Beitritt freizustellen, und zwar, ohne daß eine Abstimmung stattzufinden hätte (I. VBV Pl. 261). Der Antrag

wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen. Von diesem wurde eine Reihe vorwiegend formaler Bedenken geltend gemacht und in der II. VBV wurde eine Entscheidung vertagt, da die Antragsteller nicht anwesend waren (II. VBV Pl. 134, 677, 683 f.). Tatsächlich hatte die argentinische Delegation die I. VBV verlassen, nachdem die unverzügliche Verhandlung ihres Antrages, sowie einiger weiterer Anträge abgelehnt worden war (I. VBV 276 f.). Auf der II. VBV hatte Argentinien sich nicht mehr vertreten lassen (vgl. unten Z. 9).

(2) Neben der Universalität der Mitgliedschaft liegt im Wesen eines VB auch die Universalität des Wirkungskreises. Es entspricht der Idee des VB, daß er seine Tätigkeit auf den gesamten Erdraum erstrecke. Die VBS läßt eine dahingehende Tendenz erkennen, wenngleich Art. 21 sie durch ausdrückliche Anerkennung der Monroedoktrin einschränkt. Sie tritt darin zutage, daß der VB bestrebt ist, auch die Nichtmitglieder bestimmten Regeln zu unterwerfen, die analog den für die Mitglieder festgesetzten aufgestellt sind. Schücking-Wehberg 168 f. konstruieren daraus eine passive Mitgliedschaft der Außenseiter, welche Auffassung die Anerkennung der VBS als objektives Recht zur Voraussetzung hat. Wird sie hingegen, wie es richtig ist (vgl. oben S. 15 f.), als Vertragsrecht angesehen, das allein die Vertragsparteien bindet, so kommt eine passive Mitgliedschaft für unbeteiligte Staaten nicht in Frage. Zwingt der VB solchen Staaten seinen Willen auf, so fehlt es dafür an einer Rechtsgrundlage. Strittig kann nur die Lage der Mittelmächte erscheinen, die die VBS als Bestandteil der Pariser Friedensverträge mitunterschrieben haben. In Ermangelung einschlägiger Bestimmungen der VBS ist die Willensrichtung der Parteien maßgebend. Die deutsche Auffassung ist in einem Schreiben des deutschen Botschafters in London vom 11. 8. 20 (JO 20 444) an den GS zum Ausdruck gekommen, in dem die Vorlegung der von Deutschland seit dem 10. 1. 20 geschlossenen Verträge zur Registrierung nach Art. 18 zugesagt, zugleich aber jede Verpflichtung dazu bestritten wird. Da ein Widerspruch seitens des VB nicht erfolgt ist, darf diese

deutsche Auffassung als von der Gegenseite anerkannt betrachtet werden. Nach dem Eintritt aller Mittelmächte in den VB wird die Frage nur noch theoretische Bedeutung haben (vgl. auch Kraus, der VB und die FrV 23). Für die Türkei kommt sie nicht in Betracht, da der LFrV die VBS nicht enthält.

(3) Dagegen hat eine Mitarbeit der Nichtmitglieder an der Lösung von Einzelaufgaben im Rahmen der VB-Organisation von vornherein stattgefunden. Doch erfolgte ihre Heranziehung nur von Fall zu Fall. Ein grundsätzlicher Beschluß, die Nichtmitglieder an humanitären oder sonstigen unpolitischen Arbeiten dauernd zu beteiligen, ist nicht ergangen.

Besonderes Entgegenkommen ist in dieser Richtung den Vereinigten Staaten erwiesen worden. In den StIG wurde ein amerikanischer Richter hineingewählt, nachdem bereits ein amerikanischer Jurist dem Vorbereitungs-Ausschuß angehört hatte (vgl. unten Art. 14 Vorbem.). Auch sonst ist Amerika wiederholt zur Mitarbeit aufgefordert worden, teils direkt, teils durch Wahl von Amerikanern in einen Ausschuß. Doch hat Amerika sich einer amtlichen Teilnahme enthalten und nur ausnahmsweise Delegierte in halbamtlicher Eigenschaft entsandt (vgl. JO 22 790, 1516; 22 1204; 23 345).

Gelegentlich ist auch Sowjetrußland, trotz seiner ausgesprochen ablehnenden Stellungnahme zum VB, zur Mitarbeit eingeladen worden. Insbesondere wurde es zur Teilnahme am Vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz (unten Art. 8 Z. 6) aufgefordert, lehnte jedoch unter Hinweis auf seine Differenzen mit der Schweiz ab (JO 26 538 f., 635 f.).

Allgemeines.

Als hervorstechendes Merkmal des VB ist die Unterscheidung zwischen ursprünglichen und nichtursprünglichen Mitgliedern zu betrachten (vgl. oben S. 12 f.). Sie hat nicht nur geschichtliche Bedeutung, die nach dem Eintritt schwände, sondern wirkt fort, indem den nicht ursprünglichen Mitgliedern Verpflichtungen auferlegt werden, durch die sie gebunden bleiben. Von diesen

Sonderverpflichtungen abgesehen, sind sie den ursprünglichen Mitgliedern in Rechten und Pflichten gleichgestellt.

Im Einzelnen.

(1) Die erste Gruppe der ursprünglichen Mitglieder, von deren Seite es einer Beitrittserklärung nicht bedarf, wird durch die Unterzeichner der FrV, insbesondere des VFrV, gebildet. Sie sind als die Begründer des VB anzusehen. Doch haben in der Liste an erster Stelle stehenden Vereinigten Staaten von Nordamerika die Zugehörigkeit zum VB abgelehnt, indem sie die Ratifikation des VFrV verweigerten (Kluyver 204 f., Schou bei Munch I 297 f.) und in der Folge einen Sonderfriedensvertrag mit Deutschland schlossen (vgl. RGBl. 21 1317 f.). Beachtenswert ist hierbei, daß der Ausschuß des gesamten Senats dem Hause die Ratifikation zuerst mit 14, dann mit 15 Vorbehalten empfahl, die sich zumeist auf die VBS bezogen und den Vereinigten Staaten für alle wichtigen Fragen Handlungsfreiheit sichern wollten. Es fand sich jedoch hierfür keine Mehrheit und am 19. 3. 20 wurde die Ablehnung für endgültig erklärt. Unter juristischen wie politischen Gesichtspunkten ist die Frage von Interesse, ob ein Beitritt unter solchen Vorbehalten als zulässig angesehen worden wäre. Wilsons Nachfolger Harding hat in seiner Antrittsbotschaft an den Kongreß vom 12. 4. 21 die Ablehnung des gegenwärtigen VB nochmals hervorgehoben und sein Nachfolger Coolidge hat darüber hinaus jeden VB abgelehnt. Die Bedeutung des Fernbleibens der Vereinigten Staaten liegt auf der Hand (vgl. unten Art. 21).

Nicht ratifiziert haben auch Ecuador und Hedjas, so daß drei der Signatarmächte dem VB nicht angehören.

China hat die Ratifizierung des VFrV abgelehnt und durch Dekret des Präsidenten vom 15. 9. 19 den Frieden mit Deutschland für wiederhergestellt erklärt, ist aber durch Ratifizierung des StGFrV dem VB beigetreten (Kluyver 185, 196 f., Wellington Koo bei Munch I 342 f.).

Hervorzuheben ist, daß neben Großbritannien die vier Dominien Australien, Canada, Neuseeland

und Südafrika sowie Indien als selbständige Mitglieder dem VB angehören. Wieweit das ihrer staatsrechtlichen Stellung entspricht, ist hier nicht zu erörtern (vgl. aber unten Z. 3). In Amerika und Frankreich hat diese Sachlage Widerspruch geweckt. Von französischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß Tunis und Marokko gleichfalls Anspruch auf selbständige Mitgliedschaft erheben könnten (Kluyver 184, 192 f.).

Im Hinblick auf Siam ist zu verzeichnen, daß es die einzige absolute Monarchie unter den ursprünglichen Mitgliedern darstellt. Da Abs. 1 keine Vorschriften über die Staatsform der Mitgliedstaaten enthält, ist das formal einwandfrei (vgl. dazu unten Z. 3).

(2) Die zweite Gruppe der ursprünglichen Mitglieder besteht aus 13 im Kriege neutral gebliebenen Staaten. Sie wurden zum Beitritt eingeladen, der durch eine binnen zwei Monaten ohne Vorbehalt abzugebende Erklärung zu vollziehen war. Sie sind dieser Aufforderung ausnahmslos nachgekommen. Besonderheiten haben sich bei der Schweiz ergeben (Kluyver 240 f., Rappard bei Munch I 379 f., Huber bei Munch II 68 f.). Am 21. 11. 19 kam ein Bundesbeschluß über den Beitritt zustande, jedoch mit dem Vorbehalt der Anerkennung der schweizerischen Neutralität und der endgültigen Entscheidung durch Volksabstimmung. Nach mehrfachem Notenwechsel beschloß der VBR am 13. 2. 20, daß die Schweiz von der Verpflichtung befreit sein solle, an militärischen Unternehmungen des VB teilzunehmen oder den Durchzug von Truppen zu dulden, daß sie hingegen an den im Art. 16 f. vorgesehenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen gegen einen bundesbrüchigen Staat mitzuwirken habe. „Angesichts der ganz eigenartigen Verfassung" der Schweiz erklärte der VBR, eine fristgemäß abgegebene Beitrittserklärung, die sich auf einen Beschluß der Bundesversammlung stützt, als den Vorschriften des Art. 1 genügend ansehen zu wollen, wenn sie sobald als möglich durch Volksabstimmung bekräftigt würde. Daraufhin zeigte der Bundesrat am 8. 3. 20 den Beitritt der Schweiz an und die Volksabstimmung erbrachte

am 15./16. 5. 20 414 830 gegen 322 939 Stimmen für den Eintritt. Die Vorschrift des Abs. 1, daß der Beitritt vorbehaltlos erfolgen müsse, ist somit in doppelter Hinsicht nicht eingehalten worden. Anderseits kann von einer Fortdauer der Neutralität der Schweiz nicht mehr gesprochen werden.

Einen formalen Vorbehalt machte auch Venezuela. Der Beitritt wurde durch Dekret des Präsidenten vom 12. 1. 20 unter Vorbehalt der Zustimmung des Kongresses erklärt und vom VBR ohne Widerspruch gegen diesen Vorbehalt angenommen (JO 20 259 f., 300). Erst am 6. 7. 20 erlangte der zustimmende Beschluß des Kongresses Gesetzeskraft (Schücking-Wehberg 210).

(3) Die Gewährung der Mitgliedschaft nicht nur an Staaten, sondern auch an Dominien und Kolonien erklärt sich ohne weiteres aus den Bedürfnissen der englischen Reichspolitik. Konstruktiv verleiht sie dem VB einen besonderen Charakter (vgl. oben 12). Eine gewisse Angleichung an den Staatsbegriff wird durch die Forderung der vollen Selbstverwaltung nach dem englischen Wortlaut, der freien Selbstregierung nach dem französischen versucht. Doch gilt diese Forderung auch für die Staaten, was sich vielleicht nicht aus der deutschen Uebersetzung, wohl aber aus beiden Urtexten, die für die Auslegung allein maßgebend sind, zweifelsfrei ergibt. Der Begriff der vollen Selbstverwaltung oder freien Selbstregierung ist von Unbestimmtheit nicht frei. Logisch betrachtet enthält er zwei Elemente, nämlich erstens ein Mindestmaß an Unabhängigkeit nach außen und zweitens eine Verfassung, die dem Volk zum wenigsten bestimmende Mitwirkung am Staatsleben sichert. Jenes ergibt sich aus der mit der Zugehörigkeit zum VB verknüpften Uebernahme internationaler Rechte und Pflichten, die nur von einem unabhängigen Staat ausgeübt und erfüllt werden können, dieses aus der demokratischen Gesamttendenz des VB (vgl. Scelle, Le Pacte 253 f.).

Die Praxis des VB deckt sich jedoch nicht mit dieser Auffassung. Es wird bei der Aufnahme neuer Mitglieder nur eine äußere Unabhängigkeit

verlangt und hierbei das Maß als genügend angesehen, das die englischen Dominions besitzen, obgleich diese zweifellos auch rechtlich nicht in der Lage wären, sich z. B. an einer VB-Exekution gegen England zu beteiligen. Die Frage der innern Verfassung bleibt im wesentlichen unberührt. Bezeichnend hierfür sind die Verhandlungen vor der Aufnahme Abessiniens durch die IV. VBV. Der Unterausschuß des VI. Ausschusses (IV. VBV VI. A. 32 f., 34 f.) beantwortete Frage 4 des Fragebogens (vgl. unten Z. 5) mit der Feststellung, daß Abessinien regiert werde von der Kaiserin mit Unterstützung des Thronfolgers als Regenten und Ministerpräsidenten und eines Fürstenrats. Daher sei das Vorliegen freier Selbstregierung anzuerkennen. Es sei jedoch ungewiß, wieweit die Zentralgewalt in den entfernten Provinzen wirksam werde. Dieser Vorbehalt rief einen Protest der abessinischen Delegation hervor und wurde in der Form abgeschwächt. In der Debatte des Ausschusses wurde nur er berührt. Die Frage der Selbstregierung oder Selbstverwaltung blieb unerörtert, doch fanden eingehende Verhandlungen über die allgemeine Entwicklungsstufe Abessiniens, über Sklavenhandel und Waffeneinfuhr statt (a. a. O. 12 f., 17 f.). Die Aufnahme im Plenum erfolgte einstimmig und ohne Debatte (IV. VBV 125 f., vgl. 375 f.).

In derselben Richtung bezeichnend sind die Vorgänge bei der Aufnahme St. Domingos. Hier stellte die Kommission fest: „Die Republik St. Domingo ist ein unabhängiger und souveräner Staat. Eine zeitweise Besetzung durch die Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 12. 7. d. J. ein Ende genommen" (V. VBV VI. A. 18 f., 24 f., Pl. 473 f., vgl. 188 f.). Im Hinblick auf Irland wiederum heißt es nur: „Auf die vierte Frage ist die Antwort bejahend" (V. VBV VI. A. 28 vgl. 11). Doch wird auf die zweite Frage, die die Anerkennung durch andere Staaten betrifft, gesagt, daß Irland als Dominion einen Teil des Britischen Reichs darstelle und denselben Bedingungen entspreche, wie die übrigen Dominions, die bereits Mitglieder des VB seien.

Sonach spielt die Staatsform keine Rolle (vgl. auch oben Z. 1 über Siam) und es stünde daher der Aufnahme einer Räterepublik kein Hindernis im Wege

(vgl. Schmitt 63 f. über die begrifflich notwendige Homogenität eines VB). Anderseits ist das Maß der äußeren Unabhängigkeit, über das ein Mitglied verfügen muß, juristisch kaum zu erfassen. Das der britischen Dominions wird als ausreichend angesehen. Da jedoch Indien ursprüngliches Mitglied ist und geringere Unabhängigkeit genießt — soweit von einer Abstufung dieses an sich absoluten Begriffs überhaupt gesprochen werden darf — müßte gegebenenfalls diese zugrunde gelegt werden. Die Schwierigkeiten, die sich aus einer notwendig werdenden Vergleichung ergeben müßten, liegen auf der Hand. Doch werden in der Praxis selbstverständlich immer politische und nicht juristische Erwägungen für die Aufnahme maßgebend sein.

(4) Die weiteren in Abs. 2 aufgestellten materiellen Voraussetzungen für die Aufnahme führen in doppelter Hinsicht zu einer Differenzierung zwischen den ursprünglichen und den nichtursprünglichen Mitgliedern. Das geschieht erstens, indem die „aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten" bei jenen als selbstverständlich angenommen wird, von diesen noch besonders gewährleistet werden muß. Zweitens wird den nichtursprünglichen Mitgliedern eine Rüstungsordnung auferlegt, während jene ihre Freiheit wahren (vgl. unten Art. 8). In diesen Bestimmungen tritt der Charakter des VB als der Gründung einer bestimmten politischen Mächtegruppe hervor.

Juristisch betrachtet, ist die erste der beiden Voraussetzungen wertlos. Wirksame Gewähr für die Aufrichtigkeit einer Absicht kann naturgemäß nicht geleistet werden. Auch über den moralischen Wert einer dahin gehenden Versicherung können die Meinungen geteilt sein, da die Beobachtung internationaler Verpflichtungen ohnehin jedem Staate obliegt. Demgemäß hat denn auch diese Voraussetzung bei der Aufnahme neuer Mitglieder eine mehr formale Rolle gespielt. Bezeichnend hierfür ist ihre Behandlung bei der Aufnahme einerseits Ungarns, anderseits Abessiniens. Der Vertreter Ungarns, Graf Banffy, gab am

18. 9. 22 vor dem Unterausschuß des VI. Ausschusses im Namen der ungarischen Regierung die Erklärung ab, daß die Regierung „die aufrichtige Absicht hegt, die Satzung des VB, die geschlossenen Verträge und alle internationalen Verpflichtungen zu beobachten". Unter Bezugnahme auf diese „feierliche Verpflichtung" empfiehlt der Bericht des Unterausschusses, den der VI. Ausschuß sich zu eigen machte, die Bewilligung des Aufnahmegesuchs (III. VBV Pl. II 124). Diese „feierliche Verpflichtung" ist im Plenum durch den Vertreter der Tschechoslowakei noch besonders hervorgehoben worden (I 115 f.). Ein Gegenstück hierzu bilden die Vorgänge, die sich bei der Aufnahme Abessiniens abspielten. Hier wurde in dem Bericht des VI. Ausschusses unzweideutig ausgesprochen, daß Abessinien in der Vergangenheit seine internationalen Verpflichtungen nicht immer erfüllt habe, daß aber nun die Hoffnung bestehe, daß das geschehen werde. Ein Protest des abessinischen Vertreters hatte zur Folge, daß der Bericht an den Ausschuß zurückverwiesen und einer redaktionellen Abänderung unterzogen wurde, in deren Ergebnis jene Feststellung zwar nicht beseitigt, aber doch formell abgeschwächt wurde. Ihr stand eine allgemein gehaltene Erklärung Abessiniens gegenüber, die seine Bereitwilligkeit zur Erfüllung der ihm obliegenden internationalen Verpflichtungen ausdrückte. Diese Erklärung wurde als wirksame Gewährleistung angesehen, und Abessinien wurde in den VB aufgenommen (IV. VBV Pl. 125 f.). Im übrigen ist die umständliche Erörterung der Frage in diesen zwei Fällen augenscheinlich dem Umstande zuzuschreiben, daß Ungarn den Mittelmächten angehörte und Abessinien als in der Zivilisation zurückgebliebener Staat gilt. Im allgemeinen wird die Frage der wirksamen Gewährleistung ebenso formal behandelt, wie die übrigen Punkte des Fragebogens. Vgl. z. B. die Aufnahme St. Domingos V. VBV VI. A. 18 f., 24 f., Pl. 473 f., 188 f.

Sehr ernst genommen wird im Gegensatz hierzu die Frage der R ü s t u n g s o r d n u n g, Durch sie wird ein besonderes Stadium in das Aufnahmeverfahren (unten Z. 5) hineingetragen, indem der VBR ein Gutachten des Ständigen Rüstungsausschusses oder, soweit es sich um

eine der Mittelmächte handelt, der Botschafterkonferenz und deren Militärausschuß einholt. Bei den Mittelmächten kommt hierbei in Frage, wieweit sie die ihnen in den Pariser Friedensschlüssen auferlegten Rüstungsbeschränkungen durchgeführt haben. Das wurde für Oesterreich (I. VBV II. A. 163 f., 217 f.) und Bulgarien (das. 168 f., 176 f., 214 f.) unter teilweisem Widerspruch, für Ungarn (III. VBV VI. A. 123 f.) einmütig bejaht. Für Deutschland vgl. Z. 8. Bei den anderen Staaten liegen die Dinge insofern verwickelter, als für sie eine Rüstungsordnung neu festzusetzen ist. Als Grundlage dienen die Angaben des Bewerberstaates über seine Streitkräfte und etwaige Rüstungs- oder Abrüstungspläne. Hierbei wird dem VBR eine entscheidende Rolle zugewiesen, indem er das Gutachten des Rüstungsausschusses prüft und zu ihm Stellung nimmt. Seine Befugnis hierzu wird augenscheinlich aus Art. 8 Abs. 2 abgeleitet, obgleich dieser nur von der Abrüstung der Staaten spricht, die die Mitgliedschaft des VB bereits besitzen. Ernstliche Schwierigkeiten haben sich bisher nicht ergeben, da es sich durchweg um kleinere Staaten handelte, deren Rüstungen für das internationale Kräfteverhältnis nicht in das Gewicht fallen. Immerhin verlangte und erreichte England eine Herabminderung der von Lettland beanspruchten 8 Zerstörer auf 4, während sein Einspruch gegen die Bewilligung von U-Booten an Finnland ergebnislos blieb (JO Nov./Dez. 20 42 f., vgl. Munch bei Munch II 381). Auch hat der VBR regelmäßig dem Bewerberstaat die Verpflichtung auferlegt, sich späterhin einem allgemeinen Rüstungsplan zu unterwerfen, der durch den VB beschlossen werden könnte und unabhängig davon jede Aenderung anzunehmen, die der VBR für den gegebenen Staat in Zukunft für nötig halten sollte. (Vgl. JO Nov./Dez. 20 36, 41.)

Verschiedene Staaten haben außerdem im Zusammenhang mit ihrer Aufnahme besondere Verpflichtungen hinsichtlich der Rechtsstellung ihrer Minderheiten übernehmen müssen. S. unten Art. 4 Z. 8 B.

(5) Die formelle Voraussetzung für die Aufnahme in den VB ist die Einreichung eines dahingehenden Gesuchs. Satzungsgemäß könnte das

Aufnahmeverfahren auch ohne ein solches infolge des Antrages eines Mitgliedes eröffnet werden. Doch ist das bisher in der Praxis nicht vorgekommen. Eine bestimmte Form des Gesuches ist nicht vorgesehen. Es wird üblicherweise an den Generalsekretär gerichtet und vom Außenminister oder dem Inhaber einer entsprechenden Stellung gezeichnet. Es gibt dem Wunsch nach Aufnahme Ausdruck und enthält die Versicherung, daß der Bewerber seine internationalen Verpflichtungen einhalten und die vom Bunde festzusetzende Rüstungsordnung annehmen werde. Beanstandungen eines Aufnahmegesuchs, die sich aus seiner Form ergeben hätten, sind bisher nicht vorgekommen.

Ohne Erörterung ist, soweit sich aus den veröffentlichten Materialien des VB ergibt, bisher die Frage nach der staatsrechtlichen Grundlage des Aufnahmegesuchs, m. a. W. nach der Legitimation der das Gesuch einreichenden Amtsperson geblieben. Sie könnte u. U. praktische Bedeutung erlangen, wenn nach einem Regierungswechsel die Verfassungsmäßigkeit des Gesuchs bestritten wird. Freilich ist nicht anzunehmen, daß der VB eine nachträgliche Annullierung des Eintritts anerkennen würde. Daher bliebe dem betreffenden Staat nur der Austritt nach Art. 1 Abs. 3 übrig. Anderseits ist nicht zu übersehen, daß das im Grunde gleichbedeutend mit einer Wiederbelebung der Laband'schen Unterscheidung völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Bindung wäre (StaatsR. II 133 f., vgl. v. Liszt-Fleischmann 187, 254 f.).

Soweit ersichtlich, haben die konstitutionellen Regierungen regelmäßig die Zustimmung der Parlamente zum Eintritt in den VB eingeholt, die je nachdem durch Ratifizierung der Pariser Friedensschlüsse oder durch besondere Ermächtigung erteilt wurde. Eine Ausnahme stellt Bulgarien dar, dessen Sobranje sich mit einer Mitteilung über den bereits erfolgten Eintritt begnügte und Venezuela, dessen Parlament nachträglich seine Zustimmung erteilte. Als verfassungsändernd hat nur die Schweiz den Beitritt behandelt und durch Volksabstimmung über ihn entschieden, und zwar im Hinblick auf die Wichtigkeit

dieses Schrittes, den der Verfassungsgesetzgeber nicht hätte voraussehen können. (Für die Schweiz Rappard bei Munch I 400 f., Huber bei Munch II 131 f. Für die anderen Staaten die durch Materialfülle auch sonst beachtliche Zusammenstellung bei Schücking-Wehberg 192 f.)

Die bisher eingereichten Aufnahmegesuche sind durchweg frei von Bedingungen oder Vorbehalten (über das deutsche Gesuch vgl. unten Z. 8). Die VBS enthält sich jedoch in dieser Richtung keine Beschränkung. Vorbehaltloser Beitritt wird nur in Abs. 1 im Hinblick auf die 13 neutralen Staaten gefordert, was auch im Commentary 167 hervorgehoben wird. Huber bei Munch II 86 vermutet, daß hierdurch den Bestrebungen der Schweiz auf Anerkennung ihrer Neutralität von vornherein entgegengetreten werden sollte. Rechtlich wäre somit die Hinzufügung einer Bedingung einwandsfrei. In der Praxis dürften Bedingungen regelmäßig durch Vorverhandlungen erledigt werden und im Gesuch nicht zum Ausdruck gelangen. Die Haltung des VB wird auch hierbei in jedem Einzelfalle mehr von politischen, als von juristischen Erwägungen abhängen. Man denke an eine etwaige Aufnahme der Vereinigten Staaten oder Rußlands.

Die VBS erwähnt eine Mitwirkung des VBR bei der Aufnahme nicht ausdrücklich. Trotzdem findet sie insoweit statt, als es um die Rüstungsordnung geht. Das Gesuch wird daher zuerst dem VBR vorgelegt, der den Ständigen Rüstungsausschuß um ein Gutachten ersucht (vgl. oben Z. 4). Hierauf geht das Gesuch an die VBV, wird auf Vorschlag des Ausschusses für die Tagesordnung auf die Tagesordnung der VBV gesetzt und von dieser einem Ausschuß, z. Zt. dem VI., überwiesen. Der Ausschuß ernennt einen Unterausschuß zur Prüfung des Gesuchs. Hierbei wird ein Fragebogen zugrunde gelegt, den bereits der V. Ausschuß der I. VBV ausgearbeitet und angewandt hat (V. A. 159). Er lautet:

1. Ist das Aufnahmegesuch formgerecht?
2. Ist der Bewerberstaat de jure oder de facto anerkannt und von welchen Staaten?

3. Hat der Bewerberstaat eine gefestigte Regierung und bestimmte Grenzen?
4. Hat der Bewerberstaat volle Selbstverwaltung (freie Selbstregierung)?
5. Welcher Art sind die Handlungen und Erklärungen des Bewerberstaats in bezug auf a) seine internationalen Verpflichtungen, b) die Bestimmungen des Bundes über Rüstungen?

Dem Unterausschuß wird auch das Gutachten des Ständigen Rüstungsausschusses überwiesen, und er hat es in seinem dem VI. Ausschuß zu erstattenden Bericht bei Frage 5 b zu berücksichtigen. Im übrigen enthält dieser Bericht eine Beantwortung des Fragebogens, teils mit Hinzufügung einer Begründung, teils ohne solche. Daran knüpfen sich gegebenenfalls Vorschläge über besondere Bindungen, die dem Bewerber aufzuerlegen sind (z. B. bei der Aufnahme Abessiniens betr. Sklavenhandel und Waffeneinfuhr, IV. VBV VI. A. 32 f., 34 f.), sowie ein Antrag auf Bewilligung oder Ablehnung des Aufnahmegesuchs. Ein Stenogramm oder Protokoll der Beratungen wird nicht veröffentlicht.

Der VI. Ausschuß prüft den Bericht, veranlaßt gegebenenfalls seine Abänderung (so im Falle Abessinien, a. a. O. 17 f. vgl. 34) und beschließt einen Bericht an die VBV, in dem empfohlen wird, das Aufnahmegesuch je nachdem zu bewilligen oder abzulehnen. Ein Protokoll der stattgehabten Beratung wird im JO veröffentlicht.

In der VBV wird zunächst der Ausschußbericht erstattet und hierauf die Debatte eröffnet. Häufig beschränkt sie sich auf feierliche Begrüßungsreden der Vertreter derjenigen Staaten, die durch besondere Beziehungen mit dem Bewerberstaat verknüpft sind. Es folgt die Abstimmung durch namentlichen Aufruf der Mitgliedstaaten. Hierbei tritt deutlich die Tendenz auf Herbeiführung einer Einstimmigkeit zutage. Bezeichnend in dieser Richtung sind die Vorgänge bei der Aufnahme Ungarns am 18. 9. 22 (III. VBV Pl. I 115 f., 128). Im Widerspruch zur Uebung hielt der Vertreter der Tschechoslowakei zugleich im Namen Rumäniens und Südslawiens eine Rede, in der angeb-

liche Verfehlungen Ungarns hervorgehoben wurden. Nichtsdestoweniger erhielt es 44 von 46 auf der VBV vertretenen Stimmen. Nur Bolivien und Haiti fehlten, was zweifellos auf Zufall zurückzuführen ist. Die Tschechoslowakei stimmte ebenso für die Aufnahme, wie Südslawien und Rumänien. Bei der Aufnahme Bulgariens am 16. 12. 20 (I. VBV Pl. 581 f.) erklärte dagegen Frankreich ausdrücklich, daß es sich der Stimme enthalte. Auffallend groß war die Zahl der fehlenden Stimmen bei der Aufnahme Estlands, Lettlands und Litauens am 22. 9. 21 (II. VBV Pl. 318 f.), nämlich 10 bei Lettland und je 12 bei den zwei anderen. Da im VI. Ausschuß 2 Stimmen gegen die Aufnahme Litauens abgegeben wurden und die Aufnahme der beiden andern Staaten mit 2 Stimmenthaltungen empfohlen wurde (II. VBV VI. A. 531 f., 518 f.), liegt der Gedanke nahe, daß hier wenigstens zum Teil Stimmenthaltung vorlag.

In der Aufnahme ist zugleich eine de jure-Anerkennung des neuen Mitgliedstaates durch diejenigen Bundesmitglieder zu sehen, die es nicht bereits früher anerkannt hatten. Ein vom V. Ausschuß der I. VBV zwecks Untersuchung dieser Frage niedergesetzter Unterausschuß vermochte sich allerdings nicht zu einigen (I. VBV V. A. 157 f., 160 f. vgl. auch Pl. 618, 623). Doch ergibt sich das aus dem Wesen der Sache (vgl. auch Fauchille I 1 334 f., Scelle, Le Pacte 255 f., Schücking-Wehberg 184 f., Verdroß bei Strupp I 52; a. M. Hatschek 151).

(6) In einer Reihe von Fällen sind Aufnahmegesuche abgelehnt worden. Das Gesuch Armeniens wurde von der I. VBV mit 21 gegen 8 Stimmen abgelehnt, nachdem der V. Ausschuß festgestellt hatte, daß es keine gefestigte Regierung und keine bestimmten Grenzen aufzuweisen habe (I. VBV V. A. 174 f., 218 f., Pl. 587 f., vgl. auch v. Bülow 466 f. über den Einspruch des Obersten Rats). In Ermangelung einer gefestigten Regierung und bestimmter Grenzen, sowie der Anerkennung durch andere Staaten wurden von der I. VBV auch die Gesuche Georgiens, Asserbeidjans und der Ukraine, die in der Folge in Sowjetrußland eingegliedert wurden, abgelehnt (I. VBV V. A. 173 f., 174, 183 f., 218 f.,

221 f., 222 f., Pl. 630 f., 639 f., 642 f., 664 f.). Eine vorläufige Ablehnung haben die neuen baltischen Staaten erfahren, die in der Folge aufgenommen wurden. Estland, Lettland und Litauen hatten ihre Aufnahme bereits bei der I. VBV beantragt. Im V. Ausschuß (185 f., 195 f., 230 f.) wurde jedoch geltend gemacht, daß der Bund nicht in der Lage sei, sie gegen einen Angriff Sowjetrußlands zu schützen. Eine Anregung Lord Robert Cecils, sie unter Ausschluß des Art. 10 der Satzung aufzunehmen, wurde abgelehnt. Außerdem wurde auf den Mangel einer Anerkennung durch die überwiegende Mehrzahl der Mächte und bei Litauen auf das Fehlen einer festen Grenze gegen Polen hingewiesen. Der Ausschuß beschloß, die Ablehnung der Anträge zu empfehlen, jedoch die Zulassung der drei Staaten zur Mitarbeit an den technischen Organisationen des VB zu befürworten. Die VBV beschloß demgemäß am 16. 12. 20 (Pl. 615 f., 627 f. vgl. 635 f.). Eine Erneuerung der Gesuche vor der II. VBV hatte zur Folge, daß der VI. Ausschuß sich nunmehr für die Aufnahme der drei Staaten aussprach (531 f., 513 f.), worauf sie am 22. 9. 21 erfolgte (318 f.).

(7) Eine besondere Lage hat sich für die Zwergstaaten ergeben. Zunächst wurde von der I. VBV ein Aufnahmegesuch Liechtensteins abgelehnt, nachdem der V. Ausschuß hervorgehoben hatte, daß es angesichts seines geringen Gebiets und seiner geringen Bevölkerung die Ausübung seiner Souveränität teilweise anderen Mächten übertragen habe, kein Heer unterhalte und daher nicht imstande sei, alle internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Gleichzeitig warf der Ausschuß die Frage auf, ob und auf welche Weise souveräne Staaten, die angesichts ihrer geringen Größe nicht ordentliche Mitglieder werden können, in Verbindung zum VB gesetzt werden könnten (V. A. 172 f., Pl. 642 f., 667 f.). Wohl in Voraussicht eines solchen negativen Ergebnisses zog Monaco einen bereits gestellten Antrag zurück, während San Marino nach einigen Vorverhandlungen und Andorra von vornherein keinen Antrag stellten. In der Folge hat die II. VBV am 4. 10. 21 eine Entschließung angenommen, nach der die Ergebnisse

der Mitarbeit der Zwergstaaten in den Institutionen des VB abzuwarten sind, bevor die grundsätzliche Frage ihrer Mitgliedschaft geregelt wird (II. VBV Pl. 685 f., 818 f.). Dabei ist es bis jetzt geblieben.

Danzig hat sich bisher um die Mitgliedschaft nicht beworben. Sollte das geschehen, so würde gegen seine Aufnahme außer dem geringen Umfange seines Gebiets auch der Umstand geltend gemacht werden, daß es nach Art. 102 des VFrV unter dem Schutz des VB steht und daß nach Art. 104 Z. 6 die Führung seiner auswärtigen Angelegenheiten Polen übertragen ist und daß es somit den Anforderungen der Frage IV nicht entspricht.

(8) Der Eintritt Deutschlands. Aus Anlaß der Friedensverhandlungen gab Deutschland zweimal seine Bereitwilligkeit zum Eintritt zu erkennen, erfuhr jedoch eine Ablehnung (Kraus-Rödiger 209, 223, 446 f., 581 f.). Auf der I. VBV beantragte Argentinien, den Beitritt allen souveränen Staaten anheimzustellen, erlitt jedoch einen Mißerfolg (oben Vorbem. 1) und Barnes-England, Mitglied der Arbeitspartei, forderte die Aufnahme Deutschlands (Pl. 151 f.). Gelegentlich der Aufnahme Oesterreichs sprach der Präsident der VBV Motta-Schweiz den gleichen Wunsch aus (Pl. 571 f.), fand jedoch scharfen Widerspruch seitens Vivianis-Frankreich (573 f.). Am 10. 3. 21 erhob Deutschland beim VBR Einspruch gegen die Besetzung deutscher Städte durch alliierte Truppen, erhielt aber nur eine formelle Empfangsbestätigung. Es unterließ infolgedessen in weiteren ähnlichen Fällen eine Anrufung des VB (unten Art. 11 Z. 4 M) und mußte die Teilung Oberschlesiens auf Grund von Vorschlägen des VBR hinnehmen (daselbst C). Inzwischen wurde es jedoch wiederholt zur Teilnahme an Konferenzen und Ausschüssen des VB wirtschaftlichen und kulturellen Charakters aufgefordert und leistete dem Folge (Verkehrskonferenz Barcelona 21, Opiumausschuß 21, Sanitätskonferenz Warschau 22, Ausschuß für geistige Zusammenarbeit 22, Frauen- und Kinderhandel 22, Gesundheits-Ausschuß 22, Zollkonferenz Genf 23, Verkehrskonferenz Genf 23, auch Alandkonferenz 21). Nach der Annahme des Dawes-Planes durch Deutsch-

land und der Unterzeichnung der Londoner Abkommen am 31. 8. 24 erklären sich der englische Premierminister Macdonald und der französische Herriot auf der V. VBV für die Aufnahme Deutschlands (Pl. 42 f., 54 f.). Am 29. 9. 24 versendet das Kabinett Marx-Stresemann an die 10 Ratsmächte eine Note, in der die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Eintritt unter der Voraussetzung erklärt wird, daß Deutschland 1. einen ständigen Ratssitz erhalte, daß es 2. von der Teilnahme an VB-Exekutionen befreit, daß es 3. zu gegebener Zeit am Mandatssystem beteiligt und daß 4. in seinem Schritt keine Erneuerung des Bekenntnisses zur Kriegsschuld gesehen werde. Die Ratsmächte stimmen in ihren Antworten der Forderung nach einem ständigen Sitz grundsätzlich zu, nur Brasilien macht einen Vorbehalt. Z. 2 wird abgelehnt, auf Z. 3 und 4 nicht eingegangen. Darauf richtet das Kabinett Marx-Stresemann unter dem 12. 12. 24 ein Schreiben an den GS, in dem es die Anerkennung seiner ersten Voraussetzung feststellt und die Berechtigung der zweiten nachzuweisen sucht. Der VBR antwortet unter dem 14. 3. 25 ablehnend (VI. VBV Pl. 203 f.). Die Verhandlungen ruhen, bis im Oktober 25 in Locarno die Einreichung des Aufnahmegesuchs vereinbart und in Anl. F der Locarno-Verträge (Anhang Nr. 10) eine Auslegung des Art. 16 der VBS gegeben wird. Darauf reicht das Kabinett Luther-Stresemann unter dem 8. 2. 26 das Gesuch ein, in dem auf den vorhergehenden Schriftenwechsel Bezug genommen wird (Anhang Nr. 11, JO 26 636). Die Ermächtigung des Reichstags zu diesem Schritt war am 27. 11. 25 erteilt worden, und zwar mit einfacher Mehrheit, während die Opposition, die darin eine Verfassungsänderung sah, eine Zweidrittel-Mehrheit für notwendig erklärte (Sten. 4654 f., vgl. 4653 f.).

Der VBR trat am 12. 2. 26 zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, setzte auf den 8. 3. eine ordentliche Tagung an und berief auf denselben Tag eine außerordentliche VBV (JO 26 498). Inzwischen waren durch die Ansprüche anderer Mächte auf einen Ratssitz Schwierigkeiten entstanden. Nichtsdestoweniger wurden zunächst die notwendigen formellen Schritte getan. Der VBR ersuchte den Ständigen

Rüstungsausschuß um ein Gutachten über den Rüstungsstand Deutschlands (JO 26 500), worin eine Abweichung von dem bisher befolgten Brauch lag, demzufolge beim Eintritt der Mittelmächte der Militärausschuß der Botschafterkonferenz befragt wurde. Die VBV wiederum überwies das Eintrittsgesuch nicht dem VI., sondern dem I. Ausschuß, der auf den Bericht seines Unterausschusses hin die Fragen 1 bis 4 des Fragebogens schlechtweg bejahte. Was die Frage 5 betrifft, so war dem Unterausschuß ein Schreiben des Ständigen Rüstungsausschusses vom 9. 3. zugegangen, der sich für unzuständig zur Erteilung des vom VBR erbetenen Gutachtens erklärte, da der Rüstungsstand Deutschlands durch den VFrV geregelt sei. Der Unterausschuß hatte bereits von sich aus beabsichtigt, sich an die Botschafterkonferenz zu wenden. Doch kam ihm diese durch ein Schreiben vom 6. 3. zuvor, in dem sie feststellte, „daß nach ihrer Kenntnis Deutschland gegenwärtig tatsächliche Garantien für seine aufrichtige Absicht bietet, die Verpflichtungen, welche sich für dasselbe aus dem Friedensvertrage vom 28. 6. 19 und den dazu gehörigen Abkommen ergeben, zu beobachten". Was die Rüstungen betreffe, seien die auf die Marine bezüglichen Bestimmungen durchgeführt, die Verwirklichung der übrigen Bestimmungen sei in die Wege geleitet. Auf dieser Grundlage empfahlen Unterausschuß und I. Ausschuß einstimmig die Aufnahme Deutschlands.

Die Verhandlungen über die Verteilung der Ratssitze zerschlugen sich jedoch und Brasilien erklärte, daß es gegen die Einräumung eines ständigen Sitzes an Deutschland Widerspruch erheben würde. Sein Vertreter de Mello-Franco ließ in der 3. Sitzung der VBV am 17. 3. keinen Zweifel darüber. Infolgedessen fand Chamberlain-England als Berichterstatter es „mit Rücksicht auf die Pflicht der Loyalität gegenüber Deutschland unmöglich vorzuschlagen, es in diesem Augenblick zum Mitgliede des VB zu machen". Es wurde darauf einstimmig eine von Briand-Frankreich vorgeschlagene Entschließung angenommen: „Die Versammlung bedauert, daß die Schwierigkeiten, auf die man gestoßen ist, die Erreichung des Zieles, um dessent-

willen sie einberufen worden war, nicht gestattet haben und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß bis zur ordentlichen Tagung im September diese Schwierigkeiten beseitigt sein mögen, damit zu diesem Zeitpunkt der Eintritt Deutschlands in den VB ermöglicht werde".

Die Frage gelangt somit vor die im September 26 zusammentretende VIII. VBV. Ueber den inzwischen angekündigten Austritt Brasiliens aus dem VB vgl. unten Z. 9 und über die erfolglosen Versuche zu einer Umgestaltung des VBR Art. 4 Z. 3.

(9) Der letzte Absatz anerkennt das Recht der Mitglieder zum Austritt aus dem VB. Er bindet es an die Einhaltung einer zweijährigen Kündigungsfrist und an die vorgängige Erfüllung der internationalen Verpflichtungen. Die Kündigung ist, ebenso wie die Anmeldung zum Eintritt, beim Sekretariat zu verlautbaren. Entsprechend den internationalen Gepflogenheiten wird Schriftform zu verlangen sein. Die zweijährige Frist läuft vom Eingang der Kündigung ab (so auch Schücking-Wehberg 255). Schwierigkeiten bereitet die Frage, wer über die Erfüllung oder Nichterfüllung der internationalen Verpflichtungen zu entscheiden hat. VB und austretender Staat sind beide Partei. Das Gegebene wäre angesichts der Unzuständigkeit des StIG die Anrufung eines Schiedsgerichts. Keinesfalls würde, wie Schücking-Wehberg 255 wollen, die Entscheidung des VBR auf Grund eines Gutachtens des StIG genügen. Es darf nur die Erfüllung der schon fälligen, nicht schlechtweg aller bestehenden Verpflichtungen verlangt werden, da sonst ein Austritt tatsächlich unmöglich wäre.

Commentary 167 hebt hervor, daß Abs. 3 die Freiheit der Mitgliedstaaten von Zwang gewährleistet und dadurch jede Veranlassung zum Austritt beseitigt. Tatsächlich sind jedoch bereits zwei formelle Kündigungen zu verzeichnen. Costa Rica hat der VI. VBV seinen Austritt erklärt. Die Veranlassung dazu ist nicht recht ersichtlich. Vielleicht ist sie in einem Beschluß der V. VBV zu suchen, der dem GS aufgibt, einige Staaten, darunter Costa Rica, wegen rückständiger Beiträge zu mahnen (Pl. 172, 457). Die VI. VBV hat ihrem Bedauern über den Schritt Costa Ricas Ausdruck gegeben

und den Wunsch ausgesprochen, daß seine nützliche Mitarbeit dem VB erhalten bleiben möge. Eine weitere Austrittserklärung hat unter dem 12. 6. 26 Brasilien abgegeben. Die Veranlassung dazu war die Verweigerung des von ihm beanspruchten ständigen Ratssitzes.

Ohne formelle Austrittserklärung haben sich tatsächlich vom VB zurückgezogen Bolivien und Peru. Die Veranlassung dazu bot die Behandlung ihres Streites mit Chile durch die I. VBV (vgl. unten Art. 19 Z. 3). Sie haben die VBV nicht mehr beschickt (vgl. Anwesenheitslisten) und keine Beiträge gezahlt (vgl. V. VBV Pl. 457, VI. VBV Pl. 427). Aehnlich ist Argentinien verfahren, nachdem seine Anträge auf Umgestaltung des VB von der I. VBV eine Behandlung erfahren hatten, die seinen Wünschen nicht entsprach (vgl. oben Vorbem. 1, vgl. Fernandes bei Munch II 138 f.). Es hat jedoch die Beitragszahlungen seit der V. VBV wieder aufgenommen (Pl. 456) und sich in letzter Zeit wieder an der Arbeit des VB beteiligt. So entsandte es einen Beobachter auf die Marinekonferenz in Rom im Februar 24 (V. VBV Pl. 259 N. 1) und war im Vorbereitenden Ausschuß für die Abrüstungskonferenz ebenso wie im Studienausschuß für die Umgestaltung des VBR im Mai/Juni 26 vertreten (unten Art. 8 Z. 6 und Art. 4 Z. 2).

Eine fernere Möglichkeit des Austritts aus dem VB ist in Art. 26 Abs. 2 vorgesehen. Vom Verlust der Mitgliedschaft durch Ausschluß handelt Art. 16 Abs. 4.

Artikel 2.

Der Bund übt seine in dieser Satzung bestimmte Tätigkeit durch eine Bundesversammlung und durch einen Rat aus, denen ein ständiges Sekretariat beigegeben ist.

Vorbemerkung.

Die Frage der Konstruktion der Bundesorgane war von entscheidender Wichtigkeit, da von ihrer Lösung nicht nur die Arbeitsfähigkeit des VB, sondern auch die politische Kräfteverteilung und somit die politische Richtung seiner Tätigkeit abhing. Es lag auf der Hand, daß eine Gesamtvertretung der Mit-

glieder geschaffen werden mußte, daß sie aber schon um ihrer zahlenmäßigen Größe willen nicht das einzige und nicht das eigentlich handelnde Organ sein konnte. Infolgedessen konzentrierte sich das Problem technisch wie politisch auf die Frage nach der Konstruktion und nach den Befugnissen des zweiten Organs. Den Weg, der schließlich beschritten wurde, wies zuerst der Entwurf des Generals Smuts in Art. 10 f. Hier war, im Gegensatz zum I. Wilson-Entwurf, der nur eine Staatenkonferenz kannte, vorgeschlagen, neben einer Konferenz einen Rat als Vollzugsausschuß zu schaffen, dem die Großmächte sowie bestimmte andere Staaten angehören sollten, wobei jenen die Mehrheit gesichert war. Dieser Gedanke wurde von Wilson in seine späteren Entwürfe übernommen und setzte sich endlich durch, soweit es um die Frage der Organisation ging. Die Bestimmung der Zuständigkeit beider Organe wurde in anderer Weise vorgenommen.

In der Oeffentlichkeit der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit genoß der Gedanke eines Weltparlaments Sympathien. Ihn eignete sich der deutsche Regierungsentwurf an, der außer einem Staatenkongreß und dessen Ständigem Ausschuß eine Vertretung der Parlamente aller Mitgliedstaaten zwecks Entscheidung besonders wichtiger Fragen vorsah. Eine Verwirklichung dieses Gedankens ist ernstlich nicht in Frage gekommen.

Daß neben den Vertretungskörpern ein ständiges Sekretariat stehen muß, ist um so selbstverständlicher, als jene sich nur periodisch versammeln. Durch seine Erwähnung in Art. 2 und die nähere Regelung in Art. 6 wird das Sekretariat über den Rang einer technischen Hilfsinstitution hinausgehoben.

Allgemeines.

Die Bedeutung des Art. 2 ist formaler Natur. Indem er die zwei Bundesorgane benennt, überläßt er die Regelung ihrer Zusammensetzung und ihrer Tätigkeit den folgenden Artikeln, ebenso wie die Organisation und das Wirkungsgebiet des Sekretariats erst weiterhin geregelt werden. Positiv ergibt sich im

Hinblick auf das Sekretariat nur, daß es sowohl dem VBR, als der VBV zu dienen hat.

Im Einzelnen.

(1) Die Satzung sieht hier wie auch sonst von einer ausdrücklichen Regelung des Verhältnisses zwischen VBR und VBV ab. Man wird diese offensichtliche Lücke wie manche andere nicht auf unklares Denken oder gesetzgeberisches Ungeschick der Väter der VBS zurückführen dürfen, sondern in ihr eine Auswirkung des schon erwähnten, im Commentary 166 f. dargelegten Gedankenganges sehen müssen, laut welchem es angebracht schien, die Hände der Staatsmänner nicht für die Zukunft zu binden, m. a. W. ihnen die Anpassung an die politischen Bedürfnisse des Augenblicks zu ermöglichen. Commentary 170 sagt sogar ausdrücklich, daß man die Beziehungen zwischen VBV und VBR mit Absicht unbestimmt gelassen habe, um nicht die Zuständigkeit eines der beiden Organe zu beschränken und verweist beispielsweise darauf, daß der VBR die Möglichkeit haben müsse zu handeln, ohne auf die Zustimmung der VBV zu warten. Diesen Gedanken hat sich denn auch der VB selbst zu eigen gemacht. Schon im August 20 ließ sich der VBR von Balfour einen Bericht über diese Frage erstatten (I. VBV I. A. 93 f.), der in die Empfehlung mündete, auf die Festlegung von Regeln zu verzichten und sich bei Anwendung der VBS von Takt und gesundem Menschenverstande leiten zu lassen. Im Anschluß daran wurden einige Grundsätze aufgestellt, die mit dieser Empfehlung durchaus zu vereinigen sind. Insbesondere soll keines der beiden Organe von sich aus Maßnahmen ergreifen, wenn das andere über eine Angelegenheit entschieden hat, die zum Kreise ihrer gemeinsamen Betätigung gehört; in Zweifelsfällen soll ein gemischter Ausschuß die Frage der Zuständigkeit prüfen; der VBR soll der VBV über seine Tätigkeit Bericht erstatten. Balfours Bericht wurde vom VBR angenommen. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte am 7. 12. 20 die I. VBV auf Grund eines vom I. Ausschuß vorgelegten Berichts von Rowell-Kanada und Viviani-Frankreich (I. VBV Pl. 281 f., 318 f., vgl. I. A. 11 f., 95 f.).

Angenommen wurden nach eingehender Erörterung neben einem Satz, der sich mit der Stellung der Mitglieder des VBR und der VBV befaßte, zwei Sätze: 1. „Rat und Versammlung haben jeder besondere Rechte und Pflichten. Keines der Organe ist befugt, über Angelegenheiten zu entscheiden, die durch Verträge oder durch die Satzung dem andern Organ vorbehalten sind, aber der Rat und die Versammlung haben das Recht, alle Fragen zu erörtern und zu prüfen, die zur allgemeinen Zuständigkeit des VB gehören." 2. „Der Rat wird alljährlich der Versammlung einen Bericht über seine Tätigkeit unterbreiten." Bezeichnend war, daß ein dritter vom I. Ausschuß vorgeschlagener Satz gestrichen wurde: „Die Versammlung ist nicht befugt, eine Entscheidung, die sich aus der ausschließlichen Zuständigkeit des Rats ergibt, zu verbessern oder abzuändern. Denselben Respekt schuldet der Rat den Entscheidungen der Versammlung." (Vgl. auch Munch bei Munch II 370 f.)

Unter diesen Umständen muß der Versuch unterbleiben, auf dem Wege der Auslegung über die ausdrücklichen Bestimmungen der VBS hinaus feste Regeln zu finden. Der Gesetzgeber hat sie nicht gewollt und die maßgebenden Organe des VB haben eine Bindung abgelehnt. Es muß bei jenen ausdrücklichen Bestimmungen, so unzureichend sie sind, bewenden. Selbst die bisherige Praxis kann nicht als verpflichtend angesehen werden.

Die Berichte Balfours sowohl als Vivianis und Rowells betonen, daß es für das Verhältnis zwischen VBR und VBV an einer Analogie im Staatsleben fehlt. Der VBR kann nicht als Oberhaus, die VBV nicht als Unterhaus angesehen werden. Ebensowenig läßt sich eine Parallele zu Regierung und Parlament ziehen. Eine gewisse Aehnlichkeit besteht allenfalls auffallenderweise mit den Einrichtungen Sowjetrußlands, dessen oberste Organe, Allrussischer Rätekongreß und Zentralvollzugsausschuß, ebenfalls die gleiche Zuständigkeit haben (vgl. meine Gesetzgebung der russ. Revolution 141 f.). Doch ist diese Analogie nicht weiter gewinnbringend. Abzulehnen ist der Versuch Scelles (Le Pacte 264 f., vgl. auch bei

Munch I 132), die VBV zu einer debattierenden und den VBR beratenden, diesen zu einer handelnden Institution, zu einem „diplomatischen Direktorium" zu stempeln. Ebensowenig wird durch die Formel des Commentary gewonnen (168 f.), der die VBV als das oberste, den VBR als das Zentralorgan des VB bezeichnet. Im übrigen legt er dieser Formel augenscheinlich selbst keinen Wert bei, und sehr viel wesentlicher ist sein Hinweis darauf, daß neben die VBV mit ihren rund 150 Mitgliedern zwecks Ausübung realer Autorität eine sehr viel kleinere Körperschaft gestellt werden mußte, die die organisierte politische Macht der Welt repräsentiere. Freilich ist auch das wieder kein juristischer, sondern ein politischer Gesichtspunkt. Ganz theoretisch ist im Gegensatz dazu die Auffassung, die Politis-Griechenland auf der I. VBV (Pl. 287 f., vgl. Viviani das. 289 f.) vertrat, daß eine gewisse hierarchische Vorzugsstellung der VBV daraus zu folgern sei, daß sie in der VBS vor dem VBR genannt wird.

Es ist somit schlechthin von der Tatsache auszugehen, daß grundsätzlich VBV und VBR die gleiche Zuständigkeit haben und gemäß Art. 3 und 4 befugt sind, über jede Frage zu befinden, die in den Tätigkeitsbereich des VB fällt oder die den Weltfrieden berührt. Daneben steht eine Gruppe von Fragen, für die ein Zusammenwirken beider Organe vorgesehen ist. Endlich gibt es Angelegenheiten, die entweder dem VBR oder der VBV allein zugewiesen sind.

(2) Im Falle der ausschließlichen Zuständigkeit eines der beiden Organe steht fest (vgl. oben Entschließung d. VBV v. 7. 12. 20), daß das andere Organ diese Ausschließlichkeit zu respektieren hat, daß es jedoch befugt ist, die getroffene Entscheidung zu erörtern und zu prüfen. Das hat vor allem Bedeutung im Hinblick auf den Generalbericht des VBR, der alljährlich erstattet wird (vgl. Entschließung d. VBV v. 7. 12. 20 und GO d. VBV Art. 4). Er wird an erster Stelle auf die Tagesordnung der VBV gesetzt und seine Erörterung nimmt regelmäßig einen sehr erheblichen Teil der Tagung in Anspruch. Da er allmählich einen immer umfassenderen

Charakter angenommen hat und sich gegenwärtig auf die Tätigkeit nicht nur des VBR, sondern auch aller dem VB angegliederten Organisationen erstreckt, bietet er tatsächlich einen vollständigen Ueberblick über die Tätigkeit des VB. Ein rein äußerliches, aber immerhin bemerkenswertes Kennzeichen für seine zunehmende Bedeutung und zugleich für die Ausdehnung des Arbeitsgebiets des VB ist das Wachstum seines Umfangs. Der Generalbericht an die I. VBV umfaßte nicht mehr als 32 halbseitige Spalten (Pl. 101 f.), der an die V. hingegen 167 (Pl. 245 f.) und der an die VI. 200 ganze Seiten (Pl. 173 f.). Die Debatte über ihn ähnelt durchaus der eines Parlaments über den Haushaltsplan, bei der bekanntlich die Gesamtpolitik der Regierung besprochen zu werden pflegt. Zustimmung, Kritik und Wünsche für die Zukunft werden in gleicher Weise verlautbart. Die Generaldebatte schließt mit der Kenntnisnahme des Berichts, die jedoch mit einer Billigung nicht gleichbedeutend ist (vgl. V. VBV Pl. 107, VI. VBV Pl. 90). Im Anschluß daran werden die zu Einzelfragen eingebrachten Anträge erörtert. Die Erörterung pflegt in eine Entschließung auszumünden, die regelmäßig eine Billigung der vom VBR oder den anderen zuständigen Organen ergriffenen Maßnahmen und gegebenenfalls Richtlinien und Wünsche für die Zukunft enthält. Der Versuch einer Abänderung oder Umstoßung bereits gefaßter Beschlüsse ist auch in den Fällen, in denen sehr entschiedene Kritik geübt wurde, bisher nicht vorgekommen.

Eine Zusammenstellung der Fragen, für die VBV oder VBR allein zuständig sind, s. unten zu Art. 3 und 4.

(3) Ein Zusammenwirken von VBV und VBR kommt nur in den von der VBS ausdrücklich vorgesehenen Fällen in Frage. Das gilt für Aenderungen in der Zusammensetzung des Rats nach Art. 4 Abs. 2 und für die Ernennung des GS nach Art. 6 Abs. 2. In abgeschwächter Form wird ein Zusammenwirken gefordert bei Satzungsänderungen nach Art. 26 Abs. 1 und bei Erstattung eines Berichts über Streitfälle nach Art. 15 Abs. 10. In gewissem Sinne gehört hierher auch die Ueberweisung eines Streitfalles durch den VBR an die VBV nach Art. 15 Abs. 9. Mehrere Fälle eines Zu-

sammenwirkens von VBR und VBV sieht die Satzung des StIG vor, so bei der Wahl der Richter, bei einer Vermehrung der Richterstellen, bei Festsetzung von Gehältern und Pensionen usw. (Art. 3, 4 f., 32, 33).

(4) In allen übrigen Fällen sind nach Art. 3 Abs. 3 und Art. 4 Abs. 4 VBV und VBR in gleicher Weise zuständig. Wie grundsätzlich bei konkurrierender Zuständigkeit muß auch hier die Prävention entscheidend sein: dasjenige Organ, das zuerst mit einer Angelegenheit befaßt worden ist, schließt das andere aus. Dieser Standpunkt ist denn auch bereits in einem praktischen Falle, der im übrigen ohne Entscheidung vertagt wurde, vom I. Ausschuß der IV. VBV vertreten worden (IV. VBV I. A. 10 f.). Es ist nicht zu übersehen, daß auf solche Weise dem VBR ein starkes Uebergewicht über die VBV schon deshalb gesichert wird, weil er zu ordentlichen Tagungen alle drei Monate zusammentritt, während diese nur einmal jährlich eine ordentliche Tagung abzuhalten pflegt. Das ist aber eine unvermeidliche Folge der ganzen Konstruktion der VB - Organe, die zudem dem Willen der Begründer des VB zweifellos nicht zuwiderläuft. Jede andere Regelung würde zu unerträglichen Zuständen führen. Im übrigen kommt sie praktisch gar nicht in Frage, da grundsätzlich für alle Beschlüsse sowohl der VBV als auch des VBR Einstimmigkeit erforderlich ist und die in beiden Organen vertretenen Mächte nicht die Hand dazu bieten können, die unter ihrer Mitwirkung von dem einen Organ gefaßten Beschlüsse durch das andere umzustoßen. Schücking-Wehbergs entgegengesetzte Meinung (268 f.) wird man deshalb auch theoretisch nicht als richtig anerkennen können.

Durch die Prävention wird somit eine ausschließliche Zuständigkeit geschaffen und dem andern Organ bleibt nur das Recht der Kritik und der Aeußerung von Wünschen für die Zukunft. Vgl. oben Z. 2 über den Generalbericht des VBR, der auch die Fälle erfaßt, die vom VBR auf dieser Grundlage behandelt worden sind. Soweit sich aus den amtlichen Drucksachen erkennen läßt, sind bisher Konflikte zwischen VBV und VBR nicht eingetreten. Nur gelegentlich sind einzelne Maß-

nahmen des VBR von Mitgliedern der VBV als Uebergriffe bezeichnet worden, vgl. V. VBV Pl. 103 f., bes. 107 und 138, 145. Munch, der als dänischer Vertreter an den VBV ständig teilgenommen hat, erklärt die Beziehungen zwischen beiden Organen für denkbar gut (bei Munch II 367 f.).

(5) Neben dem Sekretariat, dessen Organisation in Art. 6 geregelt wird, steht eine Reihe weiterer ständiger Organe des Bundes. Von ihnen sind in der Satzung vorgesehen der Ständige Internationale Gerichtshof (Art. 14), der Ständige Rüstungsausschuß (Art. 9) und der Mandatsausschuß (Art. 22 Abs. 9). Daneben sind durch besonderen Beschluß weitere ständige Ausschüsse geschaffen worden, und zwar ein Zeitweiliger Rüstungsausschuß (unten Art. 9 Z. 2), sowie Ausschüsse zur Bekämpfung des Opiumhandels, des Frauen- und Kinderhandels und der Sklaverei, sowie ein Ausschuß für geistige Zusammenarbeit (unten Art. 23 Z. 2, 3, 4, 9). Ferner bestehen vier sog. technische Organisationen: für Arbeit (vgl. VFrV Teil XIII), für Verkehr und Durchfuhr, für Wirtschafts- und Finanzwesen und für Hygiene (unten Art. 23 Z. 6, 7, 8). Ueber die internationalen Verwaltungsvereine s. unten Art. 24. Endlich sind die dem VBR unterstellten besonderen Verwaltungsorgane zu nennen: der Regierungsausschuß des Saargebiets (VFrV Kap. 2 der Anl. zu Art. 45—50) und der Oberkommissar für Danzig (VFrV Art. 103). Zur Lösung vorübergehender Aufgaben sind bestellt worden ein Generalkommissar zur Sanierung Oesterreichs (JO 22 1444 f. vgl. RTr XII 386 f.) und Ungarns (JO 23 1355 f., vgl. RTr XXV 423 f., 427 f.), ein Finanzberater der albanischen Regierung (JO 23 240 f.) und ein Oberkommissar für die Rückführung der Kriegsgefangenen und die russischen Flüchtlinge (JO 20 83 f.). Die Finanzkontrolle über Oesterreich wurde zum 1. 7. 26 aufgehoben, nachdem das Amt des Generalkommissars bereits 25 beseitigt worden war (JO 25 1355 f., vgl. RTr XXXIX 170 f.). Ueber die Aufhebung der Finanzkontrolle in Ungarn wurde in der Juni-Tagung 26 des VBR verhandelt. Die Rückführung der Kriegsgefangenen wurde bereits 22 für beendet erklärt

und die Flüchtlingsfürsorge ist dem Internationalen Arbeitsamt übertragen worden (unten Art. 23 Z. 10).

Im I. Ausschuß der I. VBV war angeregt worden, die von der VBV zur Vorbereitung der Plenarversammlungen niedergesetzten Ausschüsse, die ihre Arbeit nicht erledigt haben, bis zur nächsten VBV forttagen zu lassen. Sie wurde abgelehnt, weil neben praktischen Erwägungen die grundsätzliche dagegen spräche, daß der VBR den VB repräsentiere, wenn die VBV nicht versammelt ist (I. VBV I. A. 12 f., 97). Aus der Debatte ergibt sich, daß von der Einsetzung ständiger Ausschüsse der VBV eine Schmälerung der Bedeutung des VBR befürchtet wurde.

Artikel 3.

Die Bundesversammlung besteht aus Vertretern der Bundesmitglieder.

Sie tagt zu festgesetzten Zeitpunkten und außerdem dann, wenn die Umstände es erfordern, am Bundessitz oder an einem zu bestimmenden andern Ort.

Die Bundesversammlung befindet über jede Frage, die in den Tätigkeitsbereich des Bundes fällt oder die den Weltfrieden berührt.

Jedes Bundesmitglied hat höchstens drei Vertreter in der Bundesversammlung und verfügt nur über eine Stimme.

Allgemeines.

Die VBV verkörpert im Gegensatz zum VBR den demokratischen Gedanken innerhalb des VB. In ihr sind alle Mitglieder gleichberechtigt und formell besteht in ihrem Rahmen kein Unterschied zwischen Weltmacht und Kleinstaat. Tatsächlich gestalten sich die Dinge freilich anders. Den Großmächten fällt unvermeidlich die Führung zu und die mittleren und kleinen Staaten sind mit Rücksicht auf ihre politische Abhängigkeit genötigt, sich zu fügen. Commentary 168 hat das richtig vorausgesehen, indem er betonte, daß die Souveränität aller Mitglieder in der Theorie gewahrt sei, daß aber ein hartnäckiger Widerstand seitens einer Minderheit nicht zu erwarten sei, außer in Lebensfragen. Im übrigen sind der Demokratisierung gewisse

Schranken durch die Nichtzulassung der Zwergstaaten gesetzt (vgl. oben Art. 1 Z. 7).

Im Einzelnen.

(1) An der VBV nehmen alle Mitglieder teil. Eine Pflicht zur Teilnahme besteht jedoch nicht. Argentinien, Bolivien und Peru haben sich seit der I. VBV nicht mehr vertreten lassen, andere Staaten, wie z. B. Guatemala und Honduras haben einzelne VBV nicht besucht. Nichtmitglieder können zugezogen werden, wenn die VBV nach Art. 17 über einen sie berührenden Streitfall zu entscheiden hat (vgl. unten Art. 17 Z. 3).

(2) Die zur Teilnahme an der VBV entsandten Personen sind nichts anderes, als Vertreter der Mitgliedstaaten. So selbstverständlich das ist, schien es doch notwendig, das festzustellen (I. VBV I. A. 97 Pl. 303, 320). Die GO 5 schreibt demgemäß Prüfung der Vollmachten vor. Anderseits gilt das strenge Vertretungsprinzip nur für die Abstimmung, durch die der vertretene Staat gebunden wird (unten Art. 5 Z. 6). In der Debatte genießen die Delegierten Meinungsfreiheit. Commentary 168 betont, daß sie nicht Wortführer ihrer Regierungen zu sein brauchen. Tatsächlich hat z. B. auf der I. VBV Barnes Meinungen geäußert, die hernach vom englischen Premierminister als nur persönlich bezeichnet wurden. Dänemark entsendet grundsätzlich neben Regierungsvertretern Vertreter der stärksten Parteien (Munch bei Munch II 360 f.). Die VB-Ligen drängen auf allgemeine Anerkennung dieses Grundsatzes. Vgl. auch den Appell des Maharadja von Nawanagar auf der III. VBV Pl. 174 f., 179 an die Vertreter Südafrikas zugunsten der indischen Minderheiten.

Jedes Mitglied hat nur eine Stimme, darf jedoch drei Vertreter ernennen. Weder die VBS, noch die GO kennt eine Rangordnung der Vertreter. Aus dem den Stenogrammen vorausgeschickten Verzeichnis der Vertreter und den Fußnoten zu ihm ergibt sich jedoch, daß eine solche besteht. Regelmäßig ist der erste Vertreter Stimmführer. Die GO 5 f. ermöglicht außerdem die Ernennung von Stellvertretern. Daneben ist die Ernennung von Sachverständigen gebräuchlich.

(3) Die Zuständigkeit der VBV erstreckt sich nach Abs. 3 auf „jede Frage, die in den Tätigkeitsbereich des Bundes fällt oder den Weltfrieden berührt". Als Richtlinien haben hierbei die im Vorspruch aufgestellten Grundsätze zu dienen. Ueber das Verhältnis zum VBR s. oben Art. 2 Z. 1 f. Zur ausschließlichen Zuständigkeit der VBV gehören a) die Aufnahme neuer Mitglieder (Art. 1 Abs. 2), b) die Wahl der nichtständigen Mitglieder des VBR (Art. 4 Abs. 1), c) die Aufforderung der Mitglieder zur Nachprüfung von Verträgen (Art. 19). Außerdem dürfte die authentische Auslegung der VBS zur ausschließlichen Zuständigkeit der VBV gehören. An einer Bestimmung der VBS darüber fehlt es allerdings und auch ein förmlicher Beschluß liegt nicht vor. Aber einerseits liegt das im Wesen der Sache, anderseits wurde es von der IV. und V. VBV mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen, ohne daß von irgendeiner Seite Widerspruch laut geworden wäre, als Jonkheer Loudon-Holland aus Anlaß des Gutachtens zum Korfu-Streit (unten Art. 15 Z. 9 O), das ein vom VBR niedergesetzter Juristen-Ausschuß abgegeben hatte, das Recht der Auslegung für die VBV in Anspruch nahm (IV. VBV Pl. 144, V. VBV Pl. 104). Vgl. aber unten Art. 26 Z. 4. Die praktisch wichtigste Aufgabe der VBV dürfte in der Erörterung des Generalberichts des VBR und in der Stellungnahme zu ihm zu sehen sein.

(4) Die VBV hat sich am 30. 11. 20 eine Geschäftsordnung (s. Anhang Nr. 4) gegeben (I. VBV Pl. 214 f. I. A. 22 f., 61 f.). Diese bestimmt in Art. 1, daß die VBV alljährlich am ersten Montag im September zusammentritt und ergänzt dadurch Art. 3 Abs. 2 der VBS. Bisher hat alljährlich eine ordentliche Tagung und im März 26 eine durch das Aufnahmegesuch Deutschlands veranlaßte außerordentliche Tagung stattgefunden. Eine solche kann auf Beschluß einer vorhergehenden VBV oder des VBR oder auf Antrag eines Mitgliedes bei Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder einberufen werden. Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden des VBR mit viermonatiger Frist, die jedoch durch Mehrheitsbeschluß des VBR verkürzt werden kann (GO 3).

Ort der Tagung ist der Sitz des VB, d. h. nach Art. 7 Genf, in Sonderfällen auf Grund Mehrheitsbeschlusses ein anderer Ort (GO 2). Die Tagesordnung wird durch den GS mit Zustimmung des Präsidenten des VBR aufgestellt und den Mitgliedern mitgeteilt. Sie umfaßt den Generalbericht des VBR, die von einer früheren VBV hierfür bestimmten Fragen, die vom VBR oder von einem Mitgliede vorgeschlagenen Gegenstände, Haushaltsentwurf und Rechnungslegung. Ueber die Aufsetzung verspätet einlaufender Anträge entscheidet die VBV. Während der Tagung können Anträge nur mit Zweidrittel-Mehrheit aufgesetzt werden. Anträge auf Abänderung der für die Repartition der Ausgaben geltenden Grundsätze müssen spätestens 4 Monate vor Eröffnung der Tagung den Mitgliedern bekanntgegeben werden (GO 4).

Die Namen der Delegierten und der Stellvertreter sollen dem GS so früh als möglich mitgeteilt werden. Ihre Vollmachten werden von einem achtgliederigen Ausschuß geprüft. Auch im Falle einer Beanstandung übt der Delegierte seine Rechte aus, bis eine Entscheidung gefallen ist. Die Delegationen können von sich aus Hilfsdelegierte ernennen und in die Ausschüsse auch sonstige Ersatzmänner entsenden (GO 5, 6).

Den Vorsitz führt ein jedesmal neugewählter Präsident. Zu Präsidenten wurden bisher gewählt: Hymans-Belgien, van Karnebeek-Holland, Edwards-Chile, de la Torriente y Peraza-Cuba, Motta-Schweiz, Dandurand-Kanada und von der VII. VBV da Costa-Portugal, also durchgehend Vertreter kleinerer Staaten. In seiner Amtsführung unterstützt wird der Präsident von 12 Vizepräsidenten, von denen 6 von der VBV gewählt werden, während die übrigen 6 Posten den Präsidenten der Ausschüsse zufallen. Zwecks Erledigung der Büroarbeiten hat der GS ein Sekretariat für die VBV und für die Ausschüsse zu bilden (GO 7—10).

Die Sitzungen des Plenums sind öffentlich, können aber auf Beschluß der VBV geschlossen werden. Die in geheimer Sitzung gefaßten Beschlüsse werden in einer öffentlichen Sitzung verkündet. Die Bestimmungen über die Befugnisse des Präsidenten, insbes. Ordnungsruf und Wortentziehung, über Eröffnung, Unter-

brechung und Schließung der Sitzung, über Redeordnung, Einbringung von Anträgen und Abstimmung entsprechen den im parlamentarischen Leben allgemein geltenden Vorschriften (GO 11—13, 15, 17—26). Hervorzuheben ist, daß die Mitglieder des VBR außer der Reihe das Wort erhalten (15 Abs. 2), daß jede Abstimmung über Personen geheim erfolgt (21), daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Präsidenten nicht den Ausschlag gibt, vielmehr eine zweite Abstimmung erfolgt und bei abermaliger Stimmengleichheit der Antrag als abgelehnt gilt (22) und daß bei der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder im Falle der Ergebnislosigkeit zweier Wahlgänge die relative Mehrheit genügt (22a — vgl. III. VBV Pl. I 349, IV. VBV Pl. 116). Die GO kann nach Erstattung eines Ausschußberichts durch Mehrheitsbeschluß geändert werden (28).

Die Arbeit der Ausschüsse wird in Art. 14 und 27 geregelt. Jede auf der Tagesordnung stehende Frage muß, wenn nicht mit Zweidrittel-Mehrheit anders beschlossen wird, in einem Ausschuß vorberaten werden. Auf die Verhandlungen der Ausschüsse findet die GO Anwendung. Ihre Sitzungen sind nicht öffentlich. Eingehende Vorschriften bestehen für den Fall, daß ein Ausschuß-Antrag Ausgaben nach sich zieht. Insbesondere muß der Finanzausschuß dazu gehört werden. Neben etwaigen Sonderausschüssen werden regelmäßig 6 Ausschüsse niedergesetzt, deren Zuständigkeit gegenwärtig folgendermaßen festgesetzt ist: 1. juristische Fragen, 2. technische Organisationen, 3. Rüstungen, 4. Finanzen und Budget, 5. soziale und humanitäre Fragen, 6. politische Fragen, insbesondere Zulassung neuer Mitglieder. Auf der VII. VBV ist jedoch das Aufnahmegesuch Deutschlands nicht vom VI., sondern vom I. Ausschuß geprüft worden. Da die Drucksachen der VII. VBV noch nicht vorliegen, läßt sich nicht erkennen, aus welchen Gründen das geschah. In diesen 6 Ausschüssen sind grundsätzlich alle Mitgliedstaaten vertreten. Infolge der sich daraus ergebenden technischen Schwierigkeiten spielt die Niedersetzung von Unterausschüssen eine große Rolle. Die Sitze in diesen werden auf Vorschlag des Sekretariats vom Ausschußvorsitzenden

verteilt. Dabei wird darauf Bedacht genommen, daß die Großmächte in allen politisch wichtigen Unterausschüssen vertreten seien. Außerdem wird je ein Ausschuß zur Prüfung der Vollmachten und zur Bearbeitung der Tagesordnung niedergesetzt (vgl. V. VBV Pl. 28, 30, VI. VBV Pl. 26, 28 f., auch Munch bei Munch II 363 f.).

(5) Von großer grundsätzlicher wie praktischer Bedeutung ist die Sprachenfrage. Bei der Ausarbeitung der VBS hatte der Satzungsausschuß am 10. 4. 19 und das Plenum der Friedenskonferenz am 28. 4. 19 einen französischen Antrag auf Anerkennung des Französischen als Amtssprache des VB abgelehnt, ohne eine positive Bestimmung zu treffen (Bourgeois, Le Pacte 154 f., Scelle, Le Pacte 219 f.). Die Schlußbestimmung der Pariser Verträge jedoch, nach der der französische und der englische Wortlaut authentisch sind, sicherte beiden Sprachen eine Vorzugsstellung. Gegen diese richtete sich ein am 20. 11. 20 in der I. VBV eingebrachter Antrag von 18 Staaten, der die Zulassung auch des Spanischen als Amtssprache forderte. Das rief den gleichen Anspruch seitens Italiens hervor. Im I. Ausschuß geführte Verhandlungen ergaben einen Kompromiß, der in GO 16 Ausdruck findet (I. VBV Pl. 172, 179 f., 769 I. A. 28 f.). Danach sind Amtssprachen Englisch und Französisch. Die in einer dieser Sprachen gehaltenen Reden werden von einem dem Sekretariat angehörenden Dolmetscher in die andere übersetzt. Alle amtlichen Schriftstücke werden in beiden Sprachen veröffentlicht. Den Delegierten steht jedoch der Gebrauch jeder andern Sprache unter der Voraussetzung frei, daß sie selbst für die Uebersetzung sorgen. Unter derselben Voraussetzung kann jedes Mitglied auch die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke in einer andern Sprache fordern.

Praktisch ergibt sich aus diesen Bestimmungen die unbedingte Vorherrschaft der beiden Amtssprachen. Von dem Recht auf Anwendung einer andern Sprache ist nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht worden, so in der IV. VBV, wo der Vertreter Irlands den ersten Teil seiner Antrittsrede in seiner Muttersprache hielt (IV. VBV Pl. 25, Munch bei Munch II 366 berichtet

dasselbe von dem Vertreter Abessiniens — vgl. Pl. 126. Beiläufig bemerkt, hat in der V. VBV der Albanier Fan Noli ein Zitat aus dem Faust in deutscher Sprache angeführt — Pl. 106). Im übrigen wird mit Rücksicht auf die Zuhörer nur englisch oder französisch gesprochen. Daraus ergibt sich ein bereits öfter beklagtes Uebergewicht derjenigen Vertreter, deren Muttersprache eine dieser Sprachen ist (Munch bei Munch II 366). Das ist um so mehr der Fall, als in den Verhandlungen des VB eine sehr gepflegte Rhetorik vorherrscht.

Wiederholt sind Anregungen zugunsten des Gebrauchs des Esperanto gegeben worden, jedoch ohne Erfolg (vgl. Schücking-Wehberg 291 f.).

Artikel 4.

Der Rat setzt sich aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte und aus Vertretern vier anderer Bundesmitglieder zusammen. Diese vier Bundesmitglieder werden von der Bundesversammlung nach freiem Ermessen und zu den Zeiten, die sie für gut befindet, bestimmt. Bis zu der ersten Bestimmung durch die Bundesversammlung sind die Vertreter Belgiens, Brasiliens, Spaniens und Griechenlands Mitglieder des Rats.

Mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung kann der Rat andere Bundesmitglieder bestimmen, die von da ab ständig im Rat vertreten sein werden. Er kann mit der gleichen Zustimmung die Anzahl der Bundesmitglieder, die durch die Bundesversammlung in den Rat gewählt werden, erhöhen.

Die Versammlung setzt mit Zweidrittel-Mehrheit die Regeln über die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Rats und insbesondere über die Dauer ihrer Mandate und über die Bedingungen der Wiederwählbarkeit fest.

Der Rat tagt, wenn es die Umstände erfordern, jedoch zum mindesten einmal im Jahr, am Bundessitz oder an einem zu bestimmenden andern Ort.

Der Rat befindet über jede Frage, die in den Tätig-

keitsbereich des Bundes fällt oder die den Weltfrieden berührt.

Jedes im Rat nicht vertretene Bundesmitglied wird eingeladen, zur Teilnahme an der Tagung als Mitglied einen Vertreter abzuordnen, wenn eine seine Interessen besonders berührende Frage vor den Rat gebracht wird.

Jedes im Rat vertretene Bundesmitglied verfügt nur über eine Stimme und hat nur einen Vertreter.

Vorbemerkung.

Der gegenwärtige Absatz 3 fehlte in der ursprünglichen Fassung der VBS. Angesichts der Schwierigkeiten, die die Frage der Besetzung der nichtständigen Sitze bot, wurde seine Einfügung von der II. VBV beschlossen (I. A. 117 f., Pl. 688 f., 894). Er trat zunächst nicht in Kraft, da Frankreich und Spanien mit der Ratifizierung zurückhielten (vgl. JO 25 1577). Frankreich hat die seinige jedoch kurz vor der Junitagung 26 des VBR erteilt und Spanien zeigte auf dieser Tagung, zugleich mit der Erklärung seines Verzichts auf eine Wiederwahl, an, daß es unverzüglich ratifizieren werde. Nach Zeitungsmeldungen hat der GS am 29. 7. 26 die amtliche Mitteilung erhalten, daß die Ratifikation erfolgt ist. Der neue Absatz ist somit in Kraft getreten.

Allgemeines.

Aus der Natur der Sache ergibt sich ein Uebergewicht des VBR über die VBV. Dazu mußte kraft des im politischen Leben geltenden Gesetzes der kleineren Zahl der Umstand, daß er aus 10, die VBV aus 165 Personen besteht, ebenso führen, wie der, daß er regelmäßig viermal, diese nur einmal im Jahre zusammentritt. Diese Umstände mußten sich um so stärker auswirken, als formal die Zuständigkeit beider Körperschaften die gleiche ist. Vollends unvermeidlich wurde das Uebergewicht des VBR durch die Zuerkennung ständiger Sitze an die Großmächte, zu deren unmittelbarem Organ der VBR damit gestempelt wurde. Anderseits ist hervorzuheben, daß dem berechtigten Selbstbewußtsein der übrigen Mächte durch die Schaffung nichtständiger Sitze Rechnung getragen

wurde. Demselben Zweck dient scheinbar das Erfordernis der Einstimmigkeit aller Beschlüsse, während es in Wirklichkeit vor allem das Niederstimmen einer Großmacht verhindern soll. Denn wie Commentary 169 fast unverhüllt ausspricht, wird regelmäßig nur eine Großmacht in der Lage sein, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen. Daneben ist als besonders geschickter Schachzug die Bestimmung hervorzuheben, nach der die nicht im VBR vertretenen Mächte bei Erörterung der sie interessierenden Fragen hinzuzuziehen sind. Dadurch wird die Entstehung einer dem VBR feindlichen Stimmung innerhalb der VBV hintangehalten.

Welche Bedeutung dem VBR beigemessen wird, zeigen am besten die Schwierigkeiten, die sich während der außerordentlichen Tagung der VBV im März 26 ergaben. Das aus der Erkenntnis dieser Bedeutung erfließende Bestreben nach einer Vermehrung der Zahl der Ratssitze seitens der außerhalb des VBR stehenden Mächte birgt jedoch die Gefahr einer Herabsetzung eben dieser Bedeutung.

Im Einzelnen.

(1) Die Zusammensetzung des VBR ist darauf abgestellt, den Hauptmächten den bestimmenden Einfluß zu sichern. Abs. 1 weist ihnen 5 ständige Sitze zu, während der VBV anheimgestellt wird, 4 weitere Sitze zu besetzen, deren Inhaber, ganz abgesehen von der geringeren Macht, die hinter ihnen steht, schon deswegen weniger Einfluß haben müssen, weil sie sie nur auf Zeit einnehmen. Eine gewisse Verschiebung trat durch das Fernbleiben Nordamerikas ein. Andererseits war, wie Commentary 169 ausspricht, die Ueberlassung ständiger Sitze an Deutschland und Rußland von vornherein ins Auge gefaßt. Da aber das Erfordernis der Einstimmigkeit ein Hinweggehen über die Wünsche einer der Großmächte auch formell unmöglich macht, schien es unbedenklich, dem Drängen der übrigen Staaten nachzugeben und die Zahl der nichtständigen Sitze auf 6 zu erhöhen. Nachdem der VBR sich während der II. VBV ablehnend zu diesem Gedanken gestellt hatte (II. VBV I. A. 34 f., 40 f., 120),

regten während der III. VBV England und Frankreich ihn selbst an. Der VBR beschloß demgemäß (JO 22 1197 f., 1415 f.) und die VBV erteilte ihre förmliche Zustimmung, nicht ohne daß Holland und die Schweiz im Ausschuß und jenes auch im Plenum auf die Nachteile aufmerksam gemacht hätten, die eine Vergrößerung des VBR nach sich ziehen müsse (III. VBV I. A. 3 f., Pl. I 222, II 156 f.). Dieser Beschluß stellte keine Satzungsänderung dar. Infolgedessen gilt auch heute noch die ursprüngliche Fassung des Abs. 1, die nur von vier nichtständigen Mitgliedern weiß. Eine Vermehrung der ständigen Sitze war nur einmal, und zwar von Chile angeregt worden (II. VBV I. A. 40 f.), bis auf der VII. VBV anläßlich der beabsichtigten Schaffung eines ständigen Sitzes für Deutschland Brasilien, Polen und Spanien solche für sich in Anspruch nahmen (s. unten Z. 2).

Die Voraussetzung einer Vermehrung der Zahl sowohl der ständigen, als der nichtständigen Mitglieder ist ein Beschluß des VBR, der unter Zustimmung der Mehrheit der VBV gefaßt wird. Der Beschluß muß, wie grundsätzlich alle Beschlüsse, einstimmig gefaßt werden. Die Initiative steht allein dem VBR zu. Der VBV wird der bereits gefaßte Beschluß des VBR mit dem Ersuchen um ihre Zustimmung unterbreitet und mit der Abstimmung der VBV tritt er unmittelbar in Geltung (vgl. III. VBV Pl. I 222 f., II 156 f.). Dabei ist zu beachten, daß ein Beschluß auf Vermehrung der ständigen Sitze individuellen Charakter hat, ein Beschluß auf Vermehrung der nichtständigen dagegen generellen. Der neue ständige Sitz wird für einen bestimmten Staat geschaffen und mit der Zustimmung der Mehrheit der VBV zum Beschluß des VBR ist der Vorgang abgeschlossen. Werden aber neue nichtständige Sitze geschaffen, so geschieht zwar auch das durch Beschluß des VBR mit Zustimmung der Mehrheit der VBV. Ihre Besetzung jedoch erfolgt unabhängig vom VBR allein durch Wahl der VBV.

Eine Herabsetzung der Zahl der Ratsmitglieder ist in der VBS nicht vorgesehen. Nach Schücking-Wehberg 312 dürfte sie nur auf dem Wege einer Satzungsänderung vollzogen werden. Es ist

jedoch zu unterscheiden: satzungsändernd wäre eine Herabsetzung unter die in der VBS genannte Zahl. Dagegen wäre jede andere Herabsetzung nur die Aenderung eines gewöhnlichen Beschlusses und könnte in derselben Form vollzogen werden, in der dieser gefaßt wurde. Das ergibt sich nicht nur aus dem Wortlaut, sondern auch aus dem Sinn des Art. 4, nach dem im VBR eine Vertretung der Hauptmächte und 4 anderer Mächte für die Erreichung der Zwecke des VB als notwendig, aber auch als genügend angesehen wird.

Eine Verminderung der Zahl der ständigen Sitze ist übrigens tatsächlich dadurch entstanden, daß Nordamerika dem VB nicht beigetreten ist. Die gleiche Folge würde der Austritt einer der 4 Hauptmächte aus dem VB haben. Dagegen kann eine von ihnen nicht unter Beibehaltung der Mitgliedschaft wirksam auf ihren Sitz verzichten. Solange Art. 4 Abs. 1 in Kraft ist, hat sie ihn inne und kann höchstens die Ausübung der daraus erfließenden Rechte unterlassen. Doch würde sie damit satzungs- und pflichtwidrig handeln. Dasselbe gilt für den Fall des Austritts, solange die Frist des Art. 1 Abs. 3 läuft. Anders steht es um den Verzicht auf einen nichtständigen Sitz. Ihn wird man für zulässig halten müssen. Allenfalls könnte man einwenden, daß das die Wahl annehmende Mitglied sich verpflichtet, das ihm übertragene Amt bis zur nächsten Wahl beizubehalten. Doch ist das an sich nicht durchschlagend und wird vollends hinfällig, wenn man die Statthaftigkeit des Verzichts an eine widerspruchslose Kenntnisnahme durch den VBR knüpft, welche Kenntnisnahme zugleich den Verzicht unwiderruflich machen würde. In dem einzigen bisher vorliegenden praktischen Falle des Verzichts, dem Brasiliens, hat der VBR noch nicht Stellung genommen, da die amtliche Anzeige erst nach Schluß der Juni-Tagung 26 einlief. Es liegen jedoch keinerlei Anzeichen dafür vor, daß etwa die Rechtmäßigkeit des Verzichts bestritten werden könnte. Schon die Ankündigung des Verzichts durch de Mello-Franco in der VBR-Sitzung vom 10. 6. rief keine sachlichen Einwendungen, sondern nur Ausdrücke des Bedauerns hervor. Der Fall Spanien kommt hier nicht in Frage, da Spanien nicht auf seinen

Sitz, sondern nur auf eine Wiederwahl im September 26 verzichtet hat.

Ebenso wie der Verzicht eines nichtständigen Mitgliedes wäre der eines solchen ständigen zu beurteilen, dessen Sitz erst nachträglich auf Grund von Abs. 2 geschaffen ist. Hier fehlt die satzungsmäßige Bindung, die den 4 Hauptmächten gegenüber wirksam ist.

Auf die Beschlußfähigkeit des VBR übt der Rücktritt eines oder mehrerer Mitglieder keinen Einfluß aus, solange die Hälfte der Mitglieder in ihm verbleibt. Das ergibt sich aus Art. 6 der GO (unten Z. 6). Im übrigen ist diese Frage kaum praktisch, da angesichts zahlreicher Rücktritte entweder eine Nachwahl durch eine außerordentliche VBV vorgenommen werden oder der VB sich auflösen würde. Aus einem andern Grunde unpraktisch ist die Frage, ob die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Hälfte nach der satzungsmäßigen oder nach der tatsächlichen Zahl der Mitglieder zu berechnen ist. Bisher ist, soviel ersichtlich, noch nie ein Mitglied einer Tagung ferngeblieben. Theoretisch lassen sich übrigens für jede dieser Berechnungsarten Erwägungen von ungefähr dem gleichen Gewicht anführen.

(2) Als n i c h t s t ä n d i g e M i t g l i e d e r benennt die VBS zunächst Belgien, Brasilien, Griechenland und Spanien, welcher Auswahl selbstverständlich politische Gesichtspunkte zugrunde lagen. Für die Zukunft sollte eine Wahl durch die VBV stattfinden. Bereits die I. VBV machte von diesem Recht Gebrauch und bestimmte, daß der durch die VBS erteilte Auftrag am 31. 12. 20 erlöschen sollte (I. VBV Pl. 434).

Das aktive W a h l r e c h t steht allen Bundesmitgliedern, einschließlich der Inhaber eines ständigen Sitzes zu, vom passiven dagegen sind diese ausgeschlossen. Das ergibt sich noch mehr aus dem Sinn der Einrichtung, als aus den Worten „Vertreter vier anderer Bundesmitglieder". Die Dominions und Indien sind auch in dieser Hinsicht vollberechtigt.

Daß die Wahl „nach freiem Ermessen" erfolgen soll, schließt weder eine formelle, noch eine materielle Regelung aus, wenngleich das im Hinblick auf letztere behauptet worden ist (I. VBV Pl. 414 f.). Dabei dürften

weniger juristische Bedenken maßgebend gewesen sein, als der Wunsch, einer Bindung auszuweichen. Demgemäß ist denn auch von der III. VBV eine Wahlordnung beschlossen worden, die im Art. 22a der GO zum Ausdruck kommt (vgl. oben Art. 3 Z. 4). Die Wahl ist geheim und findet, wenn mehr als ein Sitz zu vergeben ist, nach dem Listensystem statt. Ergeben zwei Wahlgänge keine absolute Mehrheit, so entscheidet im dritten die relative Mehrheit. Die Zulässigkeit einer Mehrheitsentscheidung ergibt sich mangels einer ausdrücklichen Bestimmung der VBS aus dem Wesen der Sache.

Was die materielle Wahlordnung betrifft, so regte China schon während der I. VBV den Erlaß einer Bestimmung an, nach der die nichtständigen Sitze auf geographischer Grundlage verteilt werden sollen. Das Plenum trat dem bei und sprach den Wunsch aus, daß 3 Ratsmitglieder auf Europa und Amerika, 1 auf die übrigen Weltteile entfallen möge (I. VBV Pl. 435). Angesichts der Vermehrung der nichtständigen Sitze erneuerte China seinen Antrag auf der III. VBV (I. A. 33, 36, 42, 97) und das Plenum beschloß wiederum als Wunsch, „daß die Versammlung bei der Wahl der sechs nichtständigen Ratsmitglieder ihre Auswahl derart treffe, daß die hauptsächliche geographische Gliederung der Welt, die großen Völkerfamilien, die verschiedenen religiösen Ueberlieferungen, die verschiedenen Formen der Zivilisation und die wichtigsten Quellen des Reichtums berücksichtigt würden“ (III. VBV Pl. 345 f.). Die späteren VBV bekräftigten diesen Wunsch von neuem (IV. VBV Pl. 116, V. VBV Pl. 135, 166, VI. VBV Pl. 110 f.).

Tatsächlich ist ihm jedoch bisher nicht Rechnung getragen worden. Afrika und Australien sind bisher überhaupt nicht, Asien ist nur vom 1. 1. 21 bis 31. 12. 23 durch China vertreten gewesen.

Gleichfalls auf der I. VBV wurde die Festsetzung eines Rotationssystems angeregt, durch das allen Mitgliedern die Gewähr geboten würde, daß sie im Lauf der Zeit einen Sitz im VBR erhalten würden. Dieser Gedanke wurde jedoch abgelehnt und statt dessen die Frage nach der Dauer der Wahl-

periode und nach der Wiederwählbarkeit in den Kreis der Erörterung gezogen. Die VBS enthält darüber keinerlei Bestimmungen, hebt vielmehr hervor, daß die Wahl zu den Zeiten stattfinden soll, die die VBV für gut befindet.

Um in dieser Richtung freie Bahn zu schaffen, beschloß die II. VBV den nunmehrigen Abs. 3 in den Art. 4 einzufügen (vgl. oben Vorbem.). Ob er praktische Bedeutung gewinnen wird, steht noch dahin. Jedenfalls hat die VBV jetzt formell die Möglichkeit, mit Zweidrittel-Mehrheit die vielumstrittene Frage der Wahl der nichtständigen Mitglieder bindend zu regeln und insbesondere die Dauer der Mandate und die Bedingungen der Wiederwählbarkeit festzusetzen.

Inzwischen hatte aber die III. VBV folgende Sätze als Richtlinien angenommen (Pl. I 335 f., 349 f., II 204 f., vgl. I. A. 41 f.): die Wahl erfolgt auf 3 Jahre; sie gilt vom 1. 1. des auf die Wahl folgenden Jahres ab; alljährlich scheidet ein Drittel der nichtständigen Mitglieder aus; die ausscheidenden Mitglieder sind während dreier Jahre nicht wählbar; scheidet ein Mitglied im Laufe der Wahlperiode aus, so wird sein Nachfolger nur für den Rest der Periode gewählt; auf der gegenwärtigen VBV wiedergewählte Mitglieder scheiden mit dem Ende des Jahres aus; sind ihrer mehr als zwei, so entscheidet das Los. Diese Richtlinien wurden von der IV. VBV bestätigt (Pl. 116). Die V. VBV hat sich mit ihnen nicht befaßt, während die VI. feststellte, daß die bisherigen Mitglieder wiedergewählt sind und erklärte, daß das Rotationsprinzip von 1926 ab angewandt werden soll (Pl. 160). Tatsächlich war das bisher nicht geschehen, wie sich aus folgender Uebersicht der nichtständigen Mitglieder ergibt:

1920 Belgien, Brasilien, Spanien, Griechenland.
1921 Belgien, Brasilien, Spanien, China.
1922 Belgien, Brasilien, Spanien, China.
1923 Belgien, Brasilien, Spanien, China, Schweden, Uruguay.
1924 Belgien, Brasilien, Spanien, Schweden, Uruguay, Tschechoslowakei.
1925 und 1926 wie 1924.

Wie diese Uebersicht zeigt, haben 3 Mächte ihren Sitz seit 7 Jahren inne, 2 seit 4 und 1 seit 3 Jahren, während in der ganzen Zeit nur 2 Mächte ausgeschieden sind. Daß das im Widerspruch zu den Richtlinien stand, bedarf keiner Hervorhebung. Doch liegen die politischen Rücksichten, die zu dieser Praxis führten, auf der Hand. Ob es mit Hilfe des neuen Abs. 3 gelingen wird, eine Aenderung zuwege zu bringen, muß dahingestellt bleiben.

Ein neuer in dieser Richtung unternommener Versuch, der zwar noch vor dem Inkrafttreten des Abs. 3, aber im Hinblick auf dieses erfolgte, ist jedenfalls gescheitert. Der auf Antrag des Vicomte Ishii-Japan vom VBR am 18. 3. 26 niedergesetzte Studienausschuß (JO 26 533 f.), der Vorschläge zwecks Lösung der auf der VII. VBV entstandenen Schwierigkeiten machen sollte, trat am 10. 5. unter dem Vorsitz Mottas-Schweiz und unter Teilnahme eines deutschen Vertreters zusammen und arbeitete einen Entwurf aus. Diesem zufolge sollte die Zahl der nichtständigen Mitglieder auf 9 erhöht werden. Die Dauer des Mandats beträgt 3 Jahre. Wiederwählbarkeit besteht grundsätzlich nicht. Doch kann die VBV mit qualifizierter Mehrheit die Wiederwahl von nicht mehr als 3 nichtständigen Mitgliedern beschließen. Gleichfalls mit qualifizierter Mehrheit kann unabhängig vom Ablauf der Mandate eine allgemeine Neuwahl beschlossen werden.

Diese Vorschläge, die im Grunde auf die Schaffung von 3 halbständigen Sitzen hinausliefen, im übrigen aber die Richtlinien der III. VBV verwerteten, fanden auf der Juni-Tagung 26 des VBR keine Zustimmung. Insbesondere erklärten Brasilien und Spanien, die ständige Sitze für sich beanspruchten, sich für unbefriedigt. Spanien verzichtete auf eine Wiederwahl im September 26, Brasilien legte sein Mandat nieder, um unmittelbar darauf seinen Austritt aus dem VB anzuzeigen. Infolge dieses Ergebnisses unterblieb die für den 28. 6. beabsichtigte Einberufung des Studienausschusses zu einer zweiten Tagung.

(3) Angesichts der Bedeutung, die gerade die kleine Zahl der Ratsmitglieder hat, ist es folgerecht, daß jedes Mitglied nach Abs. 6 nur einen Vertreter

ernennt. Ueblicherweise ist das der Außenminister oder sonst ein führender Staatsmann. Nach Art. 10 der GO kann er sich von 2 Beratern oder Sekretären begleiten lassen, ebenso wie auch Sachverständige und Beamte des VB zu den Sitzungen zugelassen werden können. Dagegen ist die Ernennung von Ersatzdelegierten nicht vorgesehen. Sie geschieht jedoch, wie sich aus den Anwesenheitslisten ergibt, in weitem Umfange.

Jede Ratsmacht verfügt nur über eine Stimme. Die Zuerkennung mehrerer Stimmen an die Großmächte wäre angesichts des Erfordernisses der Einstimmigkeit zwecklos und für die anderen Mächte verletzend.

(4) Ein Nichtmitglied des VBR wird zur Teilnahme an der Sitzung eingeladen, wenn eine ihn besonders — richtiger wäre wohl unmittelbar — berührende Frage verhandelt wird. Ob ein solcher Fall gegeben ist, entscheidet der VBR, und zwar, da es sich um eine Frage des Verfahrens handelt, durch Mehrheitsbeschluß. Ein Rechtsmittel gegen einen Beschluß auf Nichteinladung fehlt. Insbesondere kommt eine Beschwerde vor dem StIG schon deshalb nicht in Frage, weil der VBR vor diesem nicht als Partei erscheinen kann (Satzung des StIG Art. 34). Erfolgt aber eine Einladung, so nimmt der Geladene mit allen Rechten eines Mitgliedes an der Beratunng und Beschlußfassung teil. Das tritt im französischen Wortlaut weniger klar hervor, als im englischen (à y envoyer siéger un représentant — to send a representative to sit as a member). Vgl. aber über die Nichtzulassung Bulgariens, Oesterreichs und Ungarns zu den Beratungen über die Investigations-Ordnung unten Art. 8 Z. 8. Eine Entscheidung, für die Einstimmigkeit erforderlich ist, kann also nur mit Zustimmung des Geladenen gefaßt werden. Darin mehr, als in dem ihm gewährten Gehör liegt die Bedeutung des Abs. 5. Das Stimmrecht des Geladenen ruht jedoch, wenn er Partei in einem Streitfall ist, über den der VBR nach Art. 15 entscheidet, ebenso, wenn es sich um seine Ausschließung nach Art. 16 Abs. 4 handelt. Ueber die Zuziehung von Nichtmitgliedern des VB vgl. unten Art. 17 Z. 3.

(5) Ueber Zeit und Ort der Tagung des

VBR bestimmt Abs. 3. Als Mindestes schreibt er eine Tagung im Jahr vor. Die gleiche Vorschrift enthält Art. 1 der GO. Doch hat der VBR am 31. 8. 23 beschlossen, 4 ordentliche Tagungen im Jahr abzuhalten, und zwar im Dezember, März und Juni, während die vierte Tagung drei Tage vor dem Zusammentritt der VBV beginnen soll. Außerordentliche Tagungen sollen im Falle der Art. 11 und 15, sowie auf Verlangen eines Ratsmitgliedes oder 3 anderer Bundesmitglieder einberufen werden (JO 23 1268). Vor diesem Beschluß war die Zahl der ordentlichen Tagungen erheblich höher gewesen, so 11 im Jahre 20 und 7 im Jahre 22. Bis zum 1. 7. 26 haben im ganzen 37 ordentliche und 3 außerordentliche Tagungen stattgefunden, von diesen die erste im August bis Oktober 21 in Sachen Oberschlesiens, die zweite im Dezember 25 angesichts des griechisch-bulgarischen Streits, die dritte im Februar 26 zwecks Anberaumung der VII. VBV.

Der Tagungsort hat anfangs, namentlich im Jahre 20, ständig gewechselt, in der Folge ist der VBR überwiegend in Genf zusammengetreten.

(6) Eine Geschäftsordnung hat sich der VBR am 17. 5. 20 gegeben (JO 20 272 f., vgl. JO 21 27, s. Anhang Nr. 5). Danach wird die Tagung vom Präsidenten mit einer Frist von 20 Tagen, die jedoch verkürzt werden kann, einberufen (Art. 1). Die Tagesordnung wird, soweit sie nicht von der vorhergehenden Tagung bestimmt war, vom GS im Einvernehmen mit dem Präsidenten entworfen, wobei den Anträgen der Mitglieder Folge zu geben ist. Während der Tagung können Gegenstände durch Mehrheitsbeschluß aufgesetzt werden (Art. 2). Jede Tagung wird mit einem Bericht des GS eröffnet (Art. 3). Präsident und Vizepräsident werden für ein Jahr gewählt und sind nicht wiederwählbar (Art. 4). Tatsächlich wechselt das Präsidium kraft eines Beschlusses vom 18. 12. 20 (JO 21 27) in alphabetischer Reihenfolge. Nach Art. 5 sind die Sitzungen öffentlich, soweit es sich um die Entgegennahme der Berichte, die Schlußdebatte und die Abstimmung handelt, während eine vorläufige Debatte in privater Sitzung stattfindet. Diese Bestimmung und ihre Handhabung durch den VBR hat wiederholte Er-

örterungen in der VBV (z. B. I. VBV Pl. 207, II. VBV Pl. 64, 67, 290) und in der Presse hervorgerufen (vgl. auch v. Bülow 69 f.). Der Rat beharrte jedoch darauf, daß sich gewisse Fragen einer öffentlichen Behandlung entzögen (JO 22 791, 846) — was zweifellos zutrifft, wenn es auch in einigem Widerspruch zum Vorspruch der VBS steht. Immerhin werden seit der II. VBV alle Protokolle der VBR-Sitzungen, auch der privaten, im Journal Officiel veröffentlicht, allerdings in recht summarischer Form (vgl. JO 21 115, 24 1299). Neben den öffentlichen und privaten finden jedoch auch geheime Sitzungen statt, deren Protokolle nach wie vor nicht veröffentlicht werden (vgl. JO 25 132). Die GO weiß übrigens nichts von einer Veröffentlichung der Protokolle, sondern begnügt sich damit, ihre Verteilung an die Bundesmitglieder vorzuschreiben (Art. 7). Der VBR ist nur verhandlungsfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist (Art. 6). Ist das nicht der Fall, so muß die Sitzung aufgehoben werden. Minderheitsbeschlüsse sind also auch praktisch nicht möglich. Für Abstimmungen gelten dieselben Regeln, wie in der VBV (Art. 8, 9). Eine besondere Sitzungsordnung ist ebensowenig vorgesehen wie eine Disziplinargewalt des Präsidenten, was bei der geringen Zahl der Mitglieder und dem Charakter des VBR selbstverständlich ist. Aenderungen der GO können mit Stimmenmehrheit beschlossen werden (Art. 13).

(7) Die satzungsgemäße Zuständigkeit des VBR erstreckt sich, ebenso wie die der VBV, auf alle Fragen, „die in den Tätigkeitsbereich des Bundes fallen oder die den Weltfrieden berühren", mit Ausnahme derjenigen, die zur ausschließlichen Zuständigkeit der VBV gehören (vgl. oben Art. 3 Z. 3). In bestimmten Fällen hat er mit der VBV zusammenzuwirken (vgl. oben Art. 2 Z. 3). Allein zuständig ist der VBR in folgenden Fragen: a) Aufstellung von Abrüstungsplänen, Zustimmung zu ihrer Ueberschreitung und Bekämpfung der Gefahren der privaten Rüstungsindustrie (Art. 8 Abs. 2, 4, 5); b) Ausarbeitung von Maßnahmen zur Wahrung der bedrohten Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit der Mitglieder (Art. 10); c) Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze des bedrohten

Völkerfriedens (Art. 11 Abs. 1); d) Ausarbeitung von Maßnahmen zur Durchführung eines Schieds- oder Gerichtsspruchs (Art. 13 Abs. 4); e) Empfehlung von Maßnahmen zwecks Durchführung der Bundesexekution (Art. 16 Abs. 2, Art. 17 Abs. 3); f) Festsetzung der für Nichtmitglieder bei Erledigung eines Streitfalls durch den VB geltenden Bedingungen (Art. 17 Abs. 1); g) Ergreifung von Maßnahmen zur Beilegung eines Streites zwischen Nichtmitgliedern (Art. 17 Abs. 4); h) unter gewissen Voraussetzungen die Regelung der in Art. 22 Abs. 8 vorgesehenen Mandatsfragen. Weitere Rechte und Pflichten des VBR beziehen sich auf die Organisation des VB, nämlich i) Ladung eines Nichtmitgliedes zur Teilnahme an den Sitzungen (Art. 4 Abs. 5); k) Verlegung des Bundessitzes (Art. 7 Abs. 2); l) Ermächtigung des Sekretariats zur Unterstützung gewisser internationaler Unternehmungen durch Mitarbeit und Uebernahme von Kosten (Art. 24 Abs. 2, 3).

Die dem VBR durch Art. 14 auferlegte Pflicht zur Ausarbeitung eines Planes zur Errichtung des StIG ist erledigt.

(8) Ebenso zahlreich wie bedeutungsvoll sind die Rechte und Pflichten, die der VBR auf einer außerhalb der VBS liegenden Grundlage ausübt. Neben einer langen Reihe von Aufgaben geringerer Bedeutung und bescheideneren Umfanges, die teils auf dem Gebiet der Verwaltung, teils auf dem der Schiedsgerichtsbarkeit liegen und die sich sowohl aus den Pariser FrV, als auch aus sonstigen Verträgen und aus Beschlüssen des VB ergeben (ihre Aufzählung s. bei Schücking-Wehberg 317 f.), sind besonders zu nennen die Befugnisse aus den Genfer Protokollen vom 4. 10. 22 (RTr XII 386 f.) und vom 14. 3. 24 (RTr XXV 423 f., 427 f.), die den Wiederaufbau Oesterreichs und Ungarns regeln (vgl. oben Art. 2 Z. 5), ferner aus den Bestimmungen der Pariser FrV über die Rüstung der Mittelmächte (vgl. unten Art. 8 Z. 8) und endlich zwei Gruppen hochpolitischer Aufgaben, die in der Tätigkeit des VBR eine hervorragende Rolle spielen, nämlich erstens die Ausübung bestimmter Funktionen im Hinblick auf die ehemals deutschen Gebiete Saarland,

Danzig und Memelland (über die Stellung des VBR zu den Mandatsländern s. unten Art. 22) und zweitens der Schutz der Minderheiten.

A. Ehemals deutsche Gebiete. a) Saargebiet. Nach Art. 49 des VFrV ist der VB Treuhänder für das Gebiet. Ihm liegt (Anl. § 35) nach erfolgter Volksabstimmung die Entscheidung über das endgültige Schicksal des Landes ob. Inzwischen hat der VBR (Anl. § 16 f.) die Regierungskommission, die das Land verwaltet, zu ernennen und zu beaufsichtigen (vgl. Instruktion v. 13. 2. 20 JO 20 50 f.), die 1935 stattfindende Volksabstimmung zu regeln und nach erfolgter Endentscheidung für die Abwicklung der Verhältnisse Sorge zu tragen. Ueber die getroffenen Maßnahmen sowie über die Gesamtlage des Gebiets legt der VBR in seinem Generalbericht Rechenschaft (vgl. V. VBV Pl. 273 f., 345, VI. VBV Pl. 207 f., 302 f.). S. Andres, Grundlagen des Rechts im Saargebiet, Harris bei Munch II 290 f.

b) Danzig. Nach Art. 100 f. des VFrV verzichtet Deutschland auf Danzig zugunsten der Hauptmächte. Diese verpflichten sich, Danzig zur Freien Stadt zu erklären und den Wortlaut eines zwischen Danzig und Polen abzuschließenden Vertrages festzulegen. Danzig wird unter den Schutz des VB gestellt, der zugleich die Bürgschaft für die Verfassung übernimmt. Ein Kommissar des VB, der seinen Sitz in Danzig hat, entscheidet in I. Instanz über Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen. — Eine ausschließliche Zuständigkeit des VBR besteht somit nicht, doch hat er tatsächlich die Ausübung der dem VB zustehenden Rechte und Pflichten übernommen, vgl. die Verfassung von Danzig v. 11. 8. 20 nebst Zusätzen v. 9. 12. 20 (Staatsanz. v. 9. 12. 20 S. 343 f., JO 22 suppl. spéc. 7, vgl. Löning in Jhrb. d. öff. Rs 21 439 f.), den am 13. 2. 20 vom VBR gebilligten Bericht Hymans' (JO 20 53) und den Vertrag zwischen Danzig und Polen v. 9. 11. 20 (RTr VI 190 f.). Im Ergebnis hat der VBR die Verfassung Danzigs zu gewährleisten. Aenderungen sind nur mit seiner Zustimmung statthaft. Er ernennt den VB-Kommissar, überwacht seine Geschäftsführung und entscheidet in II. Instanz über

Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen. Er ernennt den Vorsitzenden des Hafenausschusses. Dem Umfange wie der politischen Bedeutung nach steht die schiedsrichterliche Tätigkeit des VBR im Vordergrunde. Eine lange Reihe wichtiger Streitfragen wurde auf Vorschlag des VBR (JO 23 823 f., 927 f., 1000 f., 1015 f.) durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Parteien beigelegt. Die getroffene Vereinbarung, die unter VI. auch die außenpolitische Stellung Danzigs näher regelt, wurde am 1. 9. 23 vom VBR gebilligt (JO 23 1282 f., 1415 f., 1417 f.). Es ist jedoch in der Folgezeit zu immer neuen Streitigkeiten gekommen, die vor dem VBR ausgetragen wurden. Von grundsätzlicher Bedeutung waren in jüngster Zeit insbesondere die zugunsten Polens gefällten Entscheidungen im Poststreit (JO 25 882 f., 1371 f., vgl. unten Art. 14 Z. 4 B l) und im Streit um das Munitionsdepot auf der Westerplatte und die militärische Bewachung des Depots (JO 25 1367 f., 26 137 f., 283 f.). Einen Ueberblick über die Lage in Danzig gibt der VBR in seinem Generalbericht (vgl. V. VBV Pl. 277 f., 345, VI. VBV Pl. 211 f., 303 f.). S. Crusen bei Strupp III 134 f., Kraus DJZ. 26 985 f.

c) Memelland. In Art. 99 des VFrV verzichtete Deutschland auf das Memelland zugunsten der Hauptmächte. Im Januar 23 vertrieben litauische Freischaren die französische Besatzung und ergriffen von dem Lande Besitz. Am 16. 2. 23 übertrug die Botschafterkonferenz die Souveränität über das Gebiet auf Litauen. Am 14. 3. 24 wurde ein von einem internationalen Ausschuß ausgearbeitetes Memelabkommen vor dem VBR von den Vertretern der Hauptmächte und dem Vertreter Litauens angenommen (JO 24 121 f., 514 f., 539 f., 598 f., 1200 f., vgl. unten Art. 11 Z. 4 D). Es sichert dem Lande Autonomie zu und überträgt dem VBR ein Aufsichtsrecht in doppelter Beziehung. Nach Art. 17 hat jedes Ratsmitglied das Recht, Zuwiderhandlungen gegen das Abkommen dem VBR zu unterbreiten. Im Falle rechtlicher oder tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten soll der StIG angerufen werden und gegebenenfalls Art. 13 der VBS Anwendung finden, d. h. der VBR soll für die Durchführung des Spruches Sorge tragen. Nach Art. 11 wiederum soll die

von Litauen über den Minderheitenschutz abgegebene Erklärung für das Memelgebiet Geltung haben (JO 22 586 f. vgl. unten unter B.).

B. Minderheitenschutz. a) Geschichte. Entgegen den Absichten Wilsons, der in seinen II. Entwurf eine Bestimmung über den Schutz der völkischen Minderheiten aufgenommen hatte, schweigt die VBS über diese Frage. Ein japanischer Antrag auf Anerkennung der Rassengleichheit durch die VBS wurde abgelehnt (s. oben S. 5 f., vgl. auch I. VBV Pl. 221 f.). Der VFrV legte jedoch in Art. 86 und 93 der Tschechoslowakei und Polen die Verpflichtung auf, mit den Hauptmächten einen Minderheitenschutz-Vertrag zu schließen. Umgekehrt legten die mit den übrigen Mittelmächten geschlossenen Friedensverträge diesen die Verpflichtung auf, ihren Minderheiten bestimmte Rechte zu gewährleisten. Das geschah gegenüber Oesterreich in Art. 62 bis 69 des StGFrV, Bulgarien in Art. 49 bis 57 des NFrV, Ungarn in Art. 54 bis 60 des TrFrV. Ferner wurden besondere Verträge geschlossen mit Polen am 28. 6. 19, Südslawien am 10. 9. 19, Tschechoslowakei am 10. 9. 19, Rumänien am 9. 12. 19, Armenien am 10. 8. 20, Griechenland am 10. 8. 20. An Stelle des in Sèvres am 10. 8. 20 mit der Türkei geschlossenen FrV trat der Lausanner Vertrag vom 24. 7. 23 (vgl. JO 24 1343, 1344).

Ferner beschloß die I. VBV am 15. 12. 20 (Pl. 568 f.), Albanien und die ehemals russischen Randstaaten bei ihrem Eintritt zur Einhaltung der in den Minderheitenverträgen aufgestellten Grundsätze zu verpflichten. Die geforderte Erklärung gab Albanien am 2. 10. 21 (JO 21 1162 f.) ab, Litauen am 12. 5. 22 (JO 22 586 f.), Lettland am 7. 7. 23 (JO 23 933, 1275 f.), in abgeschwächter Form Estland am 17. 9. 23 (JO 23 1311, vgl. 1361 f.). In der Folge teilte Estland dem VBR den Wortlaut seines Gesetzes über Kulturautonomie vom 12. 2. 25 mit (JO 25 788 f., s. Anhang Nr. 8. Vgl. v. Poll, Kulturautonomiegesetz d. Rep. Estland, Würzb. Diss. 26). Finnland wurde im Hinblick auf die Bestimmungen seiner Verfassung von der Abgabe einer Erklärung entbunden (I. VBV Pl. 584 f., vgl. JO 21 1164 f.). Dagegen wurde die schwedische Minderheit auf den Alandinseln unter den Schutz des VB gestellt (JO 21 701 f.).

Hierher gehören auch das deutsch-polnische Abkommen vom 15. 5. 22 über Oberschlesien (RGBl. II 237 f.), das in Art. 64—146 die Minderheiten beider Teile schützt, das Memelabkommen v. 14. 3. 24 (vgl. oben A c), das griechisch-bulgarische Abkommen über gegenseitige Einwanderung v. 27. 11. 19 (JO 20 411 f., Nov./Dez. 20 84) und das griechisch-türkische Abkommen über den Bevölkerungsaustausch v. 30. 1. 23 (JO 23 1468 f.).

Ein Versuch, dem Minderheitenschutz in den Staaten Geltung zu schaffen, die einer Bindung in dieser Richtung nicht unterliegen, wurde zuerst in der III. VBV gemacht. Ein dahinzielender Antrag Lettlands führte am 21. 9. 22 zur Annahme einer Entschließung, die der Hoffnung Ausdruck gab, daß „die Staaten, die im Hinblick auf ihre Minderheiten dem VB gegenüber durch keine gesetzlichen Verpflichtungen gebunden sind, nichtsdestoweniger in der Behandlung ihrer rassischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten wenigstens das gleiche Maß an Gerechtigkeit und Duldsamkeit beobachten werden, das durch die Verträge und die ständige Uebung des VBR gefordert wird" (III. VBV Pl. 170 f., 186, II 134 f.). Nach lebhaften, teilweise sehr scharfen Debatten auf der V. VBV (Pl. 91 f., vgl. 131 f.) beantragte Litauen am 14. 9. 25 in der VI. VBV die Niedersetzung eines Ausschusses zwecks Ausarbeitung eines alle Mitgliedstaaten umfassenden Abkommens über Minderheitenschutz (VI. VBV Pl. 77). Der Antrag wurde zusammen mit Anträgen, die sich auf das Verfahren bezogen (vgl. unten c) dem VI. Ausschuß überwiesen. Dessen Verhandlungen führten zu einer Zurückziehung des Antrages (VI. VBV VI. A. 15 f.). Die VBV beschloß am 22. 9. 25, die Ausschußverhandlungen dem VBR zur Kenntnis zu bringen. Dieser beschäftigte sich mit ihnen am 9. 12. 25 (JO 26 138 f.) und beschloß, sie zur Kenntnis zu nehmen. Hierbei erklärten der Berichterstatter de Mello-Franco-Brasilien und Chamberlain-England übereinstimmend, daß der Zweck der Minderheitenverträge nicht sei, eine Gemeinschaft zu schaffen, die dauernd dem staatlichen Leben fremd bleibe. Vielmehr solle den Minderheiten ein Maß an Schutz und Gerechtigkeit gesichert werden,

das sie allmählich in den Stand setzt, in der nationalen Gemeinschaft, zu der sie gehören, aufzugehen (das. 142, 144).

b) Die Rechtssätze. Das Vorbild aller Minderheitenschutz-Bestimmungen enthält Kap. I Art. 1—2 und 7—12 des zwischen den Hauptmächten und Polen am 28. 6. 19 geschlossenen Vertrages (s. Anhang Nr. 7). Die Bestimmungen der Art. 2 und 7—8 haben die Kraft eines Grundgesetzes (Art. 1). Sie verpflichten Polen, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsbürgerschaft, der Sprache, Rasse oder Religion Schutz des Lebens und der Freiheit zu gewähren und ihnen die freie Ausübung ihrer Religion zu gestatten (Art. 2). Darüber hinaus sollen alle polnischen Staatsbürger ohne Unterschied der Rasse, Sprache und Religion die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Das gilt auch für die Zulassung zu Aemtern. Beschränkungen des Gebrauchs einer Sprache im privaten oder geschäftlichen Verkehr, in der Presse oder in Versammlungen sind unzulässig. Vor Gericht sollen den die Staatssprache nicht beherrschenden Personen angemessene Erleichterungen gewährt werden (Art. 7). Die Angehörigen einer Minderheit haben das gleiche Recht, wie alle übrigen Staatsbürger, auf eigene Kosten Wohltätigkeits-, religiöse und soziale Anstalten, Schulen usw. zu errichten und zu verwalten und in ihnen ihre Sprache zu gebrauchen und ihre Religion zu üben (Art. 8). Wo die Minderheiten einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung darstellen, ist den zu ihr gehörenden Kindern der Volksschulunterricht in der Muttersprache zu erteilen. Die Staatssprache kann Pflichtgegenstand sein. Unter derselben Voraussetzung ist den Minderheiten ein Anteil an den öffentlichen Mitteln zu sichern, die für Erziehungs-, religiöse oder Wohltätigkeitszwecke ausgeworfen werden (Art. 9). Der für die Juden anfallende Teil dieser Mittel wird unter staatlicher Kontrolle von Schulausschüssen verteilt, die von den jüdischen Gemeinden gewählt werden. Der Sabbat ist von den Staatsbehörden zu respektieren, insbesondere sind am Sabbat keine Wahlen anzusetzen (Art. 10, 11). Die vorstehenden Bestimmungen stehen unter der Garantie des VB. Sie

können durch Mehrheitsbeschluß des VBR geändert werden. Jedes Ratsmitglied ist befugt, den VBR auf ihre Verletzung oder die Gefahr einer Verletzung aufmerksam zu machen und der VBR kann in socher Art vorgehen und solche Weisungen (instructions) erteilen, wie es im gegebenen Falle angebracht und wirksam erscheint. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit über Rechts- oder Tatfragen zwischen Polen und einer der Haupt- oder einer der Ratsmächte kann jeder Teil auf Entscheidung durch den StIG antragen. Dessen Spruch ist endgültig und vom VBR nach Art. 13 Abs. 4 durchzusetzen (Art. 12).

Als Ergänzung zu diesen Bestimmungen ist die von der III. VBV am 21. 9. 22 angenommene Entschließung II zu betrachten, laut der der VBV unter Anerkennung des Rechts der Minderheiten auf Schutz gegen Unterdrückung hervorhebt, daß den Mitgliedern der Minderheiten die Pflicht obliegt, als loyale Staatsbürger mit der Nation, zu deren Staate sie jetzt gehören, zusammenzuarbeiten (Pl. 186, s. auch oben unter a) die Ausführungen de Mello-Francos und Chamberlains vom 9. 12. 25. Vgl. Mandelstam in Annuaire XXXII 246 f., 380 f., Moltesen bei Munch II 295 f., Laun bei Strupp II 82 f.).

c) Das Verfahren. Der VBR hat das Verfahren durch eine Reihe von Beschlüssen geregelt, deren wichtigste am 22. und 25. 10. 20, 27. 6. 21, 5. 9. 23 und 10. 6. 25 gefaßt wurden (JO Nov./Dez. 20 142 f., 21 749 f., 23 1290 f., 1426 f., 25 878 f., 26 138 f. Vgl. auch III. VBV Pl. II 51 f., IV. VBV Pl. 92, VI. VBV Pl. 307 f.). Eine formelle, den VBR bindende Initiative steht nur den Ratsmächten zu. Doch können die anderen Mitgliedstaaten und die Minderheiten selbst, und zwar sowohl Körperschaften, als auch Einzelpersonen oder internationale Vereinigungen Anzeigen oder Beschwerden vorbringen. Die Eingaben müssen den in den Verträgen vorgesehenen Minderheitenschutz betreffen, sie dürfen nicht auf eine Loslösung der Minderheit vom Staate abzielen, sie dürfen nicht von anonymer oder zweifelhafter Seite stammen, nicht in verletzender Form abgefaßt sein und nicht bereits erledigte Fragen betreffen. Sie sind der beteiligten Macht mitzuteilen,

die binnen drei Wochen erklärt, ob sie sich äußern will, in welchem Falle sie eine zweimonatige Frist hat. Hierauf wird das Material den Ratsmächten, auf Beschluß des VBR oder auf Wunsch des beteiligten Staats allen Bundesmitgliedern übermittelt, sonst nur den Bundesmitgliedern, die darum ersuchen. Der Präsident des VBR ernennt zur Prüfung der Eingabe einen Dreierausschuß, dem er selbst, sowie zwei weitere Ratsmitglieder angehören. Doch darf keines der Ausschuß-Mitglieder Vertreter eines Staates sein, dem die betreffende Minderheit eingegliedert ist oder der Nachbar dieses Staates ist oder dessen Staatsvolk der Minderheit stammesverwandt ist (Beschluß des VBR vom 10. 6. 25). Der Dreierausschuß prüft die Eingabe mit Unterstützung der Minderheitenabteilung des Sekretariats und nimmt zu ihr Stellung. Vor dem VBR wird sie jedoch nur anhängig, wenn ein Ratsmitglied einen dahingehenden Antrag stellt. Das kann sowohl vor der Prüfung durch den Ausschuß geschehen, als auch nachher. Der Verhandlung vor dem VBR wohnt der beteiligte Staat bei, während die beteiligte Minderheit nicht vertreten ist, es sei denn durch ein Bundesmitglied, das Beschwerde erhoben hat, welcher Fall jedoch bisher sich nicht ereignet hat. Nach allgemeinen Grundsätzen zählt die Stimme des beteiligten Staats nicht, ebensowenig die des Beschwerde führenden Mitgliedes. Präzedenzfälle hierfür gibt es jedoch nicht, da eine Abstimmung im Minderheitsverfahren vor dem VBR noch nie stattgefunden hat. Zweifellos übt das antragstellende Ratsmitglied, da es nicht Partei ist, sondern ex officio handelt, seine Stimme aus.

Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten über eine Rechts- oder Tatfrage, so kann die Entscheidung oder das Gutachten des StIG eingeholt werden. Eine Entscheidung wird nach Art. 13 vollstreckt. Im übrigen ergreift der VBR die Maßnahmen und erteilt dem beteiligten Staate die Weisungen, die angebracht und wirksam erscheinen. Hierbei gilt der allgemeine Grundsatz der Einstimmigkeit, der angesichts der im VBR bestehenden politischen Konstellation Beschlüsse nur in Ausnahmefällen wird zustande kommen lassen.

Eine Reform dieses Verfahrens faßte ein bei der

VI. VBV eingebrachter Antrag des Grafen Apponyi-Ungarn ins Auge. Danach sollten Beschwerden gewisser kirchlicher, kultureller und wirtschaftlicher Anstalten ohne weiteres Rechtshängigkeit hervorrufen, die Minderheiten sollten Anspruch auf eine Vertretung im Verfahren erhalten und in jeder Rechtsfrage sollte die Entscheidung dem StIG zufallen (Pl. 73). Im VI. Ausschuß wurden diese Anträge teils als den Minderheitenverträgen widersprechend, teils als überflüssig bezeichnet (15 f., vgl. JO 26 138 f., 286 f.) und vom Plenum daraufhin abgelehnt (Pl. 105 f.).

d) Die Praxis des VBR ist nicht übersichtlich, weil es an Angaben über die Tätigkeit des Dreierausschusses fehlt. Nur in dem Generalbericht an die III. VBV ist erwähnt, daß vier näher bezeichnete Fälle, sowie mehrere andere durch den Beschluß, sie dem VBR nicht vorzulegen, erledigt worden sind (Pl. II 53). In den späteren Generalberichten werden derartige Fälle nicht mehr angeführt, obgleich es sie nach Pressemeldungen in größerer Zahl gegeben hat. Wieweit die ihnen zuteil gewordene Behandlung begründet war, muß unter diesen Umständen dahingestellt bleiben. Immerhin gibt es zum mindesten Einzelfälle, in denen der Ausschuß seine Entscheidung augenscheinlich nicht unter rechtlichen Gesichtspunkten gefällt hat. Dahin gehört die im Juni 26 beschlossene Abweisung der Klage der entschädigungslos enteigneten deutschbaltischen Grundbesitzer in Lettland. Schon die Schwierigkeit der Rechtsfrage hätte hier eine Unterbreitung an den VBR zwecks Einholung eines Gutachtens des StIG angebracht erscheinen lassen.

Vom VBR ist der erste vor ihn gebrachte Fall im Jahre 24 erledigt worden. Es ist das der der deutschen Ansiedler in Polen. Der Deutschtumbund in Bromberg erhob am 8. 11. 21 Beschwerde über ihre im Widerspruch zum Minderheitenvertrage vom 28. 6. 19 ins Werk gesetzte Austreibung. Der um ein Gutachten angegangene StIG erklärte die Austreibung für rechtswidrig (unten Art. 14 Z. 5 B f). Inzwischen hatte Polen jedoch die Aussiedlung ungeachtet eines Ersuchens des VBR um Fristgewährung durchgeführt. Die Ansiedler

wurden im Juli 24 mit einer Geldentschädigung abgefunden (III. VBV Pl. II 52 f., IV. VBV Pl. 223 f., V. VBV Pl. 282 f., 345 f.). Sowohl die lange Dauer des Verfahrens, als auch sein Ausgang erwecken Bedenken.

Neben diesem einen Falle des Jahres 24 stehen vier Fälle des Jahres 25. Einer unter ihnen ähnelt in Charakter und Ergebnis dem der deutschen Ansiedler. Es handelte sich um die Enteignung ungarischer Bauern in Rumänien. Die rumänische Regierung erbot sich zur Zahlung einer zusätzlichen Entschädigung, worauf der VBR die Sache für erledigt erklärte (VI. VBV 306 f.). Einen langwierigen Streit unter Anrufung des StIG (vgl. unten Art. 14 Z. 5 B g) gab es um die Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit durch die deutschen Bewohner der dem Deutschen Reich genommenen Gebiete. Durch die Aufstellung willkürlicher, im Minderheitenvertrage nicht vorgesehener Bedingungen wurde die Erwerbung erschwert. Der VBR machte sich das gegen Polen ergangene Gutachten des StIG zu eigen, und im Ergebnis wurden die einschlägigen Fragen durch den Wiener Vertrag vom 30. 8. 25 über Staatsangehörigkeit und Option geregelt (V. VBV Pl. 283 f., 346, VI. VBV Pl. 218, 306). Auf Beschwerden der bulgarischen Minderheiten in Griechenland, die namentlich Schulfragen betrafen, erfolgte eine Antwort der griechischen Regierung, die die Abstellung der Beschwerden, soweit sie als berechtigt anerkannt wurden, zusagte. Der VBR nahm das zur Kenntnis und fand, daß weitere Maßnahmen sich erübrigen (VI. VBV Pl. 217). In ähnlicher Weise wurden Beschwerden der polnischen Minderheit in Litauen erledigt. Ihre Berechtigung wurde von der litauischen Regierung bestritten. Auf Antrag des Berichterstatters de Mello-Franco-Brasilien beschloß der VBR, „an die Weisheit der litauischen Regierung zu appellieren und die Hoffnung auszudrücken, daß es ihr gelingen werde, die Beunruhigung zu zerstreuen, die noch bei den Minderheiten des Landes bestehen könnte, und diesen die Ueberzeugung einzuflößen, daß sie fest entschlossen ist, die Bestimmungen der Erklärung vom 12. 5. 22 über den Schutz der Minderheiten anzuwen-

den" (VI. VBV Pl. 217 f., JO 25 484 f., 864 f., 1339 f., vgl. 1452 f.).

Im ersten Halbjahr 26 sind zwei Fälle erledigt, ein dritter in Angriff genommen worden. Bereits im Jahre 22 war eine Beschwerde der jüdischen Minderheit in Ungarn wegen Einführung eines numerus clausus an den Hochschulen anhängig geworden. Die ungarische Regierung machte geltend, daß der Prozentsatz der jüdischen Studierenden den der jüdischen Bevölkerung um ein Vielfaches übertreffe, erklärte jedoch im Ergebnis, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handle, die zu gegebener Zeit aufgehoben werden würde. Damit fand die Angelegenheit ihren Abschluß (III. VBV Pl. II 54, IV. VBV Pl. 225, JO 26 145 f., 171). Die von der deutschen Regierung übermittelte Beschwerde eines Deutschen gegen Verfügungen der polnischen Behörden in Oberschlesien wurde mit dem Bedeuten zurückgewiesen, daß Beschwerdeführer sich an die örtlichen Schlichtungsinstanzen wenden könne (JO 26 517 f.). Endlich wurde eine Beschwerde des Verbandes der Polen in Deutschland gegen Maßnahmen der deutschen Behörden in Oberschlesien auf Grund der Stellungnahme der deutschen Regierung zu nochmaliger Prüfung an den Dreierausschuß zurückverwiesen (JO 26 518 f.).

Es ist somit bisher kein einziges Mal zur Erteilung der in den Minderheitenverträgen vorgesehenen Weisungen oder zur Ergreifung sonstiger formeller Maßnahmen gekommen. Man wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, daß die Tätigkeit des VBR auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes nicht richterlichen, sondern ausgesprochen diplomatischen Charakter trägt.

Artikel 5.

Beschlüsse der Bundesversammlung oder des Rats erfordern Einstimmigkeit der auf der Tagung vertretenen Bundesmitglieder, es sei denn, daß in den Vorschriften dieser Satzung oder in den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages etwas anderes vorgesehen ist.

Alle Fragen des Verfahrens, die auf den Tagungen der Bundesversammlung oder des Rats entstehen, ein-

schließlich der Ernennung von Ausschüssen zur Untersuchung besonderer Angelegenheiten, werden durch die Bundesversammlung oder den Rat geregelt und durch die Mehrheit der anwesenden Bundesmitglieder entschieden.

Die erste Tagung der Bundesversammlung und die erste Tagung des Rates treten auf Einberufung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zusammen.

Allgemeines.

Die Forderung der Einstimmigkeit aller von der VBV oder vom VBR gefaßten Beschlüsse bildet ein wesentliches Merkmal der Konstruktion des VB. Die Unmöglichkeit einer Majorisierung soll theoretisch die Souveränität aller Mitglieder, insbesondere der Kleinstaaten, praktisch die Selbständigkeit der Großmächte gewährleisten. Anderseits wird dadurch freilich die Gefahr der Arbeits- und Handlungsunfähigkeit heraufbeschworen. Commentary 168 f. hält diese Gefahr für gering. Wenn die Souveränität grundsätzlich anerkannt ist, werde kein Staat hartnäckig auf seiner Meinung beharren, außer in Lebensfragen. Es werde im allgemeinen möglich sein, eine Einigung zu erzielen oder die Minderheit werde sich unterwerfen. Jedenfalls wäre es zu gefährlich, die Niederstimmung einer der Großmächte zu gestatten. Die Praxis hat diese Erwägungen gerechtfertigt, bis auf der VII. VBV die bekannten Schwierigkeiten in der Frage der Ratssitze entstanden und Brasilien durch die Ankündigung seines Veto den Zweck der Tagung vereitelte. Es wird abzuwarten sein, ob es sich hier um einen Einzelfall handelte oder ob das Erfordernis der Einstimmigkeit sich weiterhin in einer den Fortbestand und die Arbeitsfähigkeit des VB gefährdenden Weise auswirkt.

Im Einzelnen.

(1) Das Erfordernis der Einstimmigkeit gilt nur für Beschlüsse (décisions, decisions). Nach Art. 5 Abs. 1 (vgl. Abs. 2) muß angenommen werden, daß grundsätzlich jede Willensmeinung des VB über materielle Fragen unter den Begriff des Beschlusses

fällt. Die Praxis ergibt jedoch, daß das nur dann der Fall ist, wenn diese Willensmeinung eine Selbstbindung oder Selbstverpflichtung des VB anstrebt. Ist eine solche nicht beabsichtigt, sollen vielmehr nur Richtlinien aufgestellt werden, so ist Einstimmigkeit nicht erforderlich. Ist sie trotzdem gegeben, so werden die Richtlinien dadurch nicht zum Beschluß. Das kommt in der Bezeichnung der Willensmeinung als Wunsch oder Empfehlung (voeu, recommandation) zum Ausdruck, während für Beschlüsse neben dem von der VBS gebrauchten Ausdruck Beschluß häufiger noch der Ausdruck Entschließung (résolution, resolution) gebraucht wird. Vgl. als besonders bezeichnend die Gegenüberstellung zweier Entschließungen und eines Wunsches der III. VBV (Pl. I 349 f.) in Sachen der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder, die alle drei einstimmig angenommen wurden. S. auch die nach jeder VBV als Ergänzungsheft zum JO herausgegebenen „Résolutions et voeux" und „Resolutions and recommandations".

Ueber die Wiederaufhebung eines Beschlusses fehlt es an besonderen Regeln. Sie ist demnach wie die Fassung eines neuen Beschlusses zu behandeln.

(2) Durch Mehrheitsbeschluß werden entschieden: A. die in der VBS oder in den Pariser FrV vorbehaltenen materiellen Fragen, B. alle Fragen des Verfahrens, C. Wahlen.

A. a) Die VBV entscheidet mit Zweidrittel-Mehrheit über die Aufnahme von Mitgliedern (Art. 1 Abs. 2); gibt mit einfacher Mehrheit ihre Zustimmung (approbation, approval) zu einer vom VBR einstimmig beschlossenen Erhöhung der Zahl der Ratssitze (Art. 4 Abs. 2); gibt ebenso ihre Zustimmung zur Ernennung des GS durch den VBR (Art. 6 Abs. 2); beschließt in den ihr unterbreiteten Streitfällen einen Bericht mit gewissen Rechtswirkungen unter Zustimmung der Vertreter der Ratsmächte und der Mehrheit der anderen Mitglieder (Art. 15 Abs. 10. Es findet hier eine besondere Mehrheitsberechnung statt: bei Anwesenheit aller 55 Mitglieder müssen zunächst die 10 Ratsmächte zustimmen und dann, da die Parteien nicht mitgezählt werden, die Mehrheit der 43 übrigen, also 22. Im ganzen sind somit 32 Stimmen erforderlich); fordert mit ein-

facher Mehrheit Mitglieder zu einer Nachprüfung von Verträgen auf (Art 19). Besondere Regeln gelten für eine Satzungsänderung (vgl. unten Art. 26 Z. 1).

b) Der VBR ist durch die VBS stärker an die Einstimmigkeit gebunden als die VBV. Einen Mehrheitsbeschluß in materiellen Fragen sieht sie nur in Art. 15 Abs. 7 vor. Doch hat der auf solche Weise zustande gekommene Bericht über einen Streitfall keine Rechtswirkungen. Der Ausschluß eines Mitgliedes nach Art. 16 Abs. 4 erfolgt nicht durch Mehrheitsbeschluß (a. M. Schücking-Wehberg 337). Die Stimme der Partei wird nicht gezählt, im übrigen ist Einstimmigkeit erforderlich. Durch die Pariser FrV ist Mehrheitsbeschluß vorgesehen: für alle Fragen des Saarbeckens (VFrV § 40 der Anl. zu Art. 45 f.); für die Anordnung einer Abrüstungskontrolle über die Mittelmächte (VFrV 213, StGFrV 159, TrFrV 143, NFrV 104); für die Aufrechterhaltung gewisser Bestimmungen der FrV (VFrV 280, StGFrV 232, TrFrV 215, NFrV 160); für die Abänderung der Minderheitenschutzverträge (StGFrV 69, TrFrV 60, NFrV 57, Art. 12 des Vertrages mit Polen v. 28. 6. 19 und entsprechende Bestimmungen der übrigen Minderheitenverträge). Weitere, weniger wesentliche Fälle, in denen durch Mehrheit entschieden wird, s. Schücking-Wehberg 337 f.

B. Fragen des Verfahrens sind alle in den GO geregelten Fragen (GO der VBV Art. 19 § 3, vgl. II. VBV I. A. 179, Pl. 690, 853). Für bestimmte Fälle schreibt die GO der VBV in Art. 4 § 4 und Art. 14 § 2 Zweidrittel-Mehrheit vor. Darüber, ob eine Frage Verfahrenfrage ist, wird mit Stimmeneinheit entschieden. Daß über die Niedersetzung eines Ausschusses mit Mehrheit entschieden wird, schreibt Art. 5 Abs. 2 besonders vor.

C. Wahlen werden mit Mehrheit vollzogen. Bestimmungen darüber fehlen, doch ergibt sich das aus der Natur der Sache.

(3) Die Ausschüsse sind durch Art. 5 um so weniger gebunden, als sie Beschlüsse im eigentlichen Sinne nicht fassen. Ihre Praxis erhellt aus der Stellungnahme des I. Ausschusses und des Plenums der V. VBV zu einem niederländischen Antrage, der

ausdrücklich ihre Befugnis zur Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß festlegen wollte. Er wurde abgelehnt, da er nur eine ständige Praxis bestätigen würde. Nach Mitteilung des Berichterstatters Rolin-Belgien begnügen sich die Ausschüsse dann mit einem Mehrheitsbeschluß, wenn Aussicht besteht, daß die Minderheit sich im Plenum unterwerfen oder der Stimme enthalten wird (V. VBV I. A. 14, 24 f., 96 f., Pl. 116 f.).

(4) Die Form der Abstimmung in der VBV ist durch GO 20 und 21 geregelt. Grundsätzlich ist die Abstimmung namentlich, und zwar entweder durch Aufruf der einzelnen Staaten oder durch Abgabe einer mit dem Namen des Staates bezeichneten Stimmkarte. Auf besondern Beschluß kann die Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben erfolgen. In Personenfragen, insbesondere bei Wahlen, erfolgt geheime Abstimmung. Vgl. oben Art. 3 Z. 4.

Im VBR wird durch Aufheben der Hand abgestimmt, es sei denn, daß namentlicher Aufruf verlangt wird. In Personenfragen wird geheim gestimmt (GO 8, 9), vgl. oben Art. 4 Z. 6.

(5) Eine Beschlußfähigkeitsziffer kennt nur Art. 6 der GO des VBR, der die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder fordert. Der GO der VBV ist eine entsprechende Vorschrift ebenso fremd, wie der VBS. Infolgedessen ist die VBV unter allen Umständen als beschlußfähig anzusehen. Eine Grenze nach unten würde gegebenenfalls durch besondern Beschluß nach politischen Erwägungen zu ziehen sein. Solange es an einer solchen Grenze fehlt, sind auch die in der VBS Art. 1 Abs. 2 und in der GO vorgeschriebenen qualifizierten Mehrheiten nach der Zahl der anwesenden Mitglieder zu berechnen. Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, müßten hierbei sinngemäß mitgezählt werden. Die Praxis unterscheidet jedoch nicht zwischen ihnen und den Abwesenden und zählt sie demgemäß nicht mit (vgl. I. VBV Pl. 118 f.). Das Ergebnis ist unbefriedigend. So wurde z. B. bei der Aufnahme Estlands und Lettlands festgestellt, daß die Zweidrittel-Mehrheit von

36 abgegebenen Stimmen 24 betrage. Es fehlten aber 12 Stimmen, sei es infolge Abwesenheit oder Enthaltung (a. a. O.). Danach wäre eine Aufnahme durch 24 Stimmen bei 48 Anwesenden möglich gewesen. Im übrigen führt die vielfach geübte Taktik der Enthaltung statt Abgabe einer Gegenstimme auch sonst zu unerwünschten Ergebnissen. So wurde ein Amendement zu Art. 16 von der V. VBV mit 22 Stimmen gegen keine angenommen. 33 Stimmen waren somit ausgefallen. Die Folge war, daß das Amendement nicht ratifiziert wurde (V. VBV Pl. 184 vgl. unten Art. 16 Vorbem.).

(6) Die Frage nach der Bindung der Mitglieder durch die Abstimmung ihrer Vertreter wird in der VBS nicht ausdrücklich entschieden. Sinngemäß ist sie zu bejahen außer für den Fall der Satzungsänderung, für den Art. 26 eine Ratifikation fordert. Im allgemeinen dürfte das nicht zu Schwierigkeiten führen, da die Vertreter nach Instruktionen handeln und in Ermangelung solcher sich der Stimme enthalten können. Immerhin wird man in wichtigen Fällen mit der Möglichkeit einer Desavouierung rechnen müssen. Sie kommt namentlich im Hinblick auf einen Regierungswechsel in den parlamentarisch regierten Ländern in Frage. Ob der VB seinerseits die Desavouierung anerkennt, wird von der Bedeutung des in Frage kommenden Staates und von der politischen Lage abhängen. Der bemerkenswerteste Fall einer solchen Desavouierung war bisher die Ablehnung des Genfer Protokolls durch England und seine Dominions. Freilich handelte es sich hier um einen politischen, nicht um einen juristischen Akt, da das Protokoll von der VBV nicht förmlich zum Beschluß erhoben, sondern den Mitgliedern zur Annahme empfohlen war (V. VBV Pl. 229 f., JO 25 446 f. vgl. unten Art. 8 Z. 6).

(7) Abs. 3, der von der Einberufung der ersten Tagung der VBV und des VBR handelt, ist erledigt. Die Einberufung ist s. Zt. satzungsgemäß durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten erfolgt (I. VBV Pl. 1, vgl. JO 20 17).

Artikel 6.

Das ständige Sekretariat befindet sich am Bundessitz. Es besteht aus einem Generalsekretär sowie den erforderlichen Sekretären und dem erforderlichen Personal.

Der erste Generalsekretär ist in der Anlage benannt. Für die Folge wird der Generalsekretär vom Rat mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung ernannt.

Die Sekretäre und das Personal des Sekretariats werden mit Zustimmung des Rats vom Generalsekretär ernannt.

Der Generalsekretär des Bundes ist von Rechts wegen auch Generalsekretär der Bundesversammlung und des Rats.

Die Ausgaben des Bundes werden von den Bundesmitgliedern in dem Verhältnis getragen, das die Bundesversammlung bestimmt.

Vorbemerkung.

Ueber die Abänderung des Abs. 5 durch die II. VBV s. unten Z. 5.

Allgemeines.

Die Bedeutung des Sekretariats wird schon durch die eingehende Regelung seiner Stellung in der VBS hervorgehoben. Abgesehen von den ihm zugewiesenen Aufgaben ergibt sie sich daraus, daß das Sekretariat ständiges Organ ist und daß seine Beamten sich im Gegensatz zu den Politikern, aus denen VBV und VBR bestehen, im Hauptberuf mit den Angelegenheiten des VB beschäftigen. Die daraus erwachsende sachliche Ueberlegenheit muß ihnen bestimmenden Einfluß sichern. Commentary 170 weist mit Recht darauf hin, daß der Energie und Initiative des GS ein sehr weites Feld offen stehe. Unter diesen Umständen ist das Bestreben der Mitglieder, möglichst viele Posten im Sekretariat mit ihren Staatsangehörigen zu besetzen, gerade unter politischen Gesichtspunkten sehr begreiflich.

Im Einzelnen.

(1) Daß das Sekretariat sich am Bundessitz befindet, ist eine Selbstverständlichkeit. Man wird auch in der Annahme nicht fehl gehen, daß es eine Folge der wachsenden Bedeutung des Sekretariats ist, daß die Tagungen des VBR neuerdings ganz überwiegend in Genf stattfinden, während sie in den ersten Jahren häufiger in anderen Städten abgehalten wurden.

(2) Das Sekretariat ist nicht kollegial, sondern bürokratisch organisiert. Der an der Spitze stehende Generalsekretär ist ihr alleiniger verantwortlicher Leiter. Die übrigen Beamten sind ihm unterstellt. Er wird vom VBR mit Zustimmung der Mehrheit der VBV ernannt und ernennt seinerseits die Beamten, wenngleich mit Zustimmung des VBR. Daß hierbei ebenso wie im dienstlichen Verkehr mit ihnen internationale Rücksichten zu beobachten sind, führt praktisch zweifellos zu kollegialer Erledigung der Geschäfte, vermag aber an der Rechtslage nichts zu ändern.

Der gegenwärtig amtierende GS Sir Eric Drummond (vgl. Kluyver 279) ist von der Pariser Friedenskonferenz ernannt. Erst sein Nachfolger wird sein Amt auf regelmäßigem Wege erlangen. Eine Begrenzung der Amtsdauer ist weder für ihn, noch für die Zukunft festgesetzt. Man wird das Amt daher als lebenslänglich anzusehen haben. Unabsetzbar ist der GS deshalb nicht. Das Schweigen der VBS über diese Frage dürfte nur eine Rücksichtnahme auf die Würde der Stellung bedeuten. Auch würde praktisch ein Absetzungsverfahren nicht in Frage kommen. Vielmehr würde eine sich herausstellende Unzulänglichkeit des GS zu einer diplomatischen Erledigung des Falles führen. Rechtlich aber wäre der GS durch Beschluß des VBR mit Zustimmung der Mehrheit der VBV abzusetzen. Das würde auch für den gegenwärtigen GS gelten, obwohl er nicht von diesen Instanzen ernannt ist.

Die Rechte und Pflichten des GS ergeben sich in erster Reihe aus seiner Stellung als Haupt des Sekretariats. Er hat dieses zu organisieren, seine Arbeit zu

leiten, die Beamten zu ernennen und zu beaufsichtigen. Er hat ferner die gesamten laufenden Geschäfte des VB zu erledigen und zu diesem Zweck die notwendige Verbindung mit den Regierungen der Mitgliedstaaten und ihren Sondervertretungen in Genf aufrechtzuerhalten. Als Sekretär des VBR und der VBV hat er deren Sitzungen vorzubereiten und für die Ausführung ihrer Beschlüsse Sorge zu tragen. Im besonderen hat er die ihm von der VBS und den GO der VBV und des VBR auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Nach VBS Art. 1 Abs. 1 hatte er die Beitrittserklärungen der ehemals Neutralen entgegenzunehmen und den anderen Mitgliedern bekanntzugeben. Gegenwärtig hat er übungsgemäß die Aufnahmegesuche entgegenzunehmen und weiterzuleiten. Nach Art. 15 Abs. 1 hat er Benachrichtigungen über Streitfälle entgegenzunehmen und eine Untersuchung zu veranlassen. Nach Art. 18 hat er die internationalen Verträge zu registrieren und nach Art. 24 Abs. 2 in allen durch allgemeine Abkommen geregelten internationalen Angelegenheiten Unterlagen zu sammeln und sonst Unterstützung zu gewähren.

Nach Art. 6 Abs. 4 ist er GS der VBV. Als solcher hat er nach der GO 1 § 3 die Einberufung vorzubereiten, nach 4 § 1 die Tagesordnung aufzustellen, nach 1 §§ 1, 2 die Anmeldung der Delegierten sowie ihre Vollmachten entgegenzunehmen, nach 4 § 2 der VBV einen Bericht über die Arbeiten des Sekretariats, der tatsächlich mit dem Generalbericht des VBR verbunden wird und über die zur Ausführung der Beschlüsse der VBV getroffenen Maßnahmen zu unterbreiten, nach 9 § 1 das Sekretariat der VBV und ihrer Ausschüsse zu organisieren, nach 9 § 2 und 14 § 8 der VBV und ihren Ausschüssen Bericht über beliebige Verhandlungsgegenstände zu erstatten, nach 11 §1 Eintrittskarten an das Publikum auszugeben und nach 26 den Mitgliedern 14 Tage nach Schluß der VBV die angenommenen Entschließungen zu unterbreiten.

Gleichfalls nach Art. 6 Abs. 4 ist er GS des VBR. Als solcher hat er nach der GO 1 §§ 2, 5 die Einberufung der Tagungen vorzubereiten und vorzu-

nehmen, nach 2 die Tagesordnung aufzustellen, nach 3 dem VBR einen Bericht vorzulegen und nach 7 für die Protokollführung zu sorgen.

Weitere Pflichten organisatorischer Art werden ihm durch die Finanzordnung des VB (s. unten Z. 5) auferlegt, ferner durch die Satzung des StIG (s. unten Art. 14), durch die Bestimmungen des VFrV über das Internationale Arbeitsamt (Art. 398, 399, 405—407, 412, 415, 420), sowie durch eine Reihe von Einzelverträgen, nach denen er Mitteilungen über Ratifizierung, Kündigung, Beitritt weiterer Staaten u. dgl. m. entgegenzunehmen hat (vgl. Schücking-Wehberg 359 f.).

Endlich ist der GS als verantwortlich für die amtlichen Veröffentlichungen des VB anzusehen (s. oben das Quellenverzeichnis).

(3) Das Personal des Sekretariats setzt sich aus den höheren Beamten und den technischen Angestellten zusammen. Diese wie jene werden vom GS mit Zustimmung des VBR ernannt, doch ist die Zustimmung für die Posten mit einem Gehalt bis zu 8000 Franken im voraus durch Beschluß des VBR vom 23. 2. 21 erteilt (JO 21 133). Bei der Auswahl der Bewerber steht dem GS ein Ausschuß mit beratender Stimme zur Seite (vgl. IV. VBV IV. A. 58). Grundsätzlich soll eine gleichmäßige Berücksichtigung der Angehörigen aller Mitgliedstaaten stattfinden, doch ist ein Uebergewicht des englischen und französischen Elements nicht zu verkennen. An der Hand von Vorschlägen eines vom VBR niedergesetzten Ausschusses (JO 21 113 f.) beschloß die II. VBV eine Reihe von Grundsätzen über die Stellung der Bundesbeamten (II. VBV IV. A. 174 f., Pl. 576 f., 595 f.). Danach soll die Dienstzeit des höheren Personals 7 Jahre nicht übersteigen, damit eine Heranziehung der Angehörigen möglichst vieler Mitgliedstaaten möglich werde. Auch die Verträge mit dem Unterpersonal sollen auf 7 Jahre abgeschlossen werden. Doch ist hier eine viermalige Erneuerung statthaft. Als Altersgrenze wurden 55, für Ausnahmefälle 60 Jahre festgesetzt. Die Höhe der Gehälter hat verschiedentlich Widerspruch erregt. Beispielsweise sei erwähnt, daß der GS einschließlich der Repräsentationsgelder 7500 £ erhält, sein Stellvertreter

4000 £, die Untergeneralsekretäre je 3500 £, die Direktoren im Durchschnitt je 53 000 schw. Franken, die Mitglieder der Abteilungen zwischen 16 000 und 28 000 schw. Franken. Ein bestimmter Hundertsatz der Gehälter ist veränderlich und wird entsprechend den Kosten der Lebenshaltung alljährlich neu festgesetzt. Die IV. VBV beschloß die Begründung einer obligatorischen Pensionskasse (IV. A. 90 f., 282 f., Pl. 132 f., 377 f.). Die Arbeitszeit ist auf 42 Wochenstunden festgesetzt. Anspruch auf Heimaturlaub haben die europäischen Beamten alljährlich, die außereuropäischen alle 2 bis 3 Jahre. Alljährlich wird eine Liste des Personals mit Angabe der Gehälter veröffentlicht (vgl. z. B. JO 25 81 f., 26 72 f.).

(4) Die Organisation des Sekretariats ist so gestaltet, daß dem GS ein ständiger Vertreter, zurzeit der Franzose Avenol, sowie zwei Untergeneralsekretäre, zurzeit der Italiener Attolico und der Japaner Nitobé, zur Seite stehen. Die vier obersten Posten befinden sich somit in den Händen von Angehörigen der ständigen Ratsmächte. Es bleibt abzuwarten, ob eine Vermehrung der ständigen Sitze zu einer entsprechenden Vermehrung dieser Posten führt. Im übrigen gliedert sich das Sekretariat in eine Anzahl von Abteilungen, die sich aus Abteilungsmitgliedern, sowie dem sonstigen Personal zusammensetzen und die von einem Direktor oder Abteilungsleiter geleitet werden. An der Spitze zweier Abteilungen, der für geistige Zusammenarbeit und für Rüstungsfragen, stehen die beiden Untergeneralsekretäre. Von den übrigen Abteilungen sind zu nennen die politische unter dem Franzosen Mantoux, die Rechtsabteilung, die bis zur Ernennung des Holländers van Hamel zum VB-Kommissar in Danzig (JO 26 162 f.) von diesem geleitet wurde, die für Wirtschaft und Finanzen unter dem Briten Salter, die für Verwaltungsfragen (Saar, Danzig) und Minderheitenrecht unter dem Norweger Colban, für Mandate unter dem Schweizer Rappard, für Nachrichtendienst unter dem Franzosen Comert, für soziale Fragen und Ueberwachung des Opiumhandels unter der Engländerin Frau Crowdy. Eine Reihe von Abteilungen sind dem innern Dienst gewidmet. Eine

Sonderaufgabe hat das Büro für Latein-Amerika, das am 1. 1. 23 zwecks engerer Gestaltung der Beziehungen zwischen dem VB und den Staaten Südamerikas begründet und durch Beschluß der V. VBV reorganisiert wurde, nachdem man den ursprünglich gehegten Plan, Verbindungsbüros in Südamerika zu errichten, hatte fallen lassen (JO 22 519, 559 f., IV. VBV Pl. 135, V. VBV Pl. 189, 474 f.). Es soll aufhören zu bestehen, wenn jeder Abteilung des Sekretariats ein Südamerikaner als Mitglied angehören wird (vgl. Krabbe bei Munch II 264 f.).

Das Sekretariat unterhält übrigens je ein Büro in London und in Paris. Ihnen gehört jedoch kein höherer Beamter an, und sie bestehen aus sehr wenigen, bescheiden bezahlten Angestellten. Ihre Aufgabe ist die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten, in deren Hauptstädten sie sich befinden. Doch ist das nicht etwa im diplomatischen, sondern im formalen und technischen Sinne zu verstehen (II. VBV IV. A. 180 f., vgl. JO 26 87).

(5) Die Finanzwirtschaft des VB beruht auf Art. 6 Abs. 5 der VBS und einer Finanzordnung, die von der III. VBV beschlossen und von der IV. abgeändert wurde (III. VBV Pl. I 351 f., II 209 f., IV. VBV Pl. 139, 391 f. Wortlaut JO 24 78 f.). Abs. 5 bestimmte ursprünglich, daß die Kosten des VB nach dem Schlüssel des Weltpostvereins umzulegen seien. Um der finanziellen Lage der Mitglieder besser gerecht werden zu können, beschloß die II. VBV den jetzt geltenden Wortlaut (Pl. 885), der am 13. 8. 24 in Kraft trat (JO 25 1578). Nunmehr wurde zunächst alljährlich eine Berechnung unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl und der Staatseinkünfte aufgestellt, von der VI. VBV aber ein Schlüssel für die folgenden 3 Jahre festgestellt (Pl. 141 f., 419 f.). Danach sind im ganzen 937 Einheiten zu erheben, von denen auf England ohne Dominions und Indien 105 entfallen, auf Frankreich 79, auf Italien und Japan je 60. Nur eine Einheit haben zu zahlen von europäischen Staaten Albanien und Luxemburg, sowie die kleinen mittelamerikanischen Republiken. Da das Budget des VB mit rund 25 Millionen schw. Franken zu balancieren pflegt,

beträgt eine Einheit rund 26 000 Franken. Trotzdem ergeben sich nicht ganz selten Rückstände, deren Einhebung Schwierigkeiten verursacht. Auch Gesuche um Nachlaß der Rückstände und Herabsetzung der Quote werden eingebracht (vgl. V. VBV 170 f., 172, 175 f., 453 f., 456 f., 457 f., VI. VBV Pl. 147, 427). Zwangsmittel zur Beitreibung stehen selbstverständlich nicht zur Verfügung, und der Ausschluß nach Art. 16 Abs. 4 kommt hier praktisch wohl nicht in Frage.

Nach den Bestimmungen der Finanzordnung wird das Budget alljährlich für das mit dem bürgerlichen Jahr sich deckende Finanzjahr aufgestellt. Hierbei gelten die allgemein anerkannten technischen Regeln. Es zerfällt in die Voranschläge des Sekretariats nebst den angeschlossenen Organisationen und die der sog. autonomen Organisationen, d. h. des StIG und des Arbeitsamts (8 f.). Die Prüfung der Voranschläge liegt einem besonderen Kontroll-Ausschuß ob, der aus 5 vom VBR ernannten Mitgliedern besteht, die nicht Staatsangehörige der Ratsmächte sein dürfen (1 f.). Der Ausschuß übersendet sie mit seinem Bericht und etwaigen Abänderungsvorschlägen 3 Monate vor der ordentlichen VBV dem VBR und den Bundesmitgliedern. Der VBR seinerseits nimmt zu den Voranschlägen und dem Bericht des Kontroll-Ausschusses Stellung und versendet seine Bemerkungen an die Mitglieder einen Monat vor der VBV. Die VBV überweist das gesamte Material ihrem IV. Ausschuß und beschließt nach Anhörung des Berichts dieses Ausschusses (15 f.). Ihr ist auch über die Durchführung des Budgets Bericht zu erstatten, worauf sie Entlastung erteilt. Die Rechnungslegung erfolgt nach denselben Grundsätzen wie die Aufstellung des Budgets unter Beteiligung des Sekretariats und der autonomen Organisationen, des Kontroll-Ausschusses und eines besondern vom VBR auf je 5 Jahre ernannten Rechnungsprüfers, sowie des IV. Ausschusses (35 f.). (Vgl. V. VBV IV. A. 11 f., Pl. 190 f., 476 f., VI. VBV IV. A. 12 f. Pl. 145 f., 422 f.) Das gesamte Budget wird im Januarheft des JO zum Abdruck gebracht.

Zwecks Ermöglichung der Wirtschaftsführung bis zum Eingang der Mitgliedsbeiträge, die am 1. 4. fällig

werden (21), wird alljährlich eine die Ausgaben übersteigende Summe bewilligt, aus der ein Fonds für Vorschüsse gebildet wird. Dieser Fonds darf jedoch 5 Millionen nicht übersteigen. Die für ihn geleisteten Beiträge werden den Mitgliedern gutgeschrieben, und im Falle ihres Ausscheidens aus dem VB können sie ihren Anteil zurückerhalten (31 f.).

Aenderungen der Finanzordnung erfolgen auf Beschluß der VBV nach Bericht des IV. Ausschusses (51).

Artikel 7.

Der Bundessitz ist in Genf.

Der Rat ist berechtigt, ihn jederzeit an einen beliebigen andern Ort zu verlegen.

Alle Aemter des Bundes oder der ihm angegliederten Dienststellen, einschließlich des Sekretariats, sind in gleicher Weise Männern wie Frauen zugänglich.

Die Vertreter der Bundesmitglieder und die Beamten des Bundes genießen bei Ausübung ihres Amtes die Vorrechte und die Unverletzlichkeit der Diplomaten.

Die dem Bunde, seiner Verwaltung oder seinen Tagungen dienenden Gebäude und Grundstücke sind unverletzlich.

Allgemeines.

Artikel 7 ist weniger straff aufgebaut, als die anderen Artikel der VBS. Er behandelt drei Fragen, die kaum etwas miteinander gemein haben. Allenfalls läßt sich eine logische Verbindungslinie zwischen der Festlegung des Bundessitzes und der Frage der diplomatischen Vorrechte ziehen. Dagegen fehlt es an einer solchen völlig, soweit es um die Gleichberechtigung der Geschlechter geht. Eine Regelung dieser Frage wäre besser in Art. 6 am Platze.

Im Einzelnen.

(1) In den Vorentwürfen war die Frage des Bundessitzes unentschieden geblieben, wohl mit Rücksicht darauf, daß Belgien sich mit französischer Unterstützung darum bewarb, daß Brüssel gewählt

werde. Die Schweiz verhielt sich zurückhaltend und stellte erst auf Anregung der übrigen Neutralen durch eine Note vom 22. 3. 19 Genf zur Verfügung. Am 11. 4. 19 entschied sich der VB-Ausschuß der Friedenskonferenz mit 12 von 18 Stimmen für Genf. Die Uebersiedlung des zuerst in London tätigen Sekretariats erfolgte im Oktober 20 (Kluyver 29, 277 f., Scelle, Le Pacte 221 f., Botschaft d. schweiz. Bundesrats v. 4. 8. 19 47, 343 f., vgl. JO 20 410).

Die dem VBR zuerkannte Befugnis, den Bundessitz zu verlegen, dürfte um so weniger praktische Bedeutung gewinnen, als nach Art. 3 Abs. 2 und Art. 4 Abs. 3 VBV und VBR ohnehin berechtigt sind, wenn die Umstände es erfordern, außerhalb Genfs zusammenzutreten. Die Weigerung Sowjetrußlands, an den Arbeiten des VB teilzunehmen, solange diese in Genf stattfinden, wird schwerlich ins Gewicht fallen.

(2) Die Einfügung von Abs. 3 ist auf den Einfluß von Frauenorganisationen zurückzuführen, deren Vertretung am 10. 4. 19 vom VB-Ausschuß empfangen wurde (Schücking-Wehberg 380). Unter Aemtern des Bundes, auf die die Gleichberechtigung der Geschlechter sich erstreckt, sind, wie der englische Wortlaut mit besonderer Deutlichkeit ergibt, alle Stellungen zu verstehen, die im Rahmen des Bundes ausgeübt werden, vor allem auch die Vertretung der Mitglieder in VBV und VBR. Doch hat es bisher weibliche Vertreter im VBR nicht, in der VBV nur als Stellvertreter gegeben. Solche haben z. B. zur V. VBV Australien, Großbritannien, Norwegen, Rumänien und Schweden entsandt, zur VI. dieselben Staaten und Dänemark. Daneben finden sich Frauen als Sekretäre der Delegationen. Unter den Angestellten des VB halten sich die Geschlechter der Zahl nach ungefähr die Wage, doch befinden sich die höheren Posten durchweg in den Händen von Männern, insbesondere wird von den Abteilungen nur die für soziale Fragen von einer Frau, der Britin Crowdy, geleitet (vgl. die Personalverzeichnisse JO 25 81 f., 26 72 f.).

(3) Die Zuerkennung der diplomatischen Vorrechte an die Vertreter der Bundes-

mitglieder, und zwar sowohl an die Vertreter in VBV und VBR, als auch an die beim VB ständig beglaubigten Vertreter entspricht dem geltenden Völkerrecht, da jene Vertretern auf Kongressen oder Konferenzen, diese diplomatischen Vertretern bei einem Staat gleichzustellen sind. Was die Beamten (agents, officials) des Bundes betrifft, so sind grundsätzlich unter ihnen alle von einem Organ des VB ernannten, in seinem Auftrage und unter seiner Verantwortung tätigen Personen zu verstehen. Praktisch wird jedoch, entsprechend dem geltenden Gesandtschaftsrecht, die Gesamtheit der diplomatischen Vorrechte nur der Beamtenschaft im engern Sinne, nicht aber dem technischen Personal zuzugestehen sein. Eine Besonderheit liegt darin, daß diese Vorrechte auch dem Heimatstaate gegenüber Geltung haben sollen. Entgegen dem Wortlaut des Abs. 4 genießen die Beamten die Vorrechte nicht nur unmittelbar bei Ausübung ihrer Pflichten, sondern während der Dauer ihrer Anstellung. Das ergibt sich aus der Natur der Sache und entspricht dem geltenden Völkerrecht (vgl. Adatci und de Vissher in Annuaire XXXI 1 f., 17 f., 98 f., 179 f.).

In diesem Sinne ist zwischen dem Sekretariat des VB und dem Politischen Departement der Eidgenossenschaft ein Abkommen geschlossen worden, das in einem Schreiben des Departements an den GS vom 19. 7. 21 zusammengefaßt ist (unveröffentlicht, vgl. Schücking-Wehberg 384 f.). Danach wird eine Unterscheidung zwischen öffentlichen Funktionären und sonstigen Angestellten des VB vorgenommen und jenen die volle, diesen eine beschränkte Immunität zuerkannt. Den Beamten schweizerischer Staatsangehörigkeit gegenüber greifen gewisse Beschränkungen Platz.

Umfangreiche Verhandlungen haben wegen der Ausstellung von Pässen an die Beamten des VB stattgefunden. Der Gedanke, die Pässe durch den GS ausstellen zu lassen, wurde fallen gelassen, da die Ausstellung von Pässen ein Hoheitsrecht sei, das den Staaten nicht entzogen werden könne. Im Ergebnis wurde die Ausreichung einer Legitimationskarte beschlossen, auf die hin die zuständige Regierung ge-

halten sein solle, einen Diplomatenpaß auszustellen (I. VBV I. A. 121, 125 f., 127 f., 136, 160, 242 f., Pl. 555 f., II. VBV Pl. 323, 331, III. VBV IV. A. 68, Pl. II 224).

(4) Die Unverletzlichkeit der dem VB, seiner Verwaltung und seinen Tagungen dienenden Gebäude und Grundstücke entspricht dem geltenden Völkerrecht.

Artikel 8.

Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Der Rat entwirft unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.

Mindestens alle zehn Jahre sind diese Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen.

Die auf diese Weise festgesetzte Grenze der Rüstungen darf nach ihrer Annahme durch die verschiedenen Regierungen ohne Zustimmung des Rats nicht überschritten werden.

Da die private Herstellung von Munition und Kriegsgerät schwere Bedenken hervorruft, beauftragen die Bundesmitglieder den Rat, auf Mittel gegen die daraus entspringenden schlimmen Folgen Bedacht zu nehmen, jedoch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bundesmitglieder, die nicht in der Lage sind, die für ihre Sicherheit erforderlichen Mengen an Munition und Kriegsgerät selbst herzustellen.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich, in der offensten und erschöpfendsten Weise alle Auskünfte über den Stand ihrer Rüstungen, über ihr Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsprogramm sowie über die Lage ihrer zu Kriegszwecken verwendbaren Industrien auszutauschen.

Vorbemerkung.

Wenn der VB sein oberstes Ziel in der Friedensbewahrung sehen sollte, mußte ihm auch die Aufgabe gesetzt werden, wenn nicht eine volle Abrüstung, so doch eine weitgehende Beschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Einerseits wäre es nicht zu rechtfertigen gewesen, wenn die Völker die Last der Rüstungen hätten weiter tragen sollen. Andererseits liegt, wenigstens nach pazifistischer Auffassung, im System des Wettrüstens einer der wesentlichsten Anreize zum Krieg. Wilsons Entwürfe sahen denn auch in Art. IV eine Herabsetzung der Rüstungen „auf den niedersten, mit der innern Sicherheit und der gemeinsamen Erzwingung internationaler Verpflichtungen zu vereinbarenden Punkt“ vor. Der Pariser VB-Ausschuß ersetzte jedoch auf japanischen Antrag den Ausdruck „innere Sicherheit“ durch „nationale Sicherheit“ (also Heer statt Polizeitruppe!) und fügte auf französischen Antrag den Vorbehalt des jetzigen Art. 8 Abs. 2 ein, nach dem die geographische Lage eines jeden Staates zu berücksichtigen ist. Dagegen wurden zwei andere französische Anträge abgelehnt, deren erster eine ständige Rüstungskontrolle einführen, während der zweite einen internationalen Generalstab zwecks Vorbereitung von Bundesexekutionen schaffen wollte. (Kluyver 21 f., 36 f., 47, 206. Die englischen Einwände in Commentary 172. Vgl. auch Scelle bei Munch I 116 f.)

Allgemeines.

Die Pariser FrV legten den Mittelmächten eine vollständige, auf die Dauer berechnete Abrüstung auf. Sie wurde (vgl. VFrV, Einl. zu T. V) als Voraussetzung für „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ bezeichnet. Anderseits sieht Art. 1 Abs. 2 der VBS die Festsetzung einer Rüstungsordnung für die nicht ursprünglichen Mitglieder vor. Diese Bestimmung ist tatsächlich angewandt worden (oben Art. 1 Z. 4), obgleich sich unter den betroffenen Staaten keine ernst zu nehmende Militärmacht befand. Im Gegensatz zu diesen Staaten

und den Mittelmächten sind die ursprünglichen Mitglieder ungebunden und die Vorschriften des Art. 8 bilden das alleinige Aequivalent für die jenen auferlegten Beschränkungen. Sie sind jedoch bisher nicht praktisch geworden und der einzige bisher erreichte Fortschritt auf diesem Gebiet ist nicht durch den VB, sondern durch die von den Vereinigten Staaten einberufene Washingtoner Konferenz erzielt worden. Hier wurde am 6. 2. 22 zwischen Nordamerika, England, Japan, Frankreich und Italien eine Herabminderung der maritimen Rüstungen unter Festlegung eines bestimmten Stärkeverhältnisses der Flotten vereinbart (RTr XXV 202 f. vgl. Hollweg in Pol. HWB. II 949 f., Wehberg bei Strupp II 427 f.). Zwei andere, unabhängig vom VB einberufene Abrüstungskonferenzen, nämlich die der vormals russischen Randstaaten, die vom 2. bis 12. 12. 22 in Warschau, und die der zentralamerikanischen Staaten, die von Dezember 22 bis Februar 23 in Washington tagte, verliefen ergebnislos. Im übrigen ist der VB ständig mit der Vorbereitung einer Abrüstung beschäftigt. Das Ziel soll teils durch technische Maßnahmen, noch mehr aber auf dem Umwege über politische Vereinbarungen erreicht werden. Nach dem Scheitern des Genfer Protokolls sind gerade unter diesem Gesichtspunkt die Locarno-Verträge beachtlich, wenngleich nicht zu erwarten ist, daß aus ihnen eine tatsächliche Abrüstung hervorgehen wird (vgl. unten Z. 6 und Art. 10 Z. 3).

Im Einzelnen.

(1) Abs. 1 enthält das Bekenntnis zu dem Grundsatz, daß um der Aufrechterhaltung des Friedens willen eine Herabsetzung der Rüstungen erforderlich ist, schränkt es jedoch zugleich durch den Hinweis auf die nationale Sicherheit und die Erzwingung internationaler Verpflichtungen ein. Für alle drei hier in Frage kommenden Größen fehlt es an jedem objektiven Maßstab (vgl. auch Grabowsky 46 f.). Die Hervorhebung der Pflicht zur Mitwirkung an VB-Exekutionen führt zu dem Schluß, daß der VB Abrüstung unter eine Mindestgrenze zu untersagen hätte, vgl.

auch die Stellungnahme des VB zur Mitgliedschaft der Zwergstaaten (oben Art. 1 Z. 7). Die gegen diesen Schluß vorgebrachten Einwände sind nicht überzeugend (Schücking-Wehberg 400). Wären sie richtig, so käme zum mindesten die Aufrechterhaltung der Rüstung einiger Staaten in Frage, durch die diesen ein mit den Grundgedanken des VB nicht vereinbares Uebergewicht gesichert würde. Allerdings ergibt sich aus Abs. 4, daß die Väter der VBS nur eine Höchstgrenze im Auge gehabt haben (vgl. auch Munch bei Munch I 186 f.). Praktisch dürfte für absehbare Zeit auch nur eine solche in Frage kommen. Außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt jedoch die Notwendigkeit der Festsetzung einer Mindestgrenze nicht, wie z. B. die Abrüstung Dänemarks beweist.

(2) Mit der Verwirklichung des in Abs. 1 aufgestellten Grundsatzes ist allein der VBR ohne Beteiligung der VBV betraut. Die von ihm auszuarbeitenden Abrüstungspläne sollen die Vorbehalte des Abs. 2, nämlich die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse eines jeden Staates berücksichtigen. Eine schematische Herabsetzung der Rüstungen etwa nach der Bevölkerungszahl kommt somit nicht in Frage. Den Regierungen steht die Annahme oder Ablehnung des Planes vollkommen frei und auch die sorgfältigste Berücksichtigung der Vorbehalte, deren Beurteilung stets subjektiv sein wird, kann höchstens zu einer moralischen Erschwerung der Ablehnung führen. Im übrigen ist kaum anzunehmen, daß praktisch ein Abrüstungsplan ohne Zuziehung der beteiligten Regierung ausgearbeitet und ohne ihr Einverständnis ihr formell vorgelegt werden wird. Daher dürfte Abs. 2, wie überhaupt Art. 8 nur in Verbindung mit sonstigen tiefgreifenden politischen Vereinbarungen Bedeutung gewinnen. Vgl. unten Z. 6.

Ist ein Abrüstungsplan angenommen, so darf er nur mit Zustimmung des VBR überschritten werden. Ein dahingehender Beschluß ist mit Stimmeneinheit zu fassen und dürfte nur bei einer Aenderung der innen- und außenpolitischen Lage des betreffenden Staates in Frage kommen. Die übernommene Bindung gilt zunächst für 10 Jahre. Nach Ablauf dieser Frist

ist eine Nachprüfung und nötigenfalls eine Berichtigung vorzunehmen. Gelingt es hierbei nicht, eine Einigung zwischen VBR und Regierung zu erzielen, so müßte nach dem Wortlaut der VBS der alte Plan unabhängig vom Willen der Regierung in Kraft bleiben, eine Rechtslage, die die Neigung zur Annahme von Abrüstungsplänen nicht verstärken wird.

(3) Der VBR hat auf Mittel Bedacht zu nehmen, durch die die unerwünschten Auswirkungen der privaten Rüstungsindustrie beseitigt werden könnten. Die VBS macht sich damit die Lehre von der Kriegstreiberei dieser Industrie zu eigen (vgl. JO 26 220 f.). Von dem ihm zugestandenen Vorschlagsrecht — auch hier ist ihm nur ein solches eingeräumt — zur Bekämpfung dieser Erscheinung hat der VBR bisher keinen Gebrauch gemacht, sich vielmehr auf vorbereitende Untersuchungen beschränkt.

Diese Untersuchungen setzten auf Grund einer Entschließung der I. VBV (Pl. 504 f., 520 f., 524 f.) damit ein, daß der VBR am 25. 2. 21 den Ständigen Rüstungsausschuß beauftragte, die Frage zu prüfen und über sie zu berichten (JO 21 145, 148). In der Folge wurde der Zeitweilige Rüstungsausschuß mit derselben Aufgabe betraut und auch das Sekretariat zur Mitarbeit herangezogen. Das Ergebnis war die Feststellung, daß ein Verbot der privaten Herstellung von Kriegsmaterial nicht durchzuführen wäre und deshalb eine Reglementierung durch internationales Abkommen versucht werden müsse. Hierbei wurde ins Auge gefaßt, die Herstellung ebenso wie die Ein- und Ausfuhr von einer Genehmigung der beteiligten Regierungen abhängig zu machen, die Fabriken zur Veröffentlichung genauer Angaben über ihre Geschäfte zu verpflichten und den an der Herstellung beteiligten Personen gewisse Beschränkungen aufzuerlegen, insbesondere ihnen auch den Besitz von Zeitungen und selbst die Einflußnahme auf Zeitungen zu verbieten (JO 22 316 f., 405, 697 f., 812 f., 982 f.). Die III. VBV regte die Einberufung einer Konferenz an (Pl. 288), die IV. VBV empfahl eine Fortführung der Arbeiten (Pl. 156), die V. drängte wiederum auf den Zusammentritt einer Konferenz (Pl. 185, 230 f., 470 f.), desgleichen die VI. (Pl. 133), die

dem Wunsche Ausdruck gab, daß die Konferenz noch vor der nächsten VBV einberufen werde und daß die Vereinigten Staaten an den Vorarbeiten beteiligt würden. Nunmehr beschloß der VBR, der sich inzwischen fortlaufend mit der Frage beschäftigt und bereits erreicht hatte, daß die Vereinigten Staaten sich an den Sitzungen des Rüstungsausschusses im Februar 24 beteiligten (JO 24 453), die Versendung eines Fragebogens an die Regierungen mit dem Ersuchen, ihn bis zum 1. 6. 26 zu beantworten. Die in ihm enthaltenen Fragen betrafen die Art der Bedenken gegen die private Rüstungsindustrie, die bestehenden Vorschriften und Verwaltungsmaßnahmen, etwaige verfassungsmäßige Hindernisse einer internationalen Regelung und endlich die Vorschläge für eine Neuregelung. Die eingelaufenen Antworten sollen einem dreigliederigen Studienausschuß als Grundlage für den Entwurf eines Abkommens dienen, der einer Konferenz zu unterbreiten ist (JO 26 129, 170 f., 219 f.).

(4) Der Verwirklichung des in Abs. 6 vorgesehenen Nachrichtenaustausches stellten sich ernste Hindernisse entgegen. Die I. VBV regte die Schaffung einer besondern Abteilung im Sekretariat an und warf zugleich die Frage einer Nachprüfung der eingehenden Informationen auf (Pl. 508). An dieser Frage scheiterte begreiflicherweise zunächst die weitere Behandlung der Angelegenheit. Von neuem wurde sie in einer Denkschrift des Sekretariats im Jahre 23 aufgeworfen (JO 23 1032 f.). Auch diese sah eine Nachprüfung vor und verurteilte sich damit selbst zur Ergebnislosigkeit.

Einen gewissen Ersatz bieten die militärstatistischen Veröffentlichungen des VB, durch die freilich die in Abs. 6 angestrebten Ziele nicht erreicht werden. Eine der III. VBV vorgelegte Zusammenstellung über die Militärbudgets für die Jahre 13 und 20/22 wurde nachträglich eingestampft, weil einige Regierungen sich durch sie verletzt fühlten (JO 23 929). Im Jahre 23 gab der Ständige Rüstungsausschuß auf Grund der Antworten, die die Regierungen auf einen von ihm versandten Fragebogen erteilt hatten, zwei Hefte „Enquête Statistique sur les armements natio-

naux" heraus. Am 7. 7. 23 beschloß der VBR die Herausgabe eines militärstatistischen Jahrbuchs (JO 23 929 f.), welchen Beschluß die IV. VBV ausdrücklich billigte (Pl. 156). Der I. Band erschien 24 und wurde von der V. VBV in einer besondern Entschließung begrüßt (Pl. 187 vgl. 473). Die VI. VBV sprach den Wunsch nach Erweiterung des Jahrbuchs aus (Pl. 134, 186).

(5) Abs. 2, der das Kernstück des Art. 8 enthält, faßt zwar eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen ins Auge, will sie aber auf dem Wege von Verhandlungen zwischen VBR und den einzelnen Regierungen verwirklichen. Das ist unmöglich, weil die Rüstungen aller Staaten sich gegenseitig bedingen und ferner weil die Abrüstungsfrage kein selbständiges, vereinzeltes Problem darstellt, sondern nur einen Bestandteil der politischen Gesamtprobleme. Infolgedessen kann sie mit Aussicht auf Erfolg nur von der Gesamtheit der Staaten und nur im Rahmen der Gesamtprobleme behandelt werden. Zu dieser Auffassung hat sich auch der VBR bekehren und damit die vom Art. 8 gewiesenen Wege verlassen müssen, wenn überhaupt etwas erreicht werden sollte.

Die Initiative ergriff übrigens nicht der VBR, sondern die VBV, die bereits in ihrer ersten Tagung infolge eines vom II. Ausschuß befürworteten Vorschlages des Norwegers Lange (I. VBV II. A. 274, 347) den VBR ersuchte, die Regierungen aufzufordern, während der auf die laufende Etatsperiode folgenden zwei Jahre ihre Militärbudgets nicht zu erhöhen. Dieses Ersuchen wurde nicht als Resolution, sondern mit 30 gegen 7 (u. a. Frankreich, Polen, Rumänien) Stimmen als Wunsch angenommen (Pl. 512 f., 534). Der VBR beschloß, ihm nachzukommen (JO 21 148 f.). Darauf liefen im ganzen 33 Antworten ein, von denen 21, wenngleich teilweise mit Vorbehalten verschiedener Art, zustimmend, 11 ablehnend gehalten waren. Nichtsdestoweniger bat die II. VBV den VBR, den Wunsch ihrer Vorgängerin unter Beifügung der Antworten nochmals allen Mitgliedern zu übermitteln (Pl. 648 vgl. JO 22 106). Die III. VBV stellte fest, daß eine Reihe von Staaten ihr Militär-

budget im Jahre 22 verringert hätte und sprach nunmehr den Wunsch aus, die Mitglieder möchten ihr Militärbudget auf den Stand von 1913 zurückführen (Pl. I 237 f., 273 f., 278 f., 287). Der vom VBR um ein Gutachten hierzu ersuchte Zeitweilige Rüstungsausschuß machte Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit dieses Wunsches geltend, weil 1913 die Zeit der stärksten Rüstungen gewesen, unterließ es aber, die erbetenen positiven Gegenvorschläge zu machen, worauf der VBR sich darauf beschränkte, die Ausführungen des Ausschusses der IV. VBV zu unterbreiten (JO 23 427 f., 587, 678, 967). Diese nahm ihrerseits mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Mitglieder mit wenigen Ausnahmen ihre Rüstungen im Laufe der letzten 3 Jahre herabgesetzt hätten, gab dem Wunsche Ausdruck, daß diese Entwicklung fortschreiten möge und bat den VBR, den Mitgliedern zu empfehlen, während der für die Ausarbeitung und Annahme eines allgemeinen Abrüstungsplanes erforderlichen Zeit ihre Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen (Pl. 145 f., 156 vgl. 397 f.). Nach zweimaliger Vertagung beschloß der VBR, das den Mitgliedern zu übermitteln. Doch wurde hervorgehoben, daß sich daraus eine Bindung nicht ergebe und die Vertreter Englands, Italiens und Japans unterstrichen, daß ihre Regierungen nicht in der Lage seien, dem Wunsche der VBV nachzukommen (JO 24 912 f. Vgl. Lange bei Munch II 439 f.).

Die von der IV. VBV gewählte Formel wird nur verständlich, wenn man berücksichtigt, daß inzwischen das sog. Genfer Protokoll auf die Tagesordnung gesetzt war (unten Z. 6) und daß man hoffte, auf dem Umwege über dieses die Abrüstungsfrage zu lösen. Daraus erklärt sich auch der Beschluß der V. VBV, daß eine Erneuerung der die Beschränkung der Rüstungsausgaben betreffenden Empfehlung nicht angebracht sei, da diese Frage einen Teil des Programms der internationalen Abrüstungskonferenz bilden werde (Pl. 230). Damit war der Versuch, die Ziele des Art. 8 auf dem Wege der Budgetbeschränkung zu erreichen, erledigt.

Nur ein Zwischenspiel ohne Folgen rief ein von Lord Esher im Februar 22 dem Zeitweiligen

Rüstungsausschuß vorgelegter Plan hervor, der einen allgemeingültigen Rüstungskoeffizienten festlegen wollte. Er wurde durch eine Entschließung der III. VBV erledigt (Pl. I 61 f., 274).

(6) Das sog. Genfer Protokoll (siehe Anhang Nr. 9) ist das Ergebnis zweier parallel laufenden Bestrebungen, deren eine auf die Sicherung der in den Pariser Friedensschlüssen, vor allem im VFrV festgesetzten Grenzen abzielte, während die andere auf die Herabsetzung der Rüstungen hinarbeitete. Da die Vertreter jener Strömung die Erfüllung ihrer Wünsche zur Voraussetzung ihrer Zustimmung zur Abrüstung machten, ergab sich der Versuch einer Verkoppelung beider Bestrebungen von selbst. Politisch fiel noch ins Gewicht, daß die während der Pariser Friedensverhandlungen von England gemeinsam mit den Vereinigten Staaten Frankreich zugesagten Garantien (vgl. die zwischen diesen drei Staaten abgeschlossenen Verträge v. 28. 6. 19, von denen der englisch-französische auch ratifiziert wurde, aber angesichts der amerikanischen Ablehnung gleichfalls nicht in Kraft trat) infolge des Rückzuges Nordamerikas nicht Gestalt gewonnen hatten, daß daher Frankreich formal einen Anspruch zu erheben hatte und England sich verpflichtet fühlte, für dessen Befriedigung Sorge zu tragen. Daraus erklärt sich auch die englische Initiative in dieser Frage.

Die I. VBV hatte den VBR ersucht, neben dem Ständigen einen Zeitweiligen Ausschuß zwecks Bearbeitung aller die Abrüstung betreffenden Fragen niederzusetzen (II. A. 252, 256 f., 276, 314 f., 341, 343, Pl. 511, 520. Vgl. unten Art. 9 Z. 2). Der VBR war dem nachgekommen (JO 21 147 f.) und nunmehr ersuchte die II. VBV den neuen Ausschuß, seine Abrüstungsvorschläge in Form eines Abkommens vorzulegen (Pl. 647 f.).

Das geschah auf der III. VBV auf Grund von Vorschlägen Lord Robert Cecils, die der Ausschuß sich zu eigen gemacht hatte. Ihnen lag der Gedanke zugrunde, daß Abrüstung und Sicherheitsgarantie verbunden werden müßten, und zwar durch ein System allgemeiner und besonderer Defensivabkommen. Die

III. VBV trat dem bei, ersuchte den VBR, die Meinung der Regierungen darüber einzuholen und beauftragte den Ausschuß, einen ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen (III. A. 55 f., 66 f., 134 f., 141 f., Pl. I 291, II 168 f.). Das geschah unter Zugrundelegung von Entwürfen Lord Cecils und des französischen Obersten Réquin, sowie der Rückäußerungen der Regierungen. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich vor allem über die Frage der Zulässigkeit besonderer Defensivverträge zwischen einzelnen Mächten. Im Ergebnis wurde der IV. VBV der Entwurf eines Vertrages in 19 Artikeln unterbreitet, der, wie es im Vorspruch heißt, „die Anwendung der Art. 10 und 16 der VBS sowie die Verminderung und Begrenzung der Rüstungen gemäß Art. 8 . . . erleichtern soll". Dem Vertrage kann jeder Mitgliedstaat ohne weiteres, jeder andere Staat bei Zustimmung von zwei Dritteln der Vertragsteilhaber beitreten. Ein Angriffskrieg wird für ein internationales Verbrechen erklärt. Im Falle eines Konflikts soll der VBR binnen 4 Tagen entscheiden, wer der Angegriffene ist und nicht wie nach Art. 16 sich auf eine Empfehlung über die zu erweisende Unterstützung beschränken, sondern bindende Festsetzungen darüber treffen. Ergänzungsabkommen defensiven Charakters sind zulässig. Die Teilhaber verpflichten sich angesichts der ihnen gewährten Sicherheit an der Aufstellung eines allgemeinen Rüstungsplanes mitzuarbeiten (IV. VBV III. A. 15 f. u. pass. vgl. Pl. 397 f.). Die Erörterung des Entwurfs in der VBV ergab Meinungsverschiedenheiten und führte zur Annahme einer Entschließung, durch die der VBR ersucht wurde, die Regierungen zu einer Stellungnahme zu veranlassen (Pl. 145 f., 156). Das geschah, doch antworteten trotz wiederholter Mahnung (JO 24 514) im ganzen nur 29 Regierungen (JO 24 453 f., 751 f., 1035 f., 1155 f., 1689 f.). Entschiedene Ablehnung verlautbarten nicht nur die drei außerhalb des VB stehenden Großmächte Deutschland, Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten, sondern auch England, Australien und Kanada sowie einige neutrale Staaten. Selbst die zustimmenden Mächte, wie Frankreich, Japan, Polen u. a., machten eine Reihe von Bedenken geltend, wäh-

rend aus Italiens Antwort sich eine Stellungnahme nicht entnehmen ließ. Dementsprechend verlief denn auch zunächst die Debatte auf der V. VBV. Die Meinungsverschiedenheiten traten in den Vordergrund, und ein Mißerfolg schien unvermeidlich (Pl. 41 f., 45 f., 51, 52 f., 60 f., 68 f., 74 f.). Er wurde jedoch durch eine von England und Frankreich gemeinsam eingebrachte, von Macdonald und Herriot begründete Entschließung verhindert, durch die der I. und III. Ausschuß beauftragt wurden, den Entwurf unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwände auf seine Uebereinstimmung mit der VBS und in der Richtung auf eine Ausdehnung der Schiedsgerichtsbarkeit nachzuprüfen (Pl. 80 f.). Das Ergebnis war eine tiefgreifende Umgestaltung des Entwurfs (I. A. 29 f. u. pass., III. A. 14 f. u. pass., Pl. 483 f., 502 f.). Er brachte nun eine Ausfüllung der Lücken des Art. 15 und suchte eine gerichtliche oder schiedsgerichtliche Entscheidung aller Streitfragen zu sichern (vgl. unten Art. 15 Z. 8). Beibehalten wurde das Entscheidungsrecht des VBR über die Waffenhilfe der Mitglieder im Falle des Art. 16 unter vorheriger Festsetzung der zu stellenden Streitkräfte (vgl. unten Art. 16 Z. 8). Eine Abrüstungskonferenz sollte am 15. 6. 25 zusammentreten. Die am 1. 10. wieder aufgenommene Debatte, der die Berichte von Politis-Griechenland und Benesch-Tschechoslowakei vorangingen, ergab eine weitgehende Uebereinstimmung (Pl. 196 f., 203 f., 214 f., 220 f.) und es wurde von den 48 anwesenden Delegationen in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen, allen Mitgliedern zu empfehlen, den Entwurf auf das ernsthafteste in Erwägung zu ziehen; ihn zur Unterzeichnung auszulegen; den VBR zu ersuchen, einen Ausschuß zwecks Redigierung des Wortlauts der notwendig werdenden Satzungsänderungen niederzusetzen; den VBR zu ersuchen, die Abrüstungskonferenz einzuberufen und ein allgemeines Abrüstungsprogramm vorzubereiten (Pl. 229 f. vgl. die Sonderentschließungen zur Abrüstungskonferenz 230). Am Tage darauf teilte der Präsident der VBV mit, daß 10 Staaten, darunter Frankreich und die 3 slavischen Mächte, das Protokoll bereits gezeichnet hätten. In der Folge kamen noch die Unterschriften von 4

weiteren Staaten hinzu und die Tschechoslowakei meldete die Ratifizierung des Protokolls (JO 24 1687, 1780, 1662 f.).

Inzwischen war jedoch in England das Arbeiterkabinett Macdonald zurückgetreten. Das konservative Kabinett Baldwin beantragte zunächst im VBR eine Vertagung der Beratungen über das Protokoll (JO 25 124 f., 127 f.) und erklärte dann am 12. 3. 25 in ausführlicher Darlegung, daß es im Einverständnis mit den Dominions außer Irland, dessen Auffassung ihm nicht bekannt sei, und mit Indien dem Protokoll nicht beitreten könne (JO 25 446 f. vgl. 1213 f., 1214 f., 1216 f.). In der darauf folgenden Debatte brachte Italien eine Reihe von Vorbehalten vor. Der VBR beschloß, von einer weiteren Behandlung Abstand zu nehmen und der VI. VBV zu berichten (JO 25 461).

Das geschah auf Grund neuer Berichte des I. und III. Ausschusses der VI. VBV (I. A. 20 f. u. pass. III. A. 11 f. u. pass.), die auch den VBR beschäftigten (JO 25 1387 f., 1524 f.). Die VBV ersuchte in einer Entschließung den VBR, die Frage weiter zu studieren und der VII. VBV zu berichten, wies in einer zweiten die Mitglieder auf die Vorteile von Schiedsverträgen hin und bekannte sich in einer dritten von neuem zur Parole: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung. Zugleich begrüßte sie die Locarno-Verträge und ersuchte den VBR, in der Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz fortzufahren (Pl. 117 f., 126 f., 130, 403 f., 405 f.). Der VBR faßte am 12. 12. 25 entsprechende Beschlüsse (JO 26 164 f., 170) und setzte insbesondere einen Ausschuß zwecks Vorbereitung der Abrüstungskonferenz nieder (vgl. unten Art. 9 Z. 2). Ihm sollten außer den Ratsmächten die Vertreter von Bulgarien, Finnland, Holland, Polen, Rumänien, Südslavien einerseits, von Deutschland, Nordamerika, Sowjetrußland, welch letzteres jedoch eine Beteiligung ablehnte (JO 26 538 f., 635 f., 661 f.) andererseits angehören. In der Folge wurde noch die Zuziehung Argentiniens und Chiles beschlossen (JO 26 534 f.). Zugleich wurde ein Fragebogen überwiegend technischen Charakters aufgestellt, der in der 7. und letzten Frage auf den Zusammenhang zwischen Ab-

rüstung und Sicherheit hinwies. Als Zeitpunkt des Zusammentritts wurde der 16. 2. 26 ins Auge gefaßt.

Der Ausschuß trat am 18. 5. 26 in Genf zusammen. Nach allem, was bisher über seine Beratungen bekannt geworden ist, kann ein ersprießliches Ergebnis nicht erwartet werden. Es genüge darauf zu verweisen, daß nach Mehrheitsbeschlüssen, die teils im Ausschuß selbst, teils in den Unterausschüssen gefaßt sind, dem Abrüstungsplan nicht die effektive, sondern die potentielle Kriegsstärke, d. h. die gesamte Leistungskraft des Staats zugrunde gelegt werden soll, daß ferner die ausgebildeten Reserven nicht in die Rechnung einbezogen werden sollen und daß endlich eine Materialabrüstung zu Lande für überflüssig erklärt wurde.

Das Genfer Protokoll ist damit als erledigt anzusehen, wenngleich die in seiner letzten Fassung im Vordergrunde stehende Ausgestaltung der Art. 15 und 16 den VB voraussichtlich noch oft beschäftigen wird. Allerdings ist gerade in dieser Ausgestaltung der letzte Grund des Scheiterns des Genfer Protokolls zu erblicken, da durch sie der VB zu einem die Souveränität seiner Mitglieder erheblich einschränkenden Machtfaktor geworden wäre (vgl. über das Genfer Protokoll auch unten Art. 15 Z. 8 und Art. 16 Z. 8). Nunmehr werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Abrüstungsbestrebungen zunächst im Zusammenhange mit regionalen Sicherheitsverträgen, für die die Locarno-Verträge das Vorbild bieten, verfolgt werden. Ueber die Locarno-Verträge s. unten Art. 10 Z. 3.

(7) Auch auf zwei Sondergebieten war den Abrüstungsbestrebungen des VB Erfolg nicht beschieden.

A. Im Anschluß an die Washingtoner Konferenz (s. oben Allg.) entstand der Plan, deren Grundsätze über die Abrüstung zur See auf den VB auszudehnen. Auf Anregung des Zeitweiligen Rüstungsausschusses empfahl die III. VBV dem VBR zu diesem Behuf eine Konferenz einzuberufen (Pl. I 241, 256, 259, 274, 290, II 23, 94, 167). Der VBR zog es jedoch vor, eine erweiterte Tagung des Marine-Unterausschusses des Zeitw. Rüstungsausschusses unter Zuziehung sowohl von Mitgliedern, als auch von Nichtmitgliedern auf den 14. 2. 24 in Rom anzuberaumen (JO 23 210,

294, 1318, 1476; 24 372). Die Verhandlungen verliefen, nicht zuletzt infolge der Haltung Sowjetrußlands, ergebnislos (JO 24 697 f., 699 f.) und der VBR begnügte sich damit, an die V. VBV zu berichten (Pl. 259 f., 340 f.).

B. Die Frage eines Verbots des Gaskrieges bildete wiederholt den Gegenstand von Verhandlungen innerhalb des VB, die jedoch zunächst nur zur Aeußerung platonischer Wünsche führten. So rief die II. VBV die Gelehrten der ganzen Welt auf, ihre einschlägigen Erfindungen zu veröffentlichen, um dadurch deren Anwendung im Kriege unmöglich zu machen (I. A. 336 f., Pl. 648, 654 f.). Die III. VBV wiederum verfügte die Veröffentlichung eines Berichts über die Schrecken eines künftigen Gaskrieges (Pl. I 288, II 165 f.) und die IV. schloß sich dem an (Pl. 156). Parallel damit liefen jedoch Bestrebungen, die auf einen greifbaren Erfolg abzielten. Auf der Washingtoner Konferenz war am 6. 2. 22 auch ein Abkommen geschlossen worden, durch das die Signatarmächte ein allgemeines Verbot des Gaskrieges anerkannten (das übrigens von Frankreich bisher nicht ratifiziert und daher nicht in Kraft getreten ist), worauf die III. VBV den Beitritt empfahl (Pl. 288) und der VBR beschloß, diese Frage auf die Tagesordnung der einzuberufenden Konferenz (s. oben A) zu setzen (JO 23 195, 209 f.). Nachdem der Zusammentritt dieser Konferenz nicht mehr in Betracht kam, gelangte die Frage des Gaskrieges auf der Genfer Waffenhandelskonferenz im Juni 25 (vgl. unten Art. 23 Z. 5) zur Behandlung und führte am 17. 6. 25 zu einem Protokoll, in dem die Signatarmächte, darunter Deutschland, die Vereinigten Staaten und die Türkei, ein Verbot des Gaskrieges und auch des bakteriologischen Krieges anerkannten (JO 25 1158 f.). Das Protokoll ist bisher einzig und allein von Schweden ratifiziert (JO 25 1573 f., 26 371, 648).

(8) Dem allgemeinen Mißerfolge der Abrüstungsbestrebungen stehen die zwei Mächtegruppen auferlegten Rüstungsbeschränkungen gegenüber. Erstens haben sich die nicht ursprünglichen Mitglieder des VB nach Art. 1 Abs. 2 einer vom VBR festgesetzten Rüstungsordnung unterworfen (vgl.

oben Art. 1 Z. 4). Eine förmliche Kontrolle über die Einhaltung besteht jedoch nicht, ebensowenig wie etwas über die Folgen einer Verletzung festgesetzt ist. Gegebenenfalls würde somit der VBR als Urheber der Rüstungsordnung über die Maßnahmen zu ihrer Aufrechterhaltung zu befinden haben. Zweitens ist den Mittelmächten durch die Pariser FrV eine Herabminderung ihrer Rüstungen auferlegt, die einer völligen Abrüstung gleichkommt. Auch liegt ihnen die Verpflichtung ob, jede Untersuchung ihres Rüstungsstandes zu dulden, die vom VBR durch Mehrheitsbeschluß verfügt werden würde (VFrV 213, StGFrV 159, TrFrV 143, NFrV 104). Dieses sog. Investigationsrecht hat den VB schon in der ersten Zeit seines Bestehens beschäftigt und bereits am 19. 5. 20 erstattete Bourgeois-Frankreich dem VBR darüber Bericht (JO 20 131 f. Vgl. im übrigen über die Geschichte der Frage das Memorandum des GS v. 17. 6. 24 in JO 24 1010 f.). Da jedoch Einverständnis darüber bestand, daß eine Ausübung des Investigationsrechts nicht vor der Beendigung der den Mittelmächten auferlegten interalliierten Militärkontrolle in Frage komme, setzte die praktische Behandlung der Angelegenheit erst im Juni 24 auf englischen Antrag ein (JO 24 920 f.). Dem Ständigen Rüstungsausschuß wurde der Auftrag erteilt, den Entwurf einer Investigationsordnung auszuarbeiten. Zugleich wurde ein Juristen-Ausschuß um ein Gutachten darüber ersucht, ob Oesterreich, Ungarn, Bulgarien einerseits, Rumänien, Südslavien, Griechenland anderseits beanspruchen könnten, gemäß Art. 4 Abs. 5 zur Teilnahme an den Beratungen zugelassen zu werden. Das Gutachten verneinte diese Frage und der VBR beschloß demgemäß, nicht ohne daß Meinungsverschiedenheiten, namentlich zwischen Lord Parmoor und Briand entstanden wären (JO 24 1315 f.). Nach eingehender Beratung (JO 24 1324 f., 1340 f., 1342 f., 1348 f.) wurde am 27. 9. 24 der endgültige Text der Investigationsordnung angenommen (JO 24 1592 f. vgl. 1658; 25 609 f., auch 24 1587 f.). Der GS wurde mit der Ausarbeitung eines Memorandums über die von den Mittelmächten zu ergreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen betraut, durch die die Durchfüh-

rung der Ordnung zu sichern wäre. Doch wurde hernach von einem Eingehen auf diese Frage abgesehen und den Mittelmächten die Ordnung mit einem Begleitschreiben zur Kenntnis gebracht, das die Bindung der Mittelmächte unterstrich (JO 25 489 f., 608 f., 863 f.). Durch Schreiben vom 12. 1. 26 an den GS erhob Deutschland Einspruch. Ob die andern Mittelmächte das gleiche getan haben, ist nicht bekannt.

Die Ordnung vom 27. 9. 24 bestimmt, daß die Investigationen sich auf die Entmilitarisierung der in den FrV vorgesehenen Gebiete und auf alle Bestimmungen dieser Verträge über Militär, Marine und Luftschiffahrt beziehen. Ueber die Ausübung des Investigationsrechts beschließt der VBR. Einen dahin zielenden Antrag kann jedes Mitglied des VB stellen. Die Vorbereitung der vom VBR beschlossenen Investigationen liegt dem Ständigen Rüstungsausschuß ob, in dem, soweit es sich um eine Investigation handelt, jeder Nachbarstaat der betroffenen Mittelmacht eine Vertretung erhält. Der Ausschuß hat dem VBR alljährlich ein Programm der vorzunehmenden Investigationen zu unterbreiten, das im Laufe des Jahres ergänzt werden kann. Der Ausschuß legt dem VBR eine Liste von Sachverständigen vor, aus denen Investigationsausschüsse gebildet werden. Jedem dieser Ausschüsse gehören Vertreter aller Ratsmächte an. Befindet sich unter diesen kein vormals neutraler oder kein Nachbarstaat der betroffenen Mittelmacht, so findet eine Ergänzung des Investigationsausschusses statt. Die Leitung der Investigationen liegt den vom VBR zu ernennenden Vorsitzenden der Ausschüsse ob. Mit der Ausführung der Investigation an Ort und Stelle werden Gruppen von mindestens 3 Mitgliedern eines Investigationsausschusses betraut. In den entmilitarisierten Zonen können auf Verfügung des Präsidenten und mit Zustimmung des VBR ständige Organe der Investigationsausschüsse niedergesetzt werden. Die Ausschüsse sammeln nur Material. Ihre Präsidenten berichten an den VBR und an den Ständigen Rüstungsausschuß, der dem VBR sein Gutachten über die Berichte erstattet.

Es kann streitig erscheinen, wieweit diese Ordnung mit den Bestimmungen der FrV übereinstimmt, da diese

eine dauernde Kontrolle durch ständige Organe nicht vorsehen. Keinesfalls entspricht es dem Wesen eines VB, eine solche Kontrolle über einzelne seiner Mitglieder auszuüben, während im übrigen nur einigen militärisch bedeutungslosen kleineren Mächten gewisse Bindungen auferlegt sind, ohne daß jedoch von einer Kontrolle die Rede wäre, gerade die großen und mittleren Militärstaaten dagegen in ihren Rüstungen grundsätzlich unbeschränkt sind und selbst für den Fall künftiger, freiwillig übernommener Beschränkungen einer Kontrolle nicht unterliegen.

Artikel 9.

Zwecks Beratung des Rates bei der Ausführung der Bestimmungen der Artikel 1 und 8, sowie allgemein in Heeres-, Flotten- und Luftschiffahrtsfragen wird ein Ständiger Ausschuß niedergesetzt.

Allgemeines.

Der durch Art. 9 ins Leben gerufene Ständige Ausschuß, amtlich meist als Ständiger Beratender Ausschuß, hier als Ständiger Rüstungsausschuß bezeichnet, stellt sich in seiner Zusammensetzung und Wirksamkeit bis zu gewissem Grade als Ersatz des von Frankreich vergeblich geforderten VB-Generalstabs dar (s. Commentary 172, vgl. II. VBV Pl. 658, auch v. Bülow 81). Es ist verständlich, daß neben ihm sehr bald ein Zeitweiliger Rüstungsausschuß geschaffen wurde, der im Gegensatz zu ihm nicht militärischen Charakter trug. An die Stelle dieses zweiten Ausschusses ist in jüngster Zeit der Ausschuß zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz getreten. Wenn die Führung in der Abrüstungsfrage nunmehr an diesen übergegangen ist, so ist das auch formell dadurch gerechtfertigt, daß die Abrüstung gegenwärtig nur noch in sehr unerheblichem Maße durch die Regeln des Art. 8 bestimmt wird.

Im Einzelnen.

(1) Der Ständige Ausschuß ist nur Hilfsorgan des VBR. Dieser kann ihn in militärischen

Fragen zu Rate ziehen und soll es auch nach dem Willen der VBS. Der Ausschuß hat aber keinen Anspruch darauf gehört zu werden und ein ohne Befragung des Ausschusses über militärische Fragen gefaßter Beschluß des VBR ist darum nicht weniger rechtsgültig.

Der Ausschuß soll befragt werden, wenn es sich um die Festsetzung der Rüstungsordnung neuer Mitglieder nach Art. 1 Abs. 2 oder um eine der in Art. 8 geregelten Angelegenheiten (Abrüstungspläne, Nachprüfung oder Ueberschreitung derselben, private Herstellung von Kriegsmaterial, Nachrichtenaustausch) handelt, ferner bei der Bundesexekution nach Art. 16 f., bei der Beaufsichtigung des Waffenhandels nach Art. 23 d und bei der Investigation gegenüber den Mittelmächten, endlich bei allen sonst auftauchenden militärischen Fragen.

Die Niedersetzung des Ausschusses wurde vom VBR am 10. 5. 20 beschlossen und zugleich eine Satzung angenommen, die seinen Bestand und seine Tätigkeit regelte (JO 20 134 f. vgl. 347 f., Nov./Dez. 20 37 f.; 21 187 f.; 22 553, 700). Jede Ratsmacht entsendet 1—3 Vertreter, die zusammen 1 Stimme haben, andere Mächte werden nach den Grundsätzen des Art. 4 Abs. 5 zugezogen. Es werden 3 Unterausschüsse für Land-, See- und Luftfragen gebildet, deren Vorsitzende nach einem Rotationssystem gewählt werden und ihrerseits den Vorsitzenden des Gesamtausschusses wählen. Tagungen treten auf Verlangen des VBR oder eines Ausschußmitgliedes zusammen. Die Gutachten der Unterausschüsse werden durch den Gesamtausschuß dem VBR zugeleitet, können ihm aber ausnahmsweise unmittelbar vorgelegt werden.

Gelegentlich der Niedersetzung des Ausschusses wurde hervorgehoben, daß er aus Vertretern der Regierungen und ihrer Generalstäbe zusammenzusetzen sei und angesichts des von ihm geforderten Sachverständnisses in militärischen Fragen versteht es sich von selbst, daß er aus Militärs besteht. Auch gelten seine Mitglieder nicht als Beamte des VB, werden vielmehr von ihren Regierungen besoldet.

Auf der II. VBV wurde das Ausbleiben positiver

Leistungen des Ausschusses scharf kritisiert (Pl. 65, 234, 266 vgl. JO 21 1134 f.).

(2) Auf Anregung des Norwegers Lange, die von der II. VBV aufgegriffen wurde (II. A. 252, 256 f., 276, 314 f., 341, 343, Pl. 511, 520), beschloß der VBR am 25. 2. 21 (JO 21 147 f., vgl. 743; 22 381, 383; 23 236), einen Zeitweiligen Rüstungsausschuß niederzusetzen, in dem neben den militärischen die politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte zur Geltung kommen sollten. Ihm gehörten außer 6 Vertretern des Ständigen Ausschusses 14 vom VBR und 10 vom Finanz- und Wirtschaftsausschuß und von der Arbeitsorganisation zu ernennende Sachverständige an. Der Vorsitz wurde Viviani-Frankreich übertragen, nach dessen Rücktritt Ende 23 ein neuer Vorsitzender nicht mehr ernannt wurde (JO 24 513). Die Zuständigkeit dieses Ausschusses unterschied sich nicht von der des Ständigen und die Tätigkeit beider lief parallel. Daher forderte die IV. VBV den VBR auf, für eine Zusammenarbeit beider Ausschüsse Sorge zu tragen (Pl. 156) und die V. VBV machte in dieser Richtung positive Vorschläge (Pl. 186, 471 f.). Nunmehr nahm der VBR diese Aufgabe ernstlich in Angriff und begründete zunächst einen Koordinationsausschuß, der an die Stelle des Zeitweiligen Rüstungsausschusses trat (JO 24 1379 f. vgl. 1638). Im Ergebnis entstand ein Ausschuß zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz, welcher Bezeichnung, da Abrüstung sowohl Beseitigung, als Beschränkung der Rüstungen bedeuten könne, zur Vermeidung von Mißverständnissen der Zusatz: „beauftragt mit der Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen“ hinzugefügt wurde (JO 25 130, 132, 139, 443 f., 554 f., 26 164 f., 218 f.). Ueber Zusammensetzung und Aufgaben s. oben Art. 8 Z. 6.

(3) Die für die Ständige und Zeitweilige Rüstungskommission geschaffenen Sekretariate sind zu einer besondern Abteilung im Generalsekretariat vereinigt, die gegenwärtig unter der Leitung des Untergeneralsekretärs Attolico-Italien steht (JO 25 91, 26 86).

Artikel 10.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Unversehrtheit des Gebiets und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußern Angriff zu wahren. Im Falle eines Angriffs, der Bedrohung mit einem Angriff oder einer Angriffsgefahr nimmt der Rat auf die Mittel zur Durchführung dieser Verpflichtung Bedacht.

Allgemeines.

Wie nach jedem großen Kriege hat sich nach dem Weltkriege das Bestreben kundgetan, eine endgültige Regelung der politischen Verhältnisse herbeizuführen. Dieses Bestreben und der Glaube, daß es verwirklicht werden könne, haben der VBS ihren Stempel aufgedrückt und insbesondere den Art. 10 geschaffen. Damit ist der VB in den Dienst der Aufrechterhaltung des Besitzstandes der Pariser FrV gestellt. Das ist in um so höherem Grade der Fall, als die in Art. 19 vorgesehene Möglichkeit der Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge praktisch bedeutungslos ist (vgl. unten Art. 19 Z. 2. A. M. Commentary 172, Annuaire XXX 23 f., 45 f., 308 f., 383 f.). Daher ist Rolin zuzustimmen, wenn er hervorhebt, daß Art. 10 die beherrschende Stellung in der VBS einnehme und daß er für die öffentliche Meinung der Welt die Quintessenz der VBS darstelle (bei Munch II 453 f.). Eine Einschränkung ist nur in dem Sinne am Platz, daß neben der Wahrung des Pariser Besitzstandes die dem VB in Art. 11 f. zum Ziele gesetzte Friedensbewahrung steht.

Im Einzelnen.

(1) Art. 10 legt den Bundesmitgliedern die doppelte Verpflichtung auf, selbst nichts gegen die Unversehrtheit des Gebiets und die politische Unabhängigkeit der anderen Mitglieder zu unternehmen und keinen gegen diese Güter gerichteten Angriff seitens eines andern Staats, gleichviel ob Mitglied oder nicht, zu dulden. Hierbei handelt es sich zunächst nicht um Unterlassung eines kriegerischen

Angriffs oder Abwehr eines solchen. Soweit ein Krieg satzungsgemäß zulässig ist (vgl. unten Art. 15 Z. 6), wird er auch durch Art. 10 nicht untersagt. Dieser spricht kein Kriegs-Verbot, sondern ein Eroberungs-Verbot aus, das sich sowohl auf die teilweise, als auch auf die völlige Aneignung fremden Staatsgebiets erstreckt. Er schützt nicht die Unverletzlichkeit, sondern die Unversehrtheit des Territoriums der Mitglieder. Somit ist das Schwergewicht seiner Bedeutung in den Augenblick des Friedensschlusses zu verlegen. Vorher werden Annexionsabsichten sich nur ausnahmsweise mit Sicherheit feststellen lassen. Infolgedessen wird gegebenenfalls die Verpflichtung zur Hilfeleistung einerseits, der Anspruch darauf anderseits sich bei Kriegsausbruch weniger auf Art. 10, als auf Art. 16 zu stützen haben. Freilich sieht Satz 2 auch die Bedrohung mit einem Angriff und eine Angriffsgefahr vor. Das kann nur für die Ausnahmefälle gelten, in denen die Eroberungsabsichten des einen Teils von vornherein außer Zweifel stehen. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß dadurch dem von politischen Erwägungen geleiteten Ermessen des VBR und der einzelnen Bundesmitglieder weiter Spielraum gegeben wird.

Art. 10 richtet sich nur gegen gewaltsame Aenderung des Gebietsstandes und gewaltsame Beseitigung der Unabhängigkeit. Gebietsabtretungen, die freiwillig, sei es im Austausch, sei es gegen die Gewährung anderweiter Vorteile, vollzogen werden, sind nicht untersagt. Dasselbe gilt für einen freiwilligen Verzicht auf die politische Unabhängigkeit. Ein dritter Staat, dessen Interessen derartige Vereinbarungen zuwiderlaufen, kann weder selbst unter Berufung auf Art. 10 einschreiten, noch ein Eingreifen des VB verlangen. Die Voraussetzung für das Wirksamwerden des Art. 10 ist deshalb ein Hilfegesuch des betroffenen Mitgliedes. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland könnte deshalb nicht aus Art. 10 der VBS, sondern nur aus Art. 88 des VFrV bekämpft werden.

Fraglich kann scheinen, ob und wieweit auch die Anwendung anderer als kriegerischer Mittel, z. B. wirt

schaftlicher Druck, durch den eine Gebietsabtretung erzwungen werden soll, unter Art. 10 fällt. Wortlaut und Sinn des Art. 10 stehen einer Bejahung nicht entgegen.

Nur äußere Angriffe rufen den VB auf den Plan. Zur Hilfeleistung gegen innere Aufstände, die eine Gebietsabtrennung bezwecken, ist er dagegen weder verpflichtet, noch auch berechtigt. (Vgl. auch Commentary 172.) Schwierigkeiten können hier entstehen, wenn ein Aufstand letzten Endes auf die Angliederung des revolutionierten Gebiets an einen andern Staat hinzielt und wenn er von diesem Staat insgeheim unterstützt wird.

Im Schrifttum (Rolin bei Munch II 469 f., Schücking-Wehberg 463) wird Gewicht darauf gelegt, daß der Schutz der „bestehenden" politischen Unabhängigkeit sich nicht auf die Zeit der Gründung des VB, sondern auf die Zeit des Angriffs bezieht. Das dürfte selbstverständlich sein, praktisch aber keinen Unterschied machen.

(2) Die Frage nach Art und Umfang der Hilfeleistung ist im VB eingehend erörtert worden. Den Ausgangspunkt bildete ein bei der I. VBV eingebrachter Antrag Kanadas auf Streichung des Art. 10, da er den gegenwärtigen Besitzstand verewigen wolle und den Mitgliedern die absolute Verpflichtung auferlege, sich dafür einzusetzen. Der Antrag wurde an einen vom VBR einzusetzenden Ausschuß für Satzungsänderungen überwiesen (Pl. 275, 279 f.), der zu dem Schluß gelangte, daß Art. 10 nur gewaltsame Aenderungen des Besitzstandes untersage und daß bei seiner Anwendung den Art. 11—13, 15—17 und 19 Rechnung zu tragen sei. Dieser Auffassung schloß sich der Unterausschuß des I. Ausschusses der II. VBV an (I. A. 191 f.), der Ausschuß selbst jedoch empfahl dem Plenum eine Vertagung, die denn auch beschlossen wurde (I. A. 107 f., Pl. 693 f., 833 f.). Im I. Ausschuß der III. VBV beantragte Kanada statt einer Streichung eine Ergänzung des Art. 10. Es sollte einerseits der VBR angewiesen werden, den besonderen politischen und geographischen Verhältnissen der zur Hilfeleistung verpflichteten Staaten Rechnung zu tragen und anderer-

seits sollte diesen freie Hand gegenüber den Empfehlungen des VBR gesichert werden (I. A. 22 f., 31, 35 f., 94 f.). Die III. VBV beschloß daraufhin wieder eine Vertagung und beauftragte den VBR mit dem weiteren Studium der Frage (Pl. I 210 f.). Das Ergebnis war nach einer Rundfrage bei den Regierungen (JO 23 1286, 1424 f.) und eingehenden Ausschußberatungen (IV. VBV I. A. 11 f., 14 f., 24 f.), daß auf der IV. VBV über eine Entschließung abgestimmt wurde, die, um die Schwierigkeiten einer Satzungsänderung zu umgehen, als Auslegung des Art. 10 gefaßt war und dem kanadischen Antrage entsprach. Insbesondere wurde anerkannt, daß jedes Mitglied selbst zu entscheiden habe, in welchem Umfang es gehalten sei, die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus Art. 10 mit seinen Streitkräften zu sichern. Daneben wurde hervorgehoben, daß der Empfehlung des VBR die größte Bedeutung beizumessen sei. Für die Entschließung stimmten 29 Staaten, dagegen 1 (Persien, dessen Vertreter der Empfehlung des VBR bindende Kraft beilegen wollte; vgl. Pl. 81), während 23 Staaten fehlten oder sich enthielten. Daraufhin erklärte der Präsident der VBV, daß die Entschließung nicht angenommen sei, daß er sie aber auch nicht als abgelehnt bezeichnen wolle, damit nicht der Schluß gezogen würde, daß die VBV sich zu der entgegengesetzten Meinung bekannt habe (Pl. 75 f., 86, vgl. JO 24 822).

Für die Entschließung hatten auch die vier ständigen Ratsmitglieder gestimmt, ebenso die englischen Dominions und Indien. Der Stimme enthalten hatten sich neben den drei slawischen Staaten und Rumänien die europäischen und amerikanischen Kleinstaaten. Verhindert aber wurde die Annahme nur durch die Stimme Persiens. Es ist danach anzunehmen, daß im Ernstfalle Art. 10 so ausgelegt werden wird, wie es in der Entschließung geschah, es sei denn — dieser Vorbehalt muß hier wie immer gemacht werden — daß die politische Lage zu einer Sinnesänderung der maßgebenden Mächte führt.

Unabhängig davon entspricht gerade diese Auslegung dem Geiste der VBS, so wie er gegenwärtig besteht, insbesondere auch der Stellung, die dem VBR

zugewiesen ist (a. M. Schücking-Wehberg 465). Der VBR hat auf die Mittel Bedacht zu nehmen, die im Falle des Art. 10 anzuwenden sind. Soweit es sich um Kriegsgefahr oder Kriegsdrohung handelt, wird er, da eine Ueberweisung an den StIG oder ein Schiedsgericht kaum in Frage kommt, eine Vermittlung nach Art. 15 anzustreben haben. Mißlingt das oder ist der Krieg ausgebrochen, bevor er eingreifen konnte, so wird er nur nach Art. 16 oder 17 Abs. 3 handeln können. M. a. W. er wird den Mitgliedern empfehlen, die Bundesexekution in Gang zu setzen. Diese Empfehlung aber ist nur in beschränktem Maße bindend (s. unten Art. 16 Z. 3). Fraglich ist auch, wieweit die Mitglieder verpflichtet sind, nach den Vorschriften des Art. 16 Abs. 1 die wirtschaftlichen Beziehungen zum Angreifer abzubrechen. Die II. VBV hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die einschlägigen Bestimmungen nur in den vom Art. 16 speziell ins Auge gefaßten Fällen anzuwenden seien (Pl. 736 f., 802 f., 796 f.). Logisch wird man die Frage trotzdem bejahen müssen. Die Folge jener Entschließung wird jedoch wahrscheinlich sein, daß die Mitglieder auch hier das Recht der Entscheidung für sich in Anspruch nehmen.

Da Art. 10 nicht nur den VBR zum Handeln verpflichtet, sondern auch den Mitgliedern unmittelbare Pflichten auferlegt, ist jedes von ihnen verpflichtet und berechtigt, gegebenenfalls von sich aus einzugreifen. Das ist namentlich dann der Fall, wenn ein gemeinsames Vorgehen unter Führung des VBR nicht zustande kommt. Es ist jedoch zweifelhaft, ob das noch als völkerbundliche Aktion anzusehen wäre, auch wenn es zur Wahrung des Besitzstandes oder der Unabhängigkeit eines Bundesmitgliedes geschieht. Kennt doch die Geschichte eine Reihe von Fällen des Zusammenschlusses anfänglich neutraler Staaten gegen den Sieger (St. Stefano, Shimonoseki), von denen sich der hier vorausgesetzte Fall in nichts unterscheiden würde.

(3) Eine sehr wesentliche Verstärkung hat der Grundgedanke des Art. 10 durch die sog. Locarno-Verträge vom 1. 12. 25 erhalten. Ausgehend von der Befürchtung, daß das Scheitern des Genfer Pro-

tokolls (vgl. oben Art. 8 Z. 6) ein gegen Deutschland gerichtetes englisch-französisches Bündnis zur Folge haben würde, welche Befürchtung irrig war, wie sich insbesondere aus der Begründung, mit der die englischen Dominions den Beitritt zum Protokoll ablehnten (JO 25 1213 f., 1214 f., 1216 f.) und aus den Erklärungen Briands in seiner Kammerrede vom 1. 3. 26 (JO de la Rép. Franç. 26 Nr. 36 1090 Sp. 3, s. auch seine Zwischenrufe 1085 Sp. 2) ergibt, regte der deutsche Außenminister Stresemann im Februar 25 den Abschluß von Verträgen zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien anderseits an, durch die die gegenwärtigen Grenzen gesichert werden sollten. Im Ergebnis kam es zu den am 16. 10. in Locarno paraphierten, am 1. 12. 25 in London unterzeichneten Verträgen (s. Anhang Nr. 10). Der erste unter ihnen (ursprünglich Anl. A zum Schlußprotokoll von Locarno) gewährleistet die Unverletzlichkeit der Versailler Grenzen zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien andererseits. Streitigkeiten sollen einem Schiedsgericht oder einem Vergleichsausschuß unterbreitet werden. Die vertragschließenden Parteien, nämlich Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, garantieren den Vertrag und verpflichten sich im Falle einer Verletzung zur Hilfeleistung. Der Vertrag bleibt in Kraft, bis der VBR mit Zweidrittel-Mehrheit feststellt, daß der VB den Parteien hinreichende Garantie bietet. Der zweite und dritte Vertrag (Anl. B und C) regeln übereinstimmend das Schieds- und Vergleichsverfahren zwischen Deutschland einerseits, Frankreich und Belgien andererseits. Der vierte und fünfte Vertrag (Anl. D und E) enthalten ein gleiches Schieds- und Vergleichsabkommen zwischen Deutschland einerseits, Polen und der Tschechoslowakei andererseits, wobei im Vorspruch ausdrücklich hervorgehoben ist, daß die Parteien einig darin seien, „daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können". Auch diese Worte können nur als Gewährleistung des gegenseitigen Besitzstandes ausgelegt werden. Der selbstverständliche Vorbehalt, daß eine Aenderung des Besitzstandes durch gütliche Vereinbarung zulässig ist, hat allenfalls theoretische Bedeutung. Die

Verträge treten mit der Aufnahme Deutschlands in den VB in Kraft. Juristisch betrachtet, wird angesichts des Art. 10 in demselben Augenblick die Gewährleistung inhaltlos, politisch dagegen ist sie als gewichtige Verstärkung des Art. 10 anzusehen (über Anl. F. s. unten Art. 16 Z. 3, über das Schlichtungsverfahren Art. 15 Z. 5).

(4) In der Praxis ist eine Berufung auf den Art. 10 bisher erst einmal vorgekommen, und zwar in dem Appell, den Bulgarien am 22. 10. 25 aus Anlaß seines Konflikts mit Griechenland an den VBR richtete (vgl. unten Art. 11 Z. 4 E). In dem dadurch hervorgerufenen Verfahren ist jedoch auf diesen Artikel nicht mehr Bezug genommen worden. Es erscheint auch fraglich, wieweit eine Verletzung gerade seiner Bestimmungen gegeben war. Fehlt es doch an Anhaltspunkten dafür, daß Griechenland beabsichtigte, sich bulgarisches Gebiet anzueignen oder Bulgariens politische Unabhängigkeit anzutasten. Die Unverletzlichkeit des Gebiets aber wird durch Art. 10 nicht gewährleistet (oben Z. 1). Aus dieser beschränkten Bedeutung des Art. 10 erklärt es sich wohl auch, daß Griechenland seinerseits sich im Korfu-Falle (unten Art. 15 Z. 9 Q) nicht auf ihn berufen hat. Zwar war griechisches Gebiet von italienischen Truppen besetzt worden. Aber Italien hatte ausdrücklich erklärt, daß es nur eine Pfandnahme zwecks Sicherung seiner Ansprüche auf Schadenersatz beabsichtige. Dagegen ist anzunehmen, daß die im Wortlaut noch nicht vorliegende, vom 19. 7. 26 datierte Beschwerde Abessiniens über das englisch-italienische Abkommen über die beiderseitigen Einflußsphären in Abessinien sich ausdrücklich oder stillschweigend auf Art. 10 stützt, da ein Eingreifen des VB nur unter der Voraussetzung möglich wäre, daß das Abkommen die Unabhängigkeit Abessiniens gefährdet.

Artikel 11.

Ausdrücklich wird festgestellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, gleichviel, ob dadurch ein Bundesmitglied unmittelbar betroffen wird oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist und daß

dieser die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. In einem solchen Falle beruft der Generalsekretär auf Antrag eines jeden Bundesmitgliedes unverzüglich den Rat ein.

Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das freundschaftliche Recht hat, die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rats auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht.

Allgemeines.

Nachdem Art. 10 die Wahrung des Pariser Besitzstandes als die Aufgabe des VB bezeichnet hat, wird hier die Wahrung des Völkerfriedens in den Vordergrund gerückt. Damit sind die zwei wesentlichen Ziele gewiesen, um derentwillen der VB begründet worden ist. Es kann dahingestellt bleiben, ob mit der äußeren Reihenfolge auch eine Rangfolge in dem Sinne aufgestellt werden sollte, daß die Wahrung des Besitzstandes der Friedensbewahrung vorzugehen hätte. Jedenfalls sind diese zwei Ziele in der VBS auf das engste miteinander verknüpft, und es bedürfte einer Umgestaltung des VB, um sie voneinander zu lösen.

Nicht minder wichtig ist, daß der VB durch die Erklärung des Art. 11 bewußt über den Kreis seiner Mitglieder hinausgreift und damit für seine Satzung den Anspruch erhebt, nicht nur Vertragsrecht, sondern allgemeingültiges Völkerrecht zu sein. Dieser Anspruch wird grundsätzlich selbst vom StIG abgelehnt (unten Art. 14 Z. 5 B e) und ist praktisch nicht durchzusetzen, solange Staaten wie Nordamerika und Sowjetrußland dem VB nicht angehören.

Im Einzelnen.

(1) In betont nachdrücklicher und feierlicher Form wird hervorgehoben, daß jeder Krieg und jede Kriegsdrohung den VB berühren, gleichviel, ob eines seiner Mitglieder beteiligt ist oder nicht, und daß es seine Sache sei, die zum Schutze des Friedens erforderlichen

Maßnahmen zu ergreifen. Der darin zutage tretende Anspruch auf das Schiedsrichteramt im gesamten Erdkreis wäre wohlbegründet, wenn der VB die universale Organisation wäre, die den pazifistischen Idealen entspricht. Da er das nicht ist, kann der von ihm erhobene Anspruch keine Befriedigung finden. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die VBS durch die Anerkennung der Monroedoktrin (s. unten Art. 21 Z. 3) ihn selbst eingeschränkt hat. Der VB wäre deshalb schon rechtlich nicht in der Lage, z. B. in einen Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko einzugreifen. Dazu kommen die sich aus den Machtverhältnissen ergebenden Schwierigkeiten, die jede Einmischung nicht nur in die Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents untersagen, sondern es auch Sowjetrußland ermöglichen, dem VB die Anerkennung als Schiedsrichter zu verweigern (s. unten Art. 17 Z. 6 S). Darüber hinaus ist es dem VB nicht immer gelungen, seinen Anspruch auch nur seinen Mitgliedern gegenüber durchzusetzen (s. unten Z. 4 B u. D, vgl. auch Art. 15 Z. 9 Q). Unter diesen Umständen ist der Erklärung des Abs. 1 bis auf weiteres nur programmatische Bedeutung beizumessen. Ihr Inhalt kann keinesfalls als geltendes Völkerrecht anerkannt werden. Für die Nichtmitglieder besteht eine Verpflichtung, sich den vom VB mit dem Ziele der Friedensbewahrung angeordneten Maßnahmen zu beugen, nicht. Natürlich steht es ihnen jedoch frei, das im Einzelfalle aus Zweckmäßigkeitsgründen zu tun.

(2) An die grundsätzliche Erklärung des Art. 11 schließt sich die an den GS gerichtete Aufforderung, auf Antrag eines Mitgliedes unverzüglich den VBR einzuberufen. Formell ist hier eine in der GO des VBR Art. 1 vorgesehene Besonderheit insofern gegeben, als die Einberufung zwecks Zeitersparnis nicht durch den Präsidenten erfolgt. Auch genügt hier der Antrag nur eines Mitgliedes, das nicht dem VBR anzugehören braucht (vgl. oben Art. 4 Z. 6). Immerhin bleibt ein Antrag erforderlich, dessen Herbeiführung jedoch auch dann keine Schwierigkeiten verursachen dürfte, wenn die am Streit beteiligten Staaten eine Einmischung nicht wünschen und es deshalb ihrerseits

unterlassen, ihn zu stellen. Nichtmitglieder können die Einberufung des VBR auch unter Bezugnahme auf Art. 11 schon aus formellen Gründen nicht beantragen. Als Litauen das am 27. 9. 20 angesichts seines Konflikts mit Polen tat, erhielt es denn auch vom GS die Antwort, daß der VBR die Lage aufmerksam beobachte und daß eine Tagung werde anberaumt werden, wenn die Umstände es erfordern (I. VBV Pl. 120 vgl. unten Z. 4 B). Freilich war der VBR schon durch Polen mit dem Fall befaßt.

In einem praktischen Falle ist übrigens ein anderer Weg eingeschlagen worden, als Abs. 1 ihn vorsieht. Während des griechisch-türkischen Krieges regte Friedtjof Nansen, und zwar nicht als Delegierter Norwegens, sondern rein persönlich bei der III. VBV ein Einschreiten an. Da mitgeteilt werden konnte, daß bereits Verhandlungen im Gange seien, ersuchte die VBV den VBR unter Berücksichtigung dieses Umstandes, die angebrachten Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens zu ergreifen (VI. A. 40 f., 45 f., Pl. I 123 f., II 173). Nansen hatte auf den Art. 11 nicht Bezug genommen, dagegen kam es während der Ausschußverhandlungen zum Ausdruck, daß es sich um seine Anwendung handle.

Ueber die vom VBR zu ergreifenden Maßnahmen enthält Abs. 1 keine Vorschriften. Es liegt jedoch auf der Hand, daß er die Bestimmungen der VBS, die von der Beilegung von Streitigkeiten handeln, analog anzuwenden, insbesondere zu versuchen hat, die Parteien zur Anrufung des StIG oder eines Schiedsgerichts oder zur Annahme einer Vermittlung und eines Ausgleichs zu bewegen oder sich dem Berichtsverfahren nach Art. 15 zu unterwerfen. Aeußerstenfalls käme die Bundesexekution in Frage. Die Praxis gesteht dem Präsidenten des VBR das Recht zu, noch vor Zusammentritt des VBR von sich aus einstweilige Maßnahmen zu treffen, insbesondere die Einstellung begonnener Feindseligkeiten zu fordern (unten Z. 4 B, E).

(3) Während Abs. 1 mit Konflikten rechnet, die bereits akut geworden sind, will Abs. 2 einen Weg zur Beseitigung von Konfliktsstoff weisen, aus

dem sich eine Bedrohung des Friedens zwar noch nicht ergeben hat, aber ergeben kann. Zu diesem Zweck wird jedem Mitgliede das Recht zugestanden, VBV oder VBR auf das Vorhandensein eines solchen Konfliktsstoffs aufmerksam zu machen.

Wie in Abs. 1 ist auch hier von einem Recht nur der Mitglieder die Rede. Aber während es sich von selbst versteht, daß bloß ein solches die Einberufung des VBR beantragen kann, ergibt sich die Beschränkung des Abs. 2 nicht aus dem Wesen der Sache, sondern aus der positiven Vorschrift der VBS. Formal läßt sie sich damit rechtfertigen, daß nur im Verhältnis der Mitglieder zueinander die Voraussetzung für eine freundschaftliche Erledigung gegeben ist. Der VB hat in einem Falle, nämlich Ungarn gegenüber, bevor es beigetreten war, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Nichtmitglied sich auf Art. 11 nicht berufen könne (III. VBV Pl. II 17 f., vgl. unten Z. 4 N). Demgegenüber fällt es auf, daß die Botschafterkonferenz den VBR mehrfach unter Bezugnahme auf Art. 11 Abs. 2 aufgefordert hat, sich mit drohenden Konflikten zu befassen (vgl. unten Z. 4 C, D). Das muß formell beanstandet werden, obgleich jede der in der Konferenz vertretenen Mächte von sich aus einen solchen Schritt hätte tun können.

Die Berufung auf Abs. 2 steht sowohl einem unmittelbar beteiligten als auch einem dritten Staat zu. Ein solcher setzt sich freilich leicht der Gefahr einer Mißdeutung aus. Infolgedessen haben bisher nur Großmächte als Unbeteiligte vom Abs. 2 Gebrauch gemacht, und es mag sein, daß gerade der Wunsch, Mißdeutungen vorzubeugen, die Hauptmächte veranlaßt hat, gemeinsam durch Vermittlung der Botschafterkonferenz zu handeln. Bisher ist nur der VBR, nicht aber die VBV angerufen worden. Das ist im Grunde selbstverständlich, da diese für eine Regelung schwebender Fragen augenscheinlich noch weniger geeignet ist, als zur Beilegung bereits ausgebrochener Streitigkeiten. Ihre Anrufung würde im allgemeinen die Lage nur verschärfen und dürfte, wenn sie überhaupt vorkommt, bloß agitatorische Zwecke verfolgen.

An sich kann jeder Konfliktsstoff zur Sprache gebracht werden. Es besteht in dieser Hinsicht keinerlei Beschränkung. Die Aufmerksamkeit des VB darf auf jeglichen Umstand (toute circonstance, any circumstance) gelenkt werden, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht. Es kann nicht einmal verlangt werden, daß es ein Umstand von erheblicher Bedeutung sei, da sich aus anfänglich unwesentlichen Streitpunkten doch eine Bedrohung des Friedens ergeben kann. Nur der politische Takt kann einen Maßstab abgeben.

Eine andere Frage ist es, ob der VB in der Lage sein wird, jeder solchen Anregung ohne Rücksicht auf den Charakter des Konfliktsstoffs Folge zu geben. Schwierigkeiten entstehen jedenfalls dann, wenn der Konfliktsstoff aus der innern Gesetzgebung oder Verwaltung eines der beteiligten Staaten erwächst, ohne daß auf dem fraglichen Gebiet eine vertragliche Bindung vorläge. Dann wird er sich regelmäßig analog der Bestimmung des Abs. 8 Art. 15 auf seine ausschließliche Zuständigkeit berufen und eine Einmischung zurückweisen können (a. M. Schücking-Wehberg 468). Allerdings kommt diese Einrede nur formellen Schritten des VBR gegenüber in Frage, während eine unformelle Vermittlung auch bei solcher Sachlage möglich bleibt. Nur kann darüber kein Zweifel bestehen, daß die Berufung auf Art. 11 eine fehlende Rechtsgrundlage nicht zu ersetzen vermag.

Der VBR und gegebenenfalls die VBV haben volle Freiheit in der Wahl der Schritte, die sie unternehmen wollen. Es gilt hier dasselbe wie zu Abs. 1.

(4) Die Praxis des Art. 11 ist bereits sehr reichhaltig. Freilich werden bei einer Anrufung des VBR recht häufig in Verbindung mit ihm die Art. 15 oder 17 zitiert, und es ist naturgemäß nicht möglich, festzustellen, nach welchem dieser Artikel verfahren worden ist. Im übrigen stellt er seinem Wesen nach eine Art Generalklausel dar, die eigentlich in jedem Streitfall anwendbar ist. Er wird augenscheinlich auch als solche gehandhabt. Nachstehend sind die wich-

tigsten der nach Art. 11 vor den VB gebrachten Streitfälle kurz zusammengefaßt, die weniger wichtigen erwähnt. Hierbei ist überwiegend nicht auf die Protokolle der einzelnen Verhandlungen des VBR Bezug genommen, sondern auf die durchgehend sehr übersichtlichen und vollständigen Darstellungen in den Generalberichten des VBR.

A. Die Alandfrage. Am 19. 6. 20 lenkte England die Aufmerksamkeit des VBR auf den zwischen Schweden und Finnland dadurch entstandenen Streit, daß jenes eine Volksabstimmung auf den Alandsinseln über deren Zuteilung an Finnland oder an Schweden forderte, was Finnland ablehnte. Die Einrede Finnlands aus Art. 15 Abs. 8 wurde von einem Juristenausschuß des VBR für unbegründet erklärt. Ein zweiter Juristenausschuß prüfte hierauf die Frage unter sachlichen Gesichtspunkten, und auf Grund seiner Vorschläge sprach der VBR am 24. 6. 21 in einem einstimmig angenommenen Bericht die Inseln Finnland zu, jedoch unter Auferlegung gewisser Garantien zugunsten der Bevölkerung und mit der Maßgabe, daß eine Konferenz der beteiligten Staaten das Abkommen von 1856 über die Nichtbefestigung der Inseln nachprüfe. Die Parteien nahmen den Bericht und die Konferenz nahm am 20. 10. 21 ein neues Abkommen an (I. VBV Pl. 116 f., II. VBV Pl. 84 f., III. VBV Pl. 37 f. vgl. RTr IX 212 f.).

Neben Art. 11 kam anfänglich auch Art. 17 in Anwendung, da Finnland erst auf der I. VBV aufgenommen wurde. Der Völkerbund gestand ihm in analoger Anwendung des Art. 4 Abs. 5 ebenso wie Schweden die Teilnahme an seinen Verhandlungen zu. Im übrigen ist das Berichtsverfahren nach Art. 15 angewendet worden. Beachtenswert ist, daß die Materialien nach Art. 15 Abs. 2 veröffentlicht wurden (JO 20 suppl. spéc. 1 u. 3).

B. Der litauisch-polnische Streit (Wilna). Nachdem zuerst Polen den VBR auf den zwischen ihm und Litauen drohenden bewaffneten Zusammenstoß aufmerksam gemacht hatte, worauf unter seiner Vermittlung am 8. 10. 20 zu Suwalki ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, rief am 27. 9. 20 Litauen

den VBR unter Bezugnahme auf Art. 11 und 17 im Hinblick auf den Vormarsch polnischer Truppen an. Am 9. 10. 20 besetzte General Zeligowski Wilna. Polen erklärte ihn für einen Rebellen, unternahm jedoch keine Schritte gegen ihn. Nachdem eine Einigung über eine Volksabstimmung in Wilna gescheitert war, vermittelte der VBR direkte Verhandlungen zwischen den Parteien, die unter dem Vorsitz von Hymans-Belgien im Mai 21 in Brüssel stattfanden. Ein dort ausgearbeiteter Vertragsentwurf, der die Rückgabe Wilnas unter Gewährleistung der Autonomie und die Herstellung einer engen staatsrechtlichen Verbindung zwischen Litauen und Polen ins Auge faßte, wurde am 20. 9. 21 vom VBR und im Anschluß daran von der II. VBV gebilligt, aber von den Parteien abgelehnt. Der VBR erklärte damit seine Vermittlungsaktion für gescheitert, eine Lösung im Widerspruch zu seinen Empfehlungen und ohne Einverständnis der Parteien aber für unannehmbar. Nichtsdestoweniger erließ Polen ein Gesetz über die Einverleibung des Gebiets, der VBR ging über den litauischen Protest hinweg und die von Litauen angerufene III. VBV lehnte eine Behandlung des Falles ab, da der VBR bereits erklärt habe, daß er eine einseitige Lösung nicht anerkenne.

Inzwischen waren im Hinblick auf die im Waffenstillstand von Suwalki gezogene Demarkationslinie Streitigkeiten ausgebrochen. Der VBR schlug am 3. 2. 23 im Berichtsverfahren einstimmig eine provisorische Grenzlinie vor, die Polen annahm, Litauen ablehnte. Litauens Antrag, ein Gutachten des StIG einzuholen, wurde verworfen. Es rief die IV. VBV an, zog aber nach erfolgter Vertagung seine Beschwerde vor der VI. VBV zurück, nachdem deren VI. Ausschuß die Zuziehung eines litauischen Vertreters zu seinen Verhandlungen abgelehnt hatte. Die vom VBR vorgeschlagene provisorische Grenzlinie war derweilen von der Botschafterkonferenz auf Grund des Art. 87 des VFrV am 15. 3. 23 für endgültig erklärt worden (I. VBV Pl. 119 f., II. VBV Pl. 88 f., III. VBV Pl. II 30 f., IV. VBV Pl. 116, 204 f., 366 f., V. VBV 115 f., VI. VBV VI. A. 8, 21. Vgl. auch JO 20 Suppl. spéc. 4).

Da Litauen erst auf der II. VBV Mitglied wurde,

ist auch hier zunächst Art. 17 in Anwendung gekommen. Daneben ist das Berichtsverfahren nach Art. 15 angewendet worden.

In jüngster Zeit ist ferner ein allerdings unbedeutender Grenzzwischenfall vor den VBR gebracht worden, der ihn am 18. 3. 26 in sehr summarischer Weise erledigt hat. Am 24. 2. 26 beschwerte sich Litauen, soviel ersichtlich ohne Berufung auf einen bestimmten Artikel der VBS, über folgende Vorgänge: Angehörige der polnischen Grenzwache seien am 17. 2. in litauisches Gebiet eingedrungen. Litauische Milizen hätten sie am 19. 2. vertrieben. Darauf hätten am 22. 2. polnische Kräfte sich am strittigen Ort festgesetzt und 8 Gefangene gemacht. Der amtierende Präsident des VBR, Scialoja-Italien, empfahl beiden Parteien, den Zustand wiederherzustellen, der am 15. 2. bestanden hatte und die Gefangenen freizugeben. Beide Parteien erklärten, diesen Empfehlungen nachgekommen zu sein, doch bestritt Litauen, daß Polen seine Mannschaften zurückgezogen habe und bat um Verhandlung zur Sache. Der VBR beschloß jedoch einstimmig, von einer solchen abzusehen (JO 26 536 f.).

Das Vorgehen des Präsidenten des VBR findet zwar in der VBS keine Stütze, ist aber wohl trotzdem als durchaus zweckmäßig anzuerkennen. Wieweit die Ablehnung des litauischen Ersuchens um Verhandlung zur Sache begründet war, muß dahingestellt bleiben.

C. Oberschlesien. Nach der zu Deutschlands Gunsten ausgefallenen Volksabstimmung vom 20. 3. 21 (717 000 gegen 483 000 Stimmen) ersuchte der Oberste Rat unter Bezugnahme auf Art. 11 Abs. 2 den VBR um ein Gutachten über die zu ziehende Grenzlinie. Der VBR setzte einen Ausschuß aus den Vertretern Belgiens, Brasiliens, Chinas und Spaniens nieder und empfahl die von diesem ausgearbeiteten Vorschläge dem Obersten Rat, für den die Botschafterkonferenz sie denn auch annahm (III. VBV Pl. II 28 f.).

Die dem VBR angetragene und von ihm übernommene Rolle des Gutachters, während die Entscheidung einer andern Instanz zufiel, steht nicht im Einklang mit Art. 11, geschweige denn mit der Bedeutung, die

die VBS dem VBR zuschreibt. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, daß die Erhebung des Gutachtens zum Beschluß von vornherein gesichert war.

D. Memel. Nachdem die Botschafterkonferenz den litauischen Handstreich auf Memel hingenommen und Litauen die Souveränität über Memel zuerkannt hatte (vgl. oben Art. 4 Z. 8 A c), eine Einigung über ein Memel-Statut jedoch nicht gelang, rief die Konferenz unter Bezugnahme auf Art. 11 den VBR an. Dieser ließ durch einen Ausschuß einen Vertragsentwurf ausarbeiten, der von den Hauptmächten und Litauen angenommen wurde (V. VBV Pl. 267 f., 342).

Es ist nicht zu übersehen, daß der VBR ein Einschreiten gegen den litauischen Handstreich unterlassen hatte, obgleich die Vorbedingungen dafür nach Art. 11 Abs. 1 gegeben waren.

E. Bulgarisch-Griechischer Konflikt. Durch Telegramm vom 22. 10. 25 berichtete der bulgarische Außenminister Kalfoff dem GS, daß am 19. 10. ein Zusammenstoß zwischen bulgarischen und griechischen Posten erfolgt sei, der zu einem Feuergefecht und einem Vormarsch griechischer Truppen auf bulgarisches Gebiet geführt habe. Auf Grund der Art. 10 und 11 werde sofortige Einberufung des VBR beantragt. Daraufhin erfolgte die Einberufung für den 26. 10. Zugleich forderte Briand-Frankreich als derzeitiger Präsident des VBR die unverzügliche Einstellung der Feindseligkeiten. An den Sitzungen des VBR, deren vom 26.—30. 10. fünf stattfanden, nahmen die Parteivertreter teil, doch wurde eine private Sitzung ohne sie abgehalten (JO 25 1699).

Auf Vorschlag des Berichterstatters Chamberlain-England wurde, da die Antworten der Parteien auf die Frage, ob die Feindseligkeiten eingestellt seien, nicht befriedigten, die Zurückziehung der Truppen binnen 60 Stunden vorgeschrieben. Dem kamen unter Kontrolle der Militärattachés Englands, Frankreichs und Italiens die Parteien nach. Hierauf wurde ein Untersuchungsausschuß, der unter dem Vorsitz des britischen Botschafters in Madrid Sir Horace Rumbold aus einem französischen und italienischen Offizier und einem

holländischen und schwedischen Zivilisten bestand, niedergesetzt (JO 25 1696 f.). Der Ausschuß legte der Dezembertagung des VBR einen ausführlichen, in bestimmte Vorschläge mündenden Bericht vor (JO 26 196 f.). Auf dieser Grundlage berichtete Chamberlain-England, dem Vicomte Ishii-Japan und Hymans-Belgien als Mitberichterstatter zur Seite standen, dem VBR, der den Bericht einschließlich der Vorschläge am 14. 12. 25 annahm. Danach sollte Griechenland, das in gutem Glauben auf Grund falscher Nachrichten gehandelt hatte, 30 Millionen Lewa zahlen. Beide Parteien sollten ihr System der Grenzbewachung reformieren. Die Frage der bulgarischen Flüchtlinge aus der griechischen Grenzzone sollte in einer Weise geregelt werden, die dem Komitatschi-Unwesen den Boden entzieht. Die Parteien erklärten, sich dem Bericht fügen zu wollen (JO 26 108 f., 117 f., 172 f.).

Erwähnenswert ist, daß Bulgarien einen Vermittlungsversuch Rumäniens zurückwies, da es einen solchen für unstatthaft hielt, während der VBR mit dem Fall befaßt war (JO 25 1718).

F. Bulgarischer Bandenstreit. Bulgarien rief am 17. 6. 22 auf Grund des Art. 11 den VBR an, da Griechenland, Südslavien und Rumänien es in einer Note für die Einfälle bulgarischer Banden verantwortlich gemacht hätten, die es infolge seiner völligen Entwaffnung nicht hindern könne. Der VBR veranlaßte die Parteien zu unmittelbaren Verhandlungen, in deren Ergebnis gemischte Ausschüsse zur Untersuchung der Vorkommnisse eingesetzt wurden (III. VBV Pl. II 96 f.).

G. Grenzstreitigkeiten. In einer Reihe von Fällen ist der VBR auf Grund des Art. 11 um die Festsetzung strittiger Grenzen, im Zusammenhang damit gelegentlich auch um die Beilegung von Grenzkonflikten ersucht worden, so im Streit zwischen Albanien und Serbien (II. VBV Pl. 99 f., III. VBV Pl. II 33 f., IV. VBV Pl. 207 f., V. VBV Pl. 342 f., VI. VBV Pl. 200, vgl. unten Art. 14 Z. 4 B i), zwischen Ungarn und seinen Nachbarn (III. VBV Pl. II 97 f., IV. VBV Pl. 209 f., 212 f., 287 f.), zwischen Bulgarien und Griechenland (IV. VBV Pl. 211 f.), zwischen Polen und der

Tschechoslowakei — sog. Jaworzina-Streit — (V. VBV Pl. 266 f., vgl. unten Art. 14 Z. 4 B h).

H. Streitigkeiten um den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch. Im Oktober 24 rief Griechenland auf Grund des Art. 11 Abs. 2 den VBR im Hinblick auf Schwierigkeiten an, die bei der Abwickelung des in Anl. 6 zum LFrV vorgesehenen Bevölkerungsaustausches mit der Türkei entstanden waren. Die Angelegenheit befindet sich noch in der Schwebe (VI. VBV Pl. 201 f., 301, JO 26 160 vgl. Publ. B 10, E 219 f., s. auch unten Art. 14 Z. 5 B k). Auf derselben Grundlage wandte sich Griechenland an den VBR, als die Türkei am 30. 1. 25 den Oekumenischen Patriarchen aus Konstantinopel auswies. Dieser Fall wurde durch unmittelbare Verhandlungen erledigt (VI. VBV Pl. 197 f., 301 vgl. Publ. E 1 224 f.). Im Zusammenhang damit stand eine gleichfalls auf Art. 11 Abs. 2 gestützte Beschwerde Albaniens wegen vertragswidriger Erstreckung des Bevölkerungsaustausches auf Mohamedaner albanischer Herkunft durch Griechenland. Im Ergebnis erkannte Griechenland die Berechtigung des albanischen Standpunktes an (VI. VBV Pl. 198 f., JO 26 153 f., 510 f.).

In einer Reihe von Fällen hat der VBR sich nicht in der Lage gesehen, dem an ihn gerichteten Appell stattzugeben. Er hat das teilweise mit rechtlichen Erwägungen begründet, doch dürften tatsächlich politische Erwägungen maßgebend gewesen sein. In einem Falle hat er von jeder Begründung abgesehen. Allerdings ereigneten sich diese Fälle in den ersten Jahren seiner Tätigkeit.

I. Der persisch-russische Streit. Am 19. 5. 20 beantragte Persien angesichts der Besetzung persischen Gebiets durch bolschewistische Truppen auf Grund des Art. 11 Abs. 1 die sofortige Einberufung des VBR. Der VBR trat jedoch erst am 16. 6. zusammen und beschloß, den Verlauf der inzwischen angeknüpften Verhandlungen zwischen den Parteien abzuwarten (I. VBV Pl. 116). Sie führten zum Abschluß des persisch-russischen Freundschaftsvertrages (RTr IX 400 f., vgl. II. VBV Pl. 316). Die Zurückhaltung des

VBR dürfte in diesem Fall auf die Scheu vor einem Konflikt mit Sowjetrußland zurückzuführen sein.

K. Appell des Königs von Hedjas. Ohne Berufung auf einen bestimmten Artikel der VBS protestierte der König von Hedjas im Juli 20 beim VBR gegen die Gefangensetzung von Mitgliedern der Regierung von Libanon durch Frankreich. Der VBR begnügte sich mit einer Weiterleitung des Protestes an die französische Regierung. Da in Syrien Kriegszustand herrsche und ein vom VB aufrechtzuerhaltender FrV nicht vorliege, könne er nicht eingreifen (I. VBV Pl. 121, II. VBV Pl. 103).

L. Der Streit zwischen Panama und Costa-Rica. Ende Februar 21 ereigneten sich bewaffnete Zusammenstöße zwischen Panama und Costa-Rica. Der VBR machte beide Staaten telegraphisch auf ihre Mitgliedspflichten aufmerksam. Es ist nicht ersichtlich, auf wessen Anregung das geschah. Eine telegraphische Beschwerde Panamas lief verspätet ein. Inzwischen übernahmen die Vereinigten Staaten eine Vermittlung. Daraufhin beglückwünschte der VBR die Parteien (II. VBV Pl. 102, vgl. JO 21 214 f.).

M. Der Protest Deutschlands gegen die Besetzung Duisburgs, Düsseldorfs, Ruhrorts. Diese Besetzung erfolgte am 7. 3. 21 durch alliierte Truppen mit der Begründung, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des VFrV verletzt habe. Deutschland protestierte durch eine Denkschrift vom 10. 3. 21. Es erfolgte nur eine Empfangsbestätigung (JO 21 265 f., 270. Im Generalbericht des VBV an die II. VBV ist der Fall nicht erwähnt.). Infolgedessen hat Deutschland von einer Anrufung des VBR weiterhin, so insbesondere aus Anlaß der Ruhrbesetzung am 11. 1. 23 abgesehen.

N. Die Beschwerde Ungarns über Passivität des VBR. Am 13. 11. 21 beschwerte sich Ungarn darüber, daß der VBR nicht gegen die Staaten der Kleinen Entente eingeschritten sei, die anläßlich des zweiten, von König Karl unternommenen Restaurationsversuches durch ihre Haltung den Frieden bedroht hätten. Im Ergebnis eines Briefwechsels verwies

der GS die ungarische Regierung darauf, daß nach Art. 11 und ebenso nach Art. 17 der Antrag auf Einberufung des VBR von einem Mitgliede gestellt werden müsse. Von einem Nichtmitgliede könne ein solcher Antrag nicht gestellt werden. Auch dem GS stehe eine Initiative nicht zu (III. VBV Pl. II 17 f.).

Eine Sonderstellung nimmt endlich ein letzter Fall insofern ein, als zwar von keiner Seite eine Anrufung des VBR erfolgte, dieser aber nach Art. 11 Abs. 1 und nach Art. 17 zweifellos verpflichtet war einzugreifen, es jedoch unterlassen hat.

O. Der polnisch-russische Krieg 1920. Der VBR hat keinerlei Schritte getan, und jede Stellungnahme zu ihm unterlassen. Er hat während des Krieges über die Zulassung eines Ausschusses zur Untersuchung der Arbeiterfrage mit Rußland verhandelt und mußte eine Zurückweisung seiner Wünsche hinnehmen, die mit heftigen Vorwürfen wegen der durch ihn geübten Duldung des Krieges verbunden war (JO 20 220). Das Telegramm der Sowjetregierung, das diese enthält, ist in den Veröffentlichungen des VBR die einzige Urkunde, die den Krieg erwähnt.

In der I. VBV brachte der englische Delegierte Barnes, Mitglied der Arbeiterpartei, die Angelegenheit mehrfach zur Sprache. Erst nachdem er eine förmliche Anfrage der VBV an den VBR beantragt hatte, antwortete Bourgeois-Frankreich für den VBR. Er erklärte, daß einerseits kein Bundesmitglied den in Art. 11 Abs. 1 vorgesehenen Antrag gestellt habe und daß andererseits ein Eingreifen angesichts der ablehnenden Haltung Sowjetrußlands zum VB aussichtslos gewesen wäre. Eine Stellungnahme der VBV unterblieb, nur Nansen unterstützte die Ausführungen Barnes' (I. VBV Pl. 150 f., 181 f., 210, 263 f.).

Artikel 12.

Alle Bundesmitglieder kommen überein, eine zwischen ihnen entstehende Streitfrage, die zu einem Bruch führen könnte, entweder einem schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Verfahren oder der Prüfung

durch den Rat zu unterbreiten. Sie kommen ferner überein, in keinem Falle vor Ablauf von drei Monaten nach der schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Entscheidung oder dem Bericht des Rates zum Kriege zu schreiten.

In allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen ist die Entscheidung binnen angemessener Frist zu erlassen und der Bericht des Rates binnen sechs Monaten nach dem Tage zu erstatten, an dem er mit der Streitfrage befaßt worden ist.

Vorbemerkung.

Art. 12 ebenso wie Art. 13 und 15 sahen in ihrer ursprünglichen Fassung nur ein schiedsgerichtliches Verfahren vor. Nach der Errichtung des StIG beschloß die II. VBV, in allen drei Artikeln einen Hinweis auf das gerichtliche Verfahren einzufügen (Pl. 698 f., 827 f.). Die Satzungsänderungen traten am 26. 9. 24 in Kraft, an welchem Tage Spanien die Ratifikation erteilte, nachdem die übrigen Ratsmächte und die Mehrheit der Bundesmitglieder vorangegangen waren (JO 25 1579, vgl. unten Art. 26 Z. 4).

Allgemeines.

Unter dem Gesichtspunkt der Friedensbewahrung stellt Art. 12 den bedeutsamsten Fortschritt dar, den die VBS bringt (so auch Schücking-Wehberg 505). Es bleibt zwar eine Reihe von Kriegsmöglichkeiten offen und Art. 12 selbst erwähnt sie ausdrücklich. Immerhin ist die Verpflichtung anerkannt, vor einem Appell an die Waffen eine friedliche Erledigung in bestimmten Formen zu versuchen. Hierbei kommen zwei Wege in Betracht, erstens der gerichtliche oder schiedsgerichtliche nach Art. 13, zweitens der der Vermittlung durch den VBR oder die VBV nach Art. 15. Jener ist für rechtliche, dieser für politische Streitigkeiten gedacht, ohne daß jedoch die Parteien in ihrer Wahl beengt wären. Vgl. aber den Hinweis Scelles bei Munch I 110, 111, 113 auf die zu erwartende Entwicklung des diplomatischen Verfahrens auf Kosten des gerichtlichen. S. auch unten Art. 15 Allgemeines.

Die Bestimmungen des Art. 12 gelten nur für Bundesmitglieder bei Streitigkeiten untereinander. Sind Nichtmitglieder beteiligt, so gilt Art. 17.

Im Einzelnen.

(1) Art. 12 verpflichtet die Mitglieder, eine friedliche Beilegung ausgebrochener Streitigkeiten zu versuchen und läßt ihnen die Wahl zwischen zwei verschiedenen Wegen. Unabhängig davon steht es ihnen jedoch frei, vorher die früher schon im internationalen Verkehr gebräuchlichen Mittel anzuwenden und im Falle der Ergebnislosigkeit diplomatischer Verhandlungen die Vermittlung eines dritten Staates anzurufen oder einen Untersuchungsausschuß einzusetzen (vgl. Haager Abk. z. Erl. intern. Streitf. 2 f., 9 f.). Erst wenn so das Ziel nicht erreicht wird, tritt die Verpflichtung aus Art. 12 in Geltung. Hierbei bleibt es, vorbehaltlich etwa bestehender Schiedsverträge und der Bestimmungen des Art. 13, ihnen überlassen, welchen der zwei Wege sie gehen wollen. Kann eine Einigung darüber nicht erzielt werden, so ist jede Partei befugt, unter Berufung auf Art. 15 Abs. 1 den VBR von sich aus anzurufen.

(2) Der Zweck des Art. 12 ergibt, daß Handlungen, die einen Bruch bedeuten oder zu einem solchen führen können, bis zur Erledigung des gewählten Verfahrens satzungswidrig sind. Daher hat ein Ultimatum zu unterbleiben. Schücking-Wehberg 507 f., Hatschek 294 und Gralinski 75 f. halten auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen für unstatthaft. Dem ist nicht ohne weiteres zuzustimmen, da unter Umständen der einen Partei nicht zugemutet werden kann, die Beziehungen aufrecht zu erhalten (vgl. auch Adatci und de Vissher in Annuaire XXXI 29). Man nehme etwa an, daß der Streitfall aus einer schweren Beleidigung des Gesandten entstanden ist, für die eine Genugtuung verweigert wird. Auch kennt die Geschichte des VB bereits Fälle des Abbruchs oder der Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Mitgliedern. Holland brach sie Südslavien gegenüber 1920 ab, um sie erst 1922 wieder aufzunehmen und zwischen Polen und Litauen haben sie

infolge des Wilnastreits (s. oben Art. 11 Z. 4 B) nie bestanden.

Streitig ist die Zulässigkeit von Retorsionen und Repressalien. Angesichts der Besetzung Korfus durch Italien (s. unten Art. 15 Z. 9 Q) beauftragte der VBR einen Juristenausschuß mit der Begutachtung dieser Frage. Die Antwort ging dahin, daß Zwangsmaßnahmen je nachdem mit den Bestimmungen der Art. 12—15 vereinbar sein können oder nicht und daß es dem VBR zustehe, im Einzelfalle ihre Aufrechterhaltung oder Aufhebung zu empfehlen. (So auch Adatci und de Vissher in Annuaire XXXI 27 f.) Der derzeitige Präsident des VBR Guani-Uruguay hob demgegenüber hervor, daß nur rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Repressalien zulässig, alle anderen aber unzulässig seien. Der VBR billigte das Gutachten (JO 24 523 f.). Die V. VBV vertagte die Angelegenheit (Pl. 115 vgl. 251 f.) und die VI. beauftragte den VBR, die Meinung der Regierungen einzuholen und die Frage nötigenfalls nochmals durch einen Ausschuß prüfen zu lassen (Pl. 99 f). Die Frage befindet sich somit in der Schwebe, doch wird die Anschauung Guanis als mit dem Sinn des Art. 12 übereinstimmend anzuerkennen sein. Insbesondere wird die Besetzung gegnerischen Gebiets schon deshalb nicht als zulässige Repressalie angesehen werden dürfen, weil sie bei einigermaßen gleichen Kräften stets kriegerische Gegenmaßnahmen auslösen wird.

(3) Unbestimmt und deshalb unbefriedigend ist die Vorschrift des Abs. 2, nach der die Entscheidung des StIG oder des Schiedsgerichts in angemessener Frist zu erlassen sei. Es fehlt an einer Instanz, die im Einzelfall über die Angemessenheit zu entscheiden hätte. Nach einer Aufstellung Schücking-Wehbergs 515 haben 13 Prozesse vor dem Haager Schiedshof zwischen 4 und 27½ Monaten, im Durchschnitt etwa 15 Monate gedauert. In lebenswichtigen Streitfällen ist dieser Zeitraum zweifellos zu lang. Es ist jedoch fraglich, ob die Vereinbarung einer Frist zwischen den Parteien Abhilfe schaffen würde. Auch fehlt es an einer Bestimmung der Folgen für den Fall, daß der Spruch in der vereinbarten Frist nicht gefällt wird oder

daß der VBR die ihm gesetzte Frist von 6 Monaten nicht einhält. Der einzig mögliche Schluß ist, daß die friedliche Beilegung mißlungen ist und die Parteien volle Handlungsfreiheit erhalten. Das von Schücking-Wehberg 516 befürwortete Einschreiten des VBR aus Art. 11 Abs. 1 ist formell unzulässig, da die Parteien ihre Pflicht aus Art. 12 erfüllt haben und nicht gezwungen werden können, nun statt des StIG oder eines Schiedsgerichts den VBR anzurufen oder umgekehrt. Gegen einen weiteren Vermittlungsversuch des VBR ist zwar nichts einzuwenden. Aber er kann die Parteien nicht binden.

(4) Sehr eigenartig ist die den Parteien in Abs. 1 S. 2 auferlegte dreimonatige Wartefrist, die mit dem Ergehen der Entscheidung des StIG oder des Schiedsgerichts oder mit dem Beschluß des VBR über den Bericht beginnt. Erst nach ihrem Ablauf dürfen sie, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind (s. unten Art. 13 Z. 4 und Art. 15 Z. 6), zum Kriege schreiten. Die VBS rechnet hier augenscheinlich auf die beruhigende Wirkung der Zeit. Bei unwichtigeren Streitfällen dürfte sie damit recht behalten, in anderen wird diese Frist zu Rüstungen ausgenutzt werden, ebenso übrigens wie die Zeit der Verhandlungen vor VBR, StIG oder Schiedsgericht. Beides ist durch die VBS nicht untersagt, soweit nicht Art. 1 Abs. 2 und Art. 8 Abs. 4 entgegenstehen (vgl. Adatci und de Vissher in Annuaire XXXI 30). Praktisch dürfte der Beginn der Feindseligkeiten weniger vom Ablauf der Wartefrist als von der Beendigung der Rüstungen abhängen.

(5) Eine Praxis des Art. 12 im eigentlichen Sinne liegt nicht vor. In Streitfällen haben die Beteiligten bei Anrufung des VBR gelegentlich auf ihn in Verbindung mit Art. 15 Bezug genommen (vgl. unten Art. 15 Z. 9 P, Q). Die dreimonatige Wartefrist des Abs. 1 S. 2 ist bisher nicht in Frage gekommen. Was die Fristen des Abs. 2 betrifft, sind Beschwerden über Verzögerung der Entscheidungen nicht laut geworden. In der Tat hat zum mindesten der StIG die bei ihm anhängig gewordenen Streitigkeiten verhältnismäßig schnell entschieden. Während die Prozesse vor dem Haager Schiedshof im Durchschnitt 15 Monate gedauert

haben (vgl. oben Z. 3), ist hier das Urteil in einem Falle, der freilich im summarischen Verfahren verhandelt wurde, bereits nach 3 Monaten ergangen (vgl. unten Art. 14 Z. 5 A c), in einem weiteren Falle (das. d) in 4, in zwei Fällen (das. a und b) in 7 und endlich im fünften und letzten der abgeschlossenen Fälle in 15 Monaten. Soweit es statthaft ist, bei einer so geringen Zahl von Fällen einen Durchschnitt zu errechnen, ergeben sich als solcher rund 7 Monate.

Einige Schwierigkeiten stehen der Berechnung der Zeitdauer entgegen, die das Berichtsverfahren in Anspruch genommen hat. Am schnellsten ist der bulgarisch-griechische Streitfall erledigt worden, nämlich in weniger als 2 Monaten (oben Art. 11 Z. 4 E). Dagegen haben die Alandfrage und der litauisch-polnische Streit je 12 Monate in Anspruch genommen (das. A und B). In diesen beiden Fällen ist somit die Frist des Art. 12 Abs. 2 erheblich überschritten worden.

Artikel 13.

Die Bundesmitglieder kommen überein, eine zwischen ihnen sich erhebende Streitfrage, die ihrer Ansicht nach einer schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Lösung zugänglich ist und die auf diplomatischem Wege nicht in zufriedenstellender Weise geregelt werden kann, in ihrer Gesamtheit der schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Regelung zu unterbreiten.

Zu den Streitfragen, die im allgemeinen einer schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Lösung zugänglich sind, gehören die Streitfragen über die Auslegung eines Vertrages, über alle Fragen des Völkerrechts, über das Bestehen einer Tatsache, die die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde, oder über Umfang oder Art der Wiedergutmachung im Falle einer solchen Verletzung.

Der Streitfall wird dem Ständigen Internationalen Gerichtshof oder der Gerichtsbarkeit oder dem Gericht unterbreitet, die von den Parteien bestimmt oder in den früher zwischen ihnen abgeschlossenen Verträgen vorgesehen sind.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich, den ergangenen Spruch nach Treu und Glauben auszuführen

und gegen ein Bundesmitglied, das sich dem Spruche fügt, nicht zum Kriege zu schreiten. Im Falle der Nichtausführung des Spruches schlägt der Rat die Maßnahmen vor, die ihm Wirkung verschaffen sollen.

Vorbemerkung.

Vgl. Vorbemerkung zu Art. 12.

Allgemeines.

Art. 13 baut sich auf Art. 12 auf und regelt die gerichtliche oder schiedsgerichtliche Lösung von Streitfragen für den Fall, daß die Parteien diesen Weg gehen, ebenso wie Art. 15 das Ausgleichsverfahren vor dem VBR regelt. Die in Art. 12 den Parteien zugestandene Wahlfreiheit wird durch Art. 13 in keiner Weise eingeschränkt. Das geschieht insbesondere auch nicht durch Abs. 2. Eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, wie sie beispielsweise im Haag angestrebt wurde (vgl. Strupp bei Strupp II 451 f. und die 474 angeführte Literatur), ist der VBS grundsätzlich fremd. Praktisch ist allerdings zu erwarten, daß die Entscheidung der apolitischen Streitfragen durch Richterspruch in noch höherem Maße zur Regel werden wird, als das bisher schon der Fall war, trotzdem bei den meisten Staaten auch heute noch eine Abneigung dagegen besteht, sich in dieser Richtung formell zu binden.

Im Einzelnen.

(1) Abs. 1 hebt ausdrücklich die Entscheidungsfreiheit der Parteien hervor. Sie sind durch Art. 12 nur insofern gebunden, als sie einen der Wege friedlicher Beilegung gehen müssen. Ob sie sich richterlicher Entscheidung unterwerfen oder vor den VBR treten wollen, steht ihnen in jedem Einzelfalle vollkommen frei, es sei denn, daß sie sich durch Sonderverträge gebunden haben. Gegebenenfalls hätte der VBR nach Einholung eines Gutachtens des StIG darüber zu entscheiden, ob eine Verpflichtung zur Unterbreitung des Streitfalls an eine bestimmte Instanz vorliegt. Die Befugnis des VBR hierzu würde sich aus

Art. 11 Abs. 1 ableiten, da ein solcher Zuständigkeitsstreit den Frieden gefährdet.

Unter den Sonderverträgen ist der Anschluß an die „Disposition Facultative" vom 16. 12. 20 hervorzuheben, durch den die Bestimmungen des Art. 36 der Satzung des StIG als obligatorisch anerkannt werden (s. unten Art. 14 Z. 2).

(2) Die Anführung von 4 Kategorien von Streitfällen, die sich für eine gerichtliche Behandlung eignen, in Abs. 2 hat nicht erschöpfenden, sondern beispielsweisen Charakter. Das liegt im Wesen der Sache, ergibt sich auch aus beiden Urtexten. Daß auch im Hinblick auf sie ein Zwang nicht in Frage kommt, bedarf keiner Hervorhebung, wird aber durch den Vorbehalt „im allgemeinen" noch besonders betont. Im übrigen ist die Fassung nicht glücklich. Wenn „alle Fragen des internationalen Rechts" hierher gehören, bedurfte es der Erwähnung der drei anderen Gruppen nicht. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Wille der VBS dahin geht, die apolitischen, rechtlichen Fragen einer richterlichen Lösung zuzuführen. Dieser Wille hat jedoch keinen klaren Ausdruck erhalten. Freilich ist es nicht leicht, eine wirklich präzise Fassung zu finden, weil in der Praxis selbst Fragen, die an sich in eine der 4 Gruppen hineingehören, starke politische Färbung tragen können und daher nach Art. 15 behandelt werden dürften.

(3) Den Parteien wird völlige Freiheit auch in der Wahl des Gerichts gelassen, dem sie den Streitfall unterbreiten wollen. Die Ausübung eines Zwanges zugunsten des StIG, die an sich nahe gelegen hätte, hätte einen psychologischen Fehler zum Schaden der internationalen Gerichtsbarkeit bedeutet. Ohnehin liegt es in der Entwicklungslinie, daß der StIG von den Parteien in steigendem Maße bevorzugt wird. Da er im Gegensatz zum Haager Schiedshof und zu jedem vertragsmäßigen Schiedsgericht, die beide erst ad hoc einberufen und konstituiert werden müssen, stets aktionsbereit ist und da die Kosten eines vor ihm geführten Prozesses niedriger sein dürften, wird voraussichtlich mit der Zeit die ganze Gerichtsbarkeit an ihn übergehen.

(4) Die Nichterfüllung eines Spruches ist bisher im Rahmen des VB nicht zu verzeichnen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß derartiges sich in Zukunft ereignen könnte. Dagegen spricht vor allem die Freiwilligkeit der Unterwerfung, dank welcher kein Staat Fragen, deren ungünstige Entscheidung ihm unerträglich wäre, vor ein richterliches Forum bringen wird. Hinzu kommt die Scheu, sich zu einer übernommenen Verpflichtung in offenen Widerspruch zu setzen, wodurch das Ansehen des Staates geschädigt würde. Die Bestimmungen des Abs. 4 dürften daher keine große praktische Bedeutung gewinnen, solange die gerichtliche und schiedsgerichtliche Erledigung von Streitfällen den heutigen Charakter beibehält, d. h. einerseits freiwillig bleibt, andererseits sich nur auf Fragen von geringerer Bedeutung erstreckt.

Im übrigen enthält Abs. 4, abgesehen von der allgemeinen Verpflichtung, den ergangenen Spruch nach Treu und Glauben auszuführen, zwei Bestimmungen. Es soll erstens gegen ein Mitglied, das sich dem Spruche fügt, nicht zum Kriege geschritten werden. Das heißt nichts anderes, als daß die Partei, die sich mit dem Spruch nicht zufrieden gibt, sei es, daß sie ganz unterlegen, sei es, daß sie mit ihren Forderungen nur zum Teil durchgedrungen ist, und gegen den Prozeßgegner zum Kriege schreitet, der seinerseits den Spruch anerkennt, bundesbrüchig wird und daß daher gegen sie nach Art. 16 vorzugehen ist. Zweitens bestimmt Abs. 4, daß der VBR im Falle der Nichterfüllung des Spruches die geeigneten Maßnahmen vorschlagen soll. Hier kommt zunächst eine vermittelnde Tätigkeit in Frage, die aber keinesfalls zu einer Nachprüfung oder Abänderung des Spruches führen darf. Im Falle ihrer Erfolglosigkeit bleibt wiederum nur die Anwendung des Art. 16 übrig. · Wieweit die von Schücking-Wehberg 532 f. befürwortete Uebertragung der Vollstreckung an die obsiegende Partei angebracht ist, kann höchstens im Einzelfall entschieden werden. Dagegen steht dieser Partei zweifellos die Befugnis zu, ihre Rechte selbst wahrzunehmen, wenn der VBR sich außerstande erweist, einen einstimmigen Beschluß zu fassen (vgl. Art. 15 Abs. 7, s. unten Art. 15 Z. 6).

Artikel 14.

Der Rat wird mit der Ausarbeitung eines Planes zur Errichtung eines Ständigen Internationalen Gerichtshofs betraut und hat den Plan den Bundesmitgliedern zu unterbreiten. Dieser Gerichtshof wird über alle ihm von den Parteien unterbreiteten internationalen Streitfragen befinden. Er wird ferner gutachtliche Aeußerungen über alle ihm vom Rate oder von der Bundesversammlung vorgelegten Streitfälle oder sonstigen Fragen erstatten.

Vorbemerkung.

(1) Schon zu Beginn seiner II., im Februar 20 abgehaltenen Tagung setzte der VBR einen Juristenausschuß zwecks Ausarbeitung der Satzung eines StIG nieder (JO 20 33 f., 122 f., 218 f., vgl. Publ. E 1 117 f.). Ihm gehörten neben den Vertretern der damaligen Ratsmächte, außer Griechenland, je ein Niederländer, Nordamerikaner und Norweger an. Der Ausschuß tagte im Juni und Juli im Haag. Sein Entwurf (JO Suppl. spéc. 2. Sitzungsprotokolle in 3 Bd. Haag 20) wurde vom VBR auf Grund zweier Berichte von Bourgeois durchberaten (JO 20 318 f., Nov./Dez. 20 12 f.) und der I. VBV überwiesen, die ihn am 13. 12. 20 annahm (I. A. 278 f., 334 f., Pl. 436 f., 457 f., 478 f.), worauf der VBR am folgenden Tage die beschlossene endgültige Fassung genehmigte (JO 21 14 f.). Die wesentlichste Abweichung vom Entwurf bestand in der Streichung der Bestimmung, laut welcher die Anrufung des StIG in den in Art. 13 Abs. 2 vorgesehenen Fällen obligatorisch sein sollte (vgl. oben Art. 13 Z. 3).

(2) Besonderheiten weist das Verhältnis der Vereinigten Staaten zum StIG auf. Nach Art. 35 der Satzung des StIG sind sie, obgleich nicht Mitglied des VB, prozeßfähig. Der VB hat sich um ihre Heranziehung bemüht, indem er die amerikanischen Juristen Root in den Vorbereitungsausschuß (JO 20 37) und Moore zum Richter (unten Z. 4) wählte. Beide nahmen die Wahl an, doch die Vereinigten Staaten verhielten sich zum StIG als einer Einrichtung des VB ablehnend. Erst am 2. 3. 26 zeigte der Staatssekretär

Kellog dem GS an, daß der Senat am 27. 1. 26 auf Grund einer Botschaft des Präsidenten beschlossen habe, dem Protokoll über Errichtung des StIG beizutreten, jedoch mit fünf Vorbehalten: der Beitritt bedeutet weder die Aufrichtung eines Rechtsverhältnisses zum VB, noch die Uebernahme irgendeiner Verpflichtung aus dem VFrV; die Vereinigten Staaten werden auf gleichem Fuß mit den Mitgliedern an der Wahl der Richter teilnehmen; sie werden den von ihnen zu tragenden angemessenen Teil der Kosten des StIG selbst bestimmen; sie können jederzeit zurücktreten, und die Satzung des StIG wird nicht ohne ihre Zustimmung geändert werden; der StIG wird ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten kein Gutachten in einer Frage erstatten, an der sie sich für interessiert erklären. Die Zustimmung zu diesen Vorbehalten soll durch Notenwechsel von allen Signatarmächten erteilt werden. Angesichts der sich aus den Vorbehalten ergebenden Schwierigkeiten materieller und formeller Art beschloß der VBR auf Antrag Chamberlains-England, die Signatarmächte und die Vereinigten Staaten auf den 1. 9. 26 zu einer Besprechung in Genf zu laden (JO 26 530, 535 f., 628 f., 721 f.). Diese Einladung hat Amerika jedoch abgelehnt.

Allgemeines.

Die Begründung des StIG bedeutet insofern einen Fortschritt, als er einen fest konstituierten, stets handlungsbereiten Gerichtshof mit bestimmter Tagungszeit darstellt, der imstande ist, eine Ueberlieferung zu schaffen und in ständiger Praxis das Völkerrecht fortzubilden. Im Gegensatz dazu hatten die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 nur zur Aufstellung einer Liste von Richtern geführt, aus denen in jedem Einzelfall ein Schiedshof gebildet wurde. Ständigen Charakter hat nur das Büro des Schiedshofes unter der Aufsicht eines aus den diplomatischen Vertretern der Vertragsmächte im Haag bestehenden Verwaltungsrats (Abk. z. friedl. Erl. intern. Streitf. 41 f.). Abgesehen von den inneren Vorzügen der neuen Einrichtung ist auch die größere Schnelligkeit und Billigkeit des Verfahrens vor dem StIG zu

berücksichtigen (vgl. aber Fernandes bei Munch II 140 f.).

Im Einzelnen.

(1) S. 1 des Art. 14 ist durch die Begründung des StIG erledigt. Hervorzuheben ist, daß nicht dem VB, sondern den Mitgliedern die Entscheidung über den Entwurf überlassen wurde. Die daraus erwachsenden Schwierigkeiten sind jedoch dadurch überwunden, daß einerseits VBV und VBR den Entwurf übereinstimmend annahmen (s. oben Vorbem. 1) und daß andererseits die Entschließung der I. VBV vom 13. 12. 20 bestimmte, daß ein zu errichtendes Protokoll den Mitgliedern zur Ratifizierung vorgelegt werden solle. Nach Ratifizierung durch die Mehrheit der Mitglieder solle die Satzung des StIG in Kraft treten. Dieses vom 16. 12. 20 datierte Protokoll hat im Laufe des Jahres 1921 die nötigen Ratifikationen erhalten, so daß der StIG am 30. 1. 22 zu seiner ersten Sitzung zusammentreten konnte. Gegenwärtig ist das Protokoll von 48 Mächten unterzeichnet, von 37 ratifiziert (JO 25 1574; 26 373). Die Satzungsmäßigkeit des StIG steht somit außer Frage.

(2) Die Satzung des StIG (abgedr. JO 21 14 f. und RTr VI 390 f. S. Anhang Nr. 6) bestimmt, daß der Gerichtshof aus 11 ordentlichen und 4 Hilfsrichtern besteht, deren Zahl von der VBV auf Vorschlag des VBR auf 15 und 6 erhöht werden kann. Die Richter müssen entweder die Befähigung zu den höchsten Richterämtern in ihrer Heimat oder anerkanntes Ansehen als Kenner des Völkerrechts besitzen. Das Vorschlagsrecht steht, um politische Einwirkungen auszuschalten, den in nationale Gruppen zusammengefaßten Mitgliedern des Haager Schiedshofs zu, soweit die Staaten, von denen sie benannt sind, dem VB angehören oder in der der VBS beigefügten Liste aufgeführt werden. Staaten, die im Haager Schiedshof nicht vertreten sind, bilden zwecks Ausübung des Vorschlagsrechts ad hoc nationale Gruppen. Die Wahl erfolgt auf Grund der Vorschlagslisten getrennt in VBV und VBR so, daß die Mehrheit in beiden Körperschaften erlangt werden muß. Wenn nach 3 Wahlgängen noch

Plätze unbesetzt bleiben, tritt ein Vermittlungsausschuß in Tätigkeit und schließlich erhalten die bereits gewählten Richter das Recht der Zuwahl. Bei der Wahl soll für die Vertretung „der großen Formen der Zivilisation und der hauptsächlichen Rechtssysteme" gesorgt, im übrigen aber sollen die würdigsten Personen ohne Rücksicht auf ihre Nationalität gewählt werden. Tatsächlich sind bei der ersten Wahl im Jahre 1921 5 von den ordentlichen Richterstellen den ständigen Ratsmächten und Nordamerika zugefallen (s. unten Z. 4) und es ist kaum anzunehmen, daß diese je auf eine Vertretung im StIG verzichten werden. Die Wahl gilt für 9 Jahre, Wiederwahl ist statthaft. Eine Amtsenthebung kann nur bei Verlust der Qualifikation auf einstimmigen Beschluß der übrigen Richter stattfinden. Die Mitglieder des StIG genießen bei Ausübung ihres Amts die diplomatischen Vorrechte. Sie verpflichten sich feierlich, in voller Unparteilichkeit und nach bestem Gewissen zu richten. Die ordentlichen Richter dürfen keine politische oder administrative Funktion ausüben (Art. 2—20). Präsident und Vizepräsident werden für 3 Jahre gewählt. Sitz des StIG ist der Haag. Alljährlich tritt am 15. 6. eine ordentliche Tagung zusammen. Außerordentliche Tagungen werden vom Präsidenten nach Bedarf einberufen. Der StIG verhandelt grundsätzlich in pleno. Bei Behinderung eines ordentlichen Richters wird ein Hilfsrichter einberufen, doch genügt die Anwesenheit von 9 Richtern. Für Entscheidungen über Fragen der Arbeit nach T. XIII und des Verkehrs und der Durchfuhr nach T. XII des VFrV werden 2 besondere Kammern im Bestande von je 5 Richtern gebildet. Für summarische Verfahren wird auf Antrag der Parteien eine Kammer von 3 Richtern gebildet (vgl. unten Z. 5 A c und d). Die Richter, die Staatsangehörige der Parteien sind, verbleiben in Ausübung ihres Amts und jede Partei kann einen ihrer Staatsangehörigen, der die Qualifikation besitzt, für die Verhandlung ihrer Sache zum Richter ernennen.

Von dieser Befugnis haben bisher Deutschland und Griechenland Gebrauch gemacht, jenes im Falle Wimbledon (unten Z. 5 A a) durch Ernennung

Schückings, dieses im Falle Mavrommatis (unten Z. 5 A b u. c) durch Ernennung Caloyannis (Publ. E 1 49 f.), ferner Deutschland und Polen im Oberschlesischen Streitfalle durch Ernennung Rabels und des Grafen Rostworowski (Publ. A 6, unten Z. 5 A f.). Die Ernennung nationaler Richter erfolgt jedoch nur, wenn der StIG zu entscheiden, nicht aber, wenn er ein Gutachten abzugeben hat.

Die ordentlichen Richter empfangen ein Jahresgehalt von 15 000 fl., sowie eine Aufwandsentschädigung bis zu 20 000 fl., die Hilfsrichter nur eine Aufwandsentschädigung bis zu 30 000 fl. Eine besondere Aufwandsentschädigung beziehen der Präsident und der Vizepräsident (I. VBV Pl. 765 f., III. VBV Pl. I 219 f., II 154 f. vgl. Publ. E 1 281 f.). Eine Pensionsordnung wurde von der V. VBV (Pl. 193 f. vgl. E 1 283 f.) beschlossen. Die Kosten des StIG trägt der VB (20—33, vgl. E 1 271 f.).

Prozeßfähig sind nur Staaten, und zwar in erster Reihe die Mitglieder des VB und die in der der VBS beigefügten Liste genannten Staaten. Die Prozeßfähigkeit erwerben können andere Staaten laut besonderem Beschluß des VBR (JO 22 526, 545 f., 609 f.) durch die grundsätzlich oder für den Einzelfall abgegebene Erklärung, daß sie die Gerichtsbarkeit des StIG anerkennen und sich verpflichten, sich seiner Entscheidung zu unterwerfen und gegen keinen Staat Krieg zu führen, der sich der Entscheidung unterwirft. Die Zuständigkeit des StIG umfaßt alle ihm von den Parteien oder durch Verträge überwiesenen Fragen (vgl. Publ. E 1 125 f., 349 f.). Insbesondere wird den Mitgliedern durch Art. 36 Abs. 2 anheimgestellt, durch Anschluß an eine von der I. VBV beschlossene Erklärung („disposition facultative") die Anrufung des StIG als obligatorisch anzuerkennen, soweit es sich um die 4 in Art. 13 Abs. 2 der VBS benannten Gruppen von Streitfällen handelt. Diese Erklärung ist bisher von 24 Staaten unterzeichnet und von 16 ratifiziert, unter denen sich jedoch keine Großmacht befindet (JO 25 1575; 26 373, 648). Der StIG wendet an die durch internationale Verträge festgesetzten Normen, das internationale Gewohnheitsrecht, die von den zivilisierten Staaten an-

erkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze und aushilfsweise die aus der Gerichtspraxis und den Lehren der Wissenschaft sich ergebenden Regeln. Bei Einverständnis der Parteien kann der StIG ex aequo et bono entscheiden (34—38). Gerichtssprachen sind englisch und französisch, doch kann auf Antrag der Parteien eine andere Sprache zugelassen werden. Das Verfahren zerfällt in ein schriftliches Vorbereitungsverfahren und ein mündliches Hauptverfahren. Dieses ist grundsätzlich öffentlich. Kraft der ihm zustehenden Prozeßleitung ergreift der StIG vorläufige Maßnahmen zur Sicherung von Rechten, setzt Formen und Fristen fest usw. Bei Nichterscheinen einer Partei kann auf Antrag der andern verhandelt und nach Feststellung der Zuständigkeit und tatsächlicher und rechtlicher Prüfung der Anträge entschieden werden. Der zu begründende Spruch wird mit Stimmenmehrheit beschlossen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten. Die Entscheidung ist endgültig, doch ist ein Wiederaufnahmeverfahren zulässig. Die Entscheidung schafft Recht nur unter den Parteien. Vorbehaltlich anderweiter Entscheidung trägt jede Partei ihre eigenen Kosten (39—64). Vgl. Nyholm bei Munch II 248 f., Hatschek 276 f., Pohl in Pol. HandWB. II 900 f. Auf Grund des ihm in Art. 30 seiner Satzung anheimgestellten Rechts hat der StIG am 24. 3. 22 ein Reglement in 75 Artikeln beschlossen, das seine Geschäftsordnung und das Verfahren des näheren regelt (Publ. D 2 232, 560 f.), ferner eine Geschäftsordnung für die Gerichtsschreiberei und eine Personalordnung (Publ. E 1 121 f., 83 f., 79 f.).

(3) Art. 14 überträgt dem StIG neben der Entscheidung von Streitfällen die Erstattung gutachtlicher Aeußerungen. Diese Gutachten haben selbstverständlich keine bindende Kraft. Sie wirken in Ermangelung einer besonderen Bestimmung der VBS wie jedes Gutachten auctoritate rationis, nicht ratione auctoritatis. Der VBV und dem VBR steht es frei, sie abzulehnen oder ihnen beizutreten. Doch hat der VBR bisher alle auf sein Ansuchen erstatteten Gutachten angenommen und nur gegen die Stellungnahme des StIG zum ostkarelischen Streit einen Vorbehalt ge-

macht (unten Z. 5 B e vgl. unten Art. 17 Z. 6 S). Immerhin gilt die Annahme nur für den gerade vorliegenden Einzelfall. Eine Bindung für die Zukunft tritt nicht ein. Das träfe auch dann zu, wenn VBV oder VBR um eine gutachtliche Auslegung der V B S ersuchen sollten. Das Recht authentischer Auslegung steht dem StIG nicht zu (vgl. unten Art. 26 Z. 4).

(4) Die Zusammensetzung des StIG. Die Wahl der Richter fand nach Art. 4 f. der Satzung des StIG während der II. VBV statt. Die Zahl der Bewerber war außerordentlich groß (JO 21 811 f.). In der VBV waren zunächst 5 Wahlgänge erforderlich, um eine Mehrheit für die 11 ordentlichen Richter zu erzielen. Nachdem das gelungen war, lief das Wahlergebnis des VBR ein, demzufolge nur 9 der von der VBV gewählten Bewerber auch im VBR die Mehrheit erhalten hatten. Nunmehr nahm die VBV einen sechsten Wahlgang vor, in dessen Ergebnis von den vier umstrittenen Bewerbern je einer von der Liste des VBV und von der des VBR gewählt wurde. Diese zwei erhielten dann auch im VBR die Mehrheit. Noch größere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Wahl der Hilfsrichter. Trotz einer Reihe von Wahlgängen wurde eine Uebereinstimmung der Listen nicht erzielt und es mußte ein Vermittlungsausschuß in Tätigkeit treten, dessen Vorschlag von beiden Wahlkörpern angenommen wurde (II. VBV Pl. 235 f., 251 f., 272, 279, 281, 290 f., 293 f.). Danach ergab sich folgender Bestand des StIG: Altamira-Spanien, Anzilotti-Italien, Barbosa-Brasilien, de Bustamante-Cuba, Lord Finlay-England, Huber-Schweiz, Loder-Holland, Moore-Nordamerika, Nyholm-Dänemark, Oda-Japan, Weiß-Frankreich. Hilfsrichter: Beichmann-Norwegen, Negulesco-Rumänien, Wang Chung-Hui-China, Yovanovitsch-Südslavien. Barbosa-Brasilien starb am 1. 3. 23. An seiner Stelle wurde am 10. 9. 23 da Silva Pessoa-Brasilien in einem Wahlgang gewählt (IV. VBV Pl. 23 f., 50). Der StIG wählte zu seinem Präsidenten für die Zeit vom 1. 1. 22 bis zum 31. 12. 24 den Holländer Loder, vom 1. 1. 25 bis zum 31. 12. 27 den Schweizer Huber, zum Vizepräsidenten für beide Zeitabschnitte den Franzosen Weiß. Zum Chef der Gerichts-

schreiberei wurde für die Zeit vom 1. 1. 22 bis zum 31. 12. 29 der Schwede Hammarskjöld ernannt (Publ. E 1 9 f., 77 f.).

(5) Die Praxis des StIG. Der StIG hielt vom 30. 1. bis 24. 3. 22 eine vorbereitende Tagung zwecks Ausarbeitung des Reglements ab (Publ. D 1). Zur ersten ordentlichen Tagung trat er am 15. 6. 22 zusammen. Satzungsgemäß ist er auch in den folgenden Jahren am gleichen Datum, mit geringen nach Tagen zählenden Abweichungen zu ordentlichen Tagungen zusammengetreten. Die Dauer der Tagungen schwankte zwischen 2 und 3 Monaten. Außerordentliche Tagungen hat er nach Bedarf abgehalten, und zwar im Januar/Februar 23, im November/Dezember 23, im Januar/März 25, im April/Mai 25, im Oktober/November 25.

Auf diesen Tagungen hat er nach den bisherigen amtlichen Veröffentlichungen, die mit dem Jahre 25 abschließen, 6 Entscheidungen gefällt und 12 Gutachten abgegeben. Sie sind in den Publications de la Cour Permanente de Justice Internationale wiedergegeben, jene in der Reihe A, diese in der Reihe B, während in der Reihe C die dazu gehörigen Urkunden abgedruckt sind und Reihe E, die den allgemeinen Jahresbericht des StIG bringt, eine kurze Zusammenfassung der Urteile und Gutachten gibt. Jede Entscheidung und jedes Gutachten stellt ein Sonderheft unter eigener Nummer dar.

A. Entscheidungen (A 1—6, E 1 159 f.).

a) Fall des Dampfers Wimbledon. Im März 21 verweigerte Deutschland dem englischen, von einer französischen Gesellschaft gecharterten Dampfer Wimbledon, der mit Munition nach Danzig bestimmt war, unter Berufung auf seine Neutralität im polnisch-russischen Kriege die Durchfahrt durch den Kieler Kanal. Nach ergebnislosen diplomatischen Verhandlungen umschiffte der Dampfer Dänemark. Wegen Ersatzes der dadurch verursachten Mehrkosten erhoben die in der Botschafterkonferenz vertretenen Mächte auf Vorschlag Deutschlands Klage vor dem StIG unter Berufung auf Art. 380 des VFrV. Polen wurde als Inter-

venient zugelassen. Der StIG verurteilte antragsgemäß am 17. 8. 23. Vgl. Wolgast, Der Wimbledonprozeß, Berlin 26.

b) und e) Der Fall Mavrommatis. Der Grieche Mavrommatis hatte vor dem Kriege von der Türkei Konzessionen in Palästina erworben, England als Mandatsmacht hatte sie anderweit vergeben. Griechenland klagte. Am 30. 8. 24 erklärte sich der StIG entgegen dem Widerspruch Englands für zuständig, am 26. 3. 25 verurteilte er antragsgemäß.

c) und d) Haftung bulgarischen Vermögens in Griechenland für Kriegshandlungen. Nach § 4 der Anlage zu Art. 179 des NFrV haftet das auf dem Gebiet einer der alliierten Mächte befindliche Vermögen bulgarischer Staatsangehöriger für Kriegshandlungen der bulgarischen Regierung. Ueber die Tragweite dieser Bestimmung enstanden Meinungsverschiedenheiten zwischen Bulgarien und Griechenland. Im März 24 schlossen die Parteien einen Schiedsvertrag, kraft dessen sie den Fall dem StIG unterbreiteten, und zwar mit dem Ersuchen, im summarischen Verfahren zu unterscheiden. Die aus Loder, Weiß und Huber gebildete Kammer fällte ihren Spruch am 12. 9. 24 ohne mündliche Verhandlung. Am 26. 3. 25 prüfte sie das Ersuchen Griechenlands um Interpretation ihres Spruches. Sie erklärte sich für zuständig, lehnte aber eine Interpretation ab, da diese den Rahmen des Spruches, der durch den Schiedsvertrag gegeben sei, nicht überschreiten dürfe.

f) Deutsche Interessen in Polnisch-Oberschlesien. Polen hatte die Stickstoffwerke in Chorzow zwangsweise in eigene Verwaltung übernommen und den polnischen Fiskus als Eigentümer in das Grundbuch eintragen lassen und ferner einer Anzahl deutscher Großgrundbesitzer die Liquidation ihrer Besitzungen angekündigt. Auf Grund des Art. 23 des Genfer deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. 5. 22 erhob Deutschland Klage vor dem StIG. Polen bestritt die Zuständigkeit des StIG. Durch Entscheidung vom 25. 8. 25 erklärte sich der StIG für zuständig.

Nach Zeitungsmeldungen hat der StIG am 25. 5. 26 das Endurteil im Sinne der deutschen Anträge gefällt.

B. Gutachten (B 1—12, E 1 179 f.).

a) Auslegung des Art. 389 Abs. 3 des VFrV. Nach der genannten Bestimmung müssen die Delegierten zur Internationalen Arbeitskonferenz, die nicht der Regierung angehören, im Einvernehmen mit den hervorragendsten Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ernannt werden. Die holländische Regierung ernannte für die zwei ersten Tagungen als Arbeitervertreter den Kandidaten der größten Organisation, für die dritte den dreier anderer Organisationen. Jene erhob beim Arbeitsamt Einspruch und die Konferenz ersuchte durch den VBR den StIG um ein Gutachten. Dieser gab es am 31. 7. 22 dahin ab, daß die Ernennung des Vertreters nach Möglichkeit im Einverständnis mit allen Berufsorganisationen erfolgen solle. Wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen sei, seien die Wünsche der Organisationen zu berücksichtigen, die insgesamt die größte Mitgliederzahl aufweisen. Das sei hier geschehen.

b) und c) Zuständigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation für Fragen der Landwirtschaft. Auf Veranlassung Frankreichs ersuchte der VBR den StIG um ein Gutachten darüber, ob die Internationale Arbeitsorganisation zuständig sei, erstens für Fragen, die die landwirtschaftlichen Arbeiter betreffen, zweitens für Fragen der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Der StIG erstattete unter dem 12. 8. 22 zwei Gutachten, deren erstes bejahend, deren zweites verneinend ausfiel.

d) Englisch-französischer Streit um die Staatsangehörigkeit in Tunis und Marokko (vgl. unten Art. 15 Z. 9 P). Die angesichts des englischen Protestes gegen die Regelung der Staatsangehörigkeit in den genannten französischen Protektoraten von Frankreich erhobene Einrede der ausschließlichen Zuständigkeit nach Art. 15 Abs. 8 wurde durch Gutachten vom 7. 2. 23 für unbegründet erklärt. Die ausschließliche Zuständigkeit bestehe für das Gebiet, das nicht grundsätzlich durch Völkerrecht geregelt sei. Die Ausdehnung dieses Gebiets, das im allgemeinen die Frage der Staatsangehörigkeit umfaßt,

sei von der Entwicklung der internationalen Beziehungen abhängig. Die Freiheit eines Staates könne aber auch innerhalb dieses Gebiets durch internationale Vereinbarungen beschränkt sein. Im Falle eines Streites sei jedoch das Vorhandensein einer solchen Beschränkung nicht schon dann anzuerkennen, wenn internationale Vereinbarungen in die Angelegenheit hineinspielen. Es sei vielmehr erforderlich, daß sie von rechtlicher Bedeutung für die Streitigkeit seien. Keinesfalls aber werde eine Frage der ausschließlichen Zuständigkeit der einen Partei dadurch entzogen, daß die andere den Fall vor den VB bringt. Von diesen Grundsätzen ausgehend, gelangte der StIG zu einer Verwerfung der französischen Einrede. Der internationale Charakter des Falles ergebe sich nicht nur daraus, daß die Parteien unbestritten vorliegende Vereinbarungen verschieden auslegen, sondern auch daraus, daß England Kapitulationsrechte auf dem französischen Protektoratsgebiet in Marokko ausübt.

e) Der finnländisch-russische Streit um Ostkarelien (vgl. unten Art. 17 Z. 6 S). Der StIG lehnte unter dem 23. 7. 23 die Erstattung des vom VBR erbetenen Gutachtens ab, da Sowjetrußland nicht Mitglied des VB und daher durch die Bestimmungen der VBS nicht gebunden sei, da es eine Beteiligung am Verfahren verweigert habe und da nach völkerrechtlichen Grundsätzen internationale Streitigkeiten nur mit Zustimmung beider Parteien einem Verfahren unterworfen werden können. Unter den Begriff des Verfahrens aber falle auch die Erstattung eines Gutachtens durch den StIG. Das treffe im gegebenen Falle um so mehr zu, als durch das Gutachten die Entscheidung vorweggenommen würde. Davon abgesehen, könne der StIG auch nicht auf Grund des von nur einer Seite vorgebrachten Materials Stellung nehmen.

Von besonderer grundsätzlicher Bedeutung ist die ausdrückliche Feststellung des StIG, daß die Nichtmitglieder durch die VBS nicht gebunden sind. Sie folgt zwar von selbst und unwiderleglich aus der Rechtslage. Da die VBS jedoch Anspruch auf allgemeine Geltung über den Rahmen des VB hinaus

erhebt, ist diese Feststellung durch den obersten Gerichtshof des VB durchaus wesentlich.

f) Der Fall der deutschen Ansiedler in Polen (vgl. oben Art. 4 Z. 8 B d). Nachdem durch Art. 256 des VFrV das preußische Staatseigentum in den an Polen abgetretenen Gebieten auf den polnischen Fiskus übergegangen war, begann Polen auf Grund eines Gesetzes vom 14. 7. 20 diejenigen Ansiedler auszutreiben, deren Rentengutsverträge zwar vor dem 11. 11. 18 geschlossen waren, die aber die Auflassung erst nach diesem Tage erhalten hatten und ebenso diejenigen, deren Pachtverträge nach diesem Tage in Rentengutsverträge umgewandelt waren. Infolge einer Beschwerde des Deutschtumbundes in Bromberg vom 8. 11. 21, die sich auf den Minderheitenvertrag vom 28. 6. 19 stützte, ersuchte der VBR den StIG um ein Gutachten. Dieses erging unter dem 10. 9. 23 nach Anhörung von Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung dahin, daß der VBR auf Grund des Minderheitenvertrages für den Fall zuständig und daß das Vorgehen Polens rechtswidrig sei. Das Gesetz vom 14. 7. 20 wolle das Land entgermanisieren und stehe dadurch im Widerspruch zum Minderheitenvertrage. Das preußische und sonstige Staatseigentum sei auf Polen nicht am Tage des Waffenstillstandes, sondern am Tage des Inkrafttretens des VFrV übergegangen. Die Ansiedler hätten durch die Rentengutsverträge zwar nicht Eigentum, wohl aber Anspruch auf Uebertragung des Eigentums erworben, also ein Privatrecht, das Polen nicht verletzen dürfe. Dieses gelte analog auch für die Pachtverträge.

Ungeachtet dieses Gutachtens blieb es bei der Austreibung und die Ansiedler wurden mit einer Geldentschädigung abgefunden.

g) Die Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit (vgl. oben Art. 4 Z. 8 B d). Unter dem 8. 11. 21 beschwerte sich der Deutschtumsbund in Bromberg beim VBR über die polnische Auslegung des Art. 4 des Minderheitenvertrages vom 28. 6. 19. Ihr zufolge werde gefordert, daß die Eltern der die polnische Staats-

angehörigkeit beanspruchenden Personen einen Wohnsitz im nunmehr polnischen Gebiet nicht nur zur Zeit der Geburt dieser Personen, sondern auch zur Zeit des Inkrafttretens dieses Vertrages gehabt haben sollten. Dadurch werde die Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit erschwert und die Liquidierung des Vermögens der fraglichen Personen ermöglicht. Polen bestritt, daß Art. 4 unter dem Schutz des VB stehe und verneinte die Zuständigkeit des VBR. Dieser ersuchte den StIG um ein Gutachten sowohl über die Frage der Zuständigkeit, als auch über die Richtigkeit der polnischen Auslegung. Der StIG anerkannte durch Gutachten vom 15. 9. 23 die Zuständigkeit des VBR und verwarf die polnische Auslegung des Art. 4.

Auf Vorschlag des VBR wurden unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen angeknüpft, in deren Ergebnis am 30. 8. 25 in Wien ein Vertrag über Staatsangehörigkeit und Option abgeschlossen wurde (vgl. JO 25 855, 895 f., RTr XXXII 331 f.).

h) Der polnisch-tschechische Jaworzina-Streit (vgl. oben Art. 11 Z. 4 G). Auf gemeinsames Ersuchen Polens und der Tschechoslowakei hatte die Botschafterkonferenz am 28. 7. 20 in dem zwischen beiden Staaten strittigen Gebiet eine Grenzlinie gezogen. Polen verweigerte ihre Anerkennung und nach langwierigen ergebnislosen Verhandlungen übergab die Konferenz die Angelegenheit dem VBR. Dieser ersuchte den StIG um ein Gutachten darüber, ob die Entscheidung der Konferenz als endgültig anzusehen sei. Unter dem 6. 12. 23 bejahte der StIG diese Frage, sprach jedoch dem Grenzziehungsausschuß die Befugnis zu, Verbesserungen der Linie vorzunehmen.

Dementsprechend ist in der Folge mit Billigung der Botschafterkonferenz verfahren worden und die Angelegenheit hat durch Protokoll vom 6. 5. 24 ihren Abschluß gefunden.

i) Der albanisch-südslavische Streit um das Kloster St. Naum (vgl. oben Art. 11 Z. 4 G). Die Festsetzung der Grenzen des durch den

Londoner Vertrag vom Jahre 1913 geschaffenen Staates Albanien war infolge des Weltkrieges nicht zu Ende geführt. Bei der Aufnahme Albaniens in den VB ersuchte die I. VBV die Hauptmächte um Regelung der noch offenen Fragen. Der von diesen niedergesetzte Grenzausschuß teilte das Kloster St. Naum Albanien zu. Südslavien protestierte. Die Botschafterkonferenz überwies den Streit dem VBR, dieser ersuchte den StIG um ein Gutachten, das am 4. 9. 24 dahin ging, daß die getroffene Entscheidung anzuerkennen sei.

k) Griechisch-türkischer Streit um den Bevölkerungsaustausch (vgl. oben Art. 11 Z. 4 H). Innerhalb des Gemischten Ausschusses, der über den Bevölkerungsaustausch auf Grund des Vertrages vom 30. 1. 23 zu wachen hat, entstanden Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Art. 2 dieses Vertrages, der von den dem Austausch nicht unterworfenen Personen, insbesondere den in Konstantinopel ansässigen Griechen handelt. Durch Vermittlung des VBR wurde der StIG um ein Gutachten ersucht. Der StIG gab die erbetene Auslegung unter dem 21. 2. 25.

l) Der Danzig-polnische Postkasten-Streit (vgl. oben Art. 4 Z. 8 A b). In dem Danzig-polnischen Pariser Abkommen vom 9. 11. 20 war Polen das Recht zugestanden, im Hafen einen Postdienst zwecks direkten Verkehrs mit Polen einzurichten. Ueber die Einzelheiten bestimmte ein Warschauer Abkommen vom 24. 10. 21. Demgemäß wurden Polen Ende 22 die nötigen Räumlichkeiten am Heveliusplatz eingeräumt. Am 5. 1. 25 ließ Polen an verschiedenen Stellen der Stadt Postkästen anbringen und nahm das Recht zum Austragen von Postsendungen in der Stadt für sich in Anspruch. Danzig bestritt ihm das Recht zu postalischen Operationen außerhalb des Heveliusplatzes und zur Besorgung anderer Korrespondenz als der der polnischen Beamten. Der VB-Kommissar anerkannte diese Auffassung, Polen wandte sich an den VBR und dieser ersuchte den StIG um ein Gutachten. Es wurde unter dem 16. 5. 25 erstattet und stellte fest, daß Polen in seinem Postdienst nicht auf den Heveliusplatz und nicht auf die polnischen Behörden,

wohl aber auf das Gebiet des Danziger Hafens beschränkt sei. Der Umfang dieses Gebiets sei jedoch nicht festgelegt.

Der VBR ernannte am 11. 6. 25 einen viergliederigen Ausschuß zwecks Festsetzung des Hafengebiets. Sein Bericht wurde vom VBR am 19. 9. 25 angenommen (JO 25 1371 f.).

m) Der englisch-türkische Streit um Mossul (vgl. unten Art. 17 Z. 6 T). Im Verlauf dieses Streits beschloß der VBR am 19. 9. 25, den StIG um ein Gutachten zur Auslegung des Art. 3 Abs. 2 des LFrV, durch den dem VBR die Entscheidung über die Grenzziehung zwischen Türkei und Irak übertragen wurde, zu ersuchen, und zwar 1. über den Charakter der zu fällenden Entscheidung, ob sie nämlich Schiedsspruch, Empfehlung oder Vermittlungsvorschlag zu sein habe und 2. ob sie einstimmig oder mit Mehrheit zu fassen sei und ob die Parteien mitstimmen dürften. Das Gutachten erging unter dem 21. 11. 25 dahin, daß die Entscheidung für die Parteien bindend und endgültig und daß sie einstimmig zu fassen sei. Die Parteien dürften mitstimmen, doch würden ihre Stimmen nicht gezählt.

In der Begründung hebt der StIG hervor, daß der VBR nach der VBS keineswegs die Stellung eines Schiedsrichters habe. Es stehe jedoch nichts dem entgegen, daß die Parteien ihm durch Vertrag weitergehende Rechte zugestehen, als er sie nach der VBS hat. Andererseits hindere die Uebertragung solcher Rechte ihn nicht, unabhängig davon die Beilegung des Streits nach Art. 15 durch Vermittlung und Empfehlung zu versuchen. Die Forderung der Einstimmigkeit wiederum ergebe sich aus Art. 5 Abs. 1. Ausnahmen könnten angesichts des ganzen Charakters des VB nur zugelassen werden, wenn sie ausdrücklich vorgesehen sind. Das müsse auch dann gelten, wenn dem VBR Befugnisse zugestanden sind, die über die VBS hinausgehen. Die Nichtberücksichtigung der Stimmen der Parteien aber erfließe aus dem allgemeinen Grundsatz, daß niemand Richter in eigener Sache sein könne. Dieser Grundsatz sei in Art. 15 Abs. 6 und 7 und Art. 16 Abs. 4 anerkannt (Publ. B 12 27 f.).

n) In einem weiteren Falle, nämlich in dem griechisch-türkischen Streit um die Ausweisung des Oekumenischen Patriarchen (oben Art. 11 Z. 4 H) unterblieb die Abgabe des vom VBR am 14. 3. 25 erbetenen Gutachtens, weil der Streit durch unmittelbare Verhandlungen beigelegt und das Ersuchen des VBR zurückgezogen wurde. Die Türkei hatte die Zuständigkeit des VBR bestritten, da es sich um eine innertürkische Angelegenheit handle. Es wurde also der Grundsatz des Art. 15 Abs. 8 von einem Nichtmitgliede geltend gemacht. Demgemäß ging das Ersuchen des VBR an den StIG dahin, sich zu äußern, ob die Einrede der Unzuständigkeit den VBR hindere, über den Appell Griechenlands zu verhandeln (VI. VBV Pl. 197 f., Publ. E 1 230 f. Publ. B berichten über diesen Fall nicht.).

Artikel 15.

Die Bundesmitglieder kommen überein, daß eine zwischen Bundesmitgliedern entstandene Streitfrage, die zu einem Bruch führen könnte und die nicht der in Art. 13 vorgesehenen schiedsgerichtlichen oder gerichtlichen Regelung unterworfen wird, vor den Rat zu bringen ist. Zu diesem Zweck genügt es, wenn eine der Parteien den Generalsekretär benachrichtigt. Dieser veranlaßt alles Nötige zu erschöpfender Untersuchung und Prüfung.

Die Parteien haben ihm binnen kürzester Frist eine Darlegung ihres Streitfalles mit allen einschlägigen Tatsachen und Belegstücken mitzuteilen. Der Rat kann deren unverzügliche Veröffentlichung anordnen.

Der Rat bemüht sich, die Schlichtung der Streitfrage herbeizuführen. Gelingt ihm das, so veröffentlicht er, soweit er es für nützlich hält, eine Darstellung des Tatbestandes mit den dazu gehörigen Erläuterungen und dem Wortlaut des Ausgleichs.

Kann die Streitfrage nicht geschlichtet werden, so verfaßt und veröffentlicht der Rat einen auf einstimmigem Beschluß oder auf Mehrheitsbeschluß beruhenden Bericht, der die Einzelheiten der Streitfrage und

die Vorschläge wiedergibt, die er zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Jedes im Rat vertretene Bundesmitglied kann gleichfalls eine Darstellung des Tatbestandes der Streitfrage und seine eigene Stellungnahme dazu veröffentlichen.

Wird der Bericht des Rats von denjenigen seiner Mitglieder, die nicht Vertreter der Parteien sind, einstimmig angenommen, so verpflichten sich die Bundesmitglieder, gegen eine Partei, die sich den Vorschlägen des Berichts fügt, nicht zum Kriege zu schreiten.

Findet der Bericht des Rats nicht die Zustimmung aller seiner Mitglieder, die nicht Vertreter der Parteien sind, so behalten sich die Bundesmitglieder das Recht vor, so zu handeln, wie sie es zur Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit für notwendig erachten.

Macht eine der Parteien geltend und erkennt der Rat an, daß sich der Streit auf eine Frage bezieht, die nach internationalem Recht zur ausschließlichen Zuständigkeit dieser Partei gehört, so hat der Rat das in einem Bericht festzustellen, ohne eine Lösung vorzuschlagen.

Der Rat kann in allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen die Streitfrage vor die Bundesversammlung bringen. Desgleichen hat sich die Bundesversammlung auf Antrag einer der Parteien mit der Streitfrage zu befassen. Dieser Antrag ist binnen vierzehn Tagen, nachdem die Streitfrage vor den Rat gebracht worden ist, zu stellen.

In jedem der Bundesversammlung unterbreiteten Falle finden auf das Verfahren und die Befugnisse der Bundesversammlung die Bestimmungen dieses Artikels und des Art. 12, die sich auf das Verfahren und die Befugnisse des Rats beziehen, Anwendung. Ein von der Bundesversammlung unter Zustimmung der Vertreter der dem Rate angehörenden Bundesmitglieder und der Mehrheit der anderen Bundesmitglieder, in jedem Falle unter Ausschluß der Vertreter der Parteien, beschlossener Bericht hat dieselbe Bedeutung wie ein Bericht des Rats, den seine Mitglieder mit Ausnahme der Vertreter der Parteien einstimmig angenommen haben.

Vorbemerkung.

Vgl. Vorbemerkung zu Art. 12.

Allgemeines.

Art. 15 faßt im Gegensatz zu Art. 13 die Streitfälle ins Auge, die rein politischen oder überwiegend politischen Charakter haben und deren Entscheidung nach Rechtsgrundsätzen deshalb nicht möglich ist oder nicht angebracht erscheint. Daher wird der VBR damit betraut, zunächst zu vermitteln und im Falle des Mißlingens von sich aus eine Lösung vorzuschlagen. Es versteht sich von selbst, daß diese sich auf politischen Erwägungen aufbauen muß. Desgleichen liegt auf der Hand, daß hierbei nicht nur die Interessen der Parteien, sondern auch die der Ratsmächte und gegebenenfalls weiterer Staaten Berücksichtigung finden werden. Bei einer solchen Sachlage ist es begreiflich, wenn der Stellungnahme des VBR nur unter der Voraussetzung der Einstimmigkeit bindende Kraft beigemessen wird und auch das nur in negativer Richtung, während im übrigen die Freiheit der Bundesmitglieder voll gewahrt bleibt. Zwar haben sich in der Praxis sowohl Vermittlung als Berichtsverfahren wiederholt als erfolgreich erwiesen. Doch handelte es sich dabei um Zusammenstöße zwischen kleineren Staaten, die sich dem Druck des VBR fügen mußten. Immerhin ist auch hier ein Fall offener Renitenz zu verzeichnen, gegen den der VBR nicht eingeschritten ist (vgl. oben Art. 11 Z. 4 B). Von den zwei Fällen dagegen, an denen Großmächte beteiligt waren, hat sich nur der eine einwandfrei erledigt (unten Z. 9 P), was sich aus der verhältnismäßig geringfügigen Bedeutung des Streitfalles erklärt. Im anderen Falle, in dem einer der Hauptmächte ein kleinerer Staat gegenüberstand, bleibt das Rechtsgefühl durchaus unbefriedigt (unten Z. 9 Q). Es steht zu befürchten, daß auch in Zukunft in ähnlichen Fällen ein ähnliches Verfahren beliebt werden wird. Unabhängig davon muß die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß das Verfahren nach Art. 15 bei ernsthaften Streitfällen, an denen beiderseits Großmächte beteiligt sind, versagen kann und daß daher solche Streitfälle einen

wenigstens zeitweiligen Auseinanderfall des VB zur Folge haben können.

Unter diesen Umständen darf die materielle Bedeutung des Art. 15 nicht überschätzt werden, wenngleich ihm relativer Wert nicht abzusprechen ist. Sehr beachtenswert ist auch der Vorbehalt des Abs. 8. Die Anrufung der VBV dürfte praktisch kaum Bedeutung erlangen und allenfalls dann vorkommen, wenn eine Partei sich im VBR einer geschlossenen Interessentengruppe gegenübersieht.

Im Einzelnen.

(1) Die Fassung von Abs. 1 S. 1 in beiden Urtexten und dementsprechend in den bisher veröffentlichten Uebersetzungen ist mißverständlich. Es kann der Eindruck entstehen, als wäre ein besonderes Uebereinkommen zwischen den Parteien erforderlich, damit ein Streit vor den VBR gebracht werden könnte. Das ist jedoch, wie sich aus der Gesamtheit der einschlägigen Bestimmungen, insbesondere auch aus Art. 12 und aus der bisherigen Praxis ergibt, nicht der Fall. Vielmehr genügt eine einseitige Anzeige an den GS, die nicht nur dann erfolgen kann, wenn Verhandlungen über eine gerichtliche Regelung sich zerschlagen haben, sondern auch dann, wenn eine Partei von vornherein eine solche Regelung für nicht angebracht hält. Um das klarzustellen, schien in diesem Falle eine freiere Uebersetzung am Platze, die sich in einer anderen Stilisierung des S. 1 ausdrückt.

Der GS hat die Anzeige zur Kenntnis des VBR zu bringen und sie, wenn sie ohne Einvernehmen mit der Gegenpartei erfolgte, dieser mitzuteilen. Alsdann sind beide Parteien gemäß Abs. 2 verpflichtet, eine Darstellung des Falles mit dem dazugehörigen Material einzureichen. Sache des GS wird es sein, nötigenfalls durch Rückfragen eine Vervollständigung herbeizuführen.

Die in Abs. 2 S. 2 vorgesehene unverzügliche Veröffentlichung der Materialien dürfte nur in Ausnahmefällen am Platze sein. Sie ist bisher nur in der Aland- und in der Wilnafrage (oben Art. 11 Z. 4A und B) erfolgt.

(2) In dem Fragebogen, den der VBR im Anschluß an den Korfu-Fall einem Juristenausschuß vorlegte (s. unten Z. 9 Q), wird erstens die Frage aufgeworfen, ob der VBR im Falle des Art. 15 vor Eintritt in die Materie zu prüfen habe, ob tatsächlich die Gefahr eines Bruches vorliegt. Der Ausschuß erwiderte, daß der VBR zu einer solchen Vorprüfung weder auf Antrag noch ex officio verpflichtet sei, daß er aber jederzeit die Schwere des Streitfalls in Erwägung ziehen und danach sein Vorgehen regeln könne. Diese Antwort ist vom VBR und der VBV mit Recht gebilligt worden. Auch aus dem anfänglich unbedeutendsten Konflikt kann ein Bruch entstehen, und so erwünscht es ist, daß der VBR nicht mit Kleinigkeiten behelligt werde, so gefährlich wäre es, wenn die Anzeige einer Partei mit der Begründung zurückgewiesen werden könnte, daß der Streitfall zu einem Bruch nicht führen würde. Namentlich die Lage kleinerer Staaten würde dadurch verschlechtert, da ihnen in einem Konflikt mit einer Großmacht diese Begründung leicht entgegengehalten werden könnte.

Die zweite Frage betraf die Zuständigkeit des VBR in dem Falle, wenn der Streit bereits Gegenstand eines gerichtlichen oder sonstigen Verfahrens ist. Der Ausschuß erklärte, wiederum mit Recht, daß der VBR solchenfalls eine Prüfung ablehnen müsse.

In der Antwort des Ausschusses auf die dritte Frage wird festgestellt, daß der in Art. 15 Abs. 8 vorgesehene Fall der einzige sei, in dem der VBR die vor ihn gebrachte Streitigkeit nicht zu prüfen habe und daß eine Einrede sich nicht auf einen Vorbehalt stützen könne, wie sie in den meisten Schiedsverträgen enthalten seien.

Diese Antwort ist in ihrer Allgemeinheit nicht unbedenklich. Ihre Richtigkeit kann jedoch dahingestellt bleiben, da der VBR für die Zukunft an sie nicht gebunden ist. Wesentlich und von praktischer Bedeutung ist jedenfalls der in ihr enthaltene Hinweis auf die Einrede der Unzuständigkeit aus Art. 15 Abs. 8.

(3) Abs. 8 ist ebenso wie der Hinweis auf die

Monroedoktrin in Art. 21 von Wilson auf Verlangen der amerikanischen Opposition in den Entwurf vom 28. 4. 19 hineingebracht worden, um eine Einmischung des VB in amerikanische Angelegenheiten zu verhindern (Schou bei Munch I 297 f.). Man mag dabei in erster Reihe an die in der Einwanderungsfrage zwischen Nordamerika und Japan entstandenen Schwierigkeiten gedacht haben. So, wie Abs. 8 gefaßt ist, beschränkt er sich jedoch nicht auf Einzelfragen, sondern anerkennt den alten völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Freilich ist dieser Grundsatz nicht nur in den Pariser FrV, sondern auch in einer Reihe weiterer, im Anschluß an diese geschlossenen Verträge, vor allem in den Minderheitenverträgen, außer Kraft gesetzt worden, und die VBS selbst engt ihn im Hinblick auf ihre Mitglieder in tiefgreifender Weise ein, so in Art. 1 Abs. 2. Immerhin erkennt Abs. 8 ihn ausdrücklich an, und der VBR ist daher vorbehaltlich der vertraglichen Einschränkungen an ihn gebunden. Er wird ein Eingreifen ablehnen müssen, soweit Fragen der inneren Gesetzgebung oder Verwaltung oder Rechtsprechung eines Staates durch den ihm vorgelegten Streit berührt werden, es sei denn, daß aus den FrV oder anderen Verträgen ein Recht auf Einmischung abgeleitet werden kann. Die Präsumption wird hierbei zugunsten der Ablehnung sprechen, und die Beweislast wird dem gegnerischen Staat obliegen. Da es sich um die Einschränkung eines anerkannten Grundsatzes handelt, kann der Beweis auch nicht per analogiam geführt werden, und die bestimmten Staaten auferlegte Duldungspflicht kann auch in der gleichen Materie anderen Staaten nicht vom VBR aufgezwungen werden. Es kann das auch nicht unter Berufung auf eine sonst drohende Kriegsgefahr auf Grund von Art. 11 Abs. 1 geschehen. Widrigenfalls würde der Grundsatz der Nichteinmischung hinfällig, und es gäbe für die Einmischung keine Grenzen. Wenn, wie Schücking-Wehberg 592 f. wollen, der VBR befugt sein soll, auf Grund des in der VBS nicht anerkannten Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Volksabstimmung anzuordnen oder in die

Nationalitätenpolitik von Staaten einzugreifen, die nicht durch Minderheitenverträge gebunden sind, so stünde auch nichts dem entgegen, daß er etwa einem Staat verböte, Prohibitivzölle anzuwenden, die die Ausfuhr eines anderen Staates drosseln, seine wirtschaftliche Existenz bedrohen und dadurch eine Kriegsgefahr hervorrufen (vgl. auch die parlamentarische Auseinandersetzung zwischen Mussolini und Stresemann im Februar 26 über die Südtiroler Frage und Mussolinis abschließende Erklärung vor dem italienischen Senat, daß er eine Erörterung dieser Frage „vor keinem Rat und keiner Versammlung" dulden werde). Diese Rechtslage kann nur durch eine Satzungsänderung behoben werden.

Diese Auslegung entspricht auch der Auffassung des StIG, wie er sie im englisch-französischen Streit um die Staatsangehörigkeit in Tunis und Marokko dargelegt hat (Publ. B. 4 23 f., vgl. unten Z. 9 P. und Art. 14 Z. 5 B d). Hier wird besonders hervorgehoben, daß das Interesse anderer Staaten an einer bestimmten Angelegenheit rechtlich nicht ins Gewicht falle. Allein maßgebend sei, ob die ausschließliche Zuständigkeit eines Staates in seinen inneren Angelegenheiten durch völkerrechtliche Regelung oder durch internationale Verträge eine Einschränkung erfahren habe.

Die Entscheidung über die Berechtigung der Einrede steht dem VBR zu, der sie unmittelbar fällen, aber auch vorher ein Gutachten vom StIG oder einem Juristenausschuß einholen kann (vgl. oben Art. 11 Z. 4 A und unten Z. 9 P).

Im übrigen untersagt Abs. 8 dem VBR zwar das formelle Berichtsverfahren. Ein Vermittlungsversuch dagegen dürfte statthaft sein, allerdings unter der Voraussetzung, daß die sich auf ihre ausschließliche Zuständigkeit berufende Partei damit einverstanden ist.

(4) An bestimmte Formen des Verfahrens ist der VBR nicht gebunden. Satzungsgemäß besteht für ihn nur die Verpflichtung, den Parteien nicht bloß Gehör zu gewähren, sondern sie auch zur Beteiligung an den Verhandlungen heranzuziehen — Art. 4 Abs. 5. Ein schriftliches Vorverfahren ergibt sich aus Abs. 2. Des weiteren aber hängt es ganz vom VBR ab, ob er

mündlich oder schriftlich, in öffentlicher, privater oder geheimer Sitzung verhandeln, ob er gewisse Vorfragen, namentlich rechtlicher Art, selbst prüfen oder das Gutachten des StIG oder eines Ausschusses von Sachverständigen einholen, ebenso, ob er die Materialien veröffentlichen will, wie das in der Aland- und in der Wilnafrage (oben Art. 11 Z. 4 A und B) geschehen ist. Sachlich sind zwei Stadien des Verfahrens zu unterscheiden, das Schlichtungs- und nach dessen Scheitern das Berichsverfahren.

(5) Für das Schlichtungsverfahren bestehen, wie es in der Natur der Sache liegt, keinerlei Formen. Da im allgemeinen eine vielköpfige Körperschaft für ein solches Verfahren nicht sonderlich geeignet ist, dürfte sich die wirkliche Vermittlung meist hinter den Kulissen abspielen, so daß der VBR die in vertraulichen Besprechungen erzielten Ergebnisse nur formell gutzuheißen hat. In der Praxis ist auf diesem Wege wiederholt die Einleitung unmittelbarer Verhandlungen zwischen den Parteien erreicht worden (vgl. oben Art. 11 Z. 4 F, G, H).

Im VB besteht jedoch, namentlich bei den skandinavischen Staaten, der Wunsch, das Vermittlungsverfahren zu entpolitisieren und es zu diesem Zwecke dem VBR zu entziehen. Bereits auf der I. VBV beantragten Schweden und Norwegen die Einsetzung ständiger Schlichtungsausschüsse, die in Tätigkeit zu treten hätten, bevor der VBR sich mit einem Streitfall befaßt. Sowohl die I. und II. VBV als auch der VBR beschäftigten sich mit dem Antrage (I. VBV I. A. 73 f., Pl. 259, II. VBV I. A. 32 f., 148 f., Pl. 695 f., 822 f., JO 22 92 f., 129 f., 794, 903 f.). Im Ergebnis empfahl die III. VBV den Mitgliedern den Abschluß von Verträgen, kraft deren sie sich verpflichten, Streitfälle Schlichtungsausschüssen zu unterbreiten. Unter Hinweis auf das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle wurde ein Schema für solche Verträge aufgestellt. Danach ernennt jede Partei zwei Vertreter, deren einer ihr Staatsangehöriger ist. Der Vorsitzende wird auf Vereinbarung ernannt. Der Ausschuß tritt auf Ersuchen einer Partei zusammen, wenn ein Streitfall gegeben ist, der in seine

Zuständigkeit fällt. Das Verfahren ist kontradiktorisch. Es muß binnen sechs Monaten beendet sein. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Ueber den Streitfall wird ein Bericht verfaßt, der gegebenenfalls den Entwurf einer Regelung enthält. Der Bericht wird den Parteien und dem GS mitgeteilt. Er kann vom Ausschuß nur auf einstimmigen Beschluß, von den Parteien nur unter beiderseitiger Zustimmung veröffentlicht werden (III. VBV I. A. 9, 13 f., 16 f., 30, 67 f., 85 f., Pl. I 195 f., 394, II 18 f., 91, 141 f.).

Die Empfehlung der III. VBV hat nicht allzuviel Anklang gefunden. Auf der gewiesenen Grundlage ist allerdings eine ganze Anzahl von Verträgen abgeschlossen worden, aber überwiegend zwischen Staaten, die entweder ohnehin im engsten Einvernehmen miteinander leben oder zwischen denen eine Kriegsgefahr aus anderen Gründen ernstlich nicht in Frage kommt. Solche Schlichtungsverträge haben nämlich die vier skandinavischen Staaten untereinander geschlossen, ferner Schweden und Dänemark mit der Schweiz, Schweden mit Lettland, endlich die Schweiz mit Italien, mit Oesterreich und mit Ungarn (RTr XIX 19 f., 403 f., XXXIII 91 f., 131 f. 149 f., 199 f., 427 f., XXXIV 175 f., 387 f., XXXVII 131 f., vgl. JO 25 1684 f., 1727 f.). Schlichtungsverträge in Verbindung mit Schiedsverträgen und teilweise unter sachlich bedeutungslosen Abweichungen in der Art der Enennung der Mitglieder des Schlichtungsausschusses, der als Ständiger Vergleichsrat bezeichnet wird, hat Deutschland mit der Schweiz unter dem 3. 12. 21 (RTr XXII 272 f.) geschlossen, mit Schweden unter dem 29. 8. 24, mit Finnland unter dem 14. 3. 25, mit Estland unter dem 10. 8. 25. Diese drei sind noch nicht eingetragen, der letzte auch von Estland noch nicht ratifiziert. Noch von keiner der Parteien ratifiziert sind zwei weitere Verträge desselben Typs, die Deutschland am 20. 5. 26 mit Holland und am 2. 6. 26 mit Dänemark geschlossen hat. Ratifiziert, aber noch nicht in Kraft getreten sind die Locarno-Verträge (oben Art. 10 Z. 3, Anhang Nr. 10), in denen gleichfalls die Einsetzung von Schlichtungsausschüssen vorgesehen wird. Einen Schlichtungsvertrag, jedoch unter Vorbehalt der Fragen

der inneren Gesetzgebung und des Gebietsstandes, haben auch Estland, Finnland, Lettland und Polen kollektiv unter dem 30. 10. 25 geschlossen (RTr XXXVIII 357 f.). Unabhängig von der Empfehlung der III. VBV haben die Vereinigten Staaten und 15 andere amerikanische Staaten am 3. 5. 23 einen kollektiven Vergleichsvertrag geschlossen, kraft dessen zwei ständige Schlichtungsausschüsse in Washington und in Montevideo eingesetzt wurden (RTr XXXIII 25 f.).

Bezeichnend für die Haltung der größeren Mächte ist jedoch, daß ein dänischer Antrag auf Schaffung eines Schlichtungsausschusses beim StIG von der VI. VBV vertagt wurde (I. A. 10 f., 12 f., 51 f., 53 f., Pl. 103). Es besteht augenscheinlich wenig Neigung, internationale Streitigkeiten zu entpolitisieren und sie dem Einfluß des VBR zu entziehen.

(6) Das Scheitern der Vermittlung führt zum Berichtsverfahren. Der VBR hat nunmehr nicht so sehr diplomatische als schiedsrichterliche Aufgaben zu lösen, wenngleich der politische Charakter seiner Tätigkeit aufrechterhalten bleibt und die politischen Gesichtspunkte nicht etwa hinter rechtlichen zurücktreten und wenngleich ihm schiedsrichterliche Befugnisse nicht zustehen. Aber während er bisher auf den Willen der Parteien einzuwirken bestrebt war, tritt nun sein Wille in den Vordergrund. Er nimmt Stellung zur Streitfrage und macht bestimmte Vorschläge zur Beilegung. Tatbestand, Stellungnahme und Vorschläge werden in einem Bericht zusammengefaßt, der von einem Mitgliede des VBR, dem gelegentlich ein oder zwei Mitberichterstatter zur Seite gestellt werden, ausgearbeitet und dem VBR vorgetragen wird. Nimmt dieser ihn, gegebenenfalls mit Abänderungen, an, so erscheint er nunmehr als Bericht des VBR im Sinne des Art. 15. Er wird veröffentlicht, und die Parteien sind genötigt, ihn, d. h. die in ihm enthaltenen Vorschläge, anzunehmen oder abzulehnen. Der Bericht ist nach Art. 12 Abs. 2 binnen sechs Monaten zu erstatten. Die Bedeutung des Berichts hängt jedoch davon ab, ob er im VBR einstimmig beschlossen wurde oder nicht, wobei die Stimmen der Parteien nicht mitzählen.

Ist der Bericht einstimmig angenom-

men, so kommen drei Unterfälle in Frage. Unterwerfen sich ihm beide Parteien, so ist der Streitfall erledigt. Lehnen ihn beide Parteien ab, so ist er wirkungslos. Die VBS enthält für diesen Fall nur die Vorschrift des Art. 12 Abs. 1, nach der die Parteien drei Monate müssen verstreichen lassen, bevor sie zum Kriege schreiten. Nach Ablauf dieser Frist steht es ihnen somit frei, den Streit mit den Waffen auszutragen, und ein erneutes Eingreifen des VBR auf Grund des Art. 11 kann nicht in Frage kommen, da ja seine Vermittlung sich bereits als fruchtlos erwiesen hat. Tritt endlich der dritte Unterfall ein und nimmt eine Partei den Bericht an, während die andere ihn ablehnt, so ist zwar diese nicht berechtigt, zum Kriege zu schreiten. Der anderen aber steht das nicht nur frei. Sie ist vielmehr genötigt, das zu tun, wenn sie den ihr zuerkannten Anspruch nicht will fahren lassen. Denn die VBS enthält keinerlei Bestimmung über die Durchsetzung eines Berichts des VBR und die Vorschrift des Art. 13 Abs. 4 S. 2, nach der der VBR für die Ausführung eines Schiedsspruches zu sorgen hat, darf nicht analog angewendet werden. Denn aus Art. 15 Abs. 6 folgt, daß die VBS das keineswegs will. Sie begnügt sich vielmehr damit, den Bundesmitgliedern einen kriegerischen Angriff gegen den Staat zu untersagen, der sich dem Bericht unterworfen hat. Sie sichert ihn sowohl gegen seinen unmittelbaren Gegner als auch gegen dessen Verbündete. Aber damit begnügt sie sich und überläßt es ihm selbst, sich sein Recht zu holen. Die von Schücking-Wehberg 596 hervorgehobene Möglichkeit eines Eingreifens des VBR auf Grund des Art. 11 kommt hier ebensowenig in Betracht wie im zweiten Unterfall. Auch Art. 16 vermag hier nicht zu helfen. Die Bundesexekution käme nur in Frage, wenn der im Prozeß unterlegene Staat zu den Waffen greift. Dagegen ist es ihm unbenommen, sich gegen den Angriff des siegreichen Prozeßgegners zu wehren. Erweist er sich als gleichstark oder stärker, so wird eine Durchsetzung des Berichts unmöglich. Noch dazu sind die anderen Bundesmitglieder nicht berechtigt, dem Sieger im Prozeß zu helfen (so auch Schücking-Wehberg 597).

Noch ungünstiger für die Sache der Friedensbewahrung steht es im Falle, daß der Bericht im VBR keine einstimmige Annahme findet. Dann vermag auch die Stellungnahme der Parteien zu ihm eine Klärung der Lage nicht herbeizuführen. Vielmehr haben dann sämtliche Bundesmitglieder völlig freie Hand, und es ändert nichts an der Sache, daß ihnen diese Freiheit nach den Worten der VBS zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit zugestanden wird. Die dreimonatige Wartefrist des Art. 13 soll zwar auch hier eingehalten werden. Aber davon abgesehen, haben nunmehr beide Parteien und sämtliche übrigen Mitglieder das Recht, an die Waffen zu appellieren.

(7) Es ist dem VBR sowohl als jeder Partei anheimgestellt, einen Streitfall vor die VBV zu bringen. Es ist schwer vorauszusehen, welche Umstände den VBR veranlassen könnten, von dieser Befugnis Gebrauch zu machen. Die Beteiligung zahlreicher Staaten am Streit wäre schwerlich ein Grund, da auch bei der Zuziehung je eines Vertreters nach Art. 4 Abs. 5 der VBR immer noch eine sehr viel kleinere und deshalb verhandlungsfähigere Körperschaft darstellt als die VBV, in der je drei Vertreter aller Mitglieder sitzen. Allenfalls käme der Wunsch in Frage, die Verantwortung von sich abzuwälzen.

Dagegen sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen eine der Parteien an die VBV sich wendet. Das wird namentlich dann zutreffen, wenn im VBR eine übermächtige, den Ansprüchen der einen Partei feindliche Interessengemeinschaft besteht. Freilich dürfte ein solcher Appell nur agitatorische Wirkung haben. Eine erfolgreiche Vermittlung durch die VBV scheint ausgeschlossen, und ein rechtskräftiger Bericht zugunsten einer Partei, die im Gegensatz zum VBR steht, würde nicht zustande kommen.

Die Ueberweisung durch den VBR kann in jedem Stadium des Verfahrens erfolgen. Nach Art. 5 Abs. 2 genügt hierzu ein Mehrheitsbeschluß. Ein dahingehender Parteienantrag ist binnen 14 Tagen nach Anhängigmachung der Sache zu stellen. Der VBR kann somit zwar nicht formell, wohl aber materiell ausgeschaltet

werden, indem der Antrag gleichzeitig mit der Anzeige nach Abs. 1 oder von der Gegenpartei unverzüglich nach Eingang der Anzeige gestellt wird. Das kann leicht zum Zwecke der Verschleppung mißbraucht werden. Denn dem Antrage muß Folge gegeben werden, und selbst bei Einberufung einer außerordentlichen VBV ginge viel Zeit verloren.

Auf das Verfahren und die Befugnisse der VBV finden die gleichen Bestimmungen Anwendung, die für den VBR gelten. Insbesondere gilt das für den Unterschied zwischen einstimmig und nicht einstimmig beschlossenem Bericht, jedoch mit der Maßgabe, daß als einstimmig beschlossener Bericht ein solcher gilt, dem alle Ratsmächte und die Mehrheit der übrigen Mitglieder zugestimmt haben (vgl. oben Art. 5 Z. 2 A a). Die Stimmen der Parteien zählen auch hier nicht. Auch die sechsmonatige Frist des Art. 12 Abs. 2 ist zu beachten, was praktisch bedeuten würde, daß nötigenfalls vor Ablauf dieser Frist eine außerordentliche VBV einzuberufen ist.

(8) Das Genfer Protokoll (vgl. oben Art. 8 Z. 6, Anhang Nr. 9) suchte die Lücken des Art. 15 auszufüllen, indem es die Stellung des VBR und die Bedeutung seiner Berichte sowie der gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Entscheidungen hob (Art. 3 bis 7). Zunächst verpflichteten sich die Signatarmächte zur Unterwerfung unter den StIG in den Fällen des Art. 36 Abs. 2 (oben Art. 14 Z. 2). Für die politischen Streitigkeiten dagegen wurde folgende Ordnung festgesetzt. Wenn die Schlichtung durch den VBR mißlingt, wird auf Antrag auch nur einer Partei ein Schiedsgericht niedergesetzt. Bleibt ein solcher Antrag aus, so nimmt der VBR die Prüfung des Streites wieder auf. Kommt ein einstimmiger Bericht zustande, so sind die Parteien an ihn gebunden. Ist Einstimmigkeit nicht zu erreichen, so setzt der VBR von sich aus ein Schiedsgericht nieder, dessen Spruch verbindlich ist. Der VBR sucht ihm Geltung zu verschaffen. Unterwirft eine Partei sich ihm nicht und schreitet zum Kriege, so tritt Art. 16 in Kraft. Beruft eine Partei sich auf Art. 15 Abs. 8, so entscheidet über die Berechtigung dieser Ein-

rede der StIG. Ihre Anerkennung hindert den VBR jedoch nicht, nach Art. 11 zu verfahren. Die Befugnisse der VBV werden entsprechend erweitert. Während der Verhandlungen über einen Streitfall dürfen die Parteien weder ihre Rüstung verstärken noch zur Mobilisation schreiten.

Es liegt auf der Hand, daß durch diese Regelung den Bestimmungen des Art. 15 zu durchgreifender Wirksamkeit verholfen worden wäre. Eine Lücke liegt allenfalls darin, daß die Durchsetzung eines Spruches auf dem Wege der Exekution nicht bereits dann vorgesehen ist, wenn eine Partei die Erfüllung verweigert, sondern erst, wenn sie sich außerdem eines kriegerischen Angriffs schuldig machen muß. Die Ablehnung des Protokolls erklärt sich gerade aus der geplanten strafferen Organisation des VB (vgl. auch unten Art. 16 Z. 8).

(9) Die Praxis des Art. 15 fällt, materiell betrachtet, in weitgehendem Maße mit der des Art. 11 insofern zusammen, als der nach diesem Artikel angerufene VBR überwiegend nach den in Art. 15 aufgestellten Richtlinien verfährt. Das liegt im Wesen der Sache. Hier wie dort soll ein Streit beigelegt werden, und der Unterschied besteht im Grunde nur darin, daß Art. 11 Abs. 1 Krieg und Kriegsdrohung zur Voraussetzung hat, so daß gegebenenfalls unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung oder Sicherung des Friedens zu ergreifen sind, während die in Art. 15 vorgesehenen Streitfragen zwar gleichfalls akut geworden, aber noch nicht bis zu unmittelbarer Gefährdung des Friedens gediehen sind. Da aber diese Unterscheidung in der Praxis oft genug schwer durchzuführen ist und Art. 11 angesichts der dort vorgeschriebenen sofortigen Einberufung des VBR eine schnellere Erledigung zu gewährleisten scheint, wird Art. 11 den an den VBR gerichteten Gesuchen besonders häufig zugrunde gelegt.

Für die Erkenntnis der Praxis des Art. 15 sind demnach die unter Art. 11 Z. 4 dargelegten Streitfälle heranzuziehen, und zwar für das Vermittlungsverfahren die Fälle unter D, F, G, H, für das Berichtsverfahren die unter A, B, E. Ohne daß eine Bezug-

nahme auf Art. 11 erfolgt wäre, sind die folgenden Fälle nach Art. 15 behandelt worden:

P. Der englisch-französische Streit um die Staatsangehörigkeit in Tunis und Marokko (vgl. oben Art. 14 Z. 5 B d). England erhob Einspruch gegen eine unter dem 8. 11. 21 seitens Frankreichs im Einvernehmen mit den einheimischen Regierungen von Tunis und Marokko vorgenommene Regelung der Staatsangehörigkeit, durch die Personen, die es als seine Untertanen in Anspruch nahm, zu tunesischen oder marokkanischen Staatsangehörigen gestempelt wurden. Nach ergebnislosem Verlauf diplomatischer Verhandlungen schlug es eine Entscheidung durch den StIG vor. Frankreich lehnte ab, England brachte unter Berufung auf Art. 15 den Fall am 8. 8. 22 vor den VBR. Frankreich seinerseits berief sich auf Art. 15 Abs. 8. Vor dem VBR einigten die Parteien sich, über die Berechtigung dieser Einrede ein Gutachten des StIG einzuholen und, falls dieses verneinend ausfallen sollte, den Streit durch Richterspruch zu erledigen. Das Gutachten lautete verneinend. Im Ergebnis fand daraufhin jedoch eine diplomatische Einigung statt (IV. VBV Pl. 192 f., 281 f., Publ. B 4, E 1 188 f.).

Es ist dieses der einzige Streitfall zwischen Großmächten, der vor den VBR gebracht worden ist. Seine Erledigung auf dem Wege des Art. 15 wird daher im Schrifttum vielfach besonders hervorgehoben. Man wird jedoch nicht übersehen dürfen, daß es sich um eine verhältnismäßig unwichtige Frage handelte, die unter allen Umständen friedlich beigelegt worden wäre. Bezeichnend ist auch, daß der Generalbericht des VBR sie nicht, wie die andern Streitfälle, im Abschnitt „Politische Fragen" darlegt, sondern sie unter die „Juristischen Fragen" einreiht. Es liegt sogar der Gedanke nicht ganz fern, daß sie in demonstrativer Absicht so behandelt worden ist, wie es geschah.

Q. Der Korfu-Fall. Am 27. 8. 23 wurden auf griechischem Boden 4 Italiener ermordet, die zu dem von der Botschafterkonferenz ernannten Grenzfestsetzungsausschuß für Albanien gehörten. Italien überreichte ein Ultimatum, das Griechenland zum Teil an-

nahm, während es im übrigen Anrufung des VBR vorschlug. Italien besetzte nach kurzem Bombardement Korfu. Griechenland rief unter Bezugnahme auf Art. 12 und 15 den VBR an, der unabhängig davon am 31. 8. 23 zusammengetreten war. Zugleich befaßte sich die Botschafterkonferenz mit dem Fall, jedoch nur soweit es sich um die Ermordung ihrer Beauftragten handelte und teilte das dem VBR mit.

Vor dem VBR bestritt der italienische Vertreter Salandra die Zuständigkeit des VB zugunsten der Botschafterkonferenz und unter Hinweis darauf, daß die Besetzung nur zur Sicherung der Wiedergutmachung erfolgt sei und den Frieden nicht gefährde. Der VBR vertagte die Entscheidung über die Frage der Zuständigkeit, um in der Folge auf sie zu verzichten. Auf Grund einer Formulierung von Quiñones de León-Spanien beriet er über Vorschläge an die Konferenz in Sachen der von Griechenland zu gebenden Genugtuung, sah jedoch von einer Beschlußfassung ab, um nicht die Frage der Zuständigkeit zu präjudizieren und begnügte sich mit der Uebermittlung seines Sitzungsprotokolls an die Konferenz. Diese machte sich im wesentlichen die spanische Formulierung zu eigen und Griechenland unterwarf sich (Entschuldigung an Italien, England, Frankreich, Untersuchung unter Beteiligung von Vertretern der Hauptmächte, Schadenersatz). Italien verpflichtete sich der Konferenz gegenüber, Korfu zu räumen.

Der VBR stellte mit Befriedigung fest, daß der Streit erledigt sei. Eine Genugtuung für Griechenland wurde nicht in Betracht gezogen. Nur zur Klärung der aufgetauchten grundsätzlichen Fragen wurde am 28. 9. 23 ein Juristenausschuß unter dem Vorsitz von Adatci-Japan niedergesetzt, nachdem ihre Ueberweisung an den StIG am Widerspruche Italiens und Frankreichs gescheitert war. Ueber die Fragen 1—3 s. oben Z. 2, über Frage 4 oben Art. 12 Z. 2. Frage 5 betraf die Verantwortlichkeit eines Staates für ein auf seinem Gebiet gegen einen Ausländer begangenes politisches Verbrechen. Die Verantwortlichkeit wurde nur für den Fall anerkannt, daß der Staat es versäumt haben sollte, die geeigneten

Maßnahmen zur Verhinderung des Verbrechens und zur Verfolgung und Aburteilung des Verbrechers zu ergreifen (V. VBV Pl. 260 f.).

R. Der albanisch-südslavische Streit. Am 20. 12. 24 rief Albanien den VBR unter Bezugnahme auf Art. 12 und 15 im Hinblick darauf an, daß südslavische Truppen Angriffshandlungen an der albanischen Grenze begangen hätten. Die vom GS um Mitteilungen ersuchte südslavische Regierung bestritt die Richtigkeit dieser Angaben und behauptete, daß nur innere Unruhen in Albanien vorlägen.

Nachdem im Februar 25 Fan Noli gestürzt und Achmed Bey Zogu an die Spitze der albanischen Regierung getreten war, zog diese die Beschwerde zurück, da sie unbegründet gewesen sei (VI. VBV Pl. 200 f.).

Artikel 16.

Schreitet ein Bundesmitglied entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege, so wird es ipso facto so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- und Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Staatsangehörigen des bundesbrüchigen Staates zu untersagen und alle finanziellen, Handels- und persönlichen Beziehungen zwischen den Staatsangehörigen dieses Staates und denen jedes andern Staates, gleichviel ob Bundesmitglied oder nicht, abzuschneiden.

In diesem Falle ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen Regierungen anzuempfehlen, mit welchen Land-, See- oder Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied für sein Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich ferner zu gegenseitiger Unterstützung bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, um die damit verbundenen Verluste und Nachteile auf das Mindestmaß herabzusetzen. Sie unterstützen sich gleichfalls gegen-

seitig in dem Widerstande gegen jede Sondermaßnahme, die der bundesbrüchige Staat gegen einen von ihnen richtet. Sie treffen die erforderlichen Maßnahmen, um den Streitkräften eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zur Wahrung der Bundesverpflichtungen teilnimmt, den Durchzug durch ihr Gebiet zu erleichtern.

Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer aus der Satzung entspringenden Verpflichtung schuldig macht, kann aus dem Bunde ausgeschlossen werden. Die Ausschließung wird durch Beschluß aller anderen im Rate vertretenen Bundesmitglieder ausgesprochen.

Vorbemerkung.

Zu keinem Artikel ist eine so große Zahl von Abänderungsvorschlägen eingebracht und von der VBV angenommen worden, wie zu Art. 16. Doch ist in Ermangelung der erforderlichen Zahl von Ratifikationen bisher keiner von ihnen in Kraft getreten. Zunächst beschloß die II. VBV nicht weniger als vier Abänderungen. Die erste betraf Abs. 1 S. 2 und sollte für den Abbruch der Beziehungen zwischen Privatpersonen an die Stelle des Personalprinzips das territoriale setzen (II. VBV Pl. 808 f., 812). Da jedoch die erforderliche Zahl der Ratifikationen nicht erreicht wurde (vgl. JO 25 1580), beschäftigte sich bereits die IV. VBV mit einem englischen Antrag, durch den den Mitgliedern freigestellt wurde, neben dem territorialen ergänzend auch das personale Prinzip anzuwenden (Pl. 67 f., 332), beschloß jedoch, ihn an die V. zu verweisen, die ihn denn auch annahm (Pl. 182 f., 466 f.). Ratifiziert haben diesen Beschluß bisher nur Holland, Rumänien, Salvador und Siam (JO 25 1583, 26 372), so daß das Schicksal dieser Abänderung wahrscheinlich das gleiche sein wird, wie das der vorangehenden. Nicht anders steht es um 4 weitere Amendements. Die drei ersten unter ihnen wurden ebenfalls von der II. VBV beschlossen (Pl. 736 f., 796 f., 802 f.). Sie gingen auf die Einfügung dreier neuer Absätze hinter Abs. 1. Der erste betraute den VBR mit einer Aeußerung darüber, ob ein Bruch der VBS vorliege, der zweite und dritte gaben ihm das Recht, einen Zeitpunkt für die Inkraft-

setzung der wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen zu empfehlen und einzelnen Staaten einen Aufschub zu gestatten. Die zwei ersten sind bisher von 28, der dritte von 27 Staaten ratifiziert, doch fehlen die Ratifikationen Frankreichs und Spaniens (JO 25 1580 f. vgl. JO 26 372). Endlich nahm die VI. VBV eine rein stilistische Abänderung des Abs. 2 an, die nur unter der Voraussetzung Sinn hat, daß die anderen Amendements in Kraft treten (Pl. 100 f.). Ratifiziert haben Dänemark, Japan und Salvador (JO 26 372, 648). Art. 16 gilt somit jetzt noch unverändert in seiner ursprünglichen Fassung. Jedoch hat die II. VBV im Zusammenhang mit den von ihr angenommenen Satzungsänderungen und auf Grund von Vorschlägen eines von der I. VBV niedergesetzten Ausschusses (I. VBV Pl. 246 f., 260) am 27. 9./4. 10. 21 Richtlinien zur Ausführung des Art. 16 beschlossen (II. VBV. Pl. 400 f., 424 f., 438 f., 796 f., 802 f., 814), die freilich dem VBR und den Mitgliedern gegenüber nicht als bindende Normen, sondern nur als Empfehlungen erscheinen, die aber nichtsdestoweniger bei der Auslegung des Art. 16 berücksichtigt werden müssen. Ein Zweifel über die Fortdauer ihrer Bedeutung kann allerdings insofern erwachsen, als sie nach Z. 1 so lange gelten sollten, bis die Abänderungen der VBS in Kraft getreten sind. Sie sollten somit als Ersatz für diese dienen. Gegenwärtig scheint festzustehen, daß jene Abänderungen überhaupt nicht in Kraft treten werden. Es kann nun fraglich scheinen, ob damit nicht auch die Richtlinien hinfällig werden. Das wird aber zu verneinen sein, solange die VBV keinen dahingehenden Beschluß gefaßt hat. Im wesentlichen bestimmen die Richtlinien folgendes: Der Angriff eines Bundesbrechers bewirkt nicht den Kriegszustand, berechtigt jedoch die Bundesmitglieder zu kriegerischen Handlungen oder zur Kriegserklärung. Doch soll gemäß dem Geist der VBS versucht werden, den Frieden durch wirtschaftlichen Druck wiederherzustellen (Z. 3). Jedes Mitglied hat selbst zu entscheiden, ob Bundesbruch vorliegt (Z. 4). Ist jedoch der VBR der Meinung, daß ein Staat sich dieses Vergehens schuldig gemacht hat, so soll das Protokoll der in dieser Frage abgehaltenen Sitzung allen Mitgliedern

mit der dringenden Aufforderung zu entsprechendem Verhalten zugestellt werden (Z. 6). Er soll den Mitgliedern empfehlen, zu welchem Zeitpunkt die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen den Bundesbrecher einsetzen sollen (Z. 7). Diese Maßnahmen sollen von allen Staaten gleichmäßig angewandt werden und der VBR soll einen gemeinsamen Aktionsplan empfehlen. Dabei können einzelnen Staaten Sondermaßnahmen empfohlen und es kann ihnen unter besonderen Umständen ein Aufschub für den Beginn der Maßnahmen bewilligt werden (Z. 9, 10). Die Maßnahmen können allmählich verschärft und es kann äußersten Falles zur Unterbindung der Nahrungsmittelzufuhr für die Zivilbevölkerung gegriffen werden (Z. 14). Es kann die Blockade der Küsten verhängt werden (Z. 18). Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen kann sich auf die Abberufung der Missionschefs beschränken, die konsularischen Beziehungen können, die humanitären müssen aufrechterhalten werden (Z. 11, 12, 16). Für den Abbruch der privaten Beziehungen soll das territoriale und nicht das personale Prinzip maßgebend sein (Z. 13). Die Nichtmitglieder sollen zur Mitwirkung herangezogen werden (Z. 17). Die Mitglieder sollen vorbereitende Maßnahmen, besonders gesetzgeberischer Art, treffen, um gegebenenfalls die wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort in Kraft setzen zu können (Z. 19).

Allgemeines.

Wie seit jeher die Schwäche des Völkerrechts darin lag, daß keine den Staaten übergeordnete Macht hinter ihm stand, die seine Befolgung erzwingen konnte, so war es klar, daß selbst die vollkommenste Satzung eines Völkerbundes bei ernsten Interessenkonflikten versagen mußte, wenn sie an demselben Mangel krankte. Der VB mußte eine wirkliche, handlungsfähige Macht darstellen, wenn die Erreichung seiner Ziele gesichert sein sollte. Seiner Ausgestaltung zu einer solchen Macht standen jedoch Bedenken gegenüber. Einerseits war zu befürchten, daß der VB zum Instrument einer Interessentengruppe werden könnte, andererseits waren, wenn nicht alle, so doch die meisten Staaten, vor allem

England, einer Preisgabe oder Einschränkung ihrer Souveränität abgeneigt. Das Ergebnis war ein Kompromiß, wie es im Art. 16 seinen Ausdruck findet. Danach wird eine Exekution gegen bundesbrüchige Staaten vorgesehen. Aber jedes Mitglied hat selbst zu entscheiden, ob Bundesbruch vorliegt. Und selbst im Falle der Bejahung wird eine Pflicht zur Beteiligung an der Exekution in wirksamer Weise nur vorgeschrieben, soweit es sich um wirtschaftliche Maßnahmen handelt. Die Teilnahme an der militärischen Exekution wird dagegen praktisch in das Belieben der Mitglieder gestellt. Der im Genfer Protokoll unternommene Versuch, hierin eine Aenderung zuwege zu bringen, ist gescheitert und dürfte mit Aussicht auf Erfolg in absehbarer Zeit nicht wiederholt werden. Unter diesen Umständen ist die zwangsweise Durchsetzung der VBS und der auf ihrer Grundlage gefaßten Beschlüsse eine Frage nicht des Rechts, sondern der Politik genau so, wie die Durchsetzung der Normen des Völkerrechts bisher letzten Endes von ihrer Uebereinstimmung mit den politischen Interessen der Mächte abhing. Daß bei der Abwägung dieser Interessen auch sittliche Momente berücksichtigt werden müssen, vermag die Sachlage zwar zu beeinflussen, aber nicht wesentlich zu ändern.

Ueber die Anwendbarkeit des Art. 16 auf amerikanische Staaten vgl. unten Art. 21 Z. 3.

Im Einzelnen.

(1) Art. 16 soll Anwendung finden, wenn ein Mitglied entgegen den in Art. 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Das ist dann der Fall, wenn er Waffengewalt anwendet, 1. ohne vorher den Streitfall einem Gericht oder dem VBR unterbreitet zu haben (Art. 12 Abs. 1 S. 1), 2. bevor 3 Monate nach Fällung des Spruchs oder Erstattung des Berichts verstrichen sind (Art. 12 Abs. 1 S. 2), 3. gegen einen Staat, der sich dem Spruch oder dem einstimmigen Bericht gefügt hat (Art. 13 Abs. 4, Art. 15 Abs. 6, 10), 4. gegen einen Staat, dessen ausschließliche Zuständigkeit für die Streitfrage von VBR oder VBV anerkannt worden ist (Art. 15 Abs. 8, 10). Dagegen kommt Art. 16 nicht

in Frage, wenn ein Staat in Uebereinstimmung mit der VBS zum Kriege schreitet. Das ist dann der Fall, wenn 1. Gericht oder Schiedsgericht den Spruch nicht in angemessener Zeit fällen oder der VBR seinen Bericht nicht binnen 6 Monaten erstattet (Art. 12 Abs. 2), 2. der einstimmige Bericht des VBR oder der VBV von beiden Parteien oder von der Gegenpartei abgelehnt ist (Art. 15 Abs. 6, 10), 3. ein einstimmiger Bericht nicht zustande gekommen ist (Art. 15 Abs. 7, 10. — v. Bülow 177 f. konstruiert nicht weniger als 9 Fälle erlaubten Krieges, indem er auch die vom VB einem Staat erteilte Ermächtigung zur gewaltsamen Durchsetzung seines Rechts berücksichtigt.). Trotz dieser eingehenden Bestimmungen werden sich in praxi Zweifel darüber ergeben, welche der Parteien im Widerspruch zur VBS den Krieg begonnen hat, und die VBS gibt für sie keine Lösung. Nur indirekt gibt sie in Abs. 2 dem VBR das Recht, empfehlungsweise den Schuldigen zu bezeichnen. Die Entscheidung aber schiebt sie in Abs. 1 unzweideutig den einzelnen Mitgliedern zu. In Z. 4 und 6 der Richtlinien wird das denn auch ausdrücklich ausgesprochen. Es liegt auf der Hand, daß die Folge einer solchen Rechtslage leicht eine allgemeine Verwirrung und die völlige Wirkungslosigkeit der Exekution sein kann. Wieweit dieser Uebelstand dadurch behoben werden würde, daß das moralische Gewicht der Empfehlung des VBR die mangelnde rechtliche Kraft ersetzt, muß dahingestellt bleiben.

(2) Nach dem Wortlaut des Abs. 1 wäre anzunehmen, daß die Eröffnung satzungswidriger Kriegshandlungen unmittelbar den Kriegszustand zwischen dem Bundesbrecher und allen Mitgliedern hervorruft. Z. 3 der Richtlinien verneint das jedoch ausdrücklich und spricht nur den Mitgliedern das Recht zu, ihrerseits zu kriegerischen Handlungen zu schreiten oder den Krieg zu erklären. Der Zweck dieser Bestimmung ist zugestandenermaßen die Wiederherstellung des Friedens durch wirtschaftlichen Druck, wie denn überhaupt die Ausübung dieses Druckes allein in den Richtlinien geregelt wird, während die Frage der militärischen Exekution unerörtert bleibt. Es mag sein, daß hier unausgesprochen der Gedanke maß-

gebend war, daß die Hauptwaffe des VB regelmäßig der wirtschaftliche und nicht der militärische Krieg sein wird. Er ließe sich wohl begründen, in erster Reihe mit der Erwägung, daß es im allgemeinen leichter sein dürfte, die Mitglieder zur Teilnahme an jenem zu bewegen. Dagegen können die humanitären Beweggründe, auf die Z. 3 der Richtlinien hinweist, nicht gut geltend gemacht werden. Der Wirtschaftskrieg kann sehr viel grausamer wirken, als der militärische, besonders wenn, wie Z. 14 vorsieht, die Nahrungszufuhr für die Zivilbevölkerung abgeschnitten wird. Im übrigen wird die Wirksamkeit des Wirtschaftskrieges ganz von der Lage des Einzelfalles abhängen. Andererseits wird man dem Bundesbrecher das Recht nicht absprechen können, auf den Wirtschaftskrieg mit militärischen Maßnahmen zu antworten und grundsätzlich wäre die Frage aufzuwerfen, wieweit die in Z. 3 zum Ausdruck kommende Auffassung überhaupt haltbar ist, d. h. ob und wieweit heutzutage zwischen wirtschaftlichem und militärischem Kriege unterschieden werden kann. Fraglich erscheint auch, wieweit der Bundesbrecher, der sich subjektiv wahrscheinlich meist im Recht fühlen wird, mit der teilweisen Aufrechterhaltung der diplomatischen und der völligen Aufrechterhaltung der konsularischen und humanitären Beziehungen einverstanden sein wird. Diese Vorschriften der Z. 11, 12 und 16 stehen auch in einigem Widerspruch zu der Schärfe der übrigen Bestimmungen. Nicht nur die Richtlinien, sondern Art. 16 selbst schreibt einen völligen Boykott vor, der auch die persönlichen Verbindungen der Privatleute trifft. Derartiges wurde zwar im Weltkriege, nicht aber in früheren Kriegen durchgeführt. Bemerkenswert ist, daß Z. 13 in geradem Widerspruch zu Art. 16 das territoriale Prinzip anerkennt. Rechtlich muß hier selbstverständlich der VBS der Vorrang zuerkannt werden (a. M. Schücking-Wehberg 628 f.). Praktisch dürfte entsprechend dem Beschluß der IV. VBV sowohl das territoriale, als auch das personale Prinzip angewendet werden, wie das während des Weltkrieges überwiegend geschah, ein System, dessen Verewigung sicher nicht zu begrüßen ist. Soweit zur

Unterstützung des Boykotts die Blockade verhängt wird, wie in Z. 18 vorgesehen ist, gelten die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln (Londoner Erkl. über das Seekriegsrecht, vgl. Fauchille II 977 f., Hatschek 349 f., v. Liszt-Fleischmann 510 f.). Eine nicht unbedenkliche Maßnahme stellt die in Z. 17 vorgesehene Heranziehung der Nichtmitglieder vor, die allerdings unter Umständen zur wirksamen Durchführung des Boykotts notwendig sein kann, aber unleugbar die Gefahr weiterer schwerer Verwicklungen in sich birgt.

Die Beteiligung an den wirtschaftlichen Maßnahmen ist Pflicht jedes Bundesmitgliedes. Ein freies Entscheidungsrecht besteht hier nicht. Das ergibt sich unmittelbar aus dem Wortlaut des Abs. 1, ebenso wie aus den Richtlinien. Selbst ein Aufschub ist nur mit Zustimmung des VBR statthaft. Auch die Schweiz ist verpflichtet, sich an dem Boykott zu beteiligen (vgl. oben Art. 1 Z. 2). Die Voraussetzung ist freilich auch hier, daß das Mitglied das Vorliegen eines Bundesbruchs anerkennt. Da aber das in seinem Ermessen steht (oben Z. 1), kann das ganze System leicht versagen.

Abs. 1 schreibt den unverzüglichen Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen vor, Z. 8 der Richtlinien dagegen sieht einen Vorschlag des VBR über den Zeitpunkt vor, an dem der Wirtschaftskrieg einsetzen soll. Das ist gewiß zweckmäßiger, beraubt die Mitglieder aber nicht des Rechts, sofort von sich aus vorzugehen.

Die in Abs. 3 enthaltene Zusage gegenseitiger Unterstützung ist eine Selbstverständlichkeit. Für ihre Verwirklichung wird der VBR zu sorgen haben.

(3) Ist schon die Durchführung der wirtschaftlichen Exekution dadurch gefährdet, daß jedes einzelne Mitglied über die Voraussetzung des Bundesbruchs selbst zu entscheiden hat, so steht im Hinblick auf die militärische Exekution den Mitgliedern die Entscheidung nicht nur über diese, sondern auch über die weitere Frage zu, mit welchen Streitkräften sie sich an ihr beteiligen wollen. Der VBR hat auch hier nur ein Vorschlagsrecht. Und mag Z. 4 der Richtlinien hervorheben, daß die Erfüllung der aus Art. 16 erfließenden Pflichten eine

Sache der Vertragstreue ist, mag Abs. 4 warnend auf die Möglichkeit des Ausschlusses aus dem VB hinweisen, so würden sich doch gerade hier die ernstesten Schwierigkeiten ergeben. Diese schwinden auch keineswegs, wenn man die in der Anlage F zu den Locarno-Verträgen (Anhang Nr. 10) gegebene Auslegung berücksichtigt. Denn wenn es hier heißt, daß die Mitglieder zu loyaler und wirksamer Mitarbeit unter Berücksichtigung ihrer militärischen und geographischen Lage verpflichtet sind, so fehlt es einerseits an einer Sanktion für diesen Grundsatz, während andererseits der Hinweis auf die militärische und geographische Lage unvermeidlich als Einschränkung dieses Grundsatzes angesehen werden wird. Freilich ist diese Auslegung keineswegs authentisch. Doch geht sie immerhin von 6 Mächten aus, von denen 3 ständige Ratssitze innehaben und ferner gibt sie fast wörtlich den Art. 11 Abs. 2 des Genfer Protokolls wieder, das in diesem Punkte der Ansicht auch der übrigen Mächte entsprechen dürfte. Sie kann um so weniger bei Seite geschoben werden, als sie materiell durchaus richtig, wenn auch ungenügend ist. Denn zweifellos entspricht es dem Sinne des Art. 16 und insbesondere des Abs. 2, daß die Mitglieder zu loyaler Mitarbeit auch bei der militärischen Exekution gehalten, daß aber dabei ihre besonderen Verhältnisse zu berücksichtigen sind. Nur bleibt eben die bei der ganzen Konstruktion des VB unvermeidliche Lücke, daß der VBR nur ein Vorschlagsrecht hat und die Entscheidung den Mitgliedern zusteht. Das Genfer Protokoll suchte sie auszufüllen (vgl. unten Z. 8). Soweit politische Schwierigkeiten durch Rechtsvorschriften behoben werden können, wäre das auf dem von ihm eingeschlagenen Wege vermutlich gelungen. Nachdem jedoch das Protokoll gescheitert ist, wird die Gestaltung und Wirksamkeit der Exekution in jedem Einzelfalle von der politischen Lage abhängen. Wie unklar die Rechtslage in diesem Punkte selbst den Vätern der VBS war, ergibt sich übrigens daraus, daß Lord Robert Cecil auf der Konferenz mit den Neutralen vom 20./21. 3. 19 (oben S. 5) erklärte, daß die Mitgliederstaaten zwar zur Teilnahme an den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ver

pflichtet seien, über ihre Teilnahme an der militärischen Exekution dagegen selbst zu befinden hätten (Munch bei Munch I 173 f.).

(4) Von erheblicher praktischer Wichtigkeit ist das in Abs. 3 S. 3 anerkannte Durchzugsrecht der Exekutionstruppen. Den Mitgliedern wird die Pflicht auferlegt, den Durchzug zu gewähren. Es ist ihm nicht nur kein Widerstand entgegenzusetzen, er muß auch durch Stellung der nötigen Transportmittel und Ergreifung sonstiger Maßnahmen gefördert werden. Das ist im Grunde selbstverständlich und dürfte nicht zu Schwierigkeiten führen, soweit das zu durchziehende Land an der Exekution aktiv teilnimmt. Ebenso klar liegen die Dinge dann, wenn dieses zwar selbst keine Truppen stellt, weil das den Besonderheiten seiner Lage nicht entspräche, aber das Vorliegen eines Bundesbruches anerkennt. Dagegen können erhebliche Reibungen entstehen, wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist. Da das zu durchziehende Land in einem solchen Falle die Exekution nicht als satzungsgemäß anerkennt, ist es nicht verpflichtet, den Durchzug zu gewähren, ja, streng genommen, ist es dazu nicht einmal berechtigt. Da aus naheliegenden Gründen damit gerechnet werden muß, daß gerade Nachbarn des Bundesbrechers sich auf einen solchen Standpunkt stellen werden, kann dadurch die Exekution völlig lahmgelegt werden. Die Lösung dieser Schwierigkeit wird dann wahrscheinlich unabhängig von der Rechtsfrage erfolgen.

Die Schweiz ist zur Gewährung des Durchzuges nicht verpflichtet, wie in dem Beschluß des VBR vom 13. 2. 20 (oben Art. 1 Z. 2) ausdrücklich anerkannt wird. Die Auseinandersetzungen, die 1920/21 zwischen ihr und dem VBR über den Durchzug eines internationalen Kontingents stattfanden, das aus Anlaß des polnisch-litauischen Streits (oben Art. 11 Z. 4 B) Wilna besetzen sollte, sind nicht unter dem Gesichtspunkt des Art. 16 zu beurteilen. Hier war keine Exekution gegeben, sondern eine friedliche Besetzung zwecks Durchführung einer Volksabstimmung auf Grund einer Vereinbarung zwischen den streitenden Parteien. Wenn die Schweiz trotzdem den Durchzug verweigerte, geschah es im

Hinblick auf Mängel dieser Vereinbarung und die Gefahr kriegerischer Verwicklungen. Die Angelegenheit blieb ungeklärt, da die Abstimmung unterlassen wurde (vgl. JO 21 170 f., II. VBV Pl. 98 f., vgl. v. Bülow 206 f.).

Nichtmitglieder sind keinesfalls zur Gewährung des Durchzugs verpflichtet. Gewähren sie ihn trotzdem, so begehen sie eine feindliche Handlung gegen den Bundesbrecher, und dieser darf die völkerrechtlich anerkannten Folgerungen daraus ziehen.

(5) Die VBS vermeidet in Art. 16 jeden Ausdruck, der eine völkerrechtliche Qualifikation der Bundesexekution darstellte. Dagegen ist in Z. 3 der Richtlinien von Krieg und Kriegszustand die Rede. Tatsächlich kann auch kein Zweifel daran herrschen, daß die militärische Exekution rechtlich eine Kriegshandlung darstellt. Da die Zugehörigkeit zum VB keine Preisgabe der Souveränität in sich schließt, bedeutet der Angriff des Bundesbrechers auf ein anderes Mitglied oder sein Widerstand gegen die Exekution keinesfalls eine Empörung gegen eine ihm übergeordnete Gewalt, sondern eine an sich regelrechte, wenn auch vertragswidrige Kriegshandlung. Infolgedessen gelten ebenso ihm gegenüber wie für ihn die völkerrechtlichen Regeln über Kriegführung (Haager Abk. über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges).

Bei dieser Sachlage gelten auch die völkerrechtlichen Regeln über die Neutralität, insbesondere das Haager Abkommen über die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte. Die Staaten, die die Vorzüge der Neutralität zu genießen wünschen, müssen sich, gleichviel ob sie Mitglieder sind oder nicht, an diese Regeln halten. Eine Beteiligung am wirtschaftlichen Boykott ist damit nicht vereinbar. Das gilt auch für die Schweiz, so daß ihre Neutralität infolge der Teilnahme am Boykott nicht gewahrt wird (a. M. Schücking-Wehberg 633 f.) und der Bundesbrecher nicht nur zu wirtschaftlichen Repressalien, sondern auch zu kriegerischen Maßnahmen ihr gegenüber berechtigt ist.

(6) Das Ziel der Exekution ist Unterwerfung des Bundesbrechers und Wiedergutmachung

des Schadens. In welcher Form jene sich ausdrücken wird, hängt von den Umständen des Falles ab. Im allgemeinen werden politische Momente, wie die Vollständigkeit der Niederwerfung, militärische und wirtschaftliche Bedeutung des Bundesbrechers, Geschlossenheit der übrigen Mächte in höherem Maße bestimmend dafür sein, als die Schwere der Rechtsverletzung. Von ihnen dürfte es auch abhängen, ob der Bundesbrecher ausgeschlossen wird oder nicht. Nicht viel anders dürfte die Frage der Wiedergutmachung entschieden werden. Im übrigen fehlt es in der VBS an jeglichen Bestimmungen sowohl darüber als auch über die Frage, wer zu entscheiden hat, ob das Ziel der Exekution erreicht ist. Zweckmäßig wäre es, wenn das dem nach Art. 4 Abs. 5 ergänzten VBR überlassen bliebe, und es ist wohl anzunehmen, daß darüber gegebenenfalls Vereinbarungen getroffen werden würden. Nach der VBS aber bleibt die Selbständigkeit der Mitglieder auch hierin gewahrt. Insbesondere wäre der Abschluß eines Sonderfriedens formell nicht satzungswidrig.

(7) Abs. 4 gewährt dem VBR das Recht, durch einstimmigen Beschluß ein einer Verletzung der VBS schuldiges Mitglied aus dem VB auszuschließen. Gehört dieses Mitglied dem VBR an, so zählt seine Stimme nicht mit. Unter Verletzung der sich aus der VBS ergebenden Verpflichtungen darf nicht nur eine Zuwiderhandlung gegen Art. 16 verstanden werden, obgleich die Regelung der Ausschlußfrage gerade in diesem Artikel vielleicht so verstanden werden könnte. Richtiger ist zweifellos, den innern Zusammenhang darin zu sehen, daß Art. 16 die vom VB zu verhängenden Strafmaßnahmen festsetzt. Als solche aber erscheinen Exekution und Ausschluß. Jene darf nur in bestimmten Fällen eingeleitet werden. Dieser ist für alle übrigen Zuwiderhandlungen bestimmt. Selbstverständlich ist auch eine Verbindung insofern zulässig, als für die schwersten Vergehen gleichzeitig mit der Exekution der Ausschluß verfügt wird. Doch hängt das vom VBR ab, und an sich kann der Bundesbrecher, während die Exekution gegen ihn durchgeführt wird, Mitglied des VB und sogar des VBR bleiben. Nur ist

es selbstverständlich, daß inzwischen seine Rechte ruhen. Mit Beendigung der Exekution leben sie wieder auf. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Praxis gestaltet. Im allgemeinen ist nicht zu erwarten, daß die Strafe des Ausschlusses leicht angewandt werden wird.

(8) Die im Genfer Protokoll geplante Ausgestaltung der Exekution behält auch nach dem Scheitern des Protokolls mehr als theoretisches Interesse. Die hierher gehörigen Bestimmungen (Art. 10 bis 16) geben zunächst Präsumptionen für die Bestimmung des Angreifers. Als solcher ist anzusehen, wer es ablehnt, sich dem Verfahren aus Art. 13 und 15 der VBS zu unterwerfen, wer sich einem Schiedsspruch oder einstimmigen Bericht des VBR zur Sache nicht unterwirft, wer sich einem solchen Schiedsspruch oder einstimmigen Bericht nicht unterwirft, durch den die alleinige Zuständigkeit des Gegners nach Art. 15 Abs. 8 anerkannt wird und zum Kriege schreitet, ohne VBV oder VBR aus Art. 11 angerufen zu haben. Im übrigen hat der VBR den Angreifer zu bestimmen und nötigenfalls zwecks Durchführung der Untersuchung einen Waffenstillstand anzuordnen. Die Partei, die sich dem nicht fügt, ist Angreifer. Mit der Mitteilung des Beschlusses, der den Angreifer bestimmt, treten die Verpflichtungen der Mitglieder aus Art. 16 Abs. 1 und 2 in Kraft und jedes Mitglied ist zu loyaler und wirksamer Erfüllung gehalten in dem Maße, als es seine geographische Lage und der Stand seiner Rüstungen gestatten. Der VBR stellt einen Plan für den Wirtschaftskrieg auf und bringt ihn zur Kenntnis der Mächte. Im Hinblick auf die militärische Exekution ist der VBR zuständig, Verpflichtungen der Mächte entgegenzunehmen, durch die im voraus die zu stellenden Streitkräfte festgesetzt werden. Außerdem dürfen Sonderverträge geschlossen werden, durch die Mitgliedstaaten einem andern Staat, für den Fall, daß er angegriffen wird, Hilfe zusichern. Diese Verträge sind durch das Sekretariat zu registrieren und zu veröffentlichen, und der Beitritt zu ihnen steht jedem Mitgliede offen. Die militärische Hilfe darf auf ihrer Grundlage erwiesen werden, sowie der VBR den Angreifer

festgestellt hat. Nur der VBR kann die Einstellung der Zwangsmaßnahmen verfügen. Sämtliche Kosten der Exekution sowie allen entstandenen Schaden hat bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit der Angreifer zu tragen. Sein Gebiet und seine Unabhängigkeit dürfen jedoch gemäß Art. 10 der VBS nicht angetastet werden. Die vorstehenden Bestimmungen werden im Falle des Art. 17 der VBS sinngemäß angewendet.

Es bedarf keiner weiteren Ausführungen darüber, daß durch diese Bestimmungen die Lücken des Art. 16 ausgefüllt werden. Die Entscheidung über das Vorliegen eines Bundesbruchs wird dem VBR übertragen, die Mitglieder haben auf seine Aufforderung sowohl mit wirtschaftlichen als auch mit militärischen Maßnahmen vorzugehen, und die Beendigung der Exekution wird in das Ermessen des VBR gestellt. Eine Lücke bleibt nur insofern bestehen, als nicht klar und deutlich ausgesprochen wird, daß die Mitglieder gehalten sind, im voraus die Verpflichtung zur Stellung bestimmter Streitkräfte zu übernehmen. Die in Art. 13 des Protokolls enthaltene einschlägige Vorschrift kann so verstanden werden, als hänge die Uebernahme einer solchen Verpflichtung vom guten Willen ab (vgl. auch den Bericht von Benesch V. VBV Pl. 499). Es ist jedoch begreiflich, daß das Protokoll gerade angesichts seiner technisch-juristischen Vorzüge aus politischen Erwägungen abgelehnt wurde.

(9) Von einer P r a x i s d e s A r t. 16 kann nicht gut gesprochen werden. Seine Anwendung ist bisher nur einmal gefordert worden, und zwar auf Grund der Besetzung Wilnas durch General Zeligowski vom litauischen Vertreter Voldemar in nichtöffentlicher Sitzung des VBR vom 20. 10. 20. Der Antrag wurde jedoch in der nachfolgenden Debatte überhaupt nicht erörtert, und es wurde die Ansetzung einer Volksabstimmung vereinbart, die in der Folge unterblieb (JO suppl. spéc. 4 134 f., vgl. oben Art. 11 Z. 4 B). Einen ausdrücklichen Verzicht auf einen solchen Antrag erklärte dagegen im Korfu-Streit (oben Art. 15 Z. 9 Q) der griechische Vertreter Politis, obgleich er betonte, daß die Voraussetzungen für ihn gegeben seien (JO 23 1277 f.).

Artikel 17.

Im Falle eines Streites zwischen zwei Staaten, von denen nur einer oder von denen keiner Mitglied des Bundes ist, werden der Staat oder die Staaten, die Nichtmitglieder sind, aufgefordert, sich zwecks Beilegung der Streitfrage den den Bundesmitgliedern obliegenden Verpflichtungen zu unterwerfen, und zwar unter den vom Rat für angemessen erachteten Bedingungen. Wird dieser Aufforderung Folge geleistet, so gelangen unter Vorbehalt der Aenderungen, die der Rat für erforderlich erachtet, die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 zur Anwendung.

Zugleich mit dem Erlaß dieser Aufforderung eröffnet der Rat eine Untersuchung über die Umstände des Streits und schlägt die Maßnahmen vor, die er in dem gegebenen Falle für die besten und wirksamsten hält.

Lehnt der so aufgeforderte Staat es ab, zwecks Beilegung der Streitfrage die Verpflichtungen eines Mitgliedes auf sich zu nehmen, und schreitet er gegen ein Bundesmitglied zum Kriege, so finden die Bestimmungen des Art. 16 auf ihn Anwendung.

Lehnen beide so aufgeforderten Parteien es ab, zwecks Beilegung der Streitfrage die Verpflichtungen eines Bundesmitgliedes auf sich zu nehmen, so kann der Rat alle zur Vermeidung von Feindseligkeiten und zur Schlichtung des Streites geeigneten Maßnahmen ergreifen und Vorschläge machen.

Allgemeines.

Art. 17 bringt den Anspruch des VB auf Universalität des Wirkungskreises zum Ausdruck (vgl. oben Art. 1 Vorbem. 2 und Art. 11 Allg.). Er begnügt sich nicht damit, seine Ziele, insbesondere das der Friedensbewahrung, im Kreise seiner Mitglieder zu verfolgen, sondern setzt sich die Aufgabe, sie auch den anderen Staaten aufzuzwingen. Soweit damit unmittelbar der Schutz seiner Mitglieder gegen Angriffe beabsichtigt ist, kann ihm das Recht zum Eingreifen nicht bestritten werden. Hier erscheint unbegründet nur sein Anspruch, in der Rolle eines Richters und

nicht in der des Verbündeten einer Partei aufzutreten. Keinerlei Stütze im geltenden Völkerrecht findet dagegen sein Anspruch auf ein Interventionsrecht bei einem Streit zwischen zwei Nichtmitgliedstaaten. Von Rechts wegen steht ihm hier nur ein Angebot seiner Dienste zwecks Vermittlung zu (Haager Abk. z. friedl. Erl. internat. Streitfälle 2 f., vgl. unten Z. 6 S). Was darüber hinausgeht, kann nur auf seiner Machtstellung beruhen. Das gilt grundsätzlich auch im Hinblick auf diejenigen Nichtmitglieder, die die VBS als Bestandteil eines FrV unterzeichnet haben (vgl. oben Art. 1 Vorbemerkung 2). Eine VB-Exekution gegen ein Nichtmitglied ist daher völkerrechtlich nichts als Krieg, und der Gegner ist dem VB völkerrechtlich vollkommen gleichberechtigt (über den Charakter einer Exekution gegen ein Mitglied vgl. oben Art. 16 Z. 5).

Ueber die Anwendbarkeit des Art. 17 auf amerikanische Staaten vgl. unten Art. 21 Z. 3.

Im Einzelnen.

(1) Art. 17 kann nur im Zusammenhang mit den vorhergehenden Artikeln richtig verstanden werden. Aus seiner teilweise sehr knappen Fassung darf nicht der Schluß gezogen werden, daß sich der VB zum Zwecke der Friedensbewahrung weitergehende Rechte gegen die Nichtmitglieder zuschreibt als gegen die Mitglieder. Das gilt besonders für die Voraussetzungen eines Eingreifens. Auch hier muß die Gefahr eines Bruches vorliegen (a. M. Schücking-Wehberg 640, vgl. aber oben Art. 15 Z. 2), und auch hier hat das Eingreifen zu unterbleiben, wenn diplomatische Verhandlungen schweben oder ein Schiedsgericht im Gange ist.

Art. 11 und Art. 15 sehen eine eigene Initiative des VBR nicht vor. Vielmehr muß der Antrag oder die Anzeige eines Mitgliedes vorliegen. Die Fassung des Art. 17 läßt dagegen die Möglichkeit einer eigenen Initiative offen. Doch ist das eine völlig unwesentliche Formfrage, da an einem ausbrechenden Streit stets irgendein Mitglied interessiert sein wird und nötigenfalls ein Antrag vom GS veranlaßt werden kann. Fraglich ist es dagegen, ob ein Nichtmitglied den

VBR anrufen kann. Angesichts des Interesses, das der VB an einer Ausdehnung seines Wirkungskreises hat, müßte man eine Bejahung von seiner Seite erwarten. Tatsächlich hat er sich jedoch auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und in einem vom VBR gebilligten Schreiben des GS an Ungarn erklärt, daß eine Anrufung des VBR auf Grund des Art. 17 nur durch ein Mitglied erfolgen könne (oben Art. 11 Z. 4 N). Es bleibt abzuwarten, ob an dieser Auffassung festgehalten werden wird.

(2) Das Verfahren des VBR ist hier so wenig wie im Falle des Art. 15 an bestimmte Formen gebunden. Es gliedert sich jedoch naturgemäß in zwei Stadien, nämlich in ein Vorverfahren, das von der Anrufung des VBR bis zur Annahme oder Ablehnung der Aufforderung läuft, und in ein Hauptverfahren. Eine vorgängige Prüfung der Frage, ob die Gefahr eines Bruches gegeben ist, findet nicht statt, doch wird die Schwere des Streitfalls ebenso berücksichtigt, wie gegebenenfalls der Umstand, daß der Streitfall bereits Gegenstand eines anderweiten Verfahrens ist (vgl. oben Art. 15 Z. 2). Der Beschluß, eine Aufforderung nach Art. 17 an das Nichtmitglied zu richten, ist einstimmig zu fassen, wobei die Stimme eines am Streit beteiligten Mitgliedes nicht gezählt wird. Doch ist ein solches Mitglied, wenn es dem VBR nicht angehört, zur Teilnahme an der Sitzung nach Art. 4 Abs. 5 einzuladen.

Die Aufforderung geht auf Uebernahme der Pflichten eines Mitgliedes, soweit es sich um den vorliegenden Streit handelt, m. a. W. auf die Bereitwilligkeit, sich den Bestimmungen der Art. 12—16 zu unterwerfen. Das bezieht sich auf das gesamte Verfahren einschließlich der Exekution, falls eine solche gegen das in den Streit verwickelte Mitglied beschlossen werden sollte. Doch ist dem VBR anheimgestellt, besondere, ihm angemessen scheinende Bedingungen festzusetzen, durch die die Vorschriften der Art. 12—16 abgeändert werden. An einer Praxis auf diesem Gebiet fehlt es bisher, und es ist nicht möglich, vorauszusehen, in welcher Richtung solche Abänderungen sich bewegen könnten. Sie müßten jedenfalls gleich-

zeitig mit der Aufforderung beschlossen und dem Nichtmitgliede zur Kenntnis gebracht werden. Für ihre Festsetzung bedarf es nach Art. 5 Abs. 2 nur eines Mehrheitsbeschlusses.

Für die Annahme der Aufforderung wäre zweckmäßigerweise eine Frist zu setzen, um eine Verschleppung zu hindern.

Zugleich mit dem Erlaß der Aufforderung eröffnet der VBR eine Untersuchung des Falles und schlägt die ihm geeignet scheinenden Maßnahmen vor. Diese Bestimmung wirkt befremdend. Solange nicht feststeht, ob das Nichtmitglied der Aufforderung Folge leistet, kann die Untersuchung nur provisorischen Charakter haben und nicht über den Rahmen der Prüfung hinausgehen, in deren Ergebnis die Aufforderung beschlossen wurde. Erfolgt dann die Unterwerfung, so muß die Untersuchung auch das vom Nichtmitgliede beigebrachte Material erfassen. Es kann dann jedoch leicht der Verdacht entstehen, daß der VBR bereits voreingenommen ist. Ebenso fraglich erscheint die Angebrachtheit von Maßnahmen, die in diesem Stadium ergriffen werden könnten. Selbst provisorische Sicherungsmaßnahmen, die auf dem einseitigen Material nur einer Partei beruhen würden, dürften unerwünscht sein. Vollends unzweckmäßig sind diese Vorschriften in dem Falle, daß der Streit zwischen Nichtmitgliedern spielt und der VBR sich mit ihm auf Anrufung eines Mitgliedes befaßt. Dann kommt in diesem Stadium des Verfahrens keine der Parteien zu Wort.

(3) Das Hauptverfahren hat selbstverständlich ganz verschiedenen Charakter, je nachdem, ob eine Annahme oder Ablehnung der Aufforderung erfolgte. Im ersten Falle tritt Art. 15 uneingeschränkt in Kraft. Dem VBR ist nach Abs. 2 das gesamte Material zu unterbreiten, und er hat sich zunächst um eine Schlichtung zu bemühen. Hierbei kann er wie unter Mitgliedern sowohl eine Vermittlung versuchen, als auch eine gerichtliche oder schiedsgerichtliche Erledigung anregen. Gelingt weder dieses noch jenes, so wird das Berichtsverfahren angewendet. Auch eine Anrufung der VBV nach Abs. 9 und 10 des Art. 15 (oben Art. 15 Z. 7) ist zulässig. Im Ergebnis ist auch, wie

durch die Erwähnung des Art. 16 in Art. 17 Abs. 1 S. 2 hervorgehoben wird, eine Exekution gegen das Mitglied zugunsten des Nichtmitgliedes zulässig. Wesentlich ist bei alledem die grundsätzliche Gleichstellung des Nichtmitgliedes mit dem gegnerischen Mitgliede. Sie wird auch durch die besonderen Bedingungen des VBR nicht beseitigt werden können, wenn die Aufforderung Erfolg haben soll. Formell wird sie ihren Ausdruck vor allem in der Hinzuziehung des Nichtmitgliedes zu den Sitzungen des VBR nach Art. 4 Abs. 5 finden müssen. Demgemäß ist der VBR auch bisher verfahren, so im Alandstreit, in dessen Verlauf Finnland hinzugezogen wurde, das damals noch nicht Mitglied war (JO 20 247, oben Art. 11 Z. 4 A), ebenso im polnisch-litauischen und im Mossul-Streit im Hinblick auf Litauen und auf die Türkei (JO 20 Suppl. spéc. 4 53, oben Art. 11 Z. 4 B; JO 23 201 f., unten Z. 6 T). Hierbei wurde dem litauischen Vertreter eröffnet, daß er berechtigt sei, an der Debatte teilzunehmen, ohne jedoch die juristische Stellung eines Mitgliedes zu haben. Dagegen hob Lord Balfour als englischer Vertreter nachdrücklich hervor, daß die Türkei die gleichen Rechte genießen werde, wie alle Mitglieder. Er werde beantragen, daß die Worte der VBS „unter den vom Rat für angemessen erachteten Bedingungen" im Sinne „auf dem Fuße absoluter Gleichheit" verstanden würden. Der Präsident erwiderte darauf, daß Lord Balfour weniger einen Antrag gestellt, als eine Erklärung abgegeben habe. Augenscheinlich sollte damit eine Bindung des VBR an diese Auslegung abgelehnt werden. Doch fügte der Präsident hinzu, daß ein dem VB fremder Staat als gleicher werde behandelt werden und auf die Unparteilichkeit des VBR rechnen könne. In dieser Richtung wird die weitere Entwicklung der Praxis abzuwarten sein, die voraussichtlich von politischen Erwägungen, insbesondere von der Bedeutung der in einen Streit verwickelten Nichtmitglieder abhängen wird. Im übrigen hat die Türkei sich in der Folge veranlaßt gesehen, ihren Vertreter zurückzuziehen, nachdem seine Stimme bei einer Abstimmung unberücksichtigt geblieben war (JO 26 145, vgl. unten Z. 6 T).

Dieselben Grundsätze müssen gelten, wenn beide Parteien Nichtmitglieder sind und die Aufforderung angenommen haben. Doch bliebe in einem solchen Falle die Gleichheit auch dann gewahrt, wenn ihnen in demselben Maße Gehör geschenkt würde, ohne daß sie zur Teilnahme an den Sitzungen als Mitglieder zugezogen würden.

(4) Im Falle der Ablehnung der Aufforderung durch ein Nichtmitglied, das im Streite mit einem Mitgliede liegt, besteht für den VBR die Möglichkeit einer weiteren Vermittlung nicht. Es ist ihm zwar unbenommen, den Fall von sich aus zu untersuchen und zu ihm Stellung zu nehmen. Aber die von ihm gezogenen Schlüsse haben keinerlei bindende Kraft dem Nichtmitgliede gegenüber. Es besteht nicht einmal der Ausweg einer Anrufung des StIG. Im ostkarelischen Streit zwischen Finnland und Rußland (vgl. oben Art. 14 Z. 5 B e, unten Z. 6 S) hat dieser angesichts der Ablehnung der Aufforderung aus Art. 17 seitens Rußlands sich ausdrücklich außerstande erklärt, auch nur ein Gutachten abzugeben, da die Nichtmitglieder durch die VBS nicht gebunden seien und ein souveräner Staat nicht gezwungen werden könne, seine Streitigkeiten irgendeinem Verfahren zu unterwerfen. In einem andern Falle, nämlich im griechisch-türkischen Streit um die Ausweisung des ökumenischen Patriarchen (oben Art. 14 Z. 5 B n), hatte die Türkei als Nichtmitglied die Einrede ihrer ausschließlichen Zuständigkeit geltend gemacht, ohne wie Sowjetrußland das Recht des VB zur Einmischung grundsätzlich zu bestreiten. Zur Erstattung des vom StIG erbetenen Gutachtens ist es nicht gekommen, weil der Streit auf dem Verhandlungswege beigelegt wurde. Das ist bedauerlich, weil dadurch die formelle Klärung einer nicht unwichtigen Frage unterblieben ist. Es wird jedoch dem Nichtmitgliede das Recht, jene Einrede geltend zu machen, nicht bestritten werden können, und zwar in denselben Grenzen, in denen Art. 15 Abs. 8 es den Mitgliedern zugesteht. Uebernimmt ein Nichtmitglied nach Art. 17 Abs. 1 die den Mitgliedern obliegenden prozessualen Verpflichtungen, so müssen ihm auch die gleichen prozessualen Rechte zugestanden werden. Eine

Aberkennung gerade des Rechts auf die fragliche Einrede dürfte schwerlich angemessen sein und müßte jedenfalls durch ausdrücklichen Beschluß geschehen. Der VBR hätte somit, wie nach Art. 15 Abs. 8, zur Einrede Stellung zu nehmen. Anerkennt er ihre Berechtigung, so ist seine Rolle beendet. Vermag er sie nicht anzuerkennen und das Nichtmitglied beharrt auf ihr, so ergibt sich dieselbe Lage, wie im Falle einer Ablehnung der Aufforderung aus Art. 17.

Für diesen Fall sieht Art. 17 ein weiteres Verfahren vor dem VBR nicht vor. Er begnügt sich in Abs. 3 damit, ein kriegerisches Vorgehen des Nichtmitgliedes mit der Exekution zu bedrohen. Dagegen untersagt er dem Mitgliede ein solches Vorgehen nicht, eine ungleichmäßige Stellungnahme, die nur gerechtfertigt werden kann, wenn man den VB als politisches Bündnis auffaßt und die unter Umständen zu Schwierigkeiten führen kann. Man setze etwa den Fall, daß das Recht augenscheinlich auf seiten des Nichtmitgliedes ist, so z. B. bei einer eklatanten Verletzung des Gesandtschaftsrechts durch das Mitglied, daß aber jenes aus grundsätzlichen Erwägungen sich der Vermittlung des VB nicht bedienen will und das Mitglied Genugtuung verweigert. Dann ist das Nichtmitglied nach dem Völkerrecht zweifellos befugt, zum Kriege zu schreiten. Nach der VBS aber setzt es sich dadurch der Exekution aus, deren Berechtigung vom Standpunkt der VBS aus alle Mitglieder anerkennen und an der sich daher alle beteiligen müßten!

Für den Fall, daß von zwei Nichtmitgliedern das eine annimmt, das andere ablehnt, fehlt es in der VBS an Bestimmungen. Eine analoge Anwendung des Abs. 3 dürfte nicht in Frage kommen, da dieser den Schutz eines Mitgliedes bezweckt. Es würde wahrscheinlich von politischen Erwägungen abhängen, wieweit dem annehmenden Nichtmitgliede Unterstützung gewährt würde.

(5) Wird die Aufforderung durch beide streitenden Nichtmitglieder abgelehnt, so hat der VBR völlig freie Hand. Er kann nach den Worten des Abs. 4 alle zur Vermeidung von Feindseligkeiten und zur Schlichtung des Streites geeigneten

Maßnahmen ergreifen und Vorschläge machen. Das heißt nichts anderes, als daß es dem VB freisteht, so zu verfahren, wie es vor seiner Begründung die Großmächte zu tun pflegten, wenn sie einem Zusammenstoß zwischen anderen Staaten nicht freien Lauf lassen wollten.

(6) Die Praxis des Art. 17 erscheint verhältnismäßig reichhaltig, wenn man nur die Zahl der Fälle berücksichtigt. Nichtsdestoweniger ist das in ihnen enthaltene Material recht spärlich, da ein Verfahren auf Grund des Art. 17 nur in einem der vorliegenden neun Fälle durchgeführt, in einem zweiten zwar eine sehr wertvolle Stellungnahme des StIG herbeigeführt, das Verfahren selbst aber tatsächlich abgebrochen wurde, während in zwei weiteren Fällen die beteiligten Nichtmitglieder, nämlich Finnland und Litauen, im Laufe des Verfahrens die Mitgliedschaft erwarben, so daß die Anwendung des Art. 17 sich erübrigte (oben Art. 11 Z. 4 A und B) und endlich in den fünf letzten Fällen der VB sich völlig passiv verhielt (oben Art. 11 Z. 4 I, K, M, N, O). An dieser Stelle gelangen daher zur Darlegung nur die beiden erstgenannten Fälle, nämlich der Streit um Ostkarelien und der um Mossul.

S. Der finnländisch-russische Streit um Ostkarelien (vgl. oben Art. 14 Z. 5 B e, auch oben S. 16). Am 26. 11. 21 beschwerte sich Finnland beim VBR darüber, daß Sowjetrußland entgegen der im Friedensvertrage von Dorpat vom 14. 10. 20 übernommenen Verpflichtung der finnischen Bevölkerung Ostkareliens die zugesagte Autonomie nicht gewähre und die Frage als innerrussische Angelegenheit ansehe. Der VBR erklärte sich zu einer Untersuchung des Falles nur bereit, wenn beide Parteien damit einverstanden wären. Auf wiederholtes Andringen Finnlands beschloß der VBR am 21. 4. 23, ein Gutachten des StIG über den Charakter der von Sowjetrußland übernommenen Verpflichtungen einzuholen. Der StIG erklärte sich jedoch für unzuständig, da Sowjetrußland nicht Mitglied des VB, also durch die VBS nicht gebunden sei und der Einholung des Gutachtens nicht zugestimmt habe. Es können aber nach anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen die Streitigkeiten eines

Staates ohne seine Zustimmung keinem Verfahren unterworfen werden. Zwar handle es sich hier nur um ein Gutachten. Doch würde durch dieses die Entscheidung vorweggenommen werden. Der VBR nahm dieses Gutachten zur Kenntnis und begnügte sich damit, hervorzuheben, daß er zur Einforderung des Gutachtens berechtigt gewesen sei (III. VBV Pl. II 39, IV. VBV Pl. 211, 283, V. VBV Pl. 270 f., vgl. Publ. B 5 27 f.).

Eine weitere Verfolgung der Angelegenheit findet augenscheinlich nicht statt. Der VBR hat somit darauf verzichtet, den Art. 17 in diesem Falle anzuwenden.

T. Der englisch-türkische Streit um Mossul (vgl. oben Art. 14 Z. 5 B m). Art. 3 Abs. 2 des LFrV vom 24. 7. 23 überläßt die Festsetzung der Grenze zwischen Türkei und Irak einer Vereinbarung zwischen jener und England mit der Maßgabe, daß, falls eine Einigung binnen neun Monaten nicht zu erzielen ist, die Frage vor den VBR gebracht werden soll. Die Einigung gelang nicht, und am 6. 8. 24 rief England den VBR an. Berichterstatter war der Schwede Undèn, Vertreter Englands zuerst Lord Parmoor, dann Chamberlain, den Amery vertrat, Vertreter der Türkei zuerst Fethy bey, dann Rouschdy bey und Munir bey. Englands These war, daß es um die Festsetzung der Nordgrenze des Irak gehe und nicht um die Zugehörigkeit des Vilajet Mossul. Die Türkei vertrat den entgegengesetzten Standpunkt und forderte eine Volksabstimmung, die England ablehnte. Die Zuständigkeit des VBR im Rahmen des Art. 15 wurde von beiden Parteien, die Verpflichtung, sich seiner Entscheidung zu unterwerfen wurde von England bedingungslos, von der Türkei mit einem gewissen Vorbehalt anerkannt. Der VBR ernannte zunächst einen Ausschuß, dem der Schwede de Wirsén, der Ungar Graf Teleky und der Belgier Paulis, angehörten. Der Ausschuß begab sich im November 24 in das streitige Gebiet, kehrte im April 25 zurück und erstattete einen umfangreichen Bericht, der im wesentlichen eine Grenzziehung nördlich Mossuls empfahl, also zugunsten des Irak und Englands lautete. Undèn als Berichterstatter des VBR schloß sich ihm an. Der

VBR setzte zwecks näherer sachlicher Prüfung nach umfangreichem Vortrag der Parteien einen Unterausschuß ein, auf dessen Anregung er gegen den Widerspruch der Türkei beschloß, ein Gutachten des StIG über zwei Fragen einzuholen: 1. Welchen Charakter hat der vom VBR auf Grund des Art. 3 Abs. 2 des LFrV zu fassende Beschluß — Schiedsspruch, Empfehlung oder Vermittlungsvorschlag? 2. Ist der Beschluß einstimmig oder mit Mehrheit zu fassen und können die Parteien mitstimmen? Der StIG gab sein Gutachten zu 1 dahin ab, daß der zu fassende Beschluß für die Parteien bindend sei, und zu 2 dahin, daß er einstimmig gefaßt werden müsse. Die Parteien könnten mitstimmen, doch würden ihre Stimmen nicht gezählt. Der VBR nahm das Gutachten am 8. 12. 25 mit allen Stimmen gegen die des türkischen Vertreters an. Dieser erklärte, daß die Stimmen der Parteien mitgezählt werden müßten, und verweigerte die fernere Teilnahme an den Beratungen. Nunmehr faßte der VBR am 16. 12. 25 einstimmig eine Entschließung, in der die Grenzlinie im Sinne Englands festgelegt und England aufgegeben wurde, mit dem Irak einen neuen Mandatsvertrag für 25 Jahre zu schließen und der kurdischen Bevölkerung gewisse Rechte zu sichern. Chamberlain erklärte im Anschluß daran, daß seine Regierung nach wie vor bereit sei, der Türkei entgegenzukommen und sich mit ihr zu verständigen. Im Ergebnis ist, wie der VBR am 11. 3. 26 feststellte, der neue Mandatsvertrag mit dem Irak geschlossen und damit die Grenzfestsetzung vom 16. 12. 25 in Kraft getreten. Am 5. 6. 26 ist jedoch, wie Chamberlain dem VBR am 7. 6. mitteilte, zwischen England und der Türkei ein Vertrag geschlossen, durch den die Grenze beiderseits anerkannt, den Bewohnern des Irak das Recht der Option für die Türkei gewährt, eine neutrale Zone geschaffen, und der Türkei 10 % der Einnahmen der Irak-Regierung aus den Oelfeldern von Mossul gewährleistet werden (VI. VBV Pl. 192 f., JO 25 1310 f., 1317 f., 1328 f., 1336 f., 1377 f., 1434 f., JO 26 120 f., 145 f., 187 f., 502 f., 548 f., vgl. Publ. B 12).

Während der Verhandlungen traten Grenzzwischenfälle ein, zu deren Untersuchung der

estnische General Laidoner entsandt wurde. In seinem Bericht stellte er fest, daß es sich ganz überwiegend um unbedeutende Vorfälle handele, wie sie bei Streitigkeit der Grenzlinie unvermeidlich seien (VI. VBV Pl. 195 f., JO 25 1307 f., 1383 f., JO 26 145, 302 f.).

Artikel 18.

Jeder Vertrag oder jedes internationale Abkommen, das ein Bundesmitglied künftig abschließt, ist unverzüglich beim Sekretariat einzutragen und von diesem sobald wie möglich zu veröffentlichen. Kein solcher Vertrag und kein solches internationales Abkommen ist vor der Eintragung rechtsverbindlich.

Vorbemerkung.

Bereits auf der I. VBV wies der Holländer van Karnebeek auf die Unzulänglichkeit des Art. 18 hin (Pl. 155 f.). Auf Ersuchen der VBV (Pl. 208 f.) setzte der VBR einen Ausschuß nieder (JO 21 112 f.), dessen Anregungen vom I. Ausschuß der II. VBV aufgenommen und zu Anträgen verdichtet wurden. Danach sollte eine Auslegung des Art. 18 gegeben, seine Fassung sollte geändert und es sollte eine Ausführungsordnung beschlossen werden. Die VBV vertagte jedoch die Entscheidung, und nur eine Entschließung über die Auslegung kam zur Abstimmung, wurde aber nicht angenommen (I. A. 68 f., 167 f., 195 f., Pl. 700 f., 839 f.). Die III. VBV erklärte es für notwendig, zunächst Erfahrungen über den Art. 18 zu sammeln und faßte gleichfalls einen Vertagungsbeschluß (I. A. 25 f., 92 f., Pl. I 218 f., II 152 f.). Die späteren VBV haben sich mit Art. 18 nicht mehr beschäftigt.

Allgemeines.

Art. 18 will der sog. Geheimdiplomatie ein Ende bereiten. Zu diesem Zweck sollen alle internationalen Abmachungen veröffentlicht werden, damit die Völker über die sie bindenden Verpflichtungen unterrichtet und gegebenenfalls imstande seien, ihre Aufhebung durchzusetzen. Das ist die Frucht einer während des Weltkrieges in dieser Richtung betrie-

benen Werbung und entspricht dem 2. Satz des im Vorspruch festgelegten Programms des VB. In der Praxis hat sich jedoch sehr bald die Neigung zu einer Abschwächung des Art. 18 gezeigt. Die in der Vorbemerkung erwähnten Abänderungs- und Auslegungsversuche sind allerdings ergebnislos geblieben, aber eine strikte Befolgung des Art. 18 findet trotzdem nicht statt. Selbst wenn die öffentlich anerkannten Ausnahmen bedeutungslos wären, stellt sich doch ihre Zulassung als Preisgabe des gesteckten Zieles dar. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob dieses Ziel überhaupt erreichbar ist und ob nicht das Verbot der Geheimverträge auch bei formeller Befolgung nötigenfalls durch private Vereinbarungen zwischen den leitenden Staatsmännern umgangen werden würde, welche Vereinbarungen naturgemäß noch mehr Gefahren in sich bergen, als amtliche Verträge.

Im Einzelnen.

(1) Trotz dieser Sachlage muß daran festgehalten werden, daß Art. 18 die Veröffentlichung aller Verträge gebietet und damit jegliche Geheimverträge verbietet. Was dagegen vorgebracht wird (Schücking-Wehberg 651), ist nicht durchschlagend. Weder kann gefordert werden, daß ein direktes Verbot positiv zum Ausdruck gebracht werde, noch ist es richtig, daß S. 2 den S. 1 abschwäche. Wenn sich eine davon abweichende Praxis gebildet hat, so ist das, abgesehen von Ausnahmen, die aus Zweckmäßigkeitserwägungen zugelassen werden und die mit dem Sinn des Art. 18 vereinbar sind, contra legem geschehen. Wortlaut und Zweck des Art. 18 sind ganz unzweideutig und aus ihnen muß die Pflicht eines jeden Bundesmitgliedes gefolgert werden, die von ihm abgeschlossenen Verträge zur Eintragung anzumelden (so auch Motta II. VBV I. A. 84 f.). Es ist hierbei gleichgültig, ob die Gegenpartei ebenfalls Mitglied ist oder nicht. Das ergibt sich aus dem Wortlaut des Art. 18, das folgt auch aus seinem Sinn, da Geheimverträge mit Nichtmitgliedern augenscheinlich noch unerwünschter sind, als mit Mitgliedern (a. M. Schücking-Wehberg 653 f.). Auf Nichtmitglieder erstreckt sich dagegen

diese Verpflichtung so wenig als irgendeine andere, die in der VBS festgesetzt wird. Dieses gilt auch für Mitunterzeichner der Pariser FrV, die Nichtmitglieder sind (vgl. oben Art. 1 Vorbem. 2).

(2) Grundsätzlich sind internationale Verträge jeder Art einzutragen. Das wird mit großer Schärfe in einer vom VBR am 19. 5. 20 gebilligten Denkschrift des GS (JO 20 154 f.) hervorgehoben: „Es handelt sich nicht nur um jeden Vertrag im eigentlichen Sinn, gleichviel welcher Art er sei, und um jedes internationale Abkommen, sondern auch um jede andere internationale Vereinbarung oder um jeden Akt, durch den die Völker oder ihre Regierungen eine gesetzliche Verpflichtung zwischen sich und einem andern Staat, einem andern Volk oder einer andern Regierung aufrichten wollen". Auch Abänderung, Verlängerung oder Kündigung eines Vertrages sollen hierher gehören. Grundsätzlich gibt es also keinerlei Ausnahme.

Bereits unter dem 15. 2. 21 jedoch teilte die britische Regierung dem GS mit, daß die zahlreichen von ihr mit den vormaligen Bundesgenossen geschlossenen Finanzabkommen nicht zur Eintragung angemeldet werden würden (JO 21 224) und am 21. 2. 21 betonte Balfour im VBR unter Hinweis auf den belgisch-französischen Bündnisvertrag, daß die Veröffentlichung der militärischen Ausführungsbestimmungen zu solchen Verträgen im Interesse des Friedens unangängig sei (Prot. XII 5). In der gleichen Richtung bewegte sich der Abänderungsvorschlag zu Art. 18, der der II. VBV vorlag. Danach sollte Abs. 3 technische oder administrative Abkommen ohne politische Bedeutung ebenso wie Abkommen, durch die nur die Ausführung eingetragener Verträge gesichert wird, von der Eintragung befreien (Pl. 704 f., vgl. Annuaire XXX 63 f., XXXI 19 f.).

Die Nichteintragung von Finanzabkommen der erwähnten Art mag an sich unbedenklich sein. Anders steht es schon um militärische Ausführungsbestimmungen, in denen u. U. gerade die wesentlichen Bestimmungen über das abgeschlossene Bündnis enthalten sein können. Jedenfalls ist eine Belastung des

Sekretariats durch überflüssige Eintragungen völlig bedeutungslos neben der Gefahr, die in der Durchbrechung des Art. 18 liegt. Diese Durchbrechung ist gleichbedeutend mit einer Preisgabe des Grundsatzes, der in Art. 18 zum Ausdruck kommt. Besonders bezeichnend in dieser Richtung dürfte neben der Geheimhaltung der belgisch-französischen Militärkonvention (unten Art. 20 Z. 3) die Tatsache sein, daß auch einer der 3 Verträge, die die Grundlage der Kleinen Entente bilden, nämlich der zwischen Rumänien und Südslawien vom 7. 6. 21, nicht eingetragen worden ist. Er ist jedoch durch die Veröffentlichung bei Strupp, Documents V 258 f. bekanntgeworden. Hierbei findet sich der Vermerk: „aus privater Quelle".

(3) Die rechtliche Bedeutung der Eintragung ist strittig. Nach dem Wortlaut des Art. 18 könnte angenommen werden, daß der Vertrag erst durch sie Verbindlichkeit erlangt und daß bis zu ihrer Vollziehung den Parteien der Rücktritt freisteht (so van Karnebeek I. VBV Pl. 155 f., 208). Damit verlöre jedoch die Ratifizierung ihren Sinn. Andererseits ist es unzutreffend, daß der Vertrag bereits durch diese verbindlich wird, aber dem VB gegenüber erst nach der Eintragung geltend gemacht werden kann (so Tittoni I. VBV Pl. 177, Spalaicovicz II. VBV Pl. 849). Das ist mit dem Wortlaut nicht zu vereinigen. Richtig ist, daß die Parteien von der Ratifizierung ab an den Vertrag gebunden sind und daß jede von ihnen von da ab die Eintragung einseitig beantragen kann, daß aber die Erfüllung des Vertrages erst von der Eintragung ab verlangt werden kann. Diese Auffassung hat sich auch der I. Ausschuß der II. VBV zu eigen gemacht (Pl. 701, vgl. Annuaire XXX 47 f., XXXI 19 f., Schücking-Wehberg 656 f., Hatschek 233).

Strittig ist auch die Frage, ob die Eintragung rückwirkende Kraft hat. Eine Frist für die Eintragung ist in Art. 18 nicht festgesetzt. Es heißt nur, daß sie unverzüglich zu erfolgen habe und an einer festen Praxis fehlt es noch. Der I. Ausschuß der II. VBV wollte die rückwirkende Kraft anerkennen, wenn die Eintragung binnen 3 Monaten nach der Ratifikation erfolgt. Sinngemäß ist es, sie anzuerkennen,

wenn die Eintragung binnen angemessener Frist erfolgt ist. Ob das der Fall ist, kann nur nach den Besonderheiten des einzelnen Falles und unter Berücksichtigung der amtlichen Gepflogenheiten entschieden werden. Jedenfalls dürfte aber eine übermäßige Verzögerung vorliegen, wenn ein Vertrag erst nach mehr als 3 Jahren eingetragen wird, wie der englisch-französische Vertrag über die Abgrenzung Syriens gegen Palästina und das Irak, der am 23. 12. 20 geschlossen und am 6. 2. 24 eingetragen wurde (RTr XXII 353 f.).

Aus der Eintragung erwachsen dem VB keine materiellen Verpflichtungen. Insbesondere übernimmt er keine Garantie in dem Sinne, daß er über die Einhaltung der Verträge zu wachen hätte. Er hat sie nur im Falle eines Streites, der vor ihn gebracht wird, zu berücksichtigen. Ebensowenig liegt in der Eintragung eine Anerkennung der Verträge als rechtsgültig und mit der VBS verträglich. Eine Anfechtung durch die Parteien oder durch einen dritten Staat, gegebenenfalls unter Berufung auf Art. 11 Abs. 2, bleibt deshalb stets möglich. Andererseits ergibt sich daraus, daß eine materielle Nachprüfung eines zur Eintragung angemeldeten Vertrages durch den GS und eine Verweigerung der Eintragung unzulässig ist und daß auch ein Einspruchsrecht gegen die Eintragung seitens dritter Staaten nicht besteht (vgl. auch II. VBV I. A. 74, 77, 80).

(4) Für die praktische Handhabung der Eintragung ist das vom VBR gebilligte Memorandum des GS vom 19. 5. 20 (JO 20 154 f.) maßgebend. Danach sind einzutragen die nach dem 10. 1. 20 ratifizierten Verträge, doch können auf Antrag der Parteien auch ältere Verträge eingetragen werden. Ebenso ist auf Antrag die Eintragung vor der Ratifizierung zulässig, doch ist über diese ergänzend Mitteilung zu machen. Dem Antrage ist die Versicherung beizufügen, daß der eingereichte Text mit dem Vertrage übereinstimmt. Der Antrag kann von beiden Parteien oder von einer von ihnen gestellt werden. Ueber die Eintragung wird eine Bescheinigung ausgereicht.

Das Sekretariat führt 2 Register über die eingetragenen Verträge. In dem einen werden sämtliche

Verträge in zeitlicher Reihenfolge aufgeführt. Als Anhang dazu werden die zugehörigen Urkunden verwahrt. Im zweiten Register wird jedem Vertrage eine Seite eingeräumt und hier werden alle auf ihn bezüglichen Daten, wie Ratifikation, Kündigung, Anschluß anderer Mächte usw. vermerkt.

Die Veröffentlichung erfolgt in einer selbständigen Abteilung des Journal officiel unter dem Titel „Recueil des Traités" und „Treaty Series" (vgl. oben das Quellenverzeichnis). Gegenwärtig liegen 39 Bände vor, die 1000 Verträge enthalten. Die Zahl der Verträge ist alljährlich gewachsen. Vom 19. 5. 20 bis 19. 5. 21 wurden 112 Verträge eingetragen, vom 19. 5. 24 bis zum 19. 5. 25 nicht weniger als 257 (vgl. VI. VBV Pl. 287 f.).

Artikel 19.

Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.

Vorbemerkung.

Im ersten Entwurf Wilsons enthielt Art. III einerseits die Gewährleistung des Besitzstandes entsprechend dem jetzigen Art. 10 der VBS, andererseits die Vorschrift, daß die VBV mit Dreiviertel-Mehrheit Gebietsänderungen beschließen könne, wenn die Bevölkerung des fraglichen Gebiets auf Grund des Selbstbestimmungsrechts aus völkischen, sozialen oder politischen Gründen das verlange. Ein englischer Vorschlag wollte das dahin abschwächen, daß die Garantie des VB für das fragliche Gebiet fortfalle, wenn der VB eine Aenderung des Besitzstandes vorgeschlagen und der betroffene Staat sie abgelehnt hat. Im Ergebnis wurde dem Art. 10 der Art. 19 in seiner jetzigen Gestalt gegenübergestellt (vgl. Scelle bei Munch I 107, Rolin bei Munch II 456 f.).

Allgemeines.

Art. 10 sucht die Ergebnisse des Weltkrieges zu verewigen. Es konnte jedoch die Erkenntnis nicht

völlig unterdrückt werden, daß der Unbeständigkeit aller menschlichen und insbesondere aller politischen Verhältnisse Rechnung getragen werden müsse und daß es hieße, den VB zu einer vorübergehenden Erscheinung stempeln, wenn man ihn unlöslich an die augenblickliche Gestaltung der Dinge, wie sie während der Pariser Verhandlungen gegeben war, binden wollte. Der Wunsch nach einer Sicherung der Früchte des Friedens war jedoch stärker, als diese Erkenntnis. Infolgedessen erhielt er in Art. 10 eine Fassung von kaum zu übertreffender Entschiedenheit und Präzision, während der Erkenntnis der Wandelbarkeit in Art. 19 nur ein Zugeständnis gemacht wurde, das praktisch so gut wie bedeutungslos ist. Das muß um so schärfer hervorgehoben werden, als in der Oeffentlichkeit vielfach die Meinung besteht, daß mit Hilfe des Art. 19 eine Revision der Pariser FrV erreicht werden könne.

Im Einzelnen.

(1) Nach dem Wortlaut kann die VBV den Art. 19 von sich aus zur Anwendung bringen. Es versteht sich jedoch von selbst, daß es dazu einer Initiative von irgendeiner Seite bedarf. Darüber, wem diese zusteht, fehlt es an einer Bestimmung. Infolgedessen besteht keine Beschränkung und das Recht, einen dahingehenden Antrag zu stellen, muß nicht nur den unmittelbar Beteiligten, sondern jedem Mitgliede zugestanden werden. Auch dem VBR kann es nicht abgesprochen werden.

Die Voraussetzung für die Anwendung des Art. 19 ist das Vorliegen unanwendbar gewordener Verträge oder den Frieden gefährdender internationaler Verhältnisse. Der von der II. VBV zur Prüfung des bolivianischen Antrags niedergesetzte Juristen-Ausschuß (unten Z. 3) sah jenen Fall dann für gegeben an, wenn der zur Zeit des Vertragsschlusses bestehende Zustand in der Folge so tiefgreifende Veränderungen in materieller oder moralischer Hinsicht erlitten hat, daß die Anwendung des Vertrages außerhalb des Bereiches vernünftiger Möglichkeit liegt (II. VBV Pl. 466). Diese Begriffsbestimmung deckt sich zwar mit dem

Wortlaut, ist aber insofern zu eng, als sie einen von vornherein unerfüllbaren Vertrag, dessen Unerfüllbarkeit jedoch erst später erkannt wird, nicht erfaßt. Dieser Mangel wird auch nicht durch die zweite Voraussetzung, nämlich die Gefährdung des Weltfriedens durch die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, behoben. Denn im ersten Fall sind auch moralische Gesichtspunkte, wie vor allem der der Gerechtigkeit, zu berücksichtigen, im zweiten dagegen kommt nur die Tatsache einer Friedensgefährdung in Betracht. Ein infolge seiner Wehrlosigkeit vergewaltigtes Volk kann sich demnach auf den Art. 19 nur berufen, wenn es soweit wieder erstarkt ist, daß es den Weltfrieden zu gefährden vermag. Praktisch ist diese Unterscheidung allerdings bedeutungslos, da eine Revision sowohl von Verträgen als auch von internationalen Zuständen ohnehin nur dann vorgenommen werden dürfte, wenn der gegen sie protestierende Staat über ausreichende Machtmittel verfügt.

(2) Für die Anwendung des Art. 19 ist die VBV allein zuständig. Doch kann der VBR gegebenenfalls auf Grund des Art. 11 vorgehen und die in Art. 19 vorgesehene Maßnahme von sich aus anwenden.

Wenn die VBV eine der Voraussetzungen des Art. 19 als gegeben ansieht, kann sie an die Mitglieder die Aufforderung zu einer Nachprüfung der fraglichen Verträge oder Verhältnisse richten. Sie ist jedoch dazu nicht verpflichtet, sondern kann es auch unterlassen, wenn sie z. B. einen solchen Schritt für aussichtslos hält. Solchenfalls kann sie den VBR ersuchen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Tut sie es aber, so steht nichts dem im Wege, daß sie mit der Aufforderung Hinweise auf eine Lösung verbindet, die sie zu sehen glaubt. Nur versteht es sich von selbst, daß diese Hinweise ebenso unverbindlich sind, wie die Aufforderung selbst. Denn das ist das Wesentliche an Art. 19: die Aufforderung ist unverbindlich. Der französische Wortlaut spricht von „inviter", der englische von „advise", und von einer Pflicht, die Aufforderung zu befolgen, ist nicht die Rede. Es entsteht nur eine moralische Bindung der öffentlichen Meinung gegenüber, über die die beteiligten Staaten sich

hinwegsetzen können; was namentlich dann geschehen dürfte, wenn sie glauben, sich auf Art. 15 Abs. 8 (oben Art. 15 Z. 3) berufen zu können. Vollends haben sie die Möglichkeit, zwar in Verhandlungen einzutreten, diese aber zum Scheitern zu bringen.

Die Aufforderung hat demnach den Charakter eines Wunsches und nicht den eines Beschlusses im Sinne von Art. 5 Abs. 1 (oben Art. 5 Z. 1). Deshalb genügt für sie Stimmenmehrheit, wobei nach allgemeinen Grundsätzen die Stimmen der Parteien nicht mitgezählt werden. Daß die Aufforderung nicht schlechthin an die Mitglieder gerichtet wird, sondern an die Parteien des fraglichen Vertrages oder Verhältnisses, versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die Aufforderung nur an Mitglieder, nicht aber an fremde Staaten gerichtet werden kann. Das ergibt sich unzweideutig aus dem Wortlaut und liegt auch im Wesen der Sache, da die freundschaftliche Mahnung, als die die Aufforderung sich im Grunde darstellt, einem Nichtmitgliede gegenüber wenig angebracht wäre.

Nach dem Wortlaut des Art. 19 könnte übrigens angenommen werden, daß es eines konkreten Falles nicht bedarf, um ihn zur Anwendung zu bringen, daß vielmehr die VBV ermächtigt wird, „von Zeit zu Zeit" die allgemeine Aufforderung an alle Mitglieder zu richten, sie mögen Verträge und internationale Verhältnisse nachprüfen. Eine solche Auffassung würde den Art. 19 jedoch jeden Inhalts berauben. Sie stünde auch im Widerspruch zur Auffassung der II. VBV, der einzigen, die sich mit ihm befaßt hat (Pl. 466 f.).

(3) Die Praxis des Art. 19 beschränkt sich auf einen einzigen Fall. Da das Ergebnis ein völliger Mißerfolg war, dürfte er auch für die Zukunft der einzige bleiben.

Auf der I. VBV beantragten Bolivien und Peru unter Berufung auf Art. 19 die Nachprüfung je eines mit Chile geschlossenen Vertrages. Wegen verspäteter Einbringung konnten die Anträge nicht zur Verhandlung gelangen. Bolivien bat um Vertagung, Peru zog seinen Antrag zurück und unterwarf sich in der Folge einem Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten

(Pl. 53, 56, 580 f., 595 f., 641, vgl. RTr XXI 141 f.). Die II. VBV setzte einen dreigliedrigen Juristenausschuß nieder, der zum Schlusse gelangte, daß der bolivianische Antrag nicht satzungsgemäß sei, da die VBV einen Vertrag nicht nachprüfen, sondern nur die Parteien zur Nachprüfung auffordern könne. Bolivien betonte, daß es gerade das gewollt habe, widersprach der allzu buchstäblichen Auffassung seines Antrages und behielt sich vor, den Fall nochmals vor die VBV zu bringen (II. VBV Pl. 45 f., 261, 466 f.). Es hat jedoch seitdem, ebenso wie Peru, keine VBV mehr beschickt (vgl. oben Art. 1 Z. 9).

Artikel 20.

Die Bundesmitglieder erkennen, ein jedes für sein Teil, an, daß die gegenwärtige Satzung Verpflichtungen und Verständigungen aufhebt, die mit ihren Bestimmungen unvereinbar sind, und verpflichten sich feierlich, solche in Zukunft nicht mehr einzugehen.

Hat ein Mitglied vor seinem Eintritt in den Bund Verpflichtungen übernommen, die mit den Bestimmungen der Satzung unvereinbar sind, so ist es gehalten, unverzüglich Maßnahmen zur Lösung dieser Verpflichtungen zu ergreifen.

Allgemeines.

Die zwei Sätze des Art. 20 enthalten anscheinend nur Selbstverständliches. Tatsächlich berühren sie jedoch zwei Probleme von größter praktischer Bedeutung. Abs. 1 stellt die Frage zur Erörterung, wie weit die zahlreichen zwischen Mitgliedstaaten geschlossenen Sonderbündnisse mit der VBS vereinbar sind. Abs. 2 wiederum greift in die Beziehungen der Mitglieder zu den Nichtmitgliedern ein und verweist auf die Möglichkeit der Konflikte, die sich aus dem Nebeneinander der VBS und des allgemeinen Völkerrechts ergeben können. Letzten Endes wird durch beide Bestimmungen die Frage aufgeworfen, ob und wieweit sich das internationale Leben der Völker allein nach ihrer Zu-

gehörigkeit zum VB und aus der VBS zu bestimmen vermag.

Im Einzelnen.

(1) Abs. 1 bestimmt, daß der VBS widersprechende Verträge, die von Mitgliedern untereinander vor der Begründung des VB oder vor ihrem Eintritt in den VB abgeschlossen wurden, ipso jure als aufgehoben gelten. Hierbei versteht es sich von selbst, daß satzungswidrige Einzelbestimmungen die Aufhebung des ganzen Vertrages nur dann nach sich ziehen, wenn sie für den Vertrag wesentlich sind oder gar in ihnen der Zweck des Vertrages liegt. Trifft das nicht zu, so fallen sie weg, während der Vertrag im übrigen bestehen bleibt.

Ihre notwendige Ergänzung findet diese Bestimmung in der Verpflichtung der Mitglieder, fernerhin keine derartigen Verträge mehr zu schließen.

So einfach und selbstverständlich diese Vorschriften scheinen, so große Schwierigkeiten muß ihre Durchführung verursachen. Ueber die Vereinbarkeit eines Vertrages mit der VBS wird nicht von vornherein, etwa anläßlich seiner Eintragung, von einer unparteiischen Instanz, wie es der StIG wäre, entschieden (vgl. oben Art. 18 Z. 3). Die Frage kommt vielmehr erst zur Sprache, wenn sie bereits Gegenstand eines Streites geworden ist und somit politische Erwägungen hineinspielen. Die Entscheidung steht dem VBR oder der VBV zu, die freilich ein Gutachten des StIG einholen können. Materiell aber besteht Unklarheit darüber, unter welchen Umständen ein Vertrag als mit der VBS unvereinbar anzuerkennen ist. Das gilt vor allem im Hinblick auf Sonderbündnisse zwischen Mitgliedstaaten. Das Genfer Protokoll suchte die Frage zu klären (oben Art. 8 Z. 6). Ursprünglich ließ es Defensivsonderbündnisse unbeschränkt zu. In seiner endgültigen Fassung gestattete es sie nur, wenn der Beitritt zu ihnen allen Mitgliedern freigestellt würde (oben Art. 16 Z. 8, s. Anhang Nr. 9 Art. 13 Abs. 2). Nach dem Scheitern des Protokolls ist die Frage offen und kann nur nach allgemeinen Grundsätzen entschieden werden. Diese aber lassen Sonder-

bündnisse im Rahmen des VB an sich unerwünscht erscheinen, auch wenn sie nur die Zusage diplomatischer Unterstützung enthalten sollten. Völlig unstatthaft sind selbstverständlich Offensivbündnisse. Aber auch Defensivbündnisse sind bedenklich, selbst abgesehen davon, daß sie erfahrungsgemäß sehr oft nur den Deckmantel für ein Offensivbündnis bilden, und sogar gegen Neutralitätsverträge läßt sich manches einwenden. Hier wie dort liegt die Gefahr eines Konflikts mit den Bestimmungen des Art. 16 nahe.

(2) Verträge mit Nichtmitgliedern, die vor dem Eintritt in den VB geschlossen wurden, sollen gelöst werden, wenn sie mit der VBS nicht in Einklang stehen. Eine ipso jure-Aufhebung kommt hier nicht in Frage, da die VBS für Nichtmitglieder nicht bindend ist. Die Lösung kann daher nur auf vertragsmäßiger Grundlage erfolgen, durch Kündigung oder wenn eine solche nicht vorgesehen ist, durch Ablauf der Gültigkeitsdauer. Unter Umständen kann daher das neue Mitglied während geraumer Zeit sich in ständiger Gefahr eines Konflikts der Pflichten befinden. Die Entscheidung wird gegebenenfalls nach politischen Gesichtspunkten zu treffen sein, da rechtlich betrachtet VBS und Vertragsnorm völlig gleichwertig sind, ja, die VBS selbst nichts anderes darstellt als eine Vertragsnorm (a. M. Schücking-Wehberg 666).

Die Verpflichtung, in Zukunft keine der VBS widersprechenden Verträge zu schließen, bezieht sich selbstverständlich auch auf Verträge mit Nichtmitgliedern.

Im einzelnen ergeben sich hier dieselben Schwierigkeiten, wie im Verhältnis der Mitglieder untereinander, noch dazu in verstärktem Maße. Offensivverträge sind selbstverständlich unzulässig. Defensiv- und Neutralitätsverträge wecken die stärksten Bedenken. Angesichts der Nichtübereinstimmung zwischen VBS und Völkerrecht können sie zu den schwersten Pflichtenkollisionen führen. Darüber hinaus können selbst rein wirtschaftliche Verträge ein solches Ergebnis zeitigen. Das kann nur vermieden werden, wenn

in jeden Vertrag mit einem Nichtmitgliede ein Vorbehalt zugunsten der VBS eingefügt wird. Es fragt sich jedoch, wieweit ein solcher Vorbehalt für das Nichtmitglied annehmbar ist, sei es unter sachlichen Gesichtspunkten, sei es unter dem des Prestiges.

Bei strenger Befolgung des Art. 20 muß sich danach eine gewisse Isolierung der VB-Staaten ergeben, die weder politisch noch wirtschaftlich erwünscht ist.

(3) In der Praxis ist bisher noch kein einziger Vertrag auf Grund des Art. 20 aufgehoben worden. Eine formale Abänderung erfuhr der englisch-japanische Bündnisvertrag vom 13. 7. 11. Unter dem 8. 7. 20 erklärten England und Japan, daß dieser Vertrag zwar mit dem Geiste, nicht aber mit dem Wortlaut der VBS übereinstimme. Soweit dieses der Fall sei, solle in Zukunft die VBS maßgebend sein (RTr I 24). In der Folge ist der Vertrag durch den Garantievertrag vom 13. 12. 21 (s. unten a. E.) aufgehoben worden.

Dagegen ist seit der Begründung des VB ein ganzes Netz von Verträgen entstanden, die unter dem Gesichtspunkt des Art. 20 Bedenken erwecken müssen. Formal betrachtet, stellen sie teils Defensivbündnisse dar, teils politische Uebereinkommen, in denen die Parteien sich verpflichten, in allen Fragen der äußeren Politik, die gemeinsames Interesse für sie haben, sich zu verständigen und Hand in Hand zu gehen, teils eine Verbindung von diesem und jenem. Einen besonderen Charakter nehmen die Defensivbündnisse an, wenn sie als möglichen Angreifer einen dritten Staat bezeichnen. Das trifft bei den Bündnisverträgen der Staaten der Kleinen Entente zu, in denen Bulgarien und Ungarn als solche genannt sind. Noch bedenklicher dürfte die belgisch-französische Militärkonvention vom 7. 9. 20 sein, die geheimgehalten wird und von deren Vorhandensein nur zwei Noten vom 10. und 15. 9. 20 sprechen (RTr II 128). Einwandfrei sind allenfalls die reinen Neutralitätsverträge, in denen ein Staat dem andern wohlwollende Neutralität für den Fall zusichert, daß er das Opfer eines unprovozierten Angriffs werden sollte. Allerdings ist ihnen nicht selten die Verein-

barung beigefügt, daß im Falle eines solchen Angriffs eine Verständigung über gemeinsam zu ergreifende Maßnahmen getroffen werden solle. Dadurch nähern sie sich den Defensivbündnissen.

Zu nennen sind hier die Defensivbündnisse zwischen Südslawien und der Tschechoslowakei v. 14. 8. 20/31. 8. 22 (RTr VI 210 f., XIII 232 f.), zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei v. 23. 4. 21/7. 5. 23 (RTr VI 216 f., XVIII 82 f.), zwischen Rumänien und Südslawien v. 7. 6. 21 (Strupp, Documents V 258 f., vgl. oben Art. 18 Z. 2), die die Grundlage der sog. Kleinen Entente bilden. Nach Pressemeldungen sind sie auf der Konferenz von Veldes am 14. 6. 26 auf weitere drei Jahre verlängert worden.

Neben diesem Komplex von Verträgen stehen die teils als Defensivbündnisse, teils als politische Uebereinkommen formulierten Verträge Frankreichs mit Polen v. 19. 2. 21 (RTr XVIII 12 f.) und mit der Tschechoslowakei v. 24. 1. 24 (RTr XXIII 163 f.), sowie Polens mit Rumänien v. 3. 3. 21 (RTr VII 78 f.). Dazu kommt die schon erwähnte Militärkonvention Frankreichs mit Belgien (vgl. RTr II 128 f.).

Neutralitätsverträge hat Italien mit Südslawien unter dem 27. 1. 24 (RTr XXIV 31 f.) und mit der Tschechoslowakei unter dem 24. 1. 24 (RTr XXIII 163 f.) geschlossen.

Von den vormals russischen Randstaaten haben Estland und Lettland am 1. 11. 23 ein Defensivbündnis (RTr XXIII 81 f.) geschlossen und Estland, Finnland, Lettland und Polen am 17. 3. 22 ein politisches Uebereinkommen (RTr XI 168 f.).

Endlich haben England, Frankreich, Japan und Nordamerika sich durch Vertrag vom 13. 12. 21 ihren Inselbesitz im Stillen Ozean wechselseitig gewährleistet. Im Falle eines Streites soll eine Konferenz zusammentreten, im Falle eines Angriffes durch einen dritten Staat eine Verständigung über die zu ergreifenden Maßnahmen getroffen werden. Der Vertrag erstreckt sich auch auf die Mandatsgebiete (RTr XXV 184 f.).

Artikel 21.

Internationale Abreden wie Schiedsgerichtsverträge und Vereinbarungen über bestimmte Gebiete wie die Monroedoktrin, die die Erhaltung des Friedens sichern, gelten nicht als unvereinbar mit einer der Bestimmungen der gegenwärtigen Satzung.

Vorbemerkung.

Die Entwürfe der VBS enthielten zunächst keinen Vorbehalt zugunsten der Monroedoktrin. Erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten beantragte Wilson in der 15. Sitzung des VB-Ausschusses vom 11. 4. 19 die Einfügung eines solchen Vorbehalts. Das weckte den Widerspruch namentlich Frankreichs, das eine Abschwächung des Art. 10 befürchtete. Wilson drang jedoch durch. Andererseits wurde in der Plenarsitzung der Friedenskonferenz vom 28. 4. 19 ein Antrag Bonillas-Honduras, der eine Definition der Monroedoktrin forderte, abgelehnt (Kluyver 28, 44 f. Vgl. Wilson I 254 f.).

Allgemeines.

Art. 21 gibt formell nur eine einschränkende Erläuterung des Art. 20, indem er diejenigen Abkommen bezeichnet, die grundsätzlich mit der VBS vereinbar sein sollen. Tatsächlich setzt er die VBS in ihren wesentlichsten Bestimmungen Amerika gegenüber außer Kraft, indem er einerseits dem VB die Einmischung in amerikanische Verhältnisse untersagt, andererseits Amerika von seinen Verpflichtungen dem VB gegenüber soweit befreit, als es um nichtamerikanische Dinge geht. Zugleich bleibt jedoch dank der Unbestimmtheit der Monroedoktrin Amerikas Handlungsfreiheit gewahrt. Da die Vereinigten Staaten im Ergebnis den Beitritt zum VB abgelehnt haben, ist dieses Zugeständnis vergeblich geblieben. Nicht zu übersehen ist auch die Gefährdung des VB, die sich daraus ergibt, daß die Monroedoktrin nur beispielsweise angeführt ist, so daß Abkommen, die von denselben Gedanken ausgehen, als statthaft anerkannt werden müßten.

Im Einzelnen.

(1) Die Zulässigkeit von Schiedsverträgen wird in Art. 21 augenscheinlich nur deshalb betont, um das in Sachen der Monroedoktrin gemachte Zugeständnis nicht allzu grell hervortreten zu lassen. Denn an sich ist sie, da Schiedsverträge zweifellos mit den Bestimmungen der VBS nicht unvereinbar sind, schon in Art. 20 anerkannt. Allenfalls könnte der Einwand erhoben werden, daß letzten Endes auch sie nicht erwünscht sind, da es das Bestreben des VB sein muß, die gesamte Rechtsprechung vor dem StIG zu konzentrieren. Doch würde eine dahingehende Bestimmung den Abschluß von Schiedsverträgen mit Nichtmitgliedern erschweren. Soweit es aber um Verträge zwischen Mitgliedern geht, ist zu berücksichtigen, daß der StIG zur Zeit des Inkrafttretens der VBS noch nicht bestand und ferner, daß das noch unvollkommene Schiedsrecht der VBS am leichtesten durch Verträge eine Fortbildung erfahren kann, deren Ergebnis später in einer Satzungsänderung Gestalt zu gewinnen vermag.

(2) Für zulässig werden auch Regionalverträge erklärt, nämlich „Vereinbarungen über bestimmte Gebiete, die die Erhaltung des Friedens sichern". Die Heranziehung der Monroedoktrin als Beispiel ist schon deshalb verfehlt, weil sie keine Vereinbarung darstellt (vgl. unten Z. 3). Wohl aber wären hier das Washingtoner Abkommen vom 6. 2. 22 über die Rüstungen zur See (oben Art. 8 Allg.) und die Locarno-Verträge (oben Art. 10 Z. 3) zu nennen. Gewisse andere Regionalverträge müssen dagegen Bedenken erwecken, soweit sie sich als Neutralitätsverträge oder Defensivbündnisse darstellen (vgl. oben Art. 20 Z. 1, 2). In besonderem Maße gilt das dann, wenn ein Defensivbündnis sich ausdrücklich gegen einen oder mehrere Staaten richtet, die zwar zur Zeit des Abschlusses nicht Mitglieder des VB waren, es jedoch in der Folge wurden. Das trifft für die Verträge zwischen den Staaten der sog. Kleinen Entente zu, in denen Bulgarien und Ungarn als mögliche Angreifer namentlich genannt sind (vgl. oben Art. 20 Z. 3). Nichtsdestoweniger wurde seitens der Tschechoslowakei auf der II. VBV der Versuch gemacht, eine Satzungs-

änderung herbeizuführen, durch die der Abschluß von Regionalverträgen nicht nur als statthaft, sondern sogar als erwünscht bezeichnet wurde. Der dahingehende Antrag wurde jedoch abgelehnt, da die Zeit für eine Abänderung des Art. 21 noch nicht gekommen sei und auch der jetzige Wortlaut den dem Antrag zugrunde liegenden Gedanken nicht entgegenstehe. Im übrigen wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß Abkommen unter Mitgliedern, durch die die in der VBS anerkannten Pflichten näher bestimmt und vervollständigt würden, geeignet seien, den VB in seiner praktischen Wirksamkeit zu fördern (I. A. 22 f., 104 f., 141 f., Pl. 137 f., 706 f., 830 f., 833). Der Abschluß von Regionalverträgen wird damit grundsätzlich gutgeheißen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß sie mit der VBS übereinstimmen müssen. Die Schwierigkeit liegt aber gerade in der Frage, wieweit das im gegebenen Einzelfall zutrifft. Diese Frage bleibt auch angesichts der Entschließung der II. VBV offen.

Im übrigen dürfte die Bestimmung über die Zulässigkeit von Sonderabkommen, die die Erhaltung des Friedens sichern, als die Rechtsgrundlage anzusehen sein, auf der sich die teilweise Neutralität der Schweiz aufbaut (vgl. Huber bei Munch II 86 f., 133).

(3) Die im Jahre 1823 vom Präsidenten Monroe in einer Botschaft an den Kongreß aufgestellte sog. Monroe-Doktrin ist keineswegs ein Abkommen, das etwa die amerikanischen Staaten untereinander getroffen hätten, sondern eine einseitige Erklärung, die einerseits jede Einmischung europäischer Staaten in die Angelegenheiten Gesamtamerikas ablehnt, andererseits aber auch das Desinteressement Amerikas an europäischen Angelegenheiten feststellt (vgl. Fauchille I 1 592 f., 649 f., Strupp bei Strupp II 63 f. und das dort genannte Schrifttum. S. auch Kraus, Die Monroe-Doktrin.). Das zweite Glied der Doktrin ist durch die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Weltkriege zweifellos verletzt worden, die Ablehnung des VB jedoch entspringt gerade dem Bestreben, es wieder zur Geltung zu bringen.

Die Monroe-Doktrin ist mit der VBS unvereinbar. Daran vermag auch Art. 21 nichts zu ändern. Formell

ließe sich zwar die Behauptung aufstellen, daß der VB keine europäische Macht ist und daß deshalb die Doktrin auf ihn keinen Bezug hat. Aber abgesehen davon, daß dann ihre Erwähnung in der VBS überflüssig wäre, abgesehen auch von der Rolle der europäischen Mächte im VB, ist kein Zweifel daran möglich, daß in ihr die europäischen Mächte deshalb genannt werden, weil es im Jahre 1823 andere Großmächte nicht gab und daß sie sich ihrem Sinne nach gegen jede außeramerikanische Macht richtet, also auch gegen den VB. Es bedarf gar nicht des Hinweises auf einzelne Artikel der VBS, die durch sie ihre Wirksamkeit verlieren. Es liegt vielmehr auf der Hand, daß die Zugehörigkeit der Vereinigten Staaten zum VB bei Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin einen logischen Widersinn bedeuten würde. Das wäre auch dann der Fall, wenn ihr zweites Glied wie während des Weltkrieges außer Kraft gesetzt würde. Tatsächlich liefen die vom Ausschuß des gesamten Senats im Oktober/November 1919 für den Fall des Eintritts in den VB angenommenen Vorbehalte (oben Art. 1 Z. 1) auf eine Entbindung Amerikas von allen materiellen Verpflichtungen hinaus. Es ist deshalb nur logisch, wenn gegenwärtig die Frage des Eintritts als endgültig in verneinendem Sinne entschieden gilt.

Die mittel- und südamerikanischen Staaten haben sich in ihrer Mehrzahl gleichfalls zur Monroe-Doktrin bekannt (Fauchille I 1 630 f., 642 f.), wenngleich sie den damit verbundenen Anspruch der Vereinigten Staaten auf eine Schutzherrschaft über Gesamtamerika (Fauchille I 1 609 f., 616 f.) nicht anerkennen. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die panamerikanische Bewegung wenigstens teilweise in einem ganz bewußten Gegensatz zum VB steht. Dafür ist der auf der Brüsseler Tagung des Instituts für internationales Recht im Jahre 23 gefallene Ausspruch von Alvarez-Chile, daß es zwei VB gebe, den Genfer und den panamerikanischen (Annuaire XXX 342 f.), ebenso bezeichnend, wie der von Brasilien anläßlich seines Austritts erhobene Vorwurf, daß der VB ein Bund europäischer Staaten sei. Unter diesen Umständen müßte ein Versuch, den Art. 16 gegen einen der ameri-

kanischen Mitgliedstaaten anzuwenden oder den Art. 17 gegen Mexiko oder Ecuador, von den Vereinigten Staaten ganz zu schweigen, zu den schwersten Konflikten führen und das um so mehr, als die amerikanischen Staaten angesichts des Art. 21 das formale Recht auf ihrer Seite hätten.

Bei dieser Sach- und Rechtslage ist nicht zu übersehen, daß die Zugehörigkeit der amerikanischen Staaten zum VB einen Widerspruch in sich birgt. Zum mindesten muß anerkannt werden, daß ihre Mitgliedschaft einen Sondercharakter trägt.

Im übrigen ist nicht zu übersehen, daß auch den asiatischen Staaten Gedankengänge, wie sie in der Monroe-Doktrin zum Ausdruck kommen, nicht fremd sind (vgl. auch Fauchille I 1 655 f.). Nach Pressemeldungen hat in den ersten Tagen des August 26 in Nagasaki ein panasiatischer Kongreß stattgefunden, auf dem die Begründung eines VB für Asien ins Auge gefaßt worden sein soll. Eine Nachprüfung dieser Meldungen und ein Urteil über die Tragweite der gefaßten Beschlüsse ist zurzeit nicht möglich.

Artikel 22.

Auf die Kolonien und Gebiete, die infolge des Krieges aufgehört haben, unter der Souveränität der Staaten zu stehen, die sie vordem beherrschten, und die von Völkern bewohnt sind, die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Bedingungen der heutigen Welt selbst zu leiten, finden die nachstehenden Grundsätze Anwendung. Das Wohlergehen und die Entwicklung dieser Völker bilden eine heilige zivilisatorische Aufgabe, und es ist geboten, in die gegenwärtige Satzung Bürgschaften für die Erfüllung dieser Aufgabe aufzunehmen.

Der beste Weg zur praktischen Verwirklichung dieses Grundsatzes ist, mit der Vormundschaft über diese Völker die fortgeschrittenen Nationen zu betrauen, die kraft ihrer Hilfsmittel, ihrer Erfahrung oder ihrer geographischen Lage am besten imstande sind, eine solche Verantwortung zu übernehmen und die hierzu bereit sind; sie hätten die Vormundschaft

als Mandatare des Bundes und in seinem Namen zu führen.

Der Charakter des Mandats muß nach der Entwicklungsstufe des Volkes, nach der geographischen Lage des Gebiets, nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen und allen sonstigen Umständen dieser Art verschieden sein.

Gewisse Gemeinwesen, die ehemals zur Türkei gehörten, haben eine solche Entwicklungsstufe erreicht, daß sie in ihrem Dasein als unabhängige Nationen vorläufig anerkannt werden können, unter der Bedingung, daß die Ratschläge und die Unterstützung eines Mandatars ihre Verwaltung bis zu dem Zeitpunkte leiten, da sie imstande sein werden, sich selbst zu leiten. Bei der Wahl des Mandatars sind in erster Reihe die Wünsche dieser Gemeinwesen zu berücksichtigen.

Die Entwicklungsstufe, auf der sich andere Völker, insbesondere die mittelafrikanischen, befinden, erfordert, daß der Mandatar dort die Verwaltung des Gebiets übernimmt. Doch ist dieses an Bedingungen geknüpft. Außer der Abstellung von Mißbräuchen, wie Sklaven-, Waffen- und Alkoholhandel, muß Gewissens- und Religionsfreiheit, lediglich mit den Einschränkungen, die die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten erfordert, gewährleistet sein. Verbürgt muß weiter sein das Verbot der Errichtung von Befestigungen oder von Heeres- oder Flottenstützpunkten sowie das Verbot militärischer Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht lediglich polizeilichen oder Landesverteidigungszwecken dient. Dem Güteraustausch und Handel der anderen Bundesmitglieder muß ferner die gleiche Möglichkeit der Betätigung gesichert sein.

Endlich gibt es Gebiete, wie Südwestafrika und gewisse Inseln des australischen Stillen Ozeans, die infolge ihrer schwachen Bevölkerungsdichte und geringen Ausdehnung, ihrer Entfernung von den Mittelpunkten der Zivilisation, ihrer geographischen Nachbarschaft zum Gebiet des Mandatars oder infolge anderer Umstände nicht wohl besser verwaltet werden können als nach den Gesetzen des Mandatars und als integrierender Bestandteil seines Gebiets, unter Vorbehalt der

Bürgschaften, die weiter oben im Interesse der eingeborenen Bevölkerung vorgesehen sind.

In allen Fällen hat der Mandatar dem Rat alljährlich einen Bericht über die seiner Fürsorge anvertrauten Gebiete vorzulegen.

Ist der Grad von Machtbefugnis, Ueberwachung und Verwaltung, den der Mandatar ausüben soll, nicht bereits Gegenstand eines vorgängigen Uebereinkommens zwischen den Bundesmitgliedern, so trifft der Rat hierüber ausdrückliche Entscheidung.

Ein ständiger Ausschuß wird beauftragt, die Jahresberichte der Mandatare entgegenzunehmen und zu prüfen und dem Rate über alle die Ausführung der Mandate betreffenden Fragen sein Gutachten zu erstatten.

Vorbemerkung.

Wilsons Absicht, die deutschen Kolonien sowie die von der Türkei abzutrennenden Gebiete dem VB zu unterstellen, stieß auf heftigen Widerstand bei den alliierten Mächten, die in Geheimverträgen bereits eine Annexion vereinbart hatten. Besondere Schwierigkeiten verursachte hierbei die Regelung der Lage Südwestafrikas und der australischen Inseln, über die denn auch den Mandatsmächten die weitestgehenden Rechte eingeräumt werden mußten. Doch setzte Wilson seinen Willen formell durch (Wilson I 48 f., 60 f., 206 f., 222 f., Scelle bei Munch I 95 f.).

Allgemeines.

Nach den Worten der VBS beruht das Mandatssystem ausschließlich auf altruistischen Beweggründen. Es soll allein dem Wohl der Mandatsländer dienen, und der VB soll darüber wachen, daß die den Mandatsmächten übertragene Vormundschaft nur in diesem Sinne ausgeübt wird. Abgesehen von den politisch-psychologischen Momenten, die dem altruistischen Verhalten eines Staates auf jedem Gebiete entgegenstehen, ist jedoch das Mandatsverhältnis auch rechtlich in unbefriedigender Weise aufgebaut. Vor allem kommt hier das Nebeneinander des VB und der Hauptmächte in Betracht, dank welchem

ein Verfügungsrecht des VB nicht besteht. Das wiederum kann auf sein Aufsichtsrecht nicht ohne Einfluß bleiben.

Im Einzelnen.

(1) Nach Abs. 2 haben die Mandatsmächte die ihnen übertragene Vormundschaft als Mandatare des VB und in seinem Namen zu führen. Daraus müßte der Schluß gezogen werden, daß sowohl die Verteilung als auch die Entziehung der Mandate in der Hand des VB liegt. Andererseits spricht jedoch Abs. 8 von einer Festsetzung der Befugnisse des Mandatars durch vorgängiges Uebereinkommen zwischen den Mitgliedern, also nicht durch Entscheidung des VB. Schwächt schon das jene Schlußfolgerung ab, so wird sie vollends hinfällig durch die Stellungnahme des VBR, die er durch Annahme eines Berichts des Belgiers Hymans im August 1920 kundgab (JO 20 334 f., bes. 336 f., 340). Dieser Bericht, der die für die Mandatsfrage maßgebenden Grundsätze aufstellt, hebt hervor, daß nach Art. 118 und 119 des VFrV Deutschland zugunsten der Hauptmächte auf seine Kolonien verzichtet und ihnen das Verfügungsrecht eingeräumt habe. Demgemäß hätten sie die Mandatsmächte zu bestimmen. Der VBR habe davon Kenntnis zu nehmen und die Bedingungen des Mandats auf ihre Uebereinstimmung mit der VBS zu prüfen. Sein Aufsichtsrecht habe er mit äußerster Vorsicht auszuüben, um die Aufgabe der Mandatsmächte nicht zu erschweren. Von einem Recht zur Entziehung des Mandats durch den VB ist vollends nicht die Rede.

Gegen diese Stellungnahme des VBR hat Deutschland in einer Note vom 12. 11. 20 (I. VBV Pl. 210 f.) Einspruch erhoben, da sie zu einer Ausschaltung des VB und insbesondere der VBV führe und tatsächlich an die Stelle der Verwaltung zu Mandatsrecht die Annexion setze. Dem ist unter rechtlichen Gesichtspunkten mit einigen Einschränkungen zuzustimmen (vgl. Scelle bei Munch I 95). Doch vermag das nichts daran zu ändern, daß die von Hymans aufgestellten und vom VBR anerkannten Grundsätze in Kraft sind. Sie stellen somit das geltende Mandatsrecht dar, und zu ihrer Abänderung bedürfte es eines neuen Be-

schlusses des VBR. Ein solcher wäre insbesondere erforderlich, um etwa eine Neuverteilung der Mandate oder einen regelmäßigen Turnus der Mandatsmächte herbeizuführen oder ein Recht des VB auf Entziehung eines Mandats zur Anerkennung zu bringen. Daß das mit erheblichen politischen Schwierigkeiten nicht zuletzt deshalb verknüpft wäre, weil sich eine Kollision mit den Ansprüchen der Hauptmächte ergäbe, liegt auf der Hand.

(2) Unter diesen Umständen ist die Frage nach der Souveränität über die Mandatsländer überaus schwierig zu beantworten. Hymans (a. a. O. 339) läßt sie offen, im Schrifttum besteht Streit (Fauchille I 1 297 f., Schücking-Wehberg 688 f.). Keinesfalls steht sie der Mandatsmacht zu, die in fremdem Namen und unter Aufsicht verwaltet. Ebensowenig kann sie dem VB zuerkannt werden, da er kein Verfügungsrecht hat. Die Hauptmächte wiederum besitzen sie nicht, weil ihr Recht durch den VB eingeschränkt ist. Es bleibt nur übrig, sie dem VB und den Hauptmächten gemeinsam zuzuerkennen mit der Maßgabe, daß zwar keine Teilung der Souveränität vorliegt, die begrifflich unmöglich ist, wohl aber eine Teilung ihrer Ausübung. Die Frage, ob das dem Willen der VBS entspricht, muß offenbleiben. Jedenfalls ist das geltendes Recht.

(3) Die Befugnisse der Mandatsmacht werden durch Art. 22 bestimmt und im einzelnen in den Mandatsverträgen festgelegt. Entsprechend der Dreiteilung der Mandatsländer tragen auch die Verträge je nachdem, ob sie sich auf die Gruppe A, B oder C beziehen, verschiedenen Charakter. Doch wird für jedes Land ein besonderer Vertrag zwischen den Hauptmächten und der Mandatsmacht abgeschlossen und dem VBR vorgelegt. Beanstandungen der Entwürfe durch den VBR haben sich bisher nicht ergeben (vgl. für die A-Mandate JO 22 798 f., 817 f., 1007 f., 1505 f., 24 923, 1013 f., 1346 f., 1563 f., 26 548 f., für die B-Mandate JO 22 791 f., 847 f., 23 1273 f., 1355 f., für die C-Mandate JO 21 12, 84 f.).

Wesentlich für die A-Mandate, zu denen Palästina, Syrien und das Irak gehören, ist nach Art. 22 Abs. 4, daß ihnen grundsätzlich Unabhängigkeit zugestanden

wird, während die Mandatsmacht ihnen nur Beratung und Unterstützung zu leihen hat. Verwirklichung findet dieser Gedanke jedoch bisher bloß im Irak. In den Mandatsverträgen für Palästina und Syrien dagegen ist die Einrichtung von Vertretungskörpern vorgesehen. Zunächst aber liegt die ganze Verwaltung in der Hand der Mandatsmächte. Auch hat die Abs. 4 S. 2 vorgeschriebene Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung bei der Auswahl der Mandatsmacht für Palästina und Syrien, soviel bekannt, nicht stattgefunden.

In Gruppe B steht der Mandatsmacht die Verwaltung zu, wobei jedoch die in Abs. 5 aufgeführten Bedingungen einzuhalten sind. Gruppe C endlich wird als integrierender Bestandteil des Gebiets der Mandatsmacht nach deren Gesetzen, aber unter Beobachtung der für B vorgeschriebenen Bedingungen, verwaltet, ohne deshalb rechtlich zu einem Bestandteil jenes Gebiets zu werden.

Im einzelnen ist folgendes zu beachten. Die Uebertragung des Mandats an eine andere Macht und Verfügungen über das Mandatsgebiet, insbesondere im Wege des Austausches bei Grenzregulierungen, sind nur mit Genehmigung des VBR statthaft (JO 23 1273 f., 1439 f., 25 1363, 1514). Zuwider der von verschiedenen Mandatsmächten geltend gemachten Ansicht, stehen der Mandatsmacht keine fiskalischen Rechte am Domanialeigentum des Mandatsgebiets zu (JO 24 1287, 1400, 1402, 1404 f., 26 136, 282, 657, 659, VI. VBV Pl. 220). Nach Pressemeldungen hat der VBR in seiner Juni-Tagung 26 auf Grund eines Berichts von Sjøborg-Schweden diesen Grundsatz nochmals betont und die Mandatsmächte aufgefordert, ihn bei einer gesetzlichen Regelung der Grundbesitzverhältnisse zu berücksichtigen und etwaige entgegenstehende oder zweifelhafte Bestimmungen aufzuheben. Finanzielle Verpflichtungen, die die Mandatsmacht für das Mandatsland übernimmt, binden auch den Nachfolger im Mandat. Man wird demnach annehmen müssen, daß im Falle einer Aufhebung des Mandats das nunmehr selbständige Land haftet (JO 25 1363, 1513 f.). Die allgemeinen internationalen Abkommen der Mandats-

mächte werden auf die Mandatsländer erstreckt, die partikulären Abkommen sollen nach Maßgabe der Möglichkeit auf sie erstreckt werden (JO 25 1363, 1514, VI. VBV Pl. 107 f.). Hierzu ist zu bemerken, daß unter allgemeinen Abkommen die Kollektivverträge über Handel mit Sklaven, Waffen, Munition, Alkohol, über Handels- und Verkehrsfreiheit usw. verstanden werden, unter partikulären Abkommen die von den Mandatsmächten geschlossenen Einzelverträge. Endlich ist hervorzuheben, daß Abs. 5 für die Mandatsländer der Gruppe B die wirtschaftliche Gleichheit für alle Mitgliedstaaten fordert. Für Gruppe A wird sie in den Mandatsverträgen gewährleistet. Dagegen ist dieser Grundsatz für Gruppe C nicht aufgestellt, wie die hierher gehörigen Länder denn überhaupt tatsächlich als Gebietsteile der Mandatsmächte behandelt werden.

(4) Was die Rechtsstellung der Bevölkerung betrifft, so ergibt Abs. 4 unzweideutig, daß für Gruppe A eine besondere Landesangehörigkeit anerkannt werden muß. Das gilt auch für die in Palästina angesiedelten Juden (Schücking - Wehberg 696 sprechen ihnen eine besondere Heimstättenangehörigkeit zu, die nicht palästinensische Landesangehörigkeit, aber auch nicht englische Staatsangehörigkeit ist). Im Hinblick auf die Gruppen B und C hat der VBR am 23. 4. 23 ebenfalls das Bestehen einer besonderen Landesangehörigkeit anerkannt und es für unstatthaft erklärt, die Staatsangehörigkeit der Mandatsmacht durch einen allgemeinen Akt auf die Bevölkerung zu übertragen. Diese Staatsangehörigkeit darf nur aus freiem Willen von den einzelnen Einwohnern nach den geltenden Vorschriften über Einbürgerung erworben werden (JO 23 567 f., 603 f., 658 f.). Gleichzeitig nahm der VBR jedoch, mit dem Ausdruck der Billigung, die Erklärung des Vertreters von Südafrika Sir Edgar Walton zur Kenntnis, nach der den deutschen Ansiedlern in Südwestafrika die britische Staatsangehörigkeit durch einen Gesamtakt verliehen werden solle. Hierbei solle dem einzelnen Ansiedler das Recht der Ablehnung zugestanden werden (JO 23 569 f., 603 f., 659). Die angekündigte Maßnahme ist im März 25 in

Kraft getreten. Auch sie befindet sich in Uebereinstimmung mit der Tendenz, die Gruppe C dem Gebiet der Mandatsmacht einzuverleiben.

Die Frage des Kriegsdienstes der Mandatsbevölkerung ist für die Gruppen B und C durch das in Abs. 5 und 6 ausgesprochene Verbot militärischer Ausbildung der Eingeborenen, soweit sie nicht Zwecken der Polizei oder der Landesverteidigung dient, geregelt (vgl. aber Art. 3 der französischen Mandatsverträge über Kamerun und Togo JO 22 875, 887). Umstritten ist die Frage, wieweit eine Anwerbung für die Truppen benachbarter Kolonien statthaft erscheint. Der Ständige Mandatsausschuß hat sie für unzulässig erklärt, jedoch beschlossen, die beteiligten Regierungen zu einer Stellungnahme zu veranlassen (vgl. JO 26 136, 282, 657, 659). Nach Pressemeldungen hat der VBR in seiner Juni-Tagung 26 die Frage geprüft, nachdem die Aeußerungen der Mandatsmächte eingelaufen waren. Aus dem Bericht Sjøborgs-Schweden ergab sich, daß sie grundsätzlich dem Verbot der militärischen Ausbildung der Eingeborenen zustimmen. Frankreich machte die sich aus dem Mandatsvertrag über Togo und Kamerun ergebenden Vorbehalte für den Fall eines allgemeinen Krieges geltend, und Südafrika behielt sich vor, in außergewöhnlichen Fällen Freiwillige einzustellen. Die Stellungnahme des VBR läßt sich aus den vorliegenden Berichten nicht erkennen. Für die A-Mandate ist die Frage nicht aufgeworfen worden, wie es denn im Abs. 4 des Art. 22 überhaupt an einer Bestimmung über die militärischen Verhältnisse des Mandatslandes fehlt. Man wird hier zwischen dem Irak einerseits, Palästina und Syrien andererseits unterscheiden müssen. Jenes befindet sich bereits auf der in Abs. 4 vorgesehenen Stufe der Unabhängigkeit. Art. 7 des die Grundlage des Mandats bildenden Bündnisvertrages (JO 22 1506, vgl. 26 548 f.) rechnet daher mit dem Bestehen eines eigenen Heeres, über das die Landesgewalt unter Berücksichtigung englischer Ratschläge selbständig verfügt. Unter diesen Umständen liegt auch für ein Verbot der Anwerbung von Landesangehörigen für auswärtige englische Kolonialtruppen eine Veranlassung nicht vor. Für Palästina da-

gegen bestimmt Art. 17, für Syrien Art. 2 des Mandatsvertrages (JO 22 1010, 1013), daß die Landestruppen nur zu polizeilichen und Verteidigungszwecken verwendet werden dürfen, es sei denn, daß die Mandatsmacht eine andere Verwendung genehmigt. Darin liegt, praktisch betrachtet, das Zugeständnis an die Mandatsmacht, die Landestruppen außerhalb des Gebiets zu kriegerischen Zwecken verwenden zu dürfen. Auch die Statthaftigkeit der Anwerbung für die eigenen Truppen der Mandatsmächte wird aus dieser Sachlage zu folgern sein.

Die Hineinziehung der Mandatsländer in Kriege der Mandatsmächte wird für die Gruppen B und C für unzulässig zu erklären, für die Gruppe A in das Ermessen der Länder zu stellen sein. Praktisch dürfte sie regelmäßig stattfinden. Die Beteiligung an VB-Exekutionen erscheint selbstverständlich, es sei denn, daß diese sich gegen die Mandatsmacht richten. Dann dürfte sie aus praktischen Gründen nicht in Frage kommen (a. M. Schücking-Wehberg 689).

(5) Die Aufsicht des VB wird vom VBR unter Mitwirkung des Ständigen Mandatsausschusses ausgeübt. Dieser (JO Nov./Dez. 20 87 f., 21 11, I. VBV VI. A. 277 f., 299 f., 347 f., 391 f., Pl. 712 f., 732 f.) besteht aus 9 vom VBR ernannten Mitgliedern, von denen mindestens 5 nicht Staatsangehörige von Mandatsmächten sein müssen, eines eine Frau sein soll. Er hat seinen Sitz in Genf und tritt ursprünglich ein-, seit 1924 zweimal jährlich zusammen (vgl. JO 25 207, 26 269). Den Vorsitz hat seit seiner Begründung Marquis Theodoli-Italien inne. Er nimmt die Berichte der Mandatsmächte entgegen, die ursprünglich bis zum 20. 5. zu erstatten waren, seit 1926 bis zum 1. 9. eingereicht werden können (JO 26 135). Sie werden unter Teilnahme eines Vertreters der Mandatsmacht geprüft. Der Ausschuß verfaßt einen Bericht an den VBR, der regelmäßig zunächst gewisse allgemeine Fragen erörtert und sich dann mit den einzelnen Mandatsländern befaßt. Auch hier gehen allgemeine Bemerkungen voran, denen besondere folgen (vgl. z. B. JO 25 209 f., 1513 f., 26 271 f.). Den Mandatsmächten ist die Beifügung einer Erläuterung zu den

Bemerkungen oder ihre nachfolgende Beantwortung anheimgestellt (vgl. z. B. JO 25 220, 1041 f., 26 281). Der VBR läßt sich von einem seiner Mitglieder Bericht erstatten und nimmt in einer Entschließung Stellung. Hierbei pflegt er die Aufmerksamkeit der Mandatsmächte auf die Bemerkungen des Ausschusses zu lenken und sie um Stellungnahme zu aufgeworfenen Fragen zu ersuchen (vgl. JO 25 133 f., 1363 f., 26 135 f.). Seinerseits erstattet er der VBV Bericht über die Arbeiten des Ausschusses (vgl. V. VBV Pl. 284 f., VI. VBV 218 f.). Die VBV pflegt diesen Bericht auf Grund eines Berichts ihres VI. Ausschusses im Rahmen der Generaldebatte über den allgemeinen Bericht des VBR (vgl. oben Art. 2 Z. 2) zu erörtern. Hierbei begnügt sie sich gelegentlich mit einer Entschließung, die in ganz allgemeinen Wendungen die Tätigkeit der Mandatsmächte und des Ausschusses billigt (so VI. VBV Pl. 107 f.). In anderen Fällen bringt sie grundsätzliche Wünsche zum Ausdruck und stellt Richtlinien auf (so V. VBV Pl. 129 f.). In einem Falle, als es sich nämlich um den Aufstand der Bondelzwarts handelte, gab sie, wenn auch in diplomatischer Form, ihrem Mißfallen Ausdruck (IV. VBV Pl. 89 f.).

Im allgemeinen ergibt sich der Eindruck, daß die Prüfung der Berichte der Mandatsmächte seitens der beteiligten Instanzen einen überwiegend formellen Charakter trägt und mit diplomatischer Rücksichtnahme geübt wird. Immerhin haben die Zustände in Syrien eine bei aller Wahrung der Formen vergleichsweise scharfe Reaktion des Mandatsausschusses hervorgerufen. Nachdem er im Oktober 25 die Mitteilung Frankreichs, daß es angesichts der Lage einen Bericht nicht vorlegen könne, mit dem Ersuchen um einen Sonderbericht beantwortet hatte (JO 26 275), trat er im Februar 26 zur Prüfung dieses Berichts zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Im Ergebnis erstattete er dem VBR einen Bericht, der eine sehr scharfe Kritik enthielt, auch eine Reihe von Einzelheiten berührte, die Lückenhaftigkeit des französischen Berichts bedauerte, sich eingehend mit dem Drusenaufstand beschäftigte und darauf hinwies, daß die vertragsmäßig zu errichtende Selbstverwaltung noch nicht

ins Leben gerufen sei. Der VBR beschloß, den Bericht des Ausschusses und den seines Berichterstatters Sjøborg-Schweden Frankreich mit der Aufforderung zu übermitteln, ihnen die gebührende Folge zu geben (JO 26 522 f., 613 f.). Eine Rückäußerung liegt noch nicht vor. Dagegen hatte der französische Vertreter de Caix dem Mandatsausschuß einen Schriftsatz überreicht, der eine Rechtfertigung der in Syrien ergriffenen Maßnahmen enthielt (JO 26 624 f.). In seiner Juni-Tagung 26 hat sich der Ausschuß wiederum mit Syrien beschäftigt. In früheren Fällen haben Rügen des Ausschusses eine entschiedene Abwehr der Mandatsmacht hervorgerufen (vgl. JO 25 134, 211 f.). Auch hat der Ausschuß sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß er nicht befugt sei, von sich aus eine Untersuchung etwaiger Mißstände in einem Mandatslande anzustellen (JO 23 1396 f.). Er kann also sein Urteil nur auf den Bericht der Mandatsmacht stützen, es sei denn, daß die Oeffentlichkeit sich eines Falles bemächtigt, wie das im Hinblick auf die Zustände in Syrien geschah. Freilich ist den Einwohnern ein Petitionsrecht gesichert, das der VBR am 1. 2. 23 im Einverständnis mit dem Ausschuß näher geregelt hat (JO 23 200 f., 211, 298 f.). Danach müssen die Petitionen von Gemeinwesen oder Einwohnern der Mandatsländer durch Vermittlung der Mandatsmacht an den GS gehen. Die Mandatsmacht kann ihre Bemerkungen hinzufügen. Petitionen, die auf anderem Wege an den GS gelangen, werden zurückgesandt. Petitionen aus anderer Quelle, also etwa von humanitären Vereinigungen, werden dem Präsidenten des Mandatsausschusses überwiesen. Zu denjenigen, die beachtlich scheinen, wird eine Aeußerung der Mandatsmacht eingeholt. Ueber die übrigen berichtet der Präsident dem Ausschuß. Die Petitionen werden vom Ausschuß zusammen mit den Bemerkungen der Mandatsmächte geprüft. Soweit es angebracht erscheint, werden sie dem VBR und den VB-Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Unabhängig davon wird in dem Bericht an den VBR eine Uebersicht über die in der jeweiligen Tagung des Ausschusses geprüften Petitionen gegeben (so JO 25 219, 1522, 26 279 f.). Bisher hat der Ausschuß nicht Veranlassung genommen,

Petitionen formell zur Kenntnis des VBR und der Mitglieder zu bringen. Vielmehr sind sie entweder für unbeachtlich erklärt oder durch Rücksprache mit dem Vertreter der Mandatsmacht erledigt worden. Hierbei wurden in einigen Fällen dessen Erklärungen als genügend angesehen, während er in anderen die Beseitigung von Mißständen zusicherte.

Sehr viel Beachtung hat im Gegensatz zu seiner bisherigen Praxis der Ausschuß im Februar 26 bei der Behandlung der syrischen Frage den Petitionen geschenkt. Sein Bericht an den VBR beruft sich wiederholt auf sie und rügt es, daß die Mandatsmacht auf sie nicht eingegangen ist (JO 26 616 f.). Im VBR stellte der Ausschußvorsitzende, Marquis Theodoli-Italien, den Antrag, dem Vollzugsausschuß des syrisch-palästinensischen Kongresses als dem Urheber der wesentlichsten Petitionen, den Ausschußbericht zu übermitteln. Frankreich erhob Einspruch, und die Entscheidung über den Antrag wurde vertagt (JO 26 524 f.). Soviel bekannt, haben die syrischen Petitionen auch in der Tagung vom Juni 26 eine große Rolle gespielt.

Durch die Vorgänge in Syrien und ihre Behandlung im Ausschuß ist die Frage akut geworden, welche Maßnahmen der Ausschuß im Falle einer Verletzung des Art. 22 und der Mandatsverträge zu ergreifen hat. Aus der bisherigen Praxis ergibt sich, daß er in erster Reihe sich bemühen soll, durch Verhandlungen mit der Mandatsmacht eine Behebung der Mißstände zu erreichen. Mißlingt das, so hat er dem VBR zu berichten, und dieser hat eine Einwirkung auf die Mandatsmacht zu versuchen. Bleibt sie ergebnislos, so entsteht unter rechtlichen Gesichtspunkten eine sehr schwierige Sachlage. Die nächstliegende Maßnahme, nämlich die Entziehung des Mandats, kann der VBR nicht verfügen, da dafür nur die Hauptmächte zuständig sind. Eine Exekution kommt, abgesehen von der Frage ihrer Zweckmäßigkeit in einem solchen Falle, nicht in Betracht, wenn nicht die Voraussetzungen des Art. 16 gegeben sind. Es bliebe somit nur der Ausschluß aus dem VB nach Art. 16 Abs. 4 übrig, dessen Zweckmäßigkeit gleichfalls in

höchstem Maße fraglich scheinen müßte (a. M. Schücking-Wehberg 707). Dem Art. 22 fehlt somit eine rechtliche Sanktion, die praktisch brauchbar wäre, und es ergibt sich auch in diesem Falle, daß eine Lösung etwaiger Konflikte nur nach politischen Gesichtspunkten erfolgen kann.

Artikel 23.

Unter Vorbehalt der Bestimmungen der gegenwärtig bestehenden oder künftig abzuschließenden internationalen Abkommen und im Einklang mit diesen Bestimmungen vereinbaren die Bundesmitglieder folgendes:

a) sie werden sich bemühen, gerechte und menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder zu schaffen und aufrechtzuerhalten, sowohl in ihren eigenen Gebieten wie in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Gewerbebeziehungen erstrecken, und zu diesem Zwecke die erforderlichen internationalen Organisationen zu errichten und zu unterhalten;

b) sie verpflichten sich, der eingeborenen Bevölkerung in den ihrer Verwaltung unterstellten Gebieten eine gerechte Behandlung zu sichern;

c) sie betrauen den Bund mit der allgemeinen Ueberwachung der Abkommen, die den Frauen- und Kinderhandel sowie den Handel mit Opium und anderen schädlichen Mitteln betreffen;

d) sie betrauen den Bund mit der allgemeinen Ueberwachung des Waffen- und Munitionshandels mit den Ländern, bei denen die Ueberwachung dieses Handels im allgemeinen Interesse unumgänglich ist;

e) sie werden die nötigen Anordnungen treffen, um die Freiheit des Verkehrs und der Durchfuhr sowie die gerechte Regelung des Handels aller Bundesmitglieder zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten, und zwar mit der Maßgabe, daß die besonderen Bedürfnisse der während des Krieges 1914/18 verwüsteten Gegenden berücksichtigt werden sollen;

f) sie werden sich bemühen, internationale Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten zu treffen.

Allgemeines.

Art. 23 stellt keine Rechtsregeln auf, sondern entwickelt ein Programm. Aus ihm erwächst den Mitgliedern nur die moralische Verpflichtung, an der Lösung wirtschaftlicher und humanitärer Aufgaben mitzuarbeiten. Irgendein Zwang zur Einhaltung dieser Verpflichtung kann auf sie nicht ausgeübt werden, und sie können sich ihr entziehen, wenn ihre Einhaltung ihre finanziellen Kräfte übersteigt oder ihren politischen Belangen zuwiderläuft. Es kommt nur ein Druck durch die öffentliche Meinung, zu deren Sprachrohr sich allerdings VBR und VBV machen können, in Frage, keinesfalls der Ausschluß nach Art. 16 Abs. 4. Höchstens könnte bei Punkt b von einer rechtlichen Verpflichtung gesprochen werden, da hier die Wendung „sie verpflichten sich" gebraucht ist. Doch ist kaum anzunehmen, daß der Wille bestanden hat, diesen Punkt herauszuheben. Auch hat die hier übernommene Verpflichtung einen zu wenig bestimmten Inhalt.

Es sind humanitäre und wirtschaftliche Aufgaben, die der VB sich in Art. 23 stellt. Daß eine erschöpfende Aufzählung beabsichtigt war, ist nicht anzunehmen. Tatsächlich ist auch bereits eine Erweiterung des Aufgabenkreises eingetreten, so durch Uebernahme der Flüchtlingsfürsorge, Förderung der geistigen Zusammenarbeit u. a. m. (vgl. unten Z. 9 f.).

Ohne weiteres ist anzuerkennen, daß der VB im Rahmen des Art. 23 wertvolle Arbeit geleistet hat. Zwar hat die völkerrechtliche Staatengemeinschaft der Vorkriegszeit sich vielfach bereits in derselben Richtung betätigt, und auf mehr als einem Gebiet brauchte der VB ihr Werk nur fortzusetzen. Immerhin sind dank dem engen Zusammenschluß der Mehrheit der zivilisierten Staaten im VB Fortschritte erzielt worden, die ohne ihn schwerlich so bedeutend gewesen wären.

Im Einzelnen.

(1) Die Bearbeitung des Arbeitsrechts ist dem Internationalen Arbeitsamt überwiesen worden, das dem VB zwar angegliedert, aber ihm gegenüber autonom ist (vgl. oben Art. 6 Z. 5). Seine Organisation und sein Aufgabenkreis sind in besonderen Abschnitten

der FrV geregelt. Ihre Darlegung und Erläuterung wäre in einem Kommentar zur VBS nicht am Platze.

(2) Die Sicherung einer gerechten Behandlung der Eingeborenen bietet große Schwierigkeiten. Die gelegentlich (vgl. V. VBV Pl. 130 f.) angeregte Erstreckung der Schutzbestimmungen des Art. 22 Abs. 5 auf die Eingeborenen der Kolonien der Mitglieder wäre einerseits kaum genügend und würde andererseits, soweit es um die militärischen Beschränkungen geht, den unüberwindlichen Widerstand der Kolonialmächte auslösen. Unter diesen Umständen sind bisher nur wenige hierher gehörige Maßnahmen zu verzeichnen. An erster Stelle steht die Bestimmung der FrV, nach denen die Mitglieder sich verpflichten, die von ihnen geschlossenen arbeitsrechtlichen Uebereinkommen auf ihre Kolonien und Protektorate anzuwenden, freilich mit dem Vorbehalt, daß das nicht durch die örtlichen Verhältnisse unmöglich gemacht werde und daß es gestattet sei, die zur Anpassung an diese Verhältnisse notwendigen Abänderungen vorzunehmen (VFrV 421, StGFrV 406, TrFrV 349, NFrV 283). Ferner sind die Bemühungen zur Bekämpfung der Sklaverei zu nennen. Nach längeren Vorverhandlungen setzte der VBR am 12. 6. 24 einen besonderen Ausschuß nieder (JO 24 909), der der VI. VBV den Entwurf eines Abkommens vorlegte. Er wurde den Mitgliedern zur Annahme empfohlen (VI. A. 7 f., 10 f., 13 f., 28 f., 33 f., 40 f., 43 f., Pl. 155 f., 435 f., 439 f.). Bei der Aufnahme Abessiniens durch die IV. VBV kam die dort bestehende Haussklaverei zur Sprache und dem neuen Mitgliede wurde die Verpflichtung auferlegt, sie zu bekämpfen (vgl. oben Art. 1 Z. 5). Unabhängig vom VB schlossen die Hauptmächte, Belgien und Portugal am 10. 9. 19 einen Vertrag, durch den in Ergänzung der Berliner Kongo-Akte vom 26. 2. 85 und der Brüsseler Antisklaverei-Akte vom 2. 7. 90 allgemeine Grundsätze über die Behandlung der Eingeborenen und die Bekämpfung der Sklaverei aufgestellt wurden (RTr VIII 26 f.). Dieselben Mächte schlossen am 10. 11. 19 zu St. Germain ein Abkommen, durch das zwecks Bekämpfung

des Alkoholhandels in Afrika ein internationales Zentralbüro geschaffen und dem VB angegliedert und eine Sperrzone in Afrika errichtet wurde (RTr VIII 12 f.).

(3) Die Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels hatten in der Vorkriegszeit zwei Abkommen von 04 und 10 zum Gegenstande gehabt. Ihre Wirksamkeit wurde jedoch nicht hoch eingeschätzt und auf Grund eines Berichts von Jonnesco-Rumänien regte die I. VBV weitere Schritte an (Pl. 545 f.). Im Ergebnis fand im Juni/Juli 21 eine Konferenz in Genf statt, auf der der Entwurf eines neuen Abkommens ausgearbeitet wurde. Er wurde der II. VBV unterbreitet und trotz einiger geschäftsordnungsmäßiger Schwierigkeiten zur Unterzeichnung ausgelegt (Pl. 489 f., 497 f., 507 f.). Gegenwärtig haben 35 Staaten unterzeichnet, während 30 das Abkommen ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind (JO 25 1567, 26 372, 647). Schon vorher hatte der VBR in Verfolg der Beschlüsse der Genfer Konferenz einen Ständigen Beratenden Ausschuß niedergesetzt (JO 22 111 f.). Die Unterstützung der Arbeiten des Ausschusses durch die Regierungen ließ jedoch zu wünschen übrig, so daß die V. VBV zur Erweisung solcher Unterstützung, insbesondere zur Einsendung von Jahresberichten aufforderte (Pl. 166 f., 445 f.). Eine in dasselbe Gebiet fallende Sonderaufgabe stellte sich der VB in der Fürsorge für die im Orient während des Weltkrieges verschleppten Frauen. Der VBR setzte am 22. 2. 21 einen Untersuchungsausschuß nieder (JO 21 118 f.) und unterhält in Konstantinopel und Aleppo Rettungsheime (V. VBV Pl. 168 f., 450 f., VI. VBV Pl. 134 f., 411 f.).

Inzwischen hat der VB dem Ständigen Beratenden Ausschuß neben der Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels auch den allgemeinen Schutz der Kinder übertragen und dementsprechend seine Benennung und seinen Bestand erweitert (vgl. unten Art. 24 Z. 5). Die V. VBV, die den dahingehenden Beschluß des VBR billigte, nahm gleichzeitig eine „Erklärung der Rechte des Kindes" an, die vom Präsidenten als Magna Charta der Kindheit bezeichnet wurde. Hier wird dem Kinde ein Recht auf normale

Entwicklung, auf Nahrung, Pflege, Förderung und auf Schutz gegen Ausbeutung zuerkannt (Pl. 179 f., 463). Die VI. VBV wies noch insbesondere auf die Notwendigkeit hin, die Kindersterblichkeit zu bekämpfen und die einschlägigen hygienischen Fragen zu erforschen (Pl. 130 f., 408 f., vgl. 274 f.).

(4) Die Bekämpfung des Handels mit Opium und andern schädlichen Drogen beruht auf dem Haager Opium-Abkommen vom 23. 1. 12, das bei Kriegsausbruch noch nicht Geltung erhalten hatte. Sie wurde durch die FrV für die Signatarstaaten in Kraft gesetzt (VFrV 295, StGFrV 247, TrFrV 230, NFrV 174, LFrV 99 Z. 9) und es wurde ein besonderer Beratender Ausschuß geschaffen (JO 21 114, vgl. I. VBV Pl. 538 f., II. VBV Pl. 143 f.). Auf Wunsch der IV. VBV (Pl. 94 f., 353 f. vgl. V. VBV Pl. 118 f., 419 f.) berief der VBR eine internationale Konferenz zwecks Ergänzung des Haager Abkommens ein, die vom 3. 11. 24 bis zum 11. 2. 25 in Genf tagte. Sie entwarf ein Zusatzabkommen zum Haager Abkommen, ein Protokoll, einen Schlußakt und ein weiteres Abkommen, das neben dem Opium auch Morphium, Kokain und andere Gifte erfaßt. Die Urkunden sind vom 19. 2. 25 datiert und von zahlreichen Staaten, teilweise unter Vorbehalt, unterzeichnet. Die VI. VBV hat ihre Annahme und Ratifikation dringend empfohlen (Pl. 147 f., 428 f., vgl. 268 f.). Bisher haben jedoch nur England, Südafrika, Australien, Indien, Neuseeland und der Sudan ratifiziert und 4 kleinere Staaten sind beigetreten (JO 26 372, 648). Vgl. Hoijer, Le Trafic de l'opium, Paris 25.

(5) Die Beaufsichtigung des Waffen- und Munitionshandels bezweckt vor allem die Verhinderung der Einfuhr dieser Gegenstände nach Afrika. Sie wurde zuerst in der Brüsseler Antisklaverei-Akte vom 2. 7. 90 geregelt. Den durch den Weltkrieg veränderten Verhältnissen sollte ein am 10. 9. 19 in St. Germain von den alliierten und assoziierten Mächten geschlossenes neues Abkommen (RTr VII 332 f.) Rechnung tragen. Es wurde jedoch nur von einer Anzahl kleinerer Staaten ratifiziert. Infolgedessen wurde auf Aufforderung der IV. VBV (Pl. 156, 415) der Zeitweilige

Rüstungsausschuß mit der Ausarbeitung eines Abkommens beauftragt (JO 24 328, 377, 378 f.). Sein Entwurf wurde auf Beschluß der V. VBV (Pl. 184 f.) einer internationalen Konferenz vorgelegt, die vom 4. 5. bis 17. 6. 25 in Genf unter dem Vorsitz des Belgiers Grafen Carton de Wiart tagte und ein Abkommen, sowie mehrere ergänzende Vereinbarungen annahm (JO 25 1117 f., vgl. VI. VBV Pl. 295 f.). Eine Ratifikation des Abkommens ist bisher nicht erfolgt (JO 25 1572, 26 647). Die VI. VBV hat sich mit ihm nicht weiter beschäftigt, sondern nur auf gewisse damit zusammenhängende technische Fragen hingewiesen (Pl. 112 f., 385 f.).

(6) Um die ihm auf dem Gebiet des Verkehrs zugefallenen Aufgaben zu lösen, berief der VB eine internationale Verkehrskonferenz, die unter Teilnahme von 44 Staaten vom 10. 3. bis 20. 4. 21 in Barcelona tagte. Ihr folgte eine zweite, die vom 15. 11. bis 6. 12. 23 in Genf versammelt war. Jene zeitigte die Abkommen über den Transitverkehr und über die internationalen Ströme, deren jedem ein die materiellen Regeln enthaltendes Statut beigefügt war (Conférence de Barcelona, Comptes-Rendus et Textes, Genf 21/23, 4 Bde., vgl. II. VBV I. A. 243 f., Pl. 122 f., 321 f.). Die zweite Konferenz wiederum arbeitete Abkommen über internationale Eisenbahnwege, internationale Seehäfen, Durchgangsbeförderung elektrischer Kraft und Kraftanlagen an internationalen Gewässern aus (Deuxième Conférence des Communications et du Transit, Comptes-Rendus et Textes, Genf 24, 4 Bde., vgl. JO 24 239 f. IV. VBV Pl. 246 f., V. VBV Pl. 307 f., VI. VBV Pl. 251 f.). Als ständiges Organ des VB ist ein Beratender Ausschuß für Verkehr und Transit tätig, dessen Satzung im Auftrage des VB von der I. Verkehrskonferenz ausgearbeitet wurde (JO 20 152 f., I. VBV Pl. 368 f., 373 f.). Er besteht aus 18 Mitgliedern und erstattet dem VBR Bericht über seine Arbeiten (vgl. V. VBV Pl. 307 f., 355 f., VI. VBV Pl. 251 f., 323 f.). Finanziell gilt er als nicht autonome Organisation des VB (vgl. oben Art. 6 Z. 5). Ihm zur Seite steht die Verkehrsabteilung des Sekretariats.

Mit Fragen des Luftverkehrs befaßt sich der

Ausschuß nicht unmittelbar, sondern nur in Zusammenarbeit mit dem durch das Pariser Luftfahrtabkommen vom 13. 10. 19 begründeten Internationalen Luftfahrtausschuß (vgl. unten Art. 24 Z. 5).

Hierher gehören auch die Bemühungen des VB um eine Erleichterung und Beseitigung des Paßzwanges. Vorschläge in dieser Richtung hat eine im Oktober 20 in Paris stattgehabte Konferenz gemacht (vgl. II. VBV II. A. 215, 244 f., Pl. 323 f., 331). Eine zweite Paßkonferenz tagte im Mai 26 in Genf unter Beteiligung von 38 Staaten. Ihre Arbeiten hatten denselben Inhalt, wie die der ersten.

(7) Angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Nöte, die sich nach dem Weltkriege fühlbar machten, beschloß der VBR am 13. 2. 20. die Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz (JO 20 94 f.), die am 8. 10. 20 unter dem Vorsitz Adors-Schweiz in Brüssel zusammentrat (Conférence financière internationale, Brüssel 20, 5 Bde.). Ein von ihr dem VBR erstatteter Bericht (JO 20 414 f.) erörterte die allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage und erteilte eine Reihe von Hinweisen auf zu treffende Maßnahmen. Insbesondere forderte er eine Herabsetzung der Rüstungen, die Wiederherstellung der Handelsfreiheit, die Bekämpfung der Inflation, die Gewährung von Krediten zur Hebung der Erzeugung u. a. m. Auch empfahl er die Schaffung eines ständigen Organs zur Fortführung der von der Konferenz begonnenen Arbeiten. Demgemäß setzte der VBR einen einstweiligen Ausschuß nieder (JO Nov./Dez. 20 22 f., vgl. I. VBV Pl. 367 f.), dessen Mandat wiederholt, zuletzt bis auf weiteres (JO 23 1303, 1441) erneuert wurde.

Dieser Ausschuß umfaßt tatsächlich zwei Ausschüsse, einen Finanz- und einen Wirtschaftsausschuß, die einen gemeinsamen Vorsitzenden, Ador-Schweiz, haben und zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten können, im übrigen jedoch unabhängig voneinander arbeiten. Ihre Mitglieder werden vom VBR ohne Berücksichtigung ihrer Staatsangehörigkeit nur im Hinblick auf ihre Sachkunde ernannt. Sie erstatten dem

VBR Bericht, der seinerseits die VBV von ihrer Tätigkeit in Kenntnis setzt.

Unter den Arbeiten des Finanzausschusses steht an erster Stelle die Beratung des VBR in Sachen des Wiederaufbaus Oesterreichs und Ungarns (vgl. oben Art. 4 Z. 8, s. V. VBV Pl. 295 f., 300 f., VI. VBV Pl. 96 f., 232 f., 383 f., 238 f.). Desgleichen hat er sich mit den Finanznöten anderer Staaten, wie Albaniens, Danzigs und Estlands beschäftigt (V. VBV Pl. 303 f., 304 f., VI. VBV Pl. 247 f.), desgleichen mit der internationalen Anleihe zugunsten der griechischen Flüchtlinge (V. VBV Pl. 244 f., vgl. unten Z. 10). Auch die Fragen der Doppelbesteuerung und der Steuerflucht hat er erörtert (V. VBV Pl. 306 f., VI. VBV Pl. 249 f.).

Der Wirtschaftsausschuß hat bisher an positiven Ergebnissen zu verzeichnen ein Protokoll über Schiedsklauseln in Handelsverträgen vom 24. 9. 23 (JO 24 236 f.), das am 28. 7. 24 in Kraft getreten ist (VI. VBV Pl. 227) und ein Abkommen über die Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. 11. 23 (JO 23 1571 f.), das am 27. 11. 24 in Kraft getreten ist (VI. VBV Pl. 227 vgl. V. VBV Pl. 291 f.). Außerdem hat der Ausschuß sich mit einer Anzahl von Fragen beschäftigt, so mit der Bekämpfung falscher Zolldeklarationen, des unlautern Wettbewerbs und der Ein- und Ausfuhrverbote, mit dem Schutze ausländischer Unternehmer, mit der Frage der Wirtschaftskrisen u. a. m. (V. VBV Pl. 292 f., VI. VBV Pl. 228 f.).

(8) Bereits am 13. 2. 20 beschloß der VBR die Schaffung eines Organs, das sich gemäß Art. 23 f der Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten widmen sollte (JO 20 43 f., vgl. v. Bülow 86 f.). Der Versuch, zu diesem Zweck das durch Abkommen vom 9. 12. 07 begründete Internationale Oeffentliche Gesundheitsamt in Paris dem VB anzugliedern, scheiterte am Widerstande der Vereinigten Staaten. Darauf setzte der VBR mit Zustimmung der II. VBV einen einstweiligen Gesundheitsausschuß nieder (JO 21 709 f., II. VBV Pl. 362 f., 366 f.), der nach erfolgter Verständigung mit dem Pariser Gesundheitsamt auf Grund eines Beschlusses der IV. VBV (Pl. 54 f., 325 f., vgl. V. VBV Pl. 309) Ende 23 durch eine ständige Organisation er-

setzt wurde. Diese wird gebildet aus einem Beratenden Zentralrat, als welcher ein Ausschuß des Pariser Gesundheitsamts fungiert und dem Ständigen Gesundheitsausschuß, der unter dem Vorsitz des Präsidenten des Gesundheitsamts aus 15 Mitgliedern besteht, von denen 9 vom Gesundheitsamt, 6 vom VBR ernannt werden. Außerdem können als Beisitzer 4 Sachverständige hinzugezogen werden. Daneben besteht die Gesundheitsabteilung des Sekretariats des VB.

Die Tätigkeit des Gesundheitsausschusses äußert sich vor allem auf organisatorischem Gebiet, während die unmittelbare Bekämpfung von Krankheiten naturgemäß in den Hintergrund tritt. Eine in den Jahren 1920/22 ins Werk gesetzte Aktion gegen den Typhus in Rußland litt unter dem Mangel an Geldmitteln, da die von den Bundesmitgliedern angeforderten freiwilligen Beiträge nur zu einem geringen Teil eingingen. Sie führte aber im März 22 zu einer Konferenz in Warschau, die einen Plan zur Bekämpfung von Epidemien ausarbeitete (vgl. v. Bülow 361 f.). Gegenwärtig befaßt sich der Ausschuß in erster Reihe mit der Vorbereitung internationaler Abkommen über Gesundheitsfragen, mit der Sammlung statistischen Materials, mit der Vermittlung des Austausches von Sanitätsbeamten, mit der Organisierung der wissenschaftlichen Forschung (Tuberkulose, Lues, Malaria, Schlafkrankheit). Auch hat er wiederholt Sachverständige in einzelne Länder (Griechenland, Türkei, Persien) entsandt (V. VBV Pl. 120 f., 309 f., 424 f., VI. VBV Pl. 92 f., 256 f., 373 f.).

(9) Zwecks Förderung der internationalen geistigen Zusammenarbeit setzte der VBR am 15. 5. 22 einen Ausschuß nieder (JO 22 555 f., 679 f.), für dessen Arbeit die IV. VBV ausführliche Richtlinien aufstellte (Pl. 101 f., 107 f., 357 f.). Zu seiner Unterstützung sollen die einzelnen Länder nationale Ausschüsse bilden (V. VBV Pl. 146, VI. VBV Pl. 281 f.). Er befaßt sich mit der Organisierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit durch Austausch von Professoren und Studenten sowie von Veröffentlichungen, durch Vereinheitlichung der Bibliographie und der wissenschaftlichen Nomenklatur und durch ähnliche

Maßnahmen. Auch der Schutz des geistigen Eigentums ist erörtert worden (vgl. V. VBV Pl. 330 f., 379 f., VI. VBV Pl. 281 f., 337 f.). Der Plan der Begründung einer internationalen Universität wurde begrüßt, aber als zur Zeit undurchführbar beiseite geschoben (VI. VBV Pl. 392). Dagegen ist in Paris das Institut für geistige Zusammenarbeit begründet worden. Das Angebot der französischen Regierung, ein solches zu stiften, wurde nicht ohne Widerspruch angenommen (V. VBV Pl. 136 f.). Durch Vereinbarung zwischen dem VBR und Frankreich wurde seine internationale und autonome Stellung gesichert und seine Satzung vom VBR am 9. 9. 25 bestätigt (JO 25 157, 285 f., 288 f., 892, 1015 f., 1353 f., 1460 f.). Danach ist es dem Ausschuß für geistige Zusammenarbeit unterstellt, der zuerst unter dem Vorsitz Henri Bergsons-Frankreich, gegenwärtig unter dem von Lorentz-Holland als Verwaltungsrat fungiert (vgl. JO 26 506, 569 f.). Zum Direktor wurde Luchaire ernannt. Die Ausgaben sind für 1926 mit 2,1 Millionen Francs berechnet, von denen 2 Millionen Frankreich, den Rest Polen trägt (VI. VBV Pl. 285, 339 f.).

(10) Maßnahmen zur Fortentwicklung des Völkerrechts kamen bereits auf der I. VBV zur Sprache. Der zur Ausarbeitung der Satzung des StIG niedergesetzte Ausschuß (oben Art. 14 Vorbem. 1) regte die Einberufung einer Konferenz zur Fortsetzung des Werks der Haager Konferenzen von 99 und 07 an. Auf Empfehlung des VBR beschloß die VBV, es möge deswegen Fühlung mit den Regierungen und den Vereinigungen zum Studium des Völkerrechts genommen werden (I. VBV Pl. 106 f., 744 f., 763 f.). Ein Ergebnis ist nicht bekanntgegeben worden. Dagegen hatte eine Anregung des Schweden Baron Marks von Würtemberg auf der V. VBV Erfolg. Er beantragte, den VBR zu ersuchen, eine Kodifikation des Völkerrechts in die Wege zu leiten. Der mit diesem Antrage befaßte I. Ausschuß gelangte, wie Rolin-Belgien als Berichterstatter vor dem Plenum ausführte, zu dem Schluß, daß die Zeit für eine allgemeine Kodifikation noch nicht reif sei und ersuchte den VBR in Ueber-

einstimmung mit dem Antrage des Baron Marks von Würtemberg, einen Ausschuß mit dem Auftrage niederzusetzen, ein Verzeichnis der Materien des Völkerrechts aufzustellen, deren internationale Regelung wünschenswert und möglich ist (V. VBV Pl. 85 f., 125 f.). Demgemäß ernannte der VBR am 12. 12. 24 einen Ausschuß aus 17 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Schweden Hammarskjöld (JO 25 149, 274 f.). Der Ausschuß trat am 1. 4. 25 in Genf zusammen und setzte zunächst 12 Unterausschüsse mit dem Auftrage nieder, bestimmte Gebiete daraufhin zu prüfen, welche zu ihnen gehörenden Fragen für eine internationale Lösung reif seien (JO 25 842 f.). Eine zweite Tagung hielt der Ausschuß vom 12. bis 29. 1. 26 in Genf ab.

In einem innern Zusammenhang damit steht die Begründung des Instituts zur Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom. Auf der V. VBV teilte Graf Cippico-Italien mit, daß seine Regierung beschlossen habe, ein solches Institut nach denselben Grundsätzen zu errichten, die für das Pariser Institut für geistige Zusammenarbeit gelten. Die VBV nahm das dankend zur Kenntnis und beauftragte den VBR mit den weiteren Schritten (Pl. 172 f., 192 f., vgl. JO 25 284 f.). Im Ergebnis von Verhandlungen mit der italienischen Regierung und dem Ausschuß für geistige Zusammenarbeit genehmigte der VBR am 15. 3. 26 die Satzung des Instituts. Als Aufgabe des Instituts wurde das Studium der Mittel bezeichnet, durch die eine Uebereinstimmung des Privatrechts der verschiedenen Staaten und mit der Zeit die Schaffung eines einheitlichen Privatrechts für alle Staaten erreicht werden könnte. Organe des Instituts sind der Verwaltungsrat, der Ständige Ausschuß und das Sekretariat. Der Verwaltungsrat besteht aus einem Vorsitzenden, der Italiener sein soll und 10 Mitgliedern verschiedener Nationalität, die vom VBR ernannt werden. Der GS des VB nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte den Ständigen Ausschuß, dem sein Vorsitzender und 5 Mitglieder angehören. Amtliche Sprachen des Instituts sind deutsch, englisch, französisch, italienisch und spanisch (JO 26 506, 537, 575 f., 579 f.).

(11) Die Flüchtlingsfürsorge ist auf Anregung Fritjof Nansens ins Werk gesetzt worden, der sie als Kommissar des VB leitete. Es handelt sich in erster Reihe um die russischen Emigranten, deren Zahl auf 1,5 Millionen geschätzt wird. Mit Unterstützung der Aufenthaltsstaaten ist ihnen Hilfe erwiesen worden (sog. Nansenpässe, Unterbringung, Arbeitsvermittlung, Unterricht vgl. V. VBV Pl. 324 f., 368 f., 374 f.). In entsprechender Weise ist den armenischen Flüchtlingen geholfen worden (V. VBV Pl. 371 f.). In der Folge ist die Fürsorge für diese zwei Gruppen von Flüchtlingen dem Internationalen Arbeitsamt übertragen worden, da auf die Dauer die Arbeitsvermittlung als wesentlichste Aufgabe erscheint. Doch ist die fernere Mitarbeit Nansens gesichert worden (JO 24 904 f., 958 f., 25 122, 178 f., V. VBV Pl. 148 f., 431 f., VI. VBV Pl. 148 f., 153 f., 279 f., 432 f. vgl. JO 25 891, 996 f.). Auch auf die aus Kleinasien vertriebenen Griechen (IV. VBV Pl. 270 f., V. VBV Pl. 327 f., 370 f., VI. VBV Pl. 336), denen zwecks Ansiedelung eine Anleihe vermittelt wurde und auf die westthrazischen Bulgaren (V. VBV Pl. 329 f.) erstreckte sich die Fürsorge des VB.

Bereits am 1. 7. 22 beendet wurde die gleichfalls von Nansen im Auftrage des VBR (JO 20 83 f.) ins Werk gesetzte Rückführung der Kriegsgefangenen, dank der 427 386 Angehörige von 26 verschiedenen Völkern in ihre Heimat befördert wurden (III. VBV Pl. I 201, II 146).

(12) Eine Entschließung der III. VBV ermächtigte den GS zur Unterstützung des Kampfes gegen das unsittliche Schrifttum (Pl. I 312 f., II 182 f.). Im Ergebnis trat am 31. 8. 23 in Paris auf Einladung Frankreichs, aber unter den Auspizien des VB eine Konferenz zusammen, die ein vom 12. 9. 23 datiertes Abkommen vereinbarte. Danach verpflichteten sich die beteiligten Staaten zur strafrechtlichen Verfolgung der Erzeuger und Verbreiter unsittlicher Schriften, Bildwerke usw. Die Bestimmung des Begriffs der Unsittlichkeit ist der Gesetzgebung der einzelnen Staaten überlassen. Das Abkommen ist bisher von 43 Staaten, darunter von Deutschland, unterzeichnet, 4 sind ihm

beigetreten und 22 haben es ratifiziert (V. VBV Pl. 323 f., JO 25 1569, 26 371, 647). Es ist am 7. 8. 24 in Kraft getreten (V. VBV Pl. 398).

(13) Einen etwas unbestimmten Charakter trägt die als Intermunizipalität bezeichnete, auf eine internationale Zusammenarbeit der Gemeinden gerichtete Bewegung. Sie geht von Südamerika aus und wurde durch einen Antrag Cubas in den VB hineingetragen. Hier wurden Bedenken gegen sie geltend gemacht, indem einerseits auf die Notwendigkeit der Wahrung der Souveränität der Staaten, andererseits aber darauf hingewiesen wurde, daß bereits internationale Beziehungen der Gemeindeverbände bestünden und daß auch unabhängig hiervon die Gefahr einer Ueberorganisation erwachse. Im Ergebnis forderte die V. VBV das Sekretariat auf, einen Bericht auszuarbeiten (Pl. 120, 421 f.). Die VI. VBV nahm diesen zur Kenntnis und lenkte in einer Entschließung die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Bedeutsamkeit der Intermunizipalität, indem sie zugleich den VBR aufforderte, die technischen Organisationen des VB zu ermächtigen, die an sie herantretenden internationalen Gemeindeverbände mit Rat und Hilfe zu unterstützen (Pl. 138 f., 417 f.).

Artikel 24.

Alle früher durch allgemeine Verträge errichteten internationalen Büros werden vorbehaltlich der Zustimmung der vertragschließenden Teile dem Bunde unterstellt. Alle anderen künftig errichteten internationalen Büros und alle mit der Regelung von Angelegenheiten internationaler Bedeutung betrauten Ausschüsse werden dem Bunde unterstellt.

In allen durch allgemeine Uebereinkommen geregelten Angelegenheiten internationaler Bedeutung, die der Aufsicht internationaler Ausschüsse oder Büros nicht unterstehen, hat das Sekretariat des Bundes, auf Antrag der vertragschließenden Teile und mit Zustimmung des Rats, alle geeigneten Unterlagen zu sammeln und weiterzuleiten, sowie jede nötige oder wünschenswerte Unterstützung zu gewähren.

Der Rat kann bestimmen, daß die Ausgaben der dem Bunde unterstellten Büros und Ausschüsse in die Ausgaben des Sekretariats eingeschlossen werden.

Allgemeines.

Art. 24 hat ebenso wie Art. 23 programmatischen Charakter. Er faßt die Uebernahme aller bisher durch besondere Verwaltungsgemeinschaften bearbeiteten internationalen Aufgaben kultureller, humanitärer, wirtschaftlicher und technischer Art durch den VB ins Auge. Damit erhebt er auch auf diesem Gebiet den Anspruch auf ein internationales Monopol. So begreiflich dieser Anspruch vom Standpunkt des VB aus auch sein und so zweckmäßig seine Verwirklichung im Hinblick auf die mögliche Vereinfachung des Verwaltungsapparates und die Verringerung der Kosten erscheinen mag, stellen sich ihm doch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen, solange einflußreiche Staaten dem VB nicht angehören. Liegt es doch auf der Hand, daß sie die Unterstellung der von ihnen mitbegründeten und mitunterhaltenen Büros und Ausschüsse unter den VB, dessen Entschließungen ohne ihre Beteiligung gefaßt werden, nicht wünschen können. Tatsächlich ist denn auch in dieser Richtung bisher nur sehr wenig erreicht worden und alle Verwaltungsgemeinschaften von wirklicher Bedeutung bestehen in alter Weise, unabhängig vom VB, fort.

Im Einzelnen.

(1) Abs. 1 S. 1 faßt das, was nur Programm ist, in die Form einer Rechtsvorschrift, trägt jedoch die nötige Korrektur durch den Vorbehalt der Zustimmung der beteiligten Staaten hinein. Im Grunde versteht sich dieser Vorbehalt von selbst. Die Mitglieder freilich könnten als durch die VBS gebunden angesehen werden, wenn der Vorbehalt fehlte. Gerade zu den wichtigen Verwaltungsgemeinschaften gehören aber auch Nichtmitglieder und die Uebernahme internationaler Einrichtungen ohne ihre Zustimmung würde nicht nur einen Rechtsbruch bedeuten, sondern wäre auch politisch nicht durchzuführen.

Der gleiche Vorbehalt fehlt in S. 2, der die Angliederung der künftig zu begründenden Büros und Ausschüsse vorsieht. Infolgedessen ist anzunehmen, daß die Mitglieder verpflichtet sind, beim Abschluß einschlägiger Verträge die Angliederung an den VB zu vereinbaren. Das kann jedoch nur für den Fall gelten, daß Nichtmitglieder nicht beteiligt sind oder daß sie der Angliederung zustimmen. Lehnen sie das ab, so wird es von der Wichtigkeit abhängen, die ihrer Beteiligung beigelegt wird, ob auf diese verzichtet wird oder ob S. 2 unbeachtet bleibt. Die Beteiligung etwa der Vereinigten Staaten dürfte im allgemeinen der Beobachtung des S. 2 vorgezogen werden. Davon abgesehen, ist auch diese Vorschrift geeignet, auf eine Isolierung der Mitglieder hinzuwirken (vgl. oben Art. 20 Z. 2).

Soweit einschlägige Vereinbarungen zwischen Nichtmitgliedern praktisch heute noch in Frage kommen, werden sie durch S. 2 selbstverständlich nicht getroffen.

(2) S. 1 spricht nur von Büros, S. 2 außerdem noch von Ausschüssen. Ein Grund für eine Unterscheidung ist jedoch nicht ersichtlich. Daher muß mit Schücking-Wehberg 758 angenommen werden, daß es sich nur um einen Redaktionsfehler handelt und daß hier wie dort Büros und Ausschüsse gemeint sind.

S. 1 spricht von den durch allgemeine Verträge begründeten Büros. Das deckt den französischen Ausdruck „traités collectifs“ sicherlich nicht. Zieht man jedoch den englischen Text heran, der von „general treaties“ spricht und beachtet man, daß in Abs. 2 die gleichen Verträge mit „conventions générales“ und „general conventions“ bezeichnet werden, so ergibt sich, daß hier nicht etwa ein technischer Ausdruck zur Bezeichnung eines präzisen Begriffs angewandt wird, sondern vielmehr mit dem recht unbestimmten Begriff von Verträgen gearbeitet wird, die von einer Anzahl von Staaten zwecks Regelung internationaler Fragen von allgemeiner Bedeutung abgeschlossen worden sind (ähnlich Schücking-Wehberg 758 f.). Das ergibt sich auch aus der Praxis des VB

(vgl. unten Z. 5). Demgemäß sollen Büros und Ausschüsse übernommen werden, die amtlichen Charakter haben und die Interessen eines größeren Kreises von Staaten umfassen. Das letztere Kennzeichen hat nur relative Bedeutung.

Private Organisationen internationalen Charakters können dem VB nicht angegliedert werden. Der Wortlaut des Art. 24 würde dem allerdings nicht entgegenstehen und die Richtlinien vom 27. 6. 21 (JO 21 760) wecken den Eindruck, daß der VBR ursprünglich geneigt war, die Frage zu bejahen. Am 2. 7. 23 faßte er jedoch auf Grund eines Berichts des Wirtschaftsausschusses eine Entschließung, durch die sie verneint wurde (JO 23 858 f., 951, 956 f.).

(3) Worin sich die Unterstellung der Büros und Ausschüsse unter den VB äußert, ist in Art. 24 nicht gesagt. Dagegen enthält ein vom VBR am 27. 6. 21 angenommener Bericht Hanotaux-Frankreich (JO 21 759 f.) allgemeine Grundsätze darüber. Hiernach soll der VB den ihm unterstellten Einrichtungen vor allem moralische Unterstützung gewähren. Er soll auf sich ergebende Mißstände aufmerksam machen, auch Verbesserungen vorschlagen. Doch steht ihm ein Recht zu unmittelbaren Eingriffen nicht zu. Die Verwaltung bleibt somit in der Hand der Mächte, die die Büros und Ausschüsse begründet haben und erhalten und dem VB steht es allenfalls frei, die Angliederung wieder aufzuheben, welche Maßnahme jedoch durchaus zweischneidig wäre. Im übrigen ergibt sich aus der bisherigen Praxis, daß die Unterstellung sich im wesentlichen in einer Berichterstattung an den VBR äußert (V. VBV Pl. 334 f., 384, VI. VBV Pl. 286 f., 340). Dabei fällt auf, daß im Hinblick auf das Büro für Internationale Hilfeerweisung der VBR in seinem Bericht an die V. VBV einfach feststellt, daß es keinerlei Bericht erstattet habe (Pl. 335, vgl. aber 384).

Diese Bescheidenheit der Rolle des VB erklärt sich augenscheinlich nicht zuletzt daraus, daß er nicht imstande ist, den ihm unterstellten Einrichtungen eine nennenswerte materielle Unterstützung zu gewähren. Der Bericht vom 27. 6. 21 enthält einen besondern Hinweis darauf, daß die Angliederung eines Büros die Ver-

pflichtung zu finanzieller Unterstützung nicht nach sich zieht, es sei denn, daß sie durch besondern Beschluß des VBR zugesagt wird. Soweit das geschehen, hat bisher die Unterstützung der internationalen Büros sich in äußerst bescheidenen Grenzen gehalten. Bezeichnend in dieser Richtung sind die Vorgänge bei der Uebernahme des Büros für Kinderschutz. Die V. VBV, die die Uebernahme beschloß, mußte den erbetenen Zusatzkredit von 40 000 fr. wegen Mangels an Mitteln verweigern (Pl. 179 f., 462 f.) und bis die VI. VBV ihn zu bewilligen vermochte (Pl. 130 f., 408), konnten nur 10 000 fr. im Jahr verwendet werden. Im übrigen ergibt sich aus den Haushaltsplänen der beiden letzten Jahre, daß der VB für die Zwecke der ihm unterstellten Büros für 1925 nur 18 000, für 1926 gar nur 14 000 fr. bewilligte (Budget für 1925 Kap. III T. 24 s. JO 25 12, 37, für 1926 Kap. III T. 25 s. JO 26 6, 32).

(4) Abs. 2 berücksichtigt diejenigen internationalen Angelegenheiten, die zwar durch allgemeine Abkommen geregelt sind, für deren Erledigung aber angesichts ihrer geringfügigen Bedeutung oder aus ähnlichen Gründen kein Büro oder Ausschuß eingerichtet ist. Auch sie sollen seitens des VB gefördert werden, unter der Voraussetzung, daß die vertragschließenden Mächte das beantragen und der VBR seine Zustimmung erteilt. Die Förderung geschieht durch das Sekretariat, das Materialien zu sammeln und weiterzuleiten und andere, ähnlich geartete Unterstützung zu erweisen hat.

Sinngemäß ist die gleiche Förderung den Büros und Ausschüssen zu gewähren, die vom VB nicht übernommen sind (so auch Schücking-Wehberg 762).

(5) Die Praxis hat die Erwartungen, die augenscheinlich an den Art. 24 geknüpft werden, nicht gerechtfertigt. Die großen internationalen Verwaltungsgemeinschaften, wie etwa der Welttelegraphenverein, der Weltpostverein u. a. m. (vgl. Hatschek 264 f.), sind dem VB nicht angegliedert worden. Von dem Versuch, das Pariser Internationale Oeffentliche Gesundheitsamt sich anzugliedern, hat der VB abstehen und sich mit der Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft

begnügen müssen (vgl. oben Art. 23 Z. 8). Im Ergebnis sind bisher nur 5 Büros und Ausschüsse dem VB nach Art. 24 unterstellt worden. Von diesen sind 3 durch internationale Abkommen geschaffen und tragen amtlichen Charakter. Es sind das das Internationale Hydrographische Büro, dessen Angliederung der VBR am 2. 10. 21 (JO 21 1166) beschloß, das Internationale Zentralbüro zur Beaufsichtigung des Alkoholhandels in Afrika, dessen Angliederung am 11. 1. 22 (JO 22 91 f., 128 f.) beschlossen wurde, und der Internationale Luftfahrtausschuß, der durch das Pariser Luftfahrtabkommen vom 13. 10. 19 begründet und mit seiner Entstehung am 11. 7. 22 dem VB unterstellt wurde (IV. VBV Pl. 475). Nur halbamtlichen Charakter hat das erst nach Ueberwindung einiger Bedenken angegliederte Internationale Büro für Oeffentliche und Private Hilfeleistung (JO 21 761 f.). Es ist nicht durch internationales Abkommen begründet, genießt aber amtliche Unterstützung. Ein besonderes Verfahren endlich ist dem durch Vertrag vom 21. 7. 21 in Brüssel begründeten Internationalen Büro für Kinderschutz gegenüber angewandt worden. Nach längeren Vorverhandlungen hat die V. VBV den vom VBR am 14. 3. 24 gefaßten Beschluß gebilligt, laut welchem der Beratende Ausschuß für Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels unter gleichzeitiger Erweiterung seines Bestandes den allgemeinen Kinderschutz übernehmen sollte (JO 24 538, 715, V. VBV Pl. 179 f., 462 f., vgl. JO 25 135 f., 221 f.). Das bedeutete ein Aufgehen des Büros im Beratenden Ausschuß. Dementsprechend wird es auch im Bericht des VBR an die VI. VBV nicht mehr erwähnt (vgl. VI. VBV Pl. 286, 340, s. oben Art. 23 Z. 3).

Gesuche privater Organisationen um Angliederung sind vom VBR auf Grund seines Beschlusses vom 2. 7. 23 stets abgewiesen worden, so das des Pariser Internationalen Landwirtschaftsausschusses (JO 23 858 f., 956 f.) und in jüngster Zeit das der Internationalen Vereinigung des bebauten Grundbesitzes (JO 26 502, 545 f.).

Im übrigen hat der VBR durch Beschluß vom 9. 9. 24 das Sekretariat angewiesen, eine Registrierung der internationalen Vereinigungen und Einrichtungen

sozialer, wissenschaftlicher, künstlerischer und literarischer Art in die Wege zu leiten (JO 24 1296, VI. VBV Pl. 287).

Artikel 25.

Die Bundesmitglieder verpflichten sich, die Errichtung und Zusammenarbeit der in gehöriger Weise anerkannten freiwilligen nationalen Organisationen des Roten Kreuzes, die sich die Hebung der Gesundheit, die Verhütung von Krankheiten und die Linderung des Leidens in der Welt zum Ziele setzen, zu fördern und zu begünstigen.

Allgemeines.

Es erscheint fraglich, wieweit Art. 25 Anspruch auf selbständige Bedeutung haben kann und wieweit seine Aufnahme in die VBS notwendig war. Wenn Art. 23f die Ergreifung internationaler Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, Art. 24 aber die Zusammenarbeit des VB mit internationalen Büros und Ausschüssen vorsieht, ergibt sich schon daraus die rechtliche Grundlage für eine Unterstützung des Roten Kreuzes durch den VB. Daher kann in Art. 25 kaum etwas anderes gesehen werden, als der Ausdruck besonderer Anerkennung für eine so bedeutsame und segensreiche Einrichtung, wie es das Rote Kreuz ist. Vom rechtlichen Standpunkt gesehen, trägt er hingegen nichts Neues in die VBS hinein.

Im Einzelnen.

(1) Zentralorgane des Roten Kreuzes sind das in Genf bestehende Internationale Komitee vom Roten Kreuz und der am 5. 5. 19 in Paris begründete Verband der Gesellschaften vom Roten Kreuz (vgl. v. Gareis bei Strupp I 377, v. Bülow 86). Mit ihnen und ebenso mit den nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz hat der VB wiederholt zusammengearbeitet, soweit es um die Bekämpfung von Epidemien und Hungersnot ging (vgl. aber v. Bülow 372 f. über das Verhalten des VB angesichts der Hungersnot in Rußland im Jahre 1921). Der bisher letzte Fall dieser Art be-

traf den Kampf gegen die Hungersnot in Albanien 1924/25 (V. VBV Pl. 329 f., VI. VBV Pl. 281).

(2) Gegenwärtig steht im VB ein Vorschlag des italienischen Senators Ciraolo zur Erörterung, der die Schaffung eines internationalen Verbandes zwecks gegenseitiger Hilfeleistung bei katastrophalen Unglücksfällen vorsieht. Grundsätzlich hatte sich schon die IV. VBV mit ihm einverstanden erklärt (Pl. 117 f., 368 f. vgl. JO 23 1301, 1432). Nach Fühlungnahme mit dem Verbande der Gesellschaften vom Roten Kreuz, der den Gedanken lebhaft begrüßte und seine Mitarbeit zusicherte, befaßte sich die V. VBV wiederum mit ihm und beschloß die Niedersetzung eines vorbereitenden Ausschusses (Pl. 176 f., 459 f., vgl. 324). Dieser Ausschuß wurde am 11. 12. 24 vom VBR ernannt (JO 25 146, 148). Unter dem Vorsitz Ciraolos arbeitete er den Entwurf einer Satzung aus, in der dem Roten Kreuz die führende Rolle zugewiesen wurde. Der Entwurf fand die grundsätzliche Billigung des VBR (JO 25 1304, 1409 f.). Auch die VI. VBV stimmte ihm grundsätzlich zu, verwies ihn jedoch an den Ausschuß zwecks Vornahme einzelner Abänderungen zurück und ersuchte den VBR, eine Stellungnahme der Regierungen zu dem umgearbeiteten Entwurf zu veranlassen (Pl. 111, 397 f., vgl. 278 f.).

Der neue Entwurf wurde dem VBR in seiner Märztagung 26 unterbreitet. Als Zweck der zu begründenden Internationalen Hilfsvereinigung wurde die Hilfeerweisung in Unglücksfällen, die durch höhere Gewalt hervorgerufen sind, bezeichnet. Die Hilfe soll einer notleidenden Bevölkerung ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, Religion, Rasse erwiesen werden, und zwar durch Vermittlung der Organisationen des Roten Kreuzes. Mitglieder der Vereinigung sind die beitretenden Staaten, die jedoch ihre Rechte den nationalen Organisationen des Roten Kreuzes abtreten können. Die Mitglieder verpflichten sich zu einer jährlichen Beitragszahlung, die sich insgesamt auf 625 000 schweizer Franken beziffern und nach dem Schlüssel der VB-Beiträge umgelegt werden soll. Die Organe der Vereinigung sind eine Hauptversammlung, der alle Mitglieder angehören, ein von dieser gewählter 7gliede-

riger Vollzugsausschuß, zu dem 2 Vertreter des Roten Kreuzes mit beratender Stimme hinzutreten und ein beratender Ausschuß. Die Vereinigung tritt ins Leben, nachdem 12 Staaten ihren Beitritt erklärt und 60% der gesamten Jahresbeiträge übernommen haben (JO 26 338 f.).

Der VBR billigte den Entwurf und beschloß, ihn den Regierungen mit dem Ersuchen um Stellungnahme bis zum 1. 7. 26 zu überweisen. Falls die Antworten positiv ausfallen, soll eine Konferenz zwecks Abschlusses eines Abkommens einberufen werden. Bisher haben Italien und Salvador ihr Einverständnis erklärt (JO 26 178, 723 f.).

Artikel 26.

Abänderungen der gegenwärtigen Satzung treten mit der Ratifikation durch die Gesamtheit der im Rate und die Mehrheit der in der Bundesversammlung vertretenen Mitglieder in Kraft.

Jedem Bundesmitgliede steht es frei, Abänderungen der Satzung nicht anzunehmen. In solchem Falle scheidet es aus dem Bunde aus.

Vorbemerkung.

Da bereits auf der I. VBV eine Anzahl von Aenderungen der VBS beantragt war, setzte der VBR am 21. 2. 21 einen besondern 11gliedrigen Ausschuß für Satzungänderungen unter dem Vorsitz von Balfour-England nieder (JO 21 110 f.). Dieser ebenso wie der I. Ausschuß der II. VBV samt einem Unterausschuß des letzteren haben die Frage der Abänderung des Art. 26 eingehend geprüft und dabei insbesondere zu folgenden Einzelfragen Stellung genommen: Muß der Beschluß der VBV auf Aenderung der VBS einstimmig gefaßt werden oder soll eine Mehrheit genügen? Empfiehlt es sich, eine Frist für die Ratifikation einer Abänderung festzusetzen, nach deren Ablauf der Abänderungsbeschluß hinfällig wird? Empfiehlt es sich, eine Frist für den Austritt auf Grund des Abs. 2 festzusetzen? (II. VBV I. A. 43 f., 48 f., 61 f., 88 f., 93, 103, 157 f., 183 f.). Im Ergebnis empfahl Rolin-Belgien als Berichterstatter dem Plenum der II. VBV folgende Abänderungen:

Abs. 1 erhält folgenden Wortlaut: Abänderungen der gegenwärtigen Satzung, deren Wortlaut von der Bundesversammlung mit Dreiviertelmehrheit, zu der alle in der Sitzung vertretenen Mitglieder des Rats gehören müssen, beschlossen sind, treten in Kraft, sobald sie von den Bundesmitgliedern, deren Vertreter zur Zeit der Abstimmung den Rat bildeten, und von der Mehrheit derjenigen, aus deren Vertretern die Bundesversammlung besteht, ratifiziert sind.

Hierauf soll ein neuer Absatz folgen: Wenn binnen 22 Monaten nach dem Beschluß der Bundesversammlung die Zahl der erforderlichen Ratifikationen nicht erreicht worden ist, bleibt der Abänderungsbeschluß ohne Wirkung.

An die Stelle des Abs. 2 sollen die folgenden Absätze treten: Der Generalsekretär benachrichtigt die Bundesmitglieder von dem Inkrafttreten einer Satzungsänderung.

Jedem Bundesmitgliede, das zu diesem Zeitpunkt die Abänderung nicht ratifiziert hat, steht es frei, binnen eines Jahres dem Generalsekretär seine Ablehnung der Abänderung zur Kenntnis zu bringen. Es hört in diesem Falle auf, Mitglied des Bundes zu sein.

Alle drei Abänderungen wurden von der II. VBV am 3. 10. 21 mit 37 Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen (Pl. 676 f., 708 f., 723 f., 733 f.). Sie sind jedoch bisher nicht in Kraft getreten, da die Ratsmacht Spanien, die sich bei den Abstimmungen enthielt, nicht ratifiziert hat. Im übrigen liegen die erforderlichen Ratifikationen seit dem 13. 8. 24 vor (JO 25 1582 f. vgl. 26 372).

Allgemeines.

Aus praktischen Erwägungen noch mehr als aus grundsätzlichen folgt, daß die Möglichkeit von Satzungsänderungen gegeben sein muß. Andererseits können die daraus erfließenden Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Wenn bei dem vertragsmäßigen Charakter des VB Beschlüsse überhaupt nur einstimmig gefaßt werden dürfen, müßte das in so wichtigen Fragen, wie Satzungsänderungen an sich sind, in verstärktem Maße gelten. Wiederum kann gerade hier der

Einspruch eines einzelnen Mitgliedes, der die Ausnutzung von Erfahrungen und die notwendige Anpassung der VBS an veränderte Zeitverhältnisse hindert, zu völliger Entwertung des VB führen. Der Ausweg aber, der in Art. 15 und 16 im Hinblick auf andere Fragen von überragender Wichtigkeit gewählt ist und der darin besteht, daß den Mitgliedern im Falle mangelnder Einstimmigkeit volle Handlungsfreiheit zugestanden wird, ist hier nicht gangbar. Infolgedessen bleibt nur die Lösung übrig, die in Art. 26 gegeben wird: die Mehrheit entscheidet, und wer sich ihr nicht fügen will, darf aus dem VB austreten. Freilich wird dadurch ein starker Druck auf die Mitglieder ausgeübt.

Im Einzelnen.

(1) Abs. 1 spricht nur von der Ratifikation, schweigt aber von dem zu ratifizierenden Beschluß. Daß dieser nur von der VBV gefaßt werden kann, liegt auf der Hand. Eine Ausschaltung der VB-Organe durch direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen kommt nicht in Betracht, ebensowenig eine Uebertragung der Beschlußfassung an den VBR. Es ist auch weder in den Beratungen über die Regelung der Satzungsänderungen (vgl. oben Vorbem.), noch im Schrifttum jemals eine abweichende Meinung vertreten worden.

Schwieriger ist die Frage nach den Erfordernissen des zu fassenden Beschlusses. Nach Art. 5 müßte Einstimmigkeit verlangt werden, da die Voraussetzungen des Abs. 2 dieses Artikels nicht gegeben sind. Die dagegen vorgebrachten Einwände sind nicht durchschlagend. Insbesondere ist das weder die Berufung auf eine Auslegung Wilsons (Kluyver 32), noch der Hinweis darauf, daß der Entwurf der VBS vom 14. 2. 19 einen Mehrheitsbeschluß vorsah. Ebensowenig überzeugend wirkt die Behauptung, daß der Beschluß im Verhältnis zur Ratifikation etwas Sekundäres sei und daß deshalb für ihn keine andern Regeln gelten könnten, als für diese. Das könnte de lege ferenda in demselben Maße beachtlich sein, wie die Hervorhebung des Umstandes, daß die Souveränität der Mitglieder

durch das Recht zum Austritt gewahrt bleibt und es daher der Einstimmigkeit nicht bedarf. Alles das vermag die Tatsache nicht zu beseitigen, daß Art. 5 für alle Beschlüsse der VBV gilt, soweit nicht eine Ausnahme festgesetzt ist und daß Art. 26 eine solche Ausnahmebestimmung nicht enthält (a. M. Commentary 178 f., Murray 34, Schücking-Wehberg 776 f. und die hier Genannten).

Nach dem Wortlaut der VBV müßte somit Einstimmigkeit auch für den Beschluß auf Satzungsänderung gefordert werden. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß diese Vorschrift in hohem Maße unzweckmäßig ist (s. auch oben Allgemeines). Daher ist es verständlich, daß nicht nur das Schrifttum sich überwiegend zur entgegengesetzten Ansicht bekennt, sondern daß auch im VB diese durchaus vorherrschend ist und insbesondere der I. Ausschuß der II. VBV sie sich mit 21 gegen 4 Stimmen zu eigen gemacht hat (65, 157 f., vgl. Pl. 708 f.). Darüber hinaus hat die Praxis des VB sich auf denselben Standpunkt gestellt. Die eine der materiellen Satzungsänderungen, die bisher in Kraft getreten sind, die des Art. 6 Abs. 5 (vgl. oben Art. 6 Z. 5) wurde von der II. VBV gegen die Stimme Griechenlands beschlossen (Pl. 885). Es lag also nur ein Mehrheitsbeschluß vor. Trotzdem wird sie, nachdem die erforderlichen Ratifikationen ergangen sind, als rechtsgültig behandelt und auch von Seiten Griechenlands ist Widerspruch nicht erhoben worden. Man wird demnach feststellen müssen, daß das tatsächlich angewandte VB-Recht einen Mehrheitsbeschluß im Falle des Art. 26 zuläßt.

Nach dieser herrschenden Auffassung müssen zu der Mehrheit alle zur Zeit der Abstimmung im VBR vertretenen Mächte gehören. Im Gegensatz zu der in Art. 15 Abs. 10 (vgl. oben Art. 5 Z. 2, Art. 15 Z. 7) festgesetzten Berechnung sollen hier die Ratsmächte bei der Mehrheitsberechnung mitgezählt werden. Es erscheint zweifelhaft, ob das dem Willen der VBS entspricht. Da die Praxis sich aber bei der Berechnung der Mehrheit der Ratifikationen im gleichen Sinne entschieden hat (unten Z. 2), wird diese Auslegung auch auf die Beschlußfassung anzuwenden sein.

Im Falle, daß die von der II. VBV beschlossene Abänderung des Abs. 1 in Kraft treten sollte, würde diese Schwierigkeit hinfällig werden, da alsdann eine Dreiviertelmehrheit ausdrücklich als genügend anerkannt wäre. Zu dieser Mehrheit müssen alle im VBR vertretenen Mächte gehören. Der Widerspruch jeder einzelnen unter diesen würde somit nach wie vor das Zustandekommen einer Satzungsänderung verhindern.

(2) Das Erfordernis der Ratifikation besteht nur für Satzungsänderungen, nicht aber für sonstige Beschlüsse des VB (vgl. oben Art. 5 Z. 6). Beides ergibt sich aus dem Wesen des VB. Wenn dieser mehr sein soll, als eine Allianz, und seine Organe mehr als eine Gesandtenkonferenz (vgl. oben Einl. S. 10f.), muß er über die in seine Zuständigkeit fallenden Fragen selbst beschließen können, ohne daß die Mitglieder als solche einzeln befragt werden. Wohl aber muß das geschehen, wenn es um Aenderungen des Vertrages geht, auf Grund dessen der VB zur Entstehung gelangt ist. Denn dieser Vertrag ist keine Schöpfung des VB, sondern eben der einzelnen Mitglieder, die in ihm die Grundlage ihres Zusammenschlusses bezeichnet und die Pflichten umgrenzt haben, die zu übernehmen sie bereit waren. Ohne ihre ausdrückliche Zustimmung darf darin eine Aenderung nicht eintreten. Deshalb muß jede Satzungsänderung von einer solchen Zustimmung abhängig gemacht werden und deshalb kann ein Beschluß auf Satzungsänderung ohne Ratifikation nicht in Kraft treten.

Wieweit die Bestimmung über die Zahl der erforderlichen Ratifikationen Billigung verdient, kann de lege ferenda Gegenstand des Streites sein, da sie wie unvermeidlich jede zahlenmäßige Festsetzung, etwas willkürliches an sich hat. Immerhin wirkt es befremdlich, daß für eine Satzungsänderung die einfache Mehrheit als genügend anerkannt wird. Befremdlich wirkt es auch, daß die von der II. VBV beschlossene Abänderung an dieser Regelung festhält.

Ueber die Berechnung dieser Mehrheit drückt sich die VBS nicht deutlich aus. An sich liegt der Gedanke nahe, hier ebenso wie in Art. 15 Abs. 10 (vgl. oben Art. 5 Z. 2, Art. 15 Z. 7) die Ratifikation durch alle

Ratsmächte und außerdem durch die Mehrheit der übrigen Mitglieder zu fordern. Wäre es der Wille der VBS, daß die Ratsmächte in die Mehrheit miteingerechnet werden, so hätte sie das durch eine entsprechende Wendung zum Ausdruck gebracht, wie das z. B. im abgeänderten Abs. 1 geschieht. Die Praxis hat sich aber auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Bei Art. 6 Abs. 5 ist das freilich nicht zu erkennen, weil beim Eingang der letzten Ratifikation einer Ratsmacht, nämlich der Brasiliens, die am 13. 8. 24 erfolgte, bereits 33 Staaten ratifiziert hatten, also die Mehrheit auch der nicht im VBR vertretenen Mächte gegeben war (VI. VBV Pl. 366). Dagegen gelten die Abänderungen zu Art. 12, 13 und 15 als am 26. 9. 24 mit der Ratifikation Spaniens in Kraft getreten. Zu diesem Zeitpunkt aber hatten erst 31 Mächte ratifiziert (VI. VBV Pl. 367 f.). Es standen also neben 10 Ratsmächten nur 22 sonstige Mitglieder, während bis zu der am 29. 9. 24 erfolgten Aufnahme St. Domingos (V. VBV Pl. 188 f.) die Zahl der nicht im VBR vertretenen Mitglieder 44 betrug. Es fehlte somit an der Mehrheit.

Da diese Praxis mit dem Wortlaut nicht ganz unverträglich ist, wird demnach Abs. 1 so auszulegen sein, daß die Ratsmächte in die Mehrheit einzurechnen sind.

Fraglich erscheint jedoch weiter, ob für die Berechnung der Mehrheit der Zeitpunkt des Beschlusses oder der der Ratifikation maßgebend ist. Aus der Praxis läßt sich eine Antwort nicht schöpfen, da das Inkrafttreten der Abänderungen, die bisher überhaupt Geltung erlangt haben, nur durch das Fehlen der Ratifikation einer Ratsmacht, nämlich Spaniens oder Brasiliens, verzögert wurde und als diese eintraf, eine Mehrheit auch für den Zeitpunkt der Ratifikation, trotz der inzwischen gestiegenen Mitgliederzahl, vorhanden war. Doch wird man aus innern Gründen diesen letzteren Zeitpunkt für maßgebend zu halten haben, da die seit dem Beschluß auf Satzungsänderung neu hinzugetretenen Mitglieder unter der alten Satzung aufgenommen wurden und einen Anspruch darauf haben, bei ihrer Umgestaltung gleichberechtigt mitzuwirken. Auf Grund derselben Erwägung müßte die Zugehörigkeit zum VBR im

Augenblick der Ratifikation und nicht in dem der Beschlußfassung als maßgebend anerkannt werden. Dabei ist freilich nicht zu übersehen, daß das zu Verwicklungen führen und daß die Stellungnahme zu einer wichtigen Satzungsänderung Einfluß auf die Wahl der nichtständigen Mitglieder des VBR gewinnen kann. Im übrigen schreibt die von der II. VBV vorgenommene Abänderung zu Abs. 1 das Entgegengesetzte vor: es wird die Ratifikation der Staaten gefordert, die im Augenblick der Beschlußfassung den VBR bildeten. Das kann zu Schwierigkeiten führen, wenn eine Ratsmacht aus dem VB austritt, wie Brasilien im Juni 26. Die einzige Lösung dürfte darin liegen, daß auf ihre Ratifikation verzichtet wird. Andernfalls würden alle unter ihrer Mitwirkung beschlossenen Abänderungen hinfällig. Doch könnte das erst vom Tage ihres Ausscheidens und nicht schon von dem der Kündigung ab gelten.

Von selbst versteht sich, daß die Mitgliedstaaten in ihrer Entscheidung vollkommen frei und in keiner Weise durch die Abstimmung ihrer Vertreter in der VBV gebunden sind.

Rechtlich bedeutungslos sind Ratifikationen, die nach Inkrafttreten einer Abänderung ergehen, da diese für die Mitglieder ohnehin Geltung hat, wenn sie nicht nach Abs. 2 ausscheiden. Trotzdem nimmt das Sekretariat amtlich von solchen Ratifikationen Notiz (vgl. JO 25 1578 f., wo die verspäteten Ratifikationen Littauens und Venezuelas bei den bereits in Kraft getretenen Abänderungen vermerkt sind).

Einen Zeitpunkt, bis zu dem die Ratifikation zu erfolgen hätte, setzt Abs. 1 nicht fest. Infolgedessen bleiben die von der VBV beschlossenen Abänderungen ungebührlich lange in der Schwebe. Abänderung II vom 3. 10. 21 bestimmt daher, daß Abänderungen, die nicht binnen 22 Monaten ratifiziert sind, hinfällig werden. Selbstverständlich wären dann auch die Staaten, die rechtzeitig ratifiziert hätten, durch die Abänderung ebensowenig gebunden, als es heute die ratifizierenden Staaten vor Inkraftreten der Abänderung sind.

(3) Ist die erforderliche Zahl der Ratifikationen erreicht, so erlangt die Abänderung Geltung für

den ganzen VB, insbesondere auch für diejenigen Mitglieder, die nicht ratifiziert haben. Völkerrechtlich betrachtet, ist das ein Sonderfall, da hier ein Vertrag ohne Zustimmung gewisser Vertragsparteien in einer diese bindenden Weise abgeändert wird. Doch gesteht Abs. 2 jedem Bundesmitgliede das Recht zu, die Abänderung abzulehnen und aus dem VB auszuscheiden. Wird davon kein Gebrauch gemacht, so ist stillschweigender Beitritt anzunehmen.

Dieses Recht der Ablehnung besitzt nur ein Mitglied, das nicht ratifiziert hat. Sollte etwa ein Staat aus irgend welchen Rücksichten in der Hoffnung ratifiziert haben, daß die erforderliche Mehrheit sich nicht finden wird oder sollte ein innerpolitischer Systemwechsel ihn zu einer Meinungsänderung veranlassen, so könnte er sich auf Abs. 2 nicht berufen. Durch die Ratifikation wird das Ablehnungsrecht hinfällig und dem Mitgliede bleibt gegebenenfalls nur der Austritt nach Art. 1 Abs. 3 (vgl. oben Art. 1 Z. 9). Von diesem unterscheidet sich der Austritt nach Art. 26 dadurch, daß hier weder die Einhaltung einer Kündigungsfrist, noch die vorhergehende Erfüllung der internationalen Verpflichtungen verlangt wird. Er steht also, wie sich aus der Sachlage ohne weiteres erklärt, rechtlich einzig und allein im Belieben des Mitgliedes. Eine bestimmte Form für die Austrittserklärung ist hier ebensowenig vorgesehen, wie in Art. 1. Es liegt auf der Hand, daß eine schriftliche Mitteilung an den GS erforderlich ist. Sie wird zweckmäßigerweise die ausdrückliche Erklärung zu enthalten haben, daß das die Abänderung ablehnende Mitglied austritt. Notwendig ist das jedoch nicht. Es genügt die Mitteilung, daß es die Abänderung ablehne, woraus sich nach Abs. 2 der Austritt von selbst ergibt. Der Austritt gilt als in dem Augenblick des Einganges der Mitteilung beim GS vollzogen.

Eine Frist für die Abgabe einer solchen Mitteilung ist nicht vorgesehen. Das ist zweifellos eine Lücke, die unter Umständen zu Mißbräuchen insofern zu führen vermag, als ein Mitglied, das aus anderen Gründen auszutreten wünscht, versuchen kann, sich unter Berufung auf eine längst in Kraft getretene, von ihm nicht ratifizierte Abänderung den erleichterten

Austritt nach Art. 26 Abs. 2 zu sichern. Abänderung III vom 3. 10. 21 will dem vorbeugen, indem sie eine Erklärungsfrist von 1 Jahr festsetzt. Man wird jedoch auch jetzt die Einhaltung einer angemessenen Frist fordern dürfen, als welche 1 Jahr durchaus gelten könnte.

(4) Ebenso wie Satzungsänderungen sind authentische Auslegungen der VBS zu behandeln. Das ergibt sich in Ermangelung einer besondern Bestimmung der VBS von selbst aus dem Wesen der Sache. Auslegungen, die nicht in der Form der Satzungsänderung erfolgen, sind nicht bindend, gleichviel von welcher Instanz sie ausgehen. Sie sind es weder für das Organ des VB, das sie getroffen hat, noch für die anderen Organe.

Dagegen versteht es sich von selbst, daß jedes Organ, das die VBS anzuwenden hat, berufen ist, sie für sich selbst und für den gegebenen Fall auszulegen. Es steht ihm auch frei, sich für die Auslegung ein Gutachten erstatten zu lassen, sei es vom StIG, sei es von einem Ausschuß. Insbesondere ist jener von der VBS selbst dazu berufen, da er sich nach Art. 14 auf Ersuchen des VBR oder der VBV nicht nur über Streitfragen, sondern auch über „alle sonstigen Fragen" gutachtlich zu äußern hat (oben Art. 14 Z. 3). Die von Salandra-Italien aus Anlaß des Korfu-Streits (oben Art. 15 Z. 9 Q) vertretene entgegengesetzte Ansicht (JO 1330 f., 1339) dürfte ihre Erklärung in politischen Erwägungen finden. Wiederum dürfte es auf einer Ungeklärtheit der Sachlage beruhen, wenn Jonkheer Loudon-Holland im Hinblick auf die Auslegung des Art. 15, die sich der VBR im Anschluß an den Korfu-Streit von einem Juristenausschuß erstatten ließ (oben Art. 15 Z. 2), auf der IV. und V. VBV (IV. VBV Pl. 144, V. VBV Pl. 104) nicht ohne Schärfe betonte, daß das Recht der Auslegung der VBS allein der VBV zustehe. Er ebenso wie die ihm zustimmende VBV hatte dabei offenbar eine authentische Auslegung im Auge und es mag wohl sein, daß der Eindruck entstanden war, als werde die Auslegung des Juristenausschusses vom VBR als solche betrachtet. Insofern war der Protest des Jonkheer Loudon durchaus am Platz. Wenn aber der

Anspruch der Authentizität für die Auslegung nicht erhoben wird, kann am Recht des VBR, einen Ausschuß mit der Auslegung der VBS zu betrauen, ein Zweifel nicht bestehen. Im übrigen befinden sich die durch die Auslegung des Juristenausschusses aufgeworfenen Fragen noch in der Schwebe und es sind zunächst die Regierungen zur Stellungnahme aufgefordert (V. VBV Pl. 115, VI. VBV Pl. 99 f.).

Die VBV ihrerseits hat nur einmal den Versuch unternommen, durch ausdrücklichen Beschluß die VBS auszulegen. Das geschah im Hinblick auf Art. 10, und zwar in der Absicht, auf diesem Wege den Schwierigkeiten einer Satzungsänderung auszuweichen. Der Versuch mißlang, da Persien dagegen stimmte (oben Art. 10 Z. 2). Die Kraft einer authentischen Auslegung hätte die vorgeschlagene Entschließung auch im Falle einer einstimmigen Annahme nicht gehabt.

Es wäre vielleicht wünschenswert, wenn der StIG als die Instanz anerkannt würde, die über Zweifel in der Auslegung der VBS zu entscheiden hat, ohne daß seinen Auslegungen Authentizität beigelegt würde. Doch ist ein dahingehender von Frankreich gestellter Antrag schon auf der Friedenskonferenz auf englischen Einspruch abgelehnt worden (Mitteilung Hanotaux-Frankreich in der Sitzung des VBR vom 21. 4. 23 — JO 23 586). Die Begründung des Einspruchs entsprach vollkommen der grundsätzlichen englischen Stellungnahme zur VBS (vgl. Commentary 166 f.), nach der feste Bindungen vermieden werden sollten: „diese Festlegung wäre gefährlich und es wäre vorzuziehen, dem Rat, der die Satzung anwendet, die Lösung von Auslegungsschwierigkeiten zu überlassen". Mit andern Worten, die Möglichkeit der Berücksichtigung politischer Umstände soll nicht dadurch erschwert werden, daß die Entscheidung einem durch juristische Erwägungen bestimmten Richterkollegium übertragen wird.

(5) Die Praxis auf dem Gebiet der Satzungsänderungen ist für die kurze Zeit des Bestehens des VB verhältnismäßig reich, soweit es um Beschlüsse der VBV geht. Sie ist arm, soweit es sich um wirksam gewordene Aenderungen handelt.

In Kraft getreten ist erstens die Abänderung des Art. 4 durch Einfügung des neuen Abs. 3, der der VBV das Recht gibt, mit Zweidrittelmehrheit Regeln über die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder festzusetzen. Sie wurde von der II. VBV am 5. 10. 21 beschlossen (Pl. 688 f., 894), trat jedoch zunächst nicht in Kraft, da Frankreich und Spanien nicht ratifizierten (vgl. JO 25 1577). Nachdem nunmehr beide Staaten ratifiziert haben, hat die Abänderung am 29. 7. 26 Geltung erlangt (oben Art. 4 Vorbem.). Zweitens ist in Kraft getreten die Abänderung des Art. 6 Abs. 5, nach der die Kosten des VB nicht nach dem Schlüssel des Weltpostvereins, sondern auf Grund besonderer Bestimmung der VBV umgelegt werden. Sie ist am 5. 10. 21 von der II. VBV beschlossen (Pl. 885) und am 13. 8. 24 in Kraft getreten (VI. VBV Pl. 366, vgl. oben Art. 6 Z. 5). Drittens sind am 26. 9. 24 in Kraft getreten (VI. VBV Pl. 367 f.) die von der II. VBV am 4. 10. 21 (Pl. 698 f., 827 f.) beschlossenen Abänderungen der Art. 12, 13 und 15, kraft deren an den entsprechenden Stellen dieser drei Artikel neben den Hinweisen auf die schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten Hinweise auf die gerichtliche Regelung durch den inzwischen geschaffenen StIG eingefügt wurden (vgl. oben Vorbem. zu Art. 12, 13, 15).

In der Schwebe befinden sich erstens die 6 Abänderungen zu Art. 16 (vgl. oben Art. 16 Vorbem.), von denen 4 die II. VBV, je eine die V. und VI. VBV beschlossen haben. Von jenen haben zwei, nämlich die 2. und 3. 28 Ratifikationen erhalten, also die Mehrheit der 55 Mitgliedstaaten erreicht. Doch fehlen die Ratifikationen zweier Ratsmächte, Frankreichs und Spaniens. Diese fehlen auch den beiden anderen Abänderungen, die 26 und 27 sonstige Ratifikationen erhalten haben. Die 5. Abänderung ist nur von wenigen kleineren Staaten, die 6. von Japan und Salvador ratifiziert. Zweitens sind in der Schwebe die 3 Abänderungen zu Art. 26, deren Inkrafttreten bisher durch das Fehlen der spanischen Ratifikation gehindert wird (vgl. oben Vorbem.).

Hinfällig geworden sind zwei von der II. VBV am 2. 10. 21 beschlossene Abänderungen zu

Art. 6, die sich ebenso wie der in Kraft getretene neue Abs. 5 auf die Umlegung der Kosten des VB bezogen (Pl. 886 f.). Obgleich sie von einzelnen Staaten beim Zusammentritt der III. VBV bereits ratifiziert waren (VI. VBV Pl. 365 f.), beschloß diese, um sich die Freiheit in der Bestimmung des Umlegungsschlüssels zu wahren, den VBR zu ersuchen, er möge den Mitgliedern zur Kenntnis bringen, daß eine Ratifizierung dieser zwei Abänderungen nicht mehr notwendig sei (Pl. I 350, 381 f., vgl. JO 22 1210). Trotzdem haben einige wenige Staaten noch ratifiziert. Doch kommt ein Inkrafttreten nicht mehr in Frage.

Die üblich gewordene Verzögerung der Ratifizierung wird vom VB durchaus als Uebel empfunden. Sowohl die III. als auch die IV. VBV haben Entschließungen gefaßt, in denen sie zu Beschleunigung mahnen (III. VBV Pl. 350, IV. VBV Pl. 87 f.).

Im übrigen ist nicht zu übersehen, daß eine Ratifizierung der Abänderungen zu Art. 26, falls sie früher erfolgen sollte, als die der übrigen Abänderungen, leicht dazu führen könnte, daß diese zum größten Teil wegen Ablaufs der Frist von 22 Monaten für hinfällig erklärt werden. Allerdings kann mit guten Gründen auch die Ansicht vertreten werden, daß die Frist erst von dem Inkrafttreten der neuen Bestimmungen ab gerechnet werden dürfte (vgl. IV. VBV I. A. 29 f. Für jene Auffassung traten Alvarez-Chile, Dickinson-England, Limburg-Holland und Rolin-Belgien ein, für diese Scialoja-Italien).

ANHANG.

Nr. 1.

Die Heilige Allianz.

(v. Martens, Nouveau recueil II 656 f.)

Im Namen der Heiligen und Untrennbaren Dreieinigkeit. Ihre Majestäten der Kaiser von Oesterreich, der König von Preußen und der Kaiser von Rußland haben infolge der großen Ereignisse der letzten Jahre und insbesondere der Wohltaten, welche die göttliche Vorsehung den Staaten erwiesen hat, die ihr Vertrauen und ihre Hoffnung allein auf sie setzten, die innige Ueberzeugung von der Notwendigkeit gewonnen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die Religion des göttlichen Heilandes lehrt. Sie erklären feierlich, daß der gegenwärtige Akt nur den Zweck hat, im Angesicht der ganzen Welt den unerschütterlichen Entschluß zu bekunden, zur Richtschnur ihres Verhaltens im Innern der Staaten wie nach außen allein die Vorschriften dieser heiligen Religion, die Vorschriften der Gerechtigkeit, Liebe und Friedseligkeit zu nehmen, welche, weit entfernt bloß für das Privatleben bestimmt zu sein, im Gegenteil besonders die Entschlüsse der Fürsten beeinflussen und alle ihre Pläne bestimmen müssen, nur ein Mittel zu sein zur Befestigung der menschlichen Einrichtungen und zur Heilung ihrer Unvollkommenheiten. Infolgedessen haben Ihre Majestäten sich über folgende Artikel geeinigt:

Art. 1. In Gemäßheit der Worte der Heiligen Schrift, welche allen Menschen befiehlt, sich als Brüder zu betrachten, werden die drei Monarchen vereinigt bleiben durch die Bande einer wahren und unauflöslichen Brüderlichkeit, sich als Landsleute ansehen und sich bei jeder Gelegenheit Hilfe und Beistand leisten; sie werden sich ihren Untertanen und Armeen gegenüber als Familienväter betrachten und dieselben im Geiste der Brüderlichkeit lenken, um Religion, Frieden und Gerechtigkeit zu schützen.

Art. 2. Infolgedessen soll als der einzige Grundsatz, sei es zwischen den genannten Regierungen, sei es zwischen ihren Untertanen, gelten, sich gegenseitige Dienste zu erweisen, durch unveränderliches Wohl-

wollen die Zuneigung zu bezeugen, zu der sie sich verpflichtet haben und sich nur als Glieder einer christlichen Nation zu betrachten. Die drei verbündeten Fürsten sehen sich nur an als die Bevollmächtigten der Vorsehung, um drei Zweige einer und derselben Familie zu regieren: Oesterreich, Preußen und Rußland, indem sie damit bekennen, daß die christliche Nation, zu der sie und ihre Völker gehören, in Wahrheit keinen andern Souverän hat, als den, dem allein die Macht gehört, weil in ihm alle Schätze der Liebe, der Erkenntnis und der unbegrenzten Weisheit liegen, d. h. Gott, unseren göttlichen Erlöser Jesus Christus, das Wort des Höchsten, das Wort des Lebens. Ihre Majestäten empfehlen daher ihren Völkern als das einzige Mittel, des Friedens teilhaftig zu werden, der aus dem guten Gewissen entspringt und allein von Dauer ist, sich mit peinlichster Sorgfalt täglich mehr zu befestigen in den Grundsätzen und der Erfüllung der Pflichten, welche der göttliche Heiland die Menschen gelehrt hat.

Art. 3. Alle Mächte, welche sich feierlich zu diesen heiligen Grundsätzen bekennen wollen und erkennen, von welchem Einfluß es auf das Glück der so lange beunruhigten Nationen ist, daß diese Wahrheiten fortan den ganzen ihnen gebührenden Einfluß auf die menschlichen Geschicke ausüben, werden mit großer Freude in diese Heilige Allianz aufgenommen werden.

Paris, im Jahre der Gnade 1815, den 14./26. September.

Franz. Friedrich Wilhelm. Alexander.

Nr. 2.

Des Präsidenten Wilson Punkt 14.

(Rede vom 8. 1. 18.)

. . . . . .

Punkt vierzehn: Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbestimmungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Gewährleistung der politischen Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Nr. 3.

Französischer Wortlaut der VBS.

Pacte de la Société des Nations.

Les Hautes Parties Contractantes,

Considérant que, pour développer la coopération entre les Nations et pour leur garantir la paix et la sûreté, il importe

d'accepter certaines obligations de ne pas recourir à la guerre,

d'entretenir au grand jour des relations internationales fondées sur la justice et l'honneur,

d'observer rigoureusement les prescriptions du droit international, reconnues désormais comme règle de conduite effective des Gouvernements,

de faire régner la justice et de respecter scrupuleusement toutes les obligations des Traités dans les rapports mutuels des peuples organisés,

Adoptent le présent Pacte qui institue la Société des Nations.

Article 1.

Sont Membres originaires de la Société des Nations, ceux des Signataires dont les noms figurent dans l'annexe au présent Pacte, ainsi que les Etats, également nommés dans l'annexe, qui auront accédé au présent Pacte sans aucune réserve par une déclaration déposée au Secrétariat dans les deux mois de l'entrée en vigueur du Pacte et dont notification sera faite aux autres Membres de la Société.

Tout Etat, Dominion ou Colonie qui se gouverne librement et qui n'est pas désigné dans l'annexe, peut devenir Membre de la Société si son admission est prononcée par les deux tiers de l'Assemblée, pourvu qu'il donne des garanties effectives de son intention sincère d'observer ses engagements internationaux et qu'il accepte le règlement établi par la Société en ce qui concerne ses forces et ses armements militaires, navals et aériens.

Tout Membre de la Société peut, après un préavis de deux ans, se retirer de la Société, à la condition d'avoir rempli à ce moment toutes ses obligations internationales y compris celles du présent Pacte.

Nr. 3.

Englischer Wortlaut der VBS.

THE COVENANT OF THE LEAGUE OF NATIONS.

The High Contracting Parties,

In order to promote international co-operation and to achieve international peace and security

by the acceptance of obligations not to resort to war,

by the prescription of open, just and honourable relations between nations,

by the Firm establishment of the understandings of international law as the actual rule of conduct among Governments, and

by the maintenance of justice and a scrupulous respect for all treaty obligations in the dealings of organised peoples with one another,

agree to this Covenant of the League of Nations.

Article 1.

The original Members of the League of Nations shall be those of the Signatories which are named in the Annex to this Covenant and also such of those other States named in the Annex as shall accede without reservation to this Covenant. Such accession shall be effected by a Declaration deposited with the Secretariat within two month of the coming into force of the Covenant. Notice thereof shall be sent to all other Members of the League.

Any fully self-governing State, Dominion or Colony not named in the Annex may become a Member of the League if its admission is agreed to by two-thirds of the Assembly, provided that it shall give effective guarantees of its sincere intention to observe its international obligations, and shall accept such regulations as may be prescribed by the League in regard to its military, naval and air forces and armaments.

Any Member of the League may, after two years' notice of its intention so to do, withdraw from the League, provided that all its international obligations and all its obligations under this Covenant shall have been fulfilled at the time of its withdrawal.

Article 2.

L'action de la Société, telle qu'elle est définie dans le présent Pacte, s'exerce par une Assemblée et par un Conseil assistés d'une Secrétariat permanent.

Article 3.

L'Assemblée se compose de Représentants des Membres de la Société.

Elle se réunit à des époques fixées et à tout autre moment, si les circonstances le demandent, au siège de la Société ou en tel autre lieu qui pourra être désigné.

L'Assemblée connaît de toute question qui rentre dans la sphère d'activité de la Société ou qui affecte la paix du monde.

Chaque Membre de la Société ne peut compter plus de trois Représentants dans l'Assemblée et ne dispose que d'une voix.

Article 4.

Le Conseil se compose de Représentants des Principales Puissances alliées et associées, ainsi que de Représentants de quatre autres Membres de la Société. Ces quatre Membres de la Société sont désignés librement par l'Assemblée et aux époques qu'il lui plaît de choisir. Jusqu'à la première désignation par l'Assemblée les Représentants de la Belgique, du Brésil, de l'Espagne et de la Grèce sont Membres du Conseil.

Avec l'approbation de la majorité de l'Assemblée, le Conseil peut désigner d'autres Membres de la Société dont la représentation sera désormais permanente au Conseil. Il peut, avec la même approbation, augmenter le nombre des Membres de la Société qui seront choisis par l'Assemblée pour être représentés au Conseil.

L'Assemblée fixe à la majorité des deux tiers les règles concernant les élections des membres non permanents du Conseil et, en particulier, celles concernant la durée de leur mandat et les conditions de rééligibilité.

Article 2.

The action of the League under this Covenant shall be effected through the instrumentality of an Assembly and of a Council, with a permanent Secretariat.

Article 3.

The Assembly shall consist of Representatives of the Membres of the League.

The Assembly shall meet at stated intervals and from time to time as occasion may require at the Seat of the League or at such other place as may be decided upon.

The Assembly may deal at its meetings with any matter within the sphere of action of the League or affecting the peace of the world.

At meetings of the Assembly each Member of the League shall have one vote, and may have not more than three Representatives.

Article 4.

The Council shall consist of Representatives of the Principal Allied and Associated Powers, together with Representatives of four other Members of the League. These four Members of the League shall be selected by the Assembly from time to time in its discretion. Until the appointment of the Representatives of the four Members of the League first selected by the Assembly, Representatives of Belgium, Brazil, Spain and Greece shall be Members of the Council.

With the approval of the majority of the Assembly, the Council may name additional Members of the League whose Representatives shall always be members of the Council; the Council with like approval may increase the number of Members of the League to be selected by the Assembly for representation on the Council.

The Assembly shall fix by a two-thirds majority the rules dealing with the election of the non-permanent members of the Council, and particularly such regulations as relate to their term of office and the conditions of re-eligibility.

Le Conseil se réunit quand les circonstances le demandent, et au moins une fois par an, au siège de la Société ou en tel autre lieu qui pourra être désigné.

Le Conseil connaît de toute question rentrant dans la sphère d'activité de la Société ou affectant la paix du monde.

Tout Membre de la Société qui n'est pas représenté au Conseil est invité à y envoyer siéger un Représentant lorsqu'une question qui l'intéresse particulièrement est portée devant le Conseil.

Chaque Membre de la Société représenté au Conseil ne dispose que d'une voix et n'a qu'un Représentant.

Article 5.

Sauf disposition expressément contraire du présent Pacte ou des clauses du présent Traité, les décisions de l'Assemblée ou du Conseil sont prises a l'unanimité des Membres de la Société représentés à la réunion.

Toutes questions de procédure qui se posent aux réunions de l'Assemblée ou du Conseil, y compris la désignation des Commissions chargées d'enquêter sur des points particuliers, sont réglées par l'Assemblée ou par le Conseil et décidées à la majorité des Membres de la Société représentés à la réunion.

La première réunion de l'Assemblée et la première réunion du Conseil auront lieu sur la convocation du Président des Etats-Unis d'Amérique.

Article 6.

Le Secrétariat permanent est établi au siège de la Société. Il comprend un Secrétaire général, ainsi que les secrétaires et le personnel nécessaires.

Le premier Secrétaire général est désigné dans l'annexe. Par la suite, le Secrétaire général sera nommé par le Conseil avec l'approbation de la majorité de l'Assemblée.

The Council shall meet from time to time as occasion may require, and at least once a year, at the Seat of the League, or at such other place as may be decided upon.

The Council may deal at its meetings with any matter within the sphere of action of the League or affecting the peace of the world.

Any Member of the League not represented on the Council shall be invited to send a Representative to sit as a member at any meeting of the Council during the consideration of matters specially affecting the interests of that Member of the League.

At meetings of the Council, each Member of the League represented on the Council shall have one vote, and may have not more than one Representative.

Article 5.

Except where otherwise expressly provided in this Covenant or by the terms of the present Treaty, decisions at any meeting of the Assembly or of the Council shall require the agreement of all the Members of the League represented at the meeting.

All matters of procedure at meetings of the Assembly or of the Council, including the appointment of Committees to investigate particular matters, shall be regulated by the Assembly or by the Council and may be decided by a majority of the Members of the League represented at the meeting.

The first meeting of the Assembly and the first meeting of the Council shall be summoned by the President of the United States of America.

Article 6.

The permanent Secretariat shall be established at the Seat of the League. The Secretariat shall comprise a Secretary General and such secretaries and staff as may be required.

The first Secretary General shall be the person named in the Annex; thereafter the Secretary General shall be appointed by the Council with the approval of the majority of the Assembly.

Les secrétaires et le personnel du Secrétariat sont nommés par le Secrétaire général avec l'approbation du Conseil.

Le Secrétaire général de la Société est de droit Secrétaire général de l'Assemblée et du Conseil.

Les dépenses du Secrétariat sont supportées par les Membres de la Société dans la proportion décidée par l'Assemblée.

Article 7.

Le siège de la Société est établi à Genève.

Le Conseil peut à tout moment décider de l'établir en tout autre lieu.

Toutes les fonctions de la Société ou des services qui s'y rattachent, y compris le Secrétariat, sont également accessibles aux hommes et aux femmes.

Les Représentants des Membres de la Société et ses agents jouissent dans l'exercice de leurs fonctions des privilèges et immunités diplomatiques.

Les bâtiments et terrains occupés par la Société, par ses services ou ses réunions, sont inviolables.

Article 8.

Les Membres de la Société reconnaissent que le maintien de la paix exige la réduction des armements nationaux au minimum compatible avec la sécurité nationale et avec l'exécution des obligations internationales imposée par une action commune.

Le Conseil, tenant compte de la situation géographique et des conditions spéciales de chaque État, prépare les plans de cette réduction, en vue de l'examen et de la décision des divers Gouvernements.

Ces plans doivent faire l'objet d'un nouvel examen et, s'il y a lieu, d'une revision tous les dix ans au moins.

Après leur adoption par les divers Gouvernements, la limite des armements ainsi fixée ne peut être dépassée sans le consentement du Conseil.

Considérant que la fabrication privée des munitions et du matériel de guerre soulève de graves objec-

The secretaries and staff of the Secretariat shall be appointed by the Secretary General with the approval of the Council.

The Secretary General shall act in that capacity at all meetings of the Assembly and of the Council.

The expenses of the League shall be borne by the Members of the League in the proportion decided by the Assembly.

Article 7.

The Seat of the League is established at Geneva.

The Council may at any time decide that the Seat of the League shall be established elsewhere.

All positions under or in connection with the League, including the Secretariat, shall be open equally to men and women.

Representatives of the Members of the League and officials of the League when engaged on the business of the League shall enjoy diplomatic privileges and immunities.

The buildings and other property occupied by the League or its officials or by Representatives attending its meetings shall be inviolable.

Article 8.

The Members of the League recognise that the maintenance of peace requires the reduction of national armaments to the lowest point consistent with national safety and the enforcement by common action of international obligations.

The Council, taking account of the geographical situation and circumstances of each State, shall formulate plans for such reduction for the consideration and action of the several Governments.

Such plans shall be subject to reconsideration and revision at least every ten years.

After these plans shall have been adopted by the several Governments, the limits of armaments therein fixed shall not be exceeded without the concurrence of the Council.

The Members of the League agree that the manufacture by private enterprise of munitions and imple-

tions, les Membres de la Société chargent le Conseil d'aviser aux mesures propres à en éviter les fâcheux effets, en tenant compte des besoins des Membres de la Société qui ne peuvent pas fabriquer les munitions et le matériel de guerre nécessaires à leur sûreté.

Les Membres de la Société s'engagent à échanger, de la manière la plus franche et la plus complète, tous renseignements relatifs à l'échelle de leurs armements, à leur programmes militaires, navals et aériens et à la condition de celles de leurs industries susceptibles d'être utilisées pour la guerre.

Article 9.

Une Commission permanente sera formée pour donner au Conseil son avis sur l'exécution des dispositions des articles 1 et 8 et, d'une façon générale, sur les questions militaires, navals et aériennes.

Article 10.

Les Membres de la Société s'engagent à respecter et à maintenir contre toute agression extérieure l'intégrité territoriale et l'indépendance politique présente de tous les Membres de la Société. En cas d'agression, de menace ou de danger d'agression, le Conseil avise aux moyens d'assurer l'exécution de cette obligation.

Article 11.

Il est expressément déclaré que toute guerre ou menace de guerre, qu'elle affecte directement ou non l'un des Membres de la Société, intéresse la Société tout entière et que celle-ci doit prendre les mesures propres à sauvegarder efficacement la paix des Nations. En pareil cas, le Secrétaire général convoque immédiatement le Conseil, à la demande de tout Membre de la Société.

Il est, en outre, déclaré que tout Membre de la Société a le droit, à titre amical, d'appeler l'attention de l'Assemblée ou du Conseil sur toute circonstance de nature à affecter les relations internationales et qui menace par suite de troubler la paix ou la bonne entente entre nations, dont la paix dépend.

ments of war is open to grave objections. The Council shall advise how the evil effects attendant upon such manufacture can be prevented, due regard being had to the necessities of those Members of the League which are not able to manufacture the munitions and implements of war necessary for their safety.

The Members of the League undertake to interchange full and frank information as to the scale of their armaments, their military, naval, and air programmes and the condition of such of their industries as are adaptable to war-like purpose.

Article 9.

A permanent Commission shall be constituted to advise the Council on the execution of the provisions of Articles 1 and 8 and on military, naval and air questions generally.

Article 10.

The Members of the League undertake to respect and preserve as against external aggression the territorial integrity and existing political independence of all Members of the League. In case of any such aggression or in case of any threat or danger of such aggression the Council shall advise upon the means by which this obligation shall be fulfilled.

Article 11.

Any war or threat of war, whether immediately affecting any of the Members of the League or not, is hereby declared a matter of concern to the whole League, and the League, shall take any action that may be deemed wise and effectual to safeguard the peace of nations. In case any such emergency should arise the Secretary General shall on the request of any Member of the League forthwith summon a meeting of the Council.

It is also declared to be the friendly right of each Member of the League to bring to the attention of the Assembly or of the Council any circumstance whatever affecting international relations which threatens to disturb international peace or the good understanding between nations upon which peace depends.

Article 12.

Tous les Membres de la Société conviennent que, s'il s'élève entre eux un différend susceptible d'entraîner une rupture, ils le soumettront soit à la procédure de l'arbitrage ou à un règlement judiciaire, soit à l'examen du Conseil. Ils conviennent encore qu'en aucun cas ils ne doivent recourir à la guerre avant l'expiration d'un délai de trois mois après la décision arbitrale ou judiciaire, ou le rapport du Conseil.

Dans tous les cas prévus par cet article, la décision doit être rendue dans un délai raisonnable et le rapport du Conseil doit être établi dans les six mois à dater du jour où il aura été saisi du différend.

Article 13.

Les Membres de la Société conviennent que s'il s'élève entre eux un différend susceptible, à leur avis, d'une solution arbitrale ou judiciaire et si ce différend ne peut se régler de facon satisfaisante par la voie diplomatique la question sera soumise intégralement à un règlement arbitral ou judiciaire.

Parmi ceux qui sont généralement susceptibles de solution arbitrale ou judiciaire, on déclare tels les différends relatifs à l'interprétation d'un traité, à tout point de droit international, à la réalité de tout fait qui, s'il était établi, constituerait la rupture d'un engagement international, ou à l'étendue ou à la nature de la réparation due pour une telle rupture.

La cause sera soumise à la Cour permanente de Justice internationale, ou à toute juridiction ou Cour désignée par les Parties ou prévue dans leurs Conventions antérieures.

Les Membres de la Société s'engagent à exécuter de bonne foi les sentences rendues et à ne pas recourir à la guerre contre tout Membre de la Société qui s'y conformera. Faute d'exécution de la sentence, le Conseil propose les mesures qui doivent en assurer l'effet.

Article 12.

The Members of the League agree that if there should arise between them any dispute likely to lead to a rupture, they will submit the matter either to arbitration or judicial settlement or to inquiry by the Council, and they agree in no case to resort to war until three months after the award by the arbitrators or the judicial decision or the report by the Council.

In any case unter this Article the award of the arbitrators or the judicial decision shall be made within a reasonable time, and the report of the Council shall be made within six months after the submission of the dispute.

Article 13.

The Members of the League agree that whenever any dispute shall arise between them which they recognise to be suitable for submission to arbitration or judicial settlement and which cannot be satisfactorily settled by diplomacy, they will submit the whole subject-matter to arbitration or judicial settlement.

Disputes as to the interpretation of a treaty, as to any question of international law, as to the existence of any fact which if established would constitute a breach of any international obligation, or as to the extent and nature of the reparation to be made for any such breach, are declared to be among those which are generally suitable for submission to arbitration or judicial settlement.

For the consideration of any such dispute the court to which the case is referred shall be the Permanent Court of International Justice established in accordance with Article 14 or any tribunal agreed on by the parties to the dispute or stipulated in any convention existing between them.

The members of the League agree that they will carry out in full good faith any award or decision that may be rendered, and that they will not resort to war against a Member of the League which complies therewith. In the event of any failure to carry out such an award or decision the Council shall propose what steps should be taken to give effect thereto.

Article 14.

Le Conseil est chargé de préparer un projet de Cour permanente de justice internationale et de le soumettre aux Membres de la Société. Cette Cour connaîtra de tous différends d'un caractère international que les Parties lui soumettront. Elle donnera aussi des avis consultatifs sur tout différend ou tout point, dont la saisira le Conseil ou l'Assemblée.

Article 15.

S'il s'élève entre les Membres de la Société un différend susceptible d'entraîner une rupture et si ce différend n'est pas soumis à la procédure de l'arbitrage ou à un règlement judiciaire prévu à l'article 13, les Membres de la Société conviennent de le porter devant le Conseil. A cet effet, il suffit que l'un d'eux avise de ce différend le Secrétaire général, qui prend toutes dispositions en vue d'une enquête et d'un examen complets.

Dans le plus bref délai, les Parties doivent lui communiquer l'exposé de leur cause avec tous faits pertinents et pièces justificatives. Le Conseil peut en ordonner la publication immédiate.

Le Conseil s'efforce d'assurer le règlement du différend. S'il y réussit, il publie, dans la mesure qu'il juge utile, un exposé relatant les faits, les explications qu'ils comportent et les termes de ce règlement.

Si le différend n'a pu se régler, le Conseil rédige et publie un rapport, voté soit à l'unanimité, soit à la majorité des voix, pour faire connaître les circonstances du différend et les solutions qu'il recommande comme les plus équitables et les mieux appropriées à l'espèce.

Tout Membre de la Société représenté au Conseil peut également publier un exposé des faits du différend et ses propres conclusions.

Si le rapport du Conseil est accepté à l'unanimité, le vote des Représentants des Parties ne comptant pas dans le calcul de cette unanimité, les Membres de la Société s'engagent à ne recourir à la guerre contre

Article 14.

The Council shall formulate and submit to the Members of the League for adoption plans for the establishment of a Permanent Court of International Justice. The Court shall be competent to hear and determine any dispute of an international character which the parties thereto submit to it. The Court may also give an advisory opinion upon any dispute or question referred to it by the Council or by the Assembly.

Article 15.

If there should arise between Members of the League any dispute likely to lead to a rupture, which is not submitted to arbitration or judicial settlement in accordance with Article 13, the Members of the League agree that they will submit the matter to the Council. Any party to the dispute may effect such submission by giving notice of the existence of the dispute to the Secretary General, who will make all necessary arrangements for a full investigation and consideration thereof.

For this purpose the parties to the dispute will communicate to the Secretary General, as promptly as possible, statements of their case with all the relevant facts and papers, and the Council may forthwith direct the publication thereof.

The Council shall endeavour to effect a settlement of the dispute, and if such efforts are successful, a statement shall be made public giving such facts and explanations regarding the dispute and the terms of settlement thereof as the Council may deem appropriate.

If the dispute is not thus settled, the Council either unanimously or by a majority vote shall make and publish a report containing a statement of the facts of the dispute and the recommendations which are deemed just and proper in regard thereto.

Any Members of the League represented on the Council may make public a statement of the facts of the dispute and of its conclusions regarding the same.

If a report by the council is unanimously agreed to by the members thereof other than the Represen-

aucune Partie qui se conforme aux conclusions du rapport.

Dans le cas où le Conseil ne réussit pas à faire accepter son rapport par tous ses membres autres que les Représentants de toute Partie au différend, les Membres de la Société se réservent le droit d'agir comme ils le jugeront nécessaire pour le maintien du droit et de la justice.

Si l'une des Parties prétend et si le Conseil reconnaît que le différend porte sur une question que le droit international laisse à la compétence exclusive de cette Partie, le Conseil le constatera dans un rapport, mais sans recommander aucune solution.

Le Conseil peut, dans tous les cas prévus au présent article, porter le différend devant l'Assemblée. L'Assemblée devra de même être saisie du différend à la requête de l'une des Parties; cette requête devra être présentée dans les quatorze jours à dater du moment où le différend est porté devant le Conseil.

Dans toute affaire soumise à l'Assemblée, les dispositions du présent article et de l'article 12 relatives à l'action et aux pouvoirs du Conseil, s'appliquent également à l'action et aux pouvoirs de l'Assemblée. Il est entendu qu'un rapport fait par l'Assemblée avec l'approbation des Représentants des Membres de la Société représentés au Conseil et d'une majorité des autres Membres de la Société, à l'exclusion, dans chaque cas, des Représentants des Parties, a le même effet qu'un rapport du Conseil adopté à l'unanimité de ses Membres autres que les Représentants des Parties.

Article 16.

Si un Membre de la Société recourt à la guerre, contrairement aux engagements pris aux articles 12, 13 ou 15, il est ipso facto considéré comme ayant commis un acte de guerre contre tous les autres Membres de la Société. Ceux-ci s'engagent à rompre immédiate-

tatives of one or more of the parties to the dispute, the Members of the League agree that they will not go to war with any party to the dispute which complies with the recommendations of the report.

If the Council fails to reach a report which is unanimously agreed to by the members thereof, other than the Representatives of one or more of the parties to the dispute, the Members of the League reserve to themselves the right to take such action as they shall consider necessary for the maintenance of right and justice.

If the dispute between the parties is claimed by one of them, and is found by the Council, to arise out of a matter which by international law is solely within the domestic jurisdiction of that party, the Council shall so report, and shall make no recommendation as to its settlement.

The Council may in any case under this Article refer the dispute to the Assembly. The dispute shall be so referred at the request of either party to the dispute, provided that such request be made within fourteen days after the submission of the dispute to the Council.

In any case referred to the Assembly, all the provisions of this Article and of Article 12 relating to the action and powers of the Council shall apply to the action and powers of the Assembly, provided that a report made by the Assembly, if concurred in by the Representatives of those Members of the League represented on the Council and of a majority of the other Members of the League, exclusive in each case of the Representatives of the parties to the dispute, shall have the same force as a report by the Council concurred in by all the members thereof other than the Representatives of one or more of the parties to the dispute.

Article 16.

Should any Member of the League resort to war in disregard of its covenants under Articles 12, 13 or 15, it shall ipso facto be deemed to have committed an act of war against all other Members of the League, which hereby undertake immediately to subject it to

ment avec lui toutes relations commerciales ou financières, à interdire tous rapports entre leurs nationaux et ceux de l'Etat en rupture de pacte et à faire cesser toutes communications financières, commerciales ou personnelles entre les nationaux de cet Etat et ceux de tout autre Etat, Membre ou non de la Société.

En ce cas, le Conseil a le devoir de recommander aux divers Gouvernements intéressés les effectifs militaires, navals ou aériens par lesquels les Membres de la Société contribueront respectivement aux forces armées destinées à faire respecter les engagement de la Société.

Les Membres de la Société conviennent, en outre, de se prêter l'un à l'autre un mutuel appui dans l'application des mesures économiques et financières à prendre en vertu du présent article pour réduire au minimum les pertes et les inconvénients qui peuvent en résulter. Ils se prêtent également un mutuel appui pour résister à toute mesure spéciale dirigée contre l'un d'eux par l'Etat en rupture de pacte. Ils prennent les dispositions nécessaires pour faciliter le passage à travers leur territoire des forces de tout membre de la Société qui participe à une action commune pour faire respecter les engagements de la Société.

Peut être exclu de la Société tout Membre qui s'est rendu coupable de la violation d'un des engagements résultant du Pacte. L'exclusion est prononcée par le vote de tous les autres Membres de la Société représentés au Conseil.

Article 17.

En cas de différend entre deux Etats, dont un seulement est Membre de la Société ou dont aucun n'en fait partie, l'Etat ou les Etats étrangers à la Société sont invités à se soumettre aux obligations qui s'imposent à ses Membres aux fins de règlement du différend, aux conditions estimées justes par le Conseil. Si cette invitation est acceptée, les dispositions des articles 12 à 16 s'appliquent sous réserve des modifications jugées nécessaires par le Conseil.

Dès l'envoi de cette invitation, le Conseil ouvre une enquête sur les circonstances du différend et propose

the severance of all trade or financial relations, the prohibition of all intercourse between their nationals and the nationals of the covenant-breaking State, and the prevention of all financial, commercial or personal intercourse between the nationals of the covenant-breaking State and the nationals of any other State, whether a Member of the League or not.

It shall be the duty of the Council in such case to recommend to the several Governments concerned what effective military, naval or air force the Members of the League shall severally contribute to the armed forces to be used to protect the covenants of the League.

The Members of the League agree, further, that the will mutually support one another in the financial and economic measures which are taken under this article, in order to minimise the loss and inconvenience resulting from the above measures, and that they will mutually support one another in resisting any special measures aimed at one of their number by the covenant-breaking State, and that they will take the necessary steps to afford passage through their territory to the forces of any of the Members of the League which are co-operating to protect the covenants of the League.

Any Member of the League which has violated any covenant of the League may be declared to be no longer a Member of the League by a vote of the Council concurred in by the Representatives of all the other Members of the League represented thereon.

Article 17.

In the event of a dispute between a Member of the League and a State which is not a Member of the League, or between States not Members of the League, the State or States not Members of the League shall be invited to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, upon such conditions as the Council may deem just. If such invitation is accepted, the provisions of Articles 12 to 16 inclusive shall be applied with such modifications as may be deemed necessary by the Council.

Upon such invitation being given the Council shall

telle mesure qui lui paraît la meilleure et la plus efficace dans le cas particulier.

Si l'Etat invité, refusant d'accepter les obligations de Membre de la Société aux fins de règlement du différend, recourt à la guerre contre un Membre de la Société, les dispositions de l'article 16 lui sont applicables.

Si les deux Parties invitées refusent d'accepter les obligations de Membre de la Société aux fins de règlement du différend, le Conseil peut prendre toutes mesures et faire toutes propositions de nature à prévenir les hostilités et à amener la solution du conflit.

Article 18.

Tout traité ou engagement international conclu à l'avenir par un Membre de la Société devra être immédiatement enregistré par le Secrétariat et publié par lui aussitôt que possible. Aucun de ces traités ou engagements internationaux ne sera obligatoire avant d'avoir été enregistré.

Article 19.

L'Assemblée peut, de temps à autre, inviter les Membres de la Société à procéder à un nouvel examen des traités devenus inapplicables ainsi que des situations internationales, dont le maintien pourrait mettre en péril la paix du monde.

Article 20.

Les Membres de la Société reconnaissent, chacun en ce qui le concerne, que le présent Pacte abroge toutes obligations ou ententes inter se incompatibles avec ses termes et s'engagent solennellement à n'en pas contracter à l'avenir de semblables.

Si avant son entrée dans la Société, un Membre a assumé des obligations incompatibles avec les termes du Pacte, il doit prendre des mesures immédiates pour se dégager de ces obligations.

immediately institute an inquiry into the circumstances of the dispute and recommend such action as may seem best and most effectual in the circumstances.

If a State so invited shall refuse to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, and shall resort to war against a Member of the League, the provisions of Article 16 shall be applicable as against the State taking such action.

If both parties to the dispute when so invited refuse to accept the obligations of membership in the League for the purposes of such dispute, the Council may take such measures and make such recommendations as will prevent hostilities and will result in the settlement of the dispute.

Article 18.

Every treaty or international engagement entered into hereafter by any Member of the League shall be forthwith registered with the Secretariat and shall as soon as possible be published by it. No such treaty or international engagement shall be binding until so registered.

Article 19.

The Assembly may from time to time advise the reconsideration by Members of the League of treaties which have become inapplicable and the consideration of international conditions whose continuance might endanger the peace of the world.

Article 20.

The Members of the League severally agree that this Covenant is accepted as abrogating all obligations or understandings inter se which are inconsistent with the terms thereof, and solemnly undertake that they will not hereafter enter into any engagements inconsistent with the terms thereof.

In case any Member of the League shall, before becoming a Member of the League, have undertaken any obligations inconsistent with the terms of this Covenant, it shall be the duty of such Member to take immediate steps to procure its release from such obligations.

Article 21.

Les engagements internationaux, tels que les traités d'arbitrage, et les ententes régionales comme la doctrine de Monroe, qui assurent le maintien de la paix, ne sont considérés comme incompatibles avec aucune des dispositions du présent Pacte.

Article 22.

Les principes suivants s'appliquent aux colonies et territoires qui, à la suite de la guerre, ont cessé d'être sous la souveraineté des Etats qui les gouvernaient précédemment et qui sont habités par les peuples non encore capables de se diriger eux-mêmes dans les conditions particulièrement difficiles du monde moderne. Le bien-être et le développement de ces peuples forment une mission sacrée de civilisation, et il convient d'incorporer dans le présent Pacte des garanties pour l'accomplissement de cette mission.

La meilleure méthode de réaliser pratiquement ce principe est de confier la tutelle de ces peuples aux nations développées qui, en raison de leurs ressources, de leur expérience ou de leur position géographique, sont le mieux à même d'assumer cette responsabilité et qui consentent à l'accepter: elles exerceraient cette tutelle en qualité de Mandataires et au nom de la Société.

Le caractère du mandat doit différer suivant le degré de développement du peuple, la situation géographique du territoire, ses conditions économiques et toutes autres circonstances analogues.

Certaines communautés, qui appartenaient autrefois à l'Empire ottoman, ont atteint un degré de développement tel que leur existence comme nations indépendantes peut être reconnue provisoirement, à la condition que les conseils et l'aide d'un Mandataire guident leur administration jusqu'au moment où elles seront capables de se conduire seules. Les voeux de ces communautés doivent être pris d'abord en considération pour le choix du Mandataire.

Le degré de développement où se trouvent d'autres peuples, spécialement ceux de l'Afrique centrale, exige que le Mandataire y assume l'administration du terri-

Article 21.

Nothing in this Covenant shall be deemed to affect the validity of international engagements, such as treaties of arbitration or regional understandings like the Monroe doctrine, for securing the maintenance of peace.

Article 22.

To those colonies and territories which as a consequence of the late war have ceased to be under the sovereignty of the States which formerly governed them and which are inhabited by peoples not yet able to stand by themselves under the strenuous conditions of the modern world, there should be applied the principle that the well-being and development of such peoples form a sacred trust of civilisation and that securities for the performance of this trust should be embodied in this Covenant.

The best method of giving practical effect to this principle is that the tutelage of such peoples should be entrusted to advanced nations who by reason of their resources, their experience or their geographical position can best undertake this responsibility, and who are willing to accept it, and that this tutelage should be exercised by them as Mandatories on behalf of the League.

The characters of the mandate must differ according to the stage of the development of the people, the geographical situation of the territory, its economic conditions and other similar circumstances.

Certain communities formerly belonging to the Turkish Empire have reached a stage of development where their existence as independent nations can be provisionally recognised subject to the rendering of administrative advice and assistance by Mandatory until such time as they are able to stand alone. The wishes of these communities must be a principal consideration in the selection of the Mandatory.

Other peoples, especially those of Central Africa, are at such a stage that the Mandatory must be responsible for the administration of the territory under conditions which will guarantee freedom of conscience

toire à des conditions qui, avec la prohibition d'abus, tels que la traite des esclaves, le trafic des armes et celui de l'alcool, garantiront la liberté de conscience et de religion, sans autres limitations que celles que peut imposer le maintien de l'ordre public et de bonnes mœurs, et l'interdiction d'établir des fortifications ou des bases militaires ou navales et de donner aux indigènes une instruction militaire, si ce n'est pour la police ou la défense du territoire et qui assureront également aux autres Membres de la Société des conditions d'égalité pour les échanges et le commerce.

Enfin il y a des territoires, tels que le Sud-Ouest africain et certaines îles du Pacifique austral, qui, par suite de la faible densité de leur population, de leur superficie restreinte, de leur éloignement des centres de civilisation, de leur contiguité géographique au territoire du Mandataire, ou d'autres circonstances, ne sauraient être mieux administrés que sous les lois du Mandataire, comme une partie intégrante de son territoire, sous réserve des garanties prévues plus haut dans l'intérêt de la population indigène.

Dans tous les cas le Mandataire doit envoyer au Conseil un rapport annuel concernant les territoires dont il a la charge.

Si le degré d'autorité, de contrôle ou d'administration à exercer par le Mandataire n'a pas fait l'objet d'une Convention antérieure entre les Membres de la Société, il sera expressément statué sur ces points par le Conseil.

Une Commission permanente sera chargée de recevoir et d'examiner les rapports annuels des Mandataires et de donner au Conseil son avis sur toutes questions relatives à l'exécution des Mandats.

Article 23.

Sous la réserve, et en conformité des dispositions des Conventions internationales actuellement existantes ou qui seront ultérieurement conclues, les Membres de la Société:

a) s'efforceront d'assurer et de maintenir des conditions de travail équitables et humaines pour l'homme, la femme et l'enfant sur leurs propres

and religion, subject only to the maintenance of public order and morals, the prohibition of abuses such as the slave trade, the arms traffic and the liquor traffic, and the prevention of the establishment of fortifications or military and naval bases and of military training of the natives for other than police purposes and the defence of territory, and will also secure equal opportunities for the trade and commerce of other Members of the League.

There are territories, such as South-West Africa and certain of the South Pacific Islands, which owing to the sparseness of their population, or their small size, or their remoteness from the centres of civilisation, or their geographical contiguity to the territory of the Mandatory, and other circumstances, can be best administered under the laws of the Mandatory as integral portions of its territory, subject to the safeguards above mentioned in the interests of the indigenous population.

In every case of mandate, the Mandatory shall render to the Council an annual report in reference to the territory committed to its charge.

The degree of authority, control, or administration to be exercised by the Mandatory shall, if not previously agreed upon by the Members of the League, be explicitly defined in each case by the Council.

A permanent Commission shall be constituted to receive and examine the annual reports of the Mandatories and to advise the Council on all matters relating to the observance of the mandates.

Article 23.

Subject to and in accordance with the provisions of international conventions existing or hereafter to be agreed upon, the Members of the League:

(a) will endeavour to secure and maintain fair and humane conditions of labour for men, women, and children, both in their own countries and in all countries to which their commercial and

territoires, ainsi que dans tous pays auxquels s'étendent leurs relations de commerce et d'industrie et, dans ce but, d'établir et d'entretenir les organisations internationales nécessaires;

b) s'engagent à assurer le traitement équitable des populations indigènes dans les territoires soumis à leur administration;

c) chargent la Société du contrôle général des accords relatifs à la traite des femmes et des enfants, du trafic de l'opium et autres drogues nuisibles;

d) chargent la Société du contrôle général du commerce des armes et des munitions avec les pays où le contrôle de ce commerce est indispensable à l'intérêt commun;

e) prendront les dispositions nécessaires pour assurer la garantie et le maintien de la liberté des communications et du transit, ainsi qu'un équitable traitement du commerce de tous les Membres de la Société, étant entendu que les nécessités spéciales des régions dévastées pendant la guerre de 1914—1918 devront être prises en considération;

f) s'efforceront de prendre des mesures d'ordre international pour prévenir et combattre les maladies.

Article 24.

Tous les bureaux internationaux antérieurement établis par traités collectifs seront, sous réserve de l'assentiment des Parties, placés sous l'autorité de la Société. Tous autres bureaux internationaux et toutes Commissions pour le règlement des affaires d'intérêt international qui seront créés ultérieurement, seront placés sous l'autorité de la Société.

Pour toutes questions d'intérêt international réglées par des conventions générales, mais non soumises au contrôle de Commissions ou de bureaux internationaux, le Secrétariat de la Société devra, si les Parties le demandent et si le Conseil y consent, réunir et distribuer toutes informations utiles et prêter toute l'assistance nécessaire ou désirable.

industrial relations extend, and for that purpose will establish and maintain the necessary international organisations;

(b) undertake to secure just treatment of the native inhabitants of territories under their control;

(c) will entrust the League with the general supervision over the execution of agreements with regard to the traffic in women and children, and the traffic in opium and other dangerous drugs;

(d) will entrust the League with the general supervision of the trade in arms and ammunition with the countries in which the control of this traffic is necessary in the common interest;

(e) will make provision to secure and maintain freedom of communications and of transit and equitable treatment for the commerce of all Members of the League. In this connection, the special necessities of the regions devastated during the war of 1914—1918 shall be borne in mind;

(f) will endeavour to take steps in matters of international concern for the prevention and control of disease.

Article 24.

There shall be placed under the direction of the League all international bureaux already established by general treaties if the parties to such treaties consent. All such international bureaux and all commissions for the regulation of matters of international interest hereafter constituted shall be placed under the direction of the League.

In all matters of international interest which are regulated by general conventions but which are not placed under the control of international bureaux or commissions, the Secretariat of the League shall, subject to the consent of the Council and if desired by the parties, collect and distribute all relevant information and shall render any other assistance which may be necessary or desirable.

Le Conseil peut décider de faire rentrer dans les dépenses du Secrétariat celles de tout bureau ou Commission placé sous l'autorité de la Société.

Article 25.

Les Membres de la Société s'engagent à encourager et favoriser l'établissement et la coopération des organisations volontaires nationales de la Croix-Rouge dûment autorisées, qui ont pour objet l'amélioration de la santé, la défense préventive contre la maladie et l'adoucissement de la souffrance dans le monde.

Article 26.

Les amendements au présent Pacte entreront en vigueur dès leur ratification par les Membres de la Société, dont les Représentants composent le Conseil, et par la majorité de ceux dont les Représentants forment l'Assemblée.

Tout Membre de la Société est libre de ne pas accepter les amendements apportés au Pacte, auquel cas il cesse de faire partie de la Société.

Annexe.

I. Membres originaires de la Société des Nations Signataires du Traité de Paix.

Etats-Unis d'Amérique.
Belgique.
Bolivie.
Brésil.
Empire Britannique.
Canada.
Australie.
Afrique du Sud.
Nouvelle Zélande.
Inde.
Chine.
Cuba.
Equateur.
France.
Grèce.
Guatémala.
Haiti.
Hedjas.
Honduras.
Italie.
Japon.
Libéria.
Nicaragua.
Panama.
Pérou.
Pologne.
Portugal.
Roumanie.
Etat Serbe-Croate-Slovene.
Tchéco-Slovaquie.
Siam.
Uruguay.

The Council may include as part of the expenses of the Secretariat the expenses of any bureau or commission which is placed under the direction of the League.

Article 25.

The Members of the League agree to encourage and promote the establishment and co-operation of duly authorised voluntary national Red Cross organisations having as purposes the improvement of health, the prevention of disease and the mitigation of suffering throughout the world.

Article 26.

Amendments to this Covenant will take effect when ratified by the Members of the League whose Representatives compose the Council and by a majority of the Members of the League whose Representatives compose the Assembly.

No such amendment shall bind any Member of the League which signifies its dissent therefrom, but in that case it shall cease to be a Member of the League.

Annex.

I. Original Members of the League Nations Signatories of the Treaty of Peace.

United States of America.
Belgium.
Bolivia.
Brazil.
British Empire.
Canada.
Australia.
South Africa.
New Zealand.
India.
China.
Cuba.
Ecuador.
France.
Greece.
Guatemala.
Haiti.
Hedjaz.
Honduras.
Italy.
Japan.
Liberia.
Nicaragua.
Panama.
Peru.
Poland.
Portugal.
Roumania.
Serb- Kroat- Slovene-State
Siam.
Czecho-Slovakia.
Uruguay.

Etats invités à accéder au Pacte.

Argentine.
Chili.
Colombie.
Danemark.
Espagne.
Norvège.
Paraguay.
Pays-Bas.
Perse.
Salvador.
Suéde.
Suisse.
Vénézuéla.

II. Premier Secrétaire Général de la Société des Nations.

L'Honorable Sir James Eric Drummond, K. C. M. G., C. B.

States invited to accede to the Covenant.

Argentine Republic.
Chili.
Colombia.
Denmark.
Netherlands.
Norway.
Paraguay.
Persia.
Salvador.
Spain.
Sweden.
Switzerland.
Venezuela.

II. First Secretary General of the League of Nations.

The Honourable Sir James Eric Drummond, K. C. M. G., C. B.

Nr. 4.

Geschäftsordnung der VBV.

(I. VBV Pl. 214 f.)

Artikel 1. 1. Die VBV tritt alljährlich von Rechts wegen am ersten Montag des September am Sitze des VB zusammen.

2. Desgleichen tritt sie zu den Zeitpunkten zusammen, die von der VBV im Laufe einer vorangegangenen Tagung oder von dem VBR mit Stimmenmehrheit festgesetzt sind.

3. Halten ein oder mehrere Mitglieder des Bundes eine Tagung für angebracht, so wenden sie sich an den GS, der seinerseits die übrigen Bundesmitglieder nach ihrer Stellungnahme befragt. Wird dem Vorschlage auf Ansetzung einer Tagung von der Mehrheit der Bundesmitglieder innerhalb eines Monates, von der Mitteilung an diese an gerechnet, zugestimmt, so wird die VBV zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Artikel 2. Die VBV tritt am Sitze des Bundes oder, wenn außerordentliche Umstände vorliegen, an irgendeinem anderen, von der VBV oder von dem VBR durch Mehrheitsbeschluß bestimmten oder von der Mehrheit der Bundesmitglieder gebilligten Orte zusammen.

Artikel 3. 1. Der Zusammentritt der VBV erfolgt auf Grund einer Einberufung seitens des Präsidenten des VBR durch die Vermittlung des GS.

2. Die Einberufung wird den Bundesmitgliedern vier Monate vor dem für die Eröffnung der Tagung festgesetzten Zeitpunkte zugestellt; diese Frist kann jedoch im Falle von außergewöhnlichen Umständen durch einen Mehrheitsbeschluß des VBR verkürzt werden.

3. Die in der VBS vorgesehenen Bestimmungen für Sonderfälle werden durch die Vorschriften des vorhergehenden Paragraphen nicht berührt.

Artikel 4. 1. Die Tagesordnung der Tagung wird von dem GS des VB mit Zustimmung des Präsidenten des VBR festgestellt und den Mitgliedern nach Mög-

lichkeit vier Monate vor dem Zeitpunkte der ersten Sitzung in vollständiger Form mitgeteilt.

2. Die Tagesordnung einer jeden Jahrestagung hat zu umfassen:

a) einen Bericht über die Tätigkeit des VBR seit der letzten Tagung;
b) einen Bericht des GS über die Arbeit des Sekretariats und über die zur Ausführung der Versammlungsbeschlüsse getroffenen Maßnahmen;
c) alle Fragen, deren Einbeziehung in die Tagesordnung durch die VBV im Laufe einer vorangegangenen Tagung beschlossen worden ist;
d) die vom VBR vorgeschlagenen Fragen;
e) die von einem Bundesmitgliede vorgeschlagenen Fragen;
f) der Entwurf des Haushaltsplanes für das folgende und der Rechenschaftsbericht für das verflossene Rechnungsjahr.

3. Jedes Bundesmitglied kann einen Monat vor dem für die Eröffnungssitzung festgesetzten Zeitpunkte die Aufsetzung neuer Fragen auf die Tagesordnung verlangen. Die Fragen werden auf eine Ergänzungsliste aufgesetzt, die den Mitgliedern der VBV mindestens drei Wochen vor dem für die Eröffnungssitzung besimmten Zeitpunkte zugestellt wird. Die VBV entscheidet darüber, ob diese in der Ergänzungsliste enthaltenen Fragen auf die Tagesordnung der Tagung gesetzt werden.

4. Die VBV kann in Ausnahmefällen neue Fragen auf ihre Tagesordnung setzen, sie aber erst vier Tage danach und nach Vorlegung eines Ausschußberichtes behandeln, sofern nicht die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit ein anderes beschließt.

5. Ein Antrag auf Aenderung des in Kraft befindlichen Umlageplanes für die Ausgaben darf nur auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn er den Bundesmitgliedern mindestens vier Monate vor dem für die Eröffnungsitzung festgesetzten Zeitpunkte mitgeteilt worden ist.

Artikel 5. 1. Jedes Mitglied teilt dem GS nach Möglichkeit vor Eröffnung der Tagung die Namen seiner Vertreter mit, deren Zahl drei nicht übersteigen

darf. Es kann die Namen von Stellvertretern hinzufügen.

2. Jeder Vertreter überreicht sobald wie angängig, und zwar nach Möglichkeit vor der Eröffnungssitzung dem GS sein Beglaubigungsschreiben.

3. Die VBV wählt in geheimer Abstimmung einen Ausschuß von acht Mitgliedern zur Prüfung der Vollmachten. Dieser erstattet unverzüglich Bericht.

4. Jeder Vertreter, dessen Zulassung auf Widerstand stößt, nimmt seinen Sitz vorläufig mit den gleichen Rechten wie die übrigen Vertreter ein, es sei denn, daß die VBV ein anderes beschließt.

Artikel 6. 1. Abgesehen von den in § 1 des Artikel 5 erwähnten Stellvertretern können die auf der VBV anwesenden Vertreter eines Mitgliedes gemeinsam Stellvertreter bestimmen. Die Ernennung der Stellvertreter ist dem Präsidenten schriftlich mitzuteilen.

2. Ist ein Stellvertreter von einem Bundesmitgliede ernannt worden, so kann er ohne Ermächtigung durch die ordentlichen Vertreter einen solchen ersetzen.

3. Ist der ordentliche Vertreter anwesend, so darf der Stellvertreter ihn lediglich unterstützen; ist der ordentliche Vertreter abwesend oder augenblicklich verhindert, an den Beratungen der VBV teilzunehmen, so kann der Stellvertreter seine Stelle einnehmen.

4. Für die Ausschüsse können die Delegationen auch andere als die in diesem Artikel bezeichneten Ersatzmänner sowie technische Sachverständige bestimmen; die Ersatzmänner und Sachverständigen können jedoch weder zu Präsidenten noch zu Berichterstattern ernannt werden, noch einen Sitz in der VBV einnehmen.

Artikel 7. 1. Das Büro der VBV besteht aus einem Präsidenten und sechs Vizepräsidenten sowie den Präsidenten der Hauptausschüsse, die von Rechts wegen Vizepräsidenten der Bundesversammlung sind.

2. Der Präsident wird zu Beginn einer jeden Tagung gewählt.

3. Der Präsident des VBR führt bis zur Wahl des endgültigen Präsidenten den Vorsitz in der VBV.

4. Die Wahl der Vizepräsidenten erfolgt in einer der ersten Sitzungen der Tagung.

Artikel 8. 1. Der Präsident eröffnet, vertagt und schließt die Sitzungen und leitet die Arbeiten der VBV. Er hat für die Innehaltung der GO zu sorgen, erteilt das Wort, erklärt die Aussprachen für beendet, läßt über die zur Entscheidung stehenden Fragen abstimmen und verkündet die Ergebnisse der Abstimmungen.

2. Der Präsident wird durch die Mitglieder des Büros unterstützt in der allgemeinen Leitung der Arbeiten der VBV, in der Bildung der von der VBV beschlossenen Auschüsse, in der Frage der der VBV zu machenden Mitteilungen, in der Festsetzung der Tagesordnung für jede Sitzung sowie der Reihenfolge, in der die verschiedenen Fragen zu behandeln sind.

Artikel 9. 1. Dem GS obliegt die Einrichtung des Sekretariates der VBV sowie der Sekretariate der von der VBV gebildeten Ausschüsse.

2. Der GS kann im Laufe der Sitzungen der VBV durch einen oder mehrere Beauftragte unterstützt oder vertreten werden. Der GS oder seine Beauftragten können jederzeit auf Aufforderung seitens des Präsidenten der VBV Berichte über jede Frage vorlegen, die die VBV behandelt. Sie können außerdem vom Präsidenten aufgefordert werden, zu jeder gerade erörterten Frage mündliche Mitteilungen zu machen.

Artikel 10. Die Aufgaben des Sekretariats sind insbesondere der Empfang, der Druck, die Mitteilung und die Uebersetzung der Schriftstücke, Berichte und Beschlüsse, die Uebersetzung der während der Sitzungen gehaltenen Reden, die Abfassung, der Druck und die Verteilung der Sitzungsprotokolle, die Aufbewahrung der Schriftstücke der VBV in den Bundesarchiven, die Veröffentlichung der Sitzungsberichte und überhaupt die Erledigung aller durch die VBV ihm überwiesenen Aufgaben.

2. Alle von der VBV herrührenden Schriftstücke sind den Regierungen der Bundesmitglieder mitzuteilen.

Artikel 11. 1. Das Publikum wird zu den Vollsitzungen auf Karten zugelassen, die durch den GS ausgegeben werden.

2. Die VBV kann beschließen, daß bestimmte Sitzungen nicht öffentlich sind.

3. Die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse über Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, sind in öffentlicher Sitzung der VBV zu verkünden.

Artikel 12. Das Sekretariat hat für jede Sitzung eine Anwesenheitsliste zu führen.

Artikel 13. Zu Beginn einer jeden Sitzung legt der Präsident der VBV alle an die VBV oder an den VB gerichteten, ihm wichtig erscheinenden Mitteilungen vor.

Artikel 14. 1. Die VBV setzt zur Prüfung der Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, Ausschüsse ein. Fragen gleicher Art sind demselben Ausschusse zu überweisen.

2. Die VBV befaßt sich mit Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, erst dann, wenn ein Ausschußbericht niedergelegt und verteilt worden ist, es sei denn, daß sie mit Zweidrittelmehrheit ein anderes beschließt. In denjenigen Ausschußberichten, welche Ausgaben betreffen, muß angegeben werden, ob diese Ausgaben zu den allgemeinen Bundesausgaben gehören oder ob sie von den an der jeweiligen Frage besonders interessierten Bundesmitgliedern gedeckt werden sollen. Denjenigen nicht vom Finanzausschusse verfaßten Ausschußberichten, in denen Maßnahmen empfohlen werden, welche Ausgaben erforderlich machen, muß ein nach Zeit und Lage der Dinge möglichst genauer Voranschlag beigefügt werden. Diese Voranschläge müssen, bevor die betreffende Frage vor die VBV gebracht wird, dem Finanzausschusse zur Nachprüfung vorgelegt werden. Beschlüsse, welche Ausgaben zur Folge haben, dürfen von der VBV in jedem Falle erst dann gefaßt werden, wenn sich der Finanzausschuß unter Berücksichtigung der allgemeinen Haushaltslage über die Ratsamkeit der vorgeschlagenen Ausgaben gutachtlich geäußert hat.

3. Jede Delegation kann für jeden Ausschuß einen Vertreter und technische Berater ernennen.

4. Die Ausschüsse ernennen selbst ihre Präsidenten und Berichterstatter.

5. Jeder Ausschuß ist berechtigt, Unterausschüsse niederzusetzen, die ihr Büro selbst wählen.

6. Vorbehaltlich einer entgegengesetzten Entscheidung sind die Sitzungen der Ausschüsse nicht öffentlich. Die Ausschüsse führen ein Verzeichnis der Beratungsgegenstände und ein Protokoll, die so schnell wie möglich zu veröffentlichen sind und die von den Mitgliedern der VBV jederzeit eingesehen werden dürfen. Die Veröffentlichung erfolgt erst nach Genehmigung durch den Ausschuß.

7. Jeder Vertreter hat das Recht, den Ausschüssen jegliche ihm angebracht erscheinende Mitteilung zu machen; das Wort ergreifen darf er jedoch nur dann, wenn er Mitglied des betreffenden Ausschusses ist oder der Präsident ihn dazu besonders ermächtigt hat.

8. Der GS oder seine Beauftragten können in gleicher Weise den Ausschüssen und Unterausschüssen alle ihnen angebracht erscheinenden Berichte vorlegen und Mitteilungen machen.

Artikel 15. Kein Vertreter darf in der VBV ohne vorherige Zustimmung des Präsidenten das Wort ergreifen.

2. Die Redner sprechen in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen. Präsident und Berichterstatter eines Ausschusses dürfen zum Zwecke der Verteidigung oder Erklärung der Ergebnisse, zu denen ihr Ausschuß gelangt ist, außer der Reihe reden.

Dasselbe gilt von den Mitgliedern des VBR.

3. Der Präsident kann einen Redner, dessen Ausführungen mit dem Gegenstande der Aussprache nicht im Zusammenhange stehen, zur Ordnung rufen; nötigenfalls kann er ihm das Wort entziehen.

4. Während der Aussprache über eine Frage können die Vertreter Anträge zur GO stellen, über die der Präsident unverzüglich nach der GO zu entscheiden hat.

5. Die VBV kann eine Redezeit festsetzen.

Artikel 16. 1. Die in französischer Sprache gehaltenen Reden sind ins Englische und umgekehrt durch einen dem Sekretariat angehörenden Dolmetscher zu übersetzen.

2. Jeder Vertreter, der sich einer anderen Sprache bedient, hat selbst für die Uebersetzung seiner Rede ins Französische oder Englische zu sorgen.

3. Alle Schriftstücke, Entschließungen und Berichte, die vom Präsidenten oder vom Sekretariat veröffentlicht werden, müssen in französischer und in englischer Sprache abgefaßt sein.

4. Jeder Vertreter kann Schriftstücke in einer anderen als der französischen oder englischen Sprache verteilen lassen; das Sekretariat ist jedoch nicht verpflichtet, für ihre Uebersetzung oder ihren Druck Sorge zu tragen.

5. Jedes Bundesmitglied oder jede Mitgliedergruppe kann verlangen, daß regelmäßig alle Schriftstücke und Veröffentlichungen des Bundes in einer anderen als der französischen oder englischen Sprache übersetzt, gedruckt und verteilt werden, jedoch nur unter der Bedingung, daß das betreffende Bundesmitglied oder die betreffende Mitgliedergruppe selbst dafür Sorge trägt.

Artikel 17. 1. Entwürfe von Entschließungen, Abänderungsvorschlägen und Anträgen sind dem Präsidenten schriftlich mitzuteilen. Er läßt sie an die Vertreter verteilen.

2. Im Regelfalle darf ein solcher Entwurf erst dann beraten und zur Abstimmung gebracht werden, wenn er spätestens am Tage vor der Sitzung den Vertretern zugestellt worden ist.

3. Der Präsident kann die Aussprache über Abänderungsvorschläge oder über Anträge zur GO oder ihre Prüfung auch ohne vorherige Verteilung zulassen.

Artikel 18. 1. Bei jeder Aussprache kann jeder Vertreter die Entscheidung über Vorfragen oder eine Vertagung beantragen. Solche Anträge haben den Vorrang; außer dem Antragsteller können noch zwei Redner für und zwei Redner gegen den Antrag sprechen.

2. Dem Antrage auf Teilung einer Frage muß stattgegeben werden.

3. Jeder Vertreter kann jederzeit Schluß der Aussprache beantragen, selbst wenn andere Redner sich zum Wort gemeldet haben. Wird zum Zwecke des Widerspruches gegen den Antrag auf Schluß der Aussprache um das Wort gebeten, so dürfen nur zwei Redner dazu sprechen.

4. Der Präsident legt der VBV den Antrag auf Schluß der Aussprache zur Stellungnahme vor. Nimmt ihn die VBV mit Stimmenmehrheit an, so verkündet der Präsident den Schluß der Aussprache.

5. Liegen mehrere Abänderungsanträge gleichzeitig zur Abstimmung vor, so wird zuerst über denjenigen abgestimmt, dessen Inhalt am meisten von dem des Hauptantrages abweicht.

6. Hat ein Abänderungsantrag die Streichung einer Bestimmung zum Gegenstande, so wird zuerst über deren Aufrechterhaltung und erst im Falle der Ablehnung über den Abänderungsantrag selbst abgestimmt.

7. Soll durch einen Abänderungsantrag der Hauptantrag ergänzt werden, so wird zuerst über jenen und erst nach seiner Annahme über den Hauptantrag einschließlich der Ergänzung abgestimmt.

Artikel 19. 1. Vorbehaltlich ausdrücklich entgegenstehender Bestimmungen der VBS oder eines Vertrages werden die Beschlüsse der VBV einstimmig von den in der Sitzung vertretenen Bundesmitgliedern gefaßt.

2. Alle Fragen des Verfahrens, die sich während der Sitzungen der VBV erheben, einschließlich der Bestellung von Ausschüssen zur Untersuchung von Sonderfragen, sind Sache der VBV und werden durch Mehrheitsbeschluß der in der Sitzung vertretenen Bundesmitglieder entschieden.

3. Als Fragen des Verfahrens gelten alle Entscheidungen, welche zufolge der Bestimmungen dieser GO gefällt werden.

4. Für das Zustandekommen eines Mehrheitsbeschlusses ist die Zustimmung der Hälfte der in der Sitzung vertretenen Mitglieder und noch eines weiteren Mitgliedes erforderlich.

5. Soweit es sich um die in diesem Artikel vorgesehenen Abstimmungen handelt, gelten diejenigen

Vertreter, die sich der Stimme enthalten, als nicht anwesend.

Artikel **20.** 1. Die Abstimmung in der VBV erfolgt namentlich, es sei denn, daß die in der Sitzung vertretenen Bundesmitglieder eine Abstimmung durch „Aufstehen" und „Sitzenbleiben" beschließen, und abgesehen von den Fällen des Artikels 21. Der namentliche Aufruf erfolgt je nach Beschluß der VBV auf eine der beiden folgenden Arten:

a) der Name einer jeden Delegation wird aufgerufen, und eines ihrer Mitglieder hat mit „Ja" oder „Nein" oder mit „Ich enthalte mich" zu antworten. Das Abstimmungsergebnis wird vermerkt und verkündet; oder

b) die Delegation eines jeden in der Sitzung vertretenen Bundesmitgliedes erhält zwei Stimmzettel mit dem Namen seines Landes. Der eine dieser Stimmzettel ist rot und bedeutet „Ja", der andere ist blau und bedeutet „Nein". Die Stimmzettel werden in eine Urne geworfen, die an dem Platze des Präsidenten steht. Nach Abgabe sämtlicher Stimmzettel verkündet der Präsident den Schluß der Abstimmung, und das Bureau der VBV beginnt mit der Zählung. Jede abgegebene Stimme wird bekanntgegeben, und der Präsident verkündet das Ergebnis der Abstimmung.

Artikel **21.** 1. Jede Entscheidung in Personalfragen wird in geheimer Abstimmung gefällt.

2. Erhält beim ersten Wahlgange keine der zur Wahl gestellten Personen die Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Hierbei erfolgt jedoch eine Abstimmung nur über die beiden Bewerber, die die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit gilt der den Jahren nach ältere Bewerber als gewählt.

3. Hat die VBV gleichzeitig mehrere Wahlen unter gleichen Bedingungen vorzunehmen, so erfolgt Listenwahl. Alle diejenigen gelten im ersten Wahlgange als gewählt, die die einfache Mehrheit der Stimmen erhalten haben. Ist die Zahl der Gewählten geringer als die Anzahl der vorzunehmenden Ernennungen, so

findet unter denen, die beim ersten Wahlgange unter den nicht Gewählten die meisten Stimmen erhalten haben, eine zweite Abstimmung über eine Anzahl von Bewerbern statt, die doppelt so groß ist als die noch zur Verfügung stehenden Plätze. Als gewählt gelten dann diejenigen, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Artikel **22.** Im Falle der Stimmengleichheit bei allen nicht unter Artikel 21 fallenden Abstimmungen, bei denen eine Stimmenmehrheit erzielt werden muß, erfolgt eine zweite Abstimmung in der nächsten Sitzung. Diese hat binnen 48 Stunden nach der ersten Abstimmung stattzufinden. Die Tagesordnung der zweiten Sitzung muß die schwebende Frage ausdrücklich als Abstimmungsgegenstand erwähnen. Erhält der betreffende Antrag auch in der zweiten Sitzung nicht die Mehrheit der Stimmen, so gilt er als abgelehnt.

Artikel **22a.** 1. Diejenigen Mitglieder, deren Vertreter zu nichtständigen Ratsmitgliedern berufen werden sollen, werden von der VBV in geheimer Abstimmung gewählt.

2. Müssen mehrere Sitze besetzt werden, so findet Listenwahl statt. Ein Stimmzettel, der mehr Namen enthält, als Sitze zu besetzen sind, ist ungültig.

3. Im ersten und zweiten Wahlgange gilt nur derjenige als gewählt, der wenigstens die einfache Mehrheit der Stimmen erhalten hat. Sind nach zwei Wahlgängen noch Sitze frei, so findet eine dritte Abstimmung statt, und zwar über eine Liste, die die Namen der beim zweiten Wahlgange unter den Nichtgewählten Erfolgreichsten in einer doppelt so großen Anzahl enthält, als Sitze zu besetzen sind. Als gewählt gelten sodann diejenigen Mitglieder, die die meisten Stimmen erhalten haben.

4. Haben zwei oder mehr Mitglieder die gleiche Anzahl Stimmen erhalten, während Sitze für alle nicht zur Verfügung stehen, so findet eine Stichwahl zwischen diesen Mitgliedern statt. Bei abermaliger Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Präsident zu ziehen hat.

Artikel **23.** 1. Der Präsident kann die Sitzung für geschlossen oder für vertagt erklären, sofern von seiten

der Versammlung seinem diesbezüglichen Vorschlage nicht widersprochen wird.

2. Der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen oder für vertagt, wenn die VBV es beschließt.

Artikel **24.** Das Bureau kann an allen Entschließungen der VBV formale, nicht aber sachliche Aenderungen vornehmen, soweit es sie zur Erreichung einer Uebereinstimmung der Texte für notwendig hält. Das Bureau hat der VBV darüber zu berichten.

Artikel **25.** Die Sitzungsberichte werden vom Sekretariat abgefaßt und nach Genehmigung durch den Präsidenten der VBV vorgelegt.

Artikel **26.** Die von der VBV angenommenen Texte sind binnen 14 Tagen nach Schluß der VBV durch den GS den Mitgliedern des VB mitzuteilen.

Artikel **27.** Diese GO gilt auch für die Beratungen der Ausschüsse.

Artikel **28.** Diese GO kann nach vorangegangenem Ausschußberichte durch Mehrheitsbeschluß der VBV geändert werden.

Nr. 5.

Geschäftsordnung des VBR.

(JO 20 272 f.)

Artikel 1. Der VBR tritt zusammen, wenn die Verhältnisse es erfordern, mindestens aber einmal im Jahre, und zwar am Sitz des VB. In Ausnahmefällen kann der VBR nach einem anderen Orte einberufen werden, den der VBR selbst bestimmt oder den der Präsident für geeignet hält. Im letzten Falle soll der Präsident soweit möglich erst mit den anderen Ratsmitgliedern Fühlung nehmen. Die Tagungen des VBR werden vom Präsidenten einberufen. Die Einladung erfolgt schriftlich durch den GS und ist unter Vermittlung der Regierungen an die durch die betreffenden Regierungen ordnungsgemäß beglaubigten Vertreter zu richten. Sie muß mindestens 20 Tage vor der ersten Sitzung einer jeden Tagung zugestellt werden.

Das Einladungsschreiben muß die auf der Tagesordnung stehenden Fragen enthalten. Nach Möglichkeit sind die erforderlichen Schriftstücke beizufügen.

Aus wichtigen Gründen kann der Präsident die in Absatz 2 bezeichnete Frist verkürzen, soweit es die Verhältnisse erfordern und gestatten.

Der VBR muß innerhalb einer angemessenen Frist einberufen werden, wenn ein Bundesmitglied, das im VBR vertreten ist oder wenn drei nicht im Rate vertretene Bundesmitglieder es verlangen. Das diesbezügliche Ersuchen ist beim GS anzubringen.

Die Sondervorschriften der §§ 1 und 2 des Artikels 11 und des § 1 des Artikels 15 der VBS werden durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 2. Der VBR bestimmt, welche Fragen auf die Tagesordnung der nächsten Tagung gesetzt werden sollen, und kann dafür die Berichterstatter ernennen.

Beantragt ein Bundesmitglied in der Zeit zwischen zwei Tagungen des VBR die Behandlung einer Frage auf der nächsten Tagung, so setzt sie der GS auf die Tagesordnung. Dasselbe gilt von jeder anderen Frage, von der der VBR in der Zeit zwischen zwei Tagungen Kenntnis erhält und deren Behandlung dem GS und dem Präsidenten wünschenswert erscheint.

Sind die Berichterstatter nicht vom VBR ernannt worden, so erfolgt die Ernennung in jedem Falle durch den Präsidenten.

Mit Zustimmung der Mehrheit der auf der Tagung vertretenen Ratsmitglieder können im Laufe der Sitzungen neue Fragen, die nicht auf der Tagesordnung standen, hinzugefügt werden. Jedoch kann der VBR eine Entscheidung erst 48 Stunden nach der Einbeziehung der neuen Frage in die Tagesordnung und nach Erstattung eines Berichts über sie fällen.

Artikel 3. Zu Beginn einer jeden Tagung hat der GS einen schriftlichen Bericht über die im Hinblick auf die Beschlüsse der vorangegangenen Tagung unternommenen Schritte, über den Stand der dem VBR unterbreiteten Fragen sowie über die Fragen, mit denen er seit der letzten Tagung unmittelbar befaßt worden ist, vorzulegen.

Artikel 4. Der Präsident und der Vizepräsident werden vom VBR in geheimer Abstimmung und mit einfacher Mehrheit für die Dauer eines Jahres gewählt.

Erlischt aus irgendeinem Grunde das Mandat des Präsidenten oder des Vizepräsidenten als Vertreter im VBR, so schreitet der VBR zur Neuwahl.

Ein Vertreter im VBR, der während eines Jahres Präsident oder Vizepräsident gewesen ist, kann für das folgende Jahr weder zum Präsidenten noch zum Vizepräsidenten gewählt werden.

Artikel 5. Vorbehaltlich eines gegenteiligen Beschlusses des VBR sind die Sitzungen öffentlich, soweit es sich um die Darlegungen der Berichterstatter, die Schlußaussprache und die Abstimmungen über die beantragten Beschlüsse handelt. Zur Vorbesprechung über die auf der Tagesordnung stehenden Fragen tritt der VBR zu einer privaten Sitzung zusammen.

Alle auf der Tagesordnung stehenden Anträge müssen in öffentlicher Sitzung noch einmal behandelt und zur Abstimmung gebracht werden, es sei denn, daß der VBR ein anderes beschließt.

Artikel 6. Der Präsident erklärt die Sitzung für eröffnet, wenn der im Einladungsschreiben oder in einer vorangegangenen Sitzung für die Eröffnung bestimmte Zeitpunkt eingetreten und die Mehrheit der Vertreter der nach den Vorschriften der §§ 1 und 2 des Artikels 4 der VBS ernannten Mitglieder anwesend ist.

Er erklärt die Sitzung für geschlossen oder für vertagt, wenn die Anzahl der erschienenen Vertreter nicht die vorgeschriebene Mehrheit darstellt.

Artikel 7. Der GS oder sein Vertreter führt das Sitzungsprotokoll. Abschriften der Protokolle werden den Vertretern im VBR so schnell wie möglich zugestellt. Der Wortlaut derjenigen Protokolle, die nicht während einer Sitzung genehmigt worden sind, wird durch den GS den Vertretern im VBR binnen zwei Wochen nach Schluß der Tagung an deren Wohnsitz oder den von ihnen bezeichneten Ort zugesandt.

Werden binnen 20 Tagen nach Zustellung der Abschriften Einwendungen von seiten eines Vertreters im

VBR nicht erhoben, so gilt dieser Wortlaut als endgültig.

Sämtliche Beschlüsse müssen in ihrem endgültigen Wortlaute vor Schluß der Tagung genehmigt werden.

Der endgültige Wortlaut wird den Vertretern im VBR sowie den Mitgliedern des VB übermittelt.

Artikel 8. Vorbehaltlich ausdrücklich entgegenstehender Bestimmungen der VBS oder eines Vertrages werden die Beschlüsse des VBR einstimmig von den in der Sitzung vertretenen Bundesmitgliedern gefaßt.

Alle Fragen des Verfahrens, die sich während der Sitzungen im VBR erheben, einschließlich der Bestellung von Ausschüssen zur Untersuchung von Sonderfragen, sind Sache des VBR und werden durch Mehrheitsbeschluß der in der Sitzung vertretenen Bundesmitglieder entschieden.

Die Abstimmung erfolgt durch Handerheben. Sie geschieht namentlich, wenn ein Vertreter im VBR es verlangt.

Artikel 9. Jede Entscheidung über Personen wird in privater Sitzung durch geheime Abstimmung gefällt. Erhält beim ersten Wahlgange keine der zur Wahl gestellten Personen die Mehrheit, so findet eine zweite Abstimmung statt. Erhält auch dann niemand die Mehrheit, so erfolgt ein dritter Wahlgang. In diesem Falle stehen jedoch nur die beiden Bewerber zur Wahl, die beim zweiten Wahlgange die meisten Stimmen erhalten haben. Lag Stimmengleichheit zugunsten mehrerer Kandidaten vor, so findet beim dritten Wahlgange die Abstimmung nur über die beiden den Jahren nach ältesten statt. Bei abermaliger Stimmengleichheit gilt der ältere als gewählt.

Im Falle von Stimmengleichheit bei allen anderen Abstimmungen, bei denen eine Stimmenmehrheit erzielt werden muß, erfolgt eine zweite Abstimmung in der nächsten Sitzung. Diese hat innerhalb 48 Stunden nach der ersten Abstimmung stattzufinden. Die Tagesordnung der zweiten Sitzung muß die schwebende Frage ausdrücklich als Abstimmungsgegenstand erwähnen. Erhält der betreffende Antrag auch in der zweiten Sitzung nicht die Mehrheit der Stimmen, so gilt er als abgelehnt.

Artikel 10. Sachverständige und Beamte des VB können, wenn es erforderlich ist, zum Zwecke der Auskunftserteilung oder sonstiger Mitwirkung zu den Sitzungen zugelassen werden.

Jedes Ratsmitglied darf von zwei Ratgebern oder Sekretären begleitet sein.

Artikel 11 und Artikel 12. (Nicht mehr in Kraft, da die in ihnen behandelten Fragen durch die Finanzordnung des VB neu geregelt sind.)

Artikel 13. In Uebereinstimmung mit den Vorschriften der VBS kann diese GO jederzeit durch Mehrheitsbeschluß der dem VBR angehörenden Völkerbundsmitglieder geändert werden. Ist der Abänderungsantrag in dem Einladungsschreiben nicht angezeigt, so ist nach den Vorschriften des § 4 des Artikels 2 zu verfahren.

Artikel 14. Die Bestimmungen dieser GO treten mit dem Schlusse der zu Rom vom 14. bis 19. Mai 1920 abgehaltenen Tagung des VBR in Kraft. Soweit sie sich auf die Ernennung des Präsidenten und des Vizepräsidenten beziehen, sind sie erst auf Grund eines besonderen Beschlusses des VBR in Anwendung zu bringen.

Nr. 6.

Satzung des StIG.

(JO 21 14 f.)

Artikel 1. Unabhängig von dem durch die Haager Uebereinkommen von 1899 und 1907 errichteten Ständigen Schiedshofe und den besonderen Schiedsgerichten, denen die Staaten auch in Zukunft ihre Streitigkeiten zur Entscheidung vorlegen können, wird auf Grund des Artikels 14 der VBS ein StIG errichtet.

1. Abschnitt.

Verfassung des Gerichtshofes.

Artikel 2. Der StIG setzt sich zusammen aus unabhängigen Richtern, die ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit aus der Reihe der das höchste sitt-

liche Ansehen genießenden Personen gewählt werden und die die zur Ausübung der höchsten richterlichen Aemter in ihrem Lande erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Völkerrechtsgelehrte von anerkanntem Rufe sind.

Artikel 3. Der Gerichtshof besteht aus 15 Mitgliedern, 11 ordentlichen Richtern und 4 Hilfsrichtern. Die Zahl der ordentlichen Richter und Hilfsrichter kann auf Antrag des VBR durch die VBV auf 15 ordentliche Richter und 6 Hilfsrichter erhöht werden.

Artikel 4. Die Mitglieder des StIG werden durch die VBV und den VBR auf Grund einer von den nationalen Gruppen des Ständigen Schiedshofes vorgelegten Liste entsprechend den nachfolgenden Bestimmungen gewählt.

Was die im Ständigen Schiedshofe nicht vertretenen Mitglieder des VB betrifft, so werden die Bewerberlisten durch die nationalen Gruppen aufgestellt, welche zu diesem Zwecke von den Regierungen der Bundesmitglieder unter denselben Bedingungen bestimmt werden, wie sie für die Mitglieder des Ständigen Schiedshofes in Artikel 44 des Haager Abkommens von 1907 zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle festgelegt sind.

Artikel 5. Mindestens 3 Monate vor der Wahl ladet der GS des VB schriftlich diejenigen Mitglieder des Ständigen Schiedshofes, die den im Anhange zur VBS genannten oder den dem VB später beigetretenen Staaten angehören, sowie die in Artikel 4 Abs. 2 bestimmten Personen ein, innerhalb einer festgelegten Frist nach nationalen Gruppen Personen vorzuschlagen, die in der Lage sind, das Amt eines Mitgliedes des StIG auszufüllen.

In keinem Falle darf eine Gruppe mehr als 4 Personen, davon höchstens 2 ihrer eigenen Staatsangehörigkeit, vorschlagen. In keinem Falle darf die Gesamtzahl der Bewerber die Zahl der zu besetzenden Stellen um mehr als das Doppelte übersteigen.

Artikel 6. Jeder nationalen Gruppe wird empfohlen, vor Bestimmung der Bewerber den obersten Gerichtshof ihres Landes, die rechtswissenschaftlichen

Fakultäten und Schulen, die dem Rechtsstudium gewidmeten nationalen Akademien und nationalen Abteilungen internationaler Akademien zu hören.

Artikel 7. Der GS des VB fertigt eine alphabetische Liste aller so benannten Personen an; nur diese Personen sind wählbar, unbeschadet des in § 2 des Artikels 12 vorgesehenen Falles.

Der GS reicht diese Liste der VBV und dem VBR ein.

Artikel 8. Unabhängig voneinander schreiten VBV und VBR zur Wahl zuerst der ordentlichen Richter und dann der Hilfsrichter.

Artikel 9. Bei jeder Wahl ist von den Wählern darauf zu achten, daß die künftigen Mitglieder des StIG nicht nur jedes für sich die gestellten Vorbedingungen erfüllen, sondern daß sie auch in ihrer Gesamtheit die Vertretung der allgemeinen Formen der Zivilisation und der hauptsächlichsten geltenden Rechtssysteme gewährleisten.

Artikel 10. Gewählt sind diejenigen, die sowohl in der VBV wie im VBR die Mehrheit der Stimmen erhalten haben.

Wählen VBV und VBR mehr als einen Angehörigen desselben Bundesmitgliedes, so gilt allein der den Jahren nach Aeltere als gewählt.

Artikel 11. Sind nach dem ersten Wahlgang noch Sitze frei, so findet ein zweiter und, wenn nötig, ein dritter Wahlgang in derselben Weise statt.

Artikel 12. Sind auch nach dem dritten Wahlgang noch Sitze frei, so kann auf Antrag der Versammlung oder des Rates jederzeit ein Vermittelungsausschuß von 6 Mitgliedern gebildet werden, von denen 3 die VBV und 3 der VBR ernennt. Dieser Ausschuß hat für jeden freien Sitz der Versammlung und dem Rate einen Kandidaten zur getrennten Abstimmung vorzuschlagen.

Durch einstimmigen Beschluß können auf diese Liste alle die Personen gesetzt werden, die den gestellten Vorbedingungen genügen, auch wenn sie nicht auf der in Artikel 4 und 5 vorgesehenen Vorschlagsliste stehen.

Stellt der Vermittelungsausschuß fest, daß er die Wahl nicht zu bewirken vermag, so haben die bereits gewählten Mitglieder des StIG die noch freien Sitze innerhalb einer vom VBR zu bestimmenden Frist mit Personen aus der Zahl der Bewerber zu besetzen, für die in der VBV oder im VBR bereits Stimmen abgegeben worden sind.

Bei Stimmengleichheit unter den Richtern gibt die Stimme des den Jahren nach ältesten Richters den Ausschlag.

Artikel 13. Die Mitglieder des StIG werden auf 9 Jahre gewählt.

Sie sind wiederwählbar.

Sie bleiben im Amte bis zum Amtsantritte ihrer Nachfolger. Auch nach diesem Zeitpunkt bleiben sie in den Fällen tätig, mit denen sie bereits befaßt waren.

Artikel 14. Die Neubesetzung erledigter Sitze erfolgt nach den Grundsätzen, die für die erste Wahl maßgebend gewesen sind. Das zum Nachfolger eines Mitgliedes, dessen Mandat noch nicht abgelaufen ist, ernannte Mitglied des StIG bleibt bis zum Ablauf der Mandatsperiode seines Vorgängers im Amt.

Artikel 15. Die Hilfsrichter werden in der Reihenfolge einer Liste einberufen.

Diese Liste wird vom StIG in erster Linie unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Wahl, sodann des Lebensalters der Richter angefertigt.

Artikel 16. Die Mitglieder des StIG dürfen weder ein politisches noch ein Verwaltungsamt ausüben. Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf die Hilfsrichter, solange sie am StIG nicht tätig sind.

In Zweifelsfällen entscheidet der StIG.

Artikel 17. Die Mitglieder dürfen die Tätigkeit eines Bevollmächtigten, eines Rechtsbeistandes oder eines Anwaltes in Angelegenheiten internationaler Art nicht ausüben. Diese Bestimmung findet auf die Hilfsrichter nur bezüglich derjenigen Angelegenheiten Anwendung, in denen sie als Richter beim StIG tätig sind.

Sie dürfen an der Entscheidung derjenigen Angelegenheiten nicht teilnehmen, in denen sie vorher als Bevollmächtigte, Rechtsbeistände oder Anwälte einer

der Parteien, als Mitglieder eines nationalen oder internationalen Gerichtshofes, eines Untersuchungsausschusses oder in irgendeiner anderen Eigenschaft tätig geworden sind.

In Zweifelsfällen entscheidet der StIG.

Artikel 18. Ein Mitglied des StIG kann seines Amtes nur dann enthoben werden, wenn es nach einstimmigem Urteile der anderen Mitglieder nicht mehr die erforderlichen Vorbedingungen erfüllt.

Dem GS des VB ist durch den Gerichtsschreiber von Amts wegen davon Mitteilung zu machen.

Die Mitteilung bewirkt unmittelbar die Erledigung des Sitzes.

Artikel 19. Die Mitglieder des StIG genießen während der Ausübung ihres Amtes die Rechte und Immunitäten diplomatischer Vertreter.

Artikel 20. Jedes Mitglied hat vor Beginn seiner amtlichen Tätigkeit in öffentlicher Sitzung sich feierlich zu verpflichten, daß es seine Befugnisse unparteiisch und gewissenhaft ausüben werde.

Artikel 21. Der StIG wählt auf 3 Jahre seinen Präsidenten und Vizepräsidenten; Wiederwahl ist zulässig.

Er ernennt seinen Gerichtsschreiber.

Das Amt des Gerichtsschreibers des StIG ist mit dem des Generalsekretärs des Ständigen Schiedshofes vereinbar.

Artikel 22. Der Sitz des StIG ist im Haag.

Der Wohnsitz des Präsidenten und des Gerichtsschreibers befindet sich am Sitze des StIG.

Artikel 23. In jedem Jahre findet eine Tagung des StIG statt.

Vorbehaltlich einer anderweitigen Bestimmung der GO des StIG beginnt diese Tagung am 15. Juni und dauert bis zur Erledigung der anhängigen Fälle.

Der Präsident beruft den StIG zu außerordentlichen Tagungen ein, wenn die Umstände es erfordern.

Artikel 24. Glaubt ein Mitglied des StIG, bei der Verhandlung eines bestimmten Falles aus einem besonderen Grunde nicht mitwirken zu sollen, so macht es dem Präsidenten davon Mitteilung.

Hält der Präsident die Teilnahme eines Mitgliedes des StIG in einem bestimmten Falle für nicht angebracht, so setzt er es davon in Kenntnis.

Entstehen hierüber Meinungsverschiedenheiten zwischen dem beteiligten Mitgliede des StIG und dem Präsidenten, so entscheidet der StIG.

Artikel 25. Abgesehen von den ausdrücklich vorgesehenen Ausnahmefällen übt der StIG seine Befugnis in Vollsitzungen aus.

Ist die Anwesenheit von 11 Richtern nicht gesichert, so wird die erforderliche Anzahl von Hilfsrichtern hinzugezogen.

Ist die Einberufung von 11 Richtern nicht möglich, so genügt die Anwesenheit von 9 Richtern zur Bildung des Gerichtshofes.

Artikel 26. In den Fällen, die Fragen der Arbeit und insbesondere diejenigen Fragen betreffen, die im 13. Teile (Arbeit) des Vertrages von Versailles und in den entsprechenden Teilen der anderen Friedensverträge vorgesehen sind, entscheidet der StIG nach den folgenden Vorschriften:

Für je eine Periode von 3 Jahren wird beim StIG eine besondere mit 5 Richtern besetzte Kammer gebildet, die nach Möglichkeit nach den Gesichtspunkten des Artikels 9 ausgewählt werden. Zwei weitere Richter werden für Fälle der Behinderung von Richtern bestimmt. Auf Antrag der Parteien hat diese Kammer zu entscheiden. Wird ein solcher Antrag nicht gestellt, so tagt der Gerichtshof in der Besetzung, wie sie Artikel 25 vorsieht. In jedem Falle sind zur Unterstützung der Richter 4 technische Beisitzer mit beratender Stimme hinzuzuziehen, die eine gerechte Vertretung der strittigen Belange gewährleisten.

Hat nur eine der Parteien einen Richter ihrer Staatsangehörigkeit in der im vorstehenden Absatze vorgesehenen Kammer, so hat der Präsident einen der übrigen Richter zu ersuchen, seinen Platz nach den Vorschriften des Artikels 31 einem von der andern Partei gewählten Richter abzutreten.

Die technischen Beisitzer werden für jeden einzelnen Fall nach den in Artikel 30 vorgesehenen Verfahrensvorschriften auf Grund einer Liste der „Bei-

sitzer für Arbeitsstreitigkeiten" ernannt, die sich aus je 2 von jedem Mitgliede des VB und einer gleichen Anzahl vom Verwaltungsrate des Internationalen Arbeitsamtes bezeichneter Personen zusammensetzt. Der Verwaltungsrat seinerseits bezeichnet zu gleichen Teilen Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf Grund der in Artikel 412 des VFrV und den entsprechenden Artikeln der anderen FrV vorgesehenen Liste.

In den Angelegenheiten, bei denen es sich um Arbeitsfragen handelt, kann das Internationale Arbeitsamt dem StIG alle notwendigen Auskünfte geben. Zu diesem Zwecke sind dem Direktor des Arbeitsamtes Abschriften aller schriftlich vorgelegten Akten zuzustellen.

Artikel 27. In den Fällen, die Fragen des Verkehrs und der Durchfuhr und insbesondere diejenigen Fragen betreffen, die im 12. Teile (Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen) des VFrV und den entsprechenden Teilen der anderen FrV vorgesehen sind, entscheidet der StIG nach den folgenden Vorschriften:

Für je eine Periode von 3 Jahren wird beim Gerichtshofe eine besondere mit 5 Richtern besetzte Kammer gebildet, die nach Möglichkeit nach den Gesichtspunkten des Artikels 9 ausgewählt werden. Zwei weitere Richter werden für die Fälle der Behinderung von Richtern bestimmt. Auf Antrag der Parteien hat diese Kammer zu entscheiden. Wird ein solcher Antrag nicht gestellt, so tagt der StIG in der Besetzung, wie sie Artikel 25 vorsieht. Auf Wunsch der Parteien oder auf Beschluß des StIG sind zur Unterstützung der Richter 4 technische Beisitzer mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Hat nur eine der Parteien einen Richter ihrer Staatsangehörigkeit in der im vorstehenden Absatze vorgesehenen Kammer, so hat der Präsident einen der übrigen Richter zu ersuchen, seinen Platz nach den Vorschriften des Artikels 31 einem von der andern Partei gewählten Richter abzutreten.

Die technischen Beisitzer werden für jeden einzelnen Fall nach den in Artikel 30 vorgesehenen Verfahrensvorschriften auf Grund einer Liste der „Bei-

sitzer für Streitfälle in Fragen des Verkehrs und der Durchfuhr" ernannt, die sich aus je 2 von jedem Mitgliede des VB bezeichneten Personen zusammensetzt.

Artikel 28. Die in Artikel 26 und 27 vorgesehenen besonderen Kammern können mit Zustimmung der streitenden Parteien an einem andern Ort als im Haag tagen.

Artikel 29. Um eine schnelle Erledigung gewisser Angelegenheiten zu ermöglichen, wird beim StIG alljährlich eine mit 3 Richtern besetzte Kammer gebildet, die auf Antrag der Parteien im summarischen Verfahren zu entscheiden hat.

Artikel 30. Der StIG bestimmt durch eine GO die Art und Weise der Ausübung seiner Befugnisse, insbesondere auch des summarischen Verfahrens.

Artikel 31. Richter, die die Staatsangehörigkeit der streitenden Parteien besitzen, behalten ihren Sitz bei Verhandlung des fraglichen Falles.

Hat nur eine der Parteien einen Richter ihrer Staatsangehörigkeit im StIG, so kann die andere Partei einen der Hilfsrichter benennen, sofern sich unter diesen einer ihrer Staatsangehörigen befindet. Ist das nicht der Fall, so kann sie sich einen Richter wählen, und zwar vorzugsweise aus der Mitte derjenigen Personen, die nach den Vorschriften der Artikel 4 und 5 vorgeschlagen worden sind.

Befindet sich unter den Richtern keiner, der die Staatsangehörigkeit einer der beiden Parteien besitzt, so kann jede von ihnen einen Richter auf die im vorstehendem Absatze angegebene Weise benennen oder wählen.

Bilden mehrere Parteien eine Streitgenossenschaft, so gelten sie in Ansehung der vorstehenden Bestimmungen als eine Partei. In Zweifelsfällen entscheidet der StIG.

Die gemäß Absatz 2 und 3 dieses Artikels benannten oder gewählten Richter müssen den Vorschriften der Artikel 2, 16, 17, 20 und 24 dieser Satzung entsprechen. Sie üben dieselben Rechte aus, wie die anderen Richter.

Artikel 32. Die Richter erhalten eine jährliche Entschädigung, deren Höhe auf Vorschlag des VBR

von der VBV festgesetzt wird. Diese Entschädigung kann während der Amtsdauer des Richters nicht herabgesetzt werden.

Der Präsident erhält für seine Amtsdauer eine besondere in gleicher Weise festgesetzte Entschädigung.

Der Vizepräsident, die ordentlichen Richter und die Hilfsrichter erhalten für die Dauer der Ausübung ihres Amts eine in gleicher Weise festzusetzende Entschädigung.

Den ordentlichen Richtern und Hilfsrichtern, die ihren Wohnsitz nicht am Sitze des StIG haben, werden die ihnen durch die Ausübung ihres Amtes erwachsenden Reisekosten erstattet.

Die Entschädigung für die nach Artikel 31 benannten oder gewählten Richter wird in gleicher Weise festgesetzt.

Die Besoldung des Gerichtsschreibers wird auf Antrag des StIG durch den Rat festgesetzt.

Die VBV wird auf Antrag des VBR eine besondere Verordnung über die Bedingungen erlassen, unter denen dem Personale des StIG Ruhegehälter gewährt werden.

Artikel 33. Die Kosten des StIG trägt nach Maßgabe eines auf Antrag des VBR zu fassenden Beschlusses der VBV der VB.

2. Abschnitt.
Zuständigkeit des StIG.

Artikel 34. Nur Staaten oder Mitgliedern des VB steht das Recht zu, als Parteien vor dem StIG zu erscheinen.

Artikel 35. Zur Anrufung des StIG sind die Mitglieder des VB sowie die im Anhange zur VBS genannten Staaten befugt.

Die Bedingungen, unter denen andere Staaten den StIG anrufen dürfen, werden, unbeschadet der Sondervorschriften der geltenden Verträge, unter Beobachtung des Grundsatzes des gleichen Rechts der Parteien vor Gericht, durch den VBR festgesetzt.

Erscheint vor Gericht als Partei ein Staat, der nicht Mitglied des VB ist, so setzt der StIG die Höhe des Beitrages dieser Partei für den Unterhalt des StIG fest.

Artikel 36. Der StIG ist für alle ihm von den Parteien vorgelegten oder in den geltenden Verträgen und Uebereinkommen besonders bezeichneten Sachen zuständig.

Die Mitglieder des VB und die im Anhange zur VBS genannten Staaten können bei Unterzeichnung oder Ratifikation des dieser Satzung beigefügten Protokolles oder auch später erklären, daß sie fortan von Rechts wegen und ohne besonderes Uebereinkommen jedem anderen Mitgliede oder Staate gegenüber bei gleicher Verpflichtung auf der Gegenseite die Gerichtsbarkeit des StIG für alle oder einzelne der folgenden Arten von Rechtsstreitigkeiten als obligatorisch anerkennen:

a) die Auslegung eines Vertrages;
b) alle Fragen des Völkerrechtes;
c) das Bestehen einer Tatsache, die, wenn festgestellt, die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde;
d) Art und Umfang der wegen Verletzung einer internationalen Verpflichtung geschuldeten Entschädigung.

Die vorgesehene Erklärung kann unbeschränkt oder vorbehaltlich der gleichen Verpflichtung seitens mehrerer oder gewisser Mitglieder oder Staaten oder für eine bestimmte Frist abgegeben werden.

Wird die Zuständigkeit des StIG bestritten, so entscheidet dieser.

Artikel 37. Ist in geltenden Verträgen oder Uebereinkommen die Ueberweisung eines Falles an ein durch den VB zu bildendes Gericht vorgesehen, so ist der StIG als solches anzusehen.

Artikel 38. Der StIG wendet an:

1. die internationalen allgemeinen oder Sonderabkommen, deren Bestimmungen durch die Parteien ausdrücklich anerkannt worden sind;
2. das internationale Gewohnheitsrecht als Ausdruck einer als objektives Recht betätigten Uebung;
3. die allgemeinen von den zivilisierten Staaten anerkannten Rechtsgrundsätze;

4. vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 59 die richterlichen Entscheidungen und die Ansichten der namhaftesten Gelehrten als Hilfsmittel zur Feststellung der Rechtsnormen.

Diese Bestimmungen stehen im Falle der Zustimmung der Parteien der Möglichkeit einer Entscheidung ex aequo et bono durch den StIG nicht entgegen.

3. Abschnitt.

Verfahren.

Artikel 39. Die Amtssprachen des StIG sind französisch und englisch. Haben die Parteien vereinbart, daß das ganze Verfahren in französischer Sprache stattfindet, so wird das Urteil in dieser Sprache gefällt. Haben die Parteien vereinbart, daß das ganze Verfahren in englischer Sprache stattfindet, so wird das Urteil in dieser Sprache gefällt.

In Ermangelung einer Abrede über die anzuwendende Sprache können sich die Parteien bei ihren Vorträgen nach Belieben einer der beiden Sprachen bedienen. Das Urteil wird sodann in englischer und französischer Sprache gefällt. In diesem Falle hat der StIG gleichzeitig denjenigen von den beiden Texten zu bestimmen, der als der maßgebende zu gelten hat.

Auf Ersuchen der Parteien kann der StIG den Gebrauch einer anderen als der französischen oder englischen Sprache zulassen.

Artikel 40. Die Streitsachen werden je nach der Art des Falles durch Einreichung des Schiedsvertrages oder durch einen diesbezüglichen Antrag bei der Gerichtsschreiberei rechtshängig; in beiden Fällen müssen der Streitgegenstand und die streitenden Parteien bezeichnet werden.

Der Gerichtsschreiber macht allen Beteiligten unverzüglich Mitteilung vom Antrage.

Desgleichen setzt er die Mitglieder des VB durch Vermittelung des GS in Kenntnis.

Artikel 41. Der StIG ist berechtigt, wenn er es nach den Umständen für notwendig hält, vorläufige Maßnahmen zur Sicherung der Rechte der Parteien anzuordnen.

In Erwartung des Endurteils wird den Parteien und dem VBR von diesen Maßnahmen unverzüglich Mitteilung gemacht.

Artikel 42. Die Parteien werden durch Bevollmächtigte vertreten.

Sie können vor Gericht mit Rechtsbeiständen oder Anwälten erscheinen.

Artikel 43. Das Verfahren zerfällt in ein schriftliches und ein mündliches.

Das schriftliche Verfahren umfaßt die Zustellung der Schriftsätze, die die Darstellung des Tatbestandes, die Erwiderungen der Gegenpartei und gegebenenfalls die Repliken zum Gegenstande haben, sowie aller beweiserheblichen Schriftstücke an den Richter und die Parteien.

Die Zustellung erfolgt durch den Gerichtsschreiber in der Ordnung und innerhalb der Fristen, wie sie vom StIG festgesetzt werden.

Jedes Schriftstück der einen Partei ist der andern in beglaubigter Abschrift zuzustellen.

Das mündliche Verfahren umfaßt die Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen und die Ausführungen der Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte.

Artikel 44. Im Falle von Zustellungen an andere Personen als die Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte wendet sich der StIG unmittelbar an die Regierung des Staates, auf dessen Gebiete die Zustellung erfolgen soll.

Das gleiche gilt im Falle der Beweiserhebung an Ort und Stelle.

Artikel 45. Die Verhandlungen werden vom Präsidenten, in seiner Abwesenheit vom Vizepräsidenten und im Falle der Behinderung beider von dem den Jahren nach ältesten Richter geleitet.

Artikel 46. Die Sitzungen sind öffentlich, es sei denn, daß durch Beschluß des StIG oder auf Verlangen der beiden Parteien die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Artikel 47. Ueber jede mündliche Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von dem Gerichtsschreiber und dem Präsidenten unterschrieben wird.

Dieses Protokoll hat allein Beweiskraft.

Artikel 48. Der StIG erläßt Verfügungen über die Leitung des Prozesses und die Festsetzung der Formen und Fristen, innerhalb deren eine jede Partei ihre Schlußanträge zu stellen hat; er trifft alle für die Beweiserhebung erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 49. Der StIG kann, auch bereits während der Einlassungsfrist, von den Bevollmächtigten die Vorlegung aller Dokumente und die Erteilung einer jeden Auskunft verlangen. Im Weigerungsfalle wird ein diesbezüglicher Vermerk zu Protokoll genommen.

Artikel 50. Der StIG kann jederzeit und nach freier Wahl eine jede Person oder Körperschaft, ein jedes Bureau, einen jeden Ausschuß oder sonstiges Organ mit der Anstellung einer Untersuchung oder der Abgabe eines Gutachtens betrauen.

Artikel 51. Im Laufe der Verhandlungen werden den Zeugen und Sachverständigen alle zweckdienlichen Fragen nach Maßgabe der Bestimmungen der durch Artikel 30 vorgesehenen GO vorgelegt.

Artikel 52. Nach Ablauf der vom Gerichte für die Beweisaufnahme festgesetzten Frist kann der StIG alle weiteren Aussagen oder Beweisurkunden zurückweisen, deren Berücksichtigung von einer der Parteien ohne Zustimmung der anderen beantragt wird.

Artikel 53. Erscheint eine der Parteien im Termine nicht oder äußert sie sich nicht zur Sache, so kann die andere Partei eine Entscheidung gemäß ihren Anträgen verlangen.

Bevor der StIG dem stattgibt, hat er festzustellen, ob er nach den Bestimmungen der Artikel 36 und 37 zuständig ist und ob die Schlußanträge, auf Grund deren er entscheiden soll, tatsächlich und rechtlich begründet sind.

Artikel 54. Haben die Bevollmächtigten, Rechtsbeistände und Anwälte unter Aufsicht des StIG alles, was ihnen zweckdienlich erscheint, vorgebracht, so verkündet der Präsident den Schluß der Verhandlungen.

Der StIG zieht sich zur Beratung zurück.

Die Beratungen des Gerichtshofes sind und bleiben geheim.

Artikel 55. Die Beschlüsse des StIG werden mit Stimmenmehrheit der anwesenden Richter gefaßt.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten, gegebenenfalls seines Stellvertreters.

Artikel 56. Das Urteil ist mit Gründen zu versehen. Es enthält die Namen der erkennenden Richter.

Artikel 57. Bringt das Urteil ganz oder teilweise nicht die übereinstimmende Ansicht der Richter zum Ausdruck, so sind diejenigen Richter, die abweichender Meinung sind, berechtigt, ihm eine Darlegung ihrer besonderen Ansicht beizufügen.

Artikel 58. Das Urteil wird von dem Präsidenten und dem Gerichtsschreiber unterschrieben. Nach gehöriger Benachrichtigung der Bevollmächtigten wird es in öffentlicher Sitzung verlesen.

Artikel 59. Das Urteil wirkt nur für und gegen die Parteien und lediglich für den zur Entscheidung gestellten Fall.

Artikel 60. Das Urteil ist endgültig und inappellabel. Bei Meinungsverschiedenheiten über seinen Sinn und seine Tragweite erfolgt auf Antrag einer jeden Partei die Auslegung durch den Gerichtshof.

Artikel 61. Revision gegen ein Urteil findet auf Antrag beim StIG statt, wenn eine Tatsache von entscheidendem Einfluß entdeckt wird, die vor Verkündung des Urteiles sowohl dem StIG wie der Partei, die die Revision beantragt, nicht bekannt gewesen ist, ohne daß dieser ein Verschulden zur Last fällt.

Das Revisionsverfahren wird durch einen Beschluß des StIG eröffnet, in dem das Vorhandensein der neuen Tatsache ausdrücklich festgestellt, sie als Revisionsgrund anerkannt und der Revisionsantrag daher für zulässig erklärt wird.

Der StIG kann die Eröffnung des Revisionsverfahrens von der vorgängigen Vollziehung des Urteils abhängig machen.

Der Revisionsantrag muß spätestens 6 Monate nach Entdeckung der neuen Tatsache gestellt werden.

Nach Ablauf von 10 Jahren, vom Tage des Urteils an gerechnet, ist ein Antrag auf Revision unstatthaft.

Artikel 62. Glaubt ein Staat, daß er an einem Streitfalle rechtlich interessiert ist, so kann er beim StIG seine Zulassung als Intervenient beantragen.

Die Entscheidung über den Antrag erfolgt durch den StIG.

Artikel 63. Handelt es sich um die Auslegung eines Vertrages, an dem andere als die im Streite liegenden Staaten beteiligt sind, so hat der Gerichtsschreiber ihnen unverzüglich Mitteilung von dem Streitfalle zu machen.

Jeder von ihnen hat das Recht, dem Prozesse als Intervenient beizutreten. Macht er von diesem Rechte Gebrauch, so ist die im Urteile festgestellte Auslegung auch für ihn bindend.

Artikel 64. Jede Partei trägt ihre eigenen Prozeßkosten, es sei denn, daß der StIG ein anderes beschließt.

Nr. 7.

Auszug aus dem Polnischen Minderheitenschutz-Vertrage vom 28. 6. 19.

(Strupp, Documents V 591 f.)

Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan als die alliierten und assoziierten Hauptmächte einerseits und Polen andererseits . . . . sind . . . . über folgende Bestimmungen übereingekommen:

Kapitel I. Artikel 1. Polen verpflichtet sich, die in den Art. 2 bis 8 des gegenwärtigen Kapitels enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetz anzuerkennen. Kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Maßnahme soll im Widerspruch oder Gegensatz zu diesen Bestimmungen stehen und kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Maßnahme soll mehr Geltung haben als sie.

Artikel 2. Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsbürgerschaft, der Sprache, Rasse oder Religion vollen und uneingeschränkten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

Alle Einwohner Polens werden das Recht haben, öffentlich oder privat jede Art Glauben, Religion oder Bekenntnis frei auszuüben, deren Ausübung nicht mit der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 3—6 handeln von der Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit und der Ausübung des Optionsrechts.

Artikel 7. Alle polnischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion sind vor dem Gesetz gleich und genießen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte.

Unterschiede in der Religion, im Glauben oder Bekenntnis sollen keinem polnischen Staatsangehörigen beim Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte nachteilig sein, insbesondere nicht bei der Zulassung zu öffentlichen Stellungen, Aemtern und Würden oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Erwerbszweige.

Keinem polnischen Staatsangehörigen werden Beschränkungen im freien Gebrauch irgendeiner Sprache im privaten oder geschäftlichen Verkehr, in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder irgendeiner Art von Veröffentlichungen, noch auch in öffentlichen Versammlungen auferlegt werden.

Unbeschadet der Einführung einer Amtssprache durch die polnische Regierung werden den nicht polnisch sprechenden polnischen Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen beim Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht in Wort und Schrift gewährt werden.

Artikel 8. Polnische Staatsangehörige, die einer rassischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen rechtlich und tatsächlich dieselbe Behandlung und dieselben Garantien, wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Insbesondere haben sie ein gleiches Recht, auf ihre eigenen Kosten Wohltätig-

keits-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen mit der Berechtigung, in denselben ihre eigene Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei zu üben.

Artikel 9. Auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts wird die polnische Regierung in den Städten und Bezirken, wo polnische Staatsangehörige, die eine andere als die polnische Sprache sprechen, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bilden, angemessene Erleichterungen gewähren um sicherzustellen, daß in den Volksschulen den Kindern dieser polnischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer Muttersprache erteilt werde. Diese Bestimmung wird die polnische Regierung nicht hindern, den Unterricht in der polnischen Sprache in den besagten Schulen zum Pflichtgegenstande zu machen.

In Städten und Bezirken, wo eine verhältnismäßig beträchtliche Anzahl polnischer Staatsangehöriger wohnt, die einer rassischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit angehören, wird diesen Minderheiten von allen Beträgen, die etwa für Erziehungs-, Religions- oder Wohltätigkeitszwecke aus öffentlichen Mitteln im Staatsbudget oder in Gemeinde- oder anderen Budgets ausgeworfen werden, ein angemessener Teil zum Nutzen und zur Verwendung gesichert.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Artikels sind auf die polnischen Staatsangehörigen deutscher Zunge nur in den Teilen Polens anwendbar, die am 1. August 1914 deutsches Gebiet waren.

Artikel 10. Die Verteilung des gemäß Art. 9 den jüdischen Schulen zugewiesenen verhältnismäßigen Teils der öffentlichen Mittel ebenso wie die Organisation und Leitung dieser Schulen werden Schulausschüsse, die von den jüdischen Gemeinden Polens an Ort und Stelle gewählt werden, unter der allgemeinen Kontrolle des Staates sicherstellen.

Die Bestimmungen des Art. 9 über den Sprachengebrauch in Schulen sind auf die besagten Schulen anzuwenden.

Artikel 11. Die Juden werden nicht genötigt werden, irgendwelche Handlungen vorzunehmen, die eine Verletzung des Sabbats bilden und es wird sie kein Nachteil treffen, wenn sie am Sabbat das Erscheinen vor Gericht oder die Vornahme vom Gesetz vorgeschriebener Handlungen verweigern. Doch wird diese Bestimmung die Juden nicht von den Verpflichtungen befreien, die allen polnischen Staatsangehörigen im Hinblick auf die Notwendigkeiten des Militärdienstes, der nationalen Verteidigung oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung obliegen.

Polen erklärt seine Absicht, keinerlei allgemeine oder örtliche Wahlen an einem Sonnabend auszuschreiben oder zu genehmigen; keinerlei Eintragung in Wählerlisten oder sonstige Eintragung wird obligatorisch an einem Sonnabend erfolgen müssen.

Artikel 12. Polen erklärt sein Einverständnis damit, daß die Bestimmungen der vorstehenden Artikel, soweit sie Personen berühren, die nach Rasse, Religion oder Sprache zu einer Minderheit gehören, Verpflichtungen von internationalem Interesse schaffen und unter die Garantie des VB gestellt werden. Sie können nicht ohne die Zustimmung der Mehrheit des VBR abgeändert werden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan verpflichten sich, keiner Abänderung der erwähnten Artikel ihre Zustimmung zu versagen, die von der Mehrheit des VBR in entsprechender Form gutgeheißen werden sollte.

Polen erklärt sein Einverständnis damit, daß jedes Mitglied des VBR berechtigt sein soll, die Aufmerksamkeit des VBR auf jede Verletzung oder Gefahr einer Verletzung irgendeiner dieser Verpflichtungen zu lenken und daß der VBR in einer Art vorgehen und solche Weisungen geben kann, die im vorliegenden Falle geeignet und wirksam erscheinen werden.

Polen erklärt außerdem sein Einverständnis damit, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit über Rechts- oder Tatfragen betreffs dieser Artikel zwischen der polnischen Regierung und irgendeiner der alliierten oder assoziierten Hauptmächte oder jeder andern Macht, die Mitglied des VBR ist, diese Meinungsver-

schiedenheit als ein Streitfall anzusehen ist, der nach den Bestimmungen des Art. 14 der VBS internationalen Charakter hat. Die polnische Regierung ist damit einverstanden, daß jeder derartige Streitfall, wenn der andere Teil es verlangt, dem StIG unterbreitet werden soll. Die Entscheidung des StIG wird inappellabel sein und wird die gleiche Kraft und denselben Wert haben, wie eine auf Grund des Art. 13 der VBS getroffene Entscheidung.

. . . . . .

Der gegenwärtige Vertrag, dessen französischer und englischer Text maßgebend sind, wird ratifiziert werden; er wird zu derselben Zeit in Kraft treten wie der FrV mit Deutschland.

. . . . . .

Nr. 8.

Estländisches Gesetz vom 12. 2. 25 über die kulturelle Selbstverwaltung der völkischen Minderheiten,

(JO 25 788 f.)

In Ausführung des § 21 des Grundgesetzes werden die kulturellen Selbstverwaltungskörper der völkischen Minderheiten zeitweilig, bis zum Inkrafttreten eines diesbezüglichen Sondergesetzes, auf folgenden Grundlagen errichtet:

§ 1. Die Selbstverwaltungskörper der völkischen Minderheiten werden auf den Grundlagen errichtet, welche sich in §§ 5, 11, 13 und 14 der Anlage zum Gesetze über die Einführung der Selbstverwaltung vom 22. Juni 1917 (Ssobr. Usak. i Rasp. Pravit. Nr. 173 vom 28. Juli 1917 Art. 953) und in der auf Grund des § 4 der Anlage zu diesem Gesetze am 10. August 1917 vom estländischen Landesrate angenommenen Geschäftsordnung für die Kreisräte, sowie im Gesetze über die zeitweilige Ueberwachung der Selbstverwaltung vom 11. Oktober 1919 (R. T. 1919 Nr. 78) finden, wobei sie bei Erfüllung der Aufgaben ihres Wirkungskreises auf gleicher Grundlage wie die örtlichen Selbstver-

waltungskörper den Bestimmungen der geltenden Gesetze unterliegen.

Anmerkung. Falls die obengenannten Gesetze vervollständigt oder verändert werden, haben diese Vervollständigungen und Veränderungen in den entsprechenden Abschnitten auch für die Selbstverwaltung der völkischen Minderheiten Geltung.

§ 2. Zum Wirkungskreise der völkischen Selbstverwaltungskörper gehört:

a) die Organisation, Verwaltung und Ueberwachung der muttersprachlichen öffentlichen und privaten Lehranstalten der entsprechenden Minderheit;

b) die Fürsorge für die übrigen Kulturaufgaben der entsprechenden Minderheit und die Verwaltung der hierzu ins Leben gerufenen Anstalten und Unternehmungen.

Anmerkung. Die Wohlfahrtsselbstverwaltung der völkischen Minderheiten wird durch ein Sondergesetz geregelt.

§ 3. Die völkische Selbstverwaltung hat das Recht, für ihre Glieder verbindliche Verordnungen auf den im § 2 genannten Gebieten zu erlassen in der im § 7 der Anlage zum Gesetze über die Einführung der Selbstverwaltung (Ssobr. Usak, i Rasp. Pravit. Nr. 173 Art. 953) vorgesehenen Ordnung.

§ 4. Das öffentliche Schulnetz der völkischen Minderheit wird von der völkischen und der entsprechenden Kreis- oder städtischen Selbstverwaltung gemeinsam ausgearbeitet und auf Antrag des Unterrichtsministers von der Staatsregierung bestätigt.

Die zur Zeit des Beginnes der Tätigkeit der völkischen Selbstverwaltung bestehenden muttersprachlichen öffentlichen Schulen der Minderheit werden unter Beibehaltung der Rechte und des Charakters dieser Schulen der entsprechenden völkischen Selbstverwaltung übergeben.

Bei Eröffnung von öffentlichen Schulen oder deren Uebergabe an die völkische Selbstverwaltung genehmigt die Staatsregierung die zum Unterhalt der Schulen nötigen geldlichen und sonstigen Verpflichtungen, welche zu Lasten der lokalen Selbstverwaltungskörper fallen und für diese verbindlich sind.

Anmerkung. Wenn öffentliche Minderheitsschulen für Mitglieder der völkischen Minderheit eröffnet werden, die auf dem Gebiet mehrerer örtlichen Selbstverwaltungskörper ansässig sind, so können die genannten Selbstverwaltungskörper sich zur Bestreitung der Unkosten vereinigen. Wenn sie zu einer Einigung nicht gelangen, so bestimmt den auf jeden von ihnen entfallenden Teil zwischen Gemeinden die Kreisverwaltung, zwischen Kreisen und Städten — die Staatsregierung.

§ 5. Die Organe der völkischen Selbstverwaltung sind der Kulturrat und die Kulturverwaltung der entsprechenden Nationalität. Ihr Sitz ist die Hauptstadt der Republik.

Zur Lösung und Ordnung von örtlichen Fragen werden vom Kulturrate der entsprechenden Nationalität nach Bedarf örtliche Kulturräte ins Leben gerufen, deren Tätigkeitsgebiet der Kreis mit den Städten ist.

Mit Bestätigung der Staatsregierung kann für mehrere Kreise ein gemeinsamer Kulturrat ins Leben gerufen werden.

§ 6. Die finanziellen Grundlagen der völkischen Selbstverwaltungskörper sind:

a) die laut Gesetz vom Staate übernommenen Ausgaben und Verpflichtungen hinsichtlich der öffentlichen Anfangs- und Mittelschulen;

b) die Geldsummen und anderen mit dem Unterhalte verbundenen Verpflichtungen der örtlichen Selbstverwaltungskörper in der Höhe und auf der Grundlage, wie sie ihnen laut Gesetz auferlegt sind;

c) die Unterstützungssummen des Staates und der Selbstverwaltungskörper für Kulturzwecke;

d) öffentliche Steuern, welche nötigenfalls vom Kulturrate den Mitgliedern der entsprechenden Minderheit auferlegt werden in der Höhe und auf der Grundlage, wie sie im Voranschlage vorgesehen und auf gemeinsamen Antrag des Finanz- und Unterrichtsministers von der Staatsregierung bestätigt werden;

e) Schenkungen, Sammlungen, Stiftungen, Erbschaften und Einnahmen aus eigenem Vermögen oder Unternehmungen.

§ 7. Die örtlichen Selbstverwaltungskörper werden hinsichtlich der Angehörigen der Minderheiten von den Verpflichtungen befreit, die laut diesem Gesetz auf die Selbstverwaltungskörper der entsprechenden Minderheit übergegangen sind.

§ 8. Als Minderheiten im Sinne dieses Gesetzes gelten das deutsche, russische und schwedische Volk, sowie diejenigen auf estländischem Gebiet lebenden Minderheiten, deren Gesamtzahl nicht geringer als 3000 ist.

§ 9. Die Zugehörigkeit zur völkischen Selbstverwaltung wird durch ein Nationalregister festgestellt, in welches sich estländische Staatsbürger der in § 7 bezeichneten Nationalitäten, die mindestens 18 Jahre alt sind, aufnehmen lassen können.

Kinder bis zum Alter von 18 Jahren von eingetragenen Angehörigen gelten als zur gleichen Minderheit gehörig, wie ihre Eltern. Wenn die Eltern verschiedener Nationalität sind, so wird die Nationalität des Kindes durch Vereinbarung der Eltern bestimmt. Wenn eine Einigung nicht erzielt wird, so gehört das Kind zur Nationalität des Vaters.

Die minderjährigen Mitglieder der Minderheit, welche 18 Jahre alt geworden sind, gelten als aus der Minderheit ausgeschieden, wenn sie sich nicht innerhalb eines Jahres haben eintragen lassen.

§ 10. Aus dem Nationalregister werden die Angehörigen der Minderheit gestrichen, welche

a) durch den Tod,

b) durch Verlust der estländischen Staatsangehörigkeit,

c) auf eigenen Wunsch aus der völkischen Selbstverwaltung ausscheiden.

Anmerkung 1. Die auf Grund der Punkte b und c ausscheidenden Angehörigen der Minderheit sind verpflichtet, die auf ihnen lastenden finanziellen Verpflichtungen bis zum Ende des Budgetjahres zu erfüllen. Im Falle des Ausscheidens auf eigenen Wunsch ist solches mindestens ein halbes Jahr vorher schriftlich anzuzeigen.

Anmerkung 2. Die völkischen Selbstverwaltungskörper haben das Recht, die Neueintragung (§ 8)

von Angehörigen, die auf Grund des Punkt c ausgeschieden waren, zu verweigern.

§ 11. Als stimmberechtigte Mitglieder der Minderheit gelten die volljährigen im Nationalregister verzeichneten Staatsbürger, die das Recht zur Teilnahme an den Kommunalwahlen haben.

§ 12. Die Teilnahme an der völkischen Selbstverwaltung befreit die Mitglieder der Minderheit weder von ihren allgemeinen Bürgerpflichten, noch von ihren Verpflichtungen gegenüber der örtlichen Selbstverwaltung.

§ 13. Wenn Mitglieder völkischer Minderheiten aus zwingenden Gründen oder mit Erlaubnis der Kulturverwaltung der entsprechenden Nationalität allgemeine Anstalten des Staates oder der örtlichen Selbstverwaltungen auf solchen Gebieten benutzen, die den völkischen Selbstverwaltungskörpern anvertraut sind und für welche sie in der Ordnung des § 5 a, b, c Unterhalts- oder Unterstützungssummen erhalten, sind die völkischen Selbstverwaltungskörper verpflichtet, die daraus entstehenden Unkosten zu tragen.

§ 14. Auf Beschluß der Staatsregierung kann der Kulturrat aufgelöst werden. Die Neuwahlen müssen im Verlaufe von drei Monaten, gerechnet vom Tage der Auflösung, zu Ende geführt werden. In der Zwischenzeit erfüllen die Vollzugsorgane des aufgelösten Kulturrats ihre Pflichten weiter.

§ 15. Die völkischen Selbstverwaltungskörper stellen ihre Tätigkeit ein:

a) wenn das vom Kulturrate der entsprechenden Minderheit mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl seiner Mitglieder für nötig befunden wird;

b) wenn die Zahl der Angehörigen der Minderheit unter 3000 sinkt oder wenn die Zahl der im Nationalregister verzeichneten volljährigen Staatsbürger unter die Hälfte der durch die letzte Volkszählung festgestellten Anzahl der volljährigen Mitglieder der entsprechenden Minderheit sinkt.

Die Einstellung der Tätigkeit geschieht gemäß Verordnungen der Staatsregierung.

§ 16. Minderheiten, welche Selbstverwaltungskörper ins Leben rufen wollen, teilen solches durch ihre Volksvertreter oder ihre kulturellen Organisationen der Staatsregierung mit.

§ 17. Zwecks Durchführung der Wahlen zum ersten Kulturrat verpflichtet die Staatsregierung binnen zwei Wochen nach Eingang der in § 16 vorgesehenen Mitteilung diejenigen Selbstverwaltungsorgane, welche die Listen der stimmberechtigten Bürger führen, auf Grund der den Selbstverwaltungen zur Verfügung stehenden Daten, sowie der Erklärungen einzelner Staatsbürger über ihre Nationalität binnen eines weiteren Monats ein Verzeichnis aller stimmberechtigten Angehörigen der entsprechenden Minderheit zusammenzustellen.

Anmerkung 1. Die Staatsregierung sowie der Vorsitzende des Hauptausschusses können in jede Behörde, die Wählerverzeichnisse zusammenzustellen hat, Vertreter entsenden.

Anmerkung 2. In Berücksichtigung der ungefähren Kopfzahl der entsprechenden Minderheiten in den einzelnen Gemeinden, kann die Staatsregierung im Verordnungswege die im § 17 vorgesehene Verpflichtung anstatt den Gemeindeverwaltungen den Kreisverwaltungen auferlegen.

§ 18. Jeder in die Wählerliste der Minderheit aufgenommene Staatsbürger hat das Recht, sich im Laufe von zwei Monaten nach Veröffentlichung der genannten Wählerliste aus der Liste streichen zu lassen. Die Wahlen werden nach Schluß dieser Frist vorgenommen. Die aus den Wählerlisten nicht gestrichenen Staatsbürger werden in das im § 8 vorgesehene Nationalregister eingetragen.

§ 19. Wenn nach Ablauf der in § 18 vorgesehenen Frist die Zahl der laut § 17 registrierten volljährigen Staatsbürger einer bestimmten Minderheit kleiner als die Hälfte der nach der letzten Volkszählung zu dieser Nationalität gehörigen volljährigen Staatsbürger ist, werden die Wahlen nicht vorgenommen und die Minderheit kann erst nach Ablauf von drei Jahren von neuem die in § 16 vorgesehene Mitteilung machen.

§ 20. Beschwerden in Sachen der Zusammenstellung der Wählerlisten werden wie Beschwerden in Sachen der Listen der stimmberechtigten Staatsbürger behandelt.

§ 21. Zwecks Ausschreibung, Beaufsichtigung und Durchführung der Wahlen wird für jede Nationalität, von welcher eine Willensäußerung aus § 16 eingelaufen ist, ein Hauptausschuß begründet, welcher aus einem Vorsitzenden, der zur entsprechenden Minderheit gehören muß, einem richterlichen Mitgliede nach Bestimmung des Appellhofs und einem von der Staatsregierung ernannten Mitgliede besteht. Der Vorsitzende wird der Staatsregierung zugleich mit der Mitteilung aus § 16 zur Bestätigung vorgeschlagen.

§ 22. Die Anzahl der Mitglieder des Kulturrats wird auf Antrag des entsprechenden Hauptkomitees von der Staatsregierung festgesetzt, doch darf sie nicht kleiner als 20 und nicht größer als 60 sein.

§ 23. Auf Grund von Vorschlägen des Hauptkomitees und auf Antrag des Innenministers erläßt die Staatsregierung eine Verordnung über die Wahl des Kulturrats, die Wahlkreise und die für die einzelnen Wahlkreise vorausbestimmte Anzahl der Mitglieder des ersten Kulturrats und setzt zur Durchführung der Wahlen die nötigen örtlichen Wahlausschüsse nieder.

§ 24. Die Wahlen werden in jedem Wahlkreise auf derselben Grundlage wie die Wahlen in die Kreisräte vollzogen. Der Kulturrat wird auf drei Jahre gewählt. Beschwerden in Wahlangelegenheiten werden ebenso behandelt, wie Beschwerden in Sachen von Kreisrats-Wahlen. Die Wahlergebnisse werden im „Staatsanzeiger" veröffentlicht.

§ 25. Wenn an den Wahlen weniger als die Hälfte der in den Wählerlisten der entsprechenden Minderheit verzeichneten Staatsbürger teilgenommen hat, so wird der Kulturrat nicht einberufen und die Minderheit kann erst nach Verlauf von drei Jahren die Mitteilung aus § 16 erneuern.

§ 26. Wenn an den Wahlen mehr als 50 Prozent der Stimmberechtigten teilgenommen haben (§ 11), so beruft der Vorsitzende des Hauptausschusses spätestens zwei Wochen nach Veröffentlichung der Wahlergeb-

nisse den Kulturrat ein und eröffnet und leitet ihn bis zur Wahl des Präsidiums. Damit erlöschen die Pflichten des Hauptausschusses.

§ 27. Der Kulturrat beschließt vor allem, ob er auf Grundlage dieses Gesetzes und auf Grund der von der Staatsregierung erlassenen Verordnungen die Selbstverwaltung verwirklichen will. Wenn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Kulturrats beschlossen worden ist, die Selbstverwaltung zu verwirklichen, so erklärt die Staatsregierung nach einer diesbezüglichen Mitteilung des Kulturrats binnen zwei Wochen die Tätigkeit der Selbstverwaltung der entsprechenden Minderheit für eröffnet.

Wenn aber der genannte Beschluß mit einer kleineren Mehrheit gefaßt oder beschlossen worden ist, von einer Verwirklichung der Selbstverwaltung abzusehen, so geht der Kulturrat auseinander, und die Minderheit kann erst nach Verlauf von drei Jahren die in § 16 bezeichnete Mitteilung erneuern.

§ 28. Die mit der Zusammenstellung und Führung der Wählerlisten für die ersten Wahlen verbundenen Unkosten trägt der entsprechende Selbstverwaltungskörper, während die Kosten der Organisation und Durchführung der Wahlen des ersten Kulturrats der Staat trägt. Die Kosten neuer Wahlen, sowie die von Nachwahlen trägt die entsprechende Minderheit.

§ 29. Alle Verordnungen, welche nötig sind, um die völkischen Selbstverwaltungsorgane ins Leben zu rufen, erläßt die Staatsregierung im Laufe von vier Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.

§ 30. Die Staatsregierung erläßt, nötigenfalls für jede Minderheit gesondert, die erforderlichen Verordnungen, um die völkischen Selbstverwaltungsorgane auf den vorbezeichneten Grundlagen ins Leben zu rufen. Sie regelt durch Verordnungen die Zusammenstellung der Mitgliederlisten und sichert die Erfüllung der einschlägigen Gesetze. Sie erläßt nähere Bestimmungen über die Tätigkeit der völkischen Organe und über ihre Ueberwachung durch die Behörden.

§ 31. Die Staatsregierung hat das Recht, im Verordnungswege entsprechend den Grundzügen dieses

Gesetzes eine Selbstverwaltung für nationalkulturelle und Wohlfahrtszwecke für die Staatsbürger estnischer Nationalität in den Grenzen derjenigen örtlichen Selbstverwaltungsorgane einzurichten, in denen ein Minderheitsvolk in der Mehrheit ist.

Nr. 9.

Das Genfer Protokoll vom 2. 10. 24 über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle.

(V. VBV Pl. 502 f.)

Von dem festen Willen beseelt, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten, deren Existenz, Unabhängigkeit oder Gebiet einer Bedrohung ausgesetzt sein könnte;

in Anerkennung der Solidarität, die die einzelnen Glieder der internationalen Völkergemeinschaft miteinander verbindet;

unter ausdrücklicher Betonung der Tatsache, daß der Angriffskrieg einen Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen darstellt;

von dem Wunsche geleitet, die vollständige Anwendung des in der VBS vorgesehenen Systems für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten zwischen den Staaten zu erleichtern und internationale Verbrechen zu verhindern;

und um die Verminderung der nationalen Rüstungen, wie in Artikel 8 der VBS vorgesehen, auf das mit der nationalen Sicherheit und der Erzwingung internationaler Verpflichtungen zur Teilnahme an einem gemeinschaftlichen Vorgehen vereinbarte Mindestmaß zur Durchführung zu bringen;

sind die Unterzeichneten, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgendes übereingekommen:

Artikel 1. Die Signatarstaaten verpflichten sich, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Abänderungsvorschläge, die dem Sinn der in den

folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen entsprechen, in die VBS aufgenommen werden.

Sie kommen überein, daß diese Bestimmungen in ihren wechselseitigen Beziehungen obligatorisch werden mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls, und daß die VBV und der VBR ihnen gegenüber von diesem Zeitpunkt an ermächtigt sind, alle Rechte und Pflichten auszuüben, die ihnen durch dieses Protokoll übertragen werden.

Artikel 2. Die Signatarstaaten kommen überein, in keinem Fall, weder gegeneinander noch gegen irgendeinen anderen Staat, der gegebenenfalls alle nachstehend genannten Verpflichtungen als verbindlich anerkennt, zum Kriege zu schreiten, außer zur Abwehr von Angriffshandlungen oder wenn sie im Einvernehmen mit dem VBR oder der VBV nach den Bestimmungen der VBS oder des vorliegenden Protokolls handeln.

Artikel 3. Die Signatarstaaten verpflichten sich, ohne weiteres und ohne besondere Vereinbarung die Gerichtsbarkeit des StIG als obligatorisch anzuerkennen in den Fällen, die im Artikel 36 § 2 des Statuts dieses Gerichtshofes angeführt sind, ohne daß dadurch irgendeinem Staat, sobald er dem im obengenannten Artikel vorgesehenen, am 16. Dezember 1920 zur Unterzeichnung auferlegten Protokoll beitritt, die Möglichkeit genommen wird, die mit der genannten Klausel vereinbarten Vorbehalte geltend zu machen.

Der Beitritt zu dem am 16. Dezember 1920 zur Unterzeichnung aufgelegten besonderen Protokoll muß binnen Monatsfrist nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls erfolgen.

Die Staaten, die dem vorliegenden Protokoll nach seinem Inkrafttreten beitreten, müssen die vorstehende Verpflichtung binnen Monatsfrist nach ihrem Beitritt erfüllen.

Artikel 4. Um die im Absatz 4, 5, 6 und 7 des Artikels 15 der VBS enthaltenen Bestimmungen zu vervollständigen, kommen die Signatarstaaten überein, das folgende Verfahren zur Anwendung zu bringen:

1. Wenn der VBR die ihm unterbreitete Streitfrage nicht in der im § 3 des genannten Artikels 15 vor-

gesehenen Weise regeln kann, soll er die Parteien auffordern, die Streitfrage der richterlichen oder schiedsrichterlichen Regelung zu unterbreiten.

2. a) Lehnen die Parteien dies ab, so wird auf Verlangen mindestens einer der Parteien ein Schiedsgericht gebildet. Dieses Schiedsgericht wird soweit als möglich im Einvernehmen mit den Parteien bestellt.

b) Einigen sich die Parteien nicht in der vom VBR festgesetzten Frist ganz oder teilweise über Zahl, Namen und Befugnisse der Schiedsrichter sowie über das einzuschlagende Verfahren, so regelt der VBR die noch schwebenden Fragen. Er wählt — unter Zuziehung der Parteien — mit möglichster Beschleunigung die Schiedsrichter und ihren Präsidenten aus solchen Persönlichkeiten, von denen er annimmt, daß sie nach Nationalität, Charakter und Erfahrung die höchste Gewähr für ihre Sachkunde und ihre Unparteilichkeit bieten.

c) Nachdem die Parteien ihren Rechtsstandpunkt dargelegt haben, holt das Schiedsgericht auf Verlangen jeder Partei durch Vermittlung des VBR über die strittigen Rechtsfragen ein Gutachten des StIG ein, der in einem solchen Falle mit möglichster Beschleunigung zusammentritt.

3. Verlangt keine Partei einen Schiedsspruch, so nimmt der VBR erneut eine Prüfung des Streitfalles vor. Erstattet der VBR einen Bericht, der von seinen Mitgliedern mit Ausnahme der Vertreter der Parteien einstimmig genehmigt wird, so kommen die Signatarstaaten überein, die Vorschläge, die der VBR zur Beilegung des Streitfalles empfiehlt, anzunehmen.

4. Ist der VBR nicht in der Lage, einen Bericht zu erstatten, der von allen seinen Mitgliedern, mit Ausnahme der Vertreter der Parteien, gutgeheißen wird, so unterbreitet er die Streitfrage dem Schiedsverfahren. Er selbst bestimmt die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsgerichts und wird bei der Wahl der Richter darauf sehen, daß sie, wie oben unter Ziffer 2b vorgesehen, Gewähr für Sachkunde und Unparteilichkeit bieten.

5. Auf keinen Fall darf eine Regelung, die vom VBR einstimmig gutgeheißen und von einer der be-

teiligten Personen angenommen worden ist, wieder in Frage gestellt werden.

6. Die Signatarstaaten verpflichten sich, den richterlichen oder schiedsrichterlichen Spruch nach Treu und Glauben auszuführen und sich den Vorschlägen des VBR zur Beilegung des Streitfalles, gemäß Absatz 3 dieses Artikels, zu fügen. Kommt ein Staat diesen Verpflichtungen nicht nach, so bietet der VBR seinen ganzen Einfluß auf, um ihnen Achtung zu verschaffen. Gelingt ihm dies nicht, so schlägt er, gemäß der am Schlusse des Artikels 13 der VBS enthaltenen Bestimmung, die Maßnahmen vor, die geeignet sind, die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu erwirken. Falls ein Staat in Nichtachtung dieser Verpflichtungen zum Kriege schreitet, kommen gegen ihn die im Artikel 16 der VBS vorgesehenen Sanktionen, wie sie im vorliegenden Protokoll erläutert sind, unverzüglich zur Anwendung.

7. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Beilegung von Streitigkeiten, die infolge der Kriegsmaßnahmen, die von einem oder mehreren Signatarstaaten im Einvernehmen mit dem VBR oder der VBV ergriffen werden, entstehen.

Artikel 5. Die Bestimmung des Absatzes 8 des Artikels 15 der VBS bleibt in dem Verfahren vor dem VBR anwendbar.

Wenn während des in Artikel 4 des Protokolls vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahrens eine der Parteien geltend macht, daß der Streitfall ganz oder teilweise eine Frage betreffe, die nach internationalem Recht ausschließlich in die Zuständigkeit dieser Partei falle, so ersuchen die Schiedsrichter durch Vermittlung des VBR über diese Frage den StIG um ein Gutachten. Das Gutachten bindet die Schiedsrichter, die sich, wenn es im bejahenden Sinn ausfällt, darauf zu beschränken haben, dies in ihrem Schiedsspruch festzustellen.

Wenn der StIG oder der VBR anerkennt, daß die Frage ausschließlich in die Zuständigkeit eines Staates fällt, so hindert die getroffene Entscheidung nicht, daß die Sachlage vom VBR oder von der VBV gemäß Artikel 11 der VBS einer Prüfung unterzogen wird.

Artikel 6. Wird gemäß Absatz 9 des Artikels 15 der VBS der Streitfall der VBV unterbreitet, so hat diese zwecks Beilegung die gleichen Befugnisse, wie sie dem VBR bei seinen Vermittlungsversuchen gemäß Artikel 15 Absatz 1, 2, und 3 der VBS und Artikel 4 Ziffer 1 des Protokolls zustehen.

Wenn es der VBV nicht gelingt, eine friedliche Regelung zu erzielen, wird folgendes Verfahren eingeschlagen:

Wenn eine der Parteien ein Schiedsverfahren beantragt, so bestellt der VBR das Schiedsgericht in der in Artikel 4, Ziffer 2 Lit. a, b und c vorgesehenen Weise.

Wenn keine Partei das Schiedsverfahren verlangt, unterzieht die in diesem Falle mit den gleichen Befugnissen wie der VBR ausgestattete VBV den Streitfall einer neuen Prüfung. Die Regelung, welche die VBV in ihrem Bericht empfiehlt, hat, sofern diese unter der am Schluß des Absatzes 10 des Artikels 15 der VBS enthaltenen Bedingung gutgeheißen worden ist, die gleiche Bedeutung und die gleichen Wirkungen hinsichtlich aller Bestimmungen des vorliegenden Protokolls, wie die Regelung, die der Rat unter den im Artikel 4, Ziffer 3 des Protokolls angeführten Bedingungen empfiehlt.

Kann die erforderliche Mehrheit nicht erzielt werden, so wird der Streitfall dem Schiedsgerichtsverfahren unterbreitet, und der VBR selbst bestimmt die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsgerichts gemäß Artikel 4, Ziffer 4 des Protokolls.

Artikel 7. Ensteht ein Streitfall zwischen zwei oder mehreren Signatarstaaten, so kommen diese überein, bevor der Streitfall dem Verfahren einer friedlichen Regelung unterbreitet worden ist oder im Laufe eines solchen Verfahrens selbst keine Vermehrung der Rüstungen oder der Effektivbestände vorzunehmen, die eine Aenderung des Status herbeiführen würde, der von der in Artikel 17 des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Abrüstungskonferenz festgesetzt ist. Die Parteien werden ferner weder Maßnahmen zur Mobilisierung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, der Industrie oder der Wirtschaft vornehmen, noch im all-

gemeinen irgend etwas unternehmen, was geeignet wäre, den Streitfall zu verschärfen oder eine weitere Ausdehnung desselben herbeizuführen.

Nach den Bestimmungen des Artikels 11 der VBS hat der VBR die Pflicht, jede Klage wegen Verletzung der obengenannten Verpflichtungen, die bei ihm von einem oder mehreren der in den Streitfall verwickelten Staaten erhoben wird, zu prüfen. Ist der VBR der Ansicht, daß die Klage zulässig sei, so muß er, falls ihm dies zweckdienlich erscheint, in einem oder mehreren der in Frage kommenden Länder Untersuchungen und Erhebungen veranstalten. Diese Untersuchungen und Erhebungen müssen binnen kürzester Frist durchgeführt werden, und die Signatarstaaten verpflichten sich, ihre Durchführung mit allen Mitteln zu erleichtern.

Die so vom VBR getroffenen Maßnahmen verfolgen einzig und allein den Zweck, eine friedliche Beilegung des Streitfalles zu erleichtern und sollen auf keine Weise der Regelung selbst vorgreifen.

Ergeben die Untersuchungen und Erhebungen eine Verletzung der Bestimmungen des ersten Absatzes dieses Artikels, so hat der VBR die Pflicht, den oder die der Verletzung schuldigen Staaten aufzufordern, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen. Wenn der oder die in Frage kommenden Staaten dieser Aufforderung keine Folge leisten, erklärt sie der VBR einer Verletzung der VBS oder des vorliegenden Protokolls für schuldig und ordnet die Maßnahmen an, die erforderlich sind, um einen Zustand, der den Weltfrieden zu gefährden geeignet ist, so rasch als möglich zu beseitigen.

Die Beschlüsse des VBR, die sich auf die Anwendung dieses Artikels beziehen, müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden.

Artikel 8. Die Signatarstaaten verpflichten sich, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung gegen einen anderen Staat darstellen könnte. Falls ein Signatarstaat glaubt, daß ein anderer Staat Vorbereitungen zum Krieg trifft, so hat er das Recht, damit den VBR zu befassen.

Wenn der VBR feststellt, daß die ihm unterbreiteten Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, so trifft er seine weiteren Anordnungen gemäß Absatz 2, 4 und 5 des Artikels 7 des Protokolls.

Artikel 9. Da das Bestehen entmilitarisierter Zonen dazu angetan ist, einen Angriff zu verhindern und die einwandfreie Feststellung desselben gemäß dem nachfolgenden Artikel 10 zu erleichtern, wird die Errichtung solcher Zonen zwischen Staaten, die gegenseitig damit einverstanden sind, als ein Mittel empfohlen, das geeignet ist, eine Verletzung des vorliegenden Protokolls zu vermeiden.

Die entmilitarisierten Zonen, die auf Grund gewisser Verträge oder Abkommen bereits bestehen oder die zukünftig zwischen Staaten in gegenseitigem Einverständnis errichtet werden sollten, können auf Antrag und auf Kosten eines oder mehrerer angrenzenden Staaten den Gegenstand einer vom VBR einzurichtenden zeitweiligen oder ständigen Kontrolle bilden.

Artikel 10. Als Angreifer gilt jeder Staat, der unter Verletzung der in der VBS oder in dem vorliegenden Protokoll enthaltenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Als eine Kriegshandlung gilt auch die Verletzung der für eine entmilitarisierte Zone bestehenden Bestimmungen. Sind Feindseligkeiten ausgebrochen, so gilt als Angreifer, sofern der VBR nicht einstimmig anders beschließt:

1. jeder Staat, der sich weigert, den Streitfall dem Verfahren zu unterwerfen, das in den Artikeln 13 und 15 der VBS, ergänzt durch die Bestimmungen des vorliegenden Protokolls, für die friedliche Schlichtung vorgesehen ist, oder der sich weigert, sich einem richterlichen oder schiedsrichterlichen Spruch oder einer auf Einstimmigkeit beruhenden Empfehlung des VBR zu fügen, oder der einen einstimmig genehmigten Bericht des VBR, einen richterlichen oder schiedsrichterlichen Entscheid mißachtet, welcher anerkennt, daß der Streitfall zwischen ihm und dem andern kriegführenden Staat sich auf eine Frage bezieht, die nach internationalem Recht ausschließlich in die Zuständigkeit dieses Staates fällt. Indessen wird im letztgenannten Fall der Staat nur dann als Angreifer angesehen, wenn

er die Frage nicht zuvor dem VBR oder der VBV gemäß Artikel 11 der VBS unterbreitet hat;

2. jeder Staat, der eine der vom VBR während der Dauer des Verfahrens vorgeschriebenen, in Artikel 7 des Protokolls vorgesehenen vorläufigen Maßnahmen verletzt.

Wenn der VBR, abgesehen von den in Ziffer 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Fällen, nicht in der Lage ist, binnen kürzester Frist den Angreifer festzustellen, so ist er verpflichtet, den Kriegführenden einen Waffenstillstand vorzuschreiben, dessen Bedingungen er nötigenfalls mit Zweidrittelmehrheit beschließt und dessen Einhaltung er überwacht.

Jeder Kriegführende, der den Waffenstillstand ablehnt, oder dessen Bedingungen verletzt, wird als Angreifer angesehen.

Der VBR wird die Signatarstaaten anweisen, ohne Verzug gegen den Angreifer die in Artikel 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Sanktionen anzuwenden, und jeder Signatarstaat, der in dieser Weise aufgefordert worden ist, darf von diesem Zeitpunkt an die Rechte eines Kriegführenden ausüben.

Artikel 11. Sobald der VBR an die Signatarstaaten die im letzten Absatz des Artikels 10 des Protokolls erwähnte Weisung gerichtet hat, treten die Verpflichtungen zur Anwendung der Sanktionen aller Art, die in Artikel 16 Absatz 1 und 2 der VBS vorgesehen sind, sofort in Kraft, damit die Sanktionen sich unverzüglich gegen den Angreifer auswirken können.

Diese Verpflichtungen sind in dem Sinne auszulegen, daß alle Signatarstaaten gehalten sind, loyal und effektiv mitzuwirken, und der VBS Geltung zu verschaffen und jeder Angriffshandlung in dem Maße zu begegnen, als es ihnen ihre geographische Lage und die besonderen Bedingungen ihres Rüstungsstandes erlauben.

Gemäß Absatz 3 des Artikels 16 der VBS übernehmen die Signatarstaaten die Verpflichtung, einzeln und insgesamt, dem angegriffenen oder bedrohten Staat zu Hilfe zu kommen und einander zu unterstützen durch Erleichterungen und gegenseitigen Austausch

auf dem Gebiet der Versorgung von Rohstoffen und Bedarfsartikeln jeder Art, der Kreditgewährung, des Verkehrs und Transitwesens, und dementsprechend alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit der Verkehrsverbindungen des angegriffenen oder bedrohten Staates zu Lande und zur See aufrechtzuerhalten.

Wenn beide am Streitfall beteiligten Parteien im Sinne des Artikels 10 als Angreifer anzusehen sind, finden die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen auf beide Parteien Anwendung.

Artikel 12. Da die Bedingungen, unter denen der VBR berufen sein könnte, die im vorstehenden Artikel 11 erwähnten Funktionen hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen auszuüben, sehr mannigfacher Art sind, und um die Garantien genauer zu bestimmen, die das vorliegende Protokoll den Signatarstaaten bietet, wird der VBR die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des VB unverzüglich auffordern, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Sanktionen und die Bestimmungen über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in Kraft zu setzen, die in Art. 16 der VBS und Artikel 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehen sind.

Der VBR wird, wenn er im Besitz dieser Informationen ist, durch seine zuständigen Organe ausarbeiten lassen:

1. die Aktionspläne für die Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen den angreifenden Staat;

2. die Pläne für die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem angegriffenen Staat und den ihm zu Hilfe kommenden Staaten,

und er wird diese Pläne den Mitgliedern des VB und den anderen Signatarmächten mitteilen.

Artikel 13. Hinsichtlich der militärischen Sanktionen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, deren eventuelle Anwendung in Artikel 16 der VBS und Artikel 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehen ist, soll der Rat berechtigt sein, Verpflichtungserklärungen von Staaten entgegenzunehmen, in denen im voraus die

Land-, See- und Luftstreitkräfte festgesetzt sind, die sie zur Erfüllung der in der VBS und im vorliegenden Protokolle enthaltenen Verpflichtungen sofort würden einsetzen können.

Ferner können diese Staaten, sobald der VBR die im letzten Absatz des Artikels 10 des Protokolls vorgesehene Aufforderung an sie gerichtet hat, gemäß den vorher getroffenen Abmachungen dem einzelnen angegriffenen Staat mit ihren Land-, See- und Luftstreitkräften zu Hilfe zu eilen.

Die im vorigen Absatz erwähnten Abkommen werden vom Sekretariat des VB registriert und veröffentlicht; jedes Bundesmitglied kann sich auf Wunsch diesen Abmachungen anschließen.

Artikel 14. Nur der VBR ist befugt, die Einstellung der Sanktionen und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse anzuordnen.

Artikel 15. Dem Geist des vorliegenden Protokolls entsprechend kommen die Signatarmächte überein, daß die Gesamtkosten für jede militärische Operation zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die gemäß den Bestimmungen des Protokolls zur Abwehr eines Angriffes unternommen worden ist, sowie die Wiedergutmachung aller Schäden, die Zivil- oder Militärpersonen erlitten haben, und aller Sachschäden, die durch die Operationen beider Parteien verursacht worden sind, vom angreifenden Staat bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit getragen werden.

Indessen darf gemäß Artikel 10 der VBS die Anwendung der im vorliegenden Protokoll vorgesehenen Sanktionen auf keinen Fall zu einer Beeinträchtigung der territorialen Unversehrtheit oder der politischen Unabhängigkeit des angreifenden Staates führen.

Artikel 16. Die Signatarstaaten kommen überein, in einem Streitfall, der zwischen einem oder mehreren von ihnen und einem oder mehreren Staaten entsteht, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben und die Nichtmitglieder des VB sind, diese Nichtmitgliedstaaten unter den in Artikel 17 der VBS vorgesehenen Bedingungen einzuladen, sich den von den Signatarstaaten des vorliegenden Protokolls übernommenen Verpflich-

tungen zur friedlichen Beilegung des Streitfalles zu unterwerfen.

Lehnt der eingeladene Staat die genannten Bedingungen und Verpflichtungen ab und schreitet er gegen einen Signatarstaat zum Krieg, so finden die Bestimmungen des Artikels 16 der VBS, wie sie durch das vorliegende Protokoll ergänzt sind, auf ihn Anwendung.

Artikel 17. Die Signatarstaaten verpflichten sich, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die vom VBR einberufen wird, und die Montag, den 15. Juni 1925, in Genf zusammentritt. Alle anderen Staaten, Mitglieder oder Nichtmitglieder des VB, werden zu dieser Konferenz eingeladen.

Der VBR wird im Hinblick auf die Einberufung der Konferenz, unter Berücksichtigung der in Artikel 11 und 13 des vorliegenden Protokolls erwähnten Verpflichtungen, ein allgemeines Programm für die Verminderung und die Begrenzung der Rüstungen vorbereiten, das der Konferenz zur Verfügung gestellt wird und den Regierungen sobald als möglich, spätestens aber drei Monate vor dem Zusammentritt der Konferenz, zur Kenntnis gebracht werden soll.

Falls nicht mindestens die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Bundesmitglieder ihre Ratifikation bis zum 1. Mai 1925 niedergelegt haben, soll der GS des VB unverzüglich die Ansicht des VBR einholen, ob die Einladungen nichtig erklärt oder ob die Konferenz vertagt werden soll, bis die nötige Anzahl Ratifikationen niedergelegt ist.

Artikel 18. Wo in Artikel 10 oder an anderen Stellen des vorliegenden Protokolls von einem Beschluß des VBR die Rede ist, ist dies im Sinne des Artikels 15 der VBS zu verstehen, d. h. bei der Feststellung, ob der Beschluß einstimmig oder mit der erforderlichen Mehrheit gefaßt worden ist, zählen die Stimmen der Vertreter der Parteien nicht mit.

Artikel 19. Das Protokoll berührt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die sich aus der VBS ergebenden Rechte und Pflichten der VB-Mitglieder nicht.

Artikel 20. Jede Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Protokolls wird dem StIG unterbreitet.

Artikel 21. Das vorliegende Protokoll, dessen französischer und englischer Wortlaut beide maßgebend sind, soll ratifiziert werden.

Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll so bald wie möglich beim Sekretariat des VB erfolgen.

Staaten mit Regierungssitz außerhalb Europas können sich darauf beschränken, dem Sekretariat des VB mitzuteilen, daß sie die Ratifikation vollzogen haben; die Ratifikationsurkunde müssen sie dem Sekretariat sobald als möglich zustellen.

Sobald die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Bundesmitglieder die Ratifikationsurkunde niedergelegt oder die Ratifikation vollzogen haben, wird dies vom Sekretariat in einem besonderen Protokoll festgestellt.

Das Protokoll tritt in Kraft, nachdem dieses besondere Protokoll ausgefertigt und der Abrüstungsplan von der in Artikel 17 vorgesehenen Konferenz angenommen ist.

Ist dieser Plan in einer Frist, die von der Konferenz nach der Annahme desselben festgesetzt werden soll, nicht durchgeführt, so ist es Sache des VBR, dies festzustellen; durch diese Feststellung wird das vorliegende Protokoll hinfällig.

Die Bedingungen, unter denen der VBR feststellen kann, daß der von der Internationalen Abrüstungskonferenz aufgestellte Abrüstungsplan nicht durchgeführt und daß infolgedessen das Protokoll hinfällig ist, werden von der Konferenz selbst festgesetzt.

Einem Signatarstaat, der nach Ablauf der von der Konferenz festgesetzten Frist den von ihr angenommenen Plan nicht durchführt, dürfen die Bestimmungen des Protokolls nicht zugute kommen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

Nr. 10.

Die Verträge von Locarno vom 16. 10. 25.

(Drucksache des Reichstages, III. Wahlperiode Nr. 1515.)

Schlußprotokoll.

Die Vertreter der Deutschen, Belgischen, Britischen, Französischen, Italienischen, Polnischen und Tschechoslowakischen Regierung, die vom 5. bis 16. Oktober 1925 in Locarno versammelt waren, um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen, haben ihre Zustimmung zu den Entwürfen der sie betreffenden Verträge und Abkommen gegeben, die im Laufe der gegenwärtigen Konferenz ausgearbeitet worden sind und sich aufeinander beziehen:

Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien (Anlage A),

Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien (Anlage B),

Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich (Anlage C),

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen (Anlage D),

Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei (Anlage E).

Diese Urkunden, die schon jetzt „ne varietur" paraphiert werden, sollen das heutige Datum tragen. Die Vertreter der beteiligten Parteien kommen überein, am 1. Dezember d. J. in London zusammenzutreten, um in einer Sitzung die förmliche Unterzeichnung der sie betreffenden Urkunden vorzunehmen.

Der Französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten macht Mitteilung davon, daß im Anschluß an die obenerwähnten Entwürfe von Schiedsverträgen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei in Locarno gleichfalls Entwürfe zu Abkommen aufgestellt haben, um sich gegenseitig den Nutzen dieser Verträge zu sichern. Diese Abkommen werden regelrecht beim

VB hinterlegt werden; Herr Briand hält aber schon jetzt Abschriften davon zur Verfügung der hier vertretenen Mächte.

Der Großbritannische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten schlägt vor, daß zur Beantwortung gewisser, vom Deutschen Reichskanzler und Außenminister gestellter Forderungen nach Aufklärungen über den Artikel 16 der VBS das im Entwurf hier gleichfalls angeschlossene Schreiben (Anlage F) gleichzeitig mit der förmlichen Unterzeichnung der obenerwähnten Urkunden an sie gerichtet wird. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Die Vertreter der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Ueberzeugung, daß die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und daß sie so, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der VBS vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen.

Sie verpflichten sich, an den vom VB bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben.

Anlage A.

Der Deutsche Reichspräsident, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der überseeischen britischen Lande, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien;

bestrebt, dem Wunsche nach Sicherheit und Schutz zu genügen, der die Völker beseelt, die unter der Geißel des Krieges 1914 bis 1918 zu leiden gehabt haben;

im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinfällig geworden sind, und

im Bewußtsein der Notwendigkeit, den Frieden in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist;

in gleicher Weise beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, allen beteiligten Signatarmächten im Rahmen der VBS und der zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge ergänzende Garantien zu gewähren;

haben beschlossen, zu diesen Zwecken einen Vertrag zu schließen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

. . . . . .

. . . . . .

die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1. Die Hohen Vertragschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Statusquo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten FrV oder in dessen Ausführung festgesetzt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.

Artikel 2. Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten.

Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn es sich handelt

1. um die Ausübung des Rechts der Selbstverteidigung, das heißt um den Widerstand gegen eine Verletzung der Verpflichtung des vorstehenden Absatzes oder gegen einen flagranten Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrags von Versailles, sofern ein solcher Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der

demilitarisierten Zone eine sofortige Aktion notwendig ist;

2. um eine Aktion auf Grund des Artikel 16 der VBS;
3. um eine Aktion, die auf Grund einer Entscheidung der VBV oder des VBR oder auf Grund des Artikel 15 Abs. 7 der VBS erfolgt, vorausgesetzt, daß sich die Aktion in diesem letzten Falle gegen einen Staat richtet, der zuerst zum Angriff geschritten ist.

Artikel 3. Im Hinblick auf die von ihnen im Artikel 2 beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in folgender Weise, alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa entzweien und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können.

Alle Fragen, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streite sind, sollen Richtern unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die Parteien sich verpflichten.

Jede andere Frage ist einer Vergleichskommission zu unterbreiten. Wird der von dieser Kommission vorgeschlagenen Regelung nicht von beiden Parteien zugestimmt, so ist die Frage vor den VBR zu bringen, der gemäß Artikel 15 der VBS befindet.

Die Einzelheiten dieser Methoden friedlicher Regelung bilden den Gegenstand besonderer Abkommen, die am heutigen Tage unterzeichnet worden sind.

Artikel 4. 1. Ist einer der Hohen Vertragschließenden Teile der Ansicht, daß eine Verletzung des Artikel 2 dieses Vertrages oder ein Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des VFrV begangen worden ist oder begangen wird, so wird er die Frage sofort vor den VBR bringen.

2. Sobald der VBR festgestellt hat, daß eine solche Verletzung oder ein solcher Vorstoß begangen worden ist, zeigt er dies unverzüglich den Signatarmächten dieses Vertrages an, und jede von ihnen verpflichtet sich, in solchem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren.

3. Im Falle einer flagranten Verletzung des Artikel 2 dieses Vertrages oder eines flagranten Verstoßes gegen die Artikel 42 oder 43 des VFrV durch einen der Hohen Vertragschließenden Teile verpflichtet sich schon jetzt jede der anderen vertragschließenden Mächte, sobald ihr erkennbar geworden ist, daß diese Verletzung oder dieser Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt, und daß im Hinblick, sei es auf die Ueberschreitung der Grenze, sei es auf die Eröffnung der Feindseligkeiten oder die Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone, ein sofortiges Handeln geboten ist, demjenigen Teile, gegen den eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoß gerichtet worden ist, sofort ihren Beistand zu gewähren. Dessenungeachtet wird der gemäß Absatz 1 dieses Artikels mit der Frage befaßte VBR das Ergebnis seiner Feststellungen bekanntgeben. Die Hohen Vertragschließenden Teile verpflichten sich, in solchem Falle nach Maßgabe der Empfehlungen des VBR zu handeln, die alle Stimmen mit Ausnahme derjenigen der Vertreter der in die Feindseligkeiten verstrickten Teile auf sich vereint haben.

Artikel 5. Die Bestimmung des Artikel 3 dieses Vertrages wird in nachstehender Weise unter die Garantie der Hohen Vertragschließenden Teile gestellt:

Wenn sich eine der im Artikel 3 genannten Mächte weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, und eine Verletzung des Artikel 2 dieses Vertrages oder einen Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des VFrV begeht, so finden die Bestimmungen des Artikel 4 Anwendung.

Falls eine der im Artikel 3 genannten Mächte, ohne eine Verletzung dieses Artikel 2 dieses Vertrages oder einen Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des VFrV zu begehen, sich weigern sollte, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, so wird der andere Teil die Angelegenheit vor den VBR bringen, der die zu ergreifenden Maßnahmen vorschlagen wird; die Hohen

Vertragschließenden Teile werden diese Vorschläge befolgen.

Artikel 6. Die Bestimmungen dieses Vertrages lassen die Rechte und Pflichten unberührt, die sich für die Hohen Vertragschließenden Teile aus dem VFrV sowie aus den ergänzenden Vereinbarungen, einschließlich der in London am 30. August 1924 unterzeichneten, ergeben.

Artikel 7. Dieser Vertrag, der die Aufrechterhaltung des Friedens sichern soll und der VBS entspricht, kann nicht so ausgelegt werden, als beschränke er die Aufgabe des VB, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Artikel 8. Dieser Vertrag soll gemäß der VBS beim VB eingetragen werden. Er bleibt so lange in Kraft, bis der VBR, auf den drei Monate vorher den anderen Signatarmächten anzukündigenden Antrag eines der Hohen Vertragschließenden Teile, mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen feststellt, daß der VB den Hohen Vertragschließenden Teilen hinreichende Garantien bietet. Der Vertrag tritt alsdann nach Ablauf einer Frist von einem Jahre außer Kraft.

Artikel 9. Dieser Vertrag soll keinem der britischen Dominions noch Indien irgendeine Verpflichtung auferlegen, es sei denn, daß die Regierung des Dominions oder Indiens anzeigt, daß sie diese Verpflichtungen annimmt.

Artikel 10. Dieser Vertrag soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Genf im Archiv des VB hinterlegt werden.

Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des VB geworden ist.

Dieser in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Vertrag soll im Archiv des VB hinterlegt werden, dessen GS gebeten wird, jedem der Hohen Vertragschließenden Teile beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Anlage B.

Die mit gehöriger Vollmacht versehenen Unterzeichneten,

von ihren Regierungen beauftragt, die Einzelheiten des Verfahrens festzusetzen, wonach, so wie dies in Artikel 3 des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien geschlossenen Vertrages vorgesehen ist, zur friedlichen Lösung aller Fragen geschritten werden soll, die nicht durch gütliche Uebereinkunft zwischen Deutschland und Belgien gelöst werden können,

sind über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen:

Teil I.

Artikel 1. Alle Streitfragen jeglicher Art zwischen Deutschland und Belgien, bei denen die Parteien untereinander über ein Recht im Streite sind und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gütlich geregelt werden können, sollen in der nachstehend bestimmten Weise, sei es einem Schiedsgericht, sei es dem StIG zur Entscheidung unterbreitet werden. Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorstehend erwähnten Streitfragen namentlich diejenigen umfassen, die in Artikel 13 der VBS aufgeführt sind.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Streitfragen, die aus Tatsachen entsprungen sind, die zeitlich vor diesem Abkommen liegen und der Vergangenheit angehören.

Die Streitfragen, für deren Lösung in anderen zwischen Deutschland und Belgien in Geltung befindlichen Abkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist, werden nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Abkommen geregelt.

Artikel 2. Vor jedem Schiedsverfahren und vor jedem Verfahren bei dem StIG kann die Streitfrage durch Vereinbarung der Parteien zur Herbeiführung eines Vergleichs einer ständigen internationalen Kommission, genannt „Ständige Vergleichskommission", unterbreitet werden, die gemäß dem gegenwärtigen Abkommen gebildet wird.

Artikel 3. Handelt es sich um eine Streitfrage, deren Gegenstand nach der inneren Gesetzgebung einer der Parteien zur Zuständigkeit ihrer Landesgerichte gehört, so wird der Streitfall dem im gegenwärtigen Abkommen vorgesehenen Verfahren erst dann unterworfen, wenn das innerhalb einer angemessenen Frist von der zuständigen Gerichtsbehörde des Landes erlassene Urteil die Rechtskraft erlangt hat.

Artikel 4. Die in Artikel 2 vorgesehene Ständige Vergleichskommission besteht aus fünf Mitgliedern, die wie folgt bestellt werden: Die Deutsche und die Belgische Regierung ernennen jede einen Kommissar ihrer Staatsangehörigkeit; sie wählen die drei übrigen Kommissare in gegenseitigem Einvernehmen unter den Staatsangehörigen dritter Mächte. Diese drei Kommissare müssen von verschiedener Staatsangehörigkeit sein; aus ihrer Mitte bezeichnen die Deutsche und Belgische Regierung den Vorsitzenden der Kommission.

Die Kommissare werden für drei Jahre ernannt; ihre Wiederernennung ist zulässig. Sie bleiben in Tätigkeit bis zur Bestellung eines Nachfolgers und jedenfalls bis zur Beendigung der zur Zeit des Ablaufs ihres Auftrages im Gange befindlichen Arbeiten.

Stellen, die infolge Todesfalls, Amtsniederlegung oder sonstiger Behinderung frei werden, werden in kürzester Frist nach dem für die Ernennung maßgebenden Verfahren wieder besetzt.

Artikel 5. Die Ständige Vergleichskommission wird innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens gebildet.

Erfolgt die Berufung der gemeinsam zu bestellenden Kommissare nicht innerhalb des genannten Zeitraums oder, im Falle der Ersetzung, nicht innerhalb von drei Monaten nach Freiwerden der Stelle, so wird in Ermangelung anderweitiger Vereinbarung der Schweizerische Bundespräsident gebeten werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Artikel 6. Die Ständige Vergleichskommission tritt in Tätigkeit auf einen Antrag, der von den beiden Parteien in gegenseitigem Einvernehmen, oder, mangels

eines solchen Einvernehmens, von einer der beiden Parteien an den Vorsitzenden zu richten ist.

Der Antrag enthält eine kurze Darstellung des Streitfalls und das Ersuchen an die Kommission, alle geeigneten Maßnahmen zur Herbeiführung eines Vergleichs anzuwenden.

Geht der Antrag von einer der Parteien aus, so wird er von dieser der Gegenpartei unverzüglich mitgeteilt.

Artikel 7. Innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, wo die Deutsche Regierung oder die Belgische Regierung eine Streitfrage vor die Ständige Vergleichskommission gebracht hat, kann jede der Parteien für die Behandlung dieser Streitfrage ihren Kommissar durch eine Persönlichkeit ersetzen, die in der Angelegenheit besondere Sachkunde besitzt.

Die Partei, die von diesem Recht Gebrauch macht, teilt das unverzüglich der anderen Partei mit, der es alsdann freisteht, innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, wo ihr die Mitteilung zugegangen ist, das Gleiche zu tun.

Artikel 8. Der Ständigen Vergleichskommission liegt es ob, die strittigen Fragen zu klären, zu diesem Zweck alle geeigneten Auskünfte auf dem Wege einer Untersuchung oder sonstwie zu sammeln und sich zu bemühen, einen Vergleich zwischen den Parteien herbeizuführen. Sie kann nach Prüfung des Falles den Parteien die Bedingungen der ihr angemessen scheinenden Regelung mitteilen und ihnen eine Frist zur Erklärung setzen.

Nach Beendigung ihrer Arbeiten stellt die Kommission ein Protokoll auf, das je nach Lage des Falles feststellt entweder, daß sich die Parteien verständigt haben und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen die Verständigung erfolgt ist, oder aber, daß die Parteien nicht zur Annahme eines Vergleichs gebracht werden konnten.

Die Arbeiten der Kommission müssen, wenn die Parteien nichts anderes vereinbaren, innerhalb von 6 Monaten nach dem Tage beendet sein, wo die Kommission mit dem Streitfall befaßt wurde.

Artikel 9. Vorbehaltlich einer besonderen anderweitigen Vereinbarung regelt die Ständige Vergleichskommission selbst ihr Verfahren, das in jedem Fall kontradiktorisch sein muß. Bei Untersuchungen hält sich die Kommission, wenn sie nicht einstimmig anderweitig beschließt, an die Bestimmungen des Titels III (Internationale Untersuchungskommissionen) des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907.

Artikel 10. Die Ständige Vergleichskommission tritt mangels abweichender Vereinbarung der Parteien an dem von ihrem Vorsitzenden bestimmten Orte zusammen.

Artikel 11. Die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission sind nur öffentlich auf Grund eines Beschlusses, den die Kommission mit Zustimmung der Parteien faßt.

Artikel 12. Die Parteien werden bei der Ständigen Vergleichskommission durch Agenten vertreten, die als Mittelspersonen zwischen ihnen und der Kommission zu dienen haben; sie können sich außerdem der Hilfe von Beiräten und Sachverständigen, die sie zu diesem Zweck ernennen, bedienen und die Vernehmung aller Personen verlangen, deren Zeugnis ihnen nützlich erscheint.

Die Kommission ist ihrerseits befugt, von den Agenten, Beiräten und Sachverständigen der beiden Parteien, sowie von allen Personen, die sie mit Zustimmung ihrer Regierung vorzuladen für zweckmäßig erachtet, mündliche Erläuterungen zu verlangen.

Artikel 13. Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden die Entscheidungen der Ständigen Vergleichskommission mit Stimmenmehrheit getroffen.

Artikel 14. Die Deutsche und Belgische Regierung verpflichten sich, die Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission zu fördern und ihr insbesondere in möglichst weitem Maße alle zweckdienlichen Urkunden und Auskünfte zu liefern, sowie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um ihr auf dem Gebiete der Parteien und gemäß deren Gesetzgebung die Vor-

ladung und Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie die Einnahme des Augenscheins zu ermöglichen.

Artikel 15. Für die Dauer der Arbeiten der Ständigen Vergleichskommission erhält jeder der Kommissare eine Vergütung, deren Höhe von der Deutschen und Belgischen Regierung gemeinsam festgesetzt und die von beiden je zur Hälfte getragen wird.

Artikel 16. Kommt es vor der Ständigen Vergleichskommission nicht zu einem Vergleiche, so wird die Streitfrage mittels einer zu vereinbarenden Schiedsordnung unterbreitet: entweder dem StIG gemäß den in seinem Statut vorgesehenen Bedingungen und Verfahrensvorschriften oder einem Schiedsgericht gemäß den Bedingungen und Verfahrensvorschriften, die im Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vorgesehen sind.

Können sich die Parteien über die Schiedsordnung nicht einigen, so ist jede von ihnen, nachdem sie dies einen Monat vorher angekündigt hat, befugt, die Streitfrage durch einen Antrag unmittelbar vor den StIG zu bringen.

Teil II.

Artikel 17. Alle Fragen, über die die Deutsche Regierung und die Belgische Regierung uneinig sind, ohne sie auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege gütlich lösen zu können, und bei denen nicht gemäß Artikel 1 dieses Abkommens die Lösung durch Richterspruch verlangt werden kann, werden, falls für ihre Regelung nicht schon durch andere zwischen den Parteien geltende Abkommen ein Verfahren vorgesehen ist, der Ständigen Vergleichskommission unterbreitet. Diese hat die Aufgabe, den Parteien eine annehmbare Lösung vorzuschlagen und jedenfalls einen Bericht zu erstatten.

Das in den Artikeln 6 bis 15 dieses Abkommens vorgesehene Verfahren findet Anwendung.

Artikel 18. Wenn sich die Parteien nicht innerhalb eines Monats nach Abschluß der Arbeiten der Ständigen

Vergleichskommission verständigt haben, wird die Frage durch Antrag einer der Parteien vor den VBR gebracht, der gemäß Artikel 15 der VBS zu befinden hat.

Artikel 19. In allen Fällen und namentlich dann, wenn die zwischen den Parteien strittige Frage aus bereits vollzogenen oder unmittelbar bevorstehenden Handlungen hervorgeht, wird die Ständige Vergleichskommission oder, falls diese nicht mit der Angelegenheit befaßt ist, das Schiedsgericht oder der StIG, und zwar dieser gemäß Artikel 41 seines Statuts, so schnell wie möglich anordnen, welche vorläufigen Maßnahmen zu treffen sind. Es ist Sache des VBR, wenn er mit der Frage befaßt wird, gleichfalls vorläufige Maßnahmen anzuordnen. Die Deutsche und Belgische Regierung verpflichten sich, diese Anordnungen zu befolgen, sich jeder Maßnahme zu enthalten, die eine nachteilige Rückwirkung auf die Ausführung der Entscheidung oder der von der Ständigen Vergleichskommission oder dem VBR vorgeschlagenen Regelung haben könnte, und allgemein jegliche Handlung zu vermeiden, die geeignet wäre, die Streitigkeit zu verschärfen oder auszudehnen.

Artikel 20. Dieses Abkommen gelangt zwischen Deutschland und Belgien auch dann zur Anwendung, wenn andere Mächte gleichfalls an dem Streitfall beteiligt sind.

Artikel 21. Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien geschlossenen Vertrags in Genf beim VB hinterlegt werden.

Für das Inkrafttreten des Abkommens und seine Geltungsdauer gilt das Gleiche wie für den genannten Vertrag.

Dieses in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Abkommen soll im Archiv des VB hinterlegt werden, dessen GS gebeten wird, jeder der beiden vertragschließenden Regierungen beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Anlage C.

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich, der mit dem als Anlage B beigefügten Entwurf des Schiedsabkommens zwischen Deutschland und Belgien übereinstimmt.

Anlage D.

Der Deutsche Reichspräsident und der Präsident der Republik Polen,

gleichermaßen entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Polen aufrechtzuerhalten, indem sie die friedliche Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten sichern,

im Hinblick auf die Tatsache, daß die internationalen Gerichte zur Achtung der durch die Verträge begründeten oder aus dem Völkerrecht sich ergebenden Rechte verpflichtet sind,

einig darin, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden können,

und in der Erwägung, daß die aufrichtige Beobachtung des Verfahrens zur friedlichen Regelung der internationalen Streitigkeiten die Möglichkeit gibt, ohne Anwendung von Gewalt die Fragen zu lösen, die die Staaten entzweien könnten,

haben beschlossen, ihre gemeinsamen Absichten in dieser Hinsicht in einem Vertrage zu verwirklichen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt: . . . . . die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

(Die Artikel 1 bis 20 des Entwurfs des deutsch-polnischen Schiedsvertrags entsprechen den Artikeln 1 bis 20 des vorstehend als Anlage B wiedergegebenen Entwurfs des deutsch-belgischen Schiedsabkommens.)

Artikel 21. Der gegenwärtige Vertrag, der der VBS entspricht, berührt nicht die Rechte und Pflichten der Hohen Vertragschließenden Teile in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des VB und soll nicht so ausgelegt werden, als ob er die Aufgabe des VB beschränkte, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Artikel 22. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen gleichzeitig mit den Ratifikationsurkunden des heute zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien geschlossenen Vertrags in Genf beim VB hinterlegt werden.

Für das Inkrafttreten des Vertrages und seine Geltungsdauer gilt das gleiche wie für den genannten Vertrag.

Der gegenwärtige, in einem einzigen Exemplar ausgefertigte Vertrag soll im Archiv des VB hinterlegt werden, dessen GS gebeten wird, jedem der Hohen Vertragschließenden Teile beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Anlage E.

Diese Anlage enthält den Entwurf des Schiedsvertrags zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, der dem vorstehend als Anlage D wiedergegebenen Entwurf des deutsch-polnischen Schiedsvertrags entspricht.

Anlage F.

Die Deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikel 16 der VBS verlangt.

Wir sind nicht zuständig, im Namen des VB zu sprechen. Wir zögern aber nicht, nach den in der Versammlung und den Kommissionen des VB bereits gepflogenen Beratungen und nach den zwischen uns ausgetauschten Erläuterungen ihnen die Auslegung mitzuteilen, die wir unsererseits dem Artikel 16 geben.

Nach dieser Auslegung sind die sich für die Bundesmitglieder aus diesem Artikel ergebenden Verpflichtungen so zu verstehen, das jeder der Mitgliedsstaaten des Bundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der VBS Achtung zu verschaffen und jeder Angriffshandlung entgegenzutreten, in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist, und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt.

Nr. 11.

Das Aufnahmegesuch Deutschlands.

(JO 26 636.)

Berlin, den 8. Februar 1926.

Herr Generalsekretär!

Unter Hinweis auf das deutsche Memorandum an die Regierungen der Ratsmächte vom September 1924, auf die Ihnen, Herr Generalsekretär, übersandte deutsche Note vom 12. Dezember 1924 und auf die Antwort des Völkerbundsrats darauf vom 14. März 1925 sowie unter Bezugnahme auf die in Abschrift hier beigefügte Note der übrigen an den Verträgen von Locarno beteiligten Regierungen vom 1. Dezember 1925 beehre ich mich, gemäß Artikel 1 der Völkerbundsatzung namens der Deutschen Regierung hiermit die Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen. Ich bitte Sie, diesen Antrag baldmöglichst auf die Tagesordnung der Bundesversammlung setzen zu wollen.

Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Stresemann.

An den
sehr ehrenwerten
Sir James Eric Drummond,
K. C. M. G., C. B.,
Generalsekretär des Völkerbundes,
Genf.

Sachverzeichnis.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen 145 f., 189 f.
Abkommen, Haager, zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle 2, 27, 198.
Ablehnung von Aufnahmegesuchen 47 f.
Abrüstung 2, 20, 106 f.
Abrüstungskonferenz 115, 116 f. 121, 123.
Abrüstungspläne 43, 108 f., 112.
Abrüstung zur See 107, 117 f.
Abstimmung, Form der 93.
Alandinseln 82, 136, 148, 170, 174, 200.
Alkoholhandel 231, 239 f.
Allianz, Heilige 1.
Amendement s. Satzungsänderung.
Amtssprache im VB 66 f.
Anerkennung de jure 47.
Angestellte des VB 98 f., 104.
Angreifer 195 f.
Angriff, äußerer 126.
Anschluß Oesterreichs 125.
Ansiedler, deutsche, in Polen 87 f., 163.
—, deutsche, in Südwestafrika 231.
Anti-Orloog-Raad 3.
Antisklaverei-Akte, Brüsseler 239.
Arbeitsamt, Internationales 101, 161, 238, 248.
Arbeitsrecht 238, 239.
Aufstand, innerer 126.
Auslegung der VBS 63, 158, 265 f.
Ausschluß aus dem VB 101, 194 f., 236 f.
Ausschüsse und Büros, Internationale 250 f.
Ausschüsse der VBV 61, 65 f., 92 f.
Außereuropäische Staaten 24 f., 223 f.
Austritt aus dem VB 52 f., 71, 264 f.

Bakteriologischer Krieg, Verbot des 118.
Beamte des VB 98 f., 104.
Beitritt der Neutralen zum VB 38 f.
Bericht des GS 97.
Berichtsverfahren 136, 138, 140, 169 f., 176 f., 200 f.
Beschlüsse der VBV und des VBR 90 f.
Beschlußfähigkeit des VBR 72, 93 f.
— der VBV 93 f.
Besetzung deutscher Städte 142.
—, friedliche 146.
Bevölkerungsaustausch, griechisch-türkischer 141, 165.
Blockade 190.
Bondelzwarts, Aufstand der 234.
Botschafterkonferenz 19, 43, 51, 81, 134, 137, 138, 139.
Boykott, wirtschaftlicher 189 f., 193.
Brüssel als Bundessitz 103.
Budget des VB 6, 100 f., 253.
Bulgarischer Bandenstreit 140.
Bulgarisch-griechischer Streitfall 20, 139 f.
Bundesbruch 187 f.
Bundesexekution 38, 177, 187 f., 190 f., 193, 195 f., 203, 233, 236.
Bundessitz 102 f.
Bündnis, VB als 10, 15.

Bündnisverträge 219 f.
Büros, internationale 250 f.

Chorzower Stickstoffwerke, Streitfall der 160.

Danzig-polnische Streitigkeiten 81, 165 f.
Dawesplan 49.
Defensivabkommen 113 f., 218 f., 222 f.
Demokratie im VB 61 f.
Desavouierung der Vertreter 94.
Deutsch-baltische Grundbesitzer in Lettland 87.
Deutsche Ansiedler in Polen 87, 163.
— — in Südwestafrika 231.
— Sprache im VB 67.
Deutscher Bund 12.
Deutschtumsbund, Bromberger 87 f., 163.
Domanialeigentum in den Mandatsländern 230.
Dominions, englische 7, 12, 27 f., 37, 39, 72, 94, 116, 127.
Dreierausschuß des VBR 86 f.
Drusenaufstand 234 f.
Durchzugsrecht 38, 192.

Einberufung des VBR 77, 94, 132 f., 143.
— der VBV 63, 94.
Eingeborene in Kolonien 239 f.
— in Mandatsländern 231 f., 235 f.
Einstimmigkeit 69, 90 f., 259 f.
Eintragung von Verträgen 32, 35, 97, 207 f.
Eintrittskarten für das Publikum 97.
Elsaß-Lothringen 25.
Emigranten 60 f., 248.
Empfehlungen des VBR 91, 188 f.
Englische Sprache 66 f.
Englisch-türkischer Streitfall 9, 166, 200, 205 f.
Entente 3, 18 f., s. auch Hauptmächte.
Entente, Kleine 142 f., 210, 219, 220.
Entmilitarisierte Zonen 120.
Entschließungen der VBV und des VBR 91.
Entwürfe der VBS 3 f.
Eroberungsverbot 125.
Erzwingbarkeit der VBS 186 f.
Esperanto 67.
Eupen 25.
Exekution 38, 177, 187 f., 190 f., 195 f., 203, 233, 236.

Fabier 3.
Finanzausschuß 243 f.
Finanzen des VB 100 f.
Finanzkonferenz zu Brüssel 243.
Finanzkontrolle 60.
Finnländisch-russischer Streitfall 16, 157, 162, 202, 204 f.
— -schwedischer Streitfall 82, 136, 170, 174, 200.
Flüchtlingsfürsorge 60 f., 248.
Französische Sprache 66 f.
Frauen, Gleichberechtigung der 103.
Frauen- und Kinderhandel 240.
Friedensbewahrung 18, 21, 106 f., 131 f., 144 f., 197.
Friedenskonferenz, Pariser 4 f.
— zu Dorpat 204.
Friedensverträge, Pariser 6, 13, 17, 19 f., 22 f., 27, 79, 82, 106, 113, 124, 212 f.
Frist für Bericht des VBR 146, 148.
— für Entscheidungen 146 f.

Gaskrieg, Verbot des 118.
Gebäude des VB 105.
Gebietsabtretung 125 f.
Geheimdiplomatie 32, 207 f.
Generalbericht des VBR 57 f.

Generalsekretär 6, 44, 95 f., 132, 143, 170, 198 f., 209 f., 253, 264.
Generalstab, internationaler 106, 121.
Genf als Bundessitz 64, 103.
Genfer Protokoll 20, 27 f., 94, 107, 112, 113 f., 128, 179 f., 191, 195 f., 217.
Geschäftsordnung des VBR 77 f.
— der VBV 63 f.
Geschlechter, Gleichberechtigung der 103.
Gesellschaft für Völkerrecht 3.
Gesundheitsamt, Internationales Oeffentliches 244 f., 253.
Gesundheitsausschuß 244 f.
Grenzstreitigkeiten 140 f.
Griechisch-türkische Streitigkeiten 141, 165, 167, 202.
Großmächte 68, 69, 90, s. auch Hauptmächte.
Grundbesitz, Internationale Vereinigung des bebauten 254.
Grundrechte der Völker 31.
Gutachten des StIG 157 f., 161 f.

Haager Abkommen zur Friedl. Erledigung internat. Streitfälle 2, 27, 198.
Haager Konferenzen 1 f.
Haager Schiedshof 2, 146, 150, 153.
Hauptmächte 5, 7, 12, 17, 69, 82, 84, 227 f., s. auch Entente und Großmächte.
Hilfeerweisung internationale, Büro für 252, 254.
Hilfeleistung aus Art. 10 126 f.
Hilfeleistung, Verband für internationale 256 f.
Huldschin 25.
Humanitäre Aufgaben des VB 238 f.
Hydrographisches Büro, Internationales 254.

Jahrbuch, militärisches 111.
Jaworzinastreit 164.
Immunität, diplomatische 104.
Institut für Privatrecht 247.
— für geistige Zusammenarbeit 246.
Intermunizipalität 249.
Intervention 171 f., 198 f.
Investigation 79, 92, 119 f.
Irak 166, 205 f., 211, 229 f., 232 f., s. auch Mossul.
Irische Sprache 66.
Italienische Sprache 66.
Juden in Palästina 231.
Jüdische Minderheiten 84.
Juristenausschüsse 119, 136, 146, 152, 171, 182, 213 f., 216, 265.

Kamerun 232.
Kinderschutz 240 f., 253, 254.
Kloster St. Naum, Streit um das 164 f.
Kodifikation des Völkerrechts 246 f.
Kolonialmandat s. Mandat.
Kolonien als Mitglieder des VB 12, 39.
— deutsche 27, 227 f.
Kommissare des VB 60 f., 80 f., 99.
Komitatschi-Unwesen 140.
Konfliktsstoff, Beseitigung von 133 f.
Kongo-Akte, Berliner 239.
Kontrollausschuß 101.
Koordinationsausschuß 123.
Korfustreit 19, 130, 146, 171, 181 f., 265.
Korridor, polnischer 25.
Krankheiten, Bekämpfung von 244 f., 255 f.
Krieg 131 f., 193.
— erlaubter 177, 188.
— unerlaubter 187 f.

— griechisch-türkischer 133.
— polnisch-russischer 143.
Kriegsdrohung 131 f.
Kriegsführung, Recht zur 32.
Kriegsgefangene 60 f., 248.
Kriegsmöglichkeiten 144.
Kündigung der Mitgliedschaft 52.

Landesangehörigkeit in Mandatsländern 231 f.
Landwirtschaftsausschuß, Internationaler 254.
Lateinamerikanisches Büro 100.
League to enforce peace 3.
Litauisch-polnische Streitigkeiten 136 f., 170, 174, 200.
Locarno, Verträge von 50, 107, 116, 117, 128 f., 175, 222.
Londoner Büro 100.
Luftfahrtausschuß, Internationaler 243, 254.
Luftverkehr 242 f.

Malmedy 25.
Mandatsausschuß 233 f.
Mandatsländer 227 f.
Mandatsmächte 227 f.
Mandatssystem 228 f.
Mandatsverträge 229 f.
Mavrommattis-Streit 156, 160.
Mehrheitsbeschlüsse 91 f., 178, 215, 259 f.
Memelland 19, 81 f., 139.
Militärbudgets, Beschränkung der 111 f.
Militärkontrolle 119 f.
Militärkonvention, belgisch-französische 210, 219.
Minderheiten, bulgarische 84, 89.
—, deutsche 87 f., 163 f.
—, indische 62.
—, jüdische 84, 89.
—, kurdische 206.
—, polnische 88, 89.
Minderheitenschutz 22, 43, 81, 82 f.
Minderheitenverträge 12, 84 f., 92.
Mindestgrenze der Rüstungen 107 f.
Mitglieder des VB nichtursprüngliche 8, 12, 41, 106.
— passive 35.
— ursprüngliche 6, 12, 37 f., 41, 107.
Mitgliedsbeiträge 100 f.
Mittelmächte 12, 35, 43, 79, 106, 119 f.
Monarchien im VB 38, 39 f.
Monroe-Doktrin 5, 35, 132, 221 f., 223 f.
Mossul-Streit 9, 166, 200, 205 f.

Nachprüfung von Verträgen 124, 212 f.
Nachrichtenaustausch, militärischer 110 f.
Neutrale Staaten als Mitglieder 5, 7, 19, 38 f., 97.
Neutralität 38, 193.
Neutralitätsverträge 217 f., 222 f.
Nichtintervention, Grundsatz der 171 f.
Nichtmitglieder 8 f., 17, 36, 76, 145, 162 f., 197 f., 208 f., 216, 218 f., 222, 250 f.

Palästina 211, 229 f., 232 f.
Panamerikanische Bewegung 224.
Panasiatische Bewegung 225.
Pariser Büro 100.
Parlamente, ihre Mitwirkung beim Eintritt 44.
Parteifähigkeit vor dem StIG 156.
Pässe der Beamten des VB 104 f.
Paßzwang, Milderung des 243.
Passive Mitglieder 35.

Patriarch, Oekumenischer 167, 202.
Pazifisten 3.
Persisch-russischer Streitfall 141 f.
Personal des Sekretariats 98 f., 104.
Petitionsrecht der Eingeborenen 235.
Präsidenten des StIG 156, 158.
— des VBR 77, 132, 133, 138, 139.
— der VBV 64.
Prävention 59 f.
Private Organisationen 252, 254.

Randstaaten, vormals russische 8, 107, 220.
Rassengleichheit, Forderung der 5.
Räterepublik als Mitglied 40.
Ratifikation von Satzungsänderungen 259 f., 261 f.
— von Verträgen 210.
— der VBS 6 f.
Ratssitze 69 f., 72 f.
Rechnungsprüfer des VB 101.
Rechtsnatur des VB 9 f.
Regionalverträge 222 f.
Registrierung von Verträgen 32, 35, 97, 207 f.
Reichsregierung, deutsche 10, 49 f.
Reichstag, deutscher 10, 50.
Rheinbund 12.
Repressalien, Zulässigkeit von 146.
Richter des StIG 154 f., 158 f.
Richtlinien zu Art. 16, 185 f.
Rotationssystem im VBR 73 f.
Rotes Kreuz 255 f.
Ruhrbesetzung 142.
Rüstungsausschuß, Ständiger 42, 45 f., 51, 110, 113, 119 f., 121 f.
—, Zeitweiliger 112, 113, 121, 123, 241 f.
Rüstungsindustrie 109.
Rüstungskontrolle 106, 119.
Rüstungsordnung 42 f., 119 f.

Saargebiet 21, 79 f., 92.
Sachverständige 62, 76.
Sanierung, finanzielle Oesterreichs und Ungarns 60, 244.
Satzung des VB, Charakter der 15 f.
—, Entstehung 3 f.
Satzungsänderung 257 f.
Schiedsgerichtsbarkeit, obligatorische 149 f., 152.
Schiedshof, Haager 2, 146, 150, 153.
Schiedsverfahren 129 f.
Schiedsverträge 2, 222 f.
Schlichtungsausschüsse 174 f.
Schlichtungsverfahren 174 f.
Schrifttum, unsittliches 248 f.
Sekretariat des VB 60 f., 95 f., 207 f.
Selbstbestimmungsrecht der Völker 172, 212.
Selbstverwaltung (Selbstregierung) 39.
Sicherheitsgarantie 113 f., 129.
Sitz des VB 64, 102 f.
Sitzungen des VBR 77 f.
— der VBV 64 f.
Sklavenhandel 231.
Sklaverei 46, 239.
Sonderbündnisse 217 f., 219 f., 222 f.
Sonderfrieden bei VB-Exekution 194.
Souveränität über Mandatsländer 229.
— der Mitgliedstaaten 61, 90, 117, 259.
Spanische Sprache 66.
Sprachenfrage 66 f.
Staatenbund, VB als 11 f., 15.
Staatenverbindungen 15.
Staatsangehörigkeit, englische 161 f., 173, 181.
— in Mandatsländern 231 f.

— polnische 88, 163 f.
Staatsform der Mitgliedstaaten 40 f.
Ständiger Internationaler Gerichtshof 16, 21, 36, 86, 87 f., 101, 147 f., 150, 152 f., 202, 204, 205 f., 222, 266, 267.
Stimmenthaltung in der VBV 47, 94.
Streitfälle
abessinisch - englisch - italienischer 130.
Alandinseln 82, 136, 148, 170, 174, 200.
albanisch-südslavische 140, 164 f., 183.
bulgarischer Bandenstreit 140.
bulgarisch-griechische 130, 139 f., 140, 148, 160.
Costa Rica gegen Panama 142.
Danzig-polnische 81, 165.
deutsch-polnische 87 f., 160, 163 f.
englisch-französischer 161 f., 173, 181.
englisch - türkischer 9, 166 201, 205 f.
finnländisch-russischer 16, 157, 162 f., 202, 204 f.
Grenzstreitigkeiten 140 f.
griechisch-italienischer 130, 171, 181 f.
griechisch-türkische 141, 165, 167, 202.
Jaworzina-Streit 140 f., 164.
litauisch-polnische 136 f., 148, 170, 174, 192, 200.
Mavrommattis-Fall 156, 160.
Memel-Streit 81 f., 139.
Mossul-Streit 9, 166, 201, 205 f.
Oberschlesien 138 f.
Ostkarelischer Streitfall 16, 157, 162 f., 202, 204 f.
Patriarch, Oekumenischer, Ausweisung des 167, 202.
persisch-russischer 141 f.
polnisch-russischer 143.
polnisch-tschechischer 140 f., 164.
Staatsangehörigkeit in Marokko und Tunis 161 f., 173, 181.
ungarische Grenzstreitigkeiten 140.
Wilna-Streit 136 f., 148, 170, 174, 192, 200.
Wimbledon-Fall 155, 159 f.
Streitfragen, apolitische 149 f.
Streitschlichtung 28, 97, 169 f., 174 f.
— durch die VBV 178 f.
Studienausschuß des VBR 26, 75.
Südwestafrika 227 f., 231 f.
Suwalki, Waffenstillstand von 136 f.
Syrien 211, 229 f., 232 f., 234 f.

Tagesordnung des VBR 76.
— der VBV 64.
Tagungen des VBR 76 f.
— der VBV 63.
Togo 232.

Ultimatum 145.
Unabhängigkeit 39 f., 124 f.
Ungarische Bauern in Rumänien 88.
Universalität des VB 14 f., 34 f., 131, 197 f.
Unsittliches Schrifttum 248 f.
Unverletzlichkeit der Gebäude des VB 105.
— des Gebiets 125.
Unversehrtheit des Gebiets 124 f.

Verfassung der Mitgliedstaaten 40.
Vergleichsverfahren 129 f.
Verkehrswesen 242 f.
Vermittlung durch den VBR 169 f., 200.

Veröffentlichungen des VB 98.
Versailler Friedensvertrag 13, 19, 82, 113, 228, s. auch Friedensverträge, Pariser.
Vertreter der Mitgliedstaaten 62, 64, 103 f.
Verträge, Eintragung von 32, 35, 97, 207 f.
Verwaltungsgemeinschaften 1, 11, 253.
Vizepräsident des StIG 158.
— des VBR 77.
— der VBV 64.
Völkerbundsausschuß der Friedenskonferenz 4 f.
Völkerbundsversammlung 55 f., 61 f.
Völkerbundsrat 55 f., 68 f.
Völkerrecht, Kodifikation des 246 f.
Völkerrecht und VBS 15 f., 131, 161 f., 216.
Vollstreckung von Schiedssprüchen 151.
Vorbehalte beim Eintritt 45.
Vorrechte, diplomatische 103, 155.
Vorsitz im VBR 77.
— in der VBV 64.

Waffenhandel 118, 231, 241 f.
Wahlen 92.
Wahlordnung im VBR 73 f.
Weltkrieg 2, 3, 17, 24, 124, 202.
Weltparlament 54.
Westerplatte 81.
Wilnastreit 136 f., 148, 170, 174, 192, 200.
Wimbledonstreit 155, 159 f.
Wirtschaftliche Aufgaben des VB 238 f.
Wirtschaftsausschuß 243 f., 252
Wirtschaftskrieg 38, 188 f., 193, 195 f.
Wünsche der VBV 91.

Zusammenarbeit, geistige 245 f.
Zusammenwirken des VBR und der VBV 59 f.
Zuständigkeit, ausschließliche der Staaten 161 f., 167, 171 f., 202 f.
— des VBR 78 f.
— der VBV 63.
Zwergstaaten 48 f., 62.

Länderverzeichnis.

Abessinien 8, 40, 42, 46, 67, 130, 239.
Afghanistan 8.
Afrika 25, 73.
Aegypten 9.
Albanien 8, 60, 67, 82, 100, 164 f., 183, 256.
Amerika 73, 221 f.
Anam 8.
Andorra 8, 48.
Arabische Staaten 8.
Argentinien 9, 34 f., 49, 53, 62, 116.
Armenien 47.
Asien 25, 73, 225.
Asserbeidjan 47.
Australien 25, 27, 37, 73, 103, 114.

Belgien 5, 7, 72, 74, 102, 129, 138, 220, 239.
Bhutan 9.
Bolivien 9, 53, 62, 213 f., 215 f.
Brasilien 5, 7, 9, 25, 26, 50, 51, 52, 53, 70, 71, 72, 74, 75, 90, 130, 138, 262.
Bulgarien 8, 43, 44, 47, 76, 83, 116, 119, 139 f., 140, 160, 219, 222.

Canada 37, 114, 126.
Chile 9, 53, 116, 215 f.
China 5, 25, 37, 73, 74, 138.
Costa Rica 8, 9, 52 f., 142.
Cuba 249.

Dänemark 62, 108, 175.
Danzig 8, 21, 49, 80 f., 99, 165 f.
Deutschland 1, 8, 9, 12, 35, 37, 49 f., 69 f., 83, 89, 114, 116, 118, 120, 125, 129, 142, 155, 156, 159, 175, 228.
St. Domingo 8, 40, 42, 262.

Ecuador 8, 37, 225.
England 7, 9, 28, 43, 70, 94, 100, 103, 107, 112, 113, 114, 115 f., 129, 130, 139, 160, 161, 166, 181, 205 f., 209, 220.
Estland 8, 47, 48, 82, 93 f., 175, 176, 220.
Europa 1, 24 f., 73.

Finnland 8, 16, 43, 82, 116, 136, 162, 175, 176, 200, 202, 204 f., 220.
Frankreich 5, 7, 47, 66, 68, 70, 100, 106, 107, 113, 114, 115, 118, 129, 139, 142, 161, 181, 182, 220, 232, 234 f., 266, 267.

Georgien 47.
Griechenland 7, 72, 74, 82, 83, 88, 119, 130, 139 f., 140, 152, 155, 160, 165, 167, 181 f., 260.
Großbritannien s. England.

Hedjas 7, 9, 37, 142.
Holland 12, 70, 116, 145, 152, 161, 175.

Japan 5, 7, 82, 100, 106, 107, 112, 114, 172, 220.
Indien 7, 38, 41, 72, 127.
Irland 40, 66, 116.
Island 8.
Italien 7, 66, 100, 107, 112, 114, 116, 129, 130, 139, 146, 175, 181 f., 220, 257.

Lettland 8, 43, 47, 48, 82, 83, 87, 93 f., 175, 176, 220.
Liechtenstein 8, 48.
Litauen 8, 19, 47, 48, 81, 82, 83, 88, 139, 145, 200, 204, 263.
Luxemburg 8, 100.

St. Marino 8, 48.
Marokko 9, 38, 161, 181.
Mexiko 8, 132, 225.
Mittelamerika 224 f.
Monaco 8, 48.

Nepal 9.
Neuseeland 27, 37.
Niederlande s. Holland.
Nordamerika 5, 7, 8, 12, 17, 36, 37, 69, 94, 107, 110, 113, 114, 116, 118, 131 f., 142, 152 f., 155, 172, 176, 215, 220, 223 f., 225.
Norwegen 103, 152, 174 f.

Oesterreich 1, 8, 13, 43, 49, 76, 79, 119, 125, 175.

Panama 142.
Papst 9.
Persien 127.
Peru 9, 53, 62, 215 f.
Polen 5, 49, 70, 80 f., 82, 83, 84, 87 f., 114, 116, 129, 143, 145, 156, 159, 163 f., 164, 165 f., 176, 220.
Portugal 5, 239.
Preußen 1, 163.

Rumänien 5, 46 f., 82, 88, 103, 116, 119, 127, 140, 220.
Rußland 1, 45, 69, vgl. Sowjetrußland.

Salvador 257.
Sansibar 9.
Schweden 74, 103, 118, 136, 174 f.
Schweiz 8, 12, 36, 38, 44, 45, 47, 70, 103, 175, 190, 191, 193, 223.
Siam 38.
Sowjetrußland 8, 16, 17, 36, 45, 103, 114, 116, 118, 131 f., 143, 162, 202, 204 f., 255.
Spanien 7, 66, 68, 70, 71, 72, 74, 75, 138, 144, 262, 267.
Südafrika 27, 37, 231, 232.
Südamerika 24 f., 100, 224, 249.
Südslawien 5, 46 f., 82, 116, 119, 140, 145, 164 f., 183, 220.

Tschechoslowakei 5, 42, 45 f., 74, 82, 116, 129, 164, 220, 222.
Tunis 9, 38, 161, 181.
Türkei 8, 9, 36, 82, 83, 118, 160, 165, 166, 167, 200, 205 f., 227.

Ukraine 47.
Ungarn 8, 41 f., 43, 46 f., 60, 76, 79, 89, 119, 134, 142, 175, 219, 222.
Uruguay 25, 74.

Venezuela 8, 39, 44, 263.
Vereinigte Staaten von Amerika s. Nordamerika.

Personenverzeichnis.

Achmed Bey Zogu 183.
Adatci 182.
Ador 243.
Altamira 158.
Alvarez 224, 268.
Amery 205.
Anzilotti 158.
Apponyi, Graf 87.
Attolico 99, 123.
Avenol 99.

Baldwin 26, 116.
Balfour, Lord 55, 201, 209, 257.
Banffy, Graf 41.
Barbosa 158.
Barnes 49, 62, 143.
Beichmann 158.
Benesch 115, 196.
Bergson 246.
Bonilla 221.
Bourgeois 5, 143.
Briand 51, 119, 129, 139.
de Bustamante 158.

de Caix 235.
Caloyannis 156.
Carton de Wiart, Graf 242.
Cecil of Chelwood, Lord Robert 5, 48, 113 f., 191.
Chamberlain, Sir Austen 22, 51, 83, 139 f., 153, 205 f.
Cippico, Graf 247.
Ciraolo 256.
Clémenceau 7.
Colban 99.
Comert 99.
Coolidge 37.
da Costa 64.
Crowdy, Mrs. 99, 103.

Dandurand 64.
Dickinson, Sir Willoughby 268.
Dmowski 5.
Drummond, Sir James Eric 96.

Edwards 64.
Esher, Lord 112 f.

Fan Noli 67, 183.
Fethy bey 205.
Finlay, Lord 158.

Guani 146.

van Hamel 22, 99.
Hammarskjøld 159.
Hammarskjøld 247.
Hanotaux 252, 266.
Harding 37.
Herriot 50, 115.
House 3, 5.
Huber 158, 160.
Hurst, Sir Cecil 4.
Hymans 64, 137, 140, 228.

Jonnesco 240.
Ishii, Vicomte 75, 144.

Kalsoff 139.
van Karnebeek 64, 205, 210.
Kellog 153.
Kramarz 5.

Laidoner 207.
Lange 111, 123.
Limburg 268.
Loder 158, 160.
Lorentz 246.
Loudon, Jonkheer 63, 265.
Luchaire 246.
Luther 50.

Macdonald 50, 115 f.
Makino, Baron 5.
Mantoux 99.
Marks von Würtemberg, Baron 246 f.
Marx 50.
de Mello-Franco 22, 25, 51, 71, 83, 88.
Miller 4.
Monroe 24, 223.
Moore 152, 158.
Motta 49, 64, 75, 208.
Munch 60.
Munir bey 205.
Mussolini 173.

Nansen 133, 143, 248.
Nawanagar, Maharadja von 62.
Negulesco 158.
Nikolai II, Zar 2.
Nitobé 99.
Nyholm 158.

Oda 158.

Parmoor, Lord 119, 205.
Paulis 205.
Phillimore, Sir Walter 3.
Politis 57, 115, 196.

Quiñones de León 182.

Rabel 156.
Rappard 99.
Rault 21.
Réquin 114.
Rolin 18, 124, 246, 257, 268.
Root 152.
Rostworowski, Graf 156.
Rouschdy bey 205.
Rowell 55 f.
Rumbold, Sir Horace 139.

Salandra 182, 265.
Salter 99.
Scialoja 5, 138, 268.
Schücking 156.
da Silva Pessoa 158.
Sjøborg 230, 232, 235.
Smuts 4, 5, 54.
Spalaicovicz 210.
Stephens 21.
Stresemann 129, 173.

Teleky, Graf 205.
Theodoli, Marquis 233, 236.
Tittoni 210.
de la Torriente y Peraza 64.

Undèn 205.

Venizelos 5.
Viviani 49, 55 f., 123.
Voldemar 196.

Walton, Sir Edgar 231.
Wang Chung-Hui 158.
Weiß 158, 160.
Wilson 3 f., 37, 54, 82, 106, 172, 212, 221, 227.
de Wirsèn 205.
Witte 2.

Yovanovicz 158.

Zeligowski 137, 196.

SEMINARYJUM PRAWNICZE I POLIT. UNIW. JAG.

STILKE'S TEXTAUSGABEN

Die Gesetze
des Deutschen Reichs und der deutschen Länder

Nr. 1. Verfassung des Freistaates Preußen. Textausgabe mit einer kurzen Entstehungsgeschichte, einem Inhaltsverzeichnis und ausführlichem alphabetischem Sachregister. Preis 0,15 RM.

Nr. 3. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Textausgabe mit Einleitung und Sachregister von Rudolf Huber, Ministerialdirigenten, Geh. Oberjustizrat im Preußischen Justizministerium. Preis 0,80 RM.

Nr. 4. Der gewerbliche Rechtsschutz der deutschen Reichs-Gesetze und Staatsverträge. Textausgabe mit einleitender Uebersicht und Sachregister von W. Gadow, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium. Preis 2,20 RM.

Nr. 6. Gesetz zum Schutze der Republik. Textausgabe mit Einleitung und Beigabe der ergänzenden Gesetzesbestimmungen von Dr. A. v. Normann, Landgerichtsrat im Preußischen Justizministerium. Preis 0,80 RM.

Nr. 8. Gebührenordnung für Notare. Landesgebührenordnung für Rechtsanwälte, Stempelsteuergesetz und Auszug aus dem Stempeltarif in der Fassung vom 27. Oktober 1924 mit Einleitung, Verweisungen, Gebührentabelle und Sachregister von Dr. Leon Rothkugel, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Preis gebunden 3,30 RM.

Nr. 9. Die Prozeßgesetze für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (Zivilprozeßordnung, Gerichtsverfassungsgesetz und Gewerbegerichtsgesetz, Gesetz betr. Kaufmannsgerichte). Zusammengestellt und herausgegeben von Hermann Lucas, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium, und Dr. Heinrich Richter, Gerichtsassessor in demselben Ministerium. Preis gebunden 9,— RM.

Nr. 10. Deutsche Gebührenordnung für Rechtsanwälte und deutsches Gerichtskostengesetz mit Gebührentabelle, Goldumrechnungskursen und Zusammenstellung der Teuerungszahlen von Dr. Leon Rothkugel, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Preis gebunden 2,50 RM.

Nr. 11. Notwirtschaftliche Gesetze und Verordnungen des Reichs nach dem Stand vom 15. Juli 1924 nebst der amtlichen Begründung zu den wichtigsten Verordnungen sowie den Ausführungsbestimmungen des Reichs und Preußens von Ernst Schäfer, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium. Preis gebunden 5,— RM.

Nr. 13. Steuergesetze von 1925. 1. Band: Einkommensteuergesetz, Körperschaftssteuergesetz nebst Steuerüberleitungsgesetz mit Einleitung, Ergänzungsvorschriften und Sachregister. Preis gebunden 3,— RM.

Nr. 14. Steuergesetze von 1925. 2. Band: Vermögenssteuergesetz, Erbschaftssteuergesetz, Reichsbewertungsgesetz in vollständigem und nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung mit ausführlicher Einleitung, Ergänzungsvorschriften und Sachregister. Preis gebunden 3,— RM.

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

Druck: Buchdruckerei Hans Heenemann, Berlin W..

STILKE'S RECHTSBIBLIOTHEK

Die Gesetze des Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen

und Preußens, sowie die preußischen Vorschriften über die bedingte Strafaussetzung von E. Schäfer und F. Hartung, Ministerialräten im Preuß. Justizministerium. Preis in Leinen gebunden 10,— RM.

Nr. 31. Die Hauszinssteuerverordnung vom 1. Juli 1926. Von Dr. jur. Friedrich Karl Surén, Ministerialrat im Preußischen Ministerium des Innern und von Heusinger, Oberregierungsrat. 2. u. 3. Auflage. Preis in Leinen gebunden etwa 5,— RM.

Nr. 32. Weinsteuergesetz vom 10. 8. 25 mit Erläuterungen sowie die Weinsteuerausführungsbestimmungen vom 20. 8. 25 von Dr. jur. Machatius, Reichsfinanzrat, Mitglied des Reichsfinanzhofs in München. 2. Auflage. Preis in Leinen gebunden 7,— RM.

Nr. 33. Funkrecht von Ministerialrat Dr. Eberhard Neugebauer. Aus dem Inhalt: Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs — Uebersicht über die Verkehrsformen — Schutz der Funkanlagen — Benutzung fremden Eigentums durch Funkanlagen — Funkwesen und Patentrecht — Rundfunk und Urheberrecht — Funkanlage und Polizeirecht — Versicherungsfragen — Steuerrecht. 2. Auflage. Preis in Leinen gebunden 7.— RM.

Nr. 34. Das Gesetz über die Deutsche Reichsbahn und die Gesellschaftssatzung vom 30. August 1924. Dreisprachige (deutsch, englisch, französisch) Handausgabe mit einem Anhang, enthaltend das Reichsbahnpersonalgesetz mit Begründung. Von Hans Schulze, Geh. Regierungsrat, Ministerialrat im Preuß. Ministerium für Handel und Gewerbe. Preis in Leinen gebunden 4,— RM.

Nr. 35. Devisenordnung, Wechselstubenverordnung, Devisenmaklerverordnung. Verordnungen vom 31. Oktober, 8. November 1924, der Wechselstubenverordnung und der Devisenmaklerverordnung. Wortlaut der Devisenordnung und der beiden letztgenannten Verordnungen mit Kommentar von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Preis in Leinen gebunden 2,50 RM.

Nr. 36. Preußisches Stempelsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1924 und Nebengesetze, von Dr. Leon Rothkugel, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Preis in Leinen gebunden 3,50 RM.

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

STILKE'S RECHTSBIBLIOTHEK

Die Gesetze des Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen

Nr. 37. Das deutsche Paßrecht. Nach dem Stande vom 1. Januar 1925. Eine Zusammenstellung aller zurzeit geltenden reichsrechtlichen Paßbestimmungen. Von Johannes Krause, Regierungsrat im Reichsministerium des Innern. Preis in Leinen gebunden 9,— RM.

Nr. 38. Das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag. Eine Einführung in den Grundgedanken und wirtschaftlichen Zweck der Bestimmungen von Dr. jur. Sprinz, Reichswirtschaftsgerichtsrat i. o. R. Preis in Leinen gebunden 12,— RM.

Nr. 39. Ergänzungen zum BGB. 1. Band: Allgemeiner Teil, Recht der Schuldverhältnisse, Sachenrecht, Familienrecht, Erbrecht, von Dr. Ernst Krüger, Amtsgerichtsrat in Rathenow. Preis in Leinen gebunden 17,50 RM.

Nr. 39 a. Ergänzungen zum BGB. 2. Band: Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Preußisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Preußische Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches und Nachtrag zum 1. Band von Dr. Ernst Krüger, Amtsgerichtsrat in Rathenow. Preis in Leinen gebunden 13,— RM.

Nr. 40. Das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 in der Fassung vom 7. Dezember 1923 nebst Pariser Unionsvertrag und Madrider Abkommen von Dr. Rudolf Busse, Gerichtsassessor, Hilfsmitglied des Reichspatentamts. Preis in Leinen gebunden 10,— RM.

Nr. 41. Export und Import nach dem Umsatzsteuergesetz. Systematische Darstellung mit einem Anhang, enthaltend das Umsatzsteuergesetz nebst den dazu ergangenen wichtigsten Verordnungen und Ausführungsbestimmungen in der Fassung vom 1. Oktober 1925. Von Dr. jur. et phil. von Lilienthal, Regierungsrat beim Landesfinanzamt Berlin, und H. Wermke, Obersteuerinspektor beim Landesfinanzamt Berlin. Preis in Leinen gebunden 14,— RM.

Nr. 42. Das Tabaksteuergesetz in der Fassung des Gesetzes vom 10. August 1925 mit Erläuterungen sowie Tabakausführungsbestimmungen mit Mustern und Anlagen von Hans Arlt, Reichsfinanzrat und Mitglied des Reichsfinanzhofs. Preis in Leinen gebunden 12,— RM.

Nr. 43. Gesetz über Depot- und Depositengeschäfte vom 26. Juni 1925, mit Durchführungsbestimmungen der wichtigsten Län-

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

STILKE'S RECHTSBIBLIOTHEK

Die Gesetze des Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen

der, von Dr. Ernst Winckler, Rechtsanwalt in Dresden. Preis 1,50 RM.

Nr. **44. Das Automobilgesetz** (Reichsgesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen) mit den einschlägigen Bestimmungen von Dr. Fritz Müller, Geh. Regierungsrat, Ministerialrat im Reichsverkehrsministerium. Preis in Leinen geb. 20,— RM.

Nr. **45. Wechselsteuergesetz** in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. 8. 1923 und des Artikels III des Gesetzes für Aenderung der Verkehrssteuern und des Verfahrens vom 10. August 1925, nebst Ausführungsbestimmungen, von Dr. Ernst Winckler, Rechtsanwalt in Dresden. Preis in Leinen gebunden 4,— RM.

Nr. **46. Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb,** erläutert durch die neueste Rechtsprechung, von Dr. W. Goldbaum, Rechtsanw. u. Notar in Berlin. Preis in Leinen geb. 5,— RM.

Nr. **47. Das Strafregister.** Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken, Strafregisterverordnung nebst den zugehörigen Ausführungs- und Verwaltungsvorschriften von F. Hartung, Ministerialrat im Preußischen Justizministerium. Preis in Leinen gebunden 12,— RM.

Nr. **48. Das Feld- und Forstpolizeigesetz** in der Fassung vom 21. 1. 26, das Forstdiebstahlgesetz und die übrigen Preußischen Gesetze zum Schutz von Feld und Forst von Wagemann, Ministerialrat im Preuß. Justizministerium unter Mitwirkung von Oberforstmeister Kranold. Preis in Leinen geb. 10,— RM.

Nr. **49. Inventarpfandrechtgesetz.** Gesetz betr. die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter. Von Wagemann, Ministerialrat im Preuß. Justizministerium. Preis in Leinen geb. 3,— RM.

Nr. **50. Schaumweinsteuergesetz** vom 31. 5. 26 sowie die Durchführungsbestimmungen zum Schaumweinsteuergesetz vom 11. 6. 26 und die Schaumwein-Nachsteuerordnung vom 5. 6. 26, von Dr. jur. Machatius, Reichsfinanzrat, Mitglied des Reichsfinanzhofs, München. Preis in Leinen geb. 3,— RM.

Nr. **51. Die Satzung des Völkerbundes.** Mit Erläuterungen von Dr. Frhrn. v. Freytagh-Loringhoven, Professor der Rechte, Mitglied des Reichstags. Preis in Leinen geb. 8,— RM.

Georg Stilke, Verlagsbuchhandlung, Berlin NW 7

51

zung des Völkerbundes

13